

ISSN 0259-7446

€ 8,80

medien

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

& zeit

Kontinuitäten und Umbrüche

Von der Zeitungs- zur
Publizistikwissenschaft

2-3/2002

Jahrgang 17

Publizistik-Shop

Ein Buch-Shop des WUV

Publizistik-Shop

1180 Wien

Kutschergasse 23

Tel.: 407 77 80

Öffnungszeiten

Mo – Fr 9.30 bis 17 Uhr

Willkommen in der Welt des Wissens

Fachbücher und Skripten

- Rezeptionsforschung
- Journalismus
- Radio
- Film und Fernsehen
- Neue Medien
- Medien allgemein
- PR und Werbung
- Medienpädagogik
- Technologie und Ökologie
- Recht
- Information und Dokumentation
- Kultur und Cultural Studies
- Gender
- Theorie
- Philosophie und Semiotik
- Medienpsychologie

Copycards

Mit *einer* WUV | Copycard kannst Du sämtliche Kopiergeräte am Institut sowie 200 weitere in ganz Wien (z. B. an der UB) benutzen.

medien & zeit

Inhalt

Momente einer Debatte Wie die deutsche Kommunikationswissenschaft sich heute vor ihrer Vergangenheit schützt	4
Horst Pöttker	
Als der Krieg zu Ende war Von der Zeitungswissenschaft zur Publizistik	12
Hans Bohrmann	
Am Vergessen scheitern Essay zur historischen Identität der Publizistikwissenschaft, 1945–68	34
Hanno Hardt	
Kämpferische Wissenschaft Zeitungs- und Publizistikwissenschaftler zwischen Versailles und Kaltem Krieg	40
Bernd Sösemann	
Konformität – Opportunismus – Opposition Zur Typologie von Verhaltensweisen im NS-Regime und danach	46
Horst Pöttker	
Thesen zur Geschichte der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft 1900–1960	57
Stefanie Averbeck / Arnulf Kutsch	
Emil Dovifat, Karl d'Esther und Walter Hagemann Die Wiederbegründung der Publizistik in Deutschland nach 1945	67
Rudolf Stöber	
Neuanfang mit brauner Lektüre Studienbedingungen nach 1945 – ein Erfahrungsbericht	85
Walter J. Schütz	
Portrait eines Schreibtischtäters Franz Ronneberger (1913–1999)	92
Peer Heinelt	
Wissenschaft und Forschung in der nationalsozialistischen Presse 1938–1945	112
Christian Oggolder	
Zur Fachgeschichte der Publizistikwissenschaft	122
Heinz Pürer	
Von Karl Oswin Kurth zu Kurt Paupié Eine Geschichte ideologischer Konformität?	140
Wolfgang Duchkowitsch	
Franz Ronnebergers Wiener Jahre Seine journalistische Tätigkeit und seine Mitarbeit am „Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens der Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ)“ in Wien 1941–45	151
Fritz Hausjell	
Rezensionen	164

Impressum

Medieninhaber.

Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“, A-1180 Wien, Postfach 442
<http://muz.pub.univie.ac.at>
WAP: <http://muz.pub.univie.ac.at/wap/>

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“

Vorstand des AHK:

Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann),
Mag. Bettina Brixia (Obmann-Stv.),
Mag. Peter H. Karall (Obmann-Stv.),
Mag. Fritz Randl (Geschäftsführer),
Mag. Silvia Nadjivan (Geschäftsführer-Stv.),
Claudia Spitznagel (Schriftführerin),
Katrín Auberger (Schriftführerin-Stv.),
Mag. Wolfgang Monschein (Kassier),
Bernd Beutl, Eszter Bokor, Mag. Edith Dörfler,
Dr. Norbert P. Feldinger, Gerhard Hajicssek,
Dr. Fritz Hausjell, Mag. Wolfgang Pensold,
Mag. Bernd Semrad, Dr. Thomas Steinmaurer,
Mag. Ruth Stifter-Trummer, Mag. Dr. Herwig Walitsch

Redaktion:

Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell, Helen Monschein,
Silvia Nadjivan, Petra Perchtold, Bernd Semrad,
Sarah Simonitsch

Korrespondenten:

Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund),
Univ.-Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin),
Univ.-Prof. Dr. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho),
Dr. Robert Knight (London),
Univ.-Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig),
Dr. Edmund Schulz (Leipzig),
Prof. emer. Dr. Robert Schwarz (S. Palm Beach, Florida)

Druck:

Buch- und Offsetdruckerei Fischer,
1010 Wien, Dominikanerbastei 10

Erscheinungsweise:

Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): € 4,40
Doppelheft (exkl. Versand): € 8,80

Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 16,—
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 21,80

StudentInnenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 11,60
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 17,40

Bestellung an:

Medien & Zeit, A-1180 Wien, Postfach 442
oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446

Editorial

Der Kommunikationswissenschaft wurde im Lauf der letzten Jahrzehnte häufig vorgeworfen, eine gesichtslose Wissenschaft zu sein. Was das Fach jedoch mit Sicherheit nicht sein kann, ist eine geschichtslose Wissenschaft. Vor allem die „Jugendjahre“ der früheren Zeitungswissenschaft verkörperten eine Geschichte zwischen Instrumentalisierung und Identitätskrise, zwischen Anpassung und Verweigerung. Diese Geschichte gilt es aufzuarbeiten. Insbesondere die Verstrickungen und Verirrungen des Faches und seiner VertreterInnen im nationalsozialistischen Regime verdienen klaren Blickes erforscht zu werden. Noch immer – selbst 57 Jahre nach dem Ende der Schreckensherrschaft – weist das Fach weiße Flecken in seiner Vergangenheitserkundung auf. Dieses Thema wurde lange weggeschoben, verdrängt, vergessen.

Das vorliegende Doppelheft unternimmt einen Versuch, auf die brennenden Fragen nach den Wurzeln der heutigen Kommunikationswissenschaft, insbesondere nach der Vergangenheit des Faches im NS-Regime Antworten zu finden. Die Beiträge zum Thema „Kontinuitäten und Umbrüche – Von der Zeitungs- zur Publizistikwissenschaft“ beinhalten größtenteils Ergebnisse und Berichte, die im Rahmen der Tagung der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) in Dortmund (18. und 19. Jänner 2002) referiert wurden bzw. mit der Thematik korrespondieren. Deutlich werden auch in diesem Heft die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Rolle des Faches im NS-Staat und die verschiedenen Lesarten historischer Entwicklungen allgemein – in welcher Terminologie etwa von der „Machtergreifung“ oder der „Machtübernahme“ durch Hitler oder der „Machtübergabe an Hitler“ 1933 die Rede ist.

Ähnlich verhält es sich mit biographischen Hinweisen zu den „Größen“ des Faches: Noch immer sträuben sich Teile der Fachöffentlichkeit, gesicherte Erkenntnisse über prominente Publizistik- und KommunikationswissenschaftlerInnen und deren Tätigkeiten und Funktionen im NS-Staat beim Namen zu nennen. Die Reibflächen der erst seit wenigen Jahren intensiv geführten und weiterhin andauernden Kontroverse um die NS-Vergangenheit des Faches und einiger seiner VertreterInnen werden folglich in diesem Heft ersichtlich.

Die „Erregung“ begann, als Horst Pöttker in *Aviso* (Heft 28/2001) die fehlende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Faches anprangerte. Neben der Fachgruppentagung will auch *Medien & Zeit* die eingeforderte Auseinandersetzung mit der „eigenen“ Geschichte vorantreiben.

Dieses Heft begibt sich gleichsam auf Spurensuche nach personellen, inhaltlichen und ideologischen Kontinuitäten der NS-Zeitungswissenschaft. Hans Bohrmann und Rudolf Stöber setzen sich mit der Wiederbegründung des Faches in den Jahren nach 1945 auseinander. Walter J. Schütz hat einen autobiographischen Beitrag über seine Studienzeit in diesen Jahren des wissenschaftlichen Wiederaufbaus verfasst. Pöttker steuert diesem Heft nicht nur seine „Momente einer Debatte“ bei, die die Diskussion nach dem *Aviso*-Artikel beleuchtet, sondern auch seinen typologischen Entwurf verschiedener „Verhaltensweisen im NS-Regime und danach“. Dieser Beitrag ist durchaus als Kontrast zu jenem von Bernd Söseman zu lesen. Stefanie Averbeck und Arnulf Kutsch widmen sich in ihren Thesen zur Geschichte des Faches der Ideen- wie auch der Sozialgestalt der Zeitungs- bzw. Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Peer Heinelt und Fritz Hausjell rücken Werk und Wirken Franz Ronnebergers in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Wolfgang Duchkowitsch fokussiert seinen Blick auf zwei Institutsvorstände der Zeitungs- bzw. Publizistikwissenschaft in Wien: Karl Kurth (1942-1945) und Kurt Paupié (1969-1981) und stellt die Frage nach deren ideologischer Konformität.

Nicht auf der Tagung präsentiert, jedoch als weitere Akzentuierung des Themas in diesem Heft zu verstehen sind die Beiträge von Hanno Hardt, der sich in einer essayistischen Betrachtungsweise der Fachgeschichte nähert; Christian Oggolder beleuchtet ein Spezialthema: die Wissenschaftsberichterstattung im *Völkischen Beobachter*. Heinz Pürer liefert einen globalen Abriss über die Fachgeschichte insgesamt.

Der Fachgruppe für Kommunikationsgeschichte – hier insbesondere Rudolf Stöber und Markus Behmer – möchten wir an dieser Stelle für ihre Unterstützung danken.

WOLFGANG DUCHKOWITSCH	FRITZ HAUSJELL
HELEN MONSCHEIN	SILVIA NADJIVAN
PETRA PERCHTOLD	BERND SEMRAD
SARAH SIMONITSCH	

Momente einer Debatte

Wie die deutsche Kommunikationswissenschaft sich heute vor ihrer Vergangenheit schützt

Horst Pöttker

Wie andere Fächer hat die deutsche Kommunikationswissenschaft sich bisher nicht zu einem wahren und lebensdienlichen¹ Erzählen ihrer Vergangenheit im NS-Regime durchringen können und wehrt selbstkritische Einsichten und Schuldempfindungen, die damit verbunden wären, nach wie vor ab. Diese Basisthese soll hier illustriert und plausibel gemacht werden.

1. Zeittypisches und Wissenschaftsspezifisches

In einer differenzierteren Version setzt die Grundannahme voraus, dass eine wissenschaftliche Disziplin für die Abwehrleistung rational erscheinende Argumente braucht, die sie der aktuellen Situation anpassen muss. Verdrängung der NS-Vergangenheit ist ein Prozess, in dessen Verlauf sich die kognitiven Instrumente wandeln, mit denen wahre Erinnerung abgewehrt wird. Dieser Wandel reagiert darauf, dass immer mehr Stücke auf die Dauer nicht unterdrückbarer Wahrheit sich empirisch oder logisch durchsetzen. Im Folgenden werden hauptsächlich Abwehrg Argumente diskutiert, die fünf bis sechs Jahrzehnte nach dem Ende des NS-Regimes aktuell sind. Dabei kommt es darauf an, einerseits ihre im wissenschaftlichen Milieu überzeugenden, rational erscheinenden Seiten, andererseits aber auch die ihnen innewohnenden Irrtümer zu zeigen.

Die Perspektive der Analyse ist alles andere als distanziert oder interessenlos. Ihr Subjekt ist mit ihrem Objekt aufs Engste verbunden. Im Frühjahr 2001 habe ich durch einen in *AVISO*, dem Organ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) veröffentlichten Beitrag², der bereits die oben formulierte These vertrat, eine Debatte

provoziert, die sich großenteils auf der Homepage der DGPuK³ dokumentiert findet. Zumal die Kritik an meinem Beitrag, die offener war als die zwar zahlreiche, aber vorsichtiger formulierte Zustimmung, ziehe ich als Material heran, um gängige Abwehrmuster zu studieren. Zweifellos gibt es auch andere Perspektiven, unter denen man diesen Stoff betrachten könnte. Sie wären aber ebenfalls nicht frei von Vitalinteressen. Die Seinsverbundenheit von Erkenntnisprozessen lässt sich nicht vermeiden, sondern nur offenlegen, und jeder Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität erschwert dieses Deklarieren.

Im Folgenden werden auf der DGPuK-Homepage³ oder an anderen Stellen veröffentlichte Debattenbeiträge mit Autorennamen und Datum zitiert. Fehlt die Autorenangabe, handelt es sich um Zitate aus Briefen von DGPuK-Mitgliedern an mich, bei denen die Absender einer Veröffentlichung nicht zugestimmt haben.

2. „Mit Juden durchsetzt“

Beginnen wir mit einem Abwehrmuster, das nicht mehr aktuell ist, in den Reaktionen auf den *AVISO*-Artikel aber noch vorkam, wie um eine in den fünfziger und frühen sechziger Jahren verbreitete Denkweise zu illustrieren. Dass der Brief, den mir ein älterer Kollege wenige Tage nach Erscheinen des Artikels schrieb, sich dafür eignet, lässt bereits der erste Satz erkennen: „Es ist offenbar eine Mode der jungen Generation, die längst verflossenen Diskussionen über die NS-Zeit einmal wieder aufzuwärmen.“ (15.2.2001)

Offenbar schließt der Schreiber aus, dass Kenntnisstand und Argumentationsweise im Laufe der Zeit voranschreiten. Folglich teilt er mit, was ihm

¹ Meine Argumentation bezieht sich auf Jörn Rüsen Theorie des historischen Erzählens, die sich um die Qualitäten Wahrheit und Lebensdienlichkeit dreht. Rüsen hat sie in zahlreichen Publikationen dargelegt.

² Horst Pöttker: *Mitgemacht, weitergemacht, zugemacht. Zum NS-Erbe der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. In: *Aviso*, Nr. 28/2001, 4-7.

³ <http://www.dgpuk.de>.

von früher geläufig ist – zuerst Relativierendes zur Tätigkeit des Leipziger Zeitungswissenschaftlers Hans Amandus Münster für das NS-Regime:

Selbst zu der Auftragsarbeit, Listen jüdischer Mitarbeiter in der Presse anzufertigen, möchte ich in den Akten die Zielsetzung des Auftrags lesen und wie H. A. Münster auf diesen Auftrag reagierte. Es wäre ja z.B. keineswegs falsch, wenn da behauptet würde, daß die Presse überdurchschnittlich mit Juden durchsetzt war, denn sonst hätte es ja damals nur 0,25 % jüdische Mitarbeiter geben dürfen.

Dann Entlastendes über *Das Reich* und Joseph Goebbels: „Journalisten, die für ‚Das Reich‘ schrieben, lagen eigentlich nicht auf der offiziellen Propagandawelle, sondern standen im Abseits – jedenfalls war das die Parteimeinung, denn die hielt ‚Das Reich‘ für eine geniale Camouflage des Herrn Dr. Goebbels.“ Und schließlich Abschätziges über die Idee, Kommunikationswissenschaftler(innen) sollten mit ihrer Vergangenheit offen umgehen: „Ihre Vorstellung, daß ein Professor oder auch nur ein sonstiger Wissenschaftler sich zu seiner NS-Vergangenheit bekennen sollte, hat Herr Dr. Strauß bekanntlich mit dem Schnee von gestern weggeräumt. Oder erwarten Sie von einem gebildeten [...] Menschen, daß er sich freiwillig als Schlachtopfer meldet? Bekanntlich gehen dahin nur die allerdümmsten Kälber. Wer bekennt sich schon zu seiner Dummheit?“

Allein wegen dieser Zuschrift hätte sich der *AVISO*-Artikel gelohnt. Was könnte seine Notwendigkeit deutlicher zeigen? Eine jüdisch „durchsetzte“ Presse, Goebbels ein heimlicher Oppositioneller, wer Fehler eingesteht ist dämlich. Noch immer wird mit Argumenten hantiert, die das Fach exkulpierten, indem sie die Zustände im NS-Regime verharmlosten. Es ist die Logik der unmenschlichen Ideologie (Judengefahr; zeige niemals Schwäche!) und intriganten Herrschaftsweise (interne Rivalitäten) des Nationalsozialismus selbst, aus der hier die zeitungswissenschaftliche Beihilfe zur Verfolgung jüdischer Journalisten gerechtfertigt, die intellektuelle Leitstimme im Propagandakonzert zur Stimme heimlicher

Opposition erhoben, das Bemühen um einen lernenden Umgang mit eigenen Fehlern als naiv abgetan wird.

Das ist charakteristisch für eine Zeit, in der der rasche Wiederaufbau vom Bedürfnis der Großteils noch selbst am NS-Regime beteiligten Deutschen begleitet wurde, die eigenen Untaten und Versäumnisse zu vergessen, zu leugnen oder wenigstens zu verkleinern. In dieser Phase wurden der Nationalsozialismus und seine Verbrechen selbst verdrängt. 1956 intervenierte die Regierung Adenauer mit Erfolg in Paris, um die öffentliche Aufführung von Alain Resnais' Dokumentarfilm über Auschwitz „Nuit et Brouillard“ (Musik: Hanns Eisler; Text: Jean Cayrol, deutsche Fassung: Paul Celan) auf den Filmfestspielen von Cannes zu verhindern. Längsschnittstudien zeigen, dass die NS-Vergangenheit nach einer ersten Thematisierungswelle zwischen 1945 und 1949 (z.B. mit intensiver Berichterstattung über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess) in der dar-

auf folgenden Dekade in den deutschen Medien kaum behandelt worden ist.⁴ Das Schweigen über Auschwitz wurde erst durch die großen NS-Prozesse der

sechziger Jahre und ihre journalistische Begleitung beendet, bevor 1968 die antiautoritäre Jugend unter die Lupe zu nehmen begann, wie sich ihre Väter zwischen 1933 und 1945 verhalten hatten. Seit den siebziger Jahren sind Vorgänge wie der um Resnais' Auschwitz-Film nicht mehr denkbar. Es wirkt heute anachronistisch, wenn das NS-Regime wie in dem oben zitierten Brief verniedlicht wird.

3. „Persönlich motivierte Angriffe“

Weder zeit- noch fachspezifisch ist die Technik, sich Unangenehmes dadurch vom Leib zu halten, dass man seine Übermittler herabsetzt. Es ist bemerkenswert, mit welcher Selbstverständlichkeit dem Redakteur und dem Autor des *AVISO*-Textes eigennützige Motive, fragwürdiger biographischer Hintergrund oder einfach Unfähigkeit

⁴ vgl. Horst Pöttker: *Zwischen Politik und publizistischer Professionalität. Zum journalistischen Umgang mit der NS-*

Vergangenheit seit 1945. In: Jürgen Wilke (Hg.): *Massenmedien und Zeitgeschichte.* Konstanz 1999, 648-663.

nachgesagt wurden. Mit Ausnahme des offenen Briefs von Winfried Schulz (22.3.2001) enthalten alle kritischen Reaktionen *persönliche Unterstellungen*.

Stilbildend war ein Brief an den DGPK-Vorsitzenden vom 22.2.2001, in dem Walter J. Schütz behauptet hat:

Bereits in der Vergangenheit haben Pöttker und Haller sachlich nicht gerechtfertigte Angriffe gegen andere Mitglieder (Haller .I. Schreiber; Pöttker .I. Schulze) vorgetragen. Das war so lange hinzunehmen, als dazu nicht der Aviso benutzt wurde.

Bernd Sösemann spekuliert über unsere Beweggründe:

Welche Motive oder Überlegungen haben den Ausschlag gegeben, ein offenkundig unzulängliches Manuskript zu akzeptieren? Nicht einmal die persönlich motivierten Angriffe Pöttkers haben offensichtlich Bedenken bei dem verantwortlichen Kollegen Haller hervorgerufen.
(2.3.2001)

Jürgen Wilke und in ähnlicher Weise Gabriel Weimann stellen unsere Kompetenz in Zweifel, Journalisten auszubilden, und werfen mir mangelndes Berufsethos vor. Wilke über Haller und Pöttker:

Ich finde schon bemerkenswert, welche ‚Qualität‘ hier Kollegen, die in der Journalistenausbildung tätig sind, bieten bzw. durchgehen lassen. Dies desavouiert alle Einlassungen zur journalistischen ‚Qualitätssteigerung‘, mit denen sich auch diese Kollegen zu Wort gemeldet haben.
(15.3.2001 an den DGPK-Vorsitzenden)

Weimann über Pöttker:

He forgot the ethics of scientific quotation. This is rather disappointing since he is a Professor of Journalism, teaching and educating students of journalism who are to become the future journalists, editors and authors.
(2.5.2001 an dieselbe Adresse)

Der jüngste Beleg ist Otto B. Roeges Reaktion auf den AVISO-Text unter dem Titel „Knäuel von Erfindungen“ (*Rheinischer Merkur*, 27.7.2001, S.7) Der Autor lässt sich über meinen 68er-Hintergrund aus, wobei ihm der sozialwissenschaftliche Begriff „Kohorte“ nicht geläufig zu sein scheint.

Es mehren sich die Versuche, das Bild der 68er Revolte, die den Umsturz von Staat und Gesellschaft wollte und zum Linksterrorismus führte, in freundlichen Farben neu zu malen. Wenn einer aus der Frankfurter Putzgruppe Außenminister werden und der RAF-Anwalt Ströbele Helmut Kohl verhören kann – warum sollen dann die Leute der ‚68er Kohorte‘ nicht die Geschichte umschreiben dürfen? Horst Pöttker [...] zählt sich zu der ‚68er Kohorte‘.

Die Überzeugungskraft dieser alten, schon der antiken Rhetorik bekannten Technik beruht darauf, dass sie die hohe Komplexität eines argumentativen Diskurses auf die leicht fasslichen Dimensionen der Person und des binären Codes gut/schlecht reduziert. Wo Komplexität als Qualität gilt, z.B. im wissenschaftlichen Milieu, kann diese Technik freilich auch kontraproduktiv sein. Dass Winfried Schulz darauf verzichtet, zeigt seine verlässliche Sensibilität für die Standards wissenschaftlicher Kommunikation.

Zur sachlichen Berechtigung der Vorwürfe an Haller und mich ließe sich vieles sagen.⁵ Ich beschränke mich hier auf Bemerkungen zur Funktion der Bemühungen, die beiden für den AVISO-Text verantwortlichen Personen zu demontieren. Auffällig an den zitierten Stellungnahmen ist zweierlei:

Erstens gehen sie kaum auf den Inhalt des AVISO-Artikels ein, unterstellen ohne konkrete Belege dessen Niveaulosigkeit, wobei sie sich gegen Kritik an diesem Versäumnis mit dem Argument immunisieren, der Text biete „insgesamt so gut wie keine Voraussetzung für eine wissenschaftlichen Kriterien verpflichtete Diskussion“ (Sösemann, 2.3.2001) Anders, als der Titel „Knäuel von Erfindungen“ erwarten lässt, widerlegt z.B. Roegele keine einzige meiner Sachaussa-

⁵ Als Einstieg in diese hier deplazierte Auseinandersetzung sei z.B. die Lektüre des Email-Wechsels zwischen Gabriel Weimann und mir oder der von Michael Haller verfassten

offenen Briefe auf der DGPK-Homepage (<http://www.dgpuk.de>) empfohlen.

gen. Es sei denn, man will den zutreffenden Hinweis, dass Otto Groth in den Jahren vor 1945 in der Münchner Institutsbibliothek an seiner 1948 erschienenen „Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft“ gearbeitet hat, als Widerlegung meiner Aussage betrachten, der unter der NS-Herrschaft als Jude mit Berufs- und Publikationsverbot belegte, ähnlich wie Victor Klemperer in „privilegierter Mischehe“ lebende Groth habe im „Dritten Reich“ funktionslos überwintert.

Zweitens handelt es sich mit Ausnahme der Texte von Weimann (aus Übersee) und Roegle (der redaktionellen Prozedur einer Wochenzeitung unterzogen) um schnelle, fast automatische Reaktionen ohne intellektuellen Filter.

Beides ist von den deutschen Reaktionen auf Daniel J. Goldhagens Buch „Hitler's Willing Executioners“ bekannt und kann als Kennzeichen eines Typs strategischer Kommunikation verstanden werden, mit dem die von Goldhagen, Christopher Browning oder – auf andere Weise – Philipp Jenninger geäußerte Einsicht, dass sich die gewöhnlichen Deutschen durch ihr alltägliches Tun und Lassen an den NS-Verbrechen beteiligt haben, heute abgewehrt zu werden pflegt.⁶

Das rührt an Zeittypisches. Es geht heute nicht mehr, wie in den fünfziger Jahren, um das Verschweigen des Holocaust selbst. Sondern es geht um eine Methode, die es erlaubt, den Anteil der eigenen „Familie“ (im weitesten Sinne) an den allenfalls noch von Rechtsextremisten geleugneten Verbrechen zu ignorieren – und damit die eigene Verantwortung für die Zukunft. Dass auch in unserem Fach diese elaborierte Variante des Nicht-wahrhaben-Wollens grassiert, war die These des AVISO-Artikels, in dem es, von keinem Kritiker zitiert, heißt:

Da die Mehrheit der Deutschen Hitler aus Überzeugung oder aus Opportunität gefolgt war, hätte vor allem das Lernen und Umdenken gefördert werden müssen, um Rückfällen entgegenzuwirken. Umdenken aber setzt das Eingeständnis voraus, mitgemacht zu haben, um reflektieren zu können, warum das geschehen ist.

⁶ vgl. Horst Pöttker: *Strategische Kommunikation. Zur deutschen Reaktion auf Daniel J. Goldhagens „Hitler's Willing Executioners“*. In: Siegfried Quandt/Wolfgang Gast (Hg.): *Deutschland im Dialog der Kulturen*. Konstanz 1998, 235-247; ders.: *Mut zur Nüchternheit. Was Philipp*

4. „...alles verkappte Nazis?“

Das führt zum nächsten Muster, das zeit-, aber nicht fachspezifisch ist. Um die Vorstellung von der Beteiligung der normalen Deutschen an den NS-Verbrechen abzuwehren, wird der Umstand vergessen, dass das Regime sich nicht zuletzt auf die Anpassungsbereitschaft von Menschen gestützt hat, die die nationalsozialistische Ideologie nicht oder nur teilweise teilten – und darüber hinaus sogar auf ganz gewöhnliche Handlung(sweis)en, die erst der totalitäre Kontext zur Beteiligung an Verbrechen umgewertet hat.

Folgt man Max Weber⁷, besteht auch in diesen Fällen eine Verantwortung der Handlungssubjekte für die (nicht intendierten) Folgen ihres Tuns und Lassens. Holger Böning hat das in seinem offenen Brief vom 23.4.2001 im Hinblick auf die noch zu schreibende Nachkriegsgeschichte der DGPK konkretisiert:

Dabei sollte die Frage, ob einzelnen Betroffenen in der Vergangenheit nazistische Gesinnungen zu bescheinigen seien, nicht im Mittelpunkt stehen. Wer so fragt, hat nicht bemerkt, dass guter Glaube und ideologische Verblendung vielleicht entschuldbarere Motive für bestimmte Handlungen und Äußerungen waren als die ebenso oft feststellbaren Haltungen des blanken Opportunismus und der zynischen Gesinnungslosigkeit.

W Weil die Funktionalität opportunistischer oder alltäglicher Handlungen für das Regime verkannt wird, muss der Vorwurf der NS-Gesinnung sogar da hineingelesen werden, wo er ausdrücklich unterbleibt. Über die oben zitierte Stelle („aus Überzeugung oder aus Opportunität“) hinaus habe ich die Unerheblichkeit des subjektiven Handlungssinns für die Frage nach dem Mitmachen im AVISO-Text durch folgende Formulierung zum Ausdruck gebracht: „Professoren wie Student(inn)en des Fachs haben sich nicht nur mit dem NS-Regime arrangiert, sie haben ihm, aus welchen Motiven auch immer, gedient.“ Außerdem habe ich nur von – sogar unvermeidlicher – *personeller* (und nicht von

Jenninger am 10. November 1988 wirklich gesagt hat – und warum er gehen musste. In: *medium*, 3/1989, 27-32.

⁷ vgl. Max Weber: *Politik als Beruf*. 8. Aufl. Berlin 1987, und den darin erläuterten Begriff Verantwortungsethik.

ideologischer) Kontinuität in der Zeitungswissenschaft vor und nach 1945 gesprochen.

Dessen ungeachtet schreibt der DGPK-Vorsitzende an alle Mitglieder:

Wir sind der Meinung, dass man Noelle-Neumanns Aufarbeitung ihrer Vergangenheit durch aus kontrovers diskutieren kann, halten es aber für falsch, ihr nazistische Gesinnung zu unterstellen.

(12.3.2001)

Ähnlich Winfried Schulz, der die Unterstellung des Vorwurfs der NS-Gesinnung noch aufbläht, indem er sie auch auf die Schüler Noelle-Neumanns (Schulz, Kepplinger, Wilke, Brosius, Donsbach, Schenk, Scherer, Tonnemacher) bezieht: „alles verkappte Nazis?“ (22.3.2001) Roegele weitet sie sogar auf das ganze Fach aus:

Offensichtlich verfolgt Pöttker das Hauptziel, Elisabeth Noelle-Neumann der fortwirkenden Nazi-Vergangenheit zu beschuldigen, baut drum herum jedoch eine weitläufige Kulisse auf, die belegen soll, dass die gesamte ‚Zunft‘ antisemitischen Regungen unterworfen sei.
(*Rheinischer Merkur*, 27.7.2001)

Schließlich hält der DGPK-Vorstand auch in der fortgeschrittenen Debatte an der Unterstellung eines – nun angeblich nur noch unterschwellig geäußerten – Nazi-Vorwurfs fest, wenn er „zumindest missverständliche Formulierungen“ moniert, „aus denen man lesen konnte, Elisabeth Noelle-Neumann habe sogar noch nach der NS-Zeit im Sinne nazistischer Positionen gewirkt. Besonders empört haben uns implizite Angriffe auf Schüler und Mitarbeiter.“ (Stellungnahme vom 30.4.2001)

Besonders aufschlussreich ist hier die Zwischenbemerkung, die Unterstellung des Nazi-Vorwurfs sei „aus unserer Sicht die naheliegende Lesart“ gewesen. Anstatt – wenigstens nach entsprechenden Hinweisen – daran zu denken, dass das NS-Regime nicht zuletzt wegen der Handlung(sweis)en von Menschen, auch Zeitungswissenschaftler(inne)n, bestehen konnte, die sich mit

dem Nationalsozialismus nicht identifizierten, hält die Spitze der Fachgesellschaft lieber an der abstrusen Vorstellung fest, eines ihrer Mitglieder traue einer ganzen Schule der gegenwärtigen Kommunikationswissenschaft nationalsozialistische Überzeugungen zu.

Warum werden Fragen nach der Entstehung und dem Bestehen-können des NS-Regimes so gern auf die Frage nach der Nazi-Gesinnung reduziert, was erscheint plausibel an dieser in den Sozial- und Geschichtswissenschaften sonst oft kritisierten Gleichsetzung von subjektivem Handlungssinn und objektiver Funktion? Attraktiv an der Gleichsetzung ist, dass sie davor bewahrt, Konsequenzen für das eigene Handeln ziehen zu müssen. Ich bin ja kein Antisemit oder Nazi, also habe ich gegebenenfalls auch nichts mit dem Aufkommen eines neuen Gewaltregimes zu tun. Ich bin auf diese Weise befreit davon, Handlung(sweis)en jenseits meiner politischen Überzeugungen, die solche Entwicklungen fördern könnten, z.B. alltäglichen Opportunismus oder blinden Gehorsam, zu erkennen und hemmende Einstellungen zu trainieren.

Das moralisierende Fragen, ob einer Person Verfehlungen vorzuwerfen sind oder nicht, ob sie gemäß der biographischen Gesamtheit ihrer Motive Schurke oder Held war, lenkt vom Entscheidenden ab. Wichtiger für eine Fachgeschichte, die lebenspraktische Konsequenzen aus der Vergangenheit fördern will, ist die Frage nach Handlung(sweis)en, auf die sich das Regime stützen konnte.

5. „...mehr als zehn Aufsätze und Bücher“

Ein Band über Emil Dovifat liegt seit drei Jahren vor (mit einem umfangreichen Quellenteil); noch in diesem Jahr werden Untersuchungen zu Fritz Eberhard erscheinen – ebenfalls mit Dokumenten aus und zu der nationalsozialistischen Epoche und zum Exil; ebenfalls noch in diesem Jahr dürfte eine Dissertation vorgelegt werden, die ausschließlich das Fach, seine Vertreter und die Institute zwischen 1933 und 1945 behandelt. Die ältere Forschung ist in den abgeschlossenen Biographien leicht zugänglich, die neuere findet sich in der Publizistik und wird seit drei Jahren in dem Jahrbuch zur Kommunikations-

geschichte akribisch berücksichtigt und übersichtlich präsentiert.

(Sösemann, 2.3.2001)

Schon die Grundthese, man habe sich in der Publizistikwissenschaft mit der NS-Vergangenheit des Faches bisher nicht beschäftigt, ist ganz unhaltbar und zeigt, dass der Verfasser dies offenbar nicht zur Kenntnis genommen hat oder verschweigt. Der umfangreiche Band über Emil Dovifat, den Herr Sösemann herausgegeben hat und der auf eine Berliner Tagung zurückgeht, wird offenbar ignoriert.

(Wilke, 15.3.2001)

Persönlich darf ich [...] bemerken, daß ich in den zurückliegenden Jahren wohl mehr als zehn Aufsätze und Bücher alleine oder gemeinsam mit Kollegen veröffentlicht habe, von welchen ich sehr wohl behaupten möchte, daß sie der nationalsozialistischen Vergangenheit des Faches ‚offen ins Auge blicken‘.

Es folgt eine Aufzählung von 15 Titeln und noch mehr Namen, die Publikationen von Schülern des Kollegen betreffen, der mir diesen Brief (8.3.2001) geschrieben hat.

Zu den auffälligen Abwehrmustern bei Fachhistorikern gehört, dass die These, die deutsche Kommunikationswissenschaft habe sich bisher nicht zu einem offenen Umgang mit ihrer Vergangenheit durchringen können, missverstanden wird als Behauptung, sie habe sich mit dieser Vergangenheit gar nicht oder zu wenig beschäftigt. Diese mir unterschobene Behauptung ist durch die Zahl der einschlägigen Publikationen und akademischen Abschlussarbeiten tatsächlich leicht zu widerlegen.

Das Zeittypische an diesem Muster tritt hervor, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die These von der mangelnden Thematisierung sich für die ersten Nachkriegsjahrzehnte durchaus aufrechterhalten ließe. „Die Aufarbeitung der Fachgeschichte begann im Wesentlichen erst vier Jahrzehnte nach 1945.“ (Böning, 23.4.2001) Die *Wendung ins Quantitative* generiert erst in der Gegenwart plausibel erscheinende Abwehrargumente.

Das Fachspezifische hängt mit der Dominanz quantitativer Kriterien im Wissenschaftsbetrieb zusammen. Eher entscheidet die Zahl der Publi-

kationen über eine akademische Karriere als die Prägnanz ihres Inhalts, die sich sogar kontraproduktiv auswirken mag. Zwar trifft diese Binsenweisheit keineswegs immer zu, aber viele Wissenschaftler orientieren sich in ihrer Karrierepraxis an ihr, was nicht ohne Auswirkungen auf den akademischen Denkstil bleibt. Quantifizierbarkeit ist nicht per se verdächtig, sondern zunächst ein methodischer Vorteil. Gleichwohl gibt es Fragen, die sich mit quantitativen Kriterien allein nicht beantworten lassen.

Dazu gehört die These vom ausweichenden Umgang der Kommunikationswissenschaft mit ihrer NS-Vergangenheit. Nicht-Thematisierung muss nicht Verdrängung bedeuten, aber Verdrängung muss sich auch nicht als Nicht-Thematisierung äußern. Wie schon das Wort Verdrängen sagt, gibt es ein Um-den-heißen-Brei-herumreden, kann das Nicht-wahrhaben-wollen die Gestalt von Betriebsamkeit annehmen. Ob die Kommunikationswissenschaft sich ihrer NS-Vergangenheit stellt oder nicht, ist deshalb nicht nur eine Frage der Quantität fachhistorischer Detailstudien, sondern auch der dabei verfolgten Fragestellungen und Argumentationsweisen.

Aufschlussreich dafür ist der von Bernd Sösemann 1998 herausgegebene Band über Emil Dovifat, der in der Debatte über den *AVISO*-Artikel immer wieder erwähnt wurde, um die These zu widerlegen, das Fach gehe nicht offen mit seiner NS-Vergangenheit um. Wer die 694 Seiten gründlich liest, wird feststellen, dass es abgesehen von Ausnahmen, vor allem den von Barbara Baerns und Otto Köhler beige gesteuerten Texten, kaum einen überzeugenderen Beleg für meine These geben kann als diesen Band. Der Herausgeber geht nämlich in seinem Beitrag mit dem denkwürdigen Titel „Auf dem Grat zwischen Entschiedenheit und Kompromiß“ wie selbstverständlich von der Prämisse aus, Dovifat sei ein Oppositioneller gewesen. Das schlägt sich in Lücken der Dokumentation nieder, etwa dem Fehlen jeglicher explizit auf Hitler Bezug nehmender Passagen aus den Überarbeitungen der „Zeitung Lehre“ von 1937 und 1944 oder aus Dovifats Schrift „Rede und Redner“ von 1937.

Dort liest man im Kapitel „Adolf Hitler“ u.a.: „Das Kapitel 6 des Buches ‚Mein Kampf‘, das die Bedeutung der Rede und ihren Kampfeinsatz behandelt, ist eine Redelehre, die an Frische und

Lebendigkeit ihresgleichen sucht.“⁸ Es ist wichtig, den Wortlaut solcher Stellen in Erinnerung zu behalten, solange behauptet wird, sie seien eine versteckte „Verhöhnung“ und Dovifat habe zwischen den Zeilen „beste Aufklärung über Hitlers Absichten“ (15.2.2001) betrieben. Selbst wenn Dovifat solche Absichten gehabt haben sollte, können es seine Leser kaum bemerkt haben.

Selbst ein Überfluss an Detailstudien zur Fachgeschichte der NS-Zeit, von dem gewiss keine Rede sein kann, würde den Mangel an selbstkritischem Diskurs über Formen und Gründe des Mitmachens im NS-Regime nicht widerlegen. Dieser Mangel zeigt sich u.a. daran, dass in der Forschungsliteratur für regimetreues Verhalten oft nur Erklärungen aus den Zeitumständen gesucht und als Entschuldigungen gedeutet werden. Aber: Wem hat dieses Handeln damals genützt? Was denken die Handelnden und andere später darüber? Wird das Mitmachen beim Namen genannt? Werden Schlüsse gezogen? Welches sind die notwendigen Voraussetzungen, damit wir Konsequenzen für unser Tun und Lassen heute ziehen können? Erst mit solchen Fragen würde sich die Fachgeschichte von einer positivistischen Instanz zu einer lebensdienlichen Tätigkeit entwickeln können.

6. „...altbekannte Vorwürfe“

Schließlich fällt die Häufigkeit auf, mit der festgestellt wird, dass der AVISO-Beitrag *keine neuen Informationen* enthalte. Die meisten kritischen Reaktionen lassen en passant Bemerkungen fallen wie, es handle sich um „altbekannte und bereits intensiv diskutierte Vorwürfe“ (Brosius, 12.3.2001). Das Plausible an solchen Bemerkungen ist die Anspielung auf die wissenschaftliche Aufgabe, Innovationen im kulturellen Wissensvorrat anzuregen. Eine Zeitspezifik ergibt sich daraus, dass es in den fünfziger oder sechziger Jahren noch nicht glaubwürdig gewesen wäre, z.B. die angeblich „immer wieder bemühten Zitate“ (Schulz, 22.3.2001) aus Elisabeth Noelles Dissertation und aus ihren *Reich*-Artikeln zu erwähnen – einfach, weil seit dem Ende der NS-Herrschaft noch nicht genug Zeit vergangen war, in der solches „Bemühen“ hätte überhandnehmen können.

Warum die Empörung, wenn in meinem Text ohnehin Bekanntes stand? Geht es wirklich um

die Innovationskraft der Fachgeschichte? Offenbar dient die Fehlanzeige neuer Informationen hier vor allem dem Zweck, bereits erlangtes Wissen wieder abzustoßen. Dass die Vorwürfe „altbekannt“ seien, antisemitische Noelle-Zitate „immer wieder bemüht“ würden, soll ihre neuerliche Erwähnung illegitim erscheinen lassen. Martin Stock hat die generelle Intention erkannt: „Anstelle einer sachlichen Auseinandersetzung hätte Ihnen anscheinend die Unterdrückung des kritischen Beitrags in dem Vereinsorgan besser gefallen.“ (30.3.2001 an den DGPK-Vorsitzenden)

Selbst wenn er zuträfe, wäre der bloße Umstand, dass etwas bekannt ist, kein hinreichender Grund, es nicht noch einmal zu sagen. Dazu würde er erst, wenn das Bekannte Folgen gezeitigt hätte, die seine Vearbeitung anzeigen. Bei belastenden Zitaten könnten dies in einem wissenschaftlichen Zusammenhang Reflexionen darüber sein, welche Funktion die zitierten Publikationen für das NS-Regime hatten. In einem moralischen Zusammenhang könnte es der Ausdruck des Bedauerns seitens der Urheber der Zitate sein. Das eine wie das andere hat es in der deutschen Publizistik- und Kommunikationswissenschaft – mit seltenen, im AVISO-Artikel erwähnten Ausnahmen – nicht gegeben. Solange das so ist, hat die Fachgeschichte auf belastende Fakten hinzuweisen, auch wenn sie nicht neu sind.

Innovationskraft ist eine nachrangige Qualität wissenschaftlicher Aussagen im Vergleich zu deren Wahrheit. Richtige Einzelaussagen werden durch Wiederholung nicht falsch. Im Gegenteil: Damit sie wahr werden können, sind sie im wissenschaftlichen Diskurs so lange zu wiederholen, wie sie nicht überzeugend interpretiert und in theoretische Einsichten überführt worden sind. Das ist der Fachgeschichte mit den Zeugnissen des Mitmachens maßgeblicher Zeitungs- und Kommunikationswissenschaftler im NS-Regime bisher nicht gelungen.

Die Fehlanzeige von neuen Fakten ist der akademische Sonderfall eines generellen Abwehrmechanismus, der auf Nebensächliches ablenkt. Er lässt sich in der Kritik am AVISO-Beitrag auch in anderer Form beobachten. Sösemann beklagt in seinem Schreiben an den DGPK-Vorsitzenden (2.3.2001) ein unzulängliches wissenschaftliches Niveau meines Textes. Die einzigen konkreten Belege, die er dafür anführt, sind die Verwendung

⁸ Emil Dovifat: *Rede und Redner. Ihr Wesen und ihre politische Macht*. Leipzig 1937, 138.

von NS-Vokabular⁹ und die von mir aus der soziologischen Diskussion übernommene These von der Dysfunktionalität der Emigrationselite für die DDR-Gesellschaft.¹⁰ Was haben diese Monita mit der Hauptthese vom Nicht-wahrhaben-wollen des Mitmachens deutscher Zeitungswissenschaftler im Nationalsozialismus zu tun? Sösemann erwähnt diese These mit keinem Wort, obwohl ihn ein Vitalinteresse mit ihr verbindet: seine Prämisse, Dovifat sei ein Oppositioneller gewesen, kann nämlich auch als Gegenposition dazu verstanden werden.

7. Lebensdienlichkeit und Wahrheit der Fachgeschichte

Die Debatte über den *AVISO*-Text zeigt, dass auch unter den Historikern unseres Faches eine Abneigung herrscht, den Nationalsozialismus in die Kontinuität der deutschen Entwicklung zu stellen und darüber hinaus als latente Möglichkeit aller Menschen, Kulturen und Epochen zu begreifen. Das Bedürfnis, Auschwitz als das ganz Andere, Fremde abzustoßen, mit dem „uns“ nichts verbindet, ist verständlich. Der Gedanke, dass Menschen anderen Menschen dies antun können, zumal mit einer Planmäßigkeit, die wir als Ausdruck moderner Überlegenheit schätzen, muss wohl bis zu einem gewissen Grade verdrängt werden, wenn der Alltag erträglich bleiben soll.

Jede Kultur hat dafür eigene Methoden. Beispielsweise gibt es immer noch Amerikaner, besonders solche mit deutschen Vorfahren, die Auschwitz für eine Erfindung der US-Kriegspropaganda halten – nicht, weil sie Neonazis wären, sondern weil sie der Kultur des Landes Lessings

und Heines mehr vertrauen als ihrer eigenen Regierung.

Auschwitz zu leugnen ist in Deutschland nicht nur verboten, sondern angesichts der erdrückenden Beweise an Ort und Stelle auch nicht überzeugend. Seitdem die NS-Prozesse die unglaublichen Tatsachen ins öffentliche Bewusstsein gezwungen haben, ist hier eine andere Methode in Gebrauch gekommen, die unangenehme Wahrheit fern zu halten: Geleugnet werden nicht die Verbrechen selbst, wohl aber, dass und was das Alltagshandeln der gewöhnlichen Deutschen dazu beigetragen hat. Das NS-Regime wird als eine Sache der Nazis weggeschoben, mit der „wir“, unsere Eltern und Großeltern (im weitesten Sinne) nichts zu tun haben, weil wir, unsere Eltern und Großeltern, ja keine Nazis sind (waren).

Das ist durchaus lebensdienlich, weil es den Alltag erträglicher macht.

Die Lebensdienlichkeit der Geschichtswissenschaft (einschließlich der Fachgeschichte) ist freilich nicht die eines Kissens, um es sich im Alltag bequem zu machen. Ihre Lebensdienlichkeit ist an die Qualität der Wahrheit gebunden. Wahrheit ist keine Substanz, der man ein für alle Mal habhaft werden könnte, sondern ein Prozess der Suche, der an das Prinzip unbeschränkter Kommunikation (Öffentlichkeit) gebunden ist.

Dieser gegenüber vorhandenem Wissen kritische, enttabuisierende Wahrheitsdiskurs hat die Kraft, den Alltag zu verändern. Die (Fach-)Geschichte verliert diese Kraft, wenn sie sich derselben Abwehrinstrumente bedient, mit denen außerwissenschaftliches Denken sich im Alltag einrichtet.

Univ.-Prof. Dr. phil. Horst PÖTTKER (1944)

Seit 1980 Lehraufträge zu Soziologie an den Universitäten Freiburg i.Br. und Siegen. Seit 1989 Wissenschaftlicher Beirat der internationalen Medienfachzeitschrift *Media Development* (WACC), London. 1992-1995 Gastprofessur für Kommunikationswissenschaft an der Universität Leipzig. 1995 Habilitation in Siegen. Seit 1996 C4-Professur für Journalistik (Schwerpunkt: Theorie und Praxis des Journalismus) an der Universität Dortmund. Seit 1998 1. Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Zeitungsforschung in Dortmund. 1999-2001 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Journalistik an der Universität Dortmund; 2001/2002 Gastprofessur an der University of Iowa/USA.

⁹ Dass Wörter wie „Erbe“, „Nicht-Arier“ oder „Reichskristallnacht“ in distanzierendem Kontext als stilistische Mittel der historischen Charakterisierung dienen können, verträgt sich offenbar nicht mit politischer Korrektheit.

¹⁰ Die DDR ist übrigens nicht, wie Sösemann in meinen Text hineinliest, im Jahre 1989 gescheitert, sondern im Laufe der vier Jahrzehnte ihres Bestehens.

Als der Krieg zu Ende war

Von der Zeitungswissenschaft zur Publizistik

Hans Bohrmann

Ausgangsbasis

Wissenschaft und Ausübung von Wissenschaft hat immer mit Staat und Politik zu tun und sei es allein dadurch, dass in Deutschland die Universitäten traditionell durch den Staat unterhalten werden, was bei der Ernennung der Hochschullehrer, die als solche in fast allen Fällen Beamte waren, zumindest eine staatliche Vetoposition bedeutete. Es ist kein Einwand, für die Gründung und den Unterhalt von Hochschulinstituten sei neben den planmäßigen (staatlichen) Haushaltiteln regelmäßig das Nutzen diverser anderer Wege der Mittelzuweisung erforderlich, denn bei deren Vergabe wirken staatliche Instanzen zumindest mit.

Wissenschaftliche Studiengänge sind oft dann besonders erfolgreich, wenn sie staatlich anerkannte Examina oder gleich Staatsexamina anbieten können. Die Zeitungswissenschaft eiferte diesem Ziel nach 1933 mit dem Zertifikat des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes¹ nach, das das ordentliche Absolvieren eines Studiums von sechs Semestern gemäß dem sog. reichseinheitlichen Lehrplan der Zeitungswissenschaft bescheinigte. Diese DZV-Bescheinigung bewirkte 50 % Rabatt beim Redaktionsvolontariat. Die vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in der Zeitungswissenschaft seit der zweiten Hälfte der

dreißiger Jahre an vielen Hochschulen bewirkte Umwandlung von außerplanmäßigen in planmäßige Dozenturen und von ao. Professuren in Ordinariate, war zugleich die Qualifizierung zum Hauptfach. Dieser Weg war in der Weimarer Zeit allein in Leipzig gegangen worden, als die Nachfolge für Karl Bücher gesucht und in Erich Everth² gefunden worden war. Das bedeutete eine ansehnliche staatliche Förderung, denn im Hauptfach konnten nicht nur alleinverantwortlich jetzt Dissertationsthemen angeregt und betreut, sondern die wichtige mündliche Prüfung im Rigorosum konnte eigenverantwortlich abgenommen werden und das Fach erhielt damit auch das Habilitationsrecht.

Die staatliche Seite förderte die Zeitungswissenschaft deutlich. Diese dankte es ihr und lag dabei im Trend der Mehrzahl der Fakultäten und Fächer. Der nationalsozialistische Staat hatte sich die Hochschulen 1933 rasch unterworfen, in vielen Fällen unterwarfen sich die Hochschulen auch freiwillig. Die verfassten Studentenschaften waren bereits in der Weimarer Republik in Scharen zum Nationalsozialismus übergelaufen. Die Korporationen hatten schon in der Republikzeit ihren Antisemitismus mit Arierparagrafen praktiziert.³ Dass eine politische Haltung, die – sei es von Hochschullehrern oder Studenten – im Jahr der Machtergreifung eingenommen wurde, nicht notwendig die Haltung der folgenden zwölf Jahre

¹ Walther Heide: *Zeitungswissenschaft. Geschichte, Aufbau und Arbeitsweise der deutschen Zeitungen*. In: *Die Handelshochschule*. 2. Aufl. Berlin und Wien 1939, Bd. 4, Kap. 12, Lfg. 58; ders.: *Die Eigenständigkeit der Zeitungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung ihrer Abgrenzung zur Rundfunkwissenschaft*. In: *Rundfunkarchiv*, Jg. 15 (1942), 2-15; ders.: *Entwicklungslinien zu einer europäischen Zeitungswissenschaft*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 19 (1944), 66-85; ders. (Hg.): *Wie studiere ich Zeitungswissenschaft?* Berlin 1935; hier 3. (Feldpost) Aufl. Essen 1943; Heides Auffassungen prägten nicht nur das Studium und die Personalpolitik, sondern auch die Forschung selbst, vgl. beispielsweise ders.: *Die älteste gedruckte Zeitung. Notwendige Feststellungen zu Streitfragen*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 11 (1936), 61-70 (Heide nimmt für sich in Anspruch, amtlich die Kontroverse um

den Erscheinungsort des *Aviso* gegen die Ergebnisse von Karl d'Esters Assistenten Helmut Fischer zugunsten von Augsburg zu entscheiden. Fischers Dissertation bleibt in der NS-Zeit wissenschaftlich folgenlos, seine Karriere war damit beendet. Die Festlegung war voreilig, wie sich aus der endlichen Beweisführung für Wolfenbüttel in den fünfziger Jahren gezeigt hat.). Vgl.: Helmut Fischer: *Die ältesten Zeitungen und ihre Verleger, nach archivalischen und sonstigen Quellen dargestellt*. Augsburg 1936. Fischer war in der Bayerischen Kommunalpolitik erfolgreich.

² Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Pressegeschichte und Pressetheorie. Erich Everth (1878-1934)*. In: *Publizistik*, Jg. 24 (1979), 386-403.

³ Hans Bohrmann: *Strukturwandel der deutschen Studentenpresse*. (Kommunikation und Politik 4). München 1975, 69 ff.

bestimmt hat, muss in Rechnung gezogen werden. Das Regime forderte Loyalität, die innere Zustimmung konnte es so wenig komplett erzwingen, wie andere Regime auch. Es gibt viele Beispiele für Menschen, die anfangs begeistert waren, die dann aber häufig aufgrund konkreter Ereignisse (30. Juni 1934, sog. Sudetenkrise, 1. September 1939 oder Beginn des sog. Russlandfeldzugs) oder durch Beobachtung von Auswirkungen (Aufrüstung, Judenverfolgung) sich mehr oder weniger distanzieren. Über die Haltung der führenden Zeitungswissenschaftler lässt sich in dieser Hinsicht wenig sagen, weil es an Selbstzeugnissen fehlt. Diese sind – sofern Tagebücher gesucht werden – auch nicht zu erwarten, weil dadurch die Gefahr, vom Regime entdeckt zu werden, gegeben war. Dasselbe gilt für den Briefwechsel, der regelmäßig überwacht wurde, wenn dazu bei der politischen Polizei Anlass vorhanden war. Auch retrospektive Zeugnisse, wie Memoiren, sind, vielleicht mit Ausnahme des sog. Wissenschaftlichen Testaments von Hans Amandus Münster, nicht bekannt.

Deshalb frage ich im Wesentlichen nach den Auswirkungen des Kriegsendes für die Zeitungswissenschaft auf der institutionellen Ebene (Institute und deren führendes Personal und wissenschaftliche Fachorganisation) und der Personalpolitik der Länderministerien, später (nach der sog. Verreichlichung auch der Hochschulpolitik) des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung

und Volksbildung, die bis in die späte Kriegszeit durch den Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband (Walther Heide) bestimmt worden ist. Erst ab 1943/44 organisierte sich auf der Ebene der Reichsdozentenführung eine Fachgruppe Publizistik, die für Hans Amandus Münster als Gegenspieler eine politische Bühne bot. Es wird auch nur ansatzweise auf die Inhalte der wissenschaftlichen Produktion Bezug genommen. Das wäre ein eigenes Thema.

Um die „Ausrichtung“ der Fächer, wo es noch nicht geschehen war, nach der sog. Machtergreifung gemäß den nationalsozialistischen Absichten schnell zu erreichen, wurden Hochschullehrer, die sich in der Weimarer Zeit missliebig gemacht hatten, zumindest „kaltgestellt“, d. h. oft zugleich ihre vorzeitige Pensionierung

betrieben (in der Zeitungswissenschaft: Erich Everth, Leipzig; Alfred Weber⁴, der das Heidelberger Institut inauguriert hatte), um sie mit Nachwuchs der eigenen Couleur besetzen zu können (so Hans Amandus Münster, Leipzig⁵); sofern Hochschullehrer offen mit der Republik sympathisiert hatten, was allerdings nicht häufig der Fall war, wurden sie auch dann entlassen (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums), wenn sie nicht als jüdisch denunziert werden konnten (Hans von Eckardt,

Über die Haltung der führenden Zeitungswissenschaftler lässt sich in dieser Hinsicht wenig sagen, weil es an Selbstzeugnissen fehlt.

⁴ Die besondere Rolle des Heidelberger Instituts in der Zeitungswissenschaft der Weimarer Zeit und nach 1933 sowie 1945 ist noch nicht umfassend untersucht worden, vgl. Horst Reimann: *Publizistik und Soziologie. Anfänge in Heidelberg. Zur Begründung des Instituts für Zeitungswesen an der Ruperto-Carola vor 60 Jahren*. In: *Publizistik*, Jg. 31 (1986), 328-345; Albrecht Ackermann: *Das Institut für Zeitungswesen (Zeitungswissenschaft) an der Universität Heidelberg. 1927-1945*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegele (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*. Frankfurt a.M. 1986, 143 ff.; Hinweise zu Alfred Weber ergeben sich aus den Veröffentlichungen von Eberhard Demm: *Alfred Weber und die Nationalsozialisten*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 1999, 211-235; eine Darstellung des Institutsleiters nach Hans v. Eckardts Absetzung, Hans Hermann Adler, oder zur wissenschaftlichen Bedeutung des Honorarprofessors Wilhelm Waldkirch fehlt; Adler selbst hat kaum veröffentlicht, vgl. etwa Hans Hermann Adler: *Institut für Zeitungswissenschaft*. In: *Die Universität Heidelberg*. Heidelberg 1936, 55-56; ders.: *Volksdeutsche Fragen in der reichsdeutschen Presse*. Stuttgart 1938: Deutsches Auslandsinstitut (Nur für den vertraulichen Gebrauch der

Schriftleitungen). Da aus diesem Institut mit Franz Alfred Six, aber auch Kurt Walz, und aus dem Umfeld zahlreiche prominente politische Funktionäre der Nationalsozialisten kamen (Gustav Adolf Scheel u. a.), wäre die Bearbeitung zu wünschen.

⁵ Hans Amandus Münster: *Die drei Aufgaben der deutschen Zeitungswissenschaft*. „Der Wille zu überzeugen – ein germanischer Wesenszug in der Volksführung des neuen Staates“. Leipzig 1934 (erw. Leipziger Antrittsvorlesung); ders.: *Zeitung und Politik. Eine Einführung in die Zeitungswissenschaft*. (Meyers Kleine Handbücher 17). Leipzig 1935; ders.: *Publizistik. Menschen, Mittel und Methoden*. Leipzig 1939; ders.: *Geschichte der deutschen Presse in ihren Grundzügen dargestellt*. (Meyers Kleine Handbücher 25). Leipzig 1941; ders.: *25 Jahre Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Leipzig*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), 40-47; ders.: *Die Kriegsschuld der Presse der Vereinigten Staaten von Amerika*. In: *Kriegsschuld und Presse. Gemeinschaftsarbeit deutscher Zeitungswissenschaftler*. (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung des Internationalen Pressewesens Wien 3). Nürnberg 1944, 149-171.

Heidelberg⁶). Jüdische Institutsdirektoren wurden sofort ersetzt (Max Fleischmann, Halle/Saale durch den Dozenten Theodor Lüddecke⁷).

Die Selbstverantwortung der Hochschulen für Forschung und Lehre wurde schließlich durch die sog. Reichshabilitationsordnung von 1935 dadurch eingeschränkt, dass die Hochschulen lediglich die wissenschaftliche Qualifikation feststellen durften (Verleihung des Grades

Dr. habil.), während die Zuerkennung der Lehrbefugnis (*venia legendi*) eine ausschließlich staatliche Veranstaltung wurde. Von der Zuerkennung der Lehrbefugnis hing ab, ob ein Kandidat zum Hochschuldozenten und Professor ernannt werden konnte (u. a. Karl Bömer⁸; Wilmont Haacke⁹; Franz Hermann Kluge¹⁰; Karl Kurth¹¹; Hubert Max¹²; Franz Alfred Six¹³) oder als Lehrbeauftragter an den Hochschulen mitwirkte (Ernst Herbert Lehmann¹⁴; Gerhard Eckert¹⁵,

⁶ Hans von Eckardt: *Grundriß der Politik*. Breslau 1927 (Jedermanns Bücherei); *Presse und öffentliche Meinung. Verhandlungen des 7. Deutschen Soziologentages*. (Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Verhandlungen der Deutschen Soziologentage 7). Tübingen 1931, 31-50; Von Eckardts wissenschaftliche Vita, die überwiegend Politikwissenschaft und Soziologie betrifft, ist bislang noch kaum erarbeitet worden.

⁷ Max Fleischmann: *Zeitungswissenschaft als Hochschulstudium*. In: *Mitteilungen des Vereins deutscher Zeitungsverleger*, Jg. 6 (1926), Nr. 5, 3-4; ders. (Hg.): *Christian Thomasius. Leben und Lebenswerk*. (Beiträge zur Geschichte der Universität Halle – Wittenberg, 2). Halle 1931; vgl. Hans Bursian: *Max Fleischmann und das Institut für Zeitungswesen der Universität Halle/Wittenberg*. In: *Publizistik*, Jg. 36 (1991), 481-493. Fleischmann starb 1943 in Berlin.

Theodor Lüddecke: *Die Tageszeitung als Mittel der Staatsführung*. Hamburg 1933; Lüddecke hat weitere Veröffentlichungen vor allem zur Betriebspublizistik vorgelegt.

⁸ Friedrich Bertkau/Karl Bömer: *Der wirtschaftliche Aufbau des deutschen Zeitungsgewerbes*. Berlin 1932 (Zeitung und Zeit 3); ders.: *Das internationale Zeitungswesen*. Berlin, Leipzig 1934 (Slg. Göschens. 1079); Karl Bömer: *Die Freiheit der Presse im nationalsozialistischen Staat. Ein Wort an das Ausland*. Oldenburg 1933 (auch in englischer Sprache ebda. 1933); ders.: *Das Dritte Reich im Spiegel der Weltpresse. Historische Dokumente über den Kampf des Nationalsozialismus gegen die ausländische Lügenhetze*. Leipzig 1934; ders.: *Charakteristik der Auslandspresse*, hrsg. v. d. Presseabteilung der Reichsregierung (im Reichsmin. f. Volksaufklärung und Propaganda), 2 Lfgen 1940. Bömer hat sich kumulativ habilitiert und hat als Auslandspresseschef der NSDAP und im Propagandaministerium bis zu seiner Abkommandierung zur Wehrmacht gearbeitet, gefallen 1942.

⁹ Wilhelm Haacke: *Geschichte der Deutschen Rundschau*. Phil. Diss. Berlin 1937 (masch. schr.); Wilmont Haacke: *Julius Rodenberg und die „Deutsche Rundschau“*. Eine Studie zur Publizistik des deutschen Liberalismus. 1870-1918. Heidelberg 1950 (Beiträge zur Publizistik 2); ders.: *Feuilletonkunde*, 2 Bde. Leipzig: Hiersemann 1943, 1944 (Phil. Habil. Schr. Prag 1942); ders.: *Handbuch des Feuilletons*. 3 Bde. Emsdetten 1951-1953.

¹⁰ Franz Hermann Kluge: *Nationalspanische Kampfzeitungen*. Hamburg 1937 (Auslandspresse und Auslandswirtschaft 1); ders.: *Iberoamerikanische Großzeitungen*. (Hamburger Studien zu Volkstum und Kultur der Romanen 33). Hamburg 1940. (Phil. Habil. Schr. Hamburg 1939); Die Geschichte der Zeitungswissenschaft in Hamburg bis 1945 ist bislang nicht bearbeitet worden.

¹¹ Karl Kurth: *Die deutschen Feld- und Schützengrabenzeitungen des Weltkrieges*. (Wesen und Wirkungen der Publizistik 8). Leipzig 1937. (Phil. Diss. Leipzig 1937); ders.: *Sozialpsychologische Zeitungswissenschaft? Eine Richtigmstellung*. In: *Frankfurter Zeitung*, Nr. 404 v. 10. August 1935; ders.: *Kritik der Publizistik*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 13 (1938), 407-504; ders. und Wolfgang Hollmann: *Durchbruch zur Zeitungswissenschaft*. Bonn 1938 (Vorträge und Abhandlungen. Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Köln 4); dies.: *Die Wirkungsgesetze der Presse. Gedanken über den Zusammenhang von Volkstum und Nachrichtengestaltung*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 15 (1940), H. 3. (Sonderheft); 2. Aufl. Berlin 1941; nach Tätigkeit für deutsche Vertriebenenorganisationen ist Kurth Mitarbeiter im Bundesverteidigungsministerium gewesen.

¹² Hubert Max: *Die Satire in der französischen Publizistik unter bes. Berücks. des französischen Witzblattes. Die Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1880*. Phil. Diss. München 1934; ders.: *Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Erziehungsprozesses des deutschen Volkes bis zu den Karlsbader Beschlüssen*. (Pressestudien 1). Essen 1942. (Phil. Habil. Schr. Münster 1940); Max starb 1945 an einer Kriegsverletzung.

¹³ Franz Alfred Six: *Die politische Propaganda der NSDAP im Kampfum die Macht*. Phil. Diss. Heidelberg 1936 (masch. schr.); ders.: *Die Presse der nationalen Minderheiten im Deutschen Reich. Staats- und Wirtschaftswiss.* Habil. Schr. Heidelberg 1936 (masch. schr.); vgl. Lutz Hachmeister: *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*. München 1998; Six wurde in einem Nürnberger Nachfolgeprozess wegen Kriegsverbrechen zu einer Haftstrafe verurteilt und war nach der Entlassung bereits Anfang der fünfziger Jahre in der Industrierwerbung tätig.

¹⁴ Ernst Herbert Lehmann: *Aufgaben der deutschen Zeitschriftenforschung*. In: *Beiträge zur nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft. Sonderheft zur Semestertagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes vom 17.-19. Mai 1935 in Heidelberg*. Heidelberg 1935, 23-27; ders.: *Einführung in die Zeitschriftenkunde*. Leipzig 1936; ders.: *Zeitschriftenkunde im Dienste der Wissenschaft und Praxis. Antrittsvorlesung, gehalten am 7. April 1936 in der Aula der Universität Berlin*. Berlin 1936; ders.: *Die deutsche Zeitschrift im politischen Kampf*. Leipzig 1938; ders.: *Wie sie lügen. Beweise feindlicher Hetzpropaganda*. Berlin 1939; ders.: *Entwicklung und Methode der Kriegshetze*. In: *Kriegsschuld und Presse. Gemeinschaftsarbeit deutscher Zeitungswissenschaftler*. (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung des internationalen Pressewesens Wien 3). Nürnberg 1944, 1-29; Lehmann hat nach dem Krieg Veröffentlichungen zur Betriebspsychologie vorgelegt.

¹⁵ Gerhard Eckert: *Gestaltung eines literarischen Stoffes in Tonfilm und Hörspiel*. Berlin 1936 (Phil. Diss. Berlin 1936); ders.: *Der Rundfunk als Führungsmittel*. Heidelberg, Berlin, Magdeburg 1941. (Phil. Habil. Schr. Berlin 1941); vgl. Frank Biermann/Dietmar Reuß: *Gerhard Eckert*. In: Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. Köln 1984, 245-278. Eckert hat nach dem Krieg als Fachjournalist für Medien zahlreiche Aufsätze und Sachbücher vor allem zum Fernsehen vorgelegt.

Kurt Walz¹⁶). Daneben gab es Institutsdirektoren, die ohne Habilitation ernannt worden waren (Hans Amandus Münster, Leipzig; Hans Ludwig Zankl¹⁷, Nürnberg; Theodor Lüddecke, Halle/S.), oft aus anderen Fächern kamen (Josef März, Prag¹⁸), habilitiert in Germanistik) und in einem Fall unpromoviert waren (der NS-Propagandafunktionär Martin Schwaebe, Köln¹⁹, der allerdings nicht das Recht zur Führung des Professorentitels erhielt). Mit Professorentitel versehen wurde Walther Heide²⁰ an der allgemeinwissenschaftlichen Fakultät der TH Berlin-Charlottenburg, obwohl es dort weder ein Institut noch einen Studiengang gab, sei es, dass er, für seine amtliche Auslands-Propagandaufgabe zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium „getarnt“, als „Präsident“ des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes gestärkt wurde. Vielleicht diente die Titelverleihung aber auch nur seiner Eitelkeit. In Prag wurde der NS-Journalist Karl Viererbl²¹ zum Honorarprofessor ernannt.

Jüdische oder wie es seinerzeit hieß „jüdisch Versippte“ gab es auf planmäßigen Professuren in der Zeitungswissenschaft nicht. Auf die Absetzung

des Leiters des Hallenser Instituts, Max Fleischmann, wurde bereits hingewiesen; der ehemalige Rektor der Universität war Mitglied der Juristischen Fakultät. Allerdings verlor Hans Traub²² 1938 seine Greifswalder Privatdozentur und in diesem Zusammenhang auch seine Referentenstelle am Deutschen Institut für Zeitungskunde aufgrund der festgestellten halb-jüdischen Abkunft. Dass er überhaupt so lange bleiben konnte, mag der speziellen Rechtskonstruktion des Berliner An-Instituts, möglicherweise auch dem politischen Einfluss seines Vaters Gottfried Traub und dessen deutsch-nationalem Freundeskreis geschuldet sein. Fleischmann, der nach Berlin zog, und Traub blieb die Deportation in der späten Kriegszeit (sog. Fabrikaktion, um Berlin „judenfrei“ zu machen) dadurch erspart, da sie vorher verstarben.

Über das Schicksal der Assistenten und Doktoranden, die in der letzten Phase der Weimarer Republik aufgebrochen waren, um dem Fach eine solidere wissenschaftliche Grundlage zu verschaffen, aber nicht den politischen und rassistischen Vorstellungen der Nationalsozialisten

¹⁶ Kurt Walz wurde in Königsberg habilitiert (1939) und zum Dozenten ernannt. Er war dort erster Assistent von Six und vertrat den Institutsleiter während dessen Abwesenheiten. Die Schrift über die ostpreußische Pressegeschichte blieb ungedruckt. Walz folgte ihm auch an die Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Universität als Leiter des Seminars für Presse und Propaganda. Nach dem Krieg war er Dozent an der Schule für innere Führung der Bundeswehr in Koblenz. Kurt Walz: *Die geistig-psychologische Kriegsschuld der sowjet-russischen Presse*. In: *Kriegsschuld und Presse. Gemeinschaftsarbeit deutscher Zeitungswissenschaftler*. (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung des internationalen Pressewesens Wien 3). Nürnberg 1944, 121-147.

¹⁷ Hans Ludwig Zankl: *Die Zukunft der Zeitungswissenschaft. Von der Zeitungskunde zur Publizistik*. Erlangen 1936; ders.: *Zeitungsbild und Nationalpropaganda. Die Politik der Aufmachung*. (Gestalten und Erscheinungen der politischen Publizistik 5). Leipzig 1937; ders.: *Bericht des zeitungswissenschaftlichen Instituts der Hindenburg-Hochschule in der Stadt der Reichsparteitage über einen Versuch zur Erforschung der PK-Berichte*. Nürnberg 1943; ders.: *Pressestatistik*. In: *Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Friedrich Burgdörfer*. Bd. I. Berlin 1940, 420-424. Zankl war nach dem Krieg in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit tätig und legte zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen vor, vgl. auch: Peter Szyszka: *Zeitungswissenschaft in Nürnberg (1919-1945). Ein Hochschulinstitut zwischen Praxis und Wissenschaft*. (Kommunikationswissenschaftliche Studien 8). Nürnberg 1990.

¹⁸ Josef März: *Zeitungswissenschaftliche Aufgaben in Prag*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), 485-489; März war vor allem als politischer Publizist für nationalsozialistische Ziele in Ostmittel- und Südosteuropa tätig, u. a. als Chefredakteur des *Neuen Wiener Tagblatts*. Nach Promotion in München (1923) in politischer Geographie (Haushofer)

habilitierte er sich kumulativ in Wien mit seinen geopolitischen Veröffentlichungen (1940). Haacke hebt März' Mitarbeit an den Beiträgen zu Judentum und Presse im „Handbuch der Zeitungswissenschaft“ hervor. Nach dem Krieg legte März den Band: *Die moderne Zeitung. Ihre Einrichtung und ihre Betriebsweise*. München 1951, vor. März organisierte sich wie Hans Amandus Münster (vergeblich) in Gruppen, die die Wiedereinstellung der „amtsverdrängten“ Hochschullehrer nach Art 131 GG forderten; vgl. Wilmont Haacke: *Josef März 50 Jahre*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), 637-639; ders.: *Josef März gestorben*. In: *Publizistik*, Jg. 1 (1956), 49-50.

¹⁹ Martin Schwaebe übernahm zunächst das kommunale Kölner Institut 1934. Er war hauptberuflich Chefredakteur des NSDAP-Parteiorgans *Westdeutscher Beobachter* und Mitglied der Gauleitung, später auch des Reichstags. Nach dem Ausscheiden von Spahn aus dem Hochschulinstitut (1940) wurden die beiden Kölner Einrichtungen unter Schwaebes Leitung vereinigt. Fachliche Veröffentlichungen von ihm gibt es nicht.

²⁰ Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Fall Walther Heide*. In: *Publizistik*, Jg. 20 (1975), 805-808. Weitere Untersuchungen, vor allem zu Heides „Personalpolitik“, sind überfällig.

²¹ Karl Viererbl war als Exponent nationalsozialistischer Politik („alter Kämpfer“ wie der Prager Institutsleiter März) zu Themen des Sudetenlandes journalistisch tätig. Er war seit 1934 außenpolitischer Redakteur des *Völkischen Beobachters*. Seine wissenschaftliche Vita ist unerforscht.

²² Hans Traub: *Grundbegriffe des Zeitungswesens. Kritische Einführung in die Methode der Zeitungswissenschaft*. Stuttgart 1933. (Phil. Habil. Schr. Greifswald 1932); Emil Dovifat: *Erinnerung an Hans Traub*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 19 (1944), 275-276. Traub starb 1943 in Berlin.

entsprachen, hat Stefanie Averbeck²³ eindrucksvoll berichtet. Sie stellen die ausgefallene Generation des Faches dar, deren theoretische Konzepte erst sehr spät nach dem Kriegsende in verwandelter Form wieder aufgegriffen wurden. Daneben gab es die fehlende Generation (wie W. B. Lerg²⁴ am Beispiel von Hubert Max formuliert hat), die als Promovenden, Assistenten und Habilitanden im Zweiten Weltkrieg oder später aufgrund von Kriegsverletzungen ihr Leben verloren hatten.

Nimmt man alles zusammen, so stellte sich die Zeitungswissenschaft als ein nach 1933 stark expandierendes Fach dar, das knapp einhalb Dutzend Lehrstätten aufzuweisen hatte, unter denen das Deutsche Institut für Zeitungskunde²⁵ als vom Reich und den Ländern unter Zuschüssen vom Reichsverband der deutschen Presse und vom Verein der Zeitungsverleger unmittelbar finanzierte An-Institut in Berlin das Flaggschiff darstellte. Das Personaltableau des Faches dürfte die NSDAP-Administratoren, vor allem in der SS, weniger zufrieden gestellt haben. Mit Six, einem typischen Karrieristen, der SS-Angehörigkeit mit SD-Tätigkeit vereinte, der aber den Auftrag erhielt, die sog. Auslandswissenschaft an der Berliner Universität als Dekan aufzubauen, stand ein Promotor nationalsozialistischer Zeitungswissenschaft nicht mehr zur Verfügung. Er nahm seinen Königsberger Nachfolger Kurt Walz mit in die Auslandswissenschaftliche Fakultät. Der ähnlich politisch positionierte Hans Amandus Münster, dessen SD-Zuliefertätigkeit noch nicht ausreichend erforscht ist (eine Münsteraner Dissertation von Ute Ehrlich²⁶ ist abgebrochen worden), leitete das

Das Personaltableau des Faches dürfte die NSDAP-Administratoren, vor allem in der SS, weniger zufrieden gestellt haben.

große Leipziger Institut. Er lag aber im Streit sowohl mit dem Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband (Heide) und damit auch mit der (einzigen) wissenschaftlichen Fachzeitschrift *Zeitungswissenschaft* (die Heide mit seinem Freund Karl d'Estes redigierte) als auch mit dem Deutschen Institut für Zeitungskunde an der Universität Berlin (Emil Dovifat) und dem Münchener Institut für Zeitungswissenschaft (Karl d'Estes). Münster vertrat innerhalb der Zeitungswissenschaft eine publizistische Richtung mit stärkerer Einbeziehung anderer Medien neben der Zeitung/Zeitschrift. Es ließe sich allerdings zeigen, dass der Streit weniger um wissenschaftliche Prinzipien von Forschung und Lehre ging (d'Estes und Münster gaben etwa weiter eine gemeinsame Schriftenreihe publizistischer Zielrichtung heraus), als um Verteilung finanzieller Zuwendungen und Einfluss auf die personelle Fachentwicklung. Das Geld lag bis zum Kriegsbeginn, wie in der Hochschullandschaft üblich, bei der älteren Generation und da blieb es auch während des Krieges. Hans Amandus Münster gehörte nicht dazu, vielleicht auch, weil sein Aufstieg „außer der Reihe“ unter Beseitigung eines vorher allseits geachteten Kollegen mit Unterstützung durch eine NS-politisierte Studentenschaft und dann gleich auf das einzige Ordinariat des Faches auch Gegenkräfte auslöste.

Der Zweite Weltkrieg war trotz Hans Amandus Münsters Querschüssen zumindest in der Zeitungswissenschaft eine Zeitzone der eher friedlichen Koexistenz der sonst eher verfeindeten Gruppen. Emil Dovifat, der bis zum Kriegsbeginn in den Fachzeitschriften kaum publiziert hat, war dort wieder zugelassen. Es sind auch in dieser Zeit keine Versuche bekannt geworden, Dovifat von der Leitung des bedeutendsten Insti-

²³ Stefanie Averbeck: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft. 1927-1934.* (Kommunikationsgeschichte 8). Münster 1999.

²⁴ Winfried B. Lerg: *Hubert Max*, vgl. auch: Bettina Maoro/Dirk Neugebauer: *Hubert Max (1909-1945)*. In: Kutsch, *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, a.a.O., 127-167; vgl. auch: Bettina Maoro: *Die Zeitungswissenschaft in Westfalen 1914-45. Das Institut für Zeitungswissenschaft in Münster und die Zeitungsforchung in Dortmund.* (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforchung 43). München (u.a.) 1987.

²⁵ Joachim Heuser: *Zeitungswissenschaft als Standespolitik. Martin Mohr und das „Deutsche Institut für Zeitungskunde“ in Berlin.* (Kommunikation. Forschung und Lehre 6). Münster 1994.

²⁶ Ute Ehrlich: *Das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Leipzig 1933-1945, mit besonderer Berücksichtigung der Ausstrahlung der Leipziger Zeitungswissenschaft auf Königsberg, Prag und Wien.* Berlin 1990 (unveröff. Manuskript im Institut für Zeitungsforchung, Dortmund).

tuts zu entfernen oder ihn zu entmachten; dasselbe gilt für Karl d'Ester²⁷, der allerdings die zwölf „braunen Jahre“ hindurch gleichmäßig eifrig publiziert hat, wenn er auch geltend machte, dass ihm Habilitanden nahe gelegt worden seien, die ihn später hätten ablösen sollten, was auch sein Schüler Hubert Max nach seiner Münchener Professur angestrebt habe. Der NSDAP-Hauptamtsleiter Adolf Dresler²⁸, den d'Ester schon in der Weimarer Zeit zum Lehrbeauftragten machte und später promovierte und dessen Dissertation er in seiner Schriftenreihe auch publiziert hatte, durfte neben d'Ester als Nicht-Habilitierter Vorlesungen ebenso anbieten wie der Direktor der Bayerischen Staatsbibliothek, Joachim Kirchner. Dennoch wurde d'Ester in eben jener Zeit zum Ordinarius befördert.

Dass die Angehörigen der später fehlenden Generation diesen Stillstand wenig schätzten, kann man aus dem Briefwechsel der im Nachlass Hubert Max²⁹ überliefert ist, deutlich erkennen. Darin sind alle Jüngeren vertreten, die sich um den fachlichen Dozentenbundsführer Hans Amandus Münster scharten und Pläne für die eigene Karriere, d. h. die Vertreibung der älteren Generation von den Professuren nach dem siegreichen Krieg machten. Dazu kam es aber bekanntlich nicht.

Die Besatzungszeit beginnt

Als der Krieg zu Ende war, hatte sich das Blatt gründlich gewendet. Ein Großteil der zeitungswissenschaftlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit schon im letzten Kriegshalbjahr zugunsten der Rüstungsarbeit von Studenten geschlossen

worden war, wurde nun abgewickelt. Die langsam wieder öffnenden Hochschulen unter der Aufsicht der Besatzungsmächte wurden angehalten, sich alle erneut zugelassenen Institute und deren Personal genau anzusehen. Für die Zeitungswissenschaft spielte sicher auch eine Rolle, dass die teilweise erhebliche Finanzierung dieser Einrichtungen durch das Propagandaministerium via Zeitungswissenschaftlichen Verband fortfiel. Diese Zuschüsse dienten der Aufstockung des Sachmitteleinsatzs und der Personalmittel. Das gleiche galt für Zuschüsse der Verleger- und Journalistenverbände, schlimmer noch, die neue Generation von Journalisten und Lizenzträgern (Verlegern) zweifelte stark an der Nützlichkeit des Studiums gerade dieses Faches. Die Hochschulen wollten sich zudem von belasteten Fächern und Hochschullehrern trennen. Außerdem waren viele Institute erheblich oder ganz kriegszerstört. Von selbst versteht sich, dass die Gründungen in Österreich (Wien) und der Tschechoslowakei (Prag) und auch in dem an die Sowjetunion gefallenen Teil Ostpreußens (Königsberg) nicht wieder aufleben konnten.

W Weil die Lagen jeweils sehr unterschiedlich waren, beschreibe ich das, was mit den Instituten in den ersten Nachkriegsjahren geschah, bezogen auf Hochschulorte in den jeweiligen Provinzen resp. Ländern und Besatzungszonen. Dabei werden die Einrichtungen untersucht, die als Institute oder Studiengänge fungierten, mit Ausnahme der Lehrveranstaltungen an der Universität Kiel, die von dem schon in der Weimarer Zeit bekannten Sozialpolitiker Ludwig Heyde^{29a} gehalten wurden, der nach 1945 zu seinem alten Fach zurückkehrte und 1948 einen Ruf an die Universität Köln annahm, auch ohne

²⁷ Karl d'Ester: *Das politische Elysium oder die Gespräche der Toten am Rhein. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Presse und des deutschen Gedankens am Rhein*. 2 Bde. (Zeitung und Leben 30, 31). Neuwied 1936, 1937. (Umschlagtitel Bd. II: *Publizistische Wehr im Westen*); ders.: *Die Presse und ihre Leute im Spiegel der Dichtung. Eine Ernte aus drei Jahrhunderten*. (Zeitung und Leben 90). Würzburg 1941; ders.: *Zeitung und Leser*. Mainz 1941; ders.: *Zehn Jahre Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität München. 1924-1934. Weg und Ziel einer neuen Wissenschaft*. München 1934; ders.: *Gib Rechenschaft von deiner Verwaltung. Bericht vom Münchener Institut für Zeitungswissenschaft und seinem Leiter*. Würzburg 1947 (Privatdruck); d'Ester war vom 12.11.1946-16.9.1947 vom Lehramt suspendiert; ders.: *Schwarz auf Weiß. Ein Leben für die Jugend, die Wissenschaft und die Presse*. München 1951; ders.: *Der Traum eines Lebens. Ein deutsches Institut für internationale Presseforschung und ein Weltpressemuseum*. Ingolstadt 1957;

vgl. Wilhelm Klutentreter (Hg.): *Karl d'Ester. Auswahl der publizistik-wissenschaftlichen Schriften*. (Publizistikwissenschaftler im deutschen Sprachraum 2). Bochum 1984.

²⁸ Adolf Dresler: *Geschichte der italienischen Presse*. 3 Bde. München, Berlin 1933, 1934; (Bd. 3 = Phil. Diss. München vom 20. April 1933, Referent Karl d'Ester); ders.: *Mussolini als Journalist*. 3. Aufl. Essen 1943 (1. Aufl. 1938); ders.: *Cavour und die Presse*. Würzburg 1939 (Zeitung und Leben, hg. v. Karl d'Ester, 60); ders.: *Der „Münchener Beobachter“ 1887-1918*. Würzburg (Zeitung und Leben, 76). Dresler war als Reichshauptamtsleiter in der NSDAP-Parteizentrale für Pressearbeit zuständig; nach dem Krieg trat er als Fachautor schwerpunktmäßig für Presse(früh)geschichte hervor.

²⁹ Der Nachlass Hubert Max ist durch Findmittel erschlossen und befindet sich im Institut für Zeitungsforschung, Dortmund.

^{29a} Ludwig Heyde: *Presse, Rundfunk und Film im Dienste der Volkführung*. Dresden 1943.

sich dort wieder den Medien zuzuwenden, was später die Kölner Soziologen René König, Alphons Silbermann und Erwin K. Scheuch^{29b} u. a. und die auf die Tradition Leopold von Wieses zurückgehende *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, wenn auch nicht kontinuierlich, unternahmen.

Nicht behandelt wird auch die Einrichtung der Blindenausbildung in Marburg, die mit dem Dozenten Erich Kurt Kittel^{29c}, der nach 1945 nicht wieder auftrat, verbunden ist.

Sachsen-Anhalt und Sachsen

Das Institut in Halle/Saale blieb von Kriegsergebnissen verschont. Es wurde aber trotz der Berufung eines Dozenten (Rudolf Agricola, kommunistischer Lizenzträger beim *Mannheimer Morgen*) geschlossen. Agricola war Wirtschaftsjournalist. Die Materialien des Instituts wurden überwiegend nach Leipzig gebracht, wo zunächst ein Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft anstelle des kriegszerstörten Hans Amandus Münster-Instituts an der Philosophischen Fakultät neu entstand. Es war die antifaschistisch-demokratische Phase, in der die sowjetische Besatzung Mitstreiter für die Veränderung der Gesellschaft suchte. Die Leitung des Instituts erhielt Gerhard Menz³⁰, bis Kriegsende Professor für Buchhandelsbetriebslehre an der Leipziger Handelshochschule, die nicht wieder eröffnet sondern als sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität angeschlossen wurde. Menz' Lehrstuhl an der Handelshochschule war eine Stiftungsprofessur des Leipziger Börsenvereins, insofern war für ihn die neue Ernennung glücklich. Die sowjetische Besatzungsmacht operierte oft nach dem Motto, wer mit uns gut zusammenarbeitet, über dessen Vergangenheit können wir hinwegsehen. Menz hatte politisch eine Karriere als deutlich nationalistischer Journalist wilhelmi-

nischer Prägung während des Ersten Weltkriegs in Shanghai und eine führende Funktion bei der sog. Gleichschaltung des Börsenvereins für den Buchhandel Leipzig, wo er Schriftleiter des *Börsenblatts* war, hinter sich. In der SBZ gab er sich nun als bürgerlicher Demokrat. Wissenschaftlich hatte er sich durch Publikationen über Buchmarkt und Zeitschriftenwesen einen Namen gemacht.

Parallel wurden an der Arbeiter- und Bauernfakultät der Universität Leipzig Dozenten für einen Ausbildungsgang Journalistik berufen, unter ihnen die kommunistischen/sozialistischen Emigranten Wilhelm Eildermann³¹ und später Hermann Budzislawski³², der bis in die sechziger Jahre die beherrschende Persönlichkeit des Faches darstellen sollte. Beide waren Journalisten, Eildermann war in die Schweiz, Budzislawski über Österreich in die USA gegangen. Als die Arbeiter- und Bauernfakultät, die nach sowjetischem Muster zur raschen Gewinnung akademischer Kader gedacht war, aufgelöst wurde, hat man beide Institute unter der Bezeichnung Journalistik vereinigt. Bürgerliche Wissenschaftler waren nicht mehr beteiligt; Menz war zu der Zeit bereits verstorben.

Vorpommern

Ob je daran gedacht worden war, die Privatdozentur in Greifswald wieder aufzunehmen, müsste noch untersucht werden. Es kann bezweifelt werden, weil eine Wiedergutmachung für den Inhaber Hans Traub wegen dessen Todes (1943) nicht mehr in Frage kam. Hinzu kam, dass eine Ursache dieser Greifswalder Habilitation in Berlin lag. Dort hatte das Fach an der Fakultät eine so schwache institutionelle Stellung und der Inhaber der Professur so ein geringes Standing, dass der Versuch einer Habilitation offenbar mit zu großen Risiken behaftet war.

^{29b} René König/Alphons Silbermann: *Positionen und Provokationen zur Massenkommunikation und Kunstsoziologie. Aufsätze und Abhandlungen aus vier Jahrzehnten.* (Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 60). Bochum 1989; Erwin K. Scheuch: *Die Massenmedien Zeitung und Fernsehen.* (Die Freiheit der Freizeit 8). Frankfurt a.M. 1971; *Die primäre und die sekundäre Wirklichkeit.* In: *Merkur*, Jg. 24 (1970), 209 ff.; René König: *Handbuch der empirischen Sozialforschung.* 2. Aufl. Bd. 10: *Großstadt, Massenkommunikation.* München 1977.

^{29c} Erich Kurt Kittel: *Die Pressekurse an der Blindenstudienanstalt Marburg.* Unveröff. Manuskript, um 1940 (im Institut für Zeitungsforschung, Dortmund); die

Marburger Pressekurse sind unerforscht.

³⁰ Gerhard Menz: *Die Zeitschrift als Führungsmittel.* (Gestalten und Erscheinungen der politischen Publizistik 4). Leipzig 1935.

³¹ Wilhelm Eildermann: *Die Antifaschule. Erinnerungen an eine Frontschule der Roten Armee.* Berlin 1985; von Eildermann liegen Veröffentlichungen in den verschiedenen Reihen der Leipziger Lehrmaterialien für das Fernstudium vor: *Das Redigieren und die literarische Korrektur des Zeitungsmaterials.* Berlin 1956; gem. mit Joachim Pötschke: *Wie schreibt man einen Zeitungsartikel.* 2. Aufl. Berlin 1955.

³² Hermann Budzislawski: *Sozialistische Journalistik. Eine wissenschaftliche Einführung.* Leipzig 1966.

Es ist bedauerlich, dass Hans Traubs gewichtiger Beitrag zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitung weder in Greifswald noch in Berlin später aufgegriffen oder angemessen gewürdigt worden ist. Für die Universität wäre nach 1945 sicher die erneute Zuwendung zur Zeitungswissenschaft schwierig gewesen, denn die treibende Kraft für Traubs Tätigkeit in Greifswald waren die pommerschen Zeitungsverleger, die, wie überall im Reich in der Weimarer Zeit, von einer zeitungswissenschaftlichen Dozentur eine Hebung ihres Sozialprestiges und eine Möglichkeit zur Verbesserung der Journalisten-Nachwuchsbildung sahen. Pommern in seiner bisherigen Gestalt gab es aber nicht mehr, da die Oder nun die Grenze zu Polen bildete und die wenigen Verleger im östlichen Teil der neuen Verwaltungseinheit Mecklenburg andere Sorgen hatten, als sich an Bemühungen, ein Hochschulfach wieder zu errichten und finanziell zu unterstützen, zu beteiligen.

Berlin, Ost und West

Weil die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität im sowjetischen Sektor der ehemaligen Reichshauptstadt lag, waren die sowjetischen Besatzungsbehörden für sie zuständig. Das Deutsche Institut für Zeitungskunde, weitgehend kriegszerstört und in Ausweichräumen während des Krieges notdürftig fortgeführt, erstand nicht wieder³³. Seine Finanzierung war unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu erneuern. Eine Übernahme in den Hochschuletat erfolgte nicht. Emil Dovifat, der mit seiner Planstelle bereits von seiner Ernennung 1928 an, um einer Bindegliedfunktion zur Hochschule willen, durch die Universität auf einer Planstelle besoldet worden war, wurde nach Kriegsende wie alle Beamten entlassen und auch nicht wieder (als Angestellter) eingestellt. Teile der Bibliothek und des Archivs des Instituts wurden nach Leipzig verbracht; geringe Anteile der Sammlung kamen auf keineswegs

geraden Wegen auch an die 1948 entstehende FU Berlin^{33a}. Eine Nachfolgeeinrichtung, die gesamtdeutsche Bedeutung hätte beanspruchen können, wurde weder in Berlin noch anderswo begründet. Walther Heide, der seine Dozentur an der TH Berlin-Charlottenburg hatte, die im britischen Sektor lag, war von der sowjetischen Besatzungsmacht im Spätsommer 1945 ins Lager Sachsenhausen verbracht worden, von wo er nicht wiederkam. Heide wurde 1957 amtlich für tot erklärt. Seine Arbeit fand nicht an der Hochschule statt, an der er nur einige Vorträge gehalten hat, sondern im Auslandspressebüro. Dieser Dienstsitz war beim Brand des Hansaviertels total zerstört worden; das Ausweichquartier im alten Zeitungsviertel überlebte den Krieg. Heides Beitrag zur Wissenschaft besteht im langjährigen Redigieren der Zeitschrift *Zeitungswissenschaft*, die nicht wieder erschien und erst 1956 durch das Fachblatt *Publizistik* ersetzt wurde, und seiner fragwürdigen Präsidentschaft im Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband. In dieser Funktion verteilte er die zentralstaatlichen Etats für das Fach in der NS-Zeit und bestimmte weitgehend die Personalpolitik, auch weil die Hochschulen in jedem Fall seinen Rat suchten und diesem regelmäßig folgten. Ein Auslandspressebüro, das die deutschsprachige Auslandspresse anleitete und finanziell unterstützte, wurde nach dem Krieg verständlicherweise nicht erneuert, der Deutsche Zeitungswissenschaftliche Verband als genuine NS-Gründung auch nicht.

Franz Alfred Six, der Dekan auf Lebenszeit der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität, überlebte das Kriegsende. Seine Fakultät, ebenso wie die zweifelhafte Neueinrichtung einer Wehrwissenschaftlichen Fakultät, deren Neubau im Grunewald begonnen worden war, fiel fort. Six wurde als Kriegsverbrecher in Nürnberg angeklagt und zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Angeklagt war er wegen seiner Tätigkeit als Leiter einer Einsatzgruppe der SS im sog. Russlandfeldzug, die die Moskauer Archive übernehmen sollte. Er kam, wie die meisten Kriegs-

³³ Emil Dovifat: *Die Erweiterung der zeitungskundlichen zur allgemein-publizistischen Lehre und Forschung*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 9 (1934), 12-20; ders.: *Zeitungswissenschaft*. 2 Bde. Berlin, Leipzig 1937 (Slg. Göschen 1039/1040), Feldpostausgabe 1944; ders.: *Rede und Redner. Ihr Wesen und ihre politische Macht*. (Meyers kleine Handbücher 8). Leipzig 1937; ders.: *Rundfunkwissenschaftliche Aufgaben der deutschen Universitäten*. In: *Rundfunkarchiv*, Jg. 13 (1940), 41-44; vgl. zur Biographie: *Prof. Dovifat in den Ruhestand versetzt*. In: *Berliner Tageblatt*, Nr. 399 v. 24. 8. 1934; Wilmont Haacke: *Bleibt Professor Dovifat?* In: *European Herald*, London, Nr.

79/1934; Klaus-Ulrich Benedikt: *Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist*. Mainz 1986 (Veröff. d. Komm. für Zeitgeschichte. Reihe B. Forschungen 42); Bernd Sösemann (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998.

^{33a} Emil Dovifat: *Die Publizistik an der Friedrich Wilhelms Universität*. In: *Studium Berolinense. Gedenkschrift der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der FU Berlin zur 150. Wiederkehr des Gründungsjahres der Friedrich Wilhelms Universität zu Berlin*. Berlin 1960, 726-738.

verurteilten, Anfang der fünfziger Jahre wieder frei. An die Wiederaufnahme seiner Hochschulkarriere war nicht zu denken, zumal seine Veröffentlichungen überwiegend propagandistischen Charakter hatten und sich mit Wahlkämpfen der NSDAP und der sog. „Gegnerforschung“ (Juden, Freimaurer) beschäftigten. Wissenschaftlich hat sich Six nicht mehr betätigt, sondern in der Werbung gearbeitet. Das Seminar für Presse und Propaganda am Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, das Kurt Walz leitete, war abgewickelt. Wissenschaftlich hat er sich nicht wieder zu Wort gemeldet, aber an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung gearbeitet.

An der ev. Theologischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms Universität bestand ein Seminar für Publizistik, das unter der Leitung des Theologen August Hinderer³⁴ stand, der eine bedeutende Rolle in der praktischen evangelischen Publizistik (Ev. Presseverband) spielte. Hinderers Rolle als Journalist ist wegen der Nähe seiner Publizistik zum nationalsozialistischen Staat umstritten. Ein eigener wissenschaftlicher Beitrag ist nicht auszumachen; was er vertrat, entsprach weitgehend dem zeitungswissenschaftlichen Standard, war aber aus zweiter Hand, vor allem von Emil Dovifat entlehnt. Das Institut wurde nicht wieder eröffnet. Hinderer verstarb noch 1945 in Westdeutschland.

Die am Leben gebliebenen Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus am Deutschen Institut für Zeitungskunde, Gerhard Eckert, Ernst Herbert Lehmann und Kurt Wagenführ³⁵, hatten Berlin verlassen. Eckert ist nicht mehr in die Wissenschaft gegangen, sondern hat vornehmlich als Fachjournalist den Aufstieg des Fernsehens begleitet und dazu zahlreiche, meist populärwissenschaftliche Schriften publiziert und

sich für das private Fernsehen eingesetzt. Kurt Wagenführ ging nach Hamburg, wo er als Fachjournalist ebenfalls in der Fernsehbranche tätig wurde. Bekannt sind die Gründung der Korrespondenz *fernsehinformationen*, die er langjährig redigierte und seine Mitwirkung an der Gründung des „Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen“³⁶ an der Universität Hamburg. Dabei dürften Wagenführs Konzepte und Erfahrungen bei den vom ihm geleiteten gleichartigen Instituten an den Universitäten in Berlin und Leipzig während der Kriegszeit ausschlaggebend gewesen sein. Wagenführ hat mit den dortigen Instituten für Zeitungswissenschaft in engem Kontakt gearbeitet. Ernst Herbert Lehmann ließ sich in Stuttgart nieder, machte eine Ausbildung zum „Tiefenpsychologen“ und führte eine eigene Praxis. Zur Zeitungswissenschaft/Publizistik, insbesondere auch zu seinem Spezialfeld Zeitschriftenforschung, hat er sich literarisch nicht mehr geäußert.

Die unterschiedlichen Berliner Traditionen der Zeitungswissenschaft sind nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst sämtlich untergegangen. Das unter Emil Dovifat zur Publizistik(-Wissenschaft) mutierte Fach erstand neu an der Freien Universität Berlin im amerikanischen Sektor (Zehlendorf), wo bereits seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg naturwissenschaftliche Forschungsinstitute der Friedrich-Wilhelms Universität errichtet worden waren. Emil Dovifat wohnte schon seit der Vorkriegszeit räumlich ganz in der Nähe der Neugründung, an der er nicht unmittelbar als Gründer der ersten Stunde, aber als CDU-Mitgründer und Parteijournalist (*Neue Zeit*, Ost; *Der Tag*, West) gut bekannt und sofort verfügbar war. Er erhielt im Gründungsjahr ein Ordinariat und wurde Leiter eines neu gegründeten Instituts. Dovifat hat stets eher als Journalist denn als Wissenschaftler gedacht

³⁴ August Hinderer: *Film und Rundfunk als Objekt der Wissenschaft*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 9 (1934), 20-23; vgl. Simone Höckele: *August Hinderer. Weg und Wirken eines Pioniers der evangelischen Publizistik*. Erlangen 2001; der späten Würdigung des 1945 verstorbenen ev. Theologen fehlt die kompetente Einordnung in die Geschichte des Faches Zeitungswissenschaft. Die ihm anhand im Wesentlichen unveröffentlichter Schriften, vor allem Vorlesungsmanuskripten, zugeschriebene eigenständige Leistung erweist sich bei näherem Hinsehen als den Auffassungen Emil Dovifats geschuldet.

³⁵ vgl. Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich*. T. 1-4. In: *Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen*, Jg. 1 (1975), Nr. 3 8-11, Nr. 4 10-15 und Jg. 2 (1976), Nr. 1 17-21, Nr. 2 14-20; vgl. ferner Arnulf Kutsch: *Die Rundfunkforschung an der*

Universität Leipzig in den Jahren 1924 bis 1945. In: *Mitteilungen. Studienkreis Rundfunk und Geschichte*. (1994), Jg. 20, Nr. 1, 17-29.

³⁶ Kurt Wagenführ: *Welt-Rundfunk-Atlas*. Berlin 1936; ders. (Hg.): *Jahrbuch Weltrundfunk 1937/38*. Heidelberg, Berlin 1938; *Weltrundfunk. Internationale Zeitschrift für Rundfunk und Fernsehen*, hg. v. Kurt Wagenführ, Berlin, später Heidelberg, 1937-1944; *Rundfunk und Fernsehen, Archiv und Beiträge zur Entwicklung. Form und Aufgabe*, hg. v. d. Rundfunkarbeitsgemeinschaft an der Universität Hamburg, Hamburg Jg. 1 (1948)ff.; ders.: *Rundfunk als Studienfach*. In: *Rufer und Hörer*, Jg. 4 (1949), Nr. 1, 50-53; ders.: *Anmerkungen zum Fernsehen 1938-1980*. Mainz, Stuttgart 1983; Die Gründung des Hans-Bredow-Instituts an der Universität Hamburg und die Rolle Wagenführs ist noch ungeschrieben.

und gearbeitet. Das Institut für Zeitungskunde übernahm er von dem kurz zuvor verstorbenen Martin Mohr, dessen Plan wissenschaftlicher Organisation und Publikation er in langjähriger Tätigkeit Stück für Stück umsetzte. Dovifat war ein Organisator, der allerdings an der FU Berlin nie die Mittel besaß, die er in früheren Jahrzehnten für sein Institut zur Verfügung hatte. Deshalb ist ihm vieles nach 1948 mehr zur Ankündigung als Erfüllung geraten. In seiner Fakultät hat Dovifat wenig Fuß fassen können. Die Nachfolgeregelung gestaltete sich so zur Hängepartei, insbesondere seit sein Schüler Friedrich Medebach, der bei Dovifat 1940 promoviert hatte, die Habilitation verfehlte und auch von anderen Hochschulen keine qualifizierten Kandidaten zur Verfügung standen.

Dovifats „Zeitungswissenschaft“ und seine Handbücher³⁷ haben drei deutsche politische Regimes erlebt. Das ist umstritten, besonders bei der „Zeitungswissenschaft“, weil Zeitungswissenschaft/Publizistik notwendigerweise ein enges Verhältnis zu Staat und Gesellschaft besitzen. Die Inhalte dieses Verhältnisses haben sich in den verschiedenen Auflagen von der Weimarer Republik bis in die Bundesrepublik auffällig niedergeschlagen. Dovifat gilt durch sein christlich (katholisches) Engagement geprägt, das ihm im Nationalsozialismus Konflikte eintrug, aber sicher auch vor allzu enger Anlehnung an die Politik des Tages geschützt hat. Fragen der wissenschaftlichen Methodik und der Theorie haben ihn nicht beschäftigt. Die Amtsübernahme Dovifats in West-Berlin hat aus der DDR, vor allem von der Karl-Marx Universität Leipzig, immer wieder scharfe Polemik bewirkt, die aber nicht nur persönlich verursacht gesehen werden darf, denn sie übertrug sich auf Dovifats Nachfolger Fritz Eberhard³⁸, der in vieler Hinsicht als nicht kirchlich gebunden, als England-Emigrant

und als Sozialdemokrat, das genaue Gegenteil Dovifats bildete.

Bayern

Oberbayern

Das Münchener Institut war stark kriegszerstört, Karl d'Ester aber einsatzwillig. Zunächst hinderten ihn die Amerikaner, die ihn zur Untersuchung seiner Tätigkeit seit 1933 etwa ein Jahr lang politisch überprüften. In dieser Zeit war das Institut geschlossen, denn es standen keine anderen unbelasteten Dozenten oder wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Verfügung. Otto Groth³⁹, der in München, wie die unsägliche Terminologie hieß, in einer sog. „privilegierten Mischehe“ das NS-Reich überstanden hatte, war aus Gründen seines Lebensalters wohl nicht in

Die unterschiedlichen Berliner Traditionen der Zeitungswissenschaft sind nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst sämtlich untergegangen.

Betracht gezogen worden oder hatte abgewinkt. Er hat sein gutes persönliches Verhältnis zu d'Ester mehrfach bekundet. Als d'Ester wieder eingestellt

werden konnte, wurde der Institutsbetrieb erneut aufgenommen. Exponenten der NS-Zeit wie Adolf Dresler und Joachim Kirchner⁴⁰ tauchten nicht wieder auf. Dresler hat in der Wissenschaft allenfalls als regelmäßiger Autor des (Frankfurter) *Börsenblatts für den deutschen Buchhandel*, vor allem für geschichtliche Themen eine Rolle übernommen. Joachim Kirchner, der die Leitung der Bayerischen Staatsbibliothek verloren hatte, legte eine zweibändige politisch gereinigte Fassung seiner Zeitschriftengeschichte vor und führte seine in der Weimarer Zeit begonnenen bibliographischen Grundlagenwerke fort.

³⁷ vgl. Dovifat, *Zeitungswissenschaft*, 4. Aufl. Berlin: de Gruyter 1055 (Slg. Göschen 1039/1040); es folgte nach Dovifats Tod noch eine weitere Auflage in der vorsichtigen Bearbeitung von Jürgen Wilke (1967).

³⁸ zu Fritz Eberhard vgl. Bernd Sösemann (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk*. (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte 9). Stuttgart 2001; ders.: *Nicht mehr als eine Tanzmaus. Schreiben zwischen den Zeilen als hoffnungsloser Widerstandsversuch*. Hellmut von Rauschenplat und der „Funke“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. April 2000, 11.

³⁹ Otto Groth: *Die politische Tagespresse Württembergs*. Staatswiss. Diss. Tübingen 1915; ders.: *Die Zeitung. Ein*

System der Zeitungskunde (Journalistik). 4 Bde. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928-1930; Groth hat die Entwicklung der Zeitungswissenschaft im 20. Jahrhundert in seinen Veröffentlichungen nicht dargestellt. In einem Leserbrief hat er aber nach dem Krieg seine Haltung durchblicken lassen, wenn er Zurückhaltung von Emil Dovifat angesichts der Belastung des Faches durch die NS-Förderung fordert, vgl.: *Mehr Zurückhaltung!* In: *Die Neue Zeitung*, München, 28. Okt. 1945.

⁴⁰ Joachim Kirchner: *Das deutsche Zeitschriftenwesen. Seine Geschichte und seine Probleme*. Bd. 1, Leipzig: Harrassowitz 1942 (mehr nicht erschienen); 2. völlig neu bearb. Aufl. T. 1, Wiesbaden 1958; T. 2, Wiesbaden 1962.

Die zahlreichen Habilitationskandidaten der NS-Zeit, die Karl d'Estér nach eigenem Zeugnis entweder ausgedreht (Josef Krumbach)⁴¹ oder aufgedrungen (Gerhard Baumann⁴² und Adolf Dresler, von dem bereits die Rede war) wurden, spielen nach 1945 keine Rolle mehr in der Wissenschaft. Ernst Roselius⁴³, den d'Estér ebenfalls nach eigenem Zeugnis gern habilitiert hätte, stirbt bereits vor Einreichung der Arbeit; Hubert Max, den d'Estér in Münster, herbeigerufen als Fachvertreter, tatsächlich habilitiert, stirbt kurz nach Kriegsende an einer Kriegsverletzung. Alle diese Kandidaten hatte d'Estér in München promoviert. Sein Nachkriegs-Versuch, den ehemaligen Kölner Assistenten Wilhelm Klutentreter⁴⁴, dem d'Estér eine neue Chance in München gegeben hatte, zu habilitieren, schlug fehl. Das war ein Zeichen dafür, dass Karl d'Estér in seiner Fakultät – wie Dovifat an der FU Berlin – kein besonderes Standing besaß und dass offenbar beim Durchfall der Habilitationskandidaten (ein akademisch unüblicher Vorgang) mit den jeweiligen Kandidaten auch das Fach negativ mit gemeint war. D'Estérs wissenschaftliches Werk ist von der Dissertation an der Pressegeschichte gewidmet. Eine geschlossene Sicht vermittelt er nicht. Theoretisch war er nicht interessiert. Dass Karl d'Estér nach dem Zweiten Weltkrieg die Fachbezeichnung Zeitungswissenschaft beibehielt, dürfte ganz im Sinne Otto Groths gewesen sein. Das Erscheinen seines umfangreichen Spätwerks

unter dem Titel „Die unerkannte Kulturmacht“ ist ohne die tatkräftige Hilfe von d'Estérs Assistenten Heinz Starkulla gar nicht zu denken. Es liefert die Begründung für die Münchener Schule, die die Formel „Zeitung ist das Zeitgespräch der Gesellschaft“ formuliert hat⁴⁵.

Flüchtling aus Prag und Übersiedler aus Leipzig

Der Leipziger Institutsdirektor Hans Amandus Münster⁴⁶ hat sich nach dem Krieg in der Nähe von München niedergelassen. Seine Zeit widmete er der werbefachlichen Ausbildung und schrieb dazu viele Bücher. Für eine Hochschultätigkeit wurde er wegen seiner Leipziger Tätigkeit und seiner Publikationen im „Dritten Reich“ nicht mehr in Betracht gezogen, obwohl seine Tätigkeit für den SD erst in den neunziger Jahren öffentlich wurde. Hans Amandus Münster wirkte, wie Josef März, in Vereinen von „amtsverdrängten“ Hochschullehrern, deren Rhetorik kaum von rechtsradikalem Wortgebrauch zu unterscheiden war. Ziel war es, eine Wiedereinstellung als Hochschullehrer nach Art. 131 GG zu erreichen. Es hat den Anschein, als ob Münster ein gewisser Realitätsverlust zugesprochen werden muss. Münsters bedeutendste Veröffentlichungen fallen in seine Berliner Zeit (Jugendstudie; Zeitungswirtschaft⁴⁷ – mit Karl Bömer).

⁴¹ Josef H. Krumbach: *Grundfragen der Publizistik. Die Wesenselemente des publizistischen Prozesses. Seine Mittel und Ergebnisse*. Berlin, Leipzig 1935; Josef H. Krumbach: *Vorfragen einer Soziologie der katholischen Presse*. Phil. Diss. München 1935. Krumbach war Leiter der Hauptabteilungsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP.

⁴² Gerhard Baumann: *Der organisatorische Aufbau der deutschen Presse*. Phil. Diss. München 1940; ders.: *Grundlagen und Praxis der internationalen Propaganda*. Essen 1941; ders.: *Der Begriff der Pressefreiheit im Wandel der Zeiten*. In: *Deutschlands Erneuerung*, Jg. 27 (1943), 129-140; Baumann hat nach dem Zweiten Weltkrieg Aufsätze zu zahlreichen Politikfeldern (Wehrkunde, Kommunikationspolitik, Bildungspolitik) veröffentlicht.

⁴³ Ernst Roselius: *Journalistisches Praktikum*. München 1935 (Zeitung und Leben 26); ders.: *Amerikanische Studentenzeitungen. Mittel der Erziehung zum Gemeinschaftsgeist in den Vereinigten Staaten von Amerika*. (Wesen und Wirkungen der Publizistik 3). Leipzig 1936. (München Phil. Diss. 1936.); ders.: *Die Druckschrift unter dem Einfluß der Technik*. In: *Deutsches Museum*, Jg. 11 (1939), 59-97.

⁴⁴ Wilhelm Klutentreter: *Presse und Volksgemeinschaft. Eine soziologisch-zeitungswissenschaftliche Studien über das Verhältnis von Presse, Volk und Staat in Deutschland*. Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. Köln 1937; ders. (Hg.): *Dienst an der Presse. Aus der Berufspraxis der Zeitungswissenschaftler. Zum 10jährigen Bestehen der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung München*. München 1939;

ders.: *Die Rheinische Zeitung 1848/49*. 2 Bde. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 10/1.2). Dortmund 1966, 1967. Die Studie über die *Rheinische Zeitung* bietet in überarbeiteter Form den Text der Münchener Habilitationsschrift von Mitte der fünfziger Jahre, der von der Fakultät angenommen wurde, während die Habilitation insgesamt scheiterte.

⁴⁵ Otto Groth: *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik)*. 7 Bde., Berlin 1960-1972; Bernd Maria Aswerus: *Vom Zeitgespräch der Gesellschaft*, zugest. und eingeführt von Hans Wagner. (ex libris kommunikation 3). München 1993; Otto Groth: *Vermittelte Mitteilung. Ein journalistisches Modell der Massenkommunikation*, hg. v. Wolfgang R. Langenbacher. (ex libris kommunikation 7). München 1998; Peter Glotz: *Von der Zeitungs- über die Publizistik- zur Kommunikationswissenschaft*. In: *Publizistik*, Jg. 35 (1990), 250-256.

⁴⁶ Sylvia Straetz: *Hans A. Münster (1901-1963). Sein Beitrag zur Entwicklung der Rezipientenforschung*. Frankfurt a.M. 1984; H. A. Münster arbeitete nach dem Zweiten Weltkrieg als Werbefachmann im Großraum München und legte zahlreiche Veröffentlichungen vor allem zur Printmedienwerbung vor. Hans A. Münster: *Die moderne Presse. Zeitungen und Zeitschriften im In- und Ausland*. 2 Bde. Bad Kreuznach 1955, 1956. Münster hat ein „Wissenschaftliches Testament“ hinterlassen, das er im Februar/Mai 1946 verfasste, aber nicht veröffentlichte.

⁴⁷ Hans A. Münster: *Jugend und Zeitung*. Berlin 1932.

Die Veröffentlichungen im „Dritten Reich“ sind überwiegend stark ideologisch geprägt und entbehren weitgehend eines wissenschaftlichen Charakters. Demgegenüber fallen die Anregungen des studierten Soziologen zur Wirkungsforschung mit Hilfe sozialempririscher Techniken weniger ins Gewicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg dienten Münsters Veröffentlichungen offenbar weit aus überwiegend dem Erwerb des Lebensunterhalts. Sie zielen nicht auf wissenschaftliche Erkenntnismehrung, sondern auf Verbreitung bereits anderswo erarbeiteter Einsichten. Am wenigsten gilt das für seine zweibändige Studie zur Weltpresse.

Ebenfalls in Bayern lebte nach dem Krieg der ehemalige Prager Institutsdirektor Josef März. März legte Anfang der fünfziger Jahre eine Studie zur modernen Presse vor, die mit entsprechenden Publikationen etwa Hagemanns durchaus konkurrenzfähig ist. Eine Dozentur erhielt er möglicherweise angesichts seiner Veröffentlichungen im „Dritten Reich“ nicht. Über den Verbleib des Prager Honorarprofessors Karl Viererbl sind keine Informationen bekannt. An der tschechischen Karl-Universität Prag wurde ein neues Institut für Journalistik gegründet.

Franken

In Nürnberg, dessen Handelshochschule als Sozialwissenschaftliche Fakultät nach dem Krieg der Universität Erlangen angeschlossen wurde, ist Hans Ludwig Zankl als Leiter u. a. auch für eine pressestatistische Forschungsstelle, die der Deutsche Zeitungswissenschaftliche Verband gegründet hatte, nicht wieder ernannt worden. Das Institut für Zeitungswissenschaft, das wie die gesamte Hochschule im Krieg zerstört worden war, wurde nicht wieder aufgebaut. Zankl betätigte sich in Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Bekannt wurde er als Pressestellenleiter der Stadt Köln. Kurzzeitig wurde Zankl in der Nachfolgediskussion Dovifats (Ende der fünfziger Jahre) als Kandidat gehandelt, kam aber nicht zum Zuge.

Ein Institut für Publizistik wurde an der Nürnberger Fakultät von dem Volkswirtschaftler Ernst Meier⁴⁸ in den fünfziger Jahren neu gegründet. Meier war seit 1948 ao. Professor für Wirtschaftswissenschaft an der damaligen Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg. Die langfristige Bedeutung der Institutsgründung lag kaum in seinen wissenschaftlichen Arbeiten, sondern in der Vorläuferfunktion für den Ausbau in der ersten Hälfte der sechziger Jahre durch den neu eingerichteten Lehrstuhl für Politik und Kommunikation, der die Nachfolge Meiers weg von der Ökonomie zur Publizistik brachte. Berufen wurde Franz Ronneberger, auf den noch anhangsweise zurückzukommen sein wird.

Baden

In Heidelberg, wo die Kriegszerstörungen gering waren, entstand unter Wiedereinsetzung des 1933 entlassenen Hans von Eckardt ein neues Institut für Publizistik, das die in der Weimarer Zeit entwickelte Doppelspurigkeit Wissenschaft/Praxis aufgab, d. h. neben von Eckardt wurden keine aus dem Journalismus und dem Zeitungsverlagswesen kommenden Ko-Professoren mehr berufen. Von Eckhardts wissenschaftliche Arbeit galt vor allem dem Grenzgebiet von Politik, Soziologie und Publizistik. Der nationalsozialistische Institutsdirektor Hans Hermann Adler⁴⁹ wurde nicht wieder verwendet. Nach v. Eckhardts Entpflichtung Ende der fünfziger Jahre wurde seine Professur für Soziologie gewidmet und mit Wilhelm E. Mühlmann besetzt. Einige Jahre noch bot der bei Hans von Eckardt und Alfred Weber ausgebildete Horst Reimann⁵⁰, der in Heidelberg mit einer kommunikationswissenschaftlichen Arbeit habilitiert worden war, publizistische Lehrveranstaltungen, die mit seinem Weggang nach Augsburg fortfielen. Teile der Sammlung des zeitungswissenschaftlichen Instituts aus der Weimarer Zeit, vor allem eine Zeitungssammlung, liegen heute in der Universitätsbibliothek Heidelberg.

⁴⁸ vgl. Manfred Rühl: *Ernst Meier (4.9. 1893-17.9.1965)*. In: *Publizistik*, Jg. 11 (1966), 66-67.

⁴⁹ vgl. zum Heidelberger Institut auch die Anm. 4) und 6); Hans Hermann Adler, der nach v. Eckhardts erzwungenem Ausscheiden Institutsdirektor als Honorarprofessor (1933) wurde, erhielt eine Ernennung zum ao. Professor erst 1941, als die Zeitungswissenschaft, wie an vielen

Hochschulen des Deutschen Reiches, Hauptfach wurde, vgl. *Planmäßiger Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft an der Universität Heidelberg*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 16 (1941), 189-190.

⁵⁰ Horst Reimann: *Kommunikationssysteme. Umrisse einer Soziologie der Mitteilungs- und Vermittlungsprozesse*. (Heidelberger Sociologica 7). Tübingen 1968.

In Freiburg/Breisgau wurde das Institut für Zeitungswissenschaft nicht wieder eröffnet, wie sich die Universität, die durch die politische Rolle ihres ersten NS-Rektors, Martin Heidegger, unrühmlich bekannt war, auch von dem durch die Reichsrundfunkkammer inaugurierten und finanzierten Institut für Rundfunkkunde (Leitung Friedrichkarl Roedemeyer⁵¹) trennte, obwohl Roedemeyer den Krieg überlebt hatte, während das Institut bei Luftangriffen zerstört worden war. Das Rektorat der Hochschule trennte sich so gründlich, dass es überlieferte Aktenbestände soweit wie möglich außerhalb der Hochschule in Verwahrung gab. So wurden Reste der rundfunkwissenschaftlichen Registratur in den privaten Besitz der damaligen Journalistin beim Südwestfunk Baden-Baden, Hertha Sturm, übergeben, die erst kürzlich ins Universitätsarchiv zurückkehrten. Das Verfahren soll auch für andere Aktenbestände des Freiburger Universitätsarchivs der NS-Zeit typisch gewesen sein.

Der letzte Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaft, der in Prag habilitierte Wilmont (Wilhelm) Haacke⁵², hatte den Krieg uk-gestellt überlebt. Er stand seit September 1943 auf einer so genannten „Reichsminister Dr. Goebbels-Liste“, die ihn, wie eine Akte aus dem Auslandspressebüro Walther Heides im Bundesarchiv anzeigt, bis auf Weiteres vom Wehrdienst verschonte. Auf dieser Liste befand sich übrigens auch der Wiener Zeitungswissenschaftler Karl Kurth. Solche uk-Stellungen erfolgten auch auf Wunsch von anderen Reichsministern und von Adolf Hitler, der u. a. die beiden Wagner-Enkel verzeichnete. Ich erwähne den Vorgang nicht, weil ich den Vorgang etwa missbillige. Wer sich diesem Krieg entziehen konnte, hatte dazu alles Recht; allerdings bekamen diese amtliche Gelegenheit nur Personen, die von den Listenführern für auch

und gerade politisch besonders bedeutsam gehalten wurden. Die Benennung Haackes zeigt seine Wertschätzung durch das Goebbels-Ministerium. Haackes wissenschaftliche Arbeit konzentrierte sich aufs Feuilleton als Genre und Ressort und die Zeitschriftenforschung. Als Feuilletonist war er auch selbst journalistisch tätig. Neben den genannten Arbeiten sind viele Einträge des „Handbuchs der Zeitungswissenschaft“ aus Haackes Feder, vor allem im, auch als Sonderdruck zur Wiener Dozententagung (1942) vorgelegten Abschnitt „Judentum und Presse“. Es dürfte kein Zufall sein, dass das bei Hiersemann, Leipzig, verlegte Handbuch (Herausgeber Walther Heide, Chefredakteur Ernst Herbert Lehmann) – an dem auch alle anderen Zeitungswissenschaftler mehr oder weniger stark beteiligt waren (besonders umfangreich Karl d’Ester) – nach dem Krieg nicht in „überarbeiteter“ Form neu vorgelegt worden ist, sondern ein Torso (zwei

von vier geplanten Bänden) blieb.

Nach dem Krieg blieb Haacke in der französischen Zone, musste sich aber, da das Freiburger Institut nicht wieder geöffnet wurde, eine neue Tätigkeit suchen. Er wurde Pressesprecher der neu gegründeten Universität Mainz. Die Franzosen gingen, wie auch die Russen in ihrer Zone, bei ihrer Personalpolitik von dem Grundsatz aus, dass, wer mit ihnen zusammenarbeitet, politisch geläutert sei. Von Mainz aus ging Haacke zu Walter Hagemann nach Münster i. W., um dort Assistent am neu benannten Institut für Publizistik zu werden.

Nordrhein-Westfalen

Rheinland

Köln besaß ursprünglich zwei zeitungswissenschaftliche Institute. Das Universitätsinstitut wurde bis kurz vor seiner Emeritierung von Martin Spahn (1940)⁵³ geleitet. Das Institut für inter-

Der letzte Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaft, der in Prag habilitierte Wilmont Haacke, hatte den Krieg uk-gestellt überlebt.

⁵¹ vgl. Arnulf Kutsch: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich. Geschichte des Instituts für Rundfunkwissenschaft der Universität Freiburg*. (Rundfunkstudien 2). München (u.a.) 1985.

⁵² Alfried Große: *Wilhelm Kapp und die Zeitungswissenschaft. Geschichte des Instituts für Publizistik und Zeitungswissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. (1922-1943)*. Münster, New York 1989 (Internationale Hochschulschriften 8); das Institut nach Haackes Ernennung und die Abwicklung 1945 sind noch nicht untersucht worden. Zur uk-Stellung von Haacke vgl. die

Akten des Propagandaministeriums im Bundesarchiv Koblenz, R. 55, Bd. 393 betr. Auslandspressebüro 1942-1944, Fol. 371-390 (Führer-Liste und Goebbels-Liste).

⁵³ Hans Bohrmann: „Martin Spahn revisited“. *Die Kritik der Zeitung als wissenschaftliche Quelle und der bibliothekarische Umgang mit der Tagespresse*. In: Willy Höfig (Hg.): *Zeitungen sammeln. Diskussionen und Perspektiven*. (dbi-materialien 77). Berlin 1988, 123-143; Hans-Georg Klose: *Zeitungswissenschaft in Köln*. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 45). München (u.a.) 1989.

nationales Pressewesen war ein kommunales Institut. Es wurde auf der Basis des während der ‚Pressa‘-Ausstellung (1928) angefallenen Materials vom seinerzeitigen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer inauguriert. Die nahe liegende Idee, das Material dem Spahnschen Institut zu übergeben, zumal die Hochschule ebenfalls in kommunaler Trägerschaft stand, kam offenbar nicht in Frage, weil Adenauer die Amtsführung Spahns, der Reichstagsabgeordneter, seinerzeit des Zentrums war, missbilligte. Adenauer beklagte, genau wie die Fakultät, die langen Abwesenheiten Spahns wegen Mandatsausübung in Berlin und die dadurch bedingte geringe Aktivität, konnte sich aber im Bemühen um eine Ablösung Spahns beim Berliner Ministerium nicht durchsetzen. 1939 wurden beide Institute unter Leitung des (unpromovierten) NSDAP-Funktionärs und Parteijournalisten Martin Schwaebe (*Westdeutscher Beobachter*) und bei Aufwertung zum Hauptfach zusammen gelegt. Assistent wurde Wilhelm Klutentreter, der nach dem Zweiten Weltkrieg in München wieder auftauchte. Bereits 1938 hatte sich Heinrich Tötter⁵⁴ als Schüler Martin Spahns in Köln für Zeitungswissenschaft habilitiert. Er war der geborene Kandidat für die Institutsleitung, konnte sich aber mit der Hochschule nicht über die Ausübung dieser Tätigkeit einigen. Tötter wollte hauptberuflich Journalist bleiben (ebenfalls beim Parteiblatt *Westdeutscher Beobachter*) und sich nicht auf nebenberufliche Mitwirkung an der Presse zurückziehen. Deshalb kam er für die Hochschule, deren Handeln wohl durch die Erfahrungen mit Spahn geprägt war, nicht als Hochschullehrer in Frage. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Einrich-

tung geschlossen. Reste der Sammlung des Instituts für Zeitungswissenschaft sind heute im Historischen Institut der Kölner Universität vorhanden.

An der Technischen Hochschule Aachen bestand ein Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft in der Allgemeinwissenschaftlichen Fakultät, der mit Will Herrmans⁵⁵ besetzt war, der gleichzeitig eine Bibliotheksdirektorenfunktion der Stadt wahrnahm. Herrmans hatte sich in Aachen für Zeitungswissenschaft habilitiert; seine Tätigkeit ist eng mit dem Aachener Zeitungsmuseum auch als Materialbasis seiner Arbeit verbunden. Die Professur wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gestrichen. Erst in jüngster Zeit hat sich die Aachener Geschichtswissenschaft wieder um die Zeitungen und vor allem des in Aachen aufgrund einer Schenkung an die Kommune seit dem 19. Jahrhundert dort ansässigen Internationalen Zeitungsmuseums angenommen, ohne dass von einer Reaktivierung fachlicher Studien die Rede sein könnte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand in Aachen kurzzeitig eine von der britischen Besatzungsmacht inaugurierte Journalistenschule. Sie sollte den Nachwuchs für die Lizenzzeitungen qualifizieren. Einer der Dozenten, der auch als Leiter in Aussicht genommen worden war, war der Leopold von Wiese-Schüler Alfred Peters⁵⁶. Peters hatte sich als Soziologe mit der Presse beschäftigt, seine einschlägige Schrift erschien bereits in der Weimarer Zeit in der Schriftenreihe des Instituts für Zeitungsforschung, Dortmund. Peters hatte sich für Soziologie habilitiert und war nach Wien

⁵⁴ Heinrich Tötter: *Bismarck und das Zentrum. Der Kampf des Zentrums um seine Anerkennung als unabhängige Partei 1878/79*. Phil. Diss. Köln 1936; ders.: *Das Versagen der deutschen Presse im Ruhrkampf. Die Methoden der französischen Pressepropaganda und ihr Zusammenspiel mit der deutschen Linkspresse*. Köln 1940. (Phil. Habil. Schr. Köln 1940); vgl. Michael Janietz: *Heinrich Tötter – eine publizistische Biographie*. MA-Arbeit, Münster 1987 (Masch.schr.).

⁵⁵ Leiter des Zeitungsmuseums war von 1926-1952 Will Herrmans. Er habilitierte im Sommersemester 1927 an der Allgemeinwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule mit einer Arbeit über einen städtischen Aachener Bibliothekar des 18. Jahrhunderts und erhielt 1935 eine nicht beamtete ao. Professur. Im Hauptberuf war er Leiter des Presseamtes. Herrmans starb 1958. Bernhard Poll: *Zur Geschichte des Zeitungsmuseums und seiner Sammlungen*. In: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins*. Bd. 79 (1968), 163-204; Christian Bremen: *Das Standesamt der Weltpresse. Das internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen*. (Geschichte im Kontext 4). Aachen 1999.

⁵⁶ Alfred Peters: *Die Zeitung und ihr Publikum*. Dortmund

1930 (Veröff. d. Westf. Niederrheinischen Instituts für Zeitungsforschung 1); vgl. Karl d'Estér: *Ein Leben für die Zeitungswissenschaft. Ein Gedenkblatt für Erich Schulz*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), 520-528. Als Gegenstück zum Dortmunder Institut richtete der Bremer Senat in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre unter Leitung des Volkskundlers und Sprachforschers von Lutz Mackensen eine Abteilung „Deutsche Presseforschung“ in der seinerzeitigen Staatsbibliothek ein. Kerngeschäft war der Aufbau eines Mikrofilmarchivs der Zeitungen des 17. Jahrhunderts und die Weiterführung des von Hans Jessen begonnenen Projekts eines Gesamtkatalogs deutscher Zeitungen. Mackensen hatte sich in der nationalsozialistischen Zeit ausreichend exponiert, um nicht für andere Berufungen in Frage zu kommen. Lutz Mackensen: *Sprache und Rasse*. In: *Nationalsozialistische Monatshefte*, Jg. 6 (1933), 306-315; ders.: *Heimat, Kolonie, Urvolk. Zur Methodik der Sprachinselvolkskunde*. In: *Folk*, Jg. 1 (1937), 24-55; zur Deutschen Presseforschung vgl. die Hausarbeit für den höheren bibl. Dienst am Bibliothekarlehreinstitut Hamburg von Gert Hagelweide: *Die Abteilung Deutsche Presseforschung an der Staatsbibliothek Bremen*. 1968.

gegangen, wo vermutlich wegen seines NS-Engagements nach dem Krieg seines Bleibens nicht mehr war. Auch in Aachen gelang ihm aufgrund dieses Handicaps der Einstieg nicht mehr. Die Anwendung der von Wieseschen Beziehungslehre auf die Zeitung blieb zu anderen fachlichen Veröffentlichungen der Zeitungswissenschaft weitgehend unverbunden und wurde nicht rezipiert.

Westfalen

Das Münsteraner Institut kam mit geringen Zerstörungen durch den Krieg und wurde an alter Stelle 1946 wieder eröffnet. Da Hubert Max bereits verstorben war, ergab sich die Notwendigkeit einer Neuberufung. Die Wahl fiel auf Walter Hagemann⁵⁷, einen Friedrich Meinecke-Schüler, der in Geschichte an der Berliner Universität promoviert wurde. Hagemann war dann Außenpolitiker, später (letzter) Chefredakteur des Zentrum-Zentralorgans *Germania* (Berlin), das bereits in der Weimarer Zeit finanziell von Franz von Papen und seiner politisch rechts im Zentrum orientierten Gruppierung stand. Nach der Einstellung der *Germania* (1938) kam Hagemann in beruflichen Kontakt zu Walther Heide, der ihn in der NS-Auslandspropaganda einsetzte. Die Inhalte dieser Propaganda, die vor allem auf die katholischen Länder Westeuropas zielten (Belgien, Frankreich) müssten noch genauer untersucht werden.

Hagemann waren deshalb die Problemlagen der Zeitungswissenschaft bereits aus der Zeit vor 1945 durchaus bekannt, was die intensive Produktion von Büchern und Aufsätzen in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg besser erklären kann. Hagemann erlebte das Kriegsende in Bayern, wohin sich viele in amtlicher aber auch nicht-amtlicher Funktion tätige Berliner (Alpenfestung) im Spätwinter 1944/45 auf den Weg machten. Andere, vor allem Rundfunkleute, gingen nach Hamburg. In Bayern gründete Hagemann die CSU mit und wurde Mitarbeiter bei der von den Amerikanern geschaffenen Modellzeitung *Neue Zeitung*. Nach Münster ging er zunächst als Pressereferent des Regierungspräsidenten Rudolf Amelunxen (CDU). Dann ergab

sich die Chance einer Berufung an die Hochschule, wo die Dozentur Hubert Max' unbesetzt war. Die Widmung erfolgte für Publizistik und Zeitgeschichte.

Hilfreich bei der Einarbeitung ins Fach war Hagemann in Münster sicher auch sein Assistent Wilmont Haacke, der seine Berliner Dissertation (1936) nun in Hagemanns Münsteraner Schriftenreihe mit dessen Vorwort vorlegte. Es fehlt noch eine vergleichende Untersuchung zwischen diesem Text und der vorhandenen maschinenschriftlichen Fassung in Berlin. Es spricht aber wenig dafür, dass – wie Hagemann nahe legt – eine Veröffentlichung in der NS-Zeit verboten gewesen sei, weil nicht gewolltes Gedankengut geschmuggelt worden sei. Wahrscheinlicher ist, dass Haackes Dissertation über den jüdischen Schriftsteller, Publizisten und Zeitschriftenherausgeber Julius Rodenberg (*Deutsche Rundschau*) schlicht, da ein „jüdisches“ Sujet, als Dissertationsdruck oder gar im Buchhandel unerwünscht war. Die Dissertation konnte nicht erscheinen, wie übrigens aus den zahlreichsten Gründen hunderte von anderen Dissertationen an deutschen Hochschulen in der NS-Zeit. Haacke machte dann aus den zwei Bänden seiner Prager Habilitationsschrift „Feuilletonkunde“, verlegt in Leipzig bei Hiersemann 1943/44, weil Papier bereitgestellt wurde, also offenbar „kriegswichtig“, das dreibändige „Handbuch des Feuilletons“ (Emsdetten bei Lechte) und wurde bald an die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nach Wilhelmshaven als Dozent für Publizistik berufen; von dort kam er mit der in den sechziger Jahren verlegten Hochschule nach Göttingen, die damit eine sozialwissenschaftliche Fakultät erhielt.

Nur einige Wissenschaftler machten sich noch an die Säuberung ihrer Produktion zwischen 1933 und 1945. Es wird an den einschlägigen Stellen (Dovifat, Kirchner, „Handbuch der Zeitungswissenschaft“) darauf hingewiesen, wobei für die Einschätzung eher interessant ist, was nicht wieder vorgelegt worden ist. Hier mag auch die Selbstkritik der Autoren eine Reinigung für unmöglich erachtet haben. Insgesamt wurde in den „braunen Jahren“, gemessen an der Zeit seit

⁵⁷ vgl. Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. Berlin 1987; Anja Pasquay: *Tradition und Neubeginn. Walter Hagemann in Münster 1946-1959*. In: vom Bruch/Roegele, *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*, 249 ff.; Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik*. Münster 1947; ders.: *Wissenschaft von der Publizistik*. In:

Aufgaben deutscher Forschung. 2. Aufl. Bd. 1. Köln, Opladen, 448-457; ders.: *Das Studium der Publizistikwissenschaft*. Emsdetten 1956; zu Hagemanns Übertritt in die DDR 1958 vgl. ders.: *Begegnung mit der Publizistik der DDR*. In: *Zeitschrift für Journalistik*, Jg. 3 (1962), H. 1, 10-16.

den siebziger Jahren, relativ wenig publiziert. Ein Wissenschaftler konnte die gesamte deutschsprachige Fachliteratur, übrigens bis in die sechziger Jahre hinein, im eigenen Bücherschrank versammeln. Auch die Anzahl der Dissertationen (die wegen der Aufhebung der Druckpflicht in der Kriegszeit nach 1940 nur noch selten im Buchhandel vorgelegt wurden), war gemessen an der Zahl der Studenten des Faches und seit den späten dreißiger Jahren auch der Dozenten, eher klein, wenn auch Karl d'Esters Münchener Produktion schon in dieser Zeit quantitativ hervorstach.

Hagemanns Beitrag zur Neukonzeption der Publizistik(-wissenschaft) nach 1945 kann gar nicht unterschätzt werden. Seine Bücher stellten die Basis des Studiums bis in die sechziger Jahre dar. Er pflegte eine gegenüber Dovifat weniger emphatische und verdeutlichte Begriffsbildung. Hagemann veröffentlichte die erste wissenschaftliche Studie zur Analyse des NS-Mediensystems und dessen politischer Anleitung. Dabei griff er als erster auf die von Fritz Sänger⁵⁸ gesammelten Presseanweisungen des Propagandaministeriums zurück und erkannte deren Bedeutung. Hagemann interessierte sich in seinen Lehrveranstaltungen auch für die elektronischen Medien (vor allem damals noch das Radio) und besonders auch den Film. Sein für Außenstehende unerwartetes Übertreten in die DDR 1958 brachte das ganze Fach in eine tiefe Krise, weil seinerzeit die Nachfolge Karl d'Esters in München (durch Hanns Braun⁵⁹) fachlich kaum überzeugte und die Nachfolge Dovifat, die anstand, absehbar kompliziert war.

Das Westfälisch-Niederrheinische Institut für Zeitungsforschung in Dortmund⁶⁰ war seit 1926 eine kommunale Einrichtung. Möglicherweise hatte es Konrad Adenauer Ende der zwanziger Jahre als Vorbild für die Gründung des Instituts für internationales Pressewesen gedient. Das Dortmunder Institut wurde seit Gründung in Personalunion bis zu seinem Tode (1941) von Erich Schulz geleitet, der Direktor der Stadt- und

Landesbibliothek Dortmund war. Die mitgründenden Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverleger waren bereits in der Weltwirtschaftskrise mangels Spendengeld abhanden gekommen. Das Institut verstand sich als regionales, sprich westfälisch-niederrheinisches Sammelzentrum für Zeitungen, besaß eine umfangreiche Fachbibliothek und bemühte sich um die Dokumentation der Presse (Ausschnittsammlung). Förderer des Dortmunder Instituts war Karl d'Estes, der seinem Freund Erich Schulz schon vor dem Ersten Weltkrieg den Rat gegeben hatte, Zeitungen zu sammeln, weil sie von fast allen großen Bibliotheken vernachlässigt würden. 1943 wurde das Institut weitgehend durch Fliegerereinwirkung zerstört. Auf den Resten der Sammlung gelang nach dem Krieg der Aufbau einer neuen Sammlung, die die regionale Begrenzung langsam sprengte und heute eine der größten Zeitungsüberlieferungen in der Bundesrepublik darstellt. Erster Leiter nach dem Krieg wurde Albert Wand, der bereits in der Weimarer Zeit freier Mitarbeiter von Schulz war, in der nationalsozialistischen Zeit aber als Zentrumsanhänger abseits stand. Wand erreichte die Selbstständigkeit des Instituts von der Bibliothek (1952). Die ab Ende der fünfziger Jahre nun Institut für Zeitungsforschung genannte Einrichtung ist bei der Gründung der Universität Dortmund und später (1976) des Studiengangs Journalistik nicht an die Universität übergegangen.

Niedersachsen

Wilhelmshaven

Hier gab es vor dem Krieg keine zeitungswissenschaftliche Einrichtung. Die Wilhelmshavener Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft nahm erst Anfang der fünfziger Jahre ein Fach Publizistik auf, für das Wilmont Haacke aus Münster berufen wurde. Die vergleichende Betrachtung mit anderen Fächern und Fachvertretern zeigt, dass in Wilhelmshaven auffällig

⁵⁸ Walter Hagemann: *Publizistik im Dritten Reich*. Hamburg 1948; vgl. Fritz Sänger: *Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten*. Bonn 1978; zu Fritz Sänger: Gabriele Toepser-Ziegert (Bearb.): *Edition und Dokumentation der nationalsozialistischen Presseanweisungen der Vorkriegszeit*. Bd. 1, München (u.a.) 1984, 66* - 69*.

⁵⁹ Hanns Braun: *Die Münchener Zeitungswissenschaft bei den Straßburger Diskussionen*. In: *Publizistik*, Jg. 5 (1960), 3-13.

⁶⁰ Hans Bohrmann: *Gründung und Entwicklung des Instituts*

für Zeitungsforschung in der Weimarer Republik. In: Alois Klotzbücher (Hg.): *Von Büchern und Bibliotheken in Dortmund*. Dortmund 1982, 101-108; Kurt Koszyk: *Institut für Zeitungsforschung. 1926-1976*. Dortmund 1976; nach dem Krieg wurde mit Albert Wand ein früherer Mitarbeiter aus der Weimarer Zeit zum Leiter und ab 1952 zum Direktor der nun von der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund getrennten Einrichtung ernannt. Vgl. Margot Lindemann: *Albert Wand zum 30. Todestag*. In: *Publizistik*, Jg. 31 (1986), 169-171.

viele Hochschullehrer berufen worden sind, die sich mit der NS-Politik verbunden hatten. Wilhelmshaven galt in den sechziger Jahren als „braune Hochschule“, wie übrigens auch Erlangen-Nürnberg.

1963 wurde Haackes Institut mit der Hochschule nach Göttingen verlegt und seine Dozentur wurde in ein Ordinariat umgewandelt. Haacke wurde zugleich Leiter des Instituts für Publizistik. Haacke hat in Göttingen vor allem Zeitschriftenforschung betrieben, eine Habilitation durchgesetzt und war langjähriger Mit-Herausgeber der Zeitschrift *Publizistik*.

Ein Flüchtling aus Österreich

Ebenfalls nach Göttingen ging gleich nach dem Krieg aus Österreich kommend Karl Kurth⁶¹, der sich fortan Karl O(swin) Kurth nannte. Er war jetzt für Vertriebeneneinrichtungen tätig, für die er Pressehandbücher zeitungswissenschaftlicher Machart erarbeitete, aber er war auch mit dem Gedanken beschäftigt, eine evangelisch bestimmte Presseakademie zu schaffen. Das Projekt, für das er als Leiter seinen bewährten Mentor Walther Heide vorgesehen hatte (wie er Arnulf Kutsch und mir in einem Interview in den siebziger Jahren anvertraute), kam nicht zustande. Freilich war ja auch Heide nicht verfügbar. Das Wiener Institut für Zeitungswissenschaft, das das Propagandaministerium gegründet und auch bezahlt hatte (seit 1942), hatte Kurth rechtzeitig verlassen. Es wurde von einem Praktiker staatlicher Pressepolitik aus der Zeit vor 1934/38, Eduard Ludwig, geleitet und ging dann an einen von dessen Schülern, Kurt Paupié, der – wie Wolfgang Duchkowitz kürzlich nachweisen konnte – als Mitglied der illegalen NSDAP vor 1938, danach zusätzlich der SA angehörte und nach 1945 einen wohl als unabgeschlossen zu bezeichnenden Wandlungsprozess durchlaufen hat.

Karl O. Kurth wurde an der Hochschule nicht wieder verwendet. Er trat in die Dienste des Verteidigungsministeriums ein und wurde Leiter des Lektorats West, einer Position, die vergleichbar einem Hochschullehrer besoldet war. Wissenschaftlich hat er sich nach 1945 nicht wieder

geäußert. Davor blieb sein Beitrag vor allem auf die Nachrichtenpolitik in historischer Perspektive und die Abwehr „sozialpsychologischer“ Arbeit in der Zeitungswissenschaft bezogen. Ausgangspunkt war für ihn, wie für viele etablierte und angehende Zeitungswissenschaftler seiner Zeit, die Untersuchung der Publizistik des Ersten Weltkrieges. Kurth wandte sich gegen eine Ausweitung der Zeitungswissenschaft auf andere Medien und lag damit auf der Linie seines Mentors Walther Heide („Von der Zeitung kommen wir, bei der Zeitung bleiben wir“)⁶². Die methodologischen Argumente zur Entfaltung der Zeitungswissenschaft bezog er vornehmlich aus einer Anwendung der Rassenlehre (Völkerstereotypen) auf eine Lesertypologie (vor allem in Schriften zusammen mit Wolfgang Hollmann), eine Basis, der nach dem Zweiten Weltkrieg jede Überzeugungsfähigkeit abhanden gekommen war.

Hamburg

In Hamburg blieb die im letzten Kriegsjahr aus der Abteilung für Zeitungswissenschaft in ein Seminar für Zeitungswissenschaft umgewandelte Einrichtung nach dem Krieg geschlossen. Ihr Leiter war der Romanist Franz Hermann Kluge, der sich mit einer 1940 publizierten Untersuchung über iberio-amerikanische Großzeitungen habilitiert hatte. Kluge untersuchte die Einstellungen der Zeitungen zum Faschismus/Nationalsozialismus. Er soll nach Auseinandersetzungen an der Hochschule nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeschieden und Dozent an der Genfer Universität gewesen sein.

1948 wurde aus dem journalistischen Kreis der kurz vor und nach dem Kriege von Berlin nach Hamburg gegangenen Journalisten das Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen (heute: für Medienforschung) an der Universität Hamburg gegründet. Spiritus Rector war Kurt Wagenführ, Rundfunkpublizist seit den zwanziger Jahren, Zeitschriftenherausgeber (*Weltrundfunk*), Verfasser zahlreicher Aufsätze. Wagenführ war in der Kriegszeit in Leipzig bei Hans Amandus Münster und in Berlin bei Emil Dovifat parallel Leiter einer selbständigen Abteilung Institut für Rundfunk- und Fernsehkunde⁶³. Diese Insti-

⁶¹ vgl. Arnulf Kutsch: *Karl Oswin Kurth (1910-1981)*. In: Kutsch, *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, a.a.O., 215-243.

⁶² Wolfgang Hollmann: *Bilanz der deutschen zeitungswissenschaftlichen Arbeit. Bericht über die Wiener*

Dozententagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), 284-309.

⁶³ vgl. zur Rundfunkforschung im Nationalsozialismus Anm. 35.

tute wurden durch das Propagandaministerium bezahlt. Wagenführ knüpfte an die Erfahrungen an, die er in Berlin und Leipzig gemacht hatte und auch das Deutsche Institut für Zeitungskunde dürfte ein institutionelles Vorbild gewesen sein, denn die Rundfunkanstalten, vor allem der NDR, und das Land Hamburg direkt wurden in die Finanzierung eingebunden. Das An-Institut in Hamburg hat sich von dieser Anknüpfung an die Zeitungswissenschaft bekannter Gestalt bald befreit und vor allem durch Gerhard Maletzke eine deutlich sozialwissenschaftliche Wende genommen. Interessant ist aber, dass die Ordinarien an der Hamburger Hochschule, die für dieses Institut nach 1945 die Verantwortung trugen, der Historiker Egmont Zechlin (ehemals Auslandswissenschaftliche Fakultät, Berlin, und Hans Wenke, Pädagoge mit medienpädagogischen NS-Erfahrungen, Erlangen) fachlich durchaus mit der alten Zeitungswissenschaft vertraut gewesen sein dürften. Wenke war auch Autor der *Zeitungswissenschaft*. Zechlin hatte in Berlin die einschlägigen Institute vor Augen und dürfte über die fachliche Herkunft seines Dekans Franz Alfred Six informiert gewesen sein. Auch dem Hamburger Psychologen Peter R. Hofstätter, der verhinderte, dass sich Maletzke in Hamburg habilitieren konnte, dürften durch seine österreichische Studienzeit zeitungswissenschaftliche Einrichtungen durchaus bekannt gewesen sein.

Bilanz

Eine unter den Besatzungsmächten oder auch nur den für die deutschen Hochschulen Verantwortlichen abgestimmte Entwicklung dürfte es kaum gegeben haben. Dafür war das Fach nicht wichtig genug. Allerdings haben die Hochschulen, die Erfahrungen mit der Zeitungswissenschaft in der nationalsozialistischen Zeit gesammelt haben, die die teilweise direkte Personalpolitik der Partei, die direkte Subventionierung und die eingeschränkte wissenschaftliche Perspektive nicht vergessen hatten, selbst Gründe genug für die erheblichen Eingriffe gehabt. In der russischen Zone wurden die zwei größeren (Berlin, Leipzig) und zwei kleineren (Halle/S., Greifswald) Einrichtungen praktisch zu einer (Leipzig) zusammen gelegt. Nur in der ersten Zeit wurden alte Kräfte (Menz) herangezogen. Von vornherein gab es die neue Tendenz, eine Journalistik nach

sowjetischem Vorbild zu schaffen (Arbeiter- und Bauernfakultät).

In der französischen Zone wurden beide Institute in Freiburg/Br. abgewickelt (Zeitungswissenschaft, Rundfunkwissenschaft), Ersatzeinrichtungen irgendwelcher Art wurden nicht geschaffen. In der britischen Zone wurden die Hochschulinrichtungen in Aachen, unbeschadet des erhalten gebliebenen kommunalen Zeitungsmuseums, und in Köln abgewickelt; das Münsteraner Institut erneuert, das Dortmunder weitergeführt und ein kleines in Wilhelmshaven und in Hamburg ein Rundfunkforschung-Institut neu geschaffen. In der amerikanischen Zone wurde das große Institut in München mit Verzögerung reaktiviert, in Nürnberg gab es zunächst nur noch einen Lehrauftrag. In der zweiten Hälfte der

Habilitierte der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft erhielten keine Dauerstelle an den Hochschulen – Ausnahme: Wilmont Haacke.

fünfziger Jahre gründete Bremen die „Deutsche Presseforschung“ als Forschungseinrichtung ohne Hochschulbindung an der Bremer Staatsbibliothek und

setzte ihr Ziel in der Bearbeitung der Frühgeschichte und des bibliographischen Nachweises von Zeitungen.

In West-Berlin konnte die an der Humboldt-Universität entstandene Lücke erst mit Gründung der FU im amerikanischen Sektor (mit Unterstützung durch Engländer und Franzosen) geschlossen werden, freilich als kleines Hochschulinstitut, dessen Möglichkeiten nicht mit denen des Deutschen Instituts für Zeitungskunde in der Vorkriegszeit verglichen werden konnten. In Österreich wurde das Wiener Institut unter Austausch des Leiters weitergeführt.

Quantitativ ist die Bilanz der Veränderung der fachlichen Landschaft eindrucksvoll. Weil die meisten Institute abgewickelt und die weitaus meisten Dozenten der nationalsozialistischen Zeit nicht erneut eingesetzt wurden und gerade die besonders belasteten Institute auch auf Dauer ausgeschlossen blieben, kann durchaus von einer Bewältigung der Vergangenheit gesprochen werden. Alle Habilitierten der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft erhielten keine Dauerstelle an den Hochschulen mit einer Ausnahme: Wilmont Haacke. Anstelle von Heinrich Tötter, der in den sechziger Jahren in Mainz zur Wahl stand, wurde dort Elisabeth Noelle-Neumann berufen. Sie war Schülerin Dovifats, hatte in der Zeitungswissenschaft aber keine wissenschaftliche Lauf-

bahn angestrebt und in der NS-Zeit weder geforscht noch gelehrt.

Franz Ronneberger, der ab Mitte der sechziger Jahre das Nürnberger Institut besonders als Forschungsadresse stark ausbaute, gehörte weder durch seine Promotion noch mit seinen beiden Habilitationen (Wien, Münster) zur Zeitungswissenschaft. Keiner der in der NS-Zeit in der Zeitungswissenschaft promovierten zahlreichen Absolventen konnte in eine wissenschaftliche Dauerstelle einrücken, auch wenn Wilhelm Klutentreter und Friedrich Medebach Assistentenstellen einnahmen und (vergeblich) sich zu habilitieren suchten.

Die weit überwiegende Mehrzahl der Institute und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen der Zeitungswissenschaft und der größte Teil der dort arbeitenden Wissenschaftler wurden abgewickelt. Das zeugt von einem geringen Vertrauen der Besatzungsmächte, aber auch der Hochschulen und deutschen Kulturverwaltungen in die fachlichen Leistungen, aber auch von einer Zurechnung des Faches zur eindeutigen NS-bestimmten Wissenschaft.

Abwicklung ist allerdings in erster Linie ein negatives Konzept. Positiv zeichnete sich zunächst kaum etwas ab. Wie an der Hochschule allgemein und in den meisten gesellschaftlichen Institutionen, wurde nach dem Krieg auf Konzepte und auf das Personal aus der Weimarer Zeit zurückgegriffen. Auch wenn die Fachbezeichnung meist in Publizistik abgeändert wurde, war die sachliche und methodische Kontinuität mit den Händen zu greifen. Innovativ waren diese Ansätze nicht. Dass ein Rückgriff auf die wissenschaftlichen Konzepte der Emigranten des Faches und die von den Nationalsozialisten unterdrückten Wissenschaftler fast auf der ganzen Linie unterblieb, zeigt deutliche blinde Flecken des Faches nach dem Krieg. Es zeigt aber auch, dass das nach politischer und rassistischer Auslese und nach den enormen Kriegsverlusten noch zur Erneuerung verfügbare Personal quantitativ und qualitativ nicht hinreichte. Dass die mit der Weiterführung oder halbherzigen Veränderung unter der Bezeichnung Publizistik beauftragten Dozenten die Modernisierungsnotwendigkeiten nicht erkannten, wurde spätestens in den Nachfolgekrisen des Faches Ende der fünfziger Jahre deutlich.

Nachdem der Krieg zu Ende war, wurden in Westdeutschland nach und nach drei größere (München, Münster, FU Berlin) und drei kleine Einrichtungen (Dortmund, Nürnberg, Wil-

helmshaven) eröffnet und eine weitere an einem fachlich bekannten Ort neu geschaffen (Hamburg). Später kam eine Forschungseinrichtung in Bremen dazu, die allerdings lange hochschulfrei blieb. In Hamburg stand auch kein Studiengang dahinter, in Wilhelmshaven und Nürnberg war das Fach Teil eines Diplomstudiengangs, in Dortmund gab es – wie in der Weimarer Zeit – keinen Lehrbetrieb und auch die bei der Gründung 1926 angedachte Kooperation mit Münster kam unter den neuen hochschulpolitischen Verhältnissen nicht zustande.

Es mag die Frage gestellt werden, warum überhaupt dieses Fach wiederhergestellt worden ist, wurde ihm doch gerade nach 1945 weder von den Journalisten noch von den Verlegerverbänden eine Relevanz für die (Vor-)Bildung von Journalisten zugebilligt. Das Argument, Soziologie, Psychologie und Geschichtswissenschaft, Ökonomie u. a., bearbeiteten auch die Presse und die Massenkommunikation, das gelegentlich vorgetragen wird, hat den Schein der Richtigkeit unmittelbar für sich. Die Praxis der Wissenschaften spricht allerdings eine andere Sprache. Keine dieser Disziplinen hat sich kontinuierlich mit den Massenmedien auseinander gesetzt, gerade auch in den Jahren und Jahrzehnten, in denen die Publizistik und Zeitungswissenschaft nach 1945 schwach war. Sie sahen und sie sehen auch heute noch ihre eigenen Aufgaben in erster Linie auf andere Gegenstände bezogen. Deshalb scheint es nachvollziehbar und vernünftig, ein Fach zu schaffen, das – wie auch immer man seinen Wissenschaftscharakter bestimmt (Integrationsfach, grundständige Disziplin in der Nähe zu Philologien und Geschichte oder zu Soziologie und Psychologie) – gerade darin seinen Wert besitzt, dass es Zeitung, Zeitschrift, Rundfunk, Fernsehen und die neuen Medien bis zum Netzmedium hin thematisiert und analysiert, die angemessenen Werkzeuge sucht und kontinuierlich anwendet und damit für die angewandte Forschung und (besonders unter dem Label Journalistik) auch für den praktischen Journalismus und nicht nur für die angewandte Wissenschaft eigenen akademischen Nachwuchses ausbildet.

Der Münchener Ordinarius Karl d'Estes und sein Berliner Kollege Emil Dovifat waren durch ihre Schriften und durch ihre Tätigkeit als Hochschullehrer im „Dritten Reich“ objektiv in Bezug auf einen Neuanfang belastet. Es scheint doch so, dass Dovifats auch schon in der Weimarer Zeit gepflegte Vorstellung von der Wichtigkeit der publizistischen Persönlichkeit offen war für Deu-

tungen, die dem Führerprinzip recht nahe kamen. Trotz der Neudeutung von Karl d'Esters Werk, vor allem später durch Hans Wagner⁶⁴ und seine Schüler (vor dem Hintergrund von Otto Groths Werk), lässt sich kaum verbergen, dass d'Esters Publizistik bereits vor 1933 von einem starken Nationalismus geprägt war, der über ein durchschnittliches positives Gefühl fürs eigene Land weit hinaus ging. Von daher ergaben sich Anknüpfungspunkte zum Nationalsozialismus selbst dann, wenn d'Estes den Schritt zur NSDAP nicht getan hat.

Von diesen führenden Vertretern des Faches Publizistik/Zeitungswissenschaft gibt es keine deutlich distanzierende Äußerung, die die Veröffentlichungen von 1933 bis 1945 betrifft, wenn man davon absieht, dass immer wieder behauptet worden ist, die Zensur habe vieles quasi hinzugeschrieben. Bei Dovifat scheint das Entreebillet bei der demokratischen Gesellschaft die intensive Übernahme des Konzepts der totalitären Gesellschaft zu sein, die er einseitig als Antikommunismus interpretierte.

Es ist für einen Nachgeborenen schwierig, bei den Fachvertretern zu lesen, dass zumindest zwischen den Zeilen Widerstand geleistet worden sei. Gewiss gilt hier auch, was Bernd Sösemann⁶⁵ Fritz Eberhards innerdeutschem Wirtschaftsjournalismus aus dem anti-nationalsozialistischen Untergrund (in der Stuttgarter *Sonntagszeitung*⁶⁶ vor 1937/38) vorgehalten hat: diese Publizistik, die zwangsläufig an Formen und Aussagen der NS-Publizistik anknüpfen müssen, wenn die *Sonntagszeitung* nicht sofort Gefahr laufen wollte, verboten zu werden, habe dem NS-Staat zumindest auch genützt. Das gilt umso mehr, als Sösemann sonderbarerweise in seinem Sammelband zu Dovifat grundsätzlich von der These ausgeht, dieser sei insgeheim ein Widerständler gewesen.^{65a} Viel deutlicher haben Emil Dovifat und Karl d'Estes mit ihren Veröffentlichungen, vielleicht mit Abstrichen auch der Journalismus Walter Hagemanns, dem Regime genützt: sie übten alle ein öffentliches Amt aus. Sie haben in diesen Veröffentlichungen keinerlei

Distanz zum Regime gezeigt. D'Estes hat sich nach 1945 als Teil des inneren Widerstands interpretiert. Er hat wohl auch alters- und krankheitsbedingt wenig publiziert, Neuauflagen seiner Werke fehlen; Dovifat hat nach 1945 ebenfalls seinen inneren Widerstand betont. Er hat allerdings bei der Neubearbeitung seiner „Zeitungswissenschaft“ ein klares Wort zu den Wandlungen des Textes von 1931 über 1937 und 1944 bis 1955 genauso versäumt, wie Haacke oder Kirchner zu den ihren. Das ist subjektiv verständlich und entsprach einer unausgesprochenen Vereinbarung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, jedem eine Chance zum Neuanfang zu eröffnen, der nicht zu den Spitzen des Regimes in Staat und Partei gehörte und dem in diesem Zusammenhang keine strafrechtlich relevanten Verfehlungen nachgewiesen werden konnten. Dennoch liegt darin eine versäumte Chance, die zu übersehen der Fachgeschichtsschreibung nicht erlaubt werden kann.

Ich fordere keine Sondermoral für Wissenschaftler. Ich weiß, dass Wissenschaftler nicht qua Beruf oder Berufsausübung bessere Menschen sind oder sein können. Aber ich halte intellektuelle Redlichkeit im Umgang mit den eigenen Produkten auch dann für unaussetzbar, wenn es ans „Eingemachte“ geht. Angewendet auf unseren Fall Zeitungswissenschaft heißt das, dass die älteren Studenten des nach dem Krieg Publizistik genannten Faches Bescheid wussten, wenn sie Bescheid wissen wollten; weil die Bibliotheken schlecht funktionierten und weil andere Probleme des alltäglichen Überlebens wichtiger waren, wussten die jüngeren Studenten kaum etwas, wenn sie sich nicht besonders bemühten. Das ist die Mischung, aus der sich die Quasi-Kulturrevolution der Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre im Spannungsfeld Ost-West nicht zuletzt gespeist hat.

Karl d'Estes und Emil Dovifat und in ihrem Gefolge Wilmont Haacke und auch Walter Hagemann haben auch die wissenschaftliche Erneuerung des Faches versäumt. Sie gehörten bereits in der Weimarer Zeit einer eher erstarrten

⁶⁴ Hans Wagner: *Die faktische Ordnung der sozialen Kommunikation. Versuch einer Systematisierung der Zeitungswissenschaft*. Phil. Diss. München 1965; ders.: *Die Partner in der Massenkommunikation. Zeitungswissenschaftliche Theorie der Massenkommunikation*. 3 Bde., München 1974; ders.: *Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft)*. 2. Aufl. München, Mülheim 1989 (ZW Paper 6).

⁶⁵ vgl. Sösemann, *Emil Dovifat*, a.a.O. und Sösemann, *Fritz Eberhard*, a.a.O.

^{65a} Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. 2. Aufl., München 1997; vgl. auch Gesine Schwan: *Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens*. 4.-5. Tsd. Frankfurt a.M. 1997 (Fischer Taschenbuch 13404).

⁶⁶ Will Schaber: *Der Gratgänger. Welt und Werk Erich Schairers (1887-1956)*. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 34). München (u.a.) 1981; Schairer gab die Stuttgarter *Sonntagszeitung* heraus.

Wissenschaftsauffassung an, die sich neuen Fragestellungen und Methoden meist verschloss. Sie haben den gerade von den anderen Nachbarfächern der philosophischen und der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten dringlich geforderten Aufbruch um mehr als anderthalb Jahrzehnte verzögert. Das weiß jeder, der damals aufmerksam seine Nebenfächer studiert hat. Dabei wurde der Exitus des Faches riskiert, wie die gescheiterten Habilitationen und die mühsamen Berufungen fast durchweg Nicht-Habilitierter zeigen. Wahrscheinlich sind den Exponenten des Faches die Risiken nicht bewusst gewesen. Dass die sozialwissenschaftliche Wende durch den emigrierten Journalisten und Politiker Fritz Eberhard (FU Berlin), den holländischen Soziologen Henk Prakke⁶⁷ (Münster) und den im katholischen Widerstand von Jugendgruppen aufgewachsenen Otto B. Roegele⁶⁸ (München) erst in den sechziger Jahren angestoßen werden konnte, stellt dem Wiederanfang des Faches nach dem Krieg kein gutes Zeugnis aus.

Nachschrift

a) Den Karrieren der Promovenden des Faches, die ganz überwiegend in eine journalistische oder politische Praxis gegangen sind, müsste eigens nachgegangen werden und ist auch ein anderes Thema. Deshalb erörtere ich nicht den wissenschaftlichen Weg der erst in der Mitte der sechziger Jahre ins Fach gekommenen Elisabeth Noelle-Neumann⁶⁹ (Ernennung zur

Karl d'Ester und Emil Dovifat sowie auch Wilmont Haacke und Walter Hagemann haben die wissenschaftliche Erneuerung des Faches versäumt.

Hochschullehrerin für Publizistik und Gründungsdirektorin des Instituts für Publizistik der Universität Mainz, 1964), obwohl sie in der sog. Pöttker-Kontroverse eine Schlüsselrolle spielt. Elisabeth Noelle-Neumann hat in der NS-Zeit nicht an der Hochschule, sondern als Journalistin bei prominenten Blättern gearbeitet; sie hat allerdings bei Dovifat promoviert.

b) Auch müsste der Nachwuchsplanung der SS für die Wissenschaft, worauf Lutz Hachmeister u. a. durch seine Dortmunder Habilitationsschrift über Franz Alfred Six hingewiesen hat, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die SS erheblichen Nachwuchs aus den Reihen der Absolventen der Zeitungswissenschaft erhielt und dass diese wie auch einige Hochschullehrer (H. A. Münster, F. A. Six) für den SD tätig waren.

c) Ebenfalls ausgeklammert habe ich den Fall Franz Ronneberger⁷⁰, der sich in seinen zahlreichen, gewichtigen Fachveröffentlichungen zu seiner Vorgeschichte nicht äußert. Er kam etwa zur selben Zeit wie Elisabeth Noelle-Neumann in das Fach durch Berufung nach Nürnberg. Ronneberger war von Hause aus Jurist (ausgebildet in München). Einer seiner fachlichen Schwerpunkte war Geschichte und politische Gegenwart Südosteuropas. Zu diesem Thema kehrte er später partiell wieder zurück. Nach 1938 verlegte Ronneberger seine Tätigkeit, wie sein akademischer Lehrer (Fritz Valjavec), nach Wien. Dort entfaltete er eine vielfältige wissenschaftliche (bis zur Habilitation an der Hochschule für Welthandel 1944) und journalistische (sehr häufiger Leitartikler der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beob-*

⁶⁷ Henk Prakke: *De samenspraak in onze samenleving. Inleiding tot de publicistiek*. Assen 1957; *Über die Engrenzung der Publizistik und die Rückblende als publizistisches Moment im Kulturwandel*. (Münsteraner Marginalien zur Publizistik 1). Assen 1961; vgl. Joan Hemels/Arnulf Kutsch/Michael Schmolke (Hg.): *Engrenzungen. Erinnerungen an Henk Prakke*. Assen 2000.

⁶⁸ Otto B. Roegele: *Die Zeitungswissenschaft im Streit der Fakultäten*. In: *Publizistik*, Jg. 11 (1966), 390-398; ders.: *Das Institut für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) der Universität München*. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hg.): *Positionen und Strukturen bei Druckmedien. Festschrift für Dietrich Oppenberg*. Düsseldorf 1987, 234-246; vgl. auch ders.: *Gestapo gegen Schüler. Die Gruppe „Christopher“ in Bruchsal*. Konstanz 1994 (Portraits des Widerstands 4).

⁶⁹ Elisabeth Noelle: *Amerikanische Massenbefragungen über*

Politik und Presse. Phil. Diss. Berlin 1940, Frankfurt a.M. 1940 (*Zeitung und Zeit*. NF. Reihe A. 16); vgl. ferner dies.: *Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale*. Frankfurt a.M., Berlin 1991.

⁷⁰ Franz Ronneberger: *Bismarck und Südosteuropa*. Jur. Diss. München 1941, Berlin 1941 (Schriften des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts 9); vgl. Franz Ronneberger: *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft. Autobiographische Fragen an Franz Ronneberger von Manfred Rühl*. In: Arnulf Kutsch/Horst Pöttker (Hg.): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*. Opladen 1997 (*Publizistik Sonderheft 1/1997*), 21-35; zur Wiener Tätigkeit Ronnebergers ist eine Aufsatzpublikation bei der Arbeitsstelle Historische Pressedokumentation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Druck.

achters) Tätigkeit. Er war Mitarbeiter des Verbandes Nationaler – d. h. der nationalsozialistischen Politik ergebenen – Journalistenverbände und Leiter von deren Wiener Forschungsinstitut. Ronneberger war in vielen nationalsozialistischen Organisationen politisch tätig (u. a. als führender Mitarbeiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentebundes in der Ostmark, SS-Untersturmbannführer und SD-Mitarbeiter). Ronneberger hielt sich allerdings von der etablierten Zeitungswissenschaft erkennbar fern, obwohl von ihm als Teilnehmer an der Wiener Dozententagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes (1942) berichtet wird. Seine wissenschaftlichen Interessen hatten sich wahrscheinlich durch die intensive Befassung mit den Problemen Südosteuropas stärker der Soziologie zugewandt, die als angewandte Wissenschaft (Raumforschung) bei den modern denkenden SS-Kadern in der NS-Zeit

keineswegs verrufen war. Denkbarerweise war er auch für eine soziologische Laufbahn in der SS-Planung vorgesehen. Darauf deutet die Tatsache hin, dass Ronneberger⁷¹ am 1. Dezember 1944 auf einer SD-Tagung im Haus der Wannsee-Konferenz als Koreferent zu Max Hildebert Boehms Hauptreferat auftrat, bei dem es um Zukunftsaspekte der Soziologie – natürlich nach dem beendeten Krieg ging. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam Ronneberger ins Ruhrgebiet und ging zur *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*, deren Redaktionsarchiv er fast ein Jahrzehnt lang aufbaute und leitete. Dann erfolgte sein Neueinstieg in die Hochschule durch erneute Habilitation in Münster (Jura) und sein Weg führte über die PH Bielefeld (Soziologie) nach Nürnberg. Auch die Rückkehr Ronnebergers an die Hochschule, wobei das Fach eher zufällig gewesen zu sein scheint, wäre ein anderes Thema.

Dr. phil. Hans BOHRMANN (1940)

Professor am Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund. Direktor des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund. Arbeitsgebiete: Mediengeschichte, Fachgeschichte der Publizistikwissenschaft, Pressearchive.

⁷¹ vgl. Soziologentagung im Gästehaus am 1. Dezember 1944. In: *Villenkolonien in Wannsee. 1870-1945*.

Großbürgerliche Lebenswelt und Ort der Wannsee-Konferenz. (Ausstellungskatalog). Berlin 2000, 88 ff., bes. 90.

Am Vergessen scheitern

Essay zur historischen Identität der Publizistikwissenschaft, 1945-68

Hanno Hardt

I

Reproduktionen der Vergangenheit sind stets Sache der Gegenwart, die sich um der Emanzipation und des Fortschritts willen erinnern muss, um nicht am Vergessen zu scheitern. Fachgeschichte als Interpretation vergangener wissenschaftlicher Praxis oder politischer Ambitionen ist unmittelbarer Ausdruck dieser Gegenwartigkeit und bereichert mit jeder neuen Interpretation das Verständnis der eigenen historischen Situation. Der folgende Beitrag versteht sich in diesem Sinne als kritische Anmerkung zur historischen Identität des Faches.

Die Geschichte der deutschen Publizistikwissenschaft ist seit der Etablierung eines Instituts der Zeitungskunde an der Universität Leipzig (1916) bis zur Rehabilitierung des Faches nach Ende des Zweiten Weltkrieges eng mit der politischen Geschichte Deutschlands verknüpft.

Die historische Erfahrung dieser Verflechtung wissenschaftlicher und politischer Interessen, insbesondere der Zeitungswissenschaft im „Dritten Reich“, gehört zum Wissen um die Vorgeschichte der Identität einer „neuen“ Publizistikwissenschaft, genauso wie die sich nach 1945 anschließende Revision der gängigen Definition des Faches im wissenschaftlichen Diskurs, der sich mehr an die amerikanische Massenkommunikationswissenschaft mit ihren pragmatisch-positivistischen Forschungsansätzen hielt und weniger an eigene historischsoziologische Traditionen, die mit der Entwicklung der deutschen Sozialwissenschaften verbunden waren.

Diese Faszination einer dominanten, empirischen US-Massenkommunikationsforschung versteht sich als emanzipatorisches Erlebnis. Im Gegensatz zu einer (längst fälligen) Identifizierung mit der traditionellen (europäischen) Soziologie, mit ihren Wurzeln in der Philosophie, versprach die Massenkommunikationsforschung der neuen Welt, mit ihrem Fetischismus der kontrollierbaren Fakten, eine Abkehr vom spekulativen Denken und damit eine klare wissenschaftsideologische Trennung. Darüber hinaus war die Übernahme einer amerikanischen Tradition der Sozialforschung auch eine konsequente Identifizierung

mit auf „demokratischem“ Boden gewachsener Theorie und Praxis und konnte daher als ein wichtiger Schritt in Richtung einer politischen Rehabilitierung des Faches angesehen werden. Allerdings nicht als Patentlösung; denn die Probleme der Vergangenheit hingen weiterhin ungelöst über der „neuen“ Publizistikwissenschaft: neben einer Neuauflage der alten Rivalität mit der Soziologie, die ebenfalls vom Einfluss der US-Sozialforschung profitierte, gab es den problematischen Verbleib einer mit dem „Dritten Reich“ identifizierten Professoren- und Dozentenschaft.

II

Aktualität als Mode, Information als gesellschaftliches Wissen und sozialwissenschaftliche Objektivität als Gesinnung diktierten Inhalt und Substanz der Medienforschung nach 1945; sie gaben Anlass zu einer neuen Definition des Faches und schafften ohne historische Vergewisserung eine unmittelbare wissenschaftstheoretische Alternative, die – mit dem Ziel, wissenschaftliche Glaubwürdigkeit, Anerkennung und Status im Wirkungsbereich universitärer Institutionen sowie politische Zuverlässigkeit zu erwerben – eine effiziente Lösung für eine delegitimierte Zeitungswissenschaft bot.

Diese Zeitungswissenschaft hatte – zumindest seit den späten zwanziger Jahren – unter einem wissenschaftlichen Definitions- oder Zuordnungszwang gestanden, der mit der politischen Umfunktionierung des Faches nach 1933 zunächst abgeschwächt, wenn nicht verdrängt worden war. Zuvor hatte die traditionelle Identifizierung mit der Praxis historischer und ökonomisch-soziologischer Untersuchungen der Presse, zum Beispiel, eine unbewältigte theoretische und methodologische Abhängigkeit, besonders von der empirischen Soziologie, bestätigt.

Ferdinand Tönnies bezeichnete deshalb die Zeitungswissenschaft damals mit Hinweis auf diese Abhängigkeit als „Entenwissenschaft“ und bestand auf einem Legitimationsnachweis, der mit dem Abbruch dieser Debatte in den frühen dreißiger Jahren unterblieb. Die darauf folgende

politische Anbindung an den NS-Staat (und die völkisch-nationalistische Färbung der Zeitungswissenschaft nach 1933), mit politisierter Forschung und Lehre im Bereich der Agitation und Propaganda, führten im Jahre 1945 zum endgültigen Bankrott der wissenschaftlichen und politischen Glaubwürdigkeit des Faches bis zur Liquidierung der „Disziplin“ an verschiedenen deutschen Universitäten.

Auf den Trümmern der Zeitungswissenschaft, wie man sie zwischen 1933 und 1945 verstanden hatte, dominierten politisch belastete oder wissenschaftsideologisch kompromittierte Repräsentanten des Faches, die in den entscheidenden ersten Jahren nach der Befreiung vom Naziregime das wissenschaftstheoretische Weltbild – und damit auch das Ansehen – einer „neuen“ Publizistikwissenschaft mitprägten. Ihr Weiterwirken (wie auch das von Vertretern in anderen wissenschaftlichen Disziplinen) bedeutete eine ständige Konfrontation mit der Vergangenheit, das heißt, mit einer unheimlichen Kontinuität, die in diesem Fall vom Einfluss Emil Dovifats und Karl d'Esters, über die ideelle Anwesenheit von Walther Heide oder Hans Amandus Münster bis zum praktischen Wirken von im „Dritten Reich“ ausgebildeten (promovierten und habilitierten) Dozenten oder Professoren reichte. Unter diesen Umständen war die Aufrechterhaltung führender Institute (wie z. B. in München und Berlin) nicht nur ein Ausdruck gesellschaftspolitischen Versagens, sondern Quelle einer ideologischen Vorbelastung eines von der Dogmatik einer politisch isolierten und erkenntnistheoretisch problematischen Zeitungswissenschaft zu befreienden Faches.

[Im krassen Gegensatz zu diesen Erfahrungen steht ungefähr 45 Jahre später die politische „Säuberung“ der ostdeutschen Variante einer überlieferten und politisch überarbeiteten Nachkriegszeitungswissenschaft im Rahmen einer resoluten und konsequenten – wenn nicht opportunistischen – Eingemeindung publizistikwissenschaftlicher Interessen durch eine politisch selbstsichere westdeutsche Fachvertretung.]

Aufgrund ihrer schwachen wissenschaftlichen Position hatte die „neue“ Publizistikwissenschaft im weiten historischen Zusammenhang der Nachkriegsjahre weder die wissenschaftliche Autorität noch einen über die Grenzen der eigenen, wenigen Universitätsinstitute hinausgehenden Einfluss, um entscheidend am Aufbau eines demokratischen Mediensystems mitzuarbeiten.

In der Tat spielte die Publizistikwissenschaft eine wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch untergeordnete Rolle; denn aus einer Reihe von Gründen fehlten für längere Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Nachwuchswissenschaftler mit einem politischen Realitätsbewusstsein und den entsprechenden kreativen Fähigkeiten, um kritisch und aktiv eine Diskussion um Journalismus, Medien und Gesellschaft in die Wege zu leiten oder an ihr maßgebend teilzunehmen.

Außerdem fehlte es an einer Initiative zur Kooperation (oder Integration) von Forschungspraktiken (mit der Soziologie), solange Prioritätsansprüche der Publizistik – die an den vor 1933 bestehenden Konflikt zwischen Soziologie und Zeitungswissenschaft erinnern – geltend gemacht wurden. Otto Groth, zum Beispiel, spricht noch

Es waren politisch belastete Repräsentanten der Zeitungswissenschaft, die nach 1945 die „neue“ Publizistikwissenschaft mitprägten.

1948 vom Ziel einer politisch und wissenschaftlich selbständigen Zeitungswissenschaft. Er wendet sich damit gegen eine Ausweitung des Faches und ihrer consequen-

ten Zuordnung zur soziologisch (oder vielmehr interdisziplinär) begründeten Massenkommunikationsforschung, die sich schon bald nach 1945 innerhalb der Sozialforschung als Ausdruck einer Vorherrschaft der empirischen Soziologie in Westdeutschland etabliert hatte, ohne auf die Erwartungen der Publizistikwissenschaft einzugehen.

So enthielt Ende der fünfziger Jahre der Band „Soziologie“ des Fischer-Lexikons (1958) unter „Massenkommunikation“ keinen Hinweis auf die Publizistikwissenschaft und ihren Beitrag zur Medienforschung, sondern bezog sich auf eine überwiegend amerikanische Literatur der Sozialpsychologie. Ungefähr zehn Jahre später kommentierte Alphons Silbermann im „Handbuch der empirischen Sozialforschung“ (1969, Band 10) negativ das Fehlen einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit einer wissenschaftspolitisch auf Priorität bestehenden Publizistikwissenschaft.

Diese fehlende Anerkennung bzw. ausdrückliche Kritik des Faches unterstrichen das gebrochene Verhältnis der Publizistikwissenschaft zu einer traditionellen Nachbardisziplin, wie der Soziologie, bis in die sechziger Jahre.

III

In der Zwischenzeit hatte der wissenschaftsideologische Diskurs der westdeutschen Nachkriegspublizistikwissenschaft – weniger auf eine

präzise Definition ihres Forschungsgegenstandes oder ihrer Methoden fixiert – vorerst autoritäre Abhängigkeiten von traditionellen Prioritätsansprüchen der Zeitungswissenschaft überwunden, um sich, in starker – wenn nicht exklusiver – Anlehnung an die aus den USA kommenden sozialwissenschaftlichen Anstöße, einer für die Bundesrepublik neuen Idee der gesellschaftsnahen (praktischen) Massenkommunikationsforschung zuzuwenden.

Diese Zuwendung geschah entweder als Abwanderung einzelner Wissenschaftler in eine zukunftssträchtige, unbelastete, neue „Disziplin“, als Kommunikations- oder Massenkommunikationsforschung gekennzeichnet (und in Anlehnung an die Interessen der empirischen Soziologie) – wie Karsten Renckstorf mit seiner allerdings später erschienenen Monographie („Kommunikationswissenschaft als sozialwissenschaftliche Disziplin“, 1995) beweist, die keine Hinweise auf die Publizistikwissenschaft enthält – oder als Erneuerungsstrategie des Faches und ihrer Vertreter, die aus existentiellen oder wissenschaftsterritorialen Gründen (mit Wurzeln in der zeitungswissenschaftlichen Tradition) innerhalb ihrer Universitäten an der Realisierung einer „neuen“ Publizistikwissenschaft festhielten.

Diese Integration der „neuen“ Publizistikwissenschaft in eine moderne Medienforschung (und in Anlehnung an ein demokratisches Modell der amerikanischen Kommunikationswissenschaft) verlief ohne Auseinandersetzung mit den disziplinären Ansprüchen einer empirischen Soziologie (oder dem interdisziplinären Zugriff auf die Begriffswelt der Publizistikwissenschaft) als Strategie eines wissenschaftlichen Anschlusses und einer politischen Rehabilitierung im Universitätsbereich, und in der Gesellschaft im Allgemeinen. Das bedeutete, dass innerhalb eines kleinen wissenschaftlichen Faches mit großen professionellen Abhängigkeiten (und potentiellen Mitläufern) mit dem der Empirie eigenen Gegenwartsdenken jegliches vom historischen Bewusstsein verursachtes politisches Unbehagen verschleiert wurde. Das Resultat ist eine bis in die Gegenwart andauernde stagnierende Bewältigung der fachlichen Vergangenheit, die sich immer wieder nicht nur einer fachinternen Kritik aussetzt. So war die schwelende (internationale) Kontroverse um Noelle-Neumann nicht nur eine personenspezifische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern auch ein Infragestellen der politischen Glaubwürdigkeit der betroffenen Publizistikwissenschaft und ihrer wissenschaftsideologischen Orientierung, die alle

Vertreter (inklusive Studenten) dieses Faches betraf.

IV

Diese Orientierung wird zum historisch relevanten Thema einer kritischen Interpretation des publizistikwissenschaftlichen Diskurses; denn sie betrifft die Ausklammerung der „neuen“ Publizistikwissenschaft aus der geisteswissenschaftlichen Tradition einer Wissenssoziologie, das heißt aus dem soziologischen Interesse an sozialen und kulturellen Strukturen des Wissens – oder aus einer Ideologiekritik – bei der Neugründung des Faches nach 1945. So sind zum Beispiel die theoretischen Beiträge, die von Max Scheler und Karl Mannheim über Max Webers verstehende Soziologie bis zur kritischen Theorie Max Horkheimers, Theodor Adornos oder Herbert Marcuses reichen, selten wahrgenommen und seltener integriert worden. Damit blieb ein bewusster Anschluss an eine philosophische Tradition – und an die kommende Auseinandersetzung mit einer objektiven bürgerlichen Wissenschaft, einschließlich des Nachdenkens über den historischen Werdegang des eigenen wissenschaftlichen Anliegens vor 1945 – eine Randerscheinung in der Nachkriegsgeschichte des Faches.

Nicht Franz Dröges „Wissen ohne Bewußtsein“ (1972) – ein kritisches und die konservative Neugestaltung der Publizistikwissenschaft provozierendes Buch – sondern Noelle-Neumanns „Die Schweigespirale“ (1980) – eine sozialpsychologisch untermauerte, provokative Aufarbeitung der öffentlichen Meinungsbildung – repräsentierte die dominante Ideologie der „neuen“ Publizistikwissenschaft zumindest seit den achtziger Jahren innerhalb und außerhalb Deutschlands. Während Dröge mit der Verwirklichung einer kritischen Publizistikwissenschaft, die an die historische Bedingtheit der Kommunikation anknüpft, herausfordernd eine alternative Perspektive zum Selbstverständnis des Faches anbot, bestätigte Noelle-Neumann den von einer traditionellen Sozialwissenschaft gesteckten Rahmen der Kommunikationsforschung und verfestigte den Konformismus einer positivistischen Forschungsperspektive in der nachkriegsdeutschen Publizistikwissenschaft.

Konsequenterweise orientierte sich diese notwendige Flucht nach vorne weniger an der theoriekritischen, emanzipatorischen Debatte in Deutschland – und damit am kritischen Vordenken der Frankfurter Schule und ihrer modernen Interpre-

ten – als vielmehr an den Erfahrungen einer empirischen Sozialforschung, die sich aus einem amerikanischen Vorbild der Massenkommunikationsforschung entwickelten.

Andererseits hatte die Erkenntnis von Wissenschaft als Ideologie und Realität als subjektives Erlebnis einen kritischen Ansatz geboten, der seit den sechziger Jahren – zumindest in den Vereinigten Staaten mit den Werken von Raymond Williams oder Stuart Hall (British Cultural Studies) – die traditionelle Medienforschung als eine kritische, kulturwissenschaftliche Alternative begleitete; aber auch diese Perspektive einer kritischen Kommunikationswissenschaft fehlte im Definitionskatalog der wissenschaftstheoretisch eher homogenen „neuen“ Publizistikwissenschaft. Darüber hinaus blieb die Teilnahme an einer intellektuellen Aufarbeitung marxistischer Ideen (Gramsci, Lukacs, Althusser, Foucault, Williams, Hall – aber auch Habermas, Negt und Kluge) in den sechziger Jahren, einschließlich einer Kritik der traditionellen (oder bürgerlichen) Theorie im Positivismusstreit der deutschen Soziologie, lediglich ein isoliertes intellektuelles Engagement von Außenseitern des Faches. Diese Unterlassung bestätigte unter anderem nicht nur die fortwährende wissenschaftliche Isolation der „neuen“ Publizistikwissenschaft (die auf alten und/oder neuen Prioritätsansprüchen basierte), sondern auch die intellektuelle Schwäche, einen substantiellen Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion der kulturellen oder politischen Situation der Zeit zu leisten. Das geschah, obwohl sich die Fachthematik (mit Begriffen wie Sprache, Kommunikation oder Medien) einer zunehmenden Popularität in der gesellschaftskritischen Literatur erfreut hatte, die bei dieser Gelegenheit auch den interdisziplinären Charakter dieser Begriffe zelebrierte; denn „Kommunikation“ und „Medien“ waren schon seit den frühen sechziger Jahren die neuen Schlagwörter einer multi-disziplinären Kultur- und Gesellschaftswissenschaft geworden – und damit auch eine Herausforderung an die „neue“ Publizistikwissenschaft, in anderen, oft kritischen Kategorien mitzudenken.

Die Abwendung von einer kultur- oder geisteswissenschaftlich orientierten Publizistikwissenschaft bedeutete auch ein Abrücken von der Idee des Verstehens; das heißt, vom historischen Prozess einer Interpretation sozialer oder kultureller Kommunikation (und Produktion), in dem Diskurs oder Sprachgebrauch sowie Konstruktion oder dingliche Herstellung – von Institutionen zum Beispiel – als soziales Handeln, in einer bestimmten Gegenwart realisiert werden. Das

heißt, Gegenwart als Ereignis ist nicht ein historisch bestimmtes, ideologisches Phänomen, dessen Inhalt als Grundlage sozialen Wissens in den Mittelpunkt einer ideologiebewussten Analyse der sozialen Kommunikation und ihrer Medien rückt, sondern repräsentiert Aktualität als verifizierbare Tatsächlichkeit. Das Problem dieser empirischen Perspektive ist die Verwurzelung in kommerzieller und administrativer Sozialforschung mit spezifischen Zielsetzungen, die prinzipiell selektiv isolierte soziale Phänomene verfolgt, ohne die soziale Totalität erfassen zu können. Ein Resultat ist die Reproduktion dominanten Wissens in der Form von Information, die sich auf verifizierbare Aspekte des sozialen Alltags beschränkt.

V

Der Einstieg in eine von der amerikanischen Sozialforschung inspirierte Massenkommunikationsforschung (und damit die Hinwendung zum Funktionalismus) öffnete den Weg zu einem funktionalpublizistischen Modell, das mit entsprechenden Hinweisen auf Autoren wie Bernard Berelson und Walter Hagemann auch politisch korrekt wirkte, als es von Henk Prakke und seinen Mitarbeitern (Franz W. Dröge, Winfried Lerg und Michael Schmolke) Ende der sechziger Jahre in Buchform vorgelegt wurde. „Kommunikation der Gesellschaft“ (1968) identifiziert sich mit dem früheren Werk Walter Hagemanns („Grundzüge der Publizistik“, 1947/1966), bezieht sich auf die traditionelle Legimitationsliteratur der Zeitungswissenschaft und schlägt einen rasanten intellektuellen und ideologischen Bogen zur modernen Medienforschung und den praktischen Konsequenzen einer (amerikanischen) Sozialforschung.

Das Resultat ist ein Sammelband historischer Meilensteine in der Entstehung des Faches, der höchst deskriptiv, mit erkenntnistheoretischen Problemen konfrontiert – aber ohne eine eigene Theoriebildung – eine Systematik des publizistischen Prozesses in Anlehnung an amerikanische Kommunikationsmodelle als Beitrag zur publizistischen Bildung durch eine Wissenschaft des kommunikativen Verhaltens anbietet. Letztere stützt sich auf prozessuale Vorstellungen – oder methodische Anregungen – ohne weiter auf politische, kulturelle oder ökonomische Beziehungen zwischen Kommunikations- und Gesellschaftssystemen als potentielle theoretische Grundlage der Publizistik einzugehen. Es ist als Resümee einer Reorientierung (zwischen 1945 und 1968)

auch ein Werk, das die Problematik der Nachkriegspublizistikwissenschaft als eine auf der Suche nach Identität und Glaubwürdigkeit befindliche, auf historisch belegte Quellen ihrer Legitimität bauende und wissenschaftliche Ansprüche geltend machende, verbindliche Interessengemeinschaft verkörpert, die zu der Zeit einen entsprechenden Platz unter den westdeutschen Nachkriegswissenschaften beanspruchte. Mit anderen Worten, ein radikales Neubeginnen – oder der politische Bruch mit der fachlichen Vergangenheit – verlor sich im wissenschaftspolitischen Arrangement alter und neuer ideologischer Ansprüche an die Zukunft des Faches.

Unter Vermeidung interner (politischer) Konflikte repräsentierte Hagemann den wissenschafts-ideologisch unbelasteten Brückenbauer zwischen der diskreditierten Zeitungswissenschaft und der „neuen“ Publizistikwissenschaft, während Praxke den Vorteil des Außenseiters (und Ausländers) nutzte, um Brücken zu einer modernen

US-Sozialforschung mit konkreten theoretischen und methodologischen Alternativen für die Publizistik zu bauen. Ihre politische Passivität (oder Kompromissbereitschaft), und die ihrer politisch unbelasteten Kollegen, wurde in Hinblick auf die personenbezogene fachliche Vergangenheit – aus sicherlich unterschiedlichen Gründen – zum administrativen *modus operandi* der Publizistikwissenschaft, der sich fast nahtlos in der Handlungsweise der ersten Nachkriegsgeneration des Faches fortsetzte.

VI

Die Hinwendung zur Massenkommunikationsforschung beschreibt nicht nur den politisch emanzipierenden Einfluss einer modernen amerikanischen Sozialforschung, sondern auch den damit verbundenen, radikalen Vollzug eines paradigmatischen Wechsels. Die Idee der Öffentlichkeit wurde zum Symbol eines neuen Demokratieverständnisses, das sich in der empirischen Medienforschung realisierte und bestätigte, während Meinung als Indiz einer Teilnahme an demokratischen Entscheidungsabläufen zu einem konkreten Ansatzpunkt der Wissenschaft des kommunikativen Handelns avancierte. Damit kehrte sich die „neue“ Publizistikwissenschaft als Analytikerin der öffentlichen Meinungsbildung

nicht nur von Fragen der Erkenntnis im Sinne eines wissenssoziologischen Forschungsansatzes ab, sondern privilegierte die Idee der Information als konkretes Phänomen einer geschichtslosen Massengesellschaft.

Dieses neu konzipierte publizistikwissenschaftliche Interesse – das sich statt auf historisch bedingtes Wissen auf die präsenzbedingte Information konzentrierte – hatte weitreichende Konsequenzen für die Selbstdefinition der Publizistikwissenschaft und die Dominanz ihres sozialwissenschaftlichen Charakters. Im Ansatz zur Wirkungsforschung, die einen breiten Raum in der „neuen“ Publizistikwissenschaft einnahm, offenbarten sich die Kriterien einer positivistischen Publizistikwissenschaft, deren Anliegen die Beobachtung der öffentlichen Meinungsbildung unter Berücksichtigung der Artikulationsfunktion der Medien war. Das auf diese Weise dokumentierte, manifeste Interesse an Kommunikationsabläufen in der Massengesellschaft, einschließlich der Massenmedien und ihrer Interaktionen mit gesellschaftlichen Institutionen, verwischte nicht nur theoretische und methodologische Unterschiede zur Soziologie, sondern sollte die Publizistikwissenschaft als moderne Wissenschaft legitimieren. Dieser Legitimationsanspruch wurde mit der Organisation fachlicher Interessen (in der *Publizistik* [1956] und der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Zeitungswissenschaft [1963]) institutionalisiert und durch entsprechende Forschungsprojekte verfestigt.

Die „neue“ Publizistikwissenschaft privilegierte die Idee der Information als konkretes Phänomen einer geschichtslosen Massengesellschaft.

nur theoretische und methodologische

Unterschiede zur Soziologie, sondern sollte die Publizistikwissenschaft als moderne Wissenschaft legitimieren. Dieser Legitimationsanspruch wurde mit der Organisation fachlicher Interessen (in der *Publizistik* [1956] und der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Zeitungswissenschaft [1963]) institutionalisiert und durch entsprechende Forschungsprojekte verfestigt.

VII

Die sozialwissenschaftliche Analyse der Information und ihrer Rolle in einer demokratischen Gesellschaft lebt von Oberflächenerscheinungen aktueller sozialer, politischer oder ökonomischer Phänomene. Sie umgeht dabei Fragen über innere Strukturen und historische Zusammenhänge – wie die Entstehung der gesellschaftlichen Kommunikation, der Mittel kommunikativer Produktion oder der herrschenden Ideologie und ihrer Mediennutzung. Somit reduziert sich die Erstellung eines gesamtgesellschaftlichen Begründungszusammenhangs mit seiner historisch fundierten Kritik zu einer eindimensionalen Untersuchung von öffentlicher Meinung, Massenmedien und Massenwirkung als Analyse isolierter Fragmente, die als Aggregate gesellschaftlicher Information eine systematische, historisch fundierte Entwicklung von Ideen oder Institutio-

nen der gesellschaftlichen Kommunikation ersetzen. Die Meinungsumfrage (public opinion polling) ist ein typisches Beispiel einer aktualitätsbewussten, unmittelbaren Reaktion ohne inneren Bezug auf die Komplexität akuter gesellschaftlicher (oder politischer) Probleme.

Das heißt, die Erkenntnis historisch bedingter Trends oder einer systematischen Entwicklung der Kommunikation, zum Beispiel, ist einer kurzzeitig relevanten Beobachtung empirisch verifizierbarer Kommunikationsverhalten gewichen. Definitionen sozialer oder kultureller Phänomene beruhen auf empirisch verifizierbaren Fakten, die wiederum die konkrete Basis einer sozialwissenschaftlichen Kategorisierung (und Generalisierung) sozialen Handelns bilden, das sich in Kommunikation konstituiert und durch Medien reproduziert.

Eine weitere Konsequenz der empirischen Kommunikationsforschung jener Zeit war nicht die Wendung zur Auftragsforschung an sich – und damit zu einer Abwanderung in die lukrative Marktanalyse der kapitalistischen Industriegesellschaft, ähnlich den ökonomischen Bedürfnissen nach konkreter Information zum Medienkonsum in der Entwicklung der Massenkommunikationsforschung in den Vereinigten Staaten – sondern ihr Einfluss auf die Thematik (oder Definition) der Medienforschung. Aktualität oder Zeit, Popularität (von Ideen) und Gegenwartsdenken sind die erfolgreichen Auslöser einer kooptierten Massenkommunikationsforschung, die sich (in leichter Abwandlung der Lasswell-Formel) aus der Frage „Wer erforscht was für wen und mit welchen Mitteln?“ konstituiert.

Mit anderen Worten, die Untersuchung publizistischer Bedingtheit sozialer, politischer, ökonomischer oder kultureller Veränderungen einer

Gesellschaft konzentrierte sich auf den Einsatz einer funktionalen Publizistikwissenschaft, die – ganz im Sinne der modernen Massenkommunikationsforschung – Aktualität schätzt und Information privilegiert.

So identifizierte sich die „neue“ Publizistikwissenschaft mit dem Begriff der Massenkommunikationsforschung als Medium der politischen Rehabilitierung und Garant einer neuen Respektabilität durch einen Anschluss an die traditionelle amerikanische Sozialforschung, die von einem technischen Erkenntnisinteresse getragen wurde. Unter diesen Bedingungen avancierte die Meinungsforschung zum prominentesten internationalen Beitrag der Publizistikwissenschaft, in dem die Vision der Schweigespirale an die Prominenz der Lasswell-Formel erinnerte.

Diese Erneuerungsstrategie der Publizistikwissenschaft jedoch war nicht nur Imagepflege mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Kompetenzen oder kreative ahistorische Selbstdarstellung, sondern Ausdruck einer auf die Gegenwart gerichteten neuen Wissenschaft, die im Umgang mit empirischen Daten keiner Aufarbeitung der Vergangenheit bedurfte.

Die ideologische Stärke dieser Überzeugung, die das Weltbild der „neuen“ Publizistikwissenschaft für Jahre bestimmen sollte, ist nicht zu unterschätzen. Sie wurde in späteren Jahren erfolgreich durch eine aggressive Personalpolitik unterstützt (oder abgesichert), die mit Stellenbesetzungen unter politischen sowie wissenschaftsideologischen Gesichtspunkten nicht nur Kontinuität und Stabilität gewährleistete, sondern den konservativen Einflussbereich vergrößerte und alternative Ansätze zu einer kritischen Publizistikwissenschaft erfolgreich marginalisierte.

Univ.-Prof. Dr. Hanno HARDT (1934)

Professor für *Journalism and Mass Communication and Communication Studies* an der Universität Iowa, USA, und Professor für *Communication Studies* an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubljana, Slowenien. Gastprofessuren in Deutschland, Irland, England und Österreich. Forschungsschwerpunkte: Fachgeschichte, kritische Kommunikationstheorie und Cultural Studies. Zahlreiche Publikationen, zuletzt u.a. *In the Company of Media. Cultural Constructions of Communications, 1920s – 1930s* (2000).

Kämpferische Wissenschaft

Zeitungs- und Publizistikwissenschaftler zwischen Versailles und Kaltem Krieg

Bernd Sösemann

Im Mittelpunkt meines Beitrags stehen Bemerkungen zu grundsätzlichen methodischen und konzeptionellen Fragen. Ich werde jedoch überall dort nicht auf Einzelheiten verzichten können, wo diese zur Klärung der Überlieferungssituation, des Forschungsstands, der Quelleninterpretation und der Bearbeitungsdesiderata beitragen. Es sollen die Perspektiven und Aspekte hervortreten, die berücksichtigt werden müssen, wenn es um die wissenschaftsgeschichtliche Aufarbeitung des Faches Zeitungs- und Publizistikwissenschaft geht. In dieser steht die nationalsozialistische Zeit im Mittelpunkt. Auf diese richtet sich das Hauptinteresse der nicht erst heute kritisch Zurückblickenden ebenso, wie auf das Verhalten der Amtsinhaber und Publizisten während der zwölf Jahre. Die Fragestellung ist verständlich, denn offensichtlich war bislang keine Epoche der deutschen Geschichte folgenreicher als die NS-Zeit.¹ Weniger verständlich sind jedoch Pauschalvorwürfe gegen die seiner Zeit Tätigen, der Verzicht auf ein intensives Quellen- und Literaturstudium oder eigene Forschungen sowie der anklägerische Ton und die moralisierende Grundhaltung vieler dieser Attacken. Die Anschuldigungen werden nicht selten noch durch unterstellte oder explizit vorgebrachte Vorwürfe ergänzt, die in eine Verschwörungsthese münden. Der Höhepunkt wird erreicht, wenn suggeriert wird, der Betreffende habe nach 1945 im gleichen Geist fortwährend gewirkt und mit dazu beigetragen, die nachfolgende Wissenschaftler-Generation von der kritischen Erforschung der Fachgeschichte fernzuhalten.²

Im Folgenden markiere ich meine Position mit sieben Feststellungen. Die Komplexität des Themas zwingt zum stichwortartigen Vorgehen und wird gelegentlich zu einer pointierenden Verknapfung führen.

Mit Blick auf den Untertitel der Tagung komme ich zu meiner **ersten** Feststellung. Denn aus den dort gewählten Begriffen „Kontinuität und Umbrüche“ lässt sich bereits ein Hinweis auf die weite zeitliche Perspektive ableiten, die beachtet werden sollte, wenn man zu einer überzeugenden Einschätzung der Verhältnisse in der nationalsozialistischen Diktatur kommen will. Mit den beiden Metaphern „Versailles“ und „Kalter Krieg“ möchte ich die beiden Pole im historisch-politischen, ideologischen und emotionalen Spannungsfeld bezeichnen, die seit dem Friedensvertrag von 1919 in einem hohen Maß das Denken und Handeln vieler Zeitgenossen bestimmt haben.³

Die nahezu über sämtliche Parteigrenzen hinweg in der Weimarer Öffentlichkeit äußerst wirksamen Propaganda-Parolen „Kampf gegen Versailles!“ und „Kampf gegen die Dolchstoß-Politiker und Vaterlandsverräter!“ nutzte Hitler für seine aggressiven revisionspolitischen Forderungen. Zusammen mit den nationalistischen, antibolschewistischen und antisemitischen Grundeinstellungen und seiner prinzipiellen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie beeindruckte er in der Endphase der Weimarer Republik und im Frühjahr 1933 nicht nur die Führungselite um Hindenburg, Hugenberg und Papen, den Bankier Schröder und die Vertreter der rheinischen Großindustrie. Beeinflusst wurden auch diejenigen unter den konservativen und national-liberalen Publizistikwissenschaftlern, die bereit waren, sich aus ihrer Verantwortung für den Staat und die Gesellschaft – zu Gunsten einer passiven Akzeptanz den neuen Machthabern gegenüber – zu lösen. Da die aktionistischen, patriotischen und machtpolitischen Motive des neuen Regimes bei wohlwollender Betrachtung dominierten, neigten viele von ihnen dazu, die kriminellen,

¹ Michael Burleigh: *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*. Frankfurt a.M. 2000, 13-20.

² Nicht zuletzt, aber dafür umso deutlicher und an einem Exemplum fehlerreich vorgetragen in einer Tageszeitung von Rüdiger Strauch: *Mitgemacht, weitergemacht. Elisabeth Noelle und die braunen Flecken der Publizistikwissenschaft*.

In: *Der Tagesspiegel*, Nr. 17417, 25.5.2001, 35.

³ Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*. München 2000, 378-555.

rechtswidrigen, populistisch-vulgären und sonstigen abstoßenden Züge zu übersehen. Allgemein waren die Erwartungen hoch – auch in der Wissenschaft und in den Universitäten.⁴ Sie betrafen ein weites und heterogenes Feld von Forderungen und führten zu den unterschiedlichsten Formen von Ablehnung, Distanz, Anpassung oder Unterstützung. Bestenfalls verknüpfte sich diese Einstellung bei einigen Akademikern mit dem Ehrgeiz, der geistesfeindlichen Haltung der „völkischen Bewegung“ insgesamt und ihrer Repräsentanten in der Universität, in der Gesellschaft und in den Verbänden entgegenzutreten, um somit die politische Gesamtlage sukzessive zu verbessern. Mikroanalytische Untersuchungen, wie sie in den letzten Jahren nicht nur für Emil Dovifat⁵ und Fritz Eberhard⁶ durchgeführt wurden, bringen hierzu ausreichend differenzierte Aufhellungen, da die einzelnen karriere-biographischen Stufen und besonders die Entwicklung der beiden Berliner Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht worden sind. Die umfangreichen Sammelbände enthalten einen thematisch breit angelegten Dokumententeil, der zusätzliche Anregungen für weiterführende Studien bieten dürfte.

Ich gehe zu meiner **zweiten** Feststellung über. Mit dem Obertitel meines Beitrags, „Kämpferische Wissenschaft“, verweise ich auf eine Notwendigkeit, die sich für alle Fachvertreter ergab, welche nach 1933 im Amt blieben. Nach relativ kurzer Zeit verlangten die Nationalsozialisten von ihnen nicht allein die mehr oder weniger stark artikulierte Akzeptanz, sondern die Mitgestaltung der „Volksgemeinschaft“, den Aufbau einer nationalsozialistisch geprägten Wissenschaft und ein Engagement für die Ziele von Partei und Regierung. An die Stelle des Wertsystems und der ethischen Normen einer freiheitlich-demokratischen Rechts- und Verfassungsordnung – so eingeschränkt sie in der Endphase der Weimarer Republik auch waren – traten relativ schnell die Gesetze und Ansprüche eines Führersystems, die ausdrücklich Parteilichkeit und Unterordnung verlangten. Die Wissenschaft hatte sich aktiv in die Kampffront einzureihen, die Rasse, das Blut

und das Wohl der „Volksgemeinschaft“ als Orientierungsmerkmale zu akzeptieren. Wer nicht entlassen wurde, emigrieren wollte, sogleich fliehen musste oder freiwillig aus dem Amt schied, musste davon ausgehen, zukünftig in seinem Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt zu sein. Selbst dann gab es für keinen der Angepassten Schutz vor willkürlicher Entlassung – es sei denn er war Mitglied der NSDAP, der SA oder SS oder anderer regimekonformer Verbände.⁷

In jenen Jahren ließ sich das Denken, Handeln und Wirken eines Wissenschaftlers nicht allein seinen Schriften und Reden entnehmen. Es ist vielmehr unumgänglich, sich eine breitere Grundlage für eine seriöse Interpretation zu

Mit dem Titel „Kämpferische Wissenschaft“ verweise ich auf eine Notwendigkeit, die sich nach 1933 für alle Fachvertreter ergab.

schaffen. Sie erzeugt, wenn neben dem Nachlass oder sonstigen persönlichen Materialien auch die Dokumente und Akten erschlossen werden,

die in den Institutionen und Verwaltungen entstanden sind. Im „Alltags-Handeln“ dürften sich aufschlussreiche Anhaltspunkte für die Beurteilung finden lassen. Universitätslehrer wie Dovifat und d’Ester mussten die unterschiedlichsten Verfahrenstaktiken, Sprachregelungen, persönliche, akademische und auch politische Netzwerke nutzen, um seine Person, Lehre und Forschungen abzusichern, Studierende zu schützen oder Promotionen durchzuführen. Er hatte sich also täglich gegenüber opportunistischen Kollegen, regimetreuen Studierenden und der wachsenden Zahl der Parteigänger in der Universität, in den Ministerien und der Innenverwaltung durchzusetzen. Schließlich mussten sämtliche Manuskripte von gewisser Bedeutung wenigstens ein Kontrollverfahren in den zahlreichen Zensureinrichtungen erfolgreich absolvieren, damit der Hochschullehrer überhaupt mit Lehrbüchern oder Fachliteratur in die Öffentlichkeit treten konnte. Auch auf diesem Feld müssen detailanalytische Verfahren gewählt werden, sollen aus dem zumeist lückenhaft überlieferten Quellenmaterial Einsichten über „Mitläufer“ in den Kategorien „Schuld“ oder „Nicht-Schuld“ gewonnen

⁴ Helmut Heiber: *Universität unterm Hakenkreuz. Bd. 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz; Bd. III/1: Kapitulation der hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen.* München 1991/1992.

⁵ Bernd Sösemann (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk.* (= Beiträge zur Kommunikati-

kationsgeschichte Bd. 8). Berlin 1998.

⁶ Bernd Sösemann (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk.* (= Beiträge zur Kommunikationsgeschichte Bd. 9). Stuttgart 2001.

⁷ Wolfgang Benz: *Geschichte des Dritten Reiches.* München 2000, 49-93.

werden, die das Material interpretatorisch weder unterfordern, also die Zwischentöne und Modifikationen übergehen, oder die Dokumente bis auf das Äußerste strapazieren, überinterpretieren und in irreführende Zusammenhänge versetzen.⁸ Wenn Wolfgang J. Mommsen flott formuliert, es habe damals fast keinen unter denen gegeben, die im Amt geblieben seien, der nicht „in gewisser Weise Dreck am Stecken“ habe⁹, dann dürfte sich dieses Pauschalurteil wohl aus seiner familiären Betroffenheit erklären lassen. Das Bild vom Dreck verdeckt, was aufzuhellen Wert wäre.

Zur **dritten** Feststellung: Im ersten Jahrzehnt der Nachkriegszeit haben der Bruch des alliierten Anti-Hitler-Bündnisses, die schnelle Entwicklung des „Kalten Krieges“, die Entstehung von zwei deutschen Staaten, besonders aber der Korea-Krieg und die Wiederbewaffnung ein Klima geschaffen, das die „Verdrängung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit grundsätzlich erleichterte. Der Ost-West-Gegensatz überformte nahezu alle Debatten; die DDR- und die sowjetische Geschichtsschreibung nutzten jede ihnen geeignet erscheinende Einzelheit der Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland zu politischer Polemik und Propaganda. Stärker als die Bereitschaft, für sich selbst eine Schuld oder wenigstens die verständlicherweise zuerst einmal irritierende Position einer passiven Akzeptanz anzuerkennen, war damals die Tendenz vorhanden, das nationalsozialistische System zu kriminalisieren und das Urteil über dessen verbrecherisches Wirken zu akzeptieren. Norbert Frei hat in seinem Buch zur „Vergangenheitspolitik“ nachzuweisen vermocht, in welchem Umfang und in welcher Intensität die damaligen Parteien weitgehend konsensual den „Kampf um die Erinnerung“ so geführt haben, dass weithin allein Hitler und eine kleine Clique für „Hauptkriegsverbrecher“ gehalten und alle anderen Bevölkerungsgruppen als Opfer angesehen werden konnten.¹⁰ Dabei verweist Frei außerdem zu Recht auf das damals nicht nur in der Regie-

partei vorhanden gewesene überstarke Interesse an einer Beruhigung des gesellschaftlichen Lebens, an innerpolitischer Integration und außenpolitischer Westbindung. Allerdings betont er das Bedürfnis zu sehr, einen „Schlussstrich“ ziehen und sich mit dieser Haltung von jeglicher Schuld befreien zu wollen. Frei zeichnet aus den Akten letztlich ein Gesamtbild, in dem verstockte Ablehnung, uneinsichtige Stumpfheit und Formen einer arroganten Verweigerungshaltung vorherrschen. Die Fülle der frühen und qualitativ zumeist hoch stehenden Berichte in Zeitungen und Zeitschriften haben jedoch durchaus zur Aufklärung beigetragen. Ebenso vermittelten die zahlreichen Rundfunkreportagen, weniger offensichtlich die Filme, aber stärker wiederum die Bücher erste Einsichten, bevor geschichtswissenschaftliche Studien getrieben und publiziert werden konnten. Es mangelt zwar an einer genaueren Einschätzung, wie intakt und wirksam der Grundkonsens über die menschliche Minderwertigkeit der Nationalsozialisten, ihre moralische Verwerflichkeit und politische Verderbtheit war, aber zahllose Indizien weisen auf seine Existenz hin.¹¹ Von ähnlich großflächigen Vorstellungen und Einschätzungen, wie wir sie auch bei Frei finden, sind die meisten der pauschalen Vorstellungen über die Situation der Wissenschaften allgemein oder der Publizistik ebenfalls im Besonderen mitgeprägt.

Keiner Verharmlosung oder Relativierung des Geschehens in der nationalsozialistischen Diktatur soll **viertens** mit den vorangegangenen Feststellungen Vorschub geleistet werden. Die verbrecherische Regierung und das diktatoriale System sind mitten aus der deutschen Gesellschaft entstanden und auch von ihr getragen worden:¹² Neben den aktiven Nationalsozialisten geschah es durch Opportunisten und Ängstliche, durch Unpolitische oder diejenigen, die sich bewusst in irgendeine gesellschaftliche Nische zurückgezogen haben und die weitere Entwicklung gar nicht oder höchst eingeschränkt wahr-

⁸ Bernd Sösemann: *Publizistische Opposition in den Anfängen des nationalsozialistischen Regimes*. In: Jürgen Schmäddecke/Peter Steinbach (Hg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. München 1995, 190-206.

⁹ Rüdiger Hohls/Konrad Jarausch (Hg.): *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*. Stuttgart 2000, 211.

¹⁰ Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1999 (Erstausgabe 1996), 405.

¹¹ Hermann Graml: *Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus*. In: Martin Broszat (Hg.):

Zäsuren nach 1945. München Verlag 1990, 183.

¹² Gustav Seibt: *Zweitausend. Endliche Welt, kein Ende der Geschichte*. In: Lothar Gall (Hg.): *Das Jahrhundert im Spiegel der Jahrhundertwenden*. Berlin 1999, 380 f.: „Hier waren nicht einfach Bestien am Werk gewesen, sondern Techniker, Beamte, Soldaten, Familienväter, Mitglieder einer hoch zivilisierten Nation. Sie hatten in den Vernichtungslagern einen moralfreien und mitleidslos funktionierenden Kosmos aufgebaut, in dem das Böse, die größte denkbare Mitleidslosigkeit, zum Selbstzweck wurde, in dem ein Menschenvolk dem anderen das Recht aberkannte, die Erde zu bewohnen.“

nahmen. Das Regime festigte sich nämlich nach der Regierungsübergabe an die Hitler-Hugenberg-Koalition relativ schnell durch tausendfachen Mord und Rechtsbruch sowie durch Feste und Versprechungen, Drohungen und Gewalt, weil ein entschlossener Widerstand ausgeblieben war. Längerfristig hatte es Bestand, da es ihm darüber hinaus gelang, mit der Durchbrechung sittlicher Vorstellungen und moralischer Schranken, mit der systematischen Unterhöhlung der persönlichen Verantwortung des Einzelnen eine letztlich „unpolitische“ Einstellung verbindlich werden zu lassen.¹³ Mit diesem Vorgang, der so häufig mit dem Begriff „Gleichschaltung“ irreführend bezeichnet worden ist, korrespondiert ein mindestens ähnlich bedeutsames Phänomen, die keineswegs gering verbreitete „Selbstgleichschaltung“ als Erscheinungsform der „Mitläufer-Gesellschaft“. Sie bestand nur zum Teil aus den Handlungen eines vorausseilenden Gehorsams. Von weitaus größerer Bedeutung für den Bestand der Diktatur war dagegen, dass der Einzelne – sieht man von den seltenen und deshalb hervorhebenswerten Ausnahmen einmal ab – seine dienstlichen Verpflichtungen weitgehend an seinem Platz als Jurist oder Mediziner, als Eisenbahner oder Polizist tat, seine Funktion als Unternehmer oder Schauspieler, als Techniker oder Künstler erfüllte und sich als Historiker oder Publizistikwissenschaftler nicht völlig verweigerte.

Nicht Polemik oder Mutmaßungen führen hier in der Analyse weiter, sondern – und damit bin ich bei meiner **fünften** Feststellung angelangt – der unverstellte und kritische Blick auf die Themen und Quellen, die genaue Analyse und die quellennahe differenzierte Interpretation der gewonnenen und im Normalfall selten „stimmen“, sondern eher „sperrigen“ Einzelerkenntnisse. Nachdem drei Jahrzehnte seit dem Ende des „Kalten Krieges“ und mehr als ein halbes Jahrhundert seit dem Selbstmord Hitlers vergangen sind, hat in den neunziger Jahren auch in der

Publizistikwissenschaft der Prozess der Historisierung eingesetzt. Er lässt diejenigen Apologien, Beschönigungen oder Verdrehungen, einseitigen Schuldzuweisungen und Legenden zurücktreten, die in der Besatzungszeit, der Gründungsperiode der Bundesrepublik Deutschland und in den sechziger Jahren trotz der früh und auch ernsthaft betriebenen Auseinandersetzungen mit der unrühmlichen „braunen Epoche“ Konjunktur hatten.¹⁴ Die nachfolgenden Generationen konnten die Fragen zur Vergangenheit der Disziplin und ihren Lehrern oder Vorgängern unbefangener aufwerfen und die tradierten partiellen Tabuisierungen leichter umgehen. Für jene ersten Jahre und eine Gesellschaft in einer derartigen Ausnahmesituation war das kein ungewöhnliches Bild. Forderte doch die Entnazifizierungs- und Reeducation-Politik jeden Einzelnen heraus, über seine Stellung und sein Handeln den Entnazifizierungskommissionen oder sogar vor Gericht, zumindest aber vor sich selbst, Rechenschaft abzulegen. Daraus folgte in der akademischen Lehre zumeist eher der Wille, sich mit der NS-Diktatur intellektuell auseinanderzusetzen und nach neuen inhaltlichen Orientierungen oder methodologischen Innovationen zu suchen, als über das Verlangte hinaus die eigenen politischen Verstrickungen öffentlich zu reflektieren und das Ausmaß der Involvierung darzustellen.

Wenn aber die Mehrheit der national denkenden Professoren, wie es sich aus den jüngsten Befragungen der Schüler von Historikern ergibt,¹⁵ über ihr Verhalten geschwiegen, ihre Nachlässe ausgesiebt und auch vieles vergessen oder verdrängt haben,¹⁶ dann können wir dort zu wenig und eher Unbefriedigendes über das Denken und Handeln in den unmittelbaren Jahren nach 1945 finden. Es mangelt bislang an Untersuchungen über persönliche Erfahrungen in der Übergangsphase zwischen den letzten Kriegs- und den ersten Friedensmonaten, über den Grad der individuellen Betroffenheit, die

¹³ Michael Reißmann: *Hitlers Gott. Vorsehungsglaube und Sendungsbewusstsein des deutschen Diktators*. München 2001; Bernd Sösemann: *Appell unter der Erntekrone. Das Reichserntedankfest in der nationalsozialistischen Diktatur*. In: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte*, Jg. 2 (2000), 113-156.

¹⁴ Manfred Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München 1999, 563-596 und 652-686.

¹⁵ Rüdiger Hohls/Konrad Jarausch: *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*. Stuttgart, München 2000.

¹⁶ Auf die hierbei deutlich werdende Doppelgesichtigkeit des

Gedächtnisses und die sich aus diesem Umstand ergebenden Konsequenzen für die Interpretationen des Historikers weist Johannes Fried hin: „Wir sind, was wir vergaßen und erinnern. Es gibt keine Gegenwart, keine Identität ohne diese beiden. Sie stiften – ins Große gewendet – Leidens- und Handlungsgemeinschaften, Völker und Kulturen. [...] Erinnern und Vergessen stiften die Einheit vergangenen Geschehens“. (ders.: *Erinnern und Vergessen. Die Gegenwart stiftet die Einheit der Vergangenheit*. In: Max Kerner u.a. (Hg.): *Eine Welt – eine Geschichte? 43. Deutscher Historikertag in Aachen. Berichtsband*. München 2001, 381 f., 386).

Formen der Verarbeitung, die Auswirkungen der Entnazifizierungsverfahren, über Schlüsselkategorien des Urteilens und Handelns oder über NS-Traumata, Denkmuster und Erwartungshaltungen. Generalisierende Feststellungen über „die Historiker“ dürften ebenso wenig möglich sein wie über „die Publizistikwissenschaftler“.¹⁷

Sechstens: Einerseits lässt sich resümieren: „So verschieden die individuelle Situation, so unterschiedlich war auch die persönliche Erfahrung“.¹⁸ Andererseits zeigte sich auf der inhaltlichen Ebene kein hoher Grad der Kontinuität zur nationalsozialistischen Diktatur, weil das Ende vernichtend und desaströs gewesen war. Anders als nach 1919 begünstigte diese Situation die Bemühungen um einen Neuanfang. Konservative und gemäßigt nationalistische Denkhaltungen scheinen damals in der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft überwogen zu haben. Die Fachvertreter lehrten ohne Zweifel demokratisch und fielen nicht aus dem Gesamtbild der zeitgenössischen Wissenschaft und politischen Kultur heraus. Auf der politischen und sozialen Ebene stellte sich die Lage dagegen anders dar, weil persönliche und institutionelle Netzwerke weitgehend intakt geblieben waren, sodass nach den ersten Berufungen in der Personalstruktur eine konservative Präponderanz, höhere soziale Homogenität und eine gewisse Überalterung sichtbar wurde. Generell entsprach wohl die personelle Kontinuität in der Publizistikwissenschaft der allgemeinen Entwicklung in den deutschen Eliten, wie sie die Untersuchungen von Wolfgang Zapf zeigen.¹⁹ Es wurden in den ersten Jahren lediglich diejenigen nicht wieder mit der akademischen Lehre betraut, die sich zu stark exponiert hatten.

Meine **siebte** Feststellung soll auf einige der wichtigeren Konsequenzen und damit auf die Desiderata hinweisen, denen die kommunika-

tionshistorische Forschung möglichst bald eine größere Aufmerksamkeit zuwenden sollte, denn die Beschäftigung mit den Zeitungs- und Publizistikwissenschaftlern und mit den Leistungen oder Versäumnissen des Faches ist nicht überzeugend zu bewerten, wenn sie isoliert geschieht. Bislang ist eine Personengruppe lediglich sporadisch beachtet worden, obwohl ihr keinesfalls nur eine marginale Bedeutung zukommt. Ich nenne nur einige der hochrangig Beteiligten: Es sind jene Mitglieder des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“, des „Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ und der „Reichspropagandaleitung der NSDAP“, die für die Wissenschaft, Lehre, die Literatur und die Presse verantwortlich zeichneten.²⁰ Ihre Beteiligung und besonders die hohen SS-Ränge wurden wohl nur deshalb enthüllt, weil primär kein wissenschaftliches Interesse an ihnen bestand. In fast allen Enthüllungskampagnen ging es um moralische Entrüstung oder um politische Ziele. Die dabei gepflegte selektive Betrachtungsweise erinnert an die Aktionen der DDR, mit denen Bundespräsidenten wie Heinrich Lübke als „KZ-Baumeister“ oder Minister wie Theodor Oberländer als „Schreibtischtäter“ entlarvt und die Bundesrepublik Deutschland als „faschistisch“ diffamiert werden sollten. Im Rahmen der Geschichte des Faches müssen die ebenfalls lediglich in ersten Ansätzen bearbeiteten Felder der Emigration und des Exils thematisiert werden. Wir sind nicht ausreichend über die Gründe und Motive informiert, die etliche Wissenschaftler davon abhielten, nach 1945 nach Deutschland zurückzukehren oder in die DDR zu gehen. Mehr wissen wir dagegen über diejenigen, die als Emigranten bereits während des Krieges in Institutionen der Alliierten mitarbeiteten, um nach dem Sieg über den Nationalsozialismus neue politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen aufzubauen. Die meisten Vertreter dieser Gruppe kamen sogleich mit den alliierten Truppen oder wenig später nach Deutschland zurück, sodass nicht selten auch ihre Nachlässe einsehbar sind. Die schon erwähnten Historiker,

Generell entsprach wohl die personelle Kontinuität in der Publizistikwissenschaft der allgemeinen Entwicklung in den deutschen Eliten.

¹⁷ Arnulf Kutsch/Horst Pöttker (Hg.): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland.* (= *Publizistik Sonderheft 1/1997*). Opladen 1997.

¹⁸ Hohls/Jarusch, *Versäumte Fragen*, a.a.O.

¹⁹ Wolfgang Zapf: *Wandlungen der deutschen Eliten. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961.* München 1965.

²⁰ Dazu gehören Fachleute aller Disziplinen, seien es Juristen, Geisteswissenschaftler oder auch Nichtakademiker wie Curt Reinhard Dietz, Hans Hegemeier, Hans Hinkel, die Brüder Erich und Hellmuth Langenbucher, Adolf Schmidt-Bodenstedt, Hans Schmidt-Leonhard und Heinz Wichman. In: Jan-Pieter Barbian: *Literaturpolitik im „Dritten Reich“. Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder.* München 1995, passim.

aber auch Juristen, Mediziner oder weitere bislang unberücksichtigt gebliebene elitäre Gruppen der deutschen Gesellschaft wie Militärs, Bankiers, Künstler und Industrielle sollten ebenfalls systematisch mit in die Analyse einbezogen werden. Denn der Vergleich der in der Publizistik- und Zeitungswissenschaft gewonnenen Ergebnisse mit den Erkenntnissen über andere gesellschaftliche Gruppen dürfte die Qualität und Akzeptanz der Forschungsleistungen erhöhen. Wegen der Emotionalität, sprachlichen Aggressivität und letztlich auch Unprofessionalität einiger der bisherigen Debatten dürfte es aus zwei Gründen schwierig sein, zu der nötigen Synthese zu kommen. Der erste Grund liegt im persönlich-politischen Bereich: Die ethisch überaus rigorosen Standpunkte müssten ebenso aufgegeben werden wie die mitunter stark ideologisch geprägten Zugänge zur nationalsozialistischen Epoche. Die Wissenschaftsgeschichte hat erschließende, darstellende und damit vorwiegend explanatorische Funktionen in aufklärerischer Absicht, nicht

moralisierende in aufklärerischer Attitüde. Gegen undifferenzierte Verurteilungen sollte man sich grundsätzlich wehren; es gibt selten eine zweifelsfreie Trennung zwischen Schwarz und Weiß.

Der zweite Grund liegt auf der methodisch-konzeptionellen Ebene. Es müssten die quellenmäßig gut belegten Vergehen oder Versäumnisse und die Qualität einer „reflexiven Lernbereitschaft“ mit einem angemessenen, kritischen und kenntnisreichen Bild der Zeitumstände, des tradierten Normen- und Wertkontextes verbunden werden. Bei aller Diffizilität im Einzelnen muss diese Synthese geleistet werden, wenn die Gesamteinschätzung überzeugen will. Im Mittelpunkt stehen die Fachdisziplin und der Wissenschaftler als „Indikator“ der politischen Kultur oder der Krise einer Gesellschaft. Das persönliche Versagen und das Sortieren zwischen „Guten“ und „Bösen“ sollte nicht in den Vordergrund gerückt werden.

Univ.-Prof. Dr. Bernd SÖSEMANN (1944)

Direktor des „Instituts für Kommunikationsgeschichte und angewandte Kulturwissenschaften (IKK)“. Wissenschaftlicher Leiter der „Arbeitsstelle für Kommunikationsgeschichte und interkulturelle Publizistik (AKIP)“ an der FU Berlin. Herausgeber der Buchreihe *Beiträge zur Kommunikationsgeschichte*. Zuletzt erschienen: *Fritz Eberhard* (2001).

Konformität – Opportunismus – Opposition

Zur Typologie von Verhaltensweisen im NS-Regime und danach

Horst Pöttker

Fachgeschichte sollte systematisch geschrieben werden. Dazu sind Begriffsinstrumente und Maßstäbe nötig. Um einen Vorschlag für solche Maßstäbe geht es hier, (noch) nicht um substantielle Thesen als Folge ihrer Anwendung.

Fragestellung und Methode

Im Titel der Tagung finden sich die Begriffe „Kontinuität“ und „Umbruch“, beide im Plural und nicht durch „oder“ mit Fragezeichen, sondern durch „und“ verbunden. Das hebt die Vermutung, in der Kommunikationswissenschaft habe es über 1945 hinweg sowohl Umbruch als auch Kontinuität gegeben, in den Rang einer Prämisse. Sie zu teilen entbindet nicht von der Aufgabe zu untersuchen, wo und wie in unserem Fach Kontinuität und Umbruch stattgefunden haben. Dabei erheben sich Probleme wie die folgenden:

1. Kontinuität wird oft mit der Identität von Systemen in der Zeitdimension gleichgesetzt. Kontinuität von Systemen kann aber auch deren Wandel im Interesse von Umweltpassung und Funktionsfähigkeit erfordern. Und Umbruch wird oft mit Diskontinuität gleichgesetzt, aber auch allmählicher Wandel kann, wenn er tiefgreifend ist, zur Diskontinuität von Systemen führen.
2. Oft ist unklar, auf welche Phänomenebene sich die Begriffe „Kontinuität“ und „Umbruch“ beziehen: die von Personen, Strukturen, Institutionen oder Theorien, wie es in der Einladung zum Workshop heißt?
3. Im Zusammenhang mit der NS-Zeit sind die Begriffe „Kontinuität“ und „Umbruch“ moralisch und politisch aufgeladen. Das ist aus dem Bedürfnis zu erklären, zu dieser Epoche der planmäßigen Menschenvernichtung Distanz zu gewinnen. In bestimmter Auffassung, der meine Begrifflichkeit allerdings nicht folgen wird, erscheint Kontinuität aber selbst beim Nationalsozialismus nicht per se abzulehnen,

Umbruch nicht per se wünschbar. Z.B. ist eine gewisse Kontinuitätsvorstellung wohl Voraussetzung dafür, die NS-Vergangenheit als kulturelle Erbschaft annehmen und verarbeiten zu können, was die nur auf Umbruch setzende DDR nicht geschafft hat.

Um solche Probleme zu klären, ist das Verständnis von „Kontinuität“ und „Umbruch“ zu schärfen. Im Hinblick auf die Frage nach der Systemidentität spreche ich im Folgenden von „Diskontinuität“ statt von „Umbruch“. Die Begriffe „Kontinuität“ (im Sinne von Systemidentität) und „Diskontinuität“ (= Nicht-Identität) werden auf die *gesamtgesellschaftliche* Ebene bezogen. Entsprechend dem moralisch-politischen Hintergrund spreche ich von „Kontinuität“ bei Faktoren, die die Fortsetzung bzw. Wiederbelebung des nationalsozialistischen oder eines ähnlichen Regimes begünstigen, während Faktoren, die dem entgegen stehen, unter „Diskontinuität“ subsumiert werden.

Fachgeschichte kann nicht getrennt von der allgemeinen Zeit- und Kulturgeschichte, in die sie eingebettet ist, geschrieben werden. Instrumente, die zu Antworten auf Fragen nach Kontinuität oder Diskontinuität verhelfen, sollten daher auch jenseits der Fachgrenzen anwendbar sein. Mit anderen Worten: Die Fachgeschichte sollte Begriffe verwenden, mit der auch die allgemeine Geschichte des NS-Regimes arbeiten kann.

Personen, Strukturen, Institutionen und Theorien hängen zusammen. Trotzdem müssen Maßstäbe, mit denen Kontinuität oder Diskontinuität festgestellt werden soll, zunächst auf eine bestimmte Phänomenebene bezogen werden. (Auch Temperatur und Luftfeuchtigkeit hängen zusammen, trotzdem werden sie mit verschiedenen Instrumenten gemessen. Erst die voneinander unabhängige Messung von Variablen erlaubt die Feststellung von Zusammenhängen zwischen ihnen.) Die folgende Typologie bezieht sich auf die elementare Ebene des *sozialen Handelns* und seiner Regelmäßigkeiten („Hand-

lungsweisen“¹), die für alle anderen Phänomenebenen als Basis relevant ist. Mit dem Begriff des Handelns wird der auf das NS-Regime bezogene *subjektive Sinn* eines Tuns oder Lassens zur konstitutiven Dimension einer Typologie, die gleichwohl die Frage nach der *objektiven Funktion* einer Handlungsweise für das Regime nicht aus dem Auge verliert.

Ich schlage eine Typologie von Handlungsweisen im NS-Regime und danach im Sinne der idealtypologischen Methode Max Webers² vor. Idealtypen können als Permutationen von Ausprägungen binärer Codes konstruiert werden. In Bezug auf Handlungsweisen im NS-Regime kommen dafür z.B. in Frage: subjektive Identifikation mit dem Regime vs. Nichtidentifikation; Bereitschaft zu Straftaten vs. Nichtbereitschaft; objektiver Nutzen für das Regime vs. Schaden; Belohnung durch das Regime vs. Nichtbelohnung; subjektive Orientierung an einer zu erwartenden Belohnung vs. Desinteresse; Bestrafung durch das Regime vs. Nichtbestrafung; subjektive Bereitschaft zum Risiko der Bestrafung vs. Nichtbereitschaft. Die Zahl der mathematisch möglichen Kombinationen ist um ein Vielfaches höher als die Zahl der vorgeschlagenen Varianten, die ich auf sieben typische reduziere.

Hilfreich bei dieser Reduktion ist, dass Idealtypen nach Weber auch aus realen Erscheinungen, hier Handlungsweisen bestimmter Subjekte, als deren abstrahierende Übersteigerung abgeleitet werden können. Personen der Zeitungs- und späteren Kommunikationswissenschaft, an denen sich die sieben Handlungsweisen typischerweise zeigen, werden im Folgenden exemplarisch erwähnt. Diese Personen müssen aber nicht immer im Sinne des jeweiligen Typus gehandelt haben. Z.B. kann ein Subjekt, das typischerweise regimekonform war, auch jüdische Freunde beschützt haben. (Himmler hat das in einer berüchtigten Rede vor SS-Offizieren beklagt: An sich würden die Deutschen als gute Nationalsozialisten ja von der Notwendigkeit überzeugt sein, dass die jüdische Rasse ausgerottet werden müsse. Aber dann käme eben doch jeder Deutsche und hätte seinen „guten Juden“, der ausnahmsweise zu verschonen sei.) Oder ein Oppositioneller kann sich in

besonderen Situationen auch opportunistisch verhalten oder Kompromisstexte veröffentlicht haben, die für das Regime objektiv nützlich waren. Oder innerhalb einer Biographie kann sich Wandel, gar Umbruch von einer Handlungsweise zur anderen vollzogen haben.

Idealtypen sind methodische Instrumente, um Wirklichkeit an ihnen zu messen und so zu erkennen. Das schließt die Feststellung von Abweichungen ein. Idealtypen sind keine Schubladen, in die sich Realität – auch nicht die historische – säuberlich einordnen ließe.

Deshalb sind Fragen der biographischen Methode wie, ob jemand Konformist, Opportunist oder Oppositioneller war, oft gar nicht klar zu beant-

worten. (Aufschlussreich kann allerdings die Feststellung sein, welche Handlungsweisen im Laufe einer Biographie *nicht* praktiziert wurden.) Außerdem kann die

biographische Methode der entscheidenden Frage, wodurch die NS-Herrschaft möglich wurde – und damit dem lebensdienlichen Sinn der Rekonstruktion dieser Epoche – kaum gerecht werden, weil nicht Persönlichkeitsentwicklungen, sondern Handlungen über die Existenzfähigkeit des Regimes entschieden.

Personen der Zeitungswissenschaft, an denen sich die sieben typischen Handlungsweisen zeigen, werden im Folgenden exemplarisch erwähnt.

1. Totale Konformität

Dieser erste Typus ist unkompliziert: Subjektiver Sinn ist die bedingungslose Identifikation mit den Vorgaben des NS-Regimes einschließlich der Bereitschaft, zu seinem Nutzen oder im Namen seiner Ideologie Verbrechen zu begehen.

Das Regime konnte sich natürlich in höchstem Maße auf diese von ihm nachdrücklich propagierte Handlungsweise stützen.

Diskontinuität setzt – hier wie bei allen anderen für das Regime nützlichen Handlungsweisen – Einsicht in diese Funktionalität und deren (selbst-)kritische Bewertung voraus. Beides wird einerseits dadurch erleichtert, dass Verbrechen

¹ vgl. Max Weber: *Soziologische Grundbegriffe*. 2. Aufl. Tübingen 1966, 5.

² vgl. Max Weber: *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher*

Erkenntnis. In: ders.: *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik*. 4. Aufl. Stuttgart 1968, 186-262, 238 f.

rechtlich oder moralisch identifizierbar sind, andererseits durch die Tendenz zur Verdrängung bewusster Schuld erschwert. Kontinuität ist bei diesem Typus nicht nur mit der Abwesenheit von (selbst-)kritischer Einsicht verbunden, sondern in der Regel auch mit einem Bewusstseinswandel, in dessen Verlauf elementare ideologische Überzeugungen beibehalten, die verbrecherische Dimension des früheren eigenen Handelns aber gelehrt wird.

Als Beispiel aus der Zeitungswissenschaft kann *Franz Alfred Six*, u.a. Dekan auf Lebenszeit der „Auslandswissenschaftlichen Fakultät“ an der Universität Berlin, gelten. Seine Identifikation mit Terminologie und Kernaussagen der nationalsozialistischen Ideologie stellte er bereits in den Anfangsjahren des Regimes durch seine ansonsten dürftige zeitungswissenschaftliche Dissertation „Die politische Propaganda der NSDAP im Kampf um die Macht“ an der Universität Heidelberg unter Beweis. Dass er im Namen dieser Ideologie zu Handlungen bereit war, die selbst das im NS-Staat geltende Recht verletzen und deshalb geheim gehalten wurden, zeigt seine Tätigkeit als ranghoher Organisator und Befehlshaber im „Reichssicherheitshauptamt“ (RSHA), als der er sich an den von der SS begangenen Massenmorden in Osteuropa beteiligt hat. Lutz Hachmeister hat in seiner Dortmunder Habilitationsschrift gezeigt, dass sich *Der Spiegel* in den frühen fünfziger Jahren des Wissens und Könnens von Mitarbeitern bedient hat, die zum Kreis von Six' Kollegen und Untergebenen im SD gehört hatten.³

Es gereicht unserem Fach zur Ehre, dass totale Konformität nach 1945 für beamtete oder angestellte Tätigkeit als Kommunikationswissenschaftler disqualifizierte. Six hat aber nach Verbüßen eines Fünftels der im Nürnberger Einsatzgruppen-Prozess gegen ihn verhängten zwanzigjährigen Haftstrafe in der Bundesrepublik Deutschland freiberuflich als Berater von Medienunternehmen gearbeitet.⁴

2. Ideologische Konformität

Konstitutiv ist auch hier eine Orientierung an Vorgaben des Regimes. Allerdings fehlt die Be-

reitschaft zu Straftaten, so dass die Identifikation mit dem Nationalsozialismus sich auf zustimmende Äußerungen zur Ideologie (Führerprinzip, Rassenlehre, Volksgemeinschaft, geopolitische Ziele usw.) beschränkt. Häufigkeit und Intensität solcher Äußerungen lassen darauf schließen, dass das Handlungssubjekt ideologische Vorgaben des Nationalsozialismus mit Überzeugung geteilt und verbreitet hat, typischerweise im wahrhaftigen Glauben an eine „gute Sache“ (Idealismus).

Auch diese Handlungsweise wurde vom Regime propagiert und ausgenutzt. Das Vermeiden von Straftaten wurde nicht sanktioniert.

Kontinuität bedeutet hier bewusstes oder unbewusstes Festhalten an den Überzeugungen von vor 1945, wobei allenfalls den NS-Verbrechen unmittelbar vorgeschaltete Ideologiekomponenten (z.B. Antisemitismus) verdrängt, gemildert oder modifiziert werden. Diskontinuität ist wiederum an das selbstkritische Bekenntnis zu dieser früheren Handlungsweise gebunden, wofür hier wegen der retrospektiven Erkennbarkeit ideologischer Überzeugungen und wegen des Fehlens krimineller Schuld und daran geknüpfter Verdrängungsmotive unter allen regimefunktionalen Typen die besten Chancen bestehen. Das eigene Handeln im NS-Regime konnte in diesem Fall später unter die relativ wenig belastende Kategorie des *Irrtums* subsumiert werden.

Ein exemplarischer Fall ist der Dichter und spätere medienkundliche Fachjournalist *Friedrich Wilhelm Hymmen*. In jungen Jahren hat er sich als Autor damals weit verbreiteter Blut- und Boden-Stücke einen Namen gemacht, ohne dass von ihm Verstöße gegen Strafgesetze oder Menschenrechte bekannt geworden wären. Hymmen hat sich zu seiner Tätigkeit im Nationalsozialismus bekannt, ihren Nutzen für das Regime erkannt und sich von ihr beschämt distanziert. Nach 1945 hat er bewusst keine fiktionalen Texte mehr geschrieben und war stattdessen journalistisch – als verantwortlicher Redakteur des *epd*-Artikeldienstes „Kirche und Rundfunk“ (heute *epd Medien*) – tätig. Über den Sinn dieses Entschlusses kann man streiten, immerhin hat Hymmen aber überhaupt eine praktische Konsequenz aus seinem Handeln im Nationalsozialismus gezogen. Zur Kommunikationswissenschaft ge-

³ vgl. Lutz Hachmeister: *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*. München 1998.

⁴ Zu Six' Biographie und Beurteilung vgl. auch Regina

Urban/Franz Herpolzheimer: *Franz Alfred Six (geb. 1909)*. In: Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*. Köln 1984, 169-213.

hört er auch insofern, als er für die Zeitschrift *medium* zahlreiche Lexikon-Artikel zu Medien-Stichworten verfasst hat, die an Prägnanz ihresgleichen suchen.

Im Falle des NS-Regimes war ideologische Konformität allerdings damit konfrontiert, dass die nationalsozialistische Ideologie auch schon in ihren proklamierten Zielen (z.B. gewaltsame Eroberung von Lebensraum im Osten, Vernichtung der jüdischen Rasse) verbrecherisch war, d.h. (zumindest implizite) Aufforderungen zu Straftaten enthielt. Idealistischer Glaube an eine gute Sache musste daher Teile der Ideologie abspalten und davor die Augen verschließen, um sich auf die für sich genommen nicht kriminellen Komponenten (Gemeinschaftsidee, Führerprinzip, Autonomiegedanke) konzentrieren zu können. Ideologische Konformität im NS-Regime war daher bestenfalls naiv, oft aber auch auf einem Auge blind und wissentlich verlogen. Das zeigt sich z.B. im Falle des Leipziger Institutschefs *Hans Amandus Münster*, der, obwohl im Wesentlichen nur ideologisch konform, was sich mit seinen Bemühungen um eine Modernisierung der Zeitungswissenschaft in sozialempirische Richtung durchaus vertrug, und sonst wohl nicht unmittelbar an Verbrechen beteiligt, dennoch nichts dabei fand, Listen jüdischer Presseleute als akademische Abschlussarbeiten anfertigen zu lassen (und so der Verfolgung der aufgelisteten Journalisten eine Informationsgrundlage zu verschaffen). Es gibt bis heute DGPK-Mitglieder (Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft), die selbst dafür Entschuldigungsgründe suchen.⁵

Obwohl ohne Hochschullehreramt, hat Münster die Kommunikationswissenschaft nach 1945 noch um Lehrbücher bereichert. In seinen Publikationen aus der Nachkriegszeit steckt auf verborgene Weise ideologiegeschichtliche Kontinuität, z.B. wenn er in seiner Darstellung des US-amerikanischen Pressewesens⁶ mit keinem Wort auf die dort den Journalismus prägende Objektivitätsnorm eingeht, die der vom Nationalsozialismus auf die Spitze getriebenen deutschen Tradition des Gesinnungsjournalismus fremd ist.

3. Opportunismus

Der subjektive Sinn ist hier nicht primär auf das NS-Regime bezogen, das nur als unvermeidliche Randbedingung in Betracht gezogen wird, sondern auf eigene Ziele des Handlungssubjekts: ökonomische Vorteile, beruflicher Erfolg, Einfluss usw. Vom normalen Alltagshandeln unterscheidet sich Opportunismus dadurch, dass diese Ziele nicht lebensnotwendig sind. Der nur sekundär auf das NS-Regime bezogene Handlungssinn enthält allerdings das Motiv, dessen Vorgaben so weit zu erfüllen, wie es dem Subjekt im Interesse einer effektiven Verfolgung seiner Ziele notwendig erscheint – ohne sich mit diesen Vorgaben zu identifizieren.

Auch diese instrumentelle Handlungsweise kann Straftaten als Zugeständnisse an Regimevorgaben umfassen. Gleichzeitig ist sie wegen der fehlenden Identifikation aber auch mit *heimlicher Distanz* zum Regime und infolgedessen mit *Unrechtsbewusstsein* verbunden. Deshalb sind die Zugeständnisse typischerweise vorsichtig und gering an Zahl, möglicherweise auch schon im wiederum opportunistischen Blick auf spätere Verhältnisse. Dass sie gleichzeitig unübersehbar sein müssen, um ihren Zweck zu erfüllen, macht die Widersprüchlichkeit dieser Handlungsweise aus.

Trotz der inneren Distanz lagerte die opportunistische Handlungsweise NS-konforme Produkte (z.B. Texte, die antisemitische Voururteile bestätigten) und Verhältnisse ab, auf die sich das Regime stützen konnte.

Im Hinblick auf Diskontinuität ist die opportunistische Handlungsweise besonders problematisch, weil sie kritische Selbsterkenntnis aus mehreren Gründen erschwert: Die bereits unter der NS-Herrschaft vorhandene Distanz verstellt Einsichten in die Funktionalität konformer Äußerungen, nährt zusammen mit deren Seltenheit sogar die Illusion, sie hätten als Abschirmung verborgener Opposition gedient. Das schon während opportunistischer Handlungen vorhandene Unrechtsbewusstsein ist ein zusätzliches Motiv für die Verdrängung eigener Schuld.

⁵ vgl. Horst Pöttker: *Momente einer Debatte. Wie die deutsche Kommunikationswissenschaft sich heute vor ihrer Vergangenheit schützt*. In diesem Heft.

⁶ vgl. Hans A. Münster: *Die moderne Presse. Bd. II. Die*

Presse im Ausland. Bad Kreuznach 1956, 14-42. Teile dieser Schrift sind möglicherweise schon in der NS-Ära entstanden.

An Beispielen aus unserem Fach mangelt es nicht. Schwer einzuordnen ist der Fall *Emil Dovifat*, weil hier ideologische Konformität, vor allem mit dem von Dovifat schon vor 1933 begrüßten Prinzip der politischen Führung, kritische Distanz zum Nationalsozialismus z.B. hinsichtlich seines mörderischen Antisemitismus, normales Alltags-handeln sowie Opportunismus, wie er in den mit Elogen auf Hitler gespickten Lehrbüchern „Zeitungslehre“⁷ und „Rede und Redner“⁸ zum Ausdruck kommt, zu einem kaum wieder zerlegbaren Konglomerat verschmolzen sind. Nach der Lektüre etlicher Dovifat-Texte aus der NS-Zeit scheint mir, dass bei ihm nicht, wie gelegentlich vermutet, das opportunistische Element überwog, sondern – bei einem gesinnungsethisch geprägten Konservativen kaum anders zu erwarten – eine komplexe Verbindung von ideologischer Konformität und Distanz ohne die Konsequenz oppositionellen Handelns. Dass diese schillernde Persönlichkeit (Bernd Söseman hat ihr einen Aufsatz mit dem unnachahmlichen Titel „Auf dem Grat zwischen Entschiedenheit und Kompromiß“⁹ gewidmet) nach 1945 zur Symbolfigur unseres Faches wurde, die Außenstehende immer noch mit Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft assoziieren, ist charakteristisch für die deutsche Misere im Hinblick auf vieles, das mit dem Nationalsozialismus zu tun hat.

Klarer liegen die Dinge bei Dovifats Schülerin *Elisabeth Noelle*. Auch bei ihr ist ideologische Konformität nicht völlig auszuschließen, zumal Noelle-Neumanns Theorie der öffentlichen Meinung¹⁰ tiefgründige Parallelen mit der NS-Ideologie (Dominanz biologischer Muster zur

Erklärung menschlichen Verhaltens, antimoderne Gleichsetzung von Gesellschaftlichkeit mit konfliktfreier Homogenität) aufweist.¹¹ Mehr für Opportunismus sprechen aber die geringe Zahl und die argumentative Isoliertheit der Passagen in ihren Texten, die antisemitische Klischees bedienen, ebenso wie die Tatsache, dass sie diese damals opportunen, nach 1945 belastenden Sätze gleichmäßig über ihre wissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten – von einem Beitrag für eine amerikanische Studentenzeitschrift über ihre Dissertation¹² bis zu ihren Artikeln für Goebbels' Vorzeige-Wochenschrift *Das Reich*¹³ – verteilt hat. Im Übrigen sah die ehrgeizige Elisabeth Noelle eine Karriere als Journalistin noch vor sich, so dass sie auch mehr Grund zu Opportunismus hatte als der in Amt und Würden waltende Institutschef Dovifat. Schließlich ist Noelle-Neumanns hartnäckige Weigerung, sich zu ihrem

Mitmachen im NS-Regime zu bekennen, typischer für Opportunismus und die dazu gehörende Distanz zum Nationalsozialismus als für ideologische Konformität, die selbstkritische Einsichten leichter macht.

Bei der opportunistischen Handlungsweise nicht unerwähnt lassen will ich meinen eigenen „wissenschaftlichen Großvater“ *Theodor Geiger*. Wenngleich Soziologe, gehört er insofern zur Kommunikationswissenschaft, als er in den vierziger Jahren ein Buch über Reklame geschrieben, Programm und Rezeption des dänischen Radios empirisch untersucht und einen wichtigen historisch-systematischen Beitrag zum Selbstverständnis des Journalismus geleistet hat.¹⁴ Geiger hat schon vor der Machtübergabe an Hitler die heraufziehende NS-Herrschaft kritisch analysiert¹⁵ und ist im Herbst 1933 nach Skandinavien emigriert. Gleichwohl hat er sich zwischen Februar und September 1933 durch Briefe, Vorträge

Dass Dovifat nach 1945 zur Symbolfigur unseres Faches wurde, ist charakteristisch für die Misere im Umgang mit dem Nationalsozialismus.

⁷ Emil Dovifat: *Zeitungslehre*. Bd. I, II. Berlin, Leipzig 1937 und die noch angepasste „Feldpostauflage“ von 1944.

⁸ Emil Dovifat: *Rede und Redner. Ihr Wesen und ihre politische Macht*. Leipzig 1937.

⁹ Bernd Söseman: *Auf dem Grat zwischen Entschiedenheit und Kompromiß*. In: ders. (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998, 103-159.

¹⁰ vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München, Zürich 1980.

¹¹ vgl. dazu Horst Pöttker: *Tönnies und die Schweigespirale. Zur Mutation einer Theorie über die Öffentliche Meinung*. In: Günter Bentele/Manfred Rühl (Hg.): *Theorien*

öffentlicher Kommunikation. München 1993, 202-213.

¹² vgl. Elisabeth Noelle: *Amerikanische Massenbefragungen über Politik und Presse*. Diss. Phil. Berlin, Limburg a.d.L. 1940, bes. 63 und 134 f.

¹³ vgl. Elisabeth Noelle: *Wer informiert Amerika?* In: *Das Reich*, 8.6.1941.

¹⁴ vgl. Horst Pöttker: *Kritische Empirie. Zur Aktualität Theodor Geigers für die Medienforschung*. In: Urs Fazis/Jachen C. Nett (Hg.): *Gesellschaftstheorie und Normentheorie. Symposium zum Gedenken an Theodor Geiger 9.11.1891–16.6.1952*. Basel 1992, 285-296.

¹⁵ vgl. Theodor Geiger: *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*. Stuttgart 1932, besonders den Exkurs „Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus“.

(„Volksoziologie als Heimatkunde“ am 20. März 1933 vor dem Braunschweiger Landeslehrerverein) und Publikationen, die nach Ton und Inhalt peinlich aus dem Rahmen seines übrigen Werkes fallen¹⁶, mit den neuen Machthabern zu arrangieren versucht – die ihn trotzdem aus dem Braunschweigischen Hochschuldienst entlassen haben.

4. Normales Alltagshandeln

Dieser Typus kann nur ex negativo bestimmt werden. Als normalen Alltag im NS-Regime kann man ein Handeln bezeichnen, das nicht unter die Kategorien der totalen oder ideologischen Konformität, des Opportunismus, der Opposition oder der inneren bzw. tatsächlich vollzogenen Emigration zu subsumieren ist. Mit anderen Worten: Normaler Alltag ist ein Handeln, das die Subjekte auch ohne das NS-Regime praktiziert hätten.

Es kann natürlich die unterschiedlichsten Motive haben: von der Absicht, berufliche oder familiäre Pflichten zu erfüllen, bis zum Erfolgsstreben ohne Rücksicht auf Vorgaben des Regimes. In Anbetracht des Menschenrechts auf Leben und Unversehrtheit sollte über das Grundkriterium hinaus auch die Motivation zum Alltagshandeln gezählt werden, einer Verfolgung durch die Machthaber zu entgehen.

Auch Alltagshandlungen konnte sich das Regime zu Nutze machen und zur Mitwirkung an Verbrechen umwerten. Lokführer, die Transporte nach Auschwitz fuhren, mussten dabei nur ihren üblichen Dienstpflichten nachkommen. Damit sie ihre Funktion erfüllten, war es nicht notwendig, sie zu informieren oder zu fragen.

Diskontinuität setzt beim Alltagshandeln einmal mehr die selbstkritische Einsicht in die (zumindest mögliche) Funktionalität für das Regime voraus, die sich gerade bei diesem Typus erst nach langwierigen Lernprozessen einstellt. Kontinuität wurde hier dadurch begünstigt, dass Alltagshandeln vom pluralistischen Kontext der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft aus zunächst unproblematisch erscheinen musste.

Fünf Jahrzehnte haben nicht ausgereicht, um in der politischen Kultur Deutschlands die Erkenntnis durchzusetzen, dass in Regimen wie dem nationalsozialistischen normales Alltagshandeln Beteiligung an Verbrechen bedeuten kann. Dass es uns nicht gelingen will, die NS-Vergangenheit intellektuell zu begreifen und moralisch zu verarbeiten, hängt mit der geringen Verbreitung dieser Einsicht zusammen. Erst ihre Akzeptanz würde zu dem Eingeständnis führen, dass die meisten Deutschen zum Ent- und Bestehen der nationalsozialistischen Herrschaft beigetragen haben – mindestens durch Unterlassen. Und erst dieses Eingeständnis würde eine befriedigende Antwort auf die noch immer offene Frage, wie etwas so Unglaubliches wie Auschwitz möglich war, sowie eine Klärung der ebenfalls noch immer offenen Schuldfrage erlauben: Es gibt zwar keine Kollektivschuld, aber die allermeisten Deutschen haben sich auch als Individuen durch Mangel an Zivilcourage schuldig gemacht.

Als Beispiel für normales Alltagshandeln eines maßgeblichen Zeitungswissenschaftlers erwähne ich den Münchner Institutsleiter *Karl d'Ester*. Er hat das getan, was er auch ohne das NS-Regime getan hätte, nämlich gelehrt, geforscht und Bücher geschrieben, wobei an den Produkten und Sedimenten seiner wissenschaftlichen Tätigkeit weder Zeichen von Opportunismus noch von Opposition erkennbar sind. Allenfalls dass er zusammen mit Hans A. Münster die Schriftenreihe „Wesen und Wirkungen der Publizistik“ herausgegeben hat, deren programmatischer Band 1 „Die Zeitung als Mittel der Nationalerziehung“ hieß¹⁷, mag ein Tribut an das Regime gewesen sein. Die 645 Seiten seines 1941 erschienen Buchs über das Bild der Presse und des Journalismus in der schönen Literatur¹⁸ dagegen lassen – jedenfalls für mich heute – nicht erkennen, wie d'Ester zum NS-Regime stand. Auch die gelegentlich als Zeichen von Opposition gedeutete Tatsache, dass er dem in „privilegierter Mischehe“, also legal in Deutschland lebenden Juden Otto Groth nicht die Türen seines Instituts versperrt hat, scheint mir besser in die Kategorie des normalen Alltagshandelns zu passen. Beides hat dem Regime nicht geschadet, eher genützt, mindestens durch den für Goebbels erwünschten

¹⁶ vgl. Thomas Meyer: *Die Soziologie Theodor Geigers. Emanzipation von der Ideologie*. Wiesbaden 2001, 122-130.

¹⁷ Die mindestens ideologische Konformität des Autors Friedhelm Kaiser geht unzweifelhaft hervor aus seiner

Schrift: *Die deutsche Zeitung. Presse im Dienst der Volksgemeinschaft*. Münster 1939.

¹⁸ Karl d'Ester: *Die Presse und ihre Leute im Spiegel der Dichtung. Eine Ernte aus drei Jahrhunderten*. Würzburg 1941, X, 635 S.

Anschein des Nachweises, zu welchen Leistungen und welcher Liberalität – sogar gegenüber Juden, wenn sie Deutschland nahe standen – man im „Dritten Reich“ fähig war.

D'Ester, der ebenso wie Dovifat über 1945 hinaus Institutsdirektor blieb, hat sich zur Bedeutung seiner zeitungswissenschaftlichen Tätigkeit für das NS-Regime auch nach dessen Ende wenig geäußert. Immerhin gehört sein Schüler Kurt Koszyk zu den wenigen von Peter Glotz als „Linke“ bezeichneten Kommunikationswissenschaftlern¹⁹, die es gewagt haben, Mängel an Diskontinuität im Fach zu beklagen. Neben Wilmont Haacke, Franz Ronneberger und Walter Hagemann ist d'Ester eine der Figuren der Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft über 1945 hinweg, die auch in quantitativer Hinsicht noch der Forschung bedürfen.²⁰

5. Opposition

Das NS-Regime ließ kein auf seine Ablösung oder Strukturveränderung zielendes Handeln zu, ohne das Subjekt solcher Handlungen mit drastischen Sanktionen (bis hin zur physischen Vernichtung) zu bedrohen. Opposition im Nationalsozialismus kann daher als ein die Dekonstruktion des Regimes anstrebendes Tun oder Lassen definiert werden, das das Risiko eingeht, mehr oder weniger hart sanktioniert zu werden.

Es ist die einzige unter den hier typisierten Handlungsweisen, auf die sich das Regime nicht stützen konnte. Gleichzeitig ist sie die einzige, aus der sich für das Handlungssubjekt Gefahren für die eigene Existenz ergaben.

Gesellschaftliche Diskontinuität bedeutet im Falle der oppositionellen Handlungsweise retrospektive Fortsetzung der individuellen Regimekritik über 1945 hinaus, angesichts neuer Informationen und Fragen notwendigerweise verbunden mit einem Wandel von Attitüde und Argumentation. Gesellschaftliche Kontinuität dagegen würde Aufgabe der Kritik am NS-Regime bedeu-

ten. Aber auch deren Erstarrung in kontraproduktiven Ritualen kann ein Unrechtsregime stützen, wie sich am Antifaschismus der DDR zeigt.

Als ein Oppositioneller, der später zum Fach gehört hat, fällt mir *Fritz Eberhard* ein. Bereits dieser später beibehaltene Deckname weist auf den organisatorischen, pädagogischen und publizistischen Widerstand im Untergrund hin, den der als Hellmuth von Rauschenplat Geborene, von den nationalsozialistischen Machthabern per Haftbefehl Verfolgte zwischen 1933 und 1937 als Mitglied des „Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes“ (ISK) geleistet hat. Gleichzeitig mit seiner Mitarbeit an den verbotenen *Neuen Politischen Briefen* (Reinhart-Briefe) des ISK hat Eberhard, u.a. als „Fritz Werkmann“, Beiträge für die legal in Stuttgart erscheinende *Sonntags-Zeitung* geschrieben, die trotz ihres nüchtern gehaltenen Tones gewisse Zugeständnisse an die nationalsozialistische Politik enthielten und dem Regime – wie Bernd Söseman ausgerechnet im Falle Eberhard zutreffend feststellt²¹ – sicher auch genützt haben. (Verdeckte publizistische Opposition oder „Camouflage“ in den von einem Gewaltregime zugelassenen Publikationen ist eben eine Illusion, weil dem Zensor nicht verborgen bleiben kann, was der Leser bemerken soll.) Nicht zu Eberhards Zugeständnissen gehörten die für konformes oder opportunistisches Handeln charakteristischen Elogen auf das NS-Führungspersonal oder gar antisemitische Äußerungen. Die Anpassung beschränkte sich auf terminologische Anlehnungen an die von den Nationalsozialisten geübte Kritik am Weimarer „System“ und am Kapitalismus.

Eberhard steht insofern für Diskontinuität, als er ab 1938 in England und nach 1945 als Mitglied des Parlamentarischen Rates, Südfunk-Intendant und Leiter des Instituts für Publizistik der Freien Universität Berlin zwar an seiner scharfen Kritik des NS-Regimes festgehalten hat, gleichzeitig aber auch zu einem Lernen fähig war, das ihn die Gefahr von Gewaltregimen linker Couleur erkennen und westlich-liberale Verhältnisse einschließlich Praktiken kommerzieller Systeme (empirische Hörerforschung nach amerikanischem Vor-

¹⁹ vgl. Peter Glotz: *Der Außenseiter*. In: Bernd Söseman (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk*. Stuttgart 2001, 24 f.

²⁰ Zu Hagemann allerdings schon: Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. Berlin 1987,

130-205.

²¹ vgl. Bernd Söseman: *Journalistischer Kampf gegen den Nationalsozialismus im deutschen Untergrund und französischen Exil*. In: ders. (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk*. Stuttgart 2001, 122-192, 146, 179 ff., 191 ff.

bild, von einer „öffentlichen Aufgabe“ freier Journalismus) schätzen lehrte. Da er in der Zeit seines kommunikationswissenschaftlichen Wirkens in Berlin auch zahlreiche Forschungsarbeiten angeleitet hat und neben Gerhard Maletzke und Elisabeth Noelle-Neumann zu den Pionieren der sozialwissenschaftlichen Neuorientierung in den sechziger Jahren gehörte, hätte das Fach in der sich verwestlichenden Bundesrepublik Deutschland keine bessere Symbolfigur finden können als ihn. Dennoch ist ihm die Ehrenmitgliedschaft der „Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft“ nicht zuteil geworden.

6. Emigration

Sie stellt in meiner Typologie einen Grenzfall dar, weil es sich nur in dem Augenblick, in dem das Handlungssubjekt Deutschland verlässt, um eine Handlungsweise im NS-Regime handelt. Das Motiv ist ja gerade der Entschluss, künftig nicht mehr unter den Bedingungen dieses Regimes handeln zu wollen.

Von Emigration kann nur dann die Rede sein, wenn dieser Entschluss kritisch auf Aktivitäten oder Merkmale des NS-Regimes reagiert. Die Diplomaten des „Dritten Reichs“ im Ausland waren keine Emigranten, und auch Elisabeth Noelle ist nicht emigriert, als sie mit einem Stipendium des DAAD zum Studium in die Vereinigten Staaten ging.

Dennoch muss Emigration nicht ein Ausdruck oder eine Folge von Opposition sein, auch Opportunismus konnte in Emigration umschlagen. Der Entschluss zur Emigration war häufig nicht freiwillig, sondern wurde durch repressive Maßnahmen des Regimes erzwungen oder nahe gelegt.

Emigration war eine Handlungsweise, auf die sich das Regime einerseits stützen konnte, weil es auf kostengünstige Weise Gegner im Innern los wurde. Andererseits wurden ihm u.U. dringend benötigte Humanressourcen entzogen, besonders wenn die Emigranten Wissenschaftler oder andere Fachleute waren, in deren Ausbildung erhebliche gesellschaftliche Investitionen steckten.

Diese Problematik setzte sich fort, wenn sich Emigranten nach 1945 aus verständlichen Gründen entschieden, nicht nach Deutschland zurückzukehren. Diskontinuität jedenfalls drückt sich eher im Entschluss zur Rückkehr und zur Mitwirkung am Aufbau einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung aus.

Ich nenne vier Namen von Emigranten, die für unser Fach bedeutsam sind: *Theodor W. Adorno*, *Fritz Eberhard*, *Theodor Geiger* und *Alphons Silbermann*. Alle vier wurden zur Emigration genötigt, entweder weil sie Juden waren (Adorno, Silbermann), kurz vor der Entdeckung illegaler Opposition standen (Eberhard) oder trotz opportunistischer Bemühungen wegen früherer Schriften und Aktivitäten vom Regime als Gegner behandelt wurden (Geiger). Bemerkenswert ist, dass offenbar selbst Adorno vor der Emigration die Illusion hatte, sich mit dem NS-Regime arrangieren zu können, und entsprechende Anpassungsversuche unternommen hat.²²

Eberhard, Adorno und Silbermann stehen insofern für Diskontinuität, als sie nach Deutschland zurückgekehrt sind und ihr Können in die deutsche Nachkriegsgesellschaft eingebracht haben. Geiger ist nach 1945 im skandinavischen Exil geblieben und schon 1952 gestorben. Seine kommunikationswissenschaftlich eminent wichtige, weil begriffsscharfe und empirisch fundierte „Kritik af Reklamen“²³ von 1943 ist zwar in den achtziger Jahren ins Deutsche übersetzt worden, aber

²² Hannah Arendts These, dass Adorno sich bei den neuen Machthabern anzubiedern versucht hat (vgl. *Briefwechsel mit Karl Jaspers*. München, Zürich 1985, 679), erscheint angesichts des von ihm selbst bekundeten Willens, „um jeden Preis in Deutschland zu bleiben“ (Brief an Ernst Krenek, 7.10.1934), seiner bekannten Affinität zu Kreisen der Hochfinanz und des Adels, die den Nationalsozialisten nahestanden (vgl. Peter von Haselberg: *Wiesengrund Adorno*. In: *Text und Kritik, Sonderband Th. W. Adorno*. 1977, 15), und mancher seiner Musikkritiken aus der Anfangszeit des NS-Regimes, in denen er z.B. lobend Goebbels' „romantischen Realismus“ erwähnt hat (in einer Rezension von Herbert Müntzels Zyklus „Die Fahne der Verfolgten“ nach einem Gedichtband von Baldur von Schirach; vgl. Theodor W. Adorno: *Gesammelte Schriften*.

Hg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 19, *Musikalische Schriften VI*. Frankfurt a.M. 1984, 331 f.), plausibler als die auch im Fall Adorno von der akademischen Gemeinde unternommenen Versuche, in belastende Texte eine verdeckte Kritik „zwischen den Zeilen“ hineinzulesen (vgl. Hartmut Scheible: *Theodor W. Adorno*. Reinbek 1989, 70 ff.). Und selbst wenn feinsinnige Kritik, die nur Eingeweihte hätten verstehen können, Adornos Absicht gewesen sein sollte - er hat mit den an die vermuteten Erwartungen der NS-Zensoren angepassten Veröffentlichungen jedenfalls dem Regime gedient.

²³ Theodor Geiger: *Kritik af Reklamen*. Kopenhagen 1943, 399. Informationen zur Übersetzung kann der Autor (poettker@ifj.fb15.uni-dortmund.de) geben.

für das ganze Buch hat sich bis heute kein seriöser deutscher Verlag gefunden. Wenn viele Emigranten im Ausland geblieben sind, lag das auch an den Verhältnissen, die sie bei einer Rückkehr vorgefunden hätten.

7. Innere Emigration

Auf den ersten Blick erscheint dieser Typus überflüssig. Was unterscheidet innere Emigration vom normalen Alltagshandeln? Typisch ist in beiden Fällen, dass das Subjekt dem Regime einerseits keine Zugeständnisse machen, sich andererseits aber auch nicht in Gefahr bringen will.

Dennoch lässt sich ein Kriterium finden: Innere Emigration kann definiert werden als eine Handlungsweise, die dem Regime gegenüber so distanziert ist, dass sie ihm – im Unterschied zum Alltagshandeln, aber ähnlich wie „äußere“ Emigration – die Ressource der eigenen Qualifikation entzieht. Von Opposition dagegen unterscheidet sich innere Emigration dadurch, dass sie das Risiko der Verfolgung durch das Regime vermeidet.

Wissenschaftler beispielsweise konnten dadurch innerlich emigrieren, dass sie auf Publikationen oder sogar auf ihr Lehramt verzichteten und ihren Lebensunterhalt durch weniger qualifizierte Tätigkeiten erwarben. Auch innere Emigration musste nicht freiwillig sein, in manchen Fällen hat das Regime sie durch Publikations- und Berufsverbote erzwungen.

In ihrer Bedeutung für das Regime war auch innere Emigration ambivalent, mit etwas anderer Akzentuierung als die physisch vollzogene Emigration: Einerseits waren natürlich auch weniger qualifizierte Tätigkeiten gesellschaftlich funktional, andererseits blieb mit den „inneren Emigranten“ ein kritisches Potential im Land, das in Krisensituationen (etwa bei einem Aufstand oder Staatsstreich) oppositionell aktiv werden konnte.

Diskontinuität erfordert hier auch individuell einen Bruch mit der gewohnten inneren Distanz,

ein Umschalten von Passivität auf Aktivität und Engagement, das manchem innerlich Emigrierten sicher nicht leicht gefallen ist.

Beispiele für innere Emigration deutscher Wissenschaftler zu finden ist schon deshalb nicht leicht, weil es für diese Handlungsweise kaum eindeutige Indikatoren gibt. Von Wilhelm Weischedel wird berichtet, dass er auf Habilitation und Tätigkeit als Hochschulphilosoph verzichtet und stattdessen bei der Krankenhausverwaltung gearbeitet hat.

Unter den Zeitungs- und Kommunikationswissenschaftlern im weitesten Sinne kann man *Otto Groth* und *Victor Klemperer* nennen. (Wenn wir den Romanisten Klemperer überhaupt zur Kommunikationswissenschaft zählen dürfen. Seine nach 1945 erschienenen Notizen zur Sprache des Nationalsozialismus mit dem Titel „Lingua Tertii Imperii“ (LTI)²⁴ eignen sich neben dem „Wörterbuch des Unmenschen“²⁵ jedenfalls als stilkritisches Material für die Journalistenausbildung.) Sowohl bei Groth als auch bei Klemperer wurde innere Emigration durch die starken Einschränkungen erzwungen, denen das NS-Regime auch Juden mit nicht-jüdischen Ehepartnern unterwarf. Am privaten Schreibtisch gearbeitet haben beide, aber sie konnten eben nicht lehren oder publizieren. Bei Klemperer haben wir mit der LTI und den Tagebüchern aus der NS-Zeit²⁶ berechte Zeugnisse für seinen Hass auf den Nationalsozialismus. Bei Groth spricht die Frucht seiner Schreibtischarbeit während des Überwinterns, seine 1948 veröffentlichte „Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft“²⁷, eher für normales Alltagshandeln als für Opposition. Dennoch ist auch bei ihm – schon wegen seiner jüdischen Abstammung und der aus seinen Schriften sprechenden Liberalität – kritische Distanz zum Nationalsozialismus anzunehmen.

Klemperer steht insofern für den Willen zur Diskontinuität, als er sich als bewusster Antifaschist für die DDR entschieden hat, ohne sich von ihr unkritisch als Aushängeschild benutzen zu lassen.²⁸ Groths bedeutendster Beitrag zur Diskonti-

²⁴ LTI wurde kürzlich sogar ins Englische übersetzt; vgl. Victor Klemperer: *The Language of the Third Reich. LTI – Lingua Tertii Imperii. A Philologist's Notebook*. Transl. by Martin Brady. London, New Brunswick 2000.

²⁵ Dolf Sternberger/Gerhard Storz/Wilhelm E. Süskind: *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*. 3. Aufl. Hamburg, Düsseldorf 1968.

²⁶ Victor Klemperer: *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*.

Tagebücher 1933-1941. Tagebücher 1942-1945. 5. Aufl. Berlin 1996.

²⁷ Otto Groth: *Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*. München 1948.

²⁸ vgl. Victor Klemperer: *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1949. Tagebücher 1950-1959*. Berlin 1999.

nuität ist das in den sechziger Jahren veröffentlichte siebenbändige Monumentalwerk „Die unerkannte Kulturmacht“²⁹, in dem er sein an die angelsächsische Praxis erinnerndes, jeder Gesinnungspublizistik abholdes Konzept des Journalismus als Vermittlungsberuf ausgemalt hat, das von Kommunikationswissenschaft und Journalismus in Deutschland unverdient wenig beachtet wird. Im Übrigen hat sich der 1875 geborene Groth gern mit dem Bundesverdienstkreuz und mit der Ehrenmitgliedschaft der DGPK auszeichnen lassen. Auch das zeigt, dass er nicht in Verbitterung verharret ist, sondern nach den Möglichkeiten seines Alters am Aufbau eines demokratischen Gegenmodells zum NS-Regime mitwirken wollte.

Ausblick und Fazit

Indem die vorgeschlagene Typologie sich auf Handlungen bezieht, kann sie der Beschreibung und Analyse von Verhältnissen auf verschiedenen Ebenen von Handlungssystemen dienen: der des Individuums, auf der die fachgeschichtliche Forschung trotz ihrer nachholenden Leistungen der achtziger und neunziger Jahre noch empfindliche Lücken hat; der einzelner Institute³⁰; aber auch der des Fachs Kommunikations- und Zeitungswissenschaft insgesamt, auf der die Forschung noch kaum begonnen hat.

Mit Hilfe der Typologie können Fragen wie folgende untersucht werden: Wie hoch waren oder sind die Anteile der einzelnen Handlungsweisen am jeweiligen Handlungssystem? War z.B. die Zeitungswissenschaft im NS-Regime überwiegend konform, opportunistisch oder oppositionell? Dominiert(e) in der Kommunikationswissenschaft Diskontinuität oder Kontinuität? Mein Eindruck ist, dass das obere Ende der Skala mit ideologischer oder sogar totaler Konformität und Opportunismus einen höheren Anteil an den Handlungen der maßgeblichen deutschen Zeitungswissenschaftler im NS-Regime hatte als Opposition und (innere) Emigration und dass nach 1945 im Fach weniger Diskontinuität zustande gebracht worden ist, als möglich gewesen wäre. Aber das sind Hypothesen, die ja durch

die empirische Anwendung der skizzierten Typologie auf geeignete Wissenschaftler-Samples widerlegt werden mögen.

Last not least lässt sich anhand dieser oder einer ähnlichen Typologie die Frage diskutieren: Wie lässt sich künftig das Heraufkommen von Gewaltregimes vermeiden, indem man ihnen rechtzeitig die Handlungsbasis entzieht? Dass dies die in der Praxis entscheidende Frage ist, zeigt sich beim Versuch eines Fazits:

Noch gar nicht die Anwendung des Instruments, allein die begriffliche Anstrengung, eine Typologie von Handlungsweisen im NS-Regime zu entwerfen und an Beispielen zu illustrieren, führt zu zwei elementaren Einsichten.

- Die erste: Offenbar gab es, als das Regime einmal installiert war, kaum Handlungsweisen, auf die es sich *nicht* stützen konnte. Unter sieben Varianten haben wir eine einzige gefunden, für die das unzweifelhaft gilt, und die setzt die von keinem Normalbürger zu erwartende Entschlossenheit voraus, die eigene Existenz zu riskieren.
- Die zweite Einsicht: Hinter vielen Handlungen, die dem Regime nützten, steckten verständliche, auch uns vertraute, keineswegs verwerfliche, vielleicht sogar edle Motive.

Beides zusammen zeigt die Potenz des NS-Regimes, alle Lebensbereiche zu durchdringen und (fast) alles, was innerhalb der Grenzen seiner Macht geschah, in den Dienst seiner Zwecke zu nehmen. Neben den in der nationalsozialistischen Ideologie formulierten, größtenteils verbrecherischen Zielen, die für das NS-Regime spezifisch sind, gehörte dazu auch ein Ziel, das das „Dritte Reich“ mit allen anderen Diktaturen gemeinsam hat: die Erhaltung und Ausweitung der eigenen Macht.

Wir haben eine ältere, heute wegen der Gefahr der Gleichsetzung von Diktaturen und Unrechts-

Wie lässt sich künftig das Heraufkommen von Gewaltregimes vermeiden, indem man ihnen rechtzeitig die Handlungsbasis entzieht?

²⁹ Otto Groth: *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik)*. Bd. 1-7. Berlin 1960-1972.

³⁰ Beispielhaft dafür Arnulf Kutsch: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich. Geschichte des Instituts für Rundfunkwissenschaft der Universität Freiburg*. München u.a. 1985.

regimen für überholt gehaltene Theorie, die die Fähigkeit bestimmter Herrschaftssysteme, (fast) alles im Dienste der eigenen Stabilisierung und anderer Ziele zu instrumentalisieren, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt, indem sie solche Systeme als „totalitär“ charakterisiert. Der Versuch, die Wirklichkeit des NS-Regimes auf der Mikroebene der Handlung(sweis)en und ihres subjektiven Sinns zu analysieren, liefert Argumente für eine Rehabilitierung der Totalitarismus-Theorie.

Zwar dürfen das „Dritte Reich“ und die DDR nicht *gleichgesetzt* werden, schon wegen der ungleich größeren Zahl der NS-Opfer und weil die Vernichtung der jüdischen Rasse im Unterschied zur Entfaltung einer klassenlosen Gesellschaft bereits auf der Ebene der ausdrücklich formulierten Ziele erkennbar verbrecherisch ist. Dennoch sind die beiden deutschen Diktaturen

vergleichbar, wenn Vergleichen das Feststellen von Unterschieden, aber auch Gemeinsamkeiten bedeutet. Den beiden deutschen Diktaturen ist bei allen Unterschieden gemeinsam, dass es für die Menschen kaum Möglichkeiten gab, der Instrumentalisierung für die Machterhaltung des Regimes und andere, möglicherweise verbrecherische Ziele ohne Gefahr für die eigene Existenz zu entrinnen. Darauf werden wir durch die Kategorie der totalitären Herrschaft aufmerksam gemacht.

Die vorgeschlagene Typologie von Handlungsweisen ist *cum grano salis* auf alle totalitären Systeme anwendbar. In Verbindung mit der Totalitarismus-Theorie lehrt sie, dass man Gewaltregime nur wirksam bekämpfen kann, *bevor* sie sich installiert haben. Schon um diese Einsicht zu fördern, sollte die Totalitarismus-Theorie ihren Platz im fachhistorischen Werkzeugkasten behalten.

Handlungsweisen im NS-Regime und danach				
	Subjektiver Handlungssinn	Funktionalität, Reaktion des Regimes	Diskontinuität	Kontinuität
1. Totale Konformität	<input type="checkbox"/> bedingungslose Identifikation <input type="checkbox"/> Bereitschaft zu Verbrechen	<input type="checkbox"/> höchster Nutzen <input type="checkbox"/> höchste Belohnung <input type="checkbox"/> schwer	<input type="checkbox"/> selbstkritisches Bekenntnis <input type="checkbox"/> Leugnen von Verbrechen	<input type="checkbox"/> Festhalten an der Ideologie
2. Ideologische Konformität	<input type="checkbox"/> Identifikation <input type="checkbox"/> keine Bereitschaft zu Straftaten <input type="checkbox"/> im NS widersprüchlich	<input type="checkbox"/> hoher Nutzen <input type="checkbox"/> Belohnung <input type="checkbox"/> relativ leicht	<input type="checkbox"/> selbstkritisches Bekenntnis	<input type="checkbox"/> Festhalten an der Ideologie
3. Opportunismus	<input type="checkbox"/> eigene Erfolgsziele <input type="checkbox"/> Zugeständnisse <input type="checkbox"/> Distanz zum NS	<input type="checkbox"/> hoher Nutzen <input type="checkbox"/> Belohnung <input type="checkbox"/> besonders schwer	<input type="checkbox"/> selbstkritisches Bekenntnis	<input type="checkbox"/> Schutzbehauptungen <input type="checkbox"/> Anspruch auf Opposition
4. Normales Alltagshandeln	<input type="checkbox"/> ohne Bezug auf NS-Regime	<input type="checkbox"/> Nutzen <input type="checkbox"/> keine Sanktion <input type="checkbox"/> Lernprozesse	<input type="checkbox"/> selbstkritische Einsicht in den Nutzen	<input type="checkbox"/> keine Lernprozesse
5. Opposition	<input type="checkbox"/> Dekonstruktion des Regimes <input type="checkbox"/> persönliche Risikobereitschaft	<input type="checkbox"/> Schaden <input type="checkbox"/> wenig Nutzen <input type="checkbox"/> (harte) Sanktion	<input type="checkbox"/> Fortsetzung der Kritik am NS <input type="checkbox"/> Modifikation	<input type="checkbox"/> Abbruch der Kritik am NS <input type="checkbox"/> Ritualisierung
6. Emigration	<input type="checkbox"/> physisches Verlassen des NS-Regimes <input type="checkbox"/> kritische Reaktion	<input type="checkbox"/> Nutzen <input type="checkbox"/> Schaden	<input type="checkbox"/> Rückkehr <input type="checkbox"/> Beteiligung am demokratischen Aufbau	
7. Innere Emigration	<input type="checkbox"/> Vorenthalten eigener Qualifikation <input type="checkbox"/> keine Sanktion	<input type="checkbox"/> Nutzen <input type="checkbox"/> Schaden	<input type="checkbox"/> Beteiligung am demokratischen Aufbau	

© Prof. Dr. Horst Pöttker, University of Iowa

Univ.-Prof. Dr. phil. Horst PÖTTKER (1944)

Seit 1980 Lehraufträge zu Soziologie an den Universitäten Freiburg i.Br. und Siegen. Seit 1989 Wissenschaftlicher Beirat der internationalen Medienfachzeitschrift *Media Development* (WACC), London. 1992-1995 Gastprofessur für Kommunikationswissenschaft an der Universität Leipzig. 1995 Habilitation in Siegen. Seit 1996 C4-Professur für Journalistik (Schwerpunkt: Theorie und Praxis des Journalismus) an der Universität Dortmund. Seit 1998 1. Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Zeitungsforschung in Dortmund. 1999-2001 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Journalistik an der Universität Dortmund; 2001/2002 Gastprofessur an der University of Iowa/USA.

Thesen zur Geschichte der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft 1900–1960

Stefanie Averbeck / Arnulf Kutsch

Die folgenden Ausführungen verstehen sich als Aufriss zu einem größeren Projekt: einer systematischen Geschichte der Zeitungswissenschaft. Wir werden dabei, angelehnt an die zeitgenössische Wissenschaftssoziologie, zwei Ebenen betrachten: die Sozial- und die Ideengestalt der Zeitungswissenschaft.¹ Für die vorliegende Darstellung haben wir uns zunächst weitgehend auf die Ideengestalt beschränkt. Wir haben vier Thesen zur Entwicklung dieser Ideengestalt des Faches zwischen 1900 und 1960 formuliert. Sie sollen einen chronologischen und einen systematischen Zugriff erlauben. Die Thesen beziehen sich auf vier Phasen: 1. *Problemidentifizierung*, etwa 1900 bis 1925, 2. *Problemdefinition*, etwa 1925 bis 1933, 3. *ideologische und organisatorisch-pragmatische Überformung 1933-1945* und schließlich 4. *die Entideologisierung und Rekonstruktion des Problems nach 1945*. Mit „Problem“ ist die Gegenstands- und Erkenntnisperspektive des Faches gemeint.

Diese Thesen sind Zuspitzungen. Sie werden im Folgenden jeweils in einer Explikation näher erläutert. Auch sind unsere Schemata, die wir zuerst vorstellen werden, aus heuristischen Gründen vereinfachend (vgl. *Schaubild 1* und *2*, Seite 59). Thesen und Schemata ergeben sich größtenteils aus den vorliegenden Forschungen zur Ideen-, Institutionen- und Personengeschichte der Zeitungswissenschaft.² Zugleich verweisen sie auf Forschungsdesiderata.

Zum *Schaubild 2* ist anzumerken, dass es exemplarisch nur eine der Kategorien des *Schaubildes 1* vertieft, nämlich die der *Akteure*. Hier zeigt sich die Verschränkung von Ideen- und Sozialgestalt der Zeitungswissenschaft, vermittelt insbesondere über die „Motivation“ (Normen/Werte,

Erkenntnisperspektiven und deren Provenienz) der Forschenden, in hohem Maße.

Fachgeschichte dient in der Zusammenführung von Sozial- und Ideengestalt der Selbstvergewisserung des Faches über seine *historische* Identität. Auch und darüber hinaus dient sie der Feststellung der *aktuellen* kognitiven Identität im Sinne der Arbeit an Wissensbeständen und der Selbstreflexion des Faches als einer gesellschaftlichen und gesellschaftlich in spezifischen Bedingtheiten und Abhängigkeiten stehenden Kraft. Fachgeschichte erfüllt hier auch eine ethische Funktion.

Stellte man allein die Frage nach dem Erfolg der Institutionalisierung und der Dimension ihrer Sozialgestalt, würde diese normative Funktion von Fachgeschichte nicht deutlich werden. Betrachtet man etwa Kategoriensysteme zu den „Stadien wissenschaftlicher Institutionalisierung“ – wie sie beispielsweise Terry N. Clark oder Richard Whitley aufgestellt haben – wird deutlich: Ein hoher Grad an Institutionalisierung gilt zumeist als erfolgreich.³ Bei Whitley heißt die letzte Phase der Disziplinentwicklung „Sanktionierung“. Für die Zeitungswissenschaft und ihre disziplinäre Entwicklung ist die Phase der erfolgreichen Sanktionierung im „Dritten Reich“ nachhaltig erreicht. Über die Qualität der Wissensproduktion sagt das aber nichts aus.

In allen historischen Entwicklungsstufen der Zeitungs-, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft bis heute spielt die Problemlösungskompetenz des Faches – oder das, was Forscher, Medienunternehmer, Journalisten und Politiker, bezogen auf medialen und gesellschaftlichen Wandel, als solche jeweils ansehen – eine emi-

¹ Wir orientieren uns vor allem an Peter Weingart: *Wissensproduktion und soziale Struktur*. Frankfurt a.M. 1976; Wolf Lepenies: *Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität der Soziologie*. In: ders. (Hg.): *Geschichte der Soziologie*. 4 Bde. Bd. 1, I-XXXV. Frankfurt a.M. 1981; Dirk Käsler: *Die frühe deutsche Soziologie und ihre Entstehungsmilieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung*. Opladen 1984; Erhard Störling: *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*. Berlin 1986.

² vgl. die Literaturliste im Anhang dieses Aufsatzes.

³ Terry N. Clark: *Die Stadien wissenschaftlicher Institutionalisierung*. In: Peter Weingart (Hg.): *Wissenschaftssoziologie II. Determinanten wissenschaftlicher Entwicklung*. Frankfurt a.M. 1974, 105-121 [zuerst in *International Social Science*, Jg. 24 (1972), H. 4, 658-667.]; Richard Whitley: *Cognitive and social institutionalization of scientific specialties and research areas*. In: ders. (Hg.): *Social processes of scientific development*. London 1974, 71 ff.

nente Rolle für die Gegenstands- und Erkenntnisperspektiven. Unser Fach orientiert sich entsprechend eher an strategischer Kommunikation und ihrer Steuerung als an sozialer Kommunikation. Das Fach selbst ist ein Produkt der Medienmoderne, wie die Soziologie eines der Moderne ist. So war es wohl nicht zufällig, dass es gerade Soziologen und Zeitungswissenschaftler gemeinsam waren, die, oft auch als einzelne Forscherpersönlichkeiten mit Kenntnissen in beiden Gebieten, Fragen nach der Relevanz und nach den Mechanismen öffentlicher Kommunikation stellten.

Die Historiografie des Faches war in Deutschland seit Ende der 1970er Jahre zunächst als Institutionen- und Personengeschichte angelegt. Das „Dritte Reich“ war also in gewisser Weise erfolgreich: Es hinterließ auf der Ebene der Ideengestalt eine Tabula Rasa. Die Theoriebestände der Weimarer Republik fielen dem Vergessen anheim – Fachgeschichte war aber nie *ausschließlich* Personen- und Institutionengeschichte.⁴ Beide Forschungswege trugen zu einer Systematik der Theoriebestände maßgeblich bei. Daneben gibt es eine Geschichtsschreibung im Sinne der Systematik der Genese von Forschungsgegenständen, -methoden und Wissenszuwachs, wie sie etwa Michael Schenk 1987 mit seiner „Medienwirkungsforschung“ geschrieben hat, oder wie sie sich in der Journalismusforschung bei Achim Baum und bei Martin Löffelholz findet.⁵ Diese verschiedenen „Gattungen“ von Fach- und Theoriegeschichte sollten ergänzend gelesen werden.

1. Problemidentifizierung

Als Stadium der Problemidentifizierung bezeichnen wir die Phase, in der die Zeitung und der Journalismus von Hochschullehrern unterschiedlicher Disziplinen und an verschiedenen Universitäten als ein gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Problem erkannt werden, das eine exklusive wissenschaftliche Erkenntnis rechtfertigt und erfordert. Diese Phase beginnt etwa im Jahrzehnt zwischen 1890 und 1900 mit der Spezialisierung einer auf das Materialobjekt Zeitung bezogenen Lehre und Forschung im strukturellen Rahmen bestehender

Wissenschaften sowie mit einer deutlichen Differenzierung zwischen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Texten über die Zeitung. Sie endet etwa Mitte der 1920er Jahre mit der Einrichtung von fachlich-exklusiven Strukturen über Institute/Seminare, Professuren, Studiengänge und Publikationsreihen und den ersten fachlich-exklusiven Habilitationen zur Rekrutierung eines Nachwuchses (Karl d’Ester und Walter Schöne).

Explikation

Markiert wird die Phase der Problemidentifizierung auf der Ebene der Ideengestalt durch die erste zeitungskundliche Veröffentlichung von Karl Bücher aus dem Jahre 1892 und einer steigenden Anzahl von sich dezidiert als zeitungskundlich verstehenden Publikationen, die während und vor allem unmittelbar nach dem Ende des 1. Weltkriegs erscheint: Wiederum von Karl Bücher und daneben beispielsweise von Aloys Meister, Martin Mohr, Otto Jöhlinger und nicht zuletzt von Karl d’Ester bis hin zur Gründung fachspezifischer Publikationsreihen (z. B. „Arbeiten aus dem Institut für Zeitungsforschung der Universität Leipzig“) sowie der Zeitschrift *Zeitungswissenschaft* zu Beginn des Jahres 1926. Diese Zeitschrift erhebt mit ihrem Titel den programmatischen Anspruch auf eine fachlich-exklusive Zuständigkeit. Einige wenige dieser Veröffentlichungen sind darüber hinaus bereits dem Typ von Lehrtexten zuzurechnen, die das Materialobjekt beschreiben, systematisieren und erste, wenngleich kaum explizite Erkenntnisperspektiven formulieren, auf welche sich – beispielsweise die ersten fachlichen Dissertationen – immer wieder beziehen.

Ein Konsensus über das Formalobjekt und damit über die exklusive wissenschaftliche Erkenntniskompetenz zur Lösung von problemspezifischen Fragestellungen ist noch nicht erreicht. Gemeinsames Merkmal der Publikationen ist der deklamatorische Charakter fachlicher Erkenntnisziele (sowie die Relevanz von Feldern der exklusiven Erkenntniskompetenz). Die diesbezüglichen Optionen werden aus den Denkmotiven und Erkenntniszusammenhängen der sogenannten Mutterdisziplinen hergeleitet (z.B. Nationalöko-

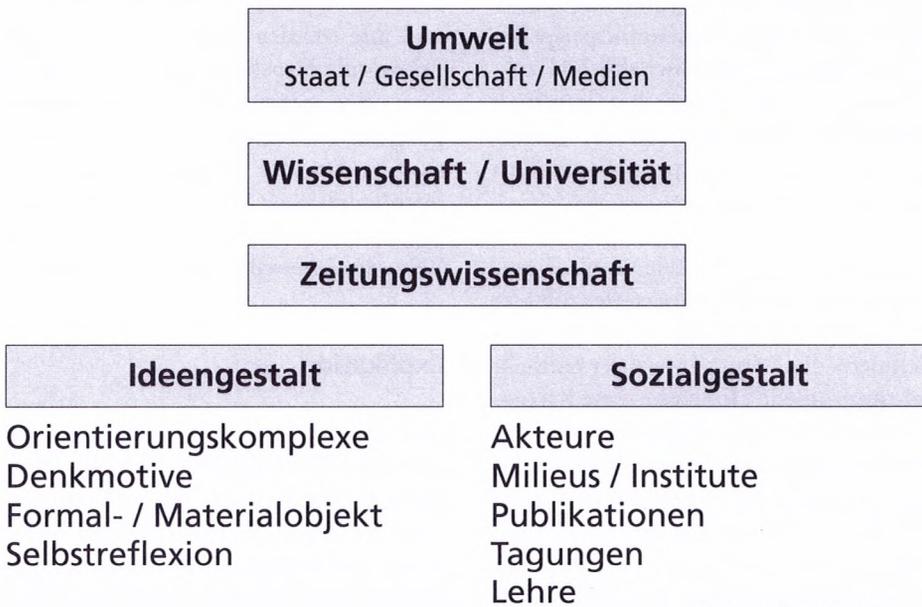
⁴ Zur fachhistorischen Literatur vgl. die Auswahlbibliografie im Anhang.

⁵ vgl. Michael Schenk: *Medienwirkungsforschung*. Tübingen 1987; Achim Baum: *Journalistisches Handeln*. Opladen

1994; Martin Löffelholz: *Von Weber zum Web. Journalismusforschung im 21. Jahrhundert: theoretische Konzepte und empirische Befunde im systematischen Überblick*. Ilmenau 2001.

Schaubild 1

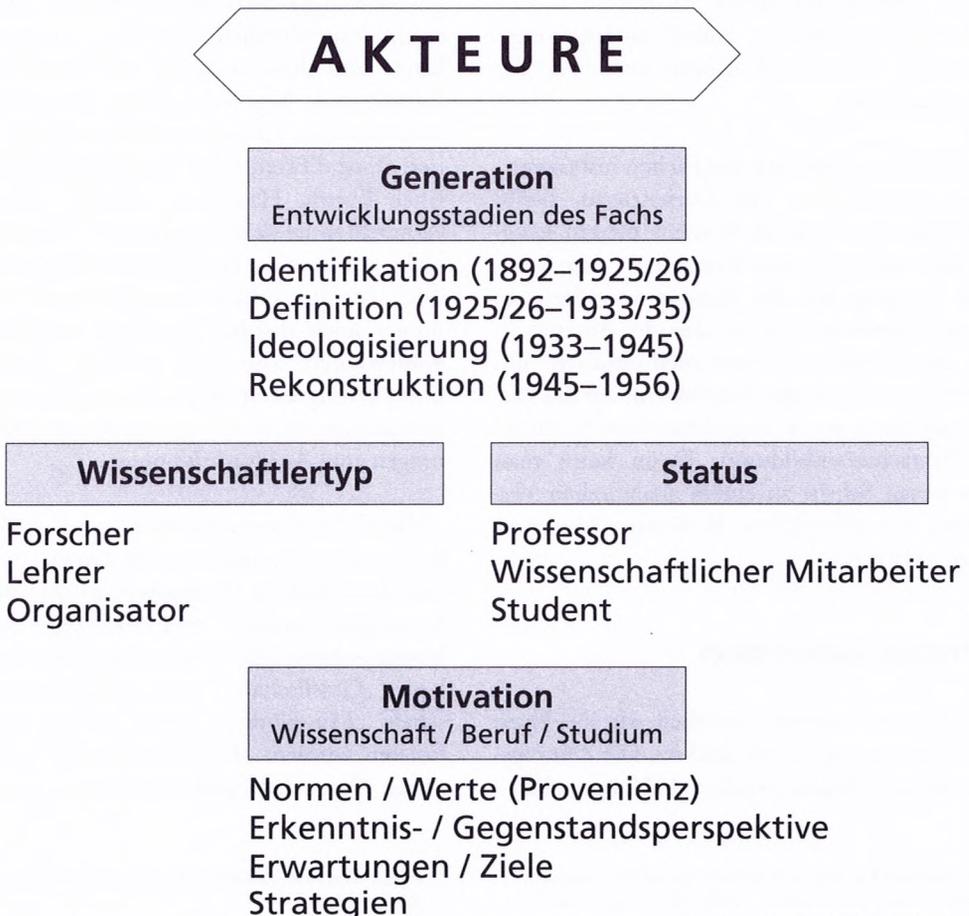
Kategorien der Fachgeschichte



Stefanie Averbeck / Arnulf Kutsch 2002

Schaubild 2

Kategorie Akteure



Stefanie Averbeck / Arnulf Kutsch 2002

nomie, Staatswissenschaft, Geschichte, weniger: Soziologie) und das Fach in theoretischer wie methodischer Hinsicht als Integrationsdisziplin entworfen. Als eine zentrale Erkenntnisperspektive zeichnet sich bereits die gesellschaftliche Funktion der Zeitung ab, insbesondere ihre (langfristigen) strukturellen Wirkungen auf die Gesellschaft und ihre (eher kurzfristigen) kognitiven Wirkungen auf das Individuum.

Zur Charakterisierung des Erkenntnisniveaus dieser sogenannten Gründungsväter soll hier nur exemplarisch auf Karl Bücher verwiesen werden. Er definierte die Zeitung in sozialer Hinsicht als „Verkehrsinstrument“, fundierte diese Kategorie aber theoretisch nicht. Erkennbar wird als normativer Orientierungskomplex ein hierarchisches, durch politische Eliten bestimmtes Gesellschaftsbild, das in Verknüpfung mit einem massenpsychologischen Denkansatz (Gustave Le Bon) die Vermittlungsleistung der Zeitung als einen einseitig gerichteten Wirkungszusammenhang begreift. Im Gegensatz zu Ferdinand Tönnies⁶ wird Öffentlichkeit im sozialwissenschaftlichen Sinn noch nicht als Gegenstand erkannt. Zudem bleiben aus dieser Perspektive andere öffentlichkeitswirksame, zumal unterhaltungsorientierte Kommunikationsformen wie der Film, ausgespart.

Die Ausbildungsfunktion des Faches, insbesondere die praxis- bzw. berufsorientierte, bleibt umstritten. Fachinterner Konsens besteht lediglich über das Ziel, eine Kompetenz zum kritischen Umgang mit der Zeitung vermitteln zu wollen. Charakteristisch ist, dass der Adressatenkreis, den zunächst nur potentiell politische Eliten bildeten (Hörer aller Fakultäten), auf das Zeitungspublikum per se ausgedehnt wird (Schüler- und Erwachsenenbildung). Darin kann man einen ersten Schritt zu einem analytischen Verständnis von öffentlichen Kommunikationsprozessen erkennen.

2. Problemdefinition

Unter diesem Stadium verstehen wir die Phase der Definition des Formalobjektes. Die Zeitungswissenschaft vollzieht zwischen 1925 und 1933 –

also in nur einem knappen Jahrzehnt – einen qualitativen Erkenntnisprung. Als exklusives Problem werden öffentliche Kommunikation und ihre sozialen Bedingungen definiert. Diese Erkenntnisperspektive hat zur Folge, dass das Fach seine ursprünglich an traditionellen Disziplinengrenzen orientierten Demarkationsstrategien zu Gunsten der Perspektive eines modernen, interdisziplinären Wissenschaftstypus aufzugeben beginnt, für welchen gleichwohl die Bezeichnung Zeitungswissenschaft beibehalten wird.

Explication

Die Überwindung des Stadiums der Identifikation des Materialobjekts Zeitung (Presse) wird durch die Hinwendung zur Funktion der Zeitung und der neuen Mittel Hörfunk und Film in einem interdisziplinären Milieu zwischen Zeitungswissenschaft und Soziologie geleistet, und zwar hauptsächlich durch verschiedene Dissertationen (und eine Habilitation)⁷ der Generation der Nachwuchswissenschaftler. Diese Funktion wird nun als Vermittlungsfunktion zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen und Interessen, einschließlich Publikumsinteressen, erkannt und theoretisch als disziplinär-exklusives Formalobjekt begründet. Diese Perspektive wird auch von den Gründervätern des Faches akzeptiert (Karl d’Ester, Emil Dovifat, Wilhelm Kapp, Erich Everth, Hans von Eckardt). Gleichwohl vermochten sie sie in ihren eigenen Publikationen nicht umzusetzen. In wissensoziologischer Hinsicht ist die Erkenntnisperspektive im Fach immer noch deutlich überlagert von zum Teil konfessionell, zum Teil politisch motivierten Orientierungskomplexen, die wiederum in kulturoptimistischen wie -pessimistischen Denkhaltungen zum Ausdruck kommen.

„Öffentliche Kommunikation“ und „Öffentlichkeit“ geraten vor allem in dem bereits genannten, interdisziplinären Rezeptionsmilieu zwischen Zeitungswissenschaft und Soziologie zum Erkenntnisobjekt. Die Erkenntnisobjekte der Soziologie, „Gesellschaft“, und der Zeitungswissenschaft, „Mitteilung“ – oder, wie wir heute definieren würden: „Kommunikation“ – fallen in dieser Phase der Problemdefinition zusammen.

⁶ vgl. Ferdinand Tönnies: *Kritik der öffentlichen Meinung*. Berlin 1922; Horst Pöttker: *Ferdinand Tönnies und die Schweigespirale. Zur Mutation einer Theorie über die öffentliche Meinung*. In: Günter Bentele/Manfred Rühl

(Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation*. München 1993, 202-213.

⁷ Bei der Habilitation handelt es sich um Hans Traub: *Zeitungswissenschaftliche Grundbegriffe*. Stuttgart 1933.

Zu Grunde liegt ein prozessorientiertes Kommunikationsverständnis jenseits von massenpsychologischen Prämissen und Reiz-Reaktions-Schemata, das gruppensoziologisch argumentiert, nach Meinungsbildungsprozessen fragt und Bezugstheoreme vor allem in der Lehre von der Wechselwirkung Georg Simmels, der Beziehungslehre Leopold von Wieses und der Sozialpsychologie der Ausdrucksbewegung von Alfred Vierkandt findet.⁸

Als fachlich-charakteristische Ausbildungskompetenz wird stärker die Vermittlung von (sozial-)wissenschaftlichen Fähigkeiten und wiederum der Erwerb von Presse- bzw. Medienkompetenz angesehen und weniger die Vermittlung von berufsorientierten Fertigkeiten. Für die Vermittlung solcher kritischer Medienkompetenz werden bereits erste, disziplin-exklusive Vermittlungsformen entwickelt, wie etwa in Berlin am Deutschen Institut für Zeitungskunde die zeitungsfachlichen Fortbildungskurse für Lehrer oder die Rundfunk-Hörergemeinschaften in den zeitungswissenschaftlichen Instituten der Universitäten Heidelberg und München. Das Selbstbild der Disziplin und ihr Fremdbild, einschließlich der Erwartungen der Studierenden über die Ausbildungskompetenz des Faches, fallen merklich auseinander.

Die weitgehend wissenschaftsinterne Problemlösungsstrategie, nämlich die Erforschung öffentlicher Kommunikationsprozesse sui generis mittels empirischer Verfahren wird nicht nur gefordert, sondern in ersten Studien auch bereits umgesetzt. Prototypen der heute dominanten sozialwissenschaftlichen Methoden (Inhaltsanalyse, Interview, teilnehmende Beobachtung) werden entwickelt und neben den traditionellen Verfahren (Hermeneutik, Statistik) als für die Problemlösung grundlegend definiert.

Die Orientierungskomplexe „Führerstaat“ und „Zeitung als publizistisches Führungsmittel“ bestimmen die Ideengestalt.

Wie bereits im Stadium der Problemidentifizierung leistet die Disziplin wichtige Beiträge für eine Kanonisierung und Systematik des Materialobjekts Zeitung, nun auch durch die Bearbeitung von Kompendien⁹, Handbüchern¹⁰ und Bibliographien¹¹, und erweist damit gerade gegenüber solchen externen Erwartungen ihre potentiell fachlich-exklusive Problemlösungskompetenz (etwa auf dem Gebiet von Pressestatistik und -dokumentation). Ein herausragendes, auch international wahrgenommenes Beispiel für die externe Akzeptanz der Fachkompetenz ist die Bearbeitung der kulturhistorischen Ausstellung der ‚Pressa‘, der internationalen Presseausstellung 1928 in Köln.¹² Dennoch wird die externe

Akzeptanz der sozialwissenschaftlichen Problemdefinition durch die gesellschaftlichen Mäzene (insbesondere seitens der Verleger- und Journalistenverbände)

gehemmt, da die Funktion dieser Definition weder für die Anhebung des Sozialprestiges der Presse noch für eine berufsvorbereitende Ausbildungsfunktion ersichtlich ist.

3. Ideologische und organisatorisch-pragmatische Überformung

Die Überformung des Faches mit der nationalsozialistischen Ideologie und regimekonformen Strukturen sowie ferner die Einschränkung auf das Materialobjekt Zeitung kennzeichnen dieses Stadium vom Beginn der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des „Dritten Reiches“. Die Orientierungskomplexe „Führerstaat“ und „Zeitung als publizistisches Führungsmittel“ bestimmen die Ideengestalt. Damit strukturieren dominant theorie-externe Faktoren das Fach.

⁸ vgl. Georg Simmel: *Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl*. 4. Aufl. Frankfurt a.M. 1992; Leopold von Wiese: *System der allgemeinen Soziologie als Lehre von den sozialen Prozessen und den sozialen Gebilden der Menschen (Beziehungslehre)*. Neu bearb. Aufl. München 1933; Alfred Vierkandt: *Gesellschaftslehre. Hauptprobleme der philosophischen Soziologie*. Stuttgart 1923.

⁹ vgl. vor allem Otto Groth: *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik)*. 4 Bde. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928-1930.

¹⁰ vgl. etwa Deutsches Institut für Zeitungskunde in Berlin (Hg.): *Handbuch der Tagespresse*. Berlin 1929 ff.

¹¹ vgl. etwa Karl Bömer: *Internationale Bibliographie des Zeitungswesens. Unter Mitarbeit von R. [aphael] Rochlin*. Hg. im Auftrag des Deutschen Instituts für Zeitungskunde. Leipzig 1932.

¹² vgl. Hans-Georg Klose: *Presseausstellung und Zeitungswissenschaft. Die Kölner Pressa 1928 im Spannungsfeld von politischer Repräsentation und fachwissenschaftlicher Institutionalisierung*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegel (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik. Biographisch-institutionelle Stationen der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M. 1986, 197-234.

Typisch sind restaurative Ambitionen von Organisatoren des Faches mit dem Ziel, die disziplinäre Exklusivität des Faches formal zu stabilisieren und optimieren. Durch Vertreibung und Emigration wird das interdisziplinäre Milieu der Weimarer Zeitungswissenschaft vernichtet. Durch eine willentliche und/oder wissentliche Selbstgleichschaltung des Faches wird der Bruch sowohl in der Ideen- wie der Sozialgestalt vollzogen. Daher muss für diese Phase die Sozialgestalt eingehender betrachtet werden.

Explikation

Auf die „autoritativen“ erkenntnisleitenden Strukturen von Wissenschaftlergruppen hat schon Thomas S. Kuhn hingewiesen.¹³ Im Falle der Zeitungswissenschaft des „Dritten Reiches“ ist die dominante Gruppe deutlich die der Wissenschaftsorganisatoren um Walther Heide, den Präsidenten des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes (DZV).¹⁴ Sie vor allen verwirft die Interdisziplinarität und erhebt die „Eigenständigkeit“ des Faches zum Credo. Damit wird eine sozialwissenschaftliche Orientierung, wie sie bereits im zweiten Stadium erkennbar war, obsolet. Den Studenten mag das Diktum „Von der Presse kommen wir, bei der Presse bleiben wir“, das Walther Heide als fachlich-charakteristisches Programm postuliert, nachvollziehbar sein, wenn nicht gar wünschenswert: Haben sie doch das Ziel, möglichst nah am Materialobjekt Zeitung zu arbeiten, der Institution ihres späteren Berufs. Das Fach reklamiert eine praxisorientierte Ausbildungskompetenz und erhält sie in Teilen auch: Die Durchführungsverordnung zum Schrifteleitergesetz erkennt das zeitungswissenschaftliche Studium als Teil der journalistischen Ausbildung an. Seit Mitte 1934 erhalten die Studenten nach sechs Semestern die sogenannte „DZV-Bescheinigung“, ein Quasi-Diplom, das zur Verkürzung des Volontariats führt und immerhin zeitweilig auch vom Besuch der Reichspreseschule befreit.¹⁵

Der Wissenschaftsorganisator Walther Heide und seine vornehmlich jüngeren Kollegen und Studenten in den Zeitungswissenschaftlichen Vereinigungen der Fachinstitute, im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund und im Nationalsozialistischen Deutschen Studenten Bund vollziehen eine Selbstgleichschaltung nach dem Führerprinzip, die das ganze Fach einer strikten Organisation unterzieht. Diese Strategie kulminiert in der Einsetzung eines reichseinheitlichen Lehrplanes wie auch der Vergabe von Dissertationsthemen und ihrer Ablehnung. Der DZV verlangt Zusammenstellungen über Lehre, Forschung, Verdienste, Studentenenwicklung, Dissertationen etc. Die härteste Sanktion ist der Ausschluss aus dem DZV oder den angeschlossenen zeitungswissenschaftlichen Vereinigungen. Sie gilt per se für alle Juden.¹⁶

Heide kann die Restauration erfolgreich auch gegen die älteren Kollegen Emil Dovifat und Karl d'Ester durchsetzen. Prägnantester „Fall“ ist wohl das DZV-Verbot der Dissertation des d'Ester-Schülers Heinrich Arimond über „Die Wissenschaft von der Publizistik auf sozialpsychologischer Basis“. Auf Intervention von Heide lässt d'Ester das Vorhaben, Arimond zu habilitieren, fallen.¹⁷

O bwohl die auf ihren Professuren verbliebenen Größen der Weimarer Zeitungswissenschaft, wie Emil Dovifat, Karl d'Ester und Wilhelm Kapp keine nationalsozialistische Zeitungswissenschaft à la Wolfgang Hollmann und Karl Kurth vertreten¹⁸, fügt sich ihr hierarchisches Kommunikationsverständnis doch zumindest vordergründig in die NS-Ideologie. Für die Studenten ist möglicherweise nicht mehr durchschaubar, ob das „Führungsmittel“ Zeitung aus dem Munde von Emil Dovifat oder von Karl Kurth etwas je anderes meint.¹⁹

Die Ideologie wird der Zeitungswissenschaft zum

¹³ Thomas S. Kuhn: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Revidierte und um ein Postscriptum ergänzte Auflage*. Frankfurt a.M. 1976.

¹⁴ vgl. ausführlicher Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Fall Walther Heide. Zur Vorgeschichte der Publizistikwissenschaft*. In: *Publizistik*, Jg. 19/20 (1975/76), H. 3, 805-808.

¹⁵ vgl. Walther Heide: *Studium und Beruf*. In: ders. (Hg.): *Wie studiere ich Zeitungswissenschaft? Wegweiser durch das Studium der Zeitungswissenschaft*. Berlin 1935, 8-10; Wolfgang Müsse: *Die Reichspreseschule. Journalisten für die Diktatur? Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus im Dritten Reich*. München, New York, Providence, London, Paris 1995, 99 ff.

¹⁶ Abdruck der Satzung des DZV in Stefanie Averbeck: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft 1927-1934*. Münster 1999, 108 ff.

¹⁷ vgl. Heinrich Arimond: *Einführung in die Wissenschaft von der Publizistik auf sozialpsychologischer Grundlage*. München 1935. Zu den Vorgängen um die Dissertation: Averbeck, *Kommunikation als Prozess*, 460 ff.

¹⁸ Karl Kurth/Wolfgang Hollmann: *Die Wirkungsgesetze der Presse. Gedanken über den Zusammenhang von Volkstum und Nachrichtengestaltung*. o. O. [Essen] 1940.

¹⁹ vgl. etwa Emil Dovifat: *Die Erweiterung der zeitungskundlichen zur allgemein-publizistischen Lehre und Forschung*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 9 (1934), H. 1, 12-20.

Instrument wie im Falle Heide und sie ist zugleich – wie etwa bei Hans Amandus Münster²⁰ und Karl Kurth – echte Überzeugung.

Öffentliche Kommunikation gilt nunmehr als Propaganda, Propaganda als legitimes Volksaufklärungsmittel, Öffentlichkeit als Volksgemeinschaft der „rassisch-völkischen Gleichheit von Mitteilendem und Mitteilungsempfänger“, wie es die gerade erwähnten Nachwuchswissenschaftler Hollmann und Kurth propagieren.²¹ Dissens von Meinungen, Einstellungen oder Geisteshaltungen sparen diese beiden Ideologen der Zeitungswissenschaft ohnehin aus. Die Zeitungswissenschaft besitzt keinen politisch neutralen Forschungsgegenstand mehr.

Auf den sogenannten „Kampf um die Publizistik“, nämlich den der Befürworter und Gegner der „reinen“ Zeitungswissenschaft, sich zentrierend um Walther Heide auf der Seite der Publizistik-Gegner und um Hans Amandus Münster sowie Gerhard Menz auf der Seite der Publizistik-Befürworter soll, da weitgehend ausgeforscht, hier nicht weiter eingegangen werden: Auch dieser Kampf wurde ideologisch geführt und diente funktional dem jeweiligen persönlichen und institutionellen Machterhalt.²²

4. Entideologisierung und Rekonstruktion des Problems

Unter der Phase der Entideologisierung und der Rekonstruktion des fachlich-exklusiven Problems verstehen wir den – im Westen wie im Osten (Leipzig) des besetzten Deutschland – vollzogenen Prozess der Neuformierung des Faches in den Jahren 1945 bis 1947. Zumindest ein impliziter Konsens besteht über den von Walter Hagemann bereits 1947 formulierten, sogenannten „publizistischen Prozess“ als Formalobjekt der Disziplin.²³ Dieses Stadium endet in der Bundesrepublik Deutschland, die wir hier ausschließlich thematisieren, mit der sog. „Entgrenzung“ der Publizistik und der Definition von Kommunikation sui generis (jegliche Formen von Kommunikation; insbesondere der kommunikative Prozess) als fachlich-exklusives Formalobjekt in der zweiten Hälfte bzw. am Ende der 1950er Jahre.

Explikation

Ungeachtet aller terminologischen Unterschiede zwischen den wenigen Fachvertretern und der differierenden Bezeichnungen ihrer Professuren und Institute wird als fachlich-exklusives Formalobjekt die durch Medien hergestellte öffentliche Kommunikation verstanden. Spätestens das erstmalige Erscheinen des neuen Fachorgans *Publizistik* signalisiert im Jahre 1956 auch überuniversitär einen fachinternen Konsens über dieses Formalobjekt, nicht unbedingt aber über die spezifische Erkenntnisperspektive. Es signalisiert zugleich seine abgrenzende Funktion gegenüber anderen Disziplinen.

Es wird nur cursorisch an den Kenntnisstand des Faches angeknüpft, der im Stadium der Problemdefinition in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre schon erreicht war. Dem für die soziale Kommunikation in dieser Phase als konstitutiv erkannten prozesshaften Geschehen wird in letzter Konsequenz nicht gefolgt. Die vom Formalobjekt hergeleitete dominante Erkenntnisperspektive ist vielmehr stark überformt durch die Erfahrung der Instrumentalisierung öffentlicher medialer Kommunikation durch die Diktatur und während des Krieges und des in dieser Zeit fermentierten hierarchischen Gesellschaftsbildes: Öffentliche Kommunikation wird überwiegend als einseitig gerichtete, mediale Information und beabsichtigte Persuasion verstanden und als solche beschrieben und systematisiert.²⁴ Ein theoretisch innovatives Verständnis von gesellschaftlicher Kommunikation auf der Grundlage einer Vermittlungsfunktion ist zwar im Denkhorizont einiger Fachvertreter erkennbar, etwa bei Aswerus²⁵, wird aber – wie bei Hagemann als Sonderfall normativ an eine Bildungs- und Funktionsebene gebunden und damit letztlich nicht als das fachlich-charakteristische Formalobjekt theoretisch begründet und formuliert.

Materiale Objekte bilden sämtliche publizistische Medien. Ausgeprägt, zumal in der studentischen Forschung (Dissertationen), ist die Analyse historischer Phänomene medialer Information und Persuasion sowie ihrer Strukturen (insbesondere während des „Dritten Reiches“ und des Zweiten

²⁰ vgl. etwa Hans Amandus Münster: *Zeitung und Politik. Eine Einführung in die Zeitungswissenschaft*. Leipzig 1935.

²¹ vgl. Kurth/Hollmann, *Wirkungsgesetze der Presse*, 16.

²² vgl. ausführlich Bettina Maoro/Dirk Neugebauer: *Hubert Max (1909-1945)*. In: Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben*

biographische Studien. Köln 1984, 127-167.

²³ Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik*. 1. Aufl. Münster 1947.

²⁴ vgl. statt anderer Hagemann, *Grundzüge der Publizistik*.

²⁵ vgl. Bernd Aswerus: *Zeitung und Zeitschrift. Das Zeitgespräch der Gesellschaft*. München 1953.

Weltkrieges). Diese neuerliche, starke Orientierung am Materialobjekt ist wohl auch mit dem Bedürfnis nach einer neuen Selbstvergewisserung des Faches zu erklären.

Die Entideologisierung vollzieht sich nicht explizit, etwa durch die öffentliche Distanzierung oder zumindest die Reflexion der nationalsozialistischen zeitungswissenschaftlichen Forschung, Lehre und Fachpolitik. Sie erfolgt implizit durch die Erarbeitung neuer Lehrbücher²⁶ und – in einigen wenigen, aber markanten Fällen – durch Neuauflage von Lehr- und Handbüchern unter Entfernung der ehemals NS-ideologischen, rassistischen und antisemitischen Ausführungen.²⁷

Die Ausbildungskompetenz und das Ausbildungsziel bleiben diffus. Zwar dürften die Fach-

vertreter der Auffassung gewesen sein, dass das Fachstudium besonders für eine journalistische Tätigkeit qualifiziere, und die Mehrzahl der Studierenden und Absolventen des Faches sind wahrscheinlich auch in journalistische Berufsfelder gelangt. Allein aber schon wegen seiner schwachen Strukturen ist das Fach jedoch mehr denn je davon entfernt, Exklusivität für die Ausbildung und den Zugang zum Journalismus beanspruchen zu können.

Auch das Fremdbild der exklusiven Problemlösungskompetenz des Faches ist diffus. Es gerät dort in Konflikt mit dem Medien- und Journalismussystem, wo dessen Normen und Werte in Frage gestellt werden, etwa durch methodisch innovative Analysen der Zeitung oder das Dogma vom Journalismus als Begabungsberuf und dem von ihm hergeleiteten freien Zugang zu ihm.²⁸

Dr. Stefanie AVERBECK (1967)

Wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig. Studium der Politologie und Romanistik. Promotion 1999 zur Theoriegeschichte der Weimarer Zeitungswissenschaft.

Univ.-Prof. Dr. Arnulf KUTSCH (1949)

Seit 1993 Professor für Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft an der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Kommunikationsgeschichte, Disziplinengeschichte, Mediengeschichte, Medienforschung.

²⁶ vgl. Hagemann, *Grundzüge der Publizistik*.

²⁷ vgl. Emil Dovifat: *Zeitungswissenschaft I und II*. 5. Aufl. Berlin 1955.

²⁸ Zu den Schwierigkeiten der „Gründerjahre“ in der BRD

auch: Horst Pöttker/Arnulf Kutsch (Hg.): *Kommunikationswissenschaft autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*. (Sonderheft 1 der *Publizistik*). Opladen 1997.

Literatur – Auswahl Sekundärliteratur

Anschlag, Dieter: *Wegbereiter im Exil. Kurt Baschwitz: Journalist und Zeitungswissenschaftler*. Münster, Westf. 1990.

Averbeck, Stefanie: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft*. Münster 1999.

Averbeck, Stefanie: *Die Emigration der Zeitungswissenschaft nach 1933 und der Verlust der sozialwissenschaftlichen Perspektiven in Deutschland*. In: *Publizistik*, 46. Jg. 2001, Nr. 1, 1-19.

Benedict, Klaus-Ulrich: *Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist*. Mainz 1986.

Bohrmann, Hans: *Grenzüberschreitung? Zur Beziehung von Soziologie und Zeitungswissenschaft in Deutschland*. In: Sven Papcke (Hg.): *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*. Darmstadt 1986, 93-112.

Bohrmann, Hans/Kutsch, Arnulf: *Karl d'Estes (1881-1969). Anmerkungen aus Anlaß seines 100. Geburtstages*. In: *Publizistik*, 26. Jg. 1981, Nr. 4, 575-603.

- Bohrmann, Hans/Kutsch, Arnulf: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich, Teil 1-4*. In: *Rundfunk und Geschichte*, 1. Jg. 1975, Nr. 3, S. 8-11; 2. Jg. 1976, Nr. 1, 17-21; Nr. 2, 14-16.
- Vom Bruch, Rüdiger: *Zeitungskunde zwischen Historie und Nationalökonomie. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Publizistik als Wissenschaft im späten deutschen Kaiserreich*. In: *Publizistik*, 25. Jg. 1980, Nr. 4, 579-607.
- Vom Bruch, Rüdiger/Otto B. Roegele: *Von der Zeitungskunde zur Publizistik. Biographisch-institutionelle Stationen der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M. 1986.
- Vom Bruch, Rüdiger: *Zeitungskunde und Soziologie. Zur Entwicklungsgeschichte der beiden Disziplinen*. In: Manfred Bobrowsky/Wolfgang R. Langenbacher (Hg.): *Wege zur Kommunikationsgeschichte*. München 1987, 138-150.
- Bursian, Hans: *Max Fleischmann und das Institut für Zeitungswesen der Universität Halle/Wittenberg*. In: *Publizistik*, 36. Jg. 1991, Nr. 4, 481-493.
- Duchkowsch, Wolfgang: *Zeitungswissenschaft „an der schönen heimatlichen Donaustadt“*. Aufbau, Einrichtung und Funktion des Wiener Instituts für Zeitungswissenschaft. In: Gernot Heiß/Siegfried Mattl/Sebastian Meissl u.a. (Hg.): *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien*. Wien 1989, 155-177.
- Groth, Otto: *Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft. Probleme und Methoden*. München 1948.
- Große, Alfred: *Wilhelm Kapp und die Zeitungswissenschaft. Geschichte des Instituts für Publizistik- und Zeitungswissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. 1922-1943*. Münster, New York 1989.
- Haas, Hannes: *Die späte Einsicht. Ein Essay über die fehlende Aufarbeitung der Rolle der Zeitungswissenschaft zwischen 1933 und 1945*. In: *Medien & Zeit*, 2. Jg. 1987, Nr. 4, 3-11.
- Haas, Hannes: *Zeitungswissenschaft und Communications Research 1918-1945. Ein methodologischer, theoretischer und paradigmatischer Vergleich*. In: Oliver Rathkolb/Wolfgang Duchkowsch/Fritz Hausjell (Hg.): *Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreichs Medien*. Salzburg 1988, 525-272.
- Hachmeister, Iutz: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. Berlin 1987.
- Hardt, Hanno: *Social theories of the press. Constituents of communication research 1840s to 1920s*. Second Edition. New York et. al. 2001.
- Hemels, Joan/Kutsch, Arnulf/Schmolke, Michael (Hg.): *Entgrenzungen. Erinnerungen an Henk Prakke*. Assen 2000.
- Heuser, Hans-Joachim: *Zeitungswissenschaft als Ständespolitik. Martin Mohr und das „Deutsche Institut für Zeitungskunde“ in Berlin*. Münster, Hamburg 1994.
- Joußen, Wolfgang: *Massen und Kommunikation. Zur soziologischen Kritik der Wirkungsforschung*. Weinheim 1990.
- Klose, Hans-Georg: *Die Zeitungswissenschaft in Köln. Ein Beitrag zur Professionalisierung der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. München et. al. 1989.
- Kutsch, Arnulf (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*. Köln 1984.
- Kutsch, Arnulf: *Das Medium als Gegenstand der Wissenschaft. Ansätze einer Rundfunkforschung an der Universität Heidelberg 1932/33*. In: *Rundfunk und Geschichte*, 10. Jg. 1984, Nr. 4, 308-325.
- Kutsch, Arnulf: *Die Rundfunkforschung an der Universität Leipzig in den Jahren 1924-1945. Ein Überblick*. In: *Rundfunk und Geschichte*, 20. Jg. 1994, Nr. 1, 17-29.
- Kutsch, Arnulf: *Die Emigration der deutschen Zeitungswissenschaft ab 1933. Anmerkungen zu einem vergessenen Thema*. In: *Medien & Zeit*, 3. Jg. 1988, Nr. 1, 5-31.
- Kutsch, Arnulf/Averbeck, Stefanie: *Publizistische Wissenschaft versus Zeitungskunde*. In: Karl Jaeger – Mitteilung statt Medium. Probleme, Methoden und Gegenstände der publizistischen Wissenschaft. Hrsg. von Arnulf Kutsch und Stefanie Averbeck. München 2000, 259-297.
- Langenbacher, Wolfgang (Hrsg.): *Otto Groth: Vermittelte Mitteilung. Ein journalistisches Modell der Massenkommunikation*. München 1998.
- Leemans, Victor: *Pers en Universiteit in Duitsland. Een inleidende studie*. Kortrijk 1932.
- Lerg, Winfried B.: *Das Gespräch. Theorie und Praxis der unvermittelten Kommunikation*. Düsseldorf 1970.

- Maoro, Bettina: *Die Zeitungswissenschaft in Westfalen 1914-45. Das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Münster und die Zeitungsforschung in Dortmund*. München 1987.
- Obst, Bernhard: *Ein Heidelberger Professorenstreit. Die Auseinandersetzung zwischen Adolf Koch und Max Weber 1910-1914*. Köln 1987.
- Pöttker, Horst: *Ferdinand Tönnies und die Schweigespirale. Zur Mutation einer Theorie über die öffentliche Meinung*. In: Günter Bentele/Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation*. München 1993, 202-213.
- Pöttker, Horst: *Wissenssoziologische Konzepte bei Theodor Geiger und Jürgen Habermas*. In: Siegfried Bachmann (Hg.): *Soziologie in einer Zeit „zwischen Pathos und Nüchternheit“*. Beiträge zu Leben und Werk. Berlin 1995, 118-143.
- Reimann, Horst: *Publizistik und Soziologie. Anfänge in Heidelberg. Zur Begründung des Instituts für Zeitungswesen an der Ruperto Carola vor 60 Jahren*. In: *Publizistik*, 31. Jg. 1986, Nr. 3-4, 328-345.
- Reimann, Horst: *Die Anfänge der Kommunikationsforschung. Entstehungsbedingungen und gemeinsame europäisch-amerikanische Entwicklungslinien im Spannungsfeld von Soziologie und Zeitungswissenschaft*. In: Max Kaase/Winfried Schulz (Hrsg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Opladen 1989, 28-45.
- Rühl, Manfred: *Eine funktionale Sichtweise der Publizistikwissenschaft – vor Parsons, Merton et al. Anmerkungen zum Werk von Alfred Peters*. In: Manfred Bobrowsky/Wolfgang R. Langenbacher (Hg.): *Wege zur Kommunikationsgeschichte*. München 1987, 183-199.
- Schmidt-Fischbach, Patricia: *Karl Knies und die Fundamental-Kategorien des Nachrichtenverkehrs*. In: Hans Wagner (Hg.): *Idee und Wirklichkeit des Journalismus. Festschrift für Heinz Starkulla*. München 1988, 151-164.
- Straetz, Sylvia: *Hans Amandus Münster (1901-1963). Sein Beitrag zur Entwicklung der Rezipientenforschung*. Frankfurt a.M. 1984.
- Sösemann, Bernd (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin 1998.
- Sösemann, Bernd (Hg.): *Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biografie und Werk*. Stuttgart 2001.
- Syszka, Peter: *Die Zeitungswissenschaft in Nürnberg (1919-1945). Ein Hochschulinstitut zwischen Praxis und Wissenschaft*. Nürnberg 1990 (= Phil. Diss. Münster 1987).
- Urban, Regina/Herpolsheimer, Ralf: *Franz Alfred Six (geb. 1909)*. In: Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. Köln 1984, 169-214.
- Versluys, Nicolaas Jan Derk: *Journalistiek en Wetenschap. Een studie van de betrekkingen tusschen journalistiek en sociale wetenschap*. Amsterdam, Paris 1936.
- Vogler, Lucia: *Entwicklung und Stand der Zeitungswissenschaft an den Universitäten und Hochschulen. Von der Betrachtung zur wissenschaftlichen Forschung des Phänomens Publizistik*. Phil. Diss. Wien 1957.
- Zimmermann, C.: *Filmwissenschaft im Nationalsozialismus*. In: Armin Kohnle/Frank Engehausen (Hg.): *Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag*. Stuttgart 2001.

Emil Dovifat, Karl d'Ester und Walter Hagemann*

Die Wiederbegründung der Publizistik in Deutschland nach 1945

Rudolf Stöber

Vorgeschichte

Nach 1945 musste sich die Publizistikwissenschaft zunächst bescheiden. Von ehemals 17 reichsdeutschen Instituten hatten nur drei überlebt.¹ Der folgende Beitrag gilt der Darstellung dieser drei westdeutschen Institute in den ersten Nachkriegsjahren. Das vierte Institut, das der Leipziger Universität, kann hier nicht behandelt werden.²

Der Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit gewährt interessante Einblicke in die Entwicklung der Disziplin von der geisteswissenschaftlich orientierten Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Zudem ist die Betrachtung ein interessantes hermeneutisches Lehrstück. Es lässt sich zeigen, wie wichtig es ist, Argumente mit Interessen zu verbinden und Aussagen mit denen früherer Zeit oder anderer Herkunft zu vergleichen, um zu einem quellenkritisch abgesicherten Urteil zu kommen. Wenn in diesem Aufsatz zum Teil umfangreicher zitiert wird, als dies für die reine Feststellung der Sachaussagen nötig wäre, so vor allem, um argumentative Nuancen deutlich zu machen, weniger jedoch, um ein bestimmtes Zeitkolorit oder ein Psychogramm der Handelnden zu erstellen.

Zu den Handelnden und Betroffenen Karl d'Ester, Emil Dovifat und Walter Hagemann gibt es gute Einzeldarstellungen. D'Ester erfuhr eine

ausführliche Kritik anlässlich seines 100. Geburtstags durch Hans Bohrmann und Arnulf Kutsch³, Dovifats Bemühungen um die Wiederbegründung des Berliner Instituts wurden jüngst eingehend von Andreas Kübler⁴ gewürdigt und Hagemanns Schicksal in Münster wurde vor mehr als zehn Jahren quellenkritisch von Anja Pasquay⁵ beschrieben.

Eine vergleichende und quellenkritische Darstellung steht aus. Auch dieser Beitrag wird sie nicht schreiben, das verästelte Thema kann man nicht auf wenigen Seiten schildern. Es wäre aber lohnend, einmal eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Disziplin im 20. Jahrhundert zu schreiben, denn nach 1945 lässt sich nichts verstehen, ohne dass ein Blick auf die Zeit davor geworfen wird. Auch zielt eine auf die Literatur und das wissenschaftliche Werk der Beteiligten gerichtete Betrachtung zu kurz, wie sie Hachmeister⁶ vorgelegt hat, weil es nicht nur um Wissenschaft und Ideologie, sondern vor allem und immer wieder um Macht, Einfluss, Beteiligung und Stellen, Sympathien und Antipathien – kurz um allzu Menschliches ging, das sich nicht den Publikationen entnehmen lässt.

Um es vorweg zu nehmen: Unter den Beteiligten finden sich weder Lichtgestalten noch Dunkel männer. Jan Tonnemachers Bemerkung auf dem Dovifat-Symposium von 1991, es gebe „Licht und Schatten“, besitzt ihre Gültigkeit auch für d'Ester und Hagemann. Zwar lässt sich die

* Ich danke ganz herzlich Horst Hagemann und Dorothe von Dadelsen (geb. Dovifat) für die Erlaubnis, Akten, die ihre Väter betreffen, einzusehen. Mein Dank gilt außerdem Hans Bohrmann, Kurt Koszyk und Walter J. Schütz für ihre Auskünfte und den freundlichen Archivaren des LA Berlin, GStA Berlin-Dahlem, UA Humboldt, UA Münster, UA München und HStA München für ihre Hilfestellung.

¹ Stand der Zeitungswissenschaft in Deutschland 1946. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), unfoliiert, Anlage zu d'Ester an Prodekan Scharff, Schreiben vom 8.2.1946. In: ebda.

² Hier kann nur darauf hingewiesen werden, dass das Leipziger Institut erst im Juni 1949 nach einer Reihe von Übergangslösungen wieder gegründet wurde. Daneben gab es in SBZ und DDR weitere Institutsgründungen, die

aber zum Teil über das Versuchsstadium nicht hinausgekommen sind.

³ Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Karl d'Ester (1881-1960). Anmerkungen aus Anlaß seines 100. Geburtstages*. In: *Publizistik*, Jg. 26 (1981), 575-603.

⁴ Andreas Kübler: *Emil Dovifat und das Institut für Publizistik*. In: Bernd Sösemann/i.Zus.Arb.m./Gunda Stöber (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998. 325-403.

⁵ Anja Pasquay: *Zwischen Tradition und Neubeginn. Walter Hagemann in Münster*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roeggele (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*. Frankfurt 1986. 249-273.

⁶ Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaften in Deutschland*. Berlin 1987.

Geschichte der Institute nicht auf die Personen reduzieren, doch gerade in der Anfangszeit pasierte wissenschaftlich wenig, weil zumindest zwei der Beteiligten alle Hände voll damit zu tun hatten, wieder in Amt und Würden sowie an Brot zu gelangen.

Karl d'Ester war der erste Wissenschaftler, der in Deutschland einen Lehrstuhl für „Zeitungswissenschaft“ erhielt. Die Dissertation von 1907 handelte von der Pressegeschichte Westfalens vor 1813. Vor und nach dem Ersten Weltkrieg unterrichtete er als Gymnasiallehrer. 1919 habilitierte er sich in Münster, die Bücher-Nachfolge in Leipzig hatte er 1921 abgelehnt. 1923 wurde er nichtbeamteter Professor in Münster, 1924 folgte ein Ruf nach München. 1926 begründete er mit Walther Heide die erste deutsche Fachzeitschrift, die *Zeitungswissenschaft. Monatsschrift für internationale Zeitungsforschung (ZW)*.⁷ D'Ester war rheinländischer Katholik, das hatte er mit Dovifat und Hagemann gemeinsam. Ansonsten unterschied er sich von beiden deutlich. Er war der Älteste, Jahrgang 1881, und leitete wohl aus drei Faktoren, aus dem Alter, der Erstberufung als Zeitungswissenschaftler und der Habilitation, für ein Leben lang das Senioritätsprinzip ab.

Emil Dovifat war knapp zehn Jahre jünger – Ende 1890 geboren –, hatte mit einer Arbeit über „Die öffentliche Meinung in Sachsen um das Jahr 1840“ promoviert, war Journalist geworden und als Seiteneinsteiger durch den für ihn glücklichen Umstand, dass Martin Mohr 1927 so früh verstorben war, in die Leitung des Berliner „Deutschen Instituts für Zeitungskunde“, später „Institut für Zeitungswissenschaft“,⁸ berufen worden. Ihm hatten dabei seine Kontakte und Beziehungen als Vertreter journalistischer Standesinteressen sehr genützt: Einerseits hatte er sich als harter, christlich-gewerkschaftlicher Interessenvertreter profiliert, andererseits war in den Verhandlungen mit den Verlegern schon frühzeitig deutlich geworden, dass er imstande war, rechtzeitig Kompromisse zu schließen.⁹

Walter Hagemann war nochmals zehn Jahre jünger. 1900 geboren, hatte er in Berlin bei dem Volkswirtschaftler und Soziologen Werner Sombart und dem Historiker Friedrich Meinecke studiert und war 1922 mit einer Arbeit über Paolo Paruta promoviert worden. Im Unterschied zu Dovifat hatte er im Ersten Weltkrieg nicht einrücken müssen – war d'Ester hierfür zu alt, war Hagemann zu jung. Wie Dovifat war er nach dem Studium Journalist geworden. Seine Meriten verdiente er sich in der Zentrumszeitung *Germania* als außenpolitischer Redakteur. Für die Zeitungswissenschaft hatte er sich schon 1928 anlässlich der ‚Pressa‘-Ausstellung in Köln zu interessieren begonnen.¹⁰

D'Ester galt in den späten zwanziger Jahren im In- und Ausland als *der* deutsche Zeitungswissenschaftler. Mit diesem Renommee hatte er sich die Leitung der Vorbereitungskommission für die Pressa sichern können. Doch 1928 war Höhepunkt und Peripetie seiner Bedeutung. Der Berufung in München hatte er zu schnell zugesagt, so dass sein Institut beinahe ohne finanzielle Ausstattung war. Dovifat hingegen wusste für das Berliner „Deutsche Institut für Zeitungskunde“ das preußische Innenministerium, das Reichsinnenministerium, den „Verein deutscher Zeitungsverleger“ und den „Reichsverband der Deutschen Presse“ hinter sich. Sein Institut konnte Aufgaben angehen, zu denen die Münchener keine Mittel hatten. D'Ester hatte im Wesentlichen in privater Sammelleidenschaft zur Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft gefunden, in München lebte das Institut weiterhin von dem privaten finanziellen Engagement des Lehrstuhlinhabers, der – das mochte ihn nach Erich Everths Berufung von 1928 in Leipzig besonders ärgern – immer noch keine ordentliche, sondern nur eine außerordentliche Professur bekleidete. Bis zu seiner ordentlichen Professur vergingen weitere sechs Jahre und selbst die war nur *ad personam* verliehen.

Obwohl ihm andere, Everth in Leipzig und Hans von Eckardt, der „Narr von Heidelberg“,¹¹ und vor allem Dovifat in Berlin den Rang abgelaufen hatten, besaß d'Ester ein Machtmittel, die *Zeitungswissenschaft*.

⁷ Bohrmann/Kutsch, *Karl d'Ester*, 575-579.

⁸ Die Namensänderung 1934 war von Walther Heide gegen den energischen Widerstand Dovifats durchgesetzt worden.

⁹ vgl. Klaus-Ulrich Benedikt: *Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist*. Mainz 1986. (=Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen Bd 42); Joachim Heuser/Peter Szyszka: Das „Deutsche Institut für Zeitungskunde“, Berlin. *Martin*

Mohr als unfreiwilliger Wegbereiter Emil Dovifats. In: Bernd Sösemann/i.Zus.Arb.m./Gunda Stöber (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998, 33-68. Rudolf Stöber: *Emil Dovifats verbandspolitisches Engagement in der Weimarer Republik*. In: *Publizistik*, Jg. 37 (1992), H. 1, 97-112.

¹⁰ vgl. Hachmeister, *Theoretische Publizistik*.

¹¹ d'Ester an Schulz: Schreiben vom 27.2.1933. NI Schulz, IFZDo, II AK 85/70, Bl. 150.

ungswissenschaft. Die Aktivitäten der Berliner Konkurrenz waren ihm schon damals suspekt. Von dem Dovifatschen „Handbuch der Weltpresse“ hielt er nichts. Die vernichtende Rezension in der *Zeitungswissenschaft* nahm ihm Wilhelm Kapp ab.¹² In einem Schreiben an seinen Freund Erich Schulz, den Direktor der Dortmunder Stadtbibliothek, kritisierte er „die Monopoljägeri der Berliner“ und hintertrieb damit das Traub'sche Standortverzeichnis.¹³ Dovifats mehrfache Mahnungen an Erich Schulz fruchteten nichts.¹⁴ Das Traub'sche Verzeichnis musste ohne die Dortmunder Einträge erscheinen. Auch mit Hagemann war d'Ester schon während der NS-Zeit aneinander geraten. Hagemann hatte in der *Germania* einen Artikel zu verantworten, in dem d'Ester sich nicht ausführlich genug gewürdigt befunden hatte. Es war in dem Artikel um eine Ausstellung zur katholischen Presse im Vatikan gegangen. Hagemann hatte alle Vorwürfe zurückgewiesen.¹⁵ Obwohl Hagemann und d'Ester den gleichen Protegé – Walther Heide – hatten, waren sie sich schon damals nicht wohl gesonnen. Ohne eine Darlegung der Ursprünge der Rivalität wären wohl die Animositäten nach 1945 nicht verständlich. Wenn es dennoch weder vor noch nach 1945 nie zum völligen Bruch zwischen Dovifat und d'Ester kam, so dürfte das zum einen an ähnlichen Erfahrungen während der NS-Zeit und noch mehr an den gleichen Problemen, die ihnen nach 1945 aus der Vergangenheit erwachsen, gelegen haben. Dovifat schrieb für die *Katholische Nachrichten-Agentur* zu d'Esters 75. Geburtstag: „Die brutale Form der politisch-publizistischen Überwältigung durch das Hitlerregime hat auch d'Ester weit zurückgeworfen; sie verband aber alle die umso enger mit ihm, die aus Glaube und Überzeugung dem System feindlich blieben.“¹⁶

Neuanfänge 1945

Hagemann war in der NS-Zeit letzter Chefredakteur der ehemaligen zentralen Zentrums-Zeitung *Germania* gewesen, nach 1938 hatte er – wohl protegiert durch Heide und vielleicht mit Unterstützung von Dovifat – den Zwei-Mann-Nachrichtendienst *Vox Gentium* geleitet.¹⁷ Ins Rampenlicht war er kaum getreten, als Zeitungswissenschaftler hatte er sich schon gar nicht profiliert. Auch Dovifat und d'Ester waren nicht die prominentesten Fachvertreter. Beide standen als dezidiert katholische Hochschullehrer einer Riege

von nationalsozialistischen Dozenten und Professoren gegenüber, die ihnen wissenschaftlich und ideologisch das Wasser abgrub. Beide fühlten sich daher

Obwohl Hagemann und d'Ester den gleichen Protegé – Walther Heide – hatten, waren sie sich schon damals nicht wohl gesonnen.

zunächst ebenfalls in ihrer Position ungefährdet. Umso überraschter war d'Ester, den die Widerstände der Besatzungsmächte zuerst trafen, über die Schwierigkeiten, vor die ihn die Schatten der Vergangenheit seit dem Herbst 1945 stellten. Er war daran nicht unschuldig, denn in den Entnazifizierungsbefragungen konnte d'Ester nicht immer die gewünschten, präzisen Auskünfte geben. So behauptete er, 1937 aus dem NS-Lehrerbund ausgetreten zu sein, am 19. Oktober 1938 zur Dienststellung befragt, hatte er sich jedoch noch als Mitglied – unter Angabe der Mitgliedsnummer – bezeichnet.¹⁸ Auch gegenüber einem Informanten der Amerikaner gab er gewundene Erklärungen ab:

*The latter [d'Ester] gave an explanation for all his activities, but Dr. Barnett found him [...] a little to confuse and is waiting until a complete report on his case is available before passing final judgement.*¹⁹

¹² vgl. Wilhelm Kapp: „Handbuch der Weltpresse“. Eine kritische Bewertung. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 6 (1931), H. 5, 257-265.

¹³ d'Ester an Schulz, Schreiben vom 27.2.1933, NI Schulz, IFZDo, II AK 85/70, Bl. 150.

¹⁴ Dovifat an Schulz, Schreiben vom 17.6.1932, NI Schulz, IFZDo, II AK 85/70, Bl. 146; vgl. Kurt Koszyk: *Zur Geschichte des Standortkatalogs wichtiger Zeitungsbestände von 1933*. In: Hedwig Bieber/Siegfried Kutscher/Valentin Wehefritz (Hg.): *Stadtbibliothek und Regionalbibliographie. Festschrift für Hans Moritz Meyer*. Berlin 1975. 99-109.

¹⁵ Heile: *Die katholische Presse-Ausstellung*. In: *Germania*, 10.3.1935, Nr. 70, 1. Beilage, 1f. Hagemann an d'Ester, Schreiben vom 13.3.1935. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 2, Bil. 159 f.

¹⁶ Dovifat. In: KNA Nr. 284, 5.12.1956. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), unfoliiert.

¹⁷ Hagemann: Lebenslauf [undatiert]. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann). Hagemann: Lebenslauf II vom November 1947. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann); vgl. Pasquay, *Zwischen Tradition und Neubeginn*, 250 f.

¹⁸ Memo d'Ester, Anlage zu d'Ester an Rektor, Schreiben vom 28.1.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bil. 126-129; vgl. Anzeige d'Ester zur Zugehörigkeit in der NSDAP. In: ebda., Bl. 68; vgl. Fragebogen vom 10.5.1937. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), unfoliiert.

¹⁹ OMGUS Bavaria, APO 170, MGBK, 12.9.1946. In: HStA München, OMG BY 10/110-1/6, Fiche 3.

Liest man die Stellungnahme des Informanten wörtlich, so kann d'Esther immerhin zugute gehalten werden, dass er sich nicht genau erinnerte, eine angesichts der schweren Diabetes, unter der er litt, durchaus plausible Vermutung. Doch waren ungenaue Selbstauskünfte im Spätherbst 1945 nicht hilfreich.

Ende 1945 teilte das Bayerische Kultusministerium d'Esther lapidar den Beschluss der amerikanischen Besatzungsmacht mit:

*Auf Weisung der Militärregierung vom 20.12.1945 AG 014.311-GNMCU 4- werden sie mit sofortiger Wirkung von ihrem Dienst als o.Professor bei der Philos. Fakultät in München enthoben. Sie haben sich jeder weiteren dienstlichen Tätigkeit zu enthalten.*²⁰

Noch bevor d'Esther die Entscheidung der Militärregierung mitgeteilt wurde, versuchte die Universität für ihn eine Lösung zu finden und die Zeitungswissenschaft in die Staatswissenschaftliche Fakultät überzuführen.²¹ Prodekan Alexander Scharff teilte d'Esther mit, auch für ihn sei die Entlassung „völlig unerwartet“ gekommen, er werde aber „alles versuchen, um die Sache aufzuklären“.²² Zur gleichen Zeit startete d'Esther seine Entlastungsoffensive, die er unter das Motto uneigennütziger Sorge um das Fach zu stellen wusste.

Zunächst hatte er Erfolg, und Ende Februar 1946 beschloss die Militärregierung für Bayern, dass d'Esther „bis auf weiteres in [seiner] derzeitigen Stellung als Ordentlicher Professor bei der Philosophischen Fakultät der Universität München

verbleiben“ könne.²³ Auch die gesperrten Dienstbezüge wurden rückwirkend angewiesen.²⁴ Dennoch drohte weiterhin die Amtsenthebung, d'Esther fühlte sich bespitzelt und klagte: „Was hilft es, die Nazis zu beseitigen, wenn die Methoden bleiben?“²⁵ Die Klage über die Denunzianten hängt wohl mit der drohenden zweiten und als endgültig deklarierten Dienstenthebung zusammen. Diese kündigte sich schon im August 1946 an. Der Dekan der Philosophischen Fakultät beschwerte sich gegenüber dem Kultusministerium über die Entlassung. Es „dürfte [...] sich wohl um einen Irrtum handeln, da Prof. d'Esther durch Verfügung der Militärregierung Nr. V 12146 seit langem wieder in seine Stelle eingesetzt“ sei.²⁶ Das Rektorat wies sogar die Entlassungsverfügung förmlich zurück.²⁷

Das half ebenso wenig wie die Entscheidung der IX. Spruchkammer München vom 7. Oktober 1946, d'Esther sei vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 nicht betroffen.²⁸ Das OMG Bavaria plädierte trotzdem für die sofortige Suspendierung.²⁹ Am 13. November 1946 bestätigte eine erneute Weisung der Militärregierung die Dienstentlassung, weil er den „verlangten positiven politischen liberalen und sittlichen Eigenschaften“ nicht entspreche.³⁰ Erst Ende Juli des folgenden Jahres stellte die US-Militärregierung es dem Bayerischen Kultusministerium frei, bei der Wiedereinstellung d'Esters nach eigenem Ermessen zu verfahren. Auch das Spruchkammerverfahren erkannte die Militärregierung jetzt nachträglich an.³¹ Damit stand der Wiedereinstellung d'Esters nichts mehr im Wege. Am 22. September 1947

²⁰ BayrStMinKult an d'Esther, Schreiben vom 8.1.1946. In: NI d'Esther, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. Ebenfalls in: UA München, E-II-1263, (PA d'Esther), Bl. 121; vgl. BayrStMinKult an Rektor Albert Rehm, Schreiben vom 11.12.1945. In: ebda., Bl. 117; vgl. BayrStMinKult an Uni München, Schreiben vom 8.1.1946. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), unfoliiert.

²¹ Syndikus Thierfelder an d'Esther, Schreiben [Entwurf] vom 14.12.1945, abgesandt am 17.12.1945. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Esther), Bl. 120.

²² Prodekan Alexander Scharff an d'Esther, Schreiben vom 17.1.1946. In: UA München, O-N-14 (PA d'Esther), unfoliiert.

²³ BayrStMinKult an d'Esther, Schreiben vom 14.3.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Esther), Bl. 161.

²⁴ BayrStMinKult an Rektor Vossler, Schreiben vom 30.4.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Esther), Bl. 166.

²⁵ d'Esther an Syndikus Thierfelder, Schreiben vom 28.8.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Esther), Bl. 167.

²⁶ Dekan Alexander Scharff an BayrStMinKult, Schreiben vom 27.8.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA

d'Esther), Bl. 169.

²⁷ Rektor Georg Hohmann an BayrStMinKult, Schreiben [Entwurf] vom 23.9.1946, abgesandt am 26.9.1946. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Esther), Bl. 171.

²⁸ IX. Spruchkammer München an d'Esther, Schreiben vom 7.10.1946. In: NI d'Esther, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]; vgl. Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946. In: GuVBl. Bayern, Nr. 10 vom 1.7.1946, 145 ff. Auszugsweise in Steininger (1984: 135-140).

²⁹ OMG Bavaria, APO 170, AG 350-MGBAE vom 12.11.1946. In: HStA München, OMG BY 10/87-3/2, Fiche 1.

³⁰ BayrStMinKult an d'Esther, Schreiben vom 13.11.1946. In: NI d'Esther, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. Ebenfalls in: UA München, E-II-1263, (PA d'Esther), Bl. 172.

³¹ OMGUS Bavaria [an BayrMinKult], Schreiben vom 21.7.1947. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), [unfoliiert]. Ebenfalls in: NI d'Esther, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. UA München, E-II-1263, (PA d'Esther), Bl. 193; vgl. Bestätigung an d'Esther, OMGUS Bavaria an d'Esther, Schreiben vom 2.9.1947. In: ebda., Bl. 194.

konnte das Kultusministerium dem Rektorat den positiven Bescheid über die Wiedereinsetzung d'Esters zustellen.³²

Was hatte die Militärregierung bewogen, so lange Widerstand zu leisten? Wie hatte d'Ester es vermocht, sich letztlich doch durchzusetzen? Die Vorwürfe gegen d'Ester rankten sich um die Ausstellung „Der Ewige Jude“ und Heides „Handbuch der Zeitungswissenschaft“. Ob Otto Groth hinter den Denunziationen stand, ist nicht mit letzter Sicherheit zu klären – manche Indizien sprechen dafür, andere dagegen. Letztlich überwand d'Ester aber die Vorbehalte, weil er sich einerseits den Amerikanern nützlich zu machen verstand und es ihm andererseits gelang, eine beeindruckende Liste von Leumundszeugen zu sammeln und weil dabei manche seiner ehemaligen Schüler ihm ungefragt testierten.

Der erste gravierende Vorwurf betraf die NS-Ausstellung „Der Ewige Jude“. Jede Beteiligung an diesem Machwerk musste belastend wirken. Untermuert wurden die Vorwürfe von einem Brief Heides, in dem dieser sich 1941 um ein Ordinariat für d'Ester bemüht hatte und ihn lobte: „d'Ester ist Mitarbeiter und z.T. sogar Veranstalter aller einschlägigen grossen Ausstellungen wie z.B. der ‚Pressa‘ in Köln, ‚Der ewige Jude‘ in München, ‚Die italienische Presse‘ in München“.³³

Was auch immer diese Bemerkungen Wert waren, das für d'Ester 1941 positive Zeugnis hatte sich nach 1945 in sein Gegenteil verkehrt und das OMG Bavaria hatte Kenntnis von dem Brief.³⁴

Dennoch waren die Vorwürfe überzogen, nicht zuletzt der Vorwurf, die Idee zur Ausstellung stamme letztlich von d'Ester. Zumindest dies konnte er mit Hinweis auf Besprechungen der Ausstellung in NS-Zeitungen entkräften. Doch der minderschwere Vorwurf der Beteiligung – in welchem Ausmaß auch immer – war nicht zu leugnen. Darum argumentierte d'Ester, er habe

„unter Vermeidung unnötigen Aufsehens“ nur zwei bis drei französische Witzblätter und sechs bis sieben hebräische Zeitungen zur Verfügung gestellt, die nicht einmal den 3.000. Teil der Ausstellung ausgemacht hätten.³⁵

Ob d'Ester zu diesem Zeitpunkt schon mutmaßte, dass Groth hinter seiner Absetzung stecke, ist unwahrscheinlich. Bei der Organisation seiner Rehabilitierung benannte Karl d'Ester schon im Januar 1946 elf Personen jüdischen Glaubens bzw. „Halb- und Vierteljuden“, für die er sich während der NS-Zeit verwandt habe – darunter war auch Groth.³⁶ Doch Groth lieferte im Unterschied zu anderen nicht die gewünschte eidesstattliche Erklärung oder anderweitige Bescheinigung. So verdichtete sich bei d'Ester im Frühjahr 1946 die Gewissheit, Groth, dem er vor 1933 seine Sammlungen zur Verfügung gestellt hatte, habe ihn verraten. „Wenn ich diese Zeilen an Sie richte,“ schrieb er dem Dekan, „so bestimmt mich dazu nicht mein persönliches Geschick. Der Schuß eines guten ‚Freundes‘ geht – wie man so zu sagen pflegt, dieses Mal nach hinten los. Um etwas anderes geht es – um eine Sache, um die ich 40 Jahre lang gekämpft, für die ich unendlich viel gearbeitet habe – meine Disziplin.“ Während d'Ester so geschickt seine Sorge um die Wissenschaft über seine persönlichen Belange stellte, richtete er zugleich einen scharfen Angriff gegen Groth und appellierte an die Fakultät, den „Verlust“, den die Schließung des Instituts oder die Übergabe an die Staatswissenschaftliche Fakultät bedeutete, nicht unwidersprochen hinzunehmen.³⁷

Nannte d'Ester im Brief an den Dekan noch keine Namen, so wurde er gegenüber Wilhelm Klutentreter deutlicher:

*Dr. Groth hat anderen gegenüber behauptet, ich hätte ihn seit 1933 boykottiert wegen seiner halbj. Abstammung. Sie wissen, daß das Gegenteil der Fall ist. Sie haben ja erlebt, wie wir ihn stets gegen die Angriffe unterstützt haben.*³⁸

³² BayrStMinKult an Rektor Hohmann, Schreiben vom 22.9.1947. In: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), unfoliiert. Auch in: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 184f. [kopiert].

³³ Heide an Rektor Wüst, Schreiben vom 24.10.1941. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 88. Zu den Ausstellungsbeteiligungen vgl. DWD 8.12.1941, Nr. 69. In: ebd., Bl. 95. Im VB vom 10.12.1941 wurden die Ausstellungen hingegen nicht erwähnt, ebenso wenig in der *Münchner Zeitung*, vgl. ebda. Bl. 96 und 99. In der *FZ* vom 11.12.1941, Nr. 632-633, fand zwar die *Pressa*, nicht aber der „Ewige Jude“ Erwähnung. Ebda., Bl. 101.

³⁴ OMGUS Bavaria, APO 170, MGBK, 12.9.1946. In: HStA München, OMG BY 10/110-1/6, Fiche 3.

³⁵ d'Ester, Memo zur Ausstellung der „Ewige Jude“ vom 31.1.1946. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

³⁶ Tatsachen, [undatiert, zwischen Entlastungsschreiben]. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

³⁷ d'Ester an Prodekan Scharff, Schreiben vom 8.2.1946. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), unfoliiert.

³⁸ d'Ester an Klutentreter, Schreiben vom 24.6.[4.]1946. In: NI Klutentreter, IFZDo, 88/124-3 [unfoliiert].

Diese Sätze sollten Klutentreter, 1937 bis 1940 zeitungswissenschaftlicher Assistent und Leiter der „Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung“ in München und anschließend bis 1942 Zeitungswissenschaftler in Köln, wohl eine entsprechende schriftliche Äußerung anempfehlen. Der aber antwortete ausweichend:

Was den Fall Dr. Groth betrifft, so kann ich Ihnen dazu nur Folgendes sagen: Während meiner Assistentenzeit hat Herr Dr. Groth keinerlei Verbindung zum Institut oder zur ZVM gepflogen, obwohl ihm das keineswegs verwehrt war.³⁹

Nachdem der erste Versuch nicht das gewünschte Ergebnis gezeitigt hatte, wurde d'Ester im September deutlicher. Er verlangte von Klutentreter, dass er bescheinige, dass das Institut Groth immer zuvorkommend behandelt habe und dass seitens der Studentenschaft das Material für die Ausstellung „Der Ewige Jude“ herausgegeben worden sei und dass der „Leiter des Instituts“, also d'Ester, das „nicht verhindern“ habe können. Klutentreter, der seine Habilitation bei d'Ester wieder aufnehmen wollte, sagte ihm umgehend die Bestätigung zu.⁴⁰ Aber obwohl die Entlastung durch Klutentreter bestellt war, gibt es einen vergleichbaren Vorgang, der der d'Esterschen Lesart durchaus Glaubwürdigkeit verleiht. 1935 hatte d'Ester nämlich die Gründung des Königsberger Instituts und dessen Gründer Franz Alfred Six boykottiert, so dass Heide ihn ermahnen musste, „aus psychologischen Gründen [sei zu] begrüßen, wenn München an der Spende der Institute für Königsberg besonders stark beteiligt würde.“⁴¹ Genützt hatte die Klutentretersche Entlastung zunächst nichts und inzwischen verfestigte sich das Feindbild Groth bei d'Ester weiter. Noch

D'Ester hat immer behauptet, die mit seinem Namen gezeichneten Artikel stammten in ihren nationalsozialistischen Passagen nicht von ihm.

Anfang 1946 hatte er geglaubt, Groth zu seinen Freunden rechnen zu dürfen, eine Freundschaft, die er auf ihr Verhältnis vor 1945 zurückführte. Er habe seine schützende Hand über Groth gehalten und ihm die Arbeit im Institut ermöglicht und schrieb:

wie mir der Dekan der Philosophischen Fakultät [Aloys Wenzl] am 2. November 1946 mitteilte, hat sich der Dr. G. in meiner Fakultät beworben, nachdem dieses Bemühen kurz zuvor bei der staatswissenschaftlichen Fakultät vergebens war. Ich stelle ausdrücklich fest, dass mir Dr. G. von seinem Vorhaben nichts gesagt hat, obwohl ich noch vor wenigen Tagen freundschaftlich mit ihm sprach. Ich bin auch in keiner Weise an der Ablehnung seiner Gesuche beteiligt und werde jeden, der Gegenteiliges behauptet, gerichtlich belangen.⁴²

Ob Groth sich tatsächlich beworben hat, ist auch aus den Akten des Kultusministeriums nicht ersichtlich. Aber die Sondierung der Universität bei Groth im Frühjahr 1947 spricht eher dafür, dass die Aktivitäten von universitärer Seite ausgegangen sind.⁴³ Der Dekan musste allerdings d'Ester gegenüber die Sache aus nahe liegenden Gründen anders herum erzählen. Bei d'Ester, der sich schon mehrfach Einflüsterungen gegenüber kritiklos gezeigt hatte und der darüber hinaus auch handfeste Gründe für sein Misstrauen gegenüber Groth besaß, fielen solche Worte auf fruchtbaren Boden. Gegen eine Bewerbung Groths spricht zudem, dass er einen Angriff auf Dovifat in der *Neuen Zeitung* nicht mit einem weiteren auf d'Ester verbunden hatte.⁴⁴ Außerdem hatte er inzwischen die Journalistenschule gegründet. Und es erscheint zumindest zweifelhaft, ob Groth in seinem Alter – er war 1876 geboren – noch zwei Aufgaben schultern wollte. Für die Aktivität der Universität spricht schließlich drittens ihr weiteres Vorgehen im Frühjahr 1947.

³⁹ Klutentreter an d'Ester, Schreiben vom 21.5.1946, NI Klutentreter, IFZDo, 88/124-3 [unfoliiert]; vgl. Arnulf Kutsch: *Wilhelm Klutentreter (1908-1986)*. In: *Publizistik*, Jg. 31 (1986), H. 4, 429-434.

⁴⁰ d'Ester an Klutentreter, Schreiben vom 21.9.1946. In: NI Klutentreter, IFZDo, 88/124-3 [unfoliiert]; vgl. Klutentreter an d'Ester, Schreiben vom 2.10.1946. In: ebd. Zu den Bemühungen Klutentreters, seine Habilitation wieder aufzunehmen: Klutentreter an d'Ester, Schreiben vom 3.11.1945. In: ebd.; d'Ester an Klutentreter, Schreiben vom 26.11.1945. In: ebd.; vgl. d'Ester an Klutentreter, Schreiben vom 18.10.1945. In: ebd.

⁴¹ Heide an d'Ester, Schreiben vom 3.5.1935. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 10, Bl. 107.

⁴² d'Ester: Die Münchener Zeitungswissenschaft und Dr. Otto Groth, undatierte MS [kurz nach dem 2.11.1946]. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 8, Bl. 14-18.

⁴³ Groth sei „ja als Sachkenner unbestritten [...] und noch sehr frisch“. Rektor Uni München an Dekan der Phil. Fak., Schreiben vom 28.4.1947. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁴⁴ *Neue Zeitung* vom 28.10.1945. Zit. n. Benedikt, *Emil Dovifat*, 183.

Das Rektorat der Münchener Universität ging noch Ende April 1947 davon aus, dass d'Esters „wahrscheinlich nicht zurückkommen [werde], weil er an der Ausstellung ‚Der Jude‘ [!] beteiligt gewesen sei. Dies ist eine besonders heikle Sache, die von den Amerikanern sehr übel genommen wird.“⁴⁵ (Diese Zeilen befinden sich heute im Nachlass d'Esters, können ihm allerdings erst später zur Kenntnis gelangt sein.) Zur gleichen Zeit machte die Universität d'Esters weiterhin Hoffnungen: „Ich“, schrieb Dekan Wenzl, „habe eine neuerliche Anfrage an das Rektorat geleitet, ob es nicht möglich wäre, die Lage, die ich durchschauen kann, soweit zu klären, dass wir Sie möglichst bald wieder gewinnen.“⁴⁶ Und Dekanat und Rektorat überlegten, die kommissarische Besetzung des Münchner Lehrstuhls Dovifat anzutragen. Im Mai wurde bei diesem angefragt.⁴⁷ Dovifat wollte allerdings die Position Groths, „der wie ich höre, auf die Entscheidung der amerikanischen Militärregierung nicht ohne Einfluss ist [und] gegen mich ebenso steht wie gegen Professor d'Esters“, geklärt wissen. Auch müsse die Stellungnahme der Amerikaner selbst deutlich sein, weil er sich „eine Ablehnung ersparen“ wollte.⁴⁸ So verging das Sommersemester 1947, ohne dass eine Entscheidung fiel.

Zu den Vorwürfen im Zusammenhang mit der Ausstellung kamen jene, die an strittige Passagen im „Handbuch der Zeitungswissenschaft“ anknüpften. Das OMG Bavaria hatte eine ganze Liste inkriminierender Textstellen gesammelt.⁴⁹ D'Esters hat immer behauptet, die mit seinem Namen gezeichneten Artikel des „Handbuchs der Zeitungswissenschaft“ stammten in ihren nationalsozialistischen Passagen nicht von ihm. Unterstützend verschaffte er sich eine eidesstattliche Versicherung des Chefredakteurs des „Handbuchs der Zeitungswissenschaft“, Dr. Ernst Herbert Lehmann:

Die Beiträge Professor d'Esters wurden oft will-

kürlich verändert, da der Autor als Gegner des Nationalsozialismus und Militarismus bekannt war.⁵⁰

Ob die Erklärung analog zu der Klutentreters bestellt war, lässt sich nicht mehr mit letzter Gewissheit klären, und wie sie zu bewerten ist, ebenfalls nicht. Sicherlich war die Floskel „Gegner des Nationalsozialismus und Militarismus“ nach 1945 opportun und dürfte darum ein nachträgliches Konstrukt sein. Auch muss in Rechnung gestellt werden, dass Walther Heide, der Freund d'Esters und Herausgeber des Handbuchs, sicher keine willkürliche Veränderungen zugelassen hätte, wenn d'Esters gegen sie protestiert hätte. Zudem ist zu bedenken, dass Hermann Hart, der zweite Redakteur, ein Schüler d'Esters war. Wenn eine Redaktion der d'Esterschen Artikel im Sinne nationalsozialistischer Linie stattgefunden haben sollte, dann hätte ein Protegé in die Texte seines Fürsprechers eingegriffen. Das ist wenig glaubhaft, es sei denn, Hart wollte d'Esters schützen. Ob Hart allerdings Distanz zwischen den Zeilen entfernt hätte, ist zweifelhaft, da sich Hart im Krieg selbst vom Nationalsozialismus entfernt hatte.⁵¹ Allenfalls spricht für die inhaltliche Richtigkeit der eidesstattlichen Erklärung, dass d'Esters so manches Manuskript in verbesserungsbedürftigem Zustand ablieferte. Denkbare redaktionelle Eingriffe hätten also durchaus – und anders als es d'Esters nachher darstellte – gut gemeint sein können.⁵² Die Organisation seiner Verteidigung bestand also zum Teil darin, dass d'Esters Entlastungsschreiben und „Persilscheine“ von seinen Schülern erbat, vorzugsweise von solchen, die in der NS-Zeit selbst unter Druck geraten waren oder die wegen ihrer damaligen Funktionen die einzigen waren, die einen bestimmten Vorgang bestätigen oder widerlegen konnten. Nicht alle Entlastungsschreiben waren jedoch bestellt, er

⁴⁵ Rektor Uni München an Dekan der Phil. Fak., Schreiben vom 28.4.1947. In: NI d'Esters, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁴⁶ Dekan Wenzl an d'Esters, Schreiben vom 23.4.1947. In: UA München, O-N-14, (PA d'Esters), [unfoliiert]; vgl. d'Esters an Dekan Wenzl, Schreiben vom 20.4.1947. In: ebda.

⁴⁷ Syndikus der Universität München, Aktenvermerk vom 21.4.1947. In: NI d'Esters, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]; Dekanat der Phil. Fak. Universität München an Emil Dovifat, Schreiben vom 10.5.1947. In: ebda.

⁴⁸ Dovifat an Universität München, Phil. Fak., Schreiben vom 29.5.1947. In: NI d'Esters, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁴⁹ OMGUS Bavaria, Bericht über charakterliche Ansichten d'Esters vom 24.9.1946. In: HStA München, OMG BY 10/110-1/6, Fiche 2.

⁵⁰ Ernst Herbert Lehmann, Eidesstattliche Versicherung vom 3.2.1947. In: NI d'Esters, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁵¹ vgl. Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Beitrag „Emigrantenpresse“ im „Handbuch der Zeitungswissenschaft“ (1940) und sein Autor Hermann Hart*. In: Hanno Hardt/Elke Hilscher/Winfried B. Lerg (Hg.): *Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933-1945*. (=Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 30). München, New York, London, Paris 1979, 443-473, hier 446-454.

⁵² Auskunft von Hans Bohrmann am 1.12.1998.

erhielt auch ungefragt Unterstützung.⁵³ D'Ester erhielt beeindruckend viele (132) Schreiben und Petitionen. Die Schreiben an die Militärregierung und die eidesstattlichen Versicherungen stammten von Schülern, Kollegen, Geistlichen, Journalisten etc. In der Verteidigungsschrift von d'Ester „Gib Rechenschaft von deiner Verwaltung“ sind etliche enthalten.⁵⁴ Doch manche, wie Otto Groth, entlasteten ihn nicht und fehlen auch hier. Daneben bemühte d'Ester sich um Kontakte zu den Amerikanern. Denn wenn er auch glaubte, dass diese keine realistische Vorstellungen von den innerdeutschen Zuständen während der NS-Diktatur entwickelten, so war ihm doch klar, dass gegen die Amerikaner nichts zu bewegen war. Schon unmittelbar nach Kriegsende startete d'Ester einen ersten Versuch. In einem Schreiben an die Militärverwaltung betonte er seine Weigerung, in die Partei einzutreten. Er habe Material über die Zeit gesammelt, um die „mad ideas taught by nazi's press bosses“ zu dokumentieren. Er könne vergleichende Veranstaltungen zu den Themen: Heeresberichte der US-Armee und der Wehrmacht, Unterschied zwischen der freien US-Presse und der NS-Propaganda und über den Unterschied zwischen der US-Presserechtsprechung und dem „sound instinct of the peoples' Judgement' in Hitler-Germany“ machen.⁵⁵ Anfang 1947 rekonstruierte d'Ester im Auftrag der Historical Division der US-Armee die Reste seiner eigenen Sammlung und erwartete eine feste Anstellung bei der Historical Division, die ihm kurz darauf bestätigt wurde. D'Ester unterstützte die Historical Division bei der Erstellung einer Studie über die deutsche psychologische Kriegsführung.⁵⁶

D'Ester war kein „guter Nationalsozialist“, das hatte ein NS-Gutachten selbst bestätigt.⁵⁷ Auch etliche d'Estersche Handlungen während der zwölf Jahre bestätigen die Einschätzung des NS-

Dozentenbundes. Ungeschützt beschrieb er Erich Schulz das Frühjahr 1933 als eine

*Zeit, wo es wahrlich eine Lust ist zu leben – vorausgesetzt, dass man einen Mercedeswagen à la Goebbels und Hitler hat – in einer Zeit, wo Herr Goebbels in einer Versammlung erklären kann, für Berlin genügt zwei Zeitungen. So etwas ist doch ein heller Wahnsinn.*⁵⁸

Dr. Richard Elchinger, ein d'Ester-Schüler, dankte d'Ester Mitte der dreißiger Jahre

*für alles andere Gute und wahrhaft Wohlwollende, was mir in diesen schweren Tagen aus Ihrer freundschaftlichen Gesinnung so helfend zugekommen ist und mir in einem äusserst kritischen Augenblick einen neuen, weniger düsteren Aspektus eröffnet hat. Gebe Gott, dass ich Ihnen dafür einmal recht aus dem Vollen danken kann!*⁵⁹

Noch 1941 wurde zwischen Elchinger und d'Ester ein Vertrag geschlossen, in dem Elchinger für 400 RM eine „wissenschaftliche Darstellung seiner publizistischen Erlebnisse“ schreiben sollte.⁶⁰ Solche Arbeitsaufträge waren alles andere als kriegswichtig – nie hätte d'Ester sie vor überzeugten Nationalsozialisten rechtfertigen können. Sinn machte der Auftrag nur als notdürftige Legitimation einer materiellen Unterstützung. Und ein – in nationalsozialistischer Terminologie – „Vierteljude“, Walter Panofsky, gegen den der Redakteur des *Völkischen Beobachter* Adolf Dresler 1936/37 ein Relegationsverfahren aus der Münchener Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung organisierte, erfuhr d'Esters Schutz und bedankte sich nach 1945 entsprechend.⁶¹ Noch ein letztes Beispiel sei angeführt, um d'Esters Verhalten während der NS-Zeit zu

⁵³ Fred Stommen an d'Ester, Schreiben vom 16.12.1945. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. Stommen wurde 1940 mit einer Dissertation über „Die Presse Eupen-Malmedys“ promoviert. Entlastungszeugnisse auch in: HStA München, MK 43576 (Kultusministerium), [unfoliiert].

⁵⁴ In: NL d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁵⁵ d'Ester an MG München, G 5 Section, Schreiben vom 3.6.1945. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert].

⁵⁶ Aktenvermerk zur Sammlung d'Ester vom 7.1.1947. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4 [unfoliiert]. Aktenvermerk Historical Division, USFET, 25.1.1947. In: ebda.; vgl. Aktenvermerk HEC/ Office of Chief Historian vom 24.4.1947. In: ebda. Der verantwortliche Offizier war O. H. Prizer.

⁵⁷ Gutachten über d'Ester vom 15.2.1938. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 79; vgl.

Bohrmann/Kutsch, Karl d'Ester, 587.

⁵⁸ d'Ester an Schulz, Schreiben vom 27.2.1933, NI Schulz, IFZDo, II AK 85/70, Bl. 150; vgl. H. Bömer an d'Ester, Schreiben vom 5.9.1934. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 2, Bl. 110.

⁵⁹ Elchinger an d'Ester, Schreiben vom 13.3.1935. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 2, Bl. 184.

⁶⁰ Vertrag zwischen Elchinger und d'Ester vom 8.9.1941. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 3, Bl. 50.

⁶¹ Walter Panofsky an d'Ester, Schreiben vom 9.8.1945. In: NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 4, Bl. 8; vgl. NI d'Ester, IFZDo, d'E N 75 2, 1936/37 passim. Titel der Dissertation Panofskys: *Zur Entstehung des Films. Versuch einer Darstellung seiner zeit- und kulturgeschichtlichen Bedingtheit unter besonderer Berücksichtigung seiner historischen Entwicklung*, 1938.

beleuchten. Die Dissertation von Lotte Wölflé über die Entwicklung der Zeitungstypographie – eine Arbeit auf die das rasche Urteil über die schlechte Qualität der aus d’Esters Doktorfabrik hervorgegangenen Arbeiten nicht zutrifft – zitierte Ludwig Börne mit seinem Journalistennamen.⁶² D’Ester hätte, wäre er ein nationalsozialistischer Hochschullehrer gewesen, verlangen müssen, Börne als Löb Baruch, d.h. unter seinem jüdischen Geburtsnamen, anzusprechen. Seine Distanz zum Regime scheint daher zweifelsfrei, die Unterstützung für manchen Schüler ebenso, ob allerdings seine Opposition gegen das Regime, wie behauptet, so weit gegangen ist, dass in der letzten Kriegsphase der NS-Dozentenbund seine und Dovifats Absetzung be-trieben habe, lässt sich nicht mehr belegen.⁶³

Die Neuanfänge unter Emil Dovifat in Berlin sind besser bekannt und wiederholt abgehandelt. Dieser Aufsatz kann sich auf das Geschriebene berufen, einige Akzente und manche Datierung müssen geringfügig korrigiert werden. Insbesondere über die Verstrickungen Dovifats in die Machenschaften der NS-Zeitungswissenschaft ist viel geschrieben worden. Die Urteile reichen von „tiefbraun“ in einer DDR-Dissertation über bedenklich verstrickt von Otto Köhler bis zu vehementen Verteidigungen. Ein sehr positives Urteil hat zuletzt Bernd Söse-mann gefällt.⁶⁴ Dieser Diskussion etwas hinzuzufügen erscheint mir fruchtlos. Die mutige Rede von 1934 auf dem Katholikentag in Berlin spricht für sich. Doch spätere Mitwirkung an NS-Einrichtungen wie der Reichsjournalistenschule⁶⁵ und einzelne panegyrische Abschnitte seiner „Zeitungslehre“ lassen sich ebenfalls nicht wegdiskutieren, wenn-gleich auch hier Stellen, die für sich genommen inkriminierend wirken können, im Kontrast zu anderen Stellen durchaus als ironische und vor-sichtige Distanzierung von der nationalsozialisti-schen „Führungsmittel“-Doktrin gelesen werden müssen.⁶⁶

Dovifat, der durchaus laviert hatte, stellte sich nach 1945 dennoch als kompromisslosen Gegner des Nationalsozialismus dar. In einem Brief an Wilhelm Klutentreter schrieb er Ende 1945:

Hier bin ich z.Zt. mit Hilfe des neugebildeten Presseverbandes mit dem Wiederaufbau des Insti-tuts beschäftigt. Ob u. wann die Universität als solche wieder arbeitet steht noch dahin. Mit der sowjetischen Militärverwaltung ist darüber eine Einigung noch nicht erzielt. Über die Zukunft unserer Disziplin denke ich – nach einer Karenz-u. Bewährungszeit – durchaus positiv. Schade, daß Sie P.G. waren, aber hoffentlich ist auch das zu bereinigen. Augenblicklich werde aber sogar ich, der ich immer abgesagter Feind aller Nazi-leute war, heftig angegriffen.⁶⁷

Doch man hatte ihn auch anders wahrgenom-men. Otto Groth griff ihn beispielsweise schon im Oktober 1945 scharf an:

Wer sich zum redseligen Verkünder nationalso-zialistischer Irrlehren, zum Verteidiger national-sozialistischer Verbrechen herabgewürdigt hat, der möge jetzt vor allem einmal schweigen lernen und soviel Takt und Gewissen aufbringen, daß er sich recht bescheiden im Hintergrunde hält.⁶⁸

Karl d’Ester kommentierte dieses Schreiben spä-ter in einem Memorandum:

Dieser Angriff hat mit dazu beigetragen, dass der Berliner Kollege, der als Spitzenkandidat der CSU [!] in Berlin gewählt worden ist, seine Tätigkeit an der Hochschule noch nicht wieder aufnehmen konnte.⁶⁹

Selbst wenn d’Esters Schlussfolgerung zu weit greift: Auch aus der Ferne war zu sehen, dass Dovifat gegenüber der sowjetischen Militäradmini-stration mindestens einen ebenso schweren Stand hatte wie d’Ester in München. Warum also

⁶² Lotte Wölflé: *Beiträge zu einer Geschichte der deutschen Zeitungstypographie von 1609-1938. Versuch einer Entwicklungsgeschichte des Umbruchs*. Phil.Diss. München 1943, 225.

⁶³ NI d’Ester, IFZDo, d’E N 75; vgl. Bohrmann/Kutsch, *Karl d’Ester*.

⁶⁴ Bernd Söse-mann: *Auf dem Grat zwischen Entschiedenheit und Kompromiß*. In Bernd Söse-mann/i.Zus.Arb.m./Gunda Stöber (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. Berlin, New York 1998, 103-159.

⁶⁵ Wolfgang Müsse: *Die Reichspreseschule - Journalisten für die Diktatur? Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus im Dritten Reich*. (=Dortmunder Beiträge zur

Zeitungsforschung Bd. 53). München, New Providence, London, Paris 1995.

⁶⁶ Rudolf Stöber: *Deutsche Pressegeschichte. Einführung - Systematik - Glossar*. (= Uni-Papers Bd. 8). Konstanz 2000, 175.

⁶⁷ Dovifat an Klutentreter, Schreiben vom 30.12.1945. In: NI Klutentreter, IFZDo, 88/124-2 [unfoliiert].

⁶⁸ *Neue Zeitung* vom 28.10.1945. Zit. n. Benedikt, *Emil Dovifat*, 183.

⁶⁹ Karl d’Ester: *Die Münchener Zeitungswissenschaft und Dr. Otto Groth*. Undatierte MS [kurz nach dem 2.11.1946]. In: NI d’Ester, IFZDo, d’E N 75 8, Bll. 14-18.

kaprizierte er sich dennoch lange auf die Berliner Universität? Der Gründe scheinen drei zu sein, erstens zerschlugen sich diverse Sondierungen bei anderen Universitäten – u.a. wie gesehen in München –, Benedikt hat sie nachgezeichnet. Zweitens hat die „Zentralverwaltung für Volksbildung“ Dovifat immer wieder hingehalten. Und drittens wusste Dovifat im Ringen um Institut und Stellung die Berliner Universität lange hinter sich.

Hinhalten und Unterstützung sind eng miteinander verwoben und wurden in den bisherigen Abhandlungen nicht genügend herausgehoben, weil den Autoren die Unterlagen des Universitätsarchivs der Humboldt-Universität nicht zur Verfügung standen. Beides hing mit den Bibliotheksbeständen des Instituts zusammen. Bücherbestände waren in der Nachkriegszeit ein zentrales universitäres Problem und sollten noch bei Gründung der Freien Universität Berlin eine wichtige Rolle spielen.⁷⁰ Die Institutsbestände, soweit sie den Krieg überstanden hatten, befanden sich Ende 1945 noch in der Evakuierungsstelle Lynow bei Baruth in der Obhut verschiedener Personen des Dorfes, bei Schmieden, Lehrern, Förstern und Landwirten.⁷¹

Die Bestände weckten Begehrlichkeiten, und sie lagen ausgelagert auf dem Gebiet der SBZ. Laut Kübler hatte Dovifat die Bestände schon im Juli 1945 aus Lynow nach Berlin überstellen können. Doch glaubte Dovifat damals nur, dass wegen der Unterbringung von Flüchtlingen sich in nächster Zeit die Frage der Rückführung der Bestände stellte.⁷² Das aber kann nur unvollständig gelungen sein.⁷³ Auch schien Dovifat zunächst geglaubt zu haben, in den Beständen ein Druckmittel zu

besitzen, mit dem sich vielleicht die Bestätigung seiner Professur erreichen lassen würde. Dovifat mochte dabei glauben, dass die Sicherung der Bestände automatisch zur Wiedereinsetzung und Wiederbelebung des Instituts führen würde. Darum sah er Institut und Professur entschwinden, als andere ihre Begehrlichkeiten kundtaten. In einem Brief an den Universitätsrektor Johannes Stroux, einen Altphilologen, beklagte er, der Magistrat von Berlin wolle die „wertvollen historischen Bestände des Instituts für den Aufbau eines historischen Instituts ‚zur Erforschung der NS.-Politik‘“ zweckentfremden.⁷⁴

Daraufhin berief Rektor Stroux eine Besprechung zusammen, bei der sich die Teilnehmer unter seiner Leitung für eine Etatisierung des Instituts einsetzten. Das Protokoll wurde offensichtlich als Verschlusssache behandelt und insbesondere vor Fräulein Schütze, der Sekretärin des Dekanats der Philosophischen Fakultät, geheim gehalten.⁷⁵ Dovifat teilte unterdessen dem Rektor mit, dass erneut der Magistrat wegen der Magazinierung der Bibliotheksbestände an ihn herangetreten sei. Der Rektor dankte und lud mit einem dramatischen „Periculum in mora“ das Kuratorium für den 5. Februar 1946 zu einer Dringlichkeitssitzung.⁷⁶ Diesem Kuratorium gehörten verschiedene Vertreter der lizenzierten Presse und Universitätsangehörige an.⁷⁷ In der Senatssitzung vom 21. Februar heißt es lapidar: „Das Kuratorium des zeitungswissenschaftlichen Instituts ist zusammengetreten und will versuchen, das Institut zu retten.“⁷⁸ So lapidar die Notiz ist, sie beweist doch, dass man die Wiedererrichtung des Instituts und die Sicherung seiner Bibliotheksbestände im Zusammenhang betrachten muss.

⁷⁰ James F. Tent: *Freie Universität Berlin 1948-1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*. Berlin 1988, 179-183.

⁷¹ Große Bestände hatten über den Krieg gerettet werden können: Flugblätter, Zeitschriften, Diapositive, die 13 Kisten wichtiger Lehrbücher, „2 Kisten antifaschistischer Kampfliteratur“, Ausschnittsammlungen, die Sammelgebiete „Deutsche Zeitungstopographie“, „Deutsche Zeitschriftentopographie“, die „Deutschen Pressefachzeitschriften seit 1910“. Dovifat an Rektor Stroux, Schreiben vom 15.11.1945. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]. Inventarübersicht der Bestände des Instituts vom 12.12.1945. In: ebd.

⁷² vgl. Emil Dovifat: Bericht über die Lage des Instituts vom 10.7.1945. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 2135; vgl. Benedikt, *Emil Dovifat*, 180; anders Kübler, *Emil Dovifat und das Institut für Publizistik*, 327.

⁷³ Dovifat an Abwicklungsstelle des RMWiss, Schreiben vom 22.9.1945. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 2137; vgl. Mund-Heller an Universität Berlin, Schreiben vom 24.3.1947. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]; vgl. auch Benedikt,

Emil Dovifat, 180.

⁷⁴ Dovifat an Rektor Stroux, undatiertes Schreiben [nach dem 12., vor dem 17.12.1945]. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁷⁵ Protokoll über die Besprechung vom 29.12.1945. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁷⁶ Dovifat an Rektor Stroux, Schreiben vom 30.1.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]; Rektor Stroux an Dovifat, Schreiben vom 2.2.1946. In: ebd.

⁷⁷ Verband der deutschen Presse an Rektor Stroux, Schreiben vom 8.1.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]. Protokoll der Senatssitzung vom 5.2.1946, UA Humboldt, Senat (Bestand Rektorat), Nr. 140, Bd. 1, Bl. 70-78, hier 71 f. Protokoll der Senatssitzung vom 12.2.1946, UA Humboldt, Senat (Bestand Rektorat), Nr. 140, Bd. 1, Bl. 93-98, hier 95.

⁷⁸ Protokoll der Senatssitzung vom 19.2.1946, UA Humboldt, Senat (Bestand Rektorat), Nr. 140, Bd. 1, Bl. 102-110, hier 109.

Doch wurde noch nichts entschieden. Vielmehr schien Dovifat sein Anliegen durchzusetzen. Er teilte Stroux mit, nach einer eingehenden Besprechung mit Präsident Paul Wandel – einem Mitglied der Gruppe Ulbricht – von der „Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung“ habe dieser ihm signalisiert, dass der geplante Institutsaufbau nun doch in der Form stattfinden könne, wie sie das Kuratorium beschlossen habe.

Herr Präsident Wandel erklärte sich damit einverstanden, dass die Bestände des Instituts nunmehr zusammengebracht werden und ist bereit, die Arbeit des Instituts zu betreuen. Das für die Führung des Instituts zu berufende Kuratorium wird wie es vorgesehen war neben Persönlichkeiten der Presse auch die Universität führend heranziehen.⁷⁹

Die „Zentralstelle für Zeitgeschichte“ des Berliner Magistrats, hinter der die „Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung“ stand, und Universität entwarfen einen Vertrag – dessen Rechtskraft nicht ersichtlich, aber anzunehmen ist –, in dem „eine beschleunigte Erschließung der Institutsbestände“ trotz der Tatsache, dass „zur Stunde der Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin noch unbesetzt ist“, in Aussicht nahm.⁸⁰ Zur gleichen Zeit überlegte Dovifat, nach Köln zu wechseln.⁸¹ Kurz darauf forderte der Berliner Magistrat im Auftrag der Zentralverwaltung Rektor Stroux auf, die Bestände des Instituts von Dahlem, wo sie sich inzwischen im Faradayweg 4-6 befanden, in die „Zentralstelle für Zeitgeschichte“ in der Breiten Straße 11 zu überführen, also vom amerikanischen in den sowjetischen Sektor. „Diese Überführung dient lediglich dem praktischen Zweck, die Bestände einer sofortigen Auswertung zuzuführen. Durch sie wird an den rechtlichen Verhältnissen nichts geändert werden.“⁸² Auch der „Verband der Deutschen Presse“ (VDP) bemühte sich erneut, die Institutsbestände vor der „Zentralstelle für Zeitgeschichte“ zu bewahren. Paul

Ufermann vom Verband empfahl die Festanstellung der Dovifatschen Gehilfen Otto Dörre und der „Assistentin“ – gemeint ist wohl Edith Lindner, die Bibliothekarin und Sekretärin – Dovifats.⁸³ Der Zweck des Vorschlags ist offensichtlich: Der Neuanfang sollte mit Dovifats Hinterlassenschaft, aber ohne ihn selbst beginnen. Offensichtlich spielte der VDP ein doppeltes Spiel. Keineswegs ließ sich der kommunistisch gesteuerte Verband auf Dovifat verpflichten, wie dieser vielleicht geglaubt hatte und wie Benedikt ebenfalls annimmt.⁸⁴

Im nächsten halben Jahr spitzte sich die Institutsgründung unter anderer personeller Führung zu. Insbesondere der Verband der Deutschen Presse hatte sich an einer „Ausbildungsstelle“ für Redakteure im Berliner Raum eingesetzt und Paul Ufermann brachte den Ex-Sozialdemokraten und SED-Mitglied Rudolf Mund-Heller ins Gespräch. Diese Lösung scheint vom Verband schon länger vorbereitet worden zu sein, womit sich auch der scheinbare Kurswechsel von Rektor

Der Neuanfang sollte mit Dovifats Hinterlassenschaft, aber ohne ihn selbst beginnen.

Stroux erklären ließe. Während nämlich noch Anfang 1946 Stroux zu den Befürwortern des Instituts zu rechnen ist (*periculum in mora*), musste Anfang

1947 Ufermann Stroux gegenüber damit drohen, das Institut in eigener Regie zu führen.

Da bei der Prüfung der Frage, ob die Universität ein solches Institut schaffen könne, die Personalfrage, wer es leiten könnte, im Vordergrund stand, veranlaßte Herr Ufermann eine Besprechung zwischen dem Rektor und Herrn Dr. Mund-Heller aus der Redaktion des Vorwärts. Das eingehende Gespräch hinterließ bei mir den Eindruck, daß Herr Dr. Mund-Heller nach seinem Bildungsgang und nach seinen bisherigen Beschäftigungen wohl gute Grundlagen für einen solchen Auftrag bieten würde. [...] Er hat zwar nicht Zeitungswissenschaft, aber Philosophie, Deutsch, Geschichte und Volkswirtschaft studiert,

⁷⁹ Dovifat an Rektor Stroux, Schreiben vom 29.5.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸⁰ Vertrag zwischen der Universität Berlin und dem Magistrat der Stadt Berlin, Entwurf [undatiert], Anlage zu Zentralverwaltung für Volksbildung der SBZ an Rektor Stroux, Schreiben vom 13.6.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸¹ Dovifat an Klutentreter, Schreiben vom 12.7.1946. In: NI

Klutentreter, IFZDo, 88/124-2 [unfoliiert].

⁸² Magistrat an Rektor Stroux, Schreiben vom 2.7.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸³ Verband der Deutschen Presse an Zentralverwaltung für Volksbildung, Schreiben vom 28.6.1946. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸⁴ vgl. Benedikt, *Emil Dovifat*, 184.

also den Kreis von Fächern, der für die Zeitungswissenschaft als Grundlage dienen kann. Seine zeitungswissenschaftliche Ausbildung erhielt er durch die Stellungen, die er eingenommen hat. [...] Herr Mund-Heller machte bei dem Gespräch den Eindruck einer bewußten und charaktervollen Persönlichkeit. Es entsteht bei einem Gespräch mit ihm die Fühlung nicht nach dem ersten Augenblick, aber sie vertieft sich immer mehr zu seinen Gunsten. Er schien mir am Ende der Unterhaltung durchaus wert, daß man den Versuch mit einer Beauftragung seiner Person machen sollte.⁸⁵

Ende März wurden Mund-Heller die Lehraufträge erteilt. Zur gleichen Zeit beantragte Mund-Heller: „Ich bitte die Universität Berlin, die Genehmigung für die Rückführung der im Ermerlerhaus und im Dorf Lynow bei Baruth untergebrachten Bestände des ehemaligen Instituts für Zeitungswissenschaft zu erwirken.“⁸⁶ An eine Wiedererrichtung des Instituts dachte die Zentralverwaltung für Volksbildung im Sommer 1947 aber nicht. Prorektor Dersch hatte bei Präsident Rompe nachgefragt und keine Antwort erhalten.⁸⁷

Im Sommersemester 1947 nahm der an Multipler Sklerose erkrankte Mund-Heller den Seminarbetrieb nicht mehr auf. Dovifat war zwar schon seit dem 31. März 1947 aus der Universität ausgeschieden und seine Bezüge wurden eingestellt.⁸⁸ Dennoch konnte er sich nochmals Hoffnung machen. Im Mai 1948 schien er sogar kurz vor seiner Wiedereinsetzung zu stehen. Voraussetzung sei, dass „die Fakultät sich dahingehend aussprache“.⁸⁹ Dieses letzte irreführende Signal brauchte Emil Dovifat nicht mehr zu beachten. Inzwischen hatte die Blockade begonnen und die Freie Universität befand sich in Gründung; am

24. Juli öffnete sie die Anmeldung für die Studenten, seit dem Oktober engagierte sich auch Dovifat für die FU.⁹⁰ Am 13. November desselben Jahres wurde er an die Universität berufen, im Dezember 1949 wurde rückwirkend zum 1. April die Professur in ein Ordinariat umgewandelt.⁹¹

Während Emil Dovifat ähnlich Karl d’Ester vor dem Problem stand, wie er sein Amt wiedererlangen sollte, lagen bei Walter Hagemann die Verhältnisse anders. In München hatte er 1945 zu den Mitbegründern der CSU gehört und zwischen dem 1. Oktober 1945 und dem 31. April 1946 als Journalist der amerikanischen Zonenzeitung *Neue Zeitung* gearbeitet.⁹² Sein Versuch, Lizenzträger zu werden, war 1945 gescheitert – Hagemann machte dafür den späteren Lizenzträger der *Süddeutschen Zeitung*, Franz Josef Schöningh, verantwortlich.⁹³ Schon Ende August 1945 nahm er Kontakt mit Prälat Georg Schreiber auf, ein seit der Weimarer Republik in Kreisen des politischen Katholizismus einflussreicher Theologe und erster Nachkriegsrektor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.⁹⁴ Hagemann schrieb, er fühle sich imstande, „eine der zahlreichen Lücken“ zu schließen, die die Belastungen durch den Nationalsozialismus, welcher dem „Sektor der politischen Wissenschaften [...] besonders strenge personelle und sachliche Richtlinien“ auferlegt habe, gerissen hatten.⁹⁵ Die Kontaktaufnahme zu Schreiber zahlte sich aus, denn dieser befürwortete Hagemann wärmstens und verhinderte zugleich mit einer geschickten Halbwahrheit d’Esters Avancen auf den Münsteraner Lehrstuhl: d’Ester, der sich für den Lehrstuhl interessiert habe, sei für die Besetzung ausgeschieden, „als ihm an der Universität München die Lehrtätigkeit wieder eröffnet wurde“, schrieb

⁸⁵ Rektor Stroux an Zentralverwaltung für Volksbildung, Schreiben vom 8.1.1947. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert]. Zu Mund-Heller vgl. Personalfragebogen vom 1.3.1947. In: ebda. Mund-Heller gab an, seit dem 1.5.36 CVD des *Vorwärts* zu sein. Zudem sei er nach 1945 zunächst Mitglied der SPD, „dann SED“ gewesen.

⁸⁶ Mund-Heller an Universität Berlin, Schreiben vom 24.3.1947. In: UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸⁷ Universität Berlin, Aktenvermerk vom 5.6.1947, UA Humboldt, Nr. 305: Institut für Zeitungswissenschaft [unfoliiert].

⁸⁸ Dekan an Verwaltungsdirektor [Humboldt-]Universität, Schreiben vom 1.4.1947. In: UA Humboldt (PA Dovifat), D 215, Bd. 1, Bl. 93.

⁸⁹ Dekan der juristischen Fakultät Peters [?] an Dekan der

Philosophischen Fakultät Hartung, Schreiben vom 28.5.1948. In: UA Humboldt (PA Dovifat), D 215, Bd. 2, Bl. 119.

⁹⁰ vgl. Tent, *Freie Universität Berlin*, 157; Kübler, *Emil Dovifat und das Institut für Publizistik*, 334 f.

⁹¹ Kuratorium der FU Berlin an Dovifat, Schreiben vom 5.12.1949. In: LA Berlin, B Rep 014, Nr. 1091.

⁹² Hagemann: Lebenslauf [undatiert]. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann). Hagemann: Lebenslauf II vom November 1947. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann).

⁹³ Hagemann an Dovifat, Schreiben vom 17.4.1953. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555.

⁹⁴ vgl. Uni Münster, Bescheinigung vom 21.3.1947. In: UA Münster, Nr. 4419 (PA Schreiber), Bl. 19.

⁹⁵ Hagemann an Schreiber, Schreiben vom 27.8.1945. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann).

er, als d'Ester sich noch in großen Schwierigkeiten befand.⁹⁶

Auch diese Berufung ging nicht ohne den Vorwurf der nationalsozialistischen Kompromittierung vonstatten. So wie d'Ester in München angeschwärzt wurde, richtete sich auch gegen Hagemann eine durchsichtige Denunziation. Heinrich Bause, der in der NS-Zeit als Dozent in Münster tätig gewesen war,⁹⁷ hoffte auf seine eigene Wiedereinsetzung, indem er Hagemann des überzeugten Nationalsozialismus zieleh: „Seit wann Dr. Hagemann der Partei angehörte, ist mir unbekannt. Als ich ihn 1939 zum ersten Male im Propagandaministerium sah, trug er jedenfalls das Parteiabzeichen.“⁹⁸ Für Hagemann stellte sich diese Denunziation später so dar, dass d'Ester den aktiven Part übernommen habe.⁹⁹ Das kann jedoch nach Hagemanns eigener Verteidigung auf Bauses Anwürfe nicht sein, in der er es so darstellte, dass d'Ester Bause ein Gefälligkeitsgutachten geschrieben habe.¹⁰⁰ Hagemanns Berufung wurde durch die Denunziation nicht verhindert. Hagemann, seit April 1946 hauptamtlich Presse- und Kulturdezernent der Münsteraner (Bezirks-)Regierung und seit dem 1. Juni Honorarprofessor für „Publizistik und neueste Geschichte“, wurde im Juni 1948 zum Ordinarius ernannt.¹⁰¹ Die Spätfolgen der Denunziation sollten noch bei der Nachfolge d'Esters eine Rolle spielen.

Auseinandersetzungen um das Erbe

Bei der Sicherung ihres Erbes verfolgten d'Ester, Dovifat und Hagemann unterschiedliche Strategien und setzten andere Prioritäten. Während Hagemann wegen der äußeren Umstände, die ihn schließlich zur Flucht in die DDR zwangen, nicht an die Sicherung seines wissenschaftlichen Erbes denken konnte und es dennoch durch Henk Prakke bewahrt wurde, war

Dovifats Trachten primär auf Wahrung der politischen Kontinuität gerichtet, wobei er allerdings zunächst Schiffbruch erlitt; erst recht spät, seit den achtziger Jahren, ist es zu einer gewissen Dovifat-Renaissance gekommen.

Allein d'Ester hatte eine klare Vorstellung von der Bewahrung des wissenschaftlichen Erbes. Und auf den ersten Blick schien er damit auch Erfolg zu haben, weil er auf zwei Gebieten recht erfolgreich sein eigener Nachlassverwalter wurde: Ihm gelang die Steuerung der Nachfolge im eigenen Sinne, und er platzierte mit Überlegung seine Sammlung.

Mit Wirkung zum 1. April 1952 wurde d'Ester emeritiert, vertrat sich aber zunächst selbst.¹⁰² Schon 1952 schlug er Hanns Braun zum Nachfolger vor, der dann zum Wintersemester 1954/55 die Professur antrat.¹⁰³ Die Auseinandersetzung um die Wiederbesetzung kann hier aus Platzgründen nur in groben Strichen nachgezeichnet werden. Auch Hagemann hatte sich in München beworben. Er war sogar im Kultusministerium favorisiert worden – wegen seiner fachlichen Eignung, sicherlich aber auch aus politischen Gründen. Energischer Widerstand bewog das Ministerium jedoch, den Plan fallen zu lassen. Diese Ablehnung hatte sich in einem scharfen Briefwechsel ausgedrückt, in dem sich Schöningh und Hagemann wechselseitig juristische Schritte androhten. Emil Dovifat, auf den Hagemann als Protegé setzte, war von Hagemann über dessen Schritte ins Bild gesetzt worden, hatte jedoch die Form der Auseinandersetzung abgelehnt. Darum sah sich Hagemann zu einigen erklärenden Zeilen genötigt, die nochmals ein bezeichnendes Bild auf die Verhältnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit werfen:

Sehr verehrter Herr Dovifat! Ich kann verstehen, daß Sie Form und Inhalt meiner Schreiben sehr scharf finden, da Ihnen die Vorgeschichte nicht bekannt ist. Ich habe in meinem Leben bisher 4 Prozesse geführt, alle 4 hängen mit Herrn d'Ester

⁹⁶ Schreiber an Kurator Uni Münster, Schreiben vom 21.11.1946. In: UA Münster, Nr. 12567 (PA Hagemann), Bd. 1, Bl. 47; vgl. Pasquay (1986: 251 f.).

⁹⁷ vgl. Bettina Maoro: *Die Zeitungswissenschaft in Westfalen 1914-1945. Das „Institut für Publizistik“ in Münster und das „Institut für Zeitungsforschung“ in Dortmund.* (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 43). München, New York, London, Paris 1987.

⁹⁸ Heinz Bause an MinKult NRW, Schreiben vom 22.10.1947. In: UA Münster, Nr. 587 (PA Hagemann).

⁹⁹ Hagemann an Dovifat, Schreiben vom 17.4.1953. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555.

¹⁰⁰ Hagemann an Rektor Uni Münster, Schreiben vom

9.3.1948. In: UA Münster, Nr. 587 (PA Hagemann); vgl. Dovifat an Hagemann, Schreiben vom 2.3.1948. In: ebd; vgl. Pasquay, *Zwischen Tradition und Neubeginn*, 254 f.

¹⁰¹ MinKult NRW an Hagemann, Schreiben vom 14.2.1948 und Schreiben vom 26.6.1948. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann); anders datiert Pasquay, *Zwischen Tradition und Neubeginn*, 255.

¹⁰² BayrStMinKult an Rektor, Schreiben vom 31.3.1952. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 205.

¹⁰³ d'Ester an Rektor Michael Schmaus, Schreiben vom 15.5.1952. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 210. [kopiert]; vgl. Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1955, 49.

zusammen. 1946 je einen Prozess gegen Sachs und Dr. Bause, hinter denen d'Ester stand, 1952 je einen Prozess gegen Dr. Lunke und Neumann-Allensbach, hinter denen d'Ester stand. Ich werde wohl den 5. gegen Schöningh führen müssen, hinter dem gleichfalls d'Ester steht. Schon vor Monaten hörte ich von meinen Studenten, daß im Münchener ZW-Institut in alten Zeitungs-bänden politisches Belastungsmaterial gegen mich gesammelt wurde. Im gleichen Institut wurde das Material gegen H. A. Münster und Josef März zusammengetragen. [...] Auch das Kapitel Schöningh ist bereits nahezu 8 Jahre alt, er hat mir im Juni 1945 meine Lizenz für den Süddeutschen Verlag zerschlagen und sie sich selbst gesichert, und zwar mit Hilfe einer Kette von politischen Denunziationen, die mir 1945/46 in München das Leben zur Hölle gemacht haben. [...] Schöningh gehörte mindestens seit damals zu einer links-stehenden Clique, in der jeweils entweder Herr Friedmann oder Herr Dr. Hupka (Bayerischer Rundfunk) in Aktion tritt, wenn jemand abgeschossen werden soll. Vor dieser ‚roten Kapelle‘ zittern in Bayern sogar Minister und Parteiführer!¹⁰⁴

Hagemanns Konfrontationskurs hatte ihm in München jedoch geschadet. Das Kultusministerium sah von seinen Berufsplänen eben wegen der scharfen Frontstellung ab:

*Dekan Koschmieder und Professor d'Ester äußerten sehr erhebliche Bedenken gegen Prof. Hagemann. Auch Dr. Schoeningh von der Südd. Zeitung erklärte mir, daß die gesamte Münchner Presse für Hanns Braun sei, welcher an der Spitze der Liste stehen wird. Hagemann wird von der Südd. Zeitung völlig abgelehnt. Unter diesen Umständen wird sich wohl die Absicht, Herrn Hagemann nach München zu berufen, nicht verwirklichen lassen.*¹⁰⁵

¹⁰⁴ Hagemann, an Dovifat, Schreiben vom 17.4.1953. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555; vgl. Hagemann, an Dovifat, Schreiben vom 11.4.1953. In: ebda.; vgl. Briefwechsel Schöningh-Hagemann 1953. In: HStA München, MK 69717 (Kultusministerium).

¹⁰⁵ Aktennotiz BayStMinKult vom 12.1.1953. In: HStA München, MK 69717 (Kultusministerium), [unfoliiert]. Braun stand dann auf Platz 2. Platz 1: Hans Jessen, Platz 3: Wilhelm Klutentreter; vgl. Berufsliste Nachfolge d'Ester vom 16.2.1953. In: ebda.

D'Ester konnte also zunächst davon ausgehen, dass das Münchner Institut in seinem Sinne weitergeführt werden würde. Doch schon bald traten Spannungen mit seinem Nachfolger auf, die ihren Ausgangspunkt in einer Kündigung nahmen. Eine Aktennotiz der Münchner Universität notiert hierzu:

*Am Zeitungswissenschaftlichen Institut war als Schreibkraft eine Adoptivtochter Prof. d'Esters [Gertrud Schnippe-(d'Ester)] beschäftigt, der er nach einigen Monaten habe kündigen müssen, da sie sich in keiner Weise bewährt hatte. Da die Adoptivtochter ihren früheren Namen führte, habe er [Braun] erst nach erfolgter Kündigung von dem Adoptivverhältnis zu Prof. d'Ester erfahren. Prof. d'Ester habe ihm die Kündigung sehr verübelt, weshalb das Verhältnis nunmehr etwas gespannt sei und er wegen des Ankaufs der Bibliothek über seinen Assistenten, der schon zu Zeiten von Prof. d'Ester am Institut war, verhandeln müsse. Weitere Spannungen hätten sich dadurch ergeben, daß Professor d'Ester trotz seiner Emeritierung eine unerhöht hohe Zahl von Doktoranden angenommen bzw. weiterbetreut habe. Nach der Kartei des Instituts handelt es sich um 79 Doktoranden. Die Absichten Prof. Brauns, der entsprechend dem Wunsch der Fakultät die bisherige ‚Doktorfabrik‘ einschränken wollte und deshalb zahlreiche Bewerber abwies, werden durch dies Verhalten Prof. d'Esters unmöglich gemacht.*¹⁰⁶

Weitere Spannungen ergaben sich aus dem Verbleib der „Sammlung d'Ester“. Wie Dovifat nach 1945, so sah d'Ester nach seiner Emeritierung die Bibliothek und das weitere Schicksal des Instituts in einem engen Zusammenhang.¹⁰⁷ 1955 wollte er erfahren haben, dass sein Nachfolger Braun kein Interesse an seinen Sammlungen zeige.¹⁰⁸ Darüber hinaus setzte d'Ester die Sammlung als Druckmittel ein, das Institut in seinem Sinne weiterzuentwickeln: „Falls die Universität das Institut nicht aus-

¹⁰⁶ Aktennotiz undatiert [vor dem 19.7.1955]. In: HStA München, MK 69030 (Kultusministerium), [unfoliiert].

¹⁰⁷ d'Ester an Rektor Michael Schmaus, Schreiben vom 15.5.1952. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 210. [kopiert]

¹⁰⁸ d'Ester an Dekan Basler, Schreiben vom 17.10.1957. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]; vgl. BayStMinKult an Rektor, Schreiben vom 6.5.1955. In: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bl. 223. [kopiert]

bauen will, werde ich Angebote von auswärts annehmen.“¹⁰⁹

An den Erwerb der Sammlung knüpfte d'Ester einige Bedingungen, die sein Wissenschaftsverständnis beleuchten und zudem Hinweise auf die Spannungen zwischen ihm und seinem Nachfolger geben. So forderte er unter anderem, dass die Sammlung „für alle Zeiten“ unter dem Namen bestehen bleibe; außerdem müsse die Sammlung „für alle Zeiten einem Lehrstuhl bzw. Institut für Zeitungswissenschaft angegliedert bleib[en] und nicht Bestandteil eines Lehrstuhls oder Instituts für die Wissenschaft von den publizistischen Führungsmitteln“ werden – letzteres war gegen die von Hagemann und Dovifat vertretene Linie gerichtet.¹¹⁰

Hanns Braun sprach sich gegen die geforderte Sonderaufstellung aus und meinte zu der geforderten wissenschaftspolitischen Festlegung: Sie

betrifft allein die Fakultät bzw. das Kultusministerium. Die Beantwortung hängt von der Entscheidung darüber ab, ob ‚Zeitung‘ (ohne Rücksicht auf ihre Darstellungsform) als geistiges Phänomen erfasst und demgemäß im Rahmen einer geisteswissenschaftlichen Disziplin in der philosophischen Fakultät (mit dem primären Ziel der allgemeinen geistigen Bildung) etabliert bleibt oder ob in Zukunft andere als die geisteswissenschaftliche Erfassung der realen Zeitung und anderer publizistischer Medien bestimmen sollen.¹¹¹

Die Zeitungswissenschaft in München wurde also schon von dem unmittelbaren Nachfolger infrage gestellt.

Die endgültige vertragliche Lösung berührte eine ökonomische und eine ideelle Seite. Die 30.000 DM, für die die Universität 1957 die Bibliothek d'Esters erwarb, entsprachen in etwa seinem Aufwand in RM ohne Wertzuwachs. Der Verkauf unter Wert kam einer indirekten Finanzierung der Ordnungs- und Übernahmekosten durch

d'Ester selbst gleich. Daneben aber hatte er die ihm wichtige wirtschaftliche Absicherung seiner Adoptivtochter erreicht. Ideell konnte d'Ester die dauerhafte Verbindung der Sammlung mit seinem Namen durchsetzen. Die Kopplung der Sammlung an die wissenschaftliche Ausrichtung des Instituts hingegen gelang ihm nicht.¹¹²

Auch in der Nachfolge von Dovifat und Hagemann traten nochmals all jene Spannungen zutage, die die frühe Publizistikwissenschaft nach 1945 auszeichneten. Die Querelen zwischen Dovifat und seinem designierten Nachfolger Fritz Eberhard sind wiederholt beschrieben worden.¹¹³ Auch der Fall Hagemann ist genügend abgehandelt worden. Letztlich spielte in beiden Fällen das politische Moment eine ausschlaggebende Rolle. Dem christlich-konservativen Dovifat war der Sozialdemokrat Eberhard suspekt und sein Vertrauen in Hagemann schwand, als dieser zum Anti-Atomaktivisten mutierte.

In welchem Ausmaß Hagemann dabei fremdbestimmt und ferngesteuert nach seiner Weltreise und dem Hiroshimabesuch auftrat und in welchem Umfang er zum Spielball der Ost-West-Propaganda des Kalten Krieges wurde, ist dabei kein wissenschaftsgeschichtlich relevantes Thema. Bisweilen wird sogar heute noch der Verdacht geäußert, Hagemann seien dabei Fallen gestellt worden. Diese Vorgänge locken jedoch auf immer noch juristisch glattes Eis, und der Autor wird sich hüten, Stellung zu Vorgängen zu beziehen, die sich nicht mehr klären lassen und deren Klärung ihm durch das Kultusministerium von NRW unmöglich gemacht wurde, indem es ihm auferlegte, auf die „Identifizierung der betroffenen Personen“ zu verzichten.¹¹⁴ Anhand der Universitätsakten Münster ließe sich diese unhaltbare Verpflichtung zumindest theoretisch leicht umgehen. Allerdings ergibt sich aus den Akten nur ein detaillierter Blick in die pruden fünfziger und sechziger Jahre, die zur Zeit über-

¹⁰⁹ d'Ester an Dekan Otto Basler, Schreiben vom 21.11.1955. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]. Starkulla stellte die Aufstellungen zum endgültigen Vertragsabschluss zusammen. Vgl. Starkulla an Prodekan, Schreiben vom 7.5.1957. In: ebd.

¹¹⁰ d'Ester an BayrStMinKult, Schreiben vom 15.11.1955. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert].

¹¹¹ Braun an Dekanat Phil. Fak., Schreiben vom 5.12.1955. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert].

¹¹² Vertrag vom 4.8.1957. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]. Undatiert ebenfalls in: UA München, E-II-1263, (PA d'Ester), Bll. 231-234; vgl. d'Ester an Dekanat Uni München, Schreiben vom

14.1.1946. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]; vgl. Gutachten Basler über die Erhaltung der Privatsammlung Karl d'Ester vom 27.2.1956. In: HStA München, MK 69030 (Kultusministerium), [unfoliiert], auch in: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert]; vgl. d'Ester an Dekan Otto Basler, Schreiben vom 26.4.1956. In: UA München, O-N-14, (PA d'Ester), [unfoliiert].

¹¹³ vgl. zuletzt Kübler, *Emil Dovifat und das Institut für Publizistik*.

¹¹⁴ Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW an Rudolf Stöber, Schreiben vom 27.1.1999.

wunden scheinen. Hinzu kommen detaillierte politische Anschuldigungen, die vor allem damit zusammenhängen, dass Hagemann sich am 18. Oktober 1958 vor dem Nationalrat der DDR politisch geäußert hatte. Hagemann litt dabei sicherlich an politischer Selbstüberschätzung, die er dem Rektor der Universität als „einmaligen Versuch eines politischen Außenseiters, endlich das Gespräch zwischen Bonn und Ost-Berlin in Gang zu bringen“, erläuterte.¹¹⁵ Außerdem scheint er nicht gesehen zu haben – oder vor seinem politischen Anliegen erschien ihm dies als unwichtig –, dass seine Auftritte von der DDR-Propaganda instrumentalisiert wurden. Immerhin aber hielt ihm die Universität noch im Mai 1959 die Treue, obwohl er schon im April des Vorjahres vorläufig des Dienstes enthoben worden war. Das LVG Münster erkannte dann am 1. Dezember 1959 auf Dienstentfernung, ein Urteil, das das OVG im Mai 1963 bestätigte.¹¹⁶ Statt hier in die Details zu gehen, sei dieser Abschnitt mit der Frage beschlossen, wann zwischen den langjährigen Kombattanten Dovifat und Hagemann das Tischtuch zerschnitten wurde. Für Dovifat scheint der letzte Faden zerrissen zu sein, nachdem ein dramatischer Appell bei Hagemann nicht verfangen hatte. Im Mai 1958 schrieb er einen langen, handschriftlichen Brief, der sich in mehreren Entwürfen im Nachlass Dovifat findet:

Lieber Herr Hagemann! Bitte erlauben Sie mir diese Anrede, die nach mehr als dreißigjährigen kollegial-freundschaftlicher Zusammenarbeit wohl berechtigt ist. Es ist Ihr unbestreitbares Recht, Ihre Überzeugung zu vertreten und einen Gesinnungswandel vorzunehmen. Ein Lehrer der Publizistik wäre der letzte, der das nicht im vollen Umfange anerkennt. Was mich aber mit Trauer und Ratlosigkeit erfüllt, ist die agitatorisch verletzende Form, mit der Sie Ihre Überzeugungen vortragen und zulassen, daß sie in der Sowjetzone als ein Mittel propagandistischer Peinigung gegen die verwandt wird, die im politischen und religiösen Glauben für die Freiheit eintreten.

Der Brief schließt:

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß Ihre gegenwärtige Überzeugung sich als ebenso unrichtig erweist, wie Ihre mir während des Krieges zu Anfang mit Begeisterung vorgetragene Meinung: Hitler wird der Sieger sein! – Da ich sehr um Sie und um die Sache ringe, erlauben Sie mir bitte diese persönliche Stellungnahme. Ich schreibe mit der Hand, da dieser Brief nur für Sie ganz vertraulich sein soll. Der Brief bedarf keiner Erwiderung. Ich hoffe, daß Ihnen bald die Gnade der Erkenntnis oder doch sachlichen Kampfformen werde. Dies schreibe ich in großer Sorge und mit der Bitte, von meiner ehrlichen Gesinnung überzeugt zu sein, Ihr Dovifat.¹¹⁷

Was an diesem Brief echte Bemühung, was moralische Selbstexkulpierung war, entzieht sich der Bewertungsmöglichkeit. Der Angriff auf den Hitler-Anhänger und der Verzicht auf eine Entgegnung sowie die persönliche, handschriftliche Form und die beschwörenden Passagen machen den Brief zu einem ambivalenten Dokument. Auf ihn konnte Hagemann wohl letztlich nur so reagieren, wie Dovifat es im Briefschluss ihm nahe legte – gar nicht. Die direkte Entgegnung fehlt darum. Damit aber dürfte für Dovifat die letzte Brücke zu Hagemann abgebrochen sein.

Hagemann brach die Kontakte erst ab, als Dovifat die Konsequenz aus dem zerrütteten Verhältnis zog und politisch seine Absetzung zu betreiben begann. Ende 1958 schrieb Hagemann einen sehr scharfen Brief an Dovifat, in dem er ihm ein denunziatorisches und intrigantes Schreiben an den stellvertretenden Bundespressechef Werner Krüger, „in das mir Herr Professor Haacke Einblick gewährte“, vorwarf: „Ich breche alle weiteren Beziehungen zu Ihnen ab und behalte mir vor, die Gründe dafür denen mitzuteilen, die Sie mit dieser Angelegenheit befaßt haben oder noch befaßt werden.“ Schließlich warf er Dovifat noch „Leichenfledderei“ der Person Hagemann vor – ein Wort, das die Verzweiflung seiner damaligen Situation aufscheinen lässt.¹¹⁸ 1959 wurde

¹¹⁵ Hagemann an Dekan Phil. Fak Münster, Schreiben vom 24.10.1958. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann).

¹¹⁶ LVG Münster, Beschluß des Disziplinarverfahrens gegen Hagemann vom 1.12.1959. In: UA Münster, Nr. 12567 (PA Hagemann), Bd. 3. OVG Münster, Beschluß des Disziplinarverfahrens gegen Hagemann vom 9.5.1963. In: UA Münster, Nr. 28 (PA Hagemann); vgl. Rektor Uni Münster an Kurator Uni Münster, Schreiben vom 14.5.1959. In: UA Münster, Nr. 12567 (PA Hagemann),

Bd. 3.

¹¹⁷ Dovifat an Hagemann, Schreiben vom 11.5.1958. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555.

¹¹⁸ Hagemann, an Dovifat, Schreiben vom 3.12.1958. In: GStA I.HA, Rep 92 (NI Dovifat), Nr. 555; vgl. Dovifat an Hagemann, undatierter Briefentwurf. In: ebda. [abgeschickt am 30.12.1958.]; vgl. Hagemann, an Dovifat, Schreiben vom 2.1.1959. In: ebda.

Walter Hagemann erst suspendiert, dann entlassen, 1961 suchte er in der DDR um politisches Asyl nach, dort verstarb er 1964. Emil Dovifat starb 1969, Karl d'Ester war schon 1960 verstorben.

Bleibende Leistungen

Was bleibt? Die Probleme der Wiederbegründung der Institute sind längst vergessen und für die heutige Publizistik- und Kommunikationswissenschaft nur noch von geringer Relevanz. Die Wissenschaft hat sich längst aus dem tiefen Loch, in das sie die nationalsozialistische Verstrickung gestürzt hatte, befreit. Nur gegenüber den Hochschullehrern der unmittelbaren Nachkriegszeit wird in sporadischen Abständen noch der Vorwurf der Mitläuferschaft geäußert. Dabei zeigt gerade das Beispiel d'Esters, wie sich selbst Gegner des Nationalsozialismus kompromittieren konnten und wie lange die Verdächtigungen nachwirkten. Die politischen Ansichten der drei Professoren gingen lange Jahre weitgehend konform. Umso mehr muss aus heutiger Sicht verwundern, wie schnell sie dabei waren, die Vorkommnisse der Vergangenheit aktuell zu instrumentalisieren. Zwar ist verständlich, dass d'Ester die Dovifatsche und Hagemannsche Publizistik suspekt war, weil sie einem anderen Wissenschaftsverständnis das Tor öffnete. Doch die Publizistik war *a priori* genauso wenig eine nationalsozialistische Wissenschaft wie die antisemitischen Anwendungen von Richard Wagner den künstlerischen Wert seiner Musik berühren.

Auch Hagemanns Verdächtigungen in Richtung d'Ester und die Mutmaßungen, jener habe von Anbeginn hinter all seinen Schwierigkeiten nach 1945 gesteckt, sind verständlich, aber darum nicht unbedingt wahr. Zumindest im Fall von Bause wurde d'Ester eher benutzt, denn dass er aktiv die Denunziation betrieben hätte.

Inwieweit und bis zu welchem Ausmaß nun Dovifat in die Dienstentfernung Hagemanns involviert war, lässt sich ebenfalls nicht mehr abschätzen. Dass Hagemann in diesem Fall politisch übel mitgespielt wurde, scheint festzustehen. Ob dahinter auch die neuen politischen Freunde standen und Hagemann ein leicht zu beeinflussendes Blatt im Winde war, kann nicht erörtert werden. Doch der Fall Hagemann ist *ad*

acta gelegt – wengleich die übervorsichtige Archivpolitik des Kultusministeriums von NRW zeigt, dass hier immer noch zu zerschlagendes Porzellan vermutet wird. Die Wissenschaftsgeschichte ist über den Fall hinweggegangen.

Längst wird wieder an vielen Universitäten Publizistik und Anverwandtes gelehrt. Von „Zeitungswissenschaft“ ist kaum noch die Rede, nur Karl d'Esters altes Institut führt die Bezeichnung noch im Untertitel. Von den drei Protagonisten besitzt heute vermutlich Hagemann die größte Reputation, zumindest dürfte sein Œuvre – allen voran die „Publizistik im Dritten Reich“ – am häufigsten zitiert werden. Von Dovifats akademischer Hinterlassenschaft steht das monumentale „Handbuch“ in den Regalen der meisten kommunikationswissenschaftlichen Institute, vermutlich ohne dass ihm noch viel Aufmerksamkeit zuteil wird – ein Schicksal, dass das Handbuch unverdientermaßen mit Groths „Unerkannter Kulturmacht“ teilt. Von d'Esters akademischen Leistungen wird mutmaßlich am häufigsten auf seine Darstellung „Die Presse und ihre Leute“ verwiesen. Vergessen ist sein „Zeitungswesen“, ohne sich jedoch groß von der Dovifatschen „Zeitung Lehre“ abzuheben. Auch Hagemanns „Grundzüge der Publizistik“ erscheint gegenüber diesen beiden Handreichungen nur als modernisierte Version, die heute ebenfalls überwiegend aus wissenschaftshistorischen Gründen von Interesse sein dürfte.

Schulen haben die drei Wissenschaftler in verschiedenem Maße gebildet. Die vielen Dovifatschüler, die in wichtige Positionen gelangt sind, haben viel zu seinem Nachruhm beigetragen. Eine wissenschaftliche Schule hat er damit nicht begründet. Seine wichtigste Doktorandin, Elisabeth Noelle, hat sogar den entgegengesetzten wissenschaftlichen Weg eingeschlagen. Hagemanns wissenschaftliche Schule erlitt sicherlich durch Günter Kieslichs frühen Tod einen schweren Verlust, doch durch Henk Prakkes Fortführung des funktionalistischen Ansatzes ist der Münsteraner Ansatz immer noch in der Wissenschaft präsent – wengleich nur noch eingeschränkt in Münster selbst. In ähnlicher Form, ohne aber auf ähnliche Akzeptanz zu stoßen, ist das wissenschaftliche Vermächtnis von d'Ester in München weiterentwickelt und gepflegt worden. Die Masse seiner Doktoranden hat hingegen keine Schule gebildet. Sein unverkennbares Bemühen, den Studenten zu einem Abschluss zu verhelfen, den sie anders

¹¹⁹ Anzahl der Promotionen, Auflistung vom 15.1.1953. In: NI d'Esters, IFZDo, d'E N 75 5, Bl. 86. Zur Frage eines

Diplomexamens. In: ebda., Bll. 90-92.

als über eine Promotion nicht erwerben konnten,¹¹⁹ ist zudem häufig missverstanden worden und die „Doktorfabrik“ hat sicherlich der Reputation des Fachs mehr geschadet als genützt, obwohl sich spannende Arbeiten unter den betreuten Dissertationen befinden. Seine Haupttätigkeit, das archivalische Sammeln und Sichten von wichtigen Zeugnissen der Frühzeit der Publizistik, hat trotz der Kriegsverluste zwar eine beeindruckende Sammlung hinterlassen. Deren Wert ist aber durch die Aufteilung auf Dortmund und München geschmälert.

Und dennoch lohnt es, der Hermeneutik, die Dovifat, d'Estier und Hagemann methodisch betrieben, noch einen Gedanken zuzuwenden. Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaften haben in den letzten Jahrzehnten durch ihre Akzentverschiebung weg von der Kulturwissenschaft hin zu der Sozialwissenschaft sich nicht nur neue Themen erschlossen, sondern auch alte aufgegeben. Insbesondere die sträfliche Vernachlässigung kommunikationshistorischer Aspekte ist ein Verlust – allerdings kein irreparabler. Die hermeneutische Methode erschöpft sich nicht darin, wie ihr fälschlich von manchem Befürworter der quantitativen Methode vorgeworfen wird, nur im Steinbruch der Geschichte Angenehmes und die eigene Argumentation Stützendes zu sammeln. Die zumindest teilweise Rückbesinnung auf die hermeneutisch-quellenkritische Methode ist nötig und wichtig, nicht nur, aber auch, weil sich nur durch quellenkritisches Vorgehen die Geschichte der eigenen Disziplin aus dem Gestrüpp von vereinfachenden Vorurteilen befreien lässt. Vor allem aber ist sie notwendig, weil sie Recherchefähigkeit voraussetzt – und damit eine spezifische journalistische Tugend aus-

bildet –, weil sie eigene Einsichtnahme voraussetzt, die sich nicht delegieren lässt, weil sie zur Argumentation in Rede und Gegenrede erzieht, weil sie das Sprachgefühl entwickelt und weil sie zur Synthese zwingt, statt sich in Deskription und Analyse einzelner Details zu erschöpfen.

Zusammenfassung

Die Zeitungs- und Publizistikwissenschaft hatte im „Dritten Reich“ den nationalsozialistischen Machthabern willfährig gedient. Die jüngere, allzu stark kompromittierte Wissenschaftlergeneration konnte – sofern sie den Krieg überlebt hatte – nach 1945 ihre Karriere nicht fortsetzen. So begann der Neuanfang mit drei Wissenschaftlern, die sich 1933-1945 als mehr oder minder „angepasste Außenseiter“ durchgeschlagen hatten. Dabei mussten Emil Dovifat und Karl d'Estier Jahre um ihre politische Rehabilitation kämpfen. Der Aufsatz zeichnet nach, wie ihnen dies gelang. Walter Hagemann hingegen konnte, da er 1933-1945 kaum wissenschaftlich gearbeitet hatte, rasch Karriere machen. Doch knapp 15 Jahre später verlor er aufgrund einer Verknüpfung politischer, wissenschaftspolitischer und privater Umstände seine Professur und floh wenig später in die DDR. Die wechselnden Koalitionen zwischen den drei Protagonisten zeigen ein zutiefst zerrissenes, kleines Fach, das sich zunächst nur mühsam im akademischen Betrieb behaupten konnte. Die wissenschaftlichen Leistungen der drei Protagonisten der unmittelbaren Nachkriegszeit haben sich ihre Einflüsse auf die Publizistikwissenschaft bis heute bewahrt – wenngleich in sehr verschiedenem Ausmaß.

Univ.-Prof. Dr. Rudolf STÖBER (1959)

Heinz-Maier-Leibnitz-Preis 1991, Habilitation 1996, Lehrstuhlvertretungen und Gastprofessuren an der TU Dresden und der Universität Zürich. Seit 2002 Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Publikationen u.a.: *Pressefreiheit und Verbandsinteresse* (1992); *Die erfolgverführte Nation* (1998); *Deutsche Pressegeschichte* (2000). Mitherausgeber des *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte*.

Abkürzungen

BayrStMinKult	Bayerisches Staatsministerium für Kultus und Wissenschaft	LVG	Landesverwaltungsgericht
CvD	Chef vom Dienst	MG	Military Government
DWD	Deutscher wissenschaftlicher Dienst	MinKultNRW	Ministerium für Arbeit, soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
FZ	<i>Frankfurter Zeitung</i>	NI	Nachlass
GStA	Geheimes Staatsarchiv	OMG	Office of Military Government (US/ GB)
GuVBl	Gesetz- und Verordnungs-Blatt	OVG	Oberverwaltungsgericht
HStA	Hauptstaatsarchiv	PA	Personalakte
IFZDo	Institut für Zeitungsforschung Dortmund	RMWiss	Reichsministerium für Wissenschaft
KNA	Katholische Nachrichtenagentur	UA	Universitätsarchiv
LA	Landesarchiv	VB	<i>Völkischer Beobachter</i>
		ZVM	Zeitungswissenschaftliche Vereinigung München
		ZW	Zeitungswissenschaft

Neuanfang mit brauner Lektüre

Studienbedingungen nach 1945 – ein Erfahrungsbericht*

Walter J. Schütz

Als „Zeitzeuge“ über Studienerfahrungen in der Nachkriegszeit zu berichten, erfordert die Beschränkung auf Aspekte, die besonders in Erinnerung geblieben sind. So vorzugehen kann weder systematisch noch historisch-akribisch sein; aber schließlich liegt die Studienzeit mehr als ein halbes Jahrhundert zurück.

Eine gewisse Fokussierung erfolgt hier auf die zentralen Fragen: Ist beim Aufbau der Publizistikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg die Indoktrinierung der Zeitungswissenschaft im „Dritten Reich“ weitgehend unbeachtet geblieben? Wie stark war die inhaltliche und personelle Kontinuität?

Kurz meine Chronik: Ich bin 1930 in Bochum geboren. Unmittelbar nach meinem Abitur (mit 18 Jahren) habe ich im Wintersemester 1949/50 an der Westfälischen Landesuniversität Münster – so hieß sie damals – ohne das bis dahin obligatorische „Steineklopfen“ mit dem Studium begonnen, zunächst mit Publizistikwissenschaft als Neben-, erst später als Hauptfach. Nebenbei: In meinem ersten Semester gab es anfangs noch Lebensmittelkarten. Zwei Semester lang war ich der jüngste Student in Münster. 1953 wurde ich am Institut für Publizistik wissenschaftliche Hilfskraft und mit der Verwaltung der wissenschaftlichen Assistentenstelle beauftragt, die nach dem Weggang Wilmont Haackes vakant war und die ich mir mit Günter Kieslich teilte, bis er zwei Jahre später nach seiner Promotion die Assistenz ganz übernahm.¹ Unsere enge Zusammenarbeit und die gemeinsame Nutzung des Assistentenzimmers blieben bestehen, denn die Vorbereitungen, um die Zeitschrift unseres Faches, die *Publi-*

zistik, zu gründen, liefen intensiv. Anfang 1956 erschien das erste Heft; 38 Jahrgänge habe ich – bis 1960 in Münster, dann bis Anfang 1994 in Bonn – redaktionell betreut. 1963 war ich Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Zeitungswissenschaft, 1968-1970 Vorstandsmitglied und bis 1991 auch ihr Schatzmeister. Sozusagen von Berufs wegen – und aus eigenem, bis heute nicht nachlassendem Interesse – konnte ich aus unterschiedlichen Perspektiven die Entwicklung unseres Faches über einen langen Zeitraum beobachten.

In der Festschrift für Hans Bohrmann habe ich im vorletzten Jahre mit großem Vergnügen gelesen, was Kurt Koszyk über seine Studienzeit zunächst in Münster, dann in München veröffentlicht hat.² Er hat im Semester vor mir das Studium dort begonnen, und wir sind im gleichen Sommersemester 1951 nach München gegangen. Ich kehrte ein Jahr später nach Münster zurück, Kurt Koszyk schloss sein Studium in München ab. Doch davon abgesehen ist sein farbiger Bericht bis in Einzelheiten fast deckungsgleich mit dem, was auch mir von damals in Erinnerung geblieben ist. Und der Beitrag über die fortwährende Vergangenheit des Faches im bisher letzten *Aviso*³ war ebenfalls Anlass, seine Situation, wie sie sich mir damals darstellte, zu reflektieren.

Was hat mich seinerzeit bewogen, auch und zunächst nebenbei Publizistik zu studieren? Zunächst die Leidenschaft, Zeitungen zu konsumieren: Nach der gelenkten Presse des „Dritten Reiches“ vom Herbst 1945 an Zeitungen, die zwar seltener als früher erschienen (zwei- bis drei-

* Im Text meines Beitrages, für den die Vortragsform beibehalten wurde, habe ich durchgängig angestrebt, meinen Kenntnisstand der vierziger und fünfziger Jahre festzuhalten. Mit den Anmerkungen verweise ich auf andere Autoren von Rückblicken auf die damalige Situation des Faches. Außerdem werden die bibliographischen Angaben für die von mir erwähnten Bücher und wird – unabhängig von ihrem Erscheinungsdatum – weiterführende Literatur zu einzelnen Fachvertretern oder Sachverhalten genannt.

¹ vgl. Winfried B. Lerg: *[Erinnerungen an Günter Kieslich] Assistent in Münster 1955-1959*. In: *Publizistik*, Jg. 17 (1972), H. 1, 9-13.

² vgl. Kurt Koszyk: *Unfrisierte Erinnerungen eines d'Ester-Schülers*. In: Otfried Jarren/Gerd G. Kopper/Gabriele Toepser-Ziegert (Hg.): *Zeitung. Medium mit Vergangenheit und Zukunf. Eine Bestandsaufnahme*. München 2000, 13-24.

³ Horst Pöttker: *Mitgemacht, weitergemacht, zugemacht. Zum NS-Erbe der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. In: *Aviso*, Nr. 28/Januar 2001, 4-7.

mal wöchentlich) – aber nun eine ganz andere Sprache sprachen und in denen sich das Nebeneinander unterschiedlicher Titel auch in inhaltlicher Farbigkeit niederschlug. Dazu die gelegentliche Mitarbeit an der örtlichen niederbayerischen Lizenzzeitung (ich ging damals in Deggen-dorf zur Oberrealschule) und die Freude, wenn man auf dem knappen redaktionellen Raum eine Filmkritik unterbringen konnte.

Wichtig für die Entscheidungsfindung war dann die große Deutsche Presseausstellung, die kurz vor der Währungsreform 1948 in München stattfand. Es war übrigens die dritte der Nachkriegszeit nach Marl 1946 und Düsseldorf 1947; die Bedeutung der ‚Pressa‘ von 1928 in Köln für die Zeitungswissenschaft in Deutschland wurde hier schon angesprochen. Schließlich noch und besonders wichtig die Lektüre eines Buches: Beschreibung und Analyse der Lenkung und Gleichschaltung in der nationalsozialistischen Ära, das auch die Rolle der Medien in dieser Zeit behandelte. Das umfangreiche Werk, 1947 erschienen, hieß „Massenmensch und Massenwahn“ – geschrieben von Thomas Aich mit offensichtlich hervorragenden Insiderkenntnissen.⁴ Was mir auffiel: Es fehlte die damals vorgeschriebene Wiederholung des Verfassernamens mit Geburtsdatum im Impressum – das hätte zur Identifizierung des Autors führen können; erst Jahre danach erfuhr ich dann, dass sich hinter dem Namen Thomas Aich tatsächlich Dr. Wolfgang Höpker verbarg. Er war bei Kriegsende „Hauptschriftleiter“ – wie es damals hieß – der *Münchener Neuesten Nachrichten* und später Redakteur von *Christ und Welt*.⁵

Die Frage nach einem meiner Studienfächer war damit geklärt. Doch wo studieren? Ich entschied

mich für Münster aus rein praktischen Überlegungen: Ich bekam dort noch nachträglich wegen eines guten bayerischen Abiturzeugnisses vom Juli 1949 die begehrte Zulassung zum Studium, und Münster lag sozusagen vor der Tür, nachdem ich wieder nach Wattenscheid zurückgekehrt war. Ohnehin waren die Möglichkeiten, das Fach zu studieren, sehr begrenzt. Auf der 1. Umschlagseite der letzten Ausgabe der Zeitschrift *Zeitungswissenschaft* vom Oktober 1944 sind 17 Einrichtungen im damaligen Reichsgebiet genannt, an denen Zeitungswissenschaft gelehrt wurde. Nach Kriegsende war davon nicht viel übrig geblieben bzw. neu entstanden. 1949 gab es an der Universität München das Institut für Zeitungswissenschaft mit personeller Identität (Karl d’Ester) und räumlicher Kontinuität. In Münster hatte das Institut für Publizistik zwar die gleichen Räume wie vorher das Institut für Zeitungswissenschaft, aber mit der Berufung Walter Hagemanns⁶ im Jahre 1946 einen neuen Anfang gesetzt. In Berlin schließlich vertrat Emil Dovifat⁷ weiterhin das Fach, das jedoch an der Freien Universität neu entstanden war.

Die für Studierende der Publizistik relevante Literatur aus der Nachkriegszeit ist rasch aufgezählt. Bis 1949 waren es – neben der heute erstaunlich anmutenden Zahl von vier Pressekatalogen („Sperling“, Stammers „Leitfaden“, deGruyters „Lizenzenhandbuch“ und dem in der Tradition der Berliner Pressehandbücher stehenden, nun aus Bielefeld kommenden „Handbuch Deutsche Presse 1947“)⁸ – nur fünf Titel, die alle Anlass waren, nach der Rolle der Zeitungswissenschaft im „Dritten Reich“ zu fragen. Diese fünf Bücher mit insgesamt 1.644 Seiten sind keine „braune Literatur“, auch wenn es wegen des schlechten Nachkriegspapiers so aussieht, sondern die

⁴ Thomas Aich: *Massenmensch und Massenwahn. Zur Psychologie des Kollektivismus*. München 1947.

⁵ vgl. Peter Köpf: *Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse*. Berlin 1999, 71 f., 200.

⁶ vgl. Anja Pasquay: *Zwischen Tradition und Neubeginn. Walter Hagemann in Münster 1946-1959*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegel (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik. Biographisch-institutionelle Stationen der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M., 249-273; Lutz Hachmeister: *Theoretische Publizistik. Studien zur Geschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. (= Beiträge zur Medientheorie und Kommunikationsforschung 25). Berlin 1987, 130-205 (Systematik und Konflikt: Walter Hagemann).

⁷ vgl. Hachmeister, *Theoretische Publizistik*, a.a.O., 79-129

(Publizistik als normative Elitetheorie: Emil Dovifat); Klaus-Ulrich Benedikt: *Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist*. (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte/Reihe B 42). Mainz 1986; Bernd Sösemann (Hg.): *Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk*. (= Beiträge zur Kommunikationsgeschichte 8). Berlin und New York 1998.

⁸ vgl. Willy Stamm (Hg.): *Der Leitfaden für Presse und Werbung 1947*. Essen 1947, seit 1949 jährlich; *Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage. Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage*. Berlin 1947; *Lizenzen-Handbuch deutscher Verlage*. Berlin 1949; Nordwestdeutscher Zeitungsverleger-Verein (Hg.): *Handbuch Deutsche Presse*. 1. Ausgabe. Bielefeld 1947, 2. Ausgabe. Bielefeld 1951; *Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adressbuch. Handbuch der deutschen Presse* 62. Ausgabe 1947. Leipzig 1947.

Summe aller fachlichen Publikationen zwischen 1945 und 1949, die ich aus meinem Bücherschrank entnommen habe.⁹

Aichs Buch von 1947 erwähnte ich schon. Walter Hagemanns Werk „Grundzüge der Publizistik“¹⁰, ebenfalls von 1947, bedeutete damals Pflichtlektüre; es gehörte zu den ersten Büchern, die ich mir als Student kaufen musste. Hier ist nicht der Ort, auf seine Bedeutung einzugehen: Damals gab das in kürzester Zeit von Hagemann verfasste Buch dem Fach über Jahre hinweg eine theoretische Basis, die wir Studierenden vor allem als Abkehr von der alten Zeitungswissenschaft als „fröhlicher Wissenschaft“¹¹ verstanden.

Die Titel 3 und 4 sind im engen Zusammenhang zu sehen – nicht nur wegen des Erscheinungsjahres 1948. Ein Verlag Archiv und Kartei legte als „Gemeinschaftsarbeit des Verlages auf Grund authentischen Materials“ „Presse in Fesseln“ vor, eine „Schilderung des NS-Pressetrusts“, so der Untertitel innen im Buch, auf dem Einband lautete der Untertitel „Das Zeitungsmonopol im Dritten Reich“.¹² Sein ungenannter Autor war – auch das erfuhr man erst Jahre später – unter seinem Namen Fritz Schmidt, während der von ihm akribisch und faktenreich beschriebenen Zeit in einer leitenden Funktion tätig gewesen. Das Buch war damit im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage im „Dritten Reich“ sowohl Ergänzung als auch Erweiterung zu dem, was Walter Hagemann in seiner wohl besten Veröffentlichung „Publizistik im Dritten Reich“¹³ an Beschreibung und Analyse des Propa-

gandaapparates seinen Lesern bot – gründlicher und zuverlässiger als bei Aich/Höpker. Seine Leser und eifrigen Nutzer – das waren auch und vor allem die Studierenden am Institut für Publizistik: Die „Publizistik im Dritten Reich“ war in der Bibliothek ständig ausgeliehen und lange voraus vorgemerkt. Hagemanns Werk war mir einfach zu teuer, um es damals selbst zu kaufen; ich erinnere mich daran, das im Historischen Seminar vorhandene Exemplar vor und nach Lehrveranstaltungen dort häppchenweise gelesen zu haben.

Der Aufarbeitung einer gar nicht soweit zurückliegenden „braunen“ Vergangenheit einschließlich des Medienbereiches widmete sich Walter Hagemann auch in seinen „Colloquien zur Zeitgeschichte“, die er für Hörer aller Fakultäten als Lehrveranstaltung anbot – seine

Erst mit jahrzehntelanger
Verspätung erfuhren wir,
dass es mehr als nur Spuren
gab, die in das „Dritte Reich“
zurückführten.

Professur lautete auch auf Neueste Geschichte.¹⁴ Ob das damals sehr opportun war, muss als Frage offen bleiben. Denn erst mit jahrzehntelanger Verspätung

erfuhren wir, dass es mit den Namen Otmar Frhr. von Verschuer, Albert Ponsold, Werner Conze und Benno von Wiese an der Universität Münster in anderen Fächern mehr als nur Spuren gab, die in das „Dritte Reich“ zurückführten. Die abschätzigen Äußerungen über Hagemanns Colloquien und konkret die Abqualifizierung der „Publizistik im Dritten Reich“ als historische Kolportage durch einen Germanisten liefern gewisse Indizien.¹⁵ Bei der Vergabe von Dissertationsthemen war Hagemann eher zurückhaltend.

⁹ Die Publikationstätigkeit des Faches setzte erst um 1951 ein. Auch im Jahre 1950 blieb mit fünf Titeln die Zahl der Neuerscheinungen gering. Hagemann veröffentlichte innerhalb von vier Jahren sein drittes Buch: Walter Hagemann: *Die Zeitung als Organismus. Ein Leitfadens*. (= Beiträge zur Publizistik 1). Heidelberg 1950. Der zweite Titel in dieser Reihe bot ebenfalls Anlass, sich mit der Fachgeschichte zu befassen. Zu Wilmont Haacke: *Julius Rodenberg und die Deutsche Rundschau. Eine Studie der Publizistik des deutschen Liberalismus (1870-1918)*. (= Studien zur Publizistik 2). Heidelberg 1950. schrieb Hagemann das Geleitwort, in dem er das 1936 ausgesprochene Publikationsverbot dieser Berliner Dissertation Haackes ansprach. In seine neue Buchreihe *Presse und Welt* (München) nahm Karl d'Estes 1950 zwei von ihm betreute Dissertationen auf und publizierte selbst als Band 3 dort *Die papierene Macht. Kleine Pressekunde, geschrieben von Zeitgenossen*.

¹⁰ Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik*. Münster 1947, zweite überarbeitete und ergänzte Ausgabe: Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik. Als eine Einführung*

in die Lehre von der sozialen Kommunikation neu herausgegeben von Henk Prakke unter Mitarbeit von Winfried B. Lerg und Michael Schmolke. (= dialog der gesellschaft 1). Münster 1966.

¹¹ Diese Charakterisierung des Münchener Studienangebotes war seinerzeit unter den Studierenden des Faches sehr verbreitet.

¹² [Fritz Schmidt]: *Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Gemeinschaftsarbeit des Verlages auf Grund authentischen Materials*. Berlin 1948.

¹³ Walter Hagemann: *Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung*. Hamburg: Hansischer Gildenverlag 1948.

¹⁴ vgl. Bernhard Wittek: *[Erinnerungen an Günter Kieslich] Student in Münster 1950-1954*. In: *Publizistik*, Jg. 17 (1972) H. 1, 7.

¹⁵ vgl. Bernhard Wittek: *Alles begann mit einem Zufall*. In: Beate Schneider/Kurt Reumann/Peter Schiwiy (Hg.): *Publizistik. Beiträge zur Medienentwicklung. Festschrift für Walter J. Schütz*. (= Journalismus/N. F. 37). Kontanz, 26.

Immerhin hat er aber rund ein Dutzend Doktorarbeiten angeregt oder betreut, die dem Themenfeld „Publizistik im Dritten Reich“ zuzuordnen sind.¹⁶

Wenn man in einem so vorgegebenen Rahmen Publizistik studiert, ist die Frage nach der Vergangenheit des Faches geradezu zwingend. Das führt mich zurück auf die fünfte fachlich relevante Publikation der unmittelbaren Nachkriegszeit, die mich sehr enttäuschte. 1948 erscheint ebenfalls eine voluminöse „Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft“, die die Zeit des Nationalsozialismus völlig unbeachtet lässt.¹⁷ Gerade von Otto Groth, dem hochgeschätzten Autor des Vierbänders „Die Zeitung“¹⁸, hatte ich kompetente Auskunft auf viele damals noch offene Fragen erhofft, doch es war nur eine Ur-, Vor- und Frühgeschichte des Faches. Aus einem kürzlich erschienenen Aufsatz Otto B. Roegeles wissen wir, wie eng Groths Beziehungen zu Karl d’Ester und dem Münchner Institut für Zeitungswissenschaft waren, nachdem ihn die Nationalsozialisten 1933 aus seiner journalistischen Laufbahn gedrängt hatten, er also kompetenter Zeitzeuge hätte sein können.¹⁹ Wahrscheinlich empfand Otto Groth die Entwicklung zwischen 1933 und 1945 als ganz und gar unwissenschaftlich im Sinne seiner Vorstellungen von Zeitungswissenschaft. Den einzigen Hinweis liefert gegen Ende des Buches der Ausdruck seiner Abscheu darüber, dass ein Professor der Zeitungswissenschaft das Fach zur Publizistik umwandeln wolle – und es bleibt in diesem Kontext sogar offen, ob Groth noch Hans A. Münster oder schon Walter Hagemann meint.²⁰

Karl Bömer hatte in seinem „Bibliographischen Handbuch der Zeitungswissenschaft“ bereits 1929 eine erstaunliche Menge von Literatur erfasst.²¹ Die Expansion des Faches in der Zeit da-

nach ließ die Zahl der Veröffentlichungen rasch weiter ansteigen, und selbst der Zweite Weltkrieg hatte die gedruckten Hervorbringungen der Zeitungswissenschaft nur reduzieren aber nicht stoppen können. Ganz offensichtlich war das Fach kriegswichtig: Die letzte Ausgabe der *Zeitungswissenschaft* erschien – wie schon erwähnt – noch im Herbst 1944 als Heft 9/10 des 19. Jahrganges.

Münster gehörte zu den deutschen Städten, die im Kriege am meisten zerstört wurden. Doch das Institut für Zeitungswissenschaft, seit 1937 in einem ehemaligen Kaufhaus in der Rosenstraße, hatte den Bombenkrieg weitgehend unbeschädigt überstanden; das gleiche galt für seine umfangreiche Bibliothek, ein fensterloser Raum zwischen kleinem und großem Seminarraum gelegen.²² Für Referate, für Seminararbeiten, für Dissertationen: Hier stand ein Fundus an Literatur bereit, den es zu nutzen galt und von dem die Studierenden auch intensiv Gebrauch machten.

Darunter war auch „braune Literatur“ reichlich vertreten; das nahm man zur Kenntnis als Produkt einer Zeit, die zum Glück vorüber war, aber den Alltag der damals studierenden Generation bestimmt hatte. Man erinnerte sich aus eigenem Erleben, wie das „Dritte Reich“ alles und jedes nach seiner Vorstellung formte, und war relativ gelassen gegenüber heute befremdlich wirkenden Textstellen: Wer so bis 1945 schreiben *wollte*, *durfte* es dann nicht mehr. Wer so schreiben *musste*, brauchte es nach 1945 nicht mehr.

So schaute man eigentlich ohne Aufregung in Ernst Herbert Lehmanns „Die Gestaltung der Zeitschrift“²³ und konstatierte, wie völlig unwichtig das schlicht durch Zeitablauf geworden war. Man verglich die Auflagen von Dovifats „Zeitungswissenschaft“²⁴ und Wilmont Haackes „Feuilleton-

¹⁶ vgl. Arnulf Kutsch: *Hochschulschriften des Instituts für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Bibliographie 1939-1987*. Münster 1987, 3-6.

¹⁷ Otto Groth: *Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft. Probleme und Methoden*. München 1948.

¹⁸ Otto Groth: *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik)*. Vier Bände. Mannheim u.a. 1928-1930.

¹⁹ Otto B. Roegele: *Knäuel von Erfindungen. Vergangenheitsbewältigung. Wo liegt das „NS-Erbe der Kommunikationswissenschaft“ versteckt?* In: *Rheinischer Merkur*, Nr. 30 vom 27. Juli 2001, 7.

²⁰ Rudolf Stöber verdanke ich nachträglich den Hinweis, dass Otto Groths Feststellung auf Emil Dovifat ziele.

²¹ Karl Bömer: *Bibliographisches Handbuch der Zeitungswissenschaft. Kritische und systematische Einführung in den Stand der deutschen Zeitungsforschung*. Leipzig 1929.

²² Arnulf Kutsch: *Zur Geschichte des Instituts für Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Von der Zeitungskunde zur Zeitungswissenschaft 1919-1945*. In: Josef Hackforth/Arnulf Kutsch/Marianne Ravenstein: *Kommunikationswissenschaft in Münster 1919-1982*. Münster 1982, 8-33.

²³ Ernst Herbert Lehmann: *Gestaltung der Zeitschrift*. Leipzig 1938.

²⁴ Emil Dovifat: *Zeitungswissenschaft. Bd. I: Allgemeine Zeitungswissenschaft, Bd. II: Praktische Zeitungswissenschaft*. (= Sammlung Göschen 1039/40). Berlin 1931; *Zeitungswissenschaft I. 2 Bände*. Berlin 1937, 21944. (= Sammlung Göschen 1039/40); vgl. auch Jürgen Wilke: *Standardwerk oder Materialsammlung? Emil Dovifats „Zeitungswissenschaft“ und die Entwicklung der Zeitungswissenschaft in Deutschland*. In: Sösemann, Dovifat, a.a.O., 267-288.

kunde“²⁵ und wusste nach der durchaus nützlichen Lektüre von Hans A. Münsters knapper „Geschichte der deutschen Presse“²⁶, dass nach der heroischen Zeit nun durch die Lizenzen vergebenden Alliierten ein ganz neues Kapitel im deutschen Zeitungswesen aufgeschlagen worden war. Man hatte zur Kenntnis genommen, dass „Reichshauptamtsleiter“ Adolf Dresler in seinen Veröffentlichungen sowohl Hitler als auch Mussolini bewunderte; man las Elisabeth Noelles „Amerikanische Massenbefragungen“²⁷ als einen für eine Dissertation flott geschriebenen Text. Man nutzte die Pressehandbücher des Berliner Instituts²⁸ und ließ das Vorwort von Reichsleiter Amann dabei entweder unbeachtet oder wunderte sich, wie offen er die Gleichschaltung der deutschen Presse und die Schließung von Zeitungen angesprochen hatte.²⁹

Freilich war die Beschäftigung mit der Vergangenheit des Faches im Wesentlichen durch die Produktivität ihrer früheren Repräsentanten bestimmt. Insofern geriet das Institut für Zeitungswissenschaft/Publizistik in Münster, an dem man selbst in den Bücherschätzen grub, aus dem Blickwinkel: Der bis 1939 tätige Lektor Bause hatte nie etwas publiziert³⁰; die Habilitationsschrift des letzten Direktors vor Kriegsende, Hubert Max, endete bei den Karlsbader Beschlüssen.³¹ Der Lehrbetrieb war 1942 eingestellt worden, Max kurz nach Kriegsende seinen Kriegsverletzungen erlegen.

Mein und meiner Kommilitonen Interesse richtete sich daher vor allem auf Emil Dovifat und Hans A. Münster – und zwar aus ganz unter-

schiedlichen Blickwinkeln: Walter Hagemann hatte seine „Grundzüge“ Emil Dovifat gewidmet und zwar 1947, als Dovifat noch nicht wieder an der Universität tätig war. Zum anderen war Dovifat seit 1928 als Professor bis 1945 im Fach und dahin 1948 zurückgekehrt. Ich erinnere mich heute noch daran, dass ich Dovifats „Rede und Redner“³² von 1937 über Fernleihe bestellte, weil es in der Münsteraner Bibliothek nicht vorhanden war, und für meine Oberseminararbeit Material zusammentrug, bei der es um Emil Dovifat und Wilhelm Gries ging, die ab Sommer 1945 nacheinander als Chefredakteure der sowjetisch lizenzierten Berliner *Neuen Zeit* amtierten.

Das Interesse an Hans A. Münster³³, bis 1945 Leiter des Leipziger Instituts für Zeitungswissenschaft, hatte auch einen personellen Bezug nach Münster: Zwei seiner Schüler, Bert Donneppe und Rolf Fröhner, konnten erst 1950 bzw. 1952 mit ihren noch von Hans A. Münster vergebenen Dissertationsthemen bei Walter Hagemann ihr Rigorosum ablegen³⁴; aus Gesprächen und Diskussionen ergaben sich recht zuverlässige Informationen über Lehre und Forschung in Leipzig. Die zaghaften Ansätze, am Leipziger Institut auch empirisch zu arbeiten, manifestierten sich in Alfred Schmidts „Publizistik im Dorf“ (1939)³⁵ und Friedrich Schindlers „Die Publizistik im Leben einer Gruppe von Leunaarbeitern“ (1942)³⁶. Sie waren unmittelbare Vorbilder für die Befragungen, die Studierende des Instituts für Publizistik Münster 1955 in Marl vornahmen, wo inzwischen Bert Donneppe die Volkshochschule „die insel“ leitete. Deren Ergebnisse schlu-

²⁵ Wilmont Haacke: *Feuilletonkunde. Das Feuilleton als literarische und journalistische Gattung*. Bd. 1/Bd. 2. Leipzig 1943; Wilmont Haacke: *Handbuch des Feuilletons*. Band I-III. Emsdetten 1951-53.

²⁶ Hans A. Münster: *Geschichte der deutschen Presse, in ihren Grundzügen dargestellt*. (= Meyers Kleine Handbücher 26). Leipzig 1941.

²⁷ Elisabeth Noelle: *Amerikanische Massenbefragungen über Politik und Presse*. (= Zeitung und Zeit/Neue Folge, Reihe A 6). Frankfurt a.M. 1940.

²⁸ Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin (Hg.): *Handbuch der deutschen Tagespresse*. Leipzig und Frankfurt a.M. 1937, 1944.

²⁹ Max Amann: *Die nationalsozialistische Volkspresse*, ebda. 6. Auflage, VII-XIII; Max Amann: *Die deutsche Presse im Kriege*, ebda. 7. Auflage, XI-XXI.

³⁰ Kutsch, *Zur Geschichte des Instituts für Publizistik*, a.a.O., 20.

³¹ Hubert Max: *Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Erziehungsprozesses des deutschen Volks bis zu den Karlsbader Beschlüssen*.

(= Pressestudien/Reihe A 1). Essen 1942.

³² Emil Dovifat: *Rede und Redner. Ihr Wesen und ihre politische Macht*. (= Meyers Kleine Handbücher 8). Leipzig 1937.

³³ vgl. Sylvia Straetz: *Hans A. Münster (1901-1963). Sein Beitrag zur Entwicklung der Rezipientenforschung*. Frankfurt a.M. 1984; Hachmeister, *Theoretische Publizistik*, a.a.O., 42-68 („Theorie der Publizistik“ im Dritten Reich: *Die Leipziger Schule*).

³⁴ Albert Donneppe: *Sport und Rundfunk. Ein Beitrag zur Publizistik. Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung von 1924-1939 an den mitteleuropäischen Sendern*. Phil. Diss. Münster 1950 (Masch.schr.); Rolf Fröhner: *Kritik der Aussage. Sprache, Mitteilung, Ausdruck und ihre publizistische Problematik*. (= Beiträge zur Publizistik 6). Heidelberg 1954, Reprint 1982.

³⁵ Alfred Schmidt: *Publizistik im Dorf*. (= Leipziger Beiträge zur Erforschung der Publizistik 2). Dresden 1939.

³⁶ Friedrich Schindler: *Die Publizistik im Leben einer Gruppe von Leunaarbeitern, insbesondere im Hinblick auf Presse, Rundfunk, Film*. Phil. Diss. Leipzig 1943.

gen sich in Günter Kieslichs „Freizeitgestaltung in einer Industriestadt“ nieder.³⁷

Ein weiteres Buch von Hans A. Münster war ebenfalls wichtig: seine „Publizistik. Menschen – Mittel – Methoden“³⁸. Man war neugierig, wie er diesen Begriff zu einer Zeit, in der das Fach offiziell Zeitungswissenschaft hieß, verwendet hatte, gerade weil „Publizistik“ in der Benennung „Institut für Publizistik Münster“ für den Neuanfang nach 1945 stand. In Umrissen war es damals schon möglich, sich Kenntnis zu verschaffen von den Konflikten, die in der Zeit des „Dritten Reiches“ zwischen Anhängern einer Publizistik als Lehre von den politischen Führungsmitteln und den Vertretern der traditionellen Zeitungswissenschaft ausgetragen wurden. Die Namen der von Stefanie Averbek/Arnulf Kutsch genannten Exponenten Karl O. Kurth³⁹ und Wolfgang Hollmann waren uns durchaus vertraut.

Die ergiebigste Quelle, um Kenntnis über die Historie des Faches zu erlangen, war kein Buch, sondern die Zeitschrift *Zeitungswissenschaft*. Zwar war die Bereitschaft, dort mitzuarbeiten, unterschiedlich stark ausgeprägt (z. B. ist Emil Dovifat fast nicht vertreten), aber aus der Lektüre der Jahrgänge 1926 bis 1944 ergibt sich insgesamt doch ein zuverlässiger Einblick in die damalige personelle Ausstattung der Zeitungswissenschaft, was mir – nur nebenbei bemerkt – bei der Redaktionsarbeit für die *Publizistik* durchaus geholfen hat.⁴⁰

Schließlich und nicht zuletzt wurde auch der Torso des „Handbuches der Zeitungswissenschaft“ eifrig benutzt, obwohl gerade dieses Werk

besonders deutlich zeigt, wie gute sachliche Informationen durch totalitäre Indoktrination verseucht waren.⁴¹ Für das Fach hatte es zum Zeitpunkt seines Erscheinens durchaus repräsentativen Charakter. Auf der Titelei ist dementsprechend eine Fülle von Namen aufgeführt: „Herausgegeben von Walther Heide, bearbeitet von Ernst Herbert Lehmann unter Mitwirkung von Hans Hermann Adler, Karl Bömer, Karl d’Ester, Peter Gast, Hermann Hart, Gerhard Menz, Wilhelm Olbrich, Hans Praesent, Otto Schabbel, Carl Schneider, Franz Alfred Six“. Außer Karl d’Ester hat niemand der Genannten in der Nachkriegsgeschichte des Faches wieder eine Funktion an deutschen Hochschulen gehabt. Das gilt mit Ausnahme von Emil Dovifat auch für alle anderen Namen, die zwischen 1933 und 1945 als Professoren im Fach gelehrt und geforscht haben. Insoweit darf man wohl von einem Neuaufbau nach 1945 sprechen – rigoroser und konsequenter als in vielen anderen Disziplinen.

Manche der mir aus dem Bibliotheksbestand in Münster oder aus der *Zeitungswissenschaft* vertrauten Namen sind mir als Personen später begegnet. Ich habe ihnen keine belastenden Zitate vorgehalten, aber im Gespräch mit ihnen weitere Aufschlüsse über die Zeit zwischen 1933 und 1945 erhalten. Gern erinnere ich mich an Hans A. Münster, Walter Vogel, Joachim Kirchner und Hans Ludwig Zankl, indifferent blieb Josef März, geärgert habe ich mich über Hans Jessen und Karl O. Kurth, der besser bei den Vertriebenenverbänden geblieben wäre, als dann im Bundesministerium der Verteidigung sich mit psychologischer Kriegsführung zu befassen.

Meine Schlussbemerkungen will ich mit dem Hinweis darauf eröffnen, wie notwendig differenzierte Ermittlungen und Bewertungen sind. Und wieder gehe ich dabei von eigenen Erfahrungen

Insoweit darf man wohl von einem Neuaufbau nach 1945 sprechen – rigoroser und konsequenter als in vielen anderen Disziplinen.

³⁷ Günter Kieslich: *Freizeitgestaltung in einer Industriestadt. Ergebnisse einer Befragung in Marl (Westfalen), durchgeführt vom Institut für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in Verbindung mit dem Bildungswerk der Stadt Marl*. Dortmund-Lütgendortmund 1956.

³⁸ Hans A. Münster: *Publizistik. Menschen – Mittel – Methoden*. (= Meyers Kleine Handbücher 17). Leipzig 1939.

³⁹ vgl. Arnulf Kutsch: *Karl Oswin Kurth (1910-1981)*. In: Arnulf Kutsch unter Mitarbeit von Frank Biermann/Ralf Herpolsheim (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. (= Serie Kommunikation). Köln 1984, 215-243.

⁴⁰ Hans A. Münster schenkte mir auch deshalb seine ersten Jahrgänge der *Zeitungswissenschaft*.

⁴¹ Walther Heide (Hg.): *Handbuch der Zeitungswissenschaft*. Bd. I: A-Gre. Leipzig 1940; von Bd. II bis 1943 nur Lfg. 5-7 erschienen. Zur Bedeutung dieser Publikation und zu seiner Entstehung vgl. Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Beitrag „Emigrantenpresse“ im „Handbuch der Zeitungswissenschaft“ (1940) und sein Autor Hermann Hart*. In: Hanno Hardt/Elke Hilscher/Winfried B. Lerg (Hg.): *Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933-1945*. (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 30). München u.a. 1979, 443-473.

aus: In der Bibliothek in Münster stand auch der Prachtband, den die *Ufa* zu ihrem 25-jährigen Bestehen 1943 herausgegeben hatte.⁴² Für mich war die Apotheose auf das Filmschaffen des „Dritten Reiches“ und seinen obersten Schirmherrn Joseph Goebbels ein besonderes Beispiel für Propaganda: zeittypisch war eine durchaus solide dargestellte Chronik mit politischer Tendenz verknüpft worden. Hans Traub (der Herausgeber von „Standortskatalog“)⁴³ war Autor des Buches. Erst als ich bei Hedwig Traub-von Grolmann 1951 in ihrem Münchner Filmseminar saß, erfuhr ich von ihr, dass ihr Mann aus, wie es damals hieß, „rassischen Gründen“ von den Nationalsozialisten aus seiner akademischen Laufbahn, die er in Greifswald begonnen hatte, geworfen wurde, dann als Leiter der *Ufa*-Lehrschau die Zeit des „Dritten Reiches“ zu überdauern hoffte und noch vor Kriegsende 1943 starb.⁴⁴

Auch an solche Fälle mochte wohl Walter Hagemann gedacht haben, als er im Vorwort seiner „Publizistik im Dritten Reich“ schrieb:

Es erscheint geboten, mit den verantwortlichen publizistischen Steuerleuten des 'Dritten Reiches' streng ins Gericht zu gehen, nicht aber mit denen, die mittelbar oder unmittelbar dieser Steuerung gefolgt oder verfallen sind; gibt es doch niemanden, der von sich behaupten könnte, dass er zu keiner Stunde und in keiner Beziehung,

*weder bewusst noch unbewusst, den Erfindungen, Tricks oder Lockungen der NS-Lenkung jemals erlegen wäre. Zu stark haben NS-Ideologie und deutsche Lebenswirklichkeit einander durchtränkt, als dass sich überall eine reinliche Scheidung hätte vollziehen lassen.*⁴⁵

Ich habe das damals ganz ähnlich gesehen und wiederhole noch einmal meine Einschätzung beim Umgang mit „brauner Literatur“: Wer so vor 1945 schreiben wollte, durfte es dann nach 1945 nicht mehr. Wer so schreiben musste, brauchte es dann nicht mehr. Man kann Hagemanns Äußerung allerdings auch ganz anders bewerten – wie es Norbert Frei im 12. Abschnitt von „Journalisten im Dritten Reich“ getan hat.⁴⁶

Ich sehe ebenfalls vieles heute differenzierter: Biographien hatten wir damals kaum, der Zugewinn an Informationen hat sich seither deutlich verbessert. Tagungen wie diese sind hilfreich und nützlich, Geschichte aufzuarbeiten. Rückblickend stelle ich fest: Wir waren damals nach dem Krieg und unter dem unmittelbaren Erleben des alle Bereiche des öffentlichen und viele Bereiche des privaten Lebens durchdringenden „Dritten Reiches“ der Überzeugung, an einem ganz neuen Anfang für das Fach beteiligt zu sein. Heute weiß ich, besser als damals, in welcher Tradition wir standen.

Dr. Walter J. SCHÜTZ (1930)

Honorarprofessor am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik und Theater Hannover. 1960-1993 im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zuletzt als Ministerialrat Leiter des Medienreferats. 1956-1993 Redakteur der *Publizistik*. Vierteljahresheft für Kommunikationsforschung.

⁴² Hans Traub: *Die Ufa. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des deutschen Filmwesens*. Berlin 1943.

⁴³ Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hg.): *Standortskatalog wichtiger Zeitungsbestände in deutschen Bibliotheken*. Bearb.: Hans Traub. Leipzig 1933.

⁴⁴ vgl. Frank Biermann: *Hans Traub (1901-1943)*. In:

Kutsch, *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, a.a.O., 45-78.

⁴⁵ Hagemann, *Publizistik im Dritten Reich*, a.a.O., 10.

⁴⁶ Norbert Frei: *Stunde Null der deutschen Presse?* In: Norbert Frei/Johannes Schmitz: *Journalismus im Dritten Reich*. (= Beck'sche Reihe 376) München 1989, 181 f.

Portrait eines Schreibtischtäters

Franz Ronneberger (1913-1999)

Peer Heinelt

„Schreibmaschinentäter“ nannte Otto Köhler die von ihm identifizierten „unheimlichen Publizisten“ des „Dritten Reichs“.¹ In Bezug auf das 1999 verstorbene Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK), Franz Ronneberger, greift der Begriff jedoch zu kurz. Ronneberger gehörte nicht nur zu den Propagandisten des NS-Regimes, er war ebenso an der systematischen Erarbeitung der informationellen Grundlage der NS-Propaganda beteiligt wie an der Schaffung der wissenschaftlichen Basis für die nationalsozialistische Kriegs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik. Die von ihm in diesem Zusammenhang entwickelten Vorstellungen über die Funktionsweise und Wirkungsabsicht der Massenmedien decken sich mit denen, die er nach dem Ende des „Dritten Reichs“ in der Bundesrepublik Deutschland zu Papier brachte. Diese Thesen sollen im Folgenden anhand seiner Biographie belegt werden.

Aussagekräftiges Quellenmaterial zu Ronnebergers Karriere im „Dritten Reich“ findet sich in verschiedenen deutschen und österreichischen Archiven: Herangezogen wurden der von der NSDAP-Gauleitung Wien angelegte Gauakt 90457, der im Österreichischen Staatsarchiv, Abteilung Archiv der Republik, aufbewahrt wird, sowie die ebenfalls hier vorhandenen Akten der Reichsstatthalterei Baldur v. Schirach und des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen in

Wien. Im Bundesarchiv Berlin findet sich eine Personalakte über Ronneberger (Bestand des ehemaligen Berlin Document Center); diese wurde ebenso eingesehen wie die hier vorhandenen Aktenbestände des Reichssicherheitshauptamts (R 58) und der Südosteuropa-Gesellschaft in Wien (R 63). Hinzu kam der Briefwechsel zwischen Ronneberger und dem Südosteuropaforscher Fritz Valjavec, der im Südost-Institut München der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Die im Bundesarchiv Koblenz vorliegende Akte über das Spruchgerichtsverfahren gegen Ronneberger in den Jahren 1947 und 1948 (Z 42 VII/1455) ist nur von bedingter Aussagekraft, da sie über weite Strecken lediglich die Ausflüchte des Angeklagten dokumentiert.²

Dass ich mich bei meiner Darstellung der NS-Biographie Ronnebergers fast ausschließlich auf Archivalien stütze, hat Gründe: Während Ronneberger in neueren Forschungsarbeiten zur Wissenschafts- und Kulturpolitik des „Dritten Reichs“ allenfalls am Rande vorkommt,³ bestimmte er im Rahmen der bundesdeutschen Kommunikationswissenschaft die Aussagen über seine NS-Vergangenheit weitgehend selbst. Seine apologetische Sichtweise wurde von Kollegen, Schülern und Adepten in Festschriften, Würdigungen und Nachrufen vorbehaltlos übernommen.⁴ Was allerdings den Lebensweg Ronnebergers in der Bundesrepublik betrifft, stellen Äußerungen dieser Art eine wichtige Quelle dar: An

¹ vgl. Otto Köhler: *Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher*. München 1995. Die erste Auflage des Buches erschien 1989 unter dem Titel *Wir Schreibmaschinentäter*.

² Noch nicht eingesehen wurden Unterlagen des Universitätsarchivs München und des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes sowie verschiedene Filme des Bundesarchivs Berlin, auf denen sich weitere Akten des Reichssicherheitshauptamts befinden.

³ vgl. Michael Fahlbusch: *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften‘ 1931-1945*. Baden-Baden 1999, Kap. 3.5 und 3.9 sowie Carsten Klingemann: *Soziologie im Dritten Reich*. Baden-Baden 1996, 84, 154.

⁴ vgl. Walter Hömberg: *Vielseitig, weltoffen, innovativ. Zur Erinnerung an Franz Ronneberger*. In: *Aviso*, Nr. 24, April 1999, 9; Ulrich Saxer: *Franz Ronneberger (1913-1999)*. In: *Publizistik*, Jg. 44 (1999), H. 2, 224 f.; Manfred Rühl:

Franz Ronneberger 85 Jahre. In: *Publizistik*, Jg. 43 (1998), H. 2, 172; Franz Ronneberger: *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft. Autobiographische Fragen an Franz Ronneberger von Manfred Rühl*. In: Arnulf Kutsch/Horst Pöttker (Hg.): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*. (= *Publizistik Sonderheft 1/1997*), 21-35; Manfred Rühl: *Franz Ronneberger – Anmerkungen zum „unordentlichen“ Lebensweg eines interdisziplinär orientierten Sozialwissenschaftlers*. In: Manfred Rühl/Heinz-Werner Stüber (Hg.): *Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung. Festschrift für Franz Ronneberger*. (= *Journalismus 18*). Düsseldorf 1983, 327-333; Manfred Rühl/Jürgen Walchshöfer (Hg.): *Politik und Kommunikation. Festgabe für Franz Ronneberger zum 65. Geburtstag*. (= *Nürnbergischer Forschungsberichte Sonderband*). Nürnberg 1978, XX f.

diesem Punkt der Biographie angekommen, musste nichts mehr vertuscht oder schöngeredet werden, vielmehr konnte man sich im Glanz der interdisziplinären Karriere eines renommierten Wissenschaftlers sonnen. Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit wird in aller gebotenen Kürze versucht, den beruflichen Werdegang Ronnebergers im „Dritten Reich“ zu rekonstruieren. Der zweite Teil wird dann seine bundesdeutsche Biographie zum Inhalt haben.

Teil 1 – Der NS-Intellektuelle

1944, auf dem Höhepunkt seiner Karriere im „Dritten Reich“, führte der 31 Jahre alte Ronneberger mehrere parteiamtliche Dienstbezeichnungen und übte etliche Funktionen aus: Er war SS-Untersturmführer und hauptamtlicher Mitarbeiter des Wiener SD, Gauhauptstellenleiter im Grenzlandamt der NSDAP-Gauleitung Niederdonau und Leiter der Außenstelle Südost der Reichsstudentenführung. Er leitete die Korrespondenzstelle Wien des Auswärtigen Amtes (Dienststelle Dr. Ronneberger) und den Nachrichtendienst der Südosteuropa-Gesellschaft (SOEG). Er war Dozent der Südost-Stiftung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages an der Hochschule für Welthandel in Wien, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ), des *Völkischen Beobachters* und anderer NS-Medien. Stellvertretend leitete er die Publikationsstelle Wien der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft (SODFG), die dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstellt war. Wie es zu dieser Ämterhäufung kam, soll im Folgenden skizziert werden.⁵

1944, auf dem Höhepunkt seiner Karriere im „Dritten Reich“, übte Ronneberger etliche parteiamtliche Funktionen aus.

Aufstieg eines Studenten-funktionärs

1932, als Jurastudent in Kiel, begann Ronneberger, sich im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) zu engagieren, wofür ihm nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten das Silberne Ehrenzeichen des NSDStB verliehen wurde.⁶ Ronneberger interessierte sich zunehmend für sogenannte Volkstumspolitik, deren Ziel es war, mit Hilfe der Mobilisierung deutschstämmiger Minderheiten (Volksdeutsche) in Europa eine an ethnischen Kriterien orientierte Staatenordnung unter deutscher Führung zu etablieren. Anfang 1934 entschloss er sich zum Umzug nach München, wo 1930 das ‚Institut zur Erforschung des Deutschtums im Süden und Südosten‘ entstanden war, für das sich ab 1935 der Begriff ‚Südost-Institut‘ (SOI) ein-

bürgerte.⁷ Mit dem Mitarbeiter und späteren Geschäftsführer des SOI, Fritz Valjavec, sollte Ronneberger in den folgenden Jahren eine enge wissenschaftliche,

politische und persönliche Beziehung verbinden.

Im Verlauf des Wintersemesters 1934/35 übernahm Ronneberger die Leitung des Außenamtes der Studentenschaft der Universität München.⁸ Das Außenamt hatte die Aufgabe, „die Studierenden, die beabsichtigen, ins Ausland zu gehen, zu schulen und darauf vorzubereiten, daß sie draußen das Deutschtum sauber vertreten. Es kann kein deutscher Student in Zukunft an einer ausländischen Hochschule zugelassen werden, der nicht durch diese Schulung bereits ein Halbjahr vorher erfaßt wurde“, hieß es in der

⁵ vgl. im Folgenden: Franz Ronneberger: Lebenslauf v. 3.7.1944. In: BDC/REM, Bl. 4615f. (BArch Berlin); Personalsnachrichten, Hochschule für Welthandel Wien v. 10.7.1944, ebd., Bl. 4610 ff.; den von ihm ausgefüllten Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuSHA) v. 26.10.1939. In: BDC/RS (BArch Berlin) und seine Aussage v. 10.8.1947 vor dem Öffentlichen Ankläger (Staatsanwalt Wegener) am Spruchgericht Stade. In: Z 42 VII/1455, Bl. 35 ff. (BArch Koblenz).

⁶ Diese Auszeichnung erhielten ausschließlich „verdiente Kameraden, die ... in der Zeit vor dem 30. Januar 1933 im NSD-Studentenbund aktiv gearbeitet haben“; vgl. Robert Ley (Hg.): *Organisationsbuch der NSDAP*. München 1936, 263.

⁷ Zur Geschichte des SOI s. Fahlbusch, *Wissenschaft im*

Dienst der nationalsozialistischen Politik?, a.a.O., 260 ff.; SOI (Hg.): *Südost-Institut München 1930-1990. Mathias Bernath zum siebzigsten Geburtstag*. (= Südosteuropa-Bibliographie Ergänzungsbd. 2). München 1990, 21 ff. sowie Dorothea Willkomm: *Untersuchungen zur Anfangsphase der deutschen Südosteuropahistoriographie*. Unveröffentlichte Magisterarbeit TU Hannover 1979, 123 ff.

⁸ Dies entspricht sowohl den Angaben in seinem Lebenslauf v. 3.7.1944 als auch seinen Einlassungen vor dem Öffentlichen Ankläger am Spruchgericht Stade v. 10.8.1947. Im Vorlesungsverzeichnis der Universität München wird Ronneberger ab dem Sommersemester 1935 als Leiter des Außenamtes der Studentenschaft geführt; vgl. Universität München: *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1935*. München 1935, 86.

Selbstdarstellung der Körperschaft.⁹ Geschult wurden die Münchner Studierenden in sogenannten studentischen Arbeitsgemeinschaften unter anderem von Fritz Valjavec, der dort über ‚Das Deutschtum in Südost-Europa‘ oder ‚Organisationsformen des Auslandsdeutschtums‘ sprach.¹⁰ Ronneberger schrieb 1944 rückblickend über das von ihm geleitete Außenamt, dass „im Rahmen dieser Dienststelle [die] Zusammenfassung und Lenkung des gesamten politischen und wissenschaftlichen Einsatzes der deutschen Studentenschaft in Südosteuropa“ erfolgt sei.¹¹

Im Verlauf des Jahres 1936 begannen Ronneberger und Valjavec mit dem Aufbau eines ‚Süd-Ost-Presseberichtes‘.¹² Nachdem sich eine der Arbeitsgemeinschaften des Außenamtes bereits mit der Beobachtung der ‚Auslandspresse‘ befasste,¹³ wurden jetzt auch die Publikationen der deutschstämmigen Minderheiten in Südosteuropa systematisch ausgewertet. Man wollte nicht nur wissen, was im Ausland über Nazi-Deutschland gedacht wird, sondern auch über den Stand der nationalsozialistischen Mobilisierung bei den Angehörigen der deutschen Volksgruppen informiert sein. Elisabeth Noelle-Neumann gibt an, Ronneberger habe 1936 mit ihr zusammen die Lehrveranstaltungen des Zeitungswissenschaftlers Karl d’Ester in München besucht; sie selbst habe als Zellenleiterin der Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen (ANST), einer Unterorganisation des NSDStB, die Arbeitsgemeinschaft ‚Presseanalyse‘ geleitet.¹⁴

Am 1. Januar 1937, im Jahr seines Eintritts in die NSDAP,¹⁵ wurde Ronneberger zum Leiter der

‚Außenstelle Südost‘ der Reichsstudentenführung ernannt;¹⁶ Valjavec erhielt das ebendort angesiedelte ‚Ungarnreferat‘.¹⁷ Die Reichsstudentenführung (RSF) war im November 1936 aus der Zusammenfassung der Spitzen von Deutscher Studentenschaft und NSD-Studentenbund entstanden. SS-Obersturmbannführer Gustav Adolf Scheel wurde am 5. November 1936 zum Reichsstudentenfürher berufen durch Ernennung zum Führer des NSDStB von Seiten der NSDAP und zum Reichsführer der Deutschen Studentenschaft von Seiten des Staates.¹⁸ Ronnebergers Pressebericht erschien fortan in seinem Namen.

Im Sommer 1938 übernahm Ronneberger ein weiteres Amt der ‚studentischen Außenarbeit‘; am 1. Juli löste er Helmut Bauersfeld als Leiter der Deutschen Akademischen Auslandsstelle München ab.¹⁹ Der Zweck dieser Einrichtung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) bestand darin, durch Vorträge, Führungen, Betriebsbesichtigungen, Arbeitsgemeinschaften über ‚Gegenwartsfragen‘, gesellschaftliche Veranstaltungen und Ausflüge den in München studierenden Ausländern den „Anschluß an das geistige und wissenschaftliche Leben in der Hauptstadt der Bewegung“ zu erleichtern.²⁰ Die Aufgabenstellung der Institution legt nahe, dass Ronneberger in seiner neuen Funktion unter anderem einen Besuch des KZ Dachau anregte, den er dem Öffentlichen Ankläger am Spruchgericht Stade ausführlich geschildert hat.²¹ Dass Ronneberger bei diesen Einlassungen so viel Wert darauf legte, keine politischen Häftlinge, sondern lediglich „Arbeitsverweigerer“ und „Gewohnheitsverbrecher“ im KZ Dachau gesehen zu

⁹ Universität München, *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1935*, 10.

¹⁰ vgl. Universität München: *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1935/36 und das Sommerhalbjahr 1936*. München 1935, 10 f.

¹¹ Ronneberger, Lebenslauf v. 3.7.1944, a.a.O.

¹² vgl. Valjavec an Alfred Krehl v. 20.6.1936 u. 26.5.1937. In: Briefwechsel Fritz Valjavec 1934-1950 (Südost-Institut München), im Folgenden: Briefwechsel Valjavec (SOI).

¹³ vgl. Universität München, *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1935/36 und das Sommerhalbjahr 1936*, a.a.O., 11.

¹⁴ vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: *Über den Fortschritt der Publizistikwissenschaft durch Anwendung empirischer Forschungsmethoden. Eine autobiographische Aufzeichnung*. In: Kutsch/Pöttker, *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*, a.a.O., 39 f.

¹⁵ Ronneberger trat der NSDAP am 1. Mai 1937 bei und erhielt die Mitgliedsnummer 5152299. Diese Angabe findet sich in allen von Ronneberger verfassten Lebensläufen; vgl. Fragebogen RuSHA v. 26.10.1939, a.a.O.; Personalmeldungen v. 10.7.1944, a.a.O., Bl. 4613; Lebenslauf v. 3.7.1944, a.a.O., Bl. 4616. Die

Eintragungen auf seiner NSDAP-Karteikarte (BArch Berlin/BDC) lassen vermuten, dass sein Parteieintritt vier Wochen zurückdatiert wurde.

¹⁶ vgl. Fragebogen RuSHA v. 26.10.1939, a.a.O. In seiner Aussage v. 10.8.1947 gibt Ronneberger an, die Außenstelle selbst geschaffen zu haben.

¹⁷ vgl. Valjavec an Krehl v. 28.1.1937. In: Briefwechsel Valjavec (SOI).

¹⁸ vgl. in diesem Zusammenhang auch Michael Grüttner: *Studenten im Dritten Reich*. Paderborn u.a. 1995, 317 ff.

¹⁹ vgl. Fragebogen RuSHA v. 26.10.1939, a.a.O. Im Personen- und Vorlesungsverzeichnis der Universität München wird Ronneberger ab dem Wintersemester 1938/39 als Leiter der Akademischen Auslandsstelle geführt; vgl. Universität München: *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1938/39*. München 1938, 89.

²⁰ Universität München: *Personen- und Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1938/39*, a.a.O., 11.

²¹ siehe hierzu Peer Heinelt: *PR als Dienst an der „Volksgemeinschaft“*. *Biographische Untersuchungen zur Geschichte einer Kommunikationsdisziplin*. In: *Medien & Zeit*, Jg. 14 (1999), H. 1, 25.

haben, lässt den Schluss zu, dass er das KZ im Zusammenhang mit der Aktion ‚Arbeits-scheu Reich‘ aufsuchte.²² Im Rahmen dieser Aktion verhafteten Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei in den Monaten März und Juni des Jahres 1938 mehr als 10.000 Angehörige subproletarischer Schichten sowie Sinti und Roma (‚Asoziale‘) und wiesen sie in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau ein. Die dort bisher dominierenden politischen Häftlinge wurden zur Minderheit. Zur Aktion ‚Arbeits-scheu Reich‘ gehörte auch die Propaganda gegen ‚Arbeitsverweigerer‘ und ‚Gewohnheitsverbrecher‘; gerne führte man ausländischen Gästen die internierten ‚asozialen Elemente‘ und ‚jüdischen Verbrechertypen‘ vor.²³

Ronnebergers wissenschaftliche Entwicklung ging mit seiner politischen Entwicklung einher; beides war untrennbar miteinander verflochten. Die von ihm repräsentierte ‚Südostforschung‘ stand stets unter dem Primat der nationalsozialistischen Politik. Dies zeigte sich bereits 1935/36 beim 1. Reichsleistungskampf der Studenten, als er gemeinsam mit vier Jurakommilitonen die Arbeit „Die ordnende Kraft der völkischen Idee im südosteuropäischen Raum“ vorlegte. Der von Franz Alfred Six organisierte Wettbewerb stand unter dem Motto: „Nur Nationalsozialisten können nationalsozialistische Wissenschaft gestalten.“²⁴ Da Ronneberger als Leiter des ‚Südostbewertungsausschusses‘ nicht seine eigene Arbeit bewerten konnte, übertrug er kurzerhand Valjavec diese Funktion.²⁵ Dieser und Gustav Fochler-Hauke, ein Schüler des Geopolitikers Karl Haushofer, beurteilten Ronnebergers Arbeit übereinstimmend als „pol[itisch]-wissensch[aftlich] und

prakt[isch]-pol[itisch] wertvoll“²⁶. In seiner Dissertation „Südosteuropa im politischen Ordnungsbild Bismarcks“ von 1938 bemühte er sich, die Außenpolitik des Reichskanzlers als Vorwegnahme völkischer Großraumpolitik darzustellen.²⁷

Pressearbeit und ‚Südostforschung‘

Zur Jahreswende 1938/39 war Ronneberger in den an Südosteuropa interessierten Kreisen der nationalsozialistischen Nomenklatura kein Unbekannter mehr: Er gab einen Pressebericht über Südosteuropa heraus und unterhielt gute Kontakte zu den faschistischen Volksgruppenführern Fritz Fabritius (Rumänien), Franz Basch (Ungarn) und Franz Karmasin (Slowakei).²⁸ Im Frühjahr 1939 holte ihn SS-Obergruppenführer Arthur Seyß-Inquart, Reichsstatthalter für das Deutschland ‚angeschlossene‘ Österreich, in seinen Mitarbeiterstab nach Wien;²⁹ Ronneberger behielt seine Funktion bei der Reichsstudentenführung.³⁰ Man beauftragte ihn mit dem „Aufbau einer Dienststelle zur Erforschung des Pressewesens in Südosteuropa und der laufenden Presse- und politischen Berichterstattung“.³¹ Wieder gab Ronneberger einen ‚Pressebericht‘ heraus – von Valjavec als „schlechthin führend“ bezeichnet³² – und begann mit dem Aufbau eines Netzes von Verbindungsleuten in Südosteuropa, die wahlweise als Agenten, Korrespondenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter bezeichnet werden können.³³

Im Laufe des Jahres 1940 wurde Ronnebergers Dienststelle vom Auswärtigen Amt (AA) über-

betr. wissenschaftlicher Einsatz in der Slowakei; Außenstelle Süd-Ost (Naager), Vordringliche wissenschaftliche Arbeiten über das Karpatendeutschtum v. 25.1.1939 (Anlage 1). In: Briefwechsel Valjavec (SOI).

²⁹ vgl. Lebenslauf v. 3.7.1944, a.a.O. sowie Fragebogen RuSHA v. 26.10.1939, a.a.O.

³⁰ vgl. Schreiben des Amtes für Beamte der NSDAP-Gauleitung Wien (Kasper) an das NSDAP-Gaupersonalamt Wien v. 4.3.1940. In: Gauakt (GA) 90457, Bl. 17, Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR) sowie Aussage Ronnebergers v. 10.8.1947, a.a.O., Bl. 35 f. Inwieweit die Pläne von Ronnebergers Doktorvater Norbert Gürke, in Wien ein ‚Süd/Ost-Institut‘ zu errichten, in diesem Zusammenhang eine Rolle spielten, kann hier nicht weiter erörtert werden.

³¹ Lebenslauf v. 3.7.1944, a.a.O.

³² Valjavec an Ronneberger (Wien) v. 26.7.1939. In: Briefwechsel Valjavec (SOI).

³³ vgl. Aktennotiz Kaufmanns für Schirach betr. Außenpolitische Informationsstelle v. 19.9.1940 in: RStH 04/5, Karton 57 (ÖStA/AdR).

²² vgl. im Folgenden Wolfgang Ayaß: *‚Asoziale‘ im Nationalsozialismus*. Stuttgart 1995, 138-175.

²³ vgl. ‚Professor Landra besucht das Konzentrationslager Sachsenhausen‘. In: *Illustrierter Beobachter 1939*, Folge 1, 10, nachgedruckt ebd., 167.

²⁴ Franz Alfred Six (Hg.): *Studenten bauen auf! Der 1. Reichsleistungskampf 1935/36. Ein Rechenschaftsbericht*. Marburg/Berlin, XIII.

²⁵ vgl. Die Studentenschaft der Universität München, Leiter des Außenamtes (Ronneberger) an Geschäftsleiter des Institutes zur Erforschung des Deutschen Volkstumsgebietes im Südosten, Valjavec v. 17.3.1936. In: Briefwechsel Valjavec (SOI).

²⁶ vgl. Six (Hg.), *Studenten bauen auf!*, a.a.O., 144 f., 150 f.

²⁷ vgl. Heinelt, *PR als Dienst an der „Volksgemeinschaft“*, a.a.O., 25.

²⁸ vgl. Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien, Landesobmann Fritz Fabritius (Hermannstadt) an Ronneberger (München, Neuhauserstr. 51) v. 21.12.1936; Franz Basch (Berlin W 30, Motzstr. 52, Pension Cäcilie) an Valjavec v. 16.3.1937 sowie Reichsstudentenführung, Außenstelle Süd-Ost (Naager) an Valjavec v. 28.1.1939

nommen, wo man sich bereits seit dem Amtsantritt Ribbentrops 1938 mit der Einrichtung eines ‚Südost Nachrichtendienstes‘ befasste.³⁴ Nachrichten aus Südosteuropa sollten in Wien gesammelt und „bearbeitet“ werden, um damit einerseits die in Berlin und Wien ansässigen Korrespondenten neutraler Staaten und andererseits die ‚Verteilerstationen in allen Hauptstädten des Südostens‘ zu beliefern. Durch die Lancierung von Pressemeldungen erhoffte man sich, dass neutrale Medien diese aufnehmen und verbreiten würden; die Meldungen konnten dann von der deutschen Auslandspropaganda wiederum zitiert und als Beleg für die Seriosität der eigenen Aussagen herangezogen werden.³⁵ Am 16. November 1939 teilte der stellvertretende Leiter der Presseabteilung des AA, Paul Karl Schmidt, dem zuständigen Referenten Günter Lohse mit, dass Außenminister Ribbentrop die Genehmigung zur Errichtung einer (später so genannten) ‚Korrespondenzstelle Wien‘ gegeben habe. Versehen war das Einverständnis des Ministers allerdings mit der „strikten Weisung“, dass „Wien in keiner Weise als Zentrale oder besonders wichtige Arbeitsstelle in Erscheinung treten“ dürfe. Offiziell wurde Ronneberger daher Chef der Presse- und Informationsabteilung im Grenzlandamt der NSDAP-Gauleitung Niederdonau.³⁶ Der Leiter des Grenzlandamtes, SS-Hauptsturmführer Helmut Triska, war im Referat DVIII des Auswärtigen Amtes verantwortlich für Volkstums-politik.³⁷

Nach Angaben Ronnebergers umfassten die Arbeiten seiner Korrespondenzstelle – neben der von ihm bei dieser Gelegenheit nicht genannten Auswertung und Weiterleitung von Agentenberichten – folgende Aufgabenbereiche:³⁸

- die Erstellung von Presseschauen südosteuropäischer Zeitungen „mit besonderer Betonung der für die Kriegführung wesentlichen Momente“,

Ronnebergers wichtigste Arbeit im Rahmen seiner Korrespondenzstelle dürften politische Wochenberichte über Südosteuropa gewesen sein.

- das Verfassen von Berichten über einzelne südosteuropäische Staaten,
- die Einrichtung eines Übersetzungsdienstes,
- das Führen einer Personenkartei und einer Sachkartei „der wichtigsten Institutionen Südosteuropas vor allem der politischen Organisationen“ sowie
- die Unterhaltung einer Bibliothek „des südosteuropäischen und des europäischen Schrifttums über Südosteuropa, unter besonderer Bevorzugung von Soziologie, neuer Geschichte und Wirtschaft“.

Auf Anfrage erstellte die Korrespondenzstelle Wien auch Analysen über Spezialthemen; zu den Abnehmern Ronnebergers gehörten neben dem AA sowie anderen Ministerien und Behörden der militärische Geheimdienst, das Amt Ausland/Abwehr beim Oberkommando der Wehrmacht, und das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), das von Himmler im September 1939 durch die Zusammenfassung von Gestapo, Kriminalpolizei und SD unter Reinhard Heydrich begründet worden war.

Ronnebergers wichtigste Tätigkeit im Rahmen seiner Korrespondenzstelle dürfte allerdings das Abfassen von politischen Wochenberichten über Südosteuropa gewesen sein.³⁹ Diese waren nach Ländern unterteilt und jeweils in zwei Teile gegliedert: Teil I, die sogenannte *Übersicht*, gab in Form einer Zeittafel einen Überblick über die politischen Geschehnisse, die sich während der zurückliegenden Woche in dem jeweiligen südosteuropäischen Land zugetragen hatten. Teil II (*Presse*) analysierte und bewertete die Berichterstattung über die zuvor geschilderten Ereignisse im Hinblick auf die innen- und außenpolitische Situation des jeweiligen Landes. Ronneberger ging es dabei vor allem um die Loyalität der herrschenden Klassen gegenüber Deutschland; genau beobachtete er deren interne Machtkämpfe und ihr Verhältnis zur deutschen Volksgruppe; die antisemitischen Maßnahmen der Regierungen wurden daraufhin untersucht, ob sie den Ansprüchen der ‚Rassenhygiene‘ genügen.

³⁴ vgl. im Folgenden Peter Longerich: *Propagandisten im Krieg, Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop*. (= Studien zur Zeitgeschichte 33). München 1987, 244; Zitate ebd.

³⁵ w.o. 299 ff.

³⁶ vgl. Personalmeldungen v. 10.7.1944, a.a.O. sowie Lebenslauf v. 3.7.1944, a.a.O.

³⁷ vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?*, a.a.O., 91.

³⁸ vgl. im Folgenden: Franz Ronneberger: Die Arbeiten der Korrespondenzstelle Wien v. 17.8.1947. In: Z 42 VII/1455, Bl. 91 (BArch Koblenz).

³⁹ Sie finden sich im Bestand der Südosteuropa-Gesellschaft e.V. in Wien, R 63, 335ff. (BArch Berlin).

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion interessierte ihn in zunehmendem Maße der staatliche Umgang mit Kommunisten und Partisanen; gleichzeitig begann er, die Kriegsfähigkeit der südosteuropäischen Staaten einzuschätzen, wobei der Umgang der Bevölkerung mit den Erfordernissen der Kriegsproduktion, ihre Reaktion auf Rationierungen und die allgemeine Stimmungslage im Vordergrund standen. Die Haltung der gesellschaftlichen Eliten zu den ‚Feindmächten‘, ihr Verhältnis zur ‚europäischen Großraumwirtschaft‘ und zu ihren südosteuropäischen Nachbarn waren weitere Schwerpunkte von Ronnebergers Berichten.

In der mittlerweile von Baldur v. Schirach geleiteten Reichsstatthalterei wurde man wieder auf Ronneberger aufmerksam. Dessen Dienststelle war Thema eines Berichts, den HJ-Gebietsführer Günter Kaufmann, Presse- und Südosteuropareferent des Reichsstatthalters, am 19. September 1940 für seinen Chef anfertigte:

Die Arbeit von Dr. Ronneberger dient dazu, eine zweite Information des Auswärtigen Amtes neben der durch die Gesandtschaft vorzunehmen, wodurch dem Reichsminister des Auswärtigen solche Dinge als Mitteilung zu Ohren kommen, die von den Gesandten in ihren Berichten nicht genannt werden. Es scheint so, als ob die Materialunterlagen für den Wiener Schiedsspruch⁴⁰ zu einem großen Teil aus dieser Informationsquelle stammen. [...] Auf dem Gebiet der Slowakei, Nähe der Protektoratsgrenze, befindet sich der Donausender, ein Propagandasender des Reiches, der ausschließlich in den Balkansprachen Nachrichten verbreitet. Für diesen Donausender geht das Informationsmaterial von Dr. Ronneberger und dem Wiener SD nach Berlin. Zunächst ins Auswärtige Amt, von da in die Südost-Redaktion des Propagandaministeriums, die die letzte Entscheidung darüber trifft, in welcher Form Nachrichten herausgegeben werden.⁴¹

Verbunden mit dem Bericht war Kaufmanns Vorschlag an Schirach, zu prüfen, ob Ronneberger nicht die ‚Informationsstelle‘ der Südosteuropagengesellschaft (SOEG) übernehmen sollte.⁴² Dieser eingetragene Verein war am 8. Februar 1940 unter Schirmherrschaft von Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Walther Funk mit Joseph Bürckel als Präsident gegründet worden. Dessen Nachfolger im Amt des Reichsstatthalters und Gauleiters in Wien, Baldur von Schirach, übernahm im September 1940 auch die Präsidentschaft über die SOEG; Kaufmann wurde einer der drei Vizepräsidenten. In Konkurrenz zu dem von Ruhrindustrie, Großbanken und IG Farben dominierten Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (MWT) und dem Südostausschuss der Reichsgruppe Industrie⁴³ hatte man sich die ökonomische Durchdringung der südosteuropäischen Länder zur Aufgabe gemacht; nach Art einer Dachgesellschaft sollte die SOEG die Arbeit der an Südosteuropa interessierten Stellen koordinieren und lenken. Obwohl der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf Agrar- und Industriepfanungen im Rahmen einer zukünftigen von Deutschland dominierten europäischen ‚Großraumwirtschaft‘ lag, wurden auch einzelne konkrete kriegswirtschaftliche und militärische Projekte in Angriff genommen. Kulturpolitische Aktivitäten, wie die Durchführung von gemeinsam mit der Deutschen Akademie organisierten Vortragsveranstaltungen über Südosteuropa, bildeten einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Gesellschaft.⁴⁴

Die von Ronneberger im Auftrag der SOEG herausgegebenen *Vertraulichen Wirtschaftsnachrichten (VWN)* sind Dokumente der nationalsozialistischen Eroberungs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik auf dem Balkan und bildeten gleichzeitig deren informationelle Grundlage. Zwei Beispiele stehen hier für viele: Am 6. Juni 1941, die Eroberung Kretas durch deutsche Truppen war gerade abgeschlossen, erschien in den *VWN* ein Bericht über die öko-

⁴⁰ Gemeint ist der 2. Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940, mit dem Deutschland und Italien eine Neuordnung des Grenzverlaufs zwischen Ungarn, Bulgarien und Rumänien durchsetzten.

⁴¹ Aktennotiz Kaufmanns für Schirach betr. Außenpolitische Informationsstelle v. 19.9.1940, a.a.O., Hervorhebung durch den Verfasser.

⁴² Zur Tätigkeit der SOEG s. Dietrich Orlow: *The Nazis in the Balkans. A Case Study of Totalitarian Politics*. Pittsburgh 1968.

⁴³ Zum Verhältnis SOEG - MWT/Reichsgruppe Industrie

vgl. auch Wolfgang Schumann (Hg.): *Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg*. Berlin (DDR) 1973, 54-61.

⁴⁴ vgl. auch Erich Siebert: *Die Rolle der Kultur- und Wissenschaftspolitik bei der Expansion des deutschen Imperialismus nach Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn in den Jahren 1938-1944. Mit einem Blick auf die vom westdeutschen Imperialismus wieder aufgenommene Kulturpolitik*. Diss. Berlin (DDR) 1971, 367 f.

nomische Struktur der griechischen Insel.⁴⁵ Die sechs Tage später erscheinende Meldung Nr. 206 der *VWN* (Tagesbericht) hatte folgenden Wortlaut:

*Die Juden in Sarajevo, die gelbe Armbinden zu tragen haben, ließen sich in den letzten Tagen häufig auf den Straßen ohne dieses Kennzeichen blicken, weshalb sie strenge Strafen zu gewärtigen haben. Bemerkenswert ist, daß in Sarajevo, das über 80 000 Einwohner zählt, fast 10 000 Juden leben.*⁴⁶

1942 ging Ronnebergers Wirtschaftsdienst regelmäßig an 235 Bezieher, darunter auch zahlreiche deutsche Unternehmen.⁴⁷ Die *VWN* waren eines der erfolgreichsten Projekte der SOEG; sie trugen ihr bei Konzernen und Behörden das Image einer hochqualifizierten, selbstlosen Dienstleistungsagentur ein. Claus Morgenstern, Leiter der Nachrichtenabteilung der Deutschen Bank, hob hervor, dass sich die *VWN* „durch besondere Präzision, Schnelligkeit und straffe Unterscheidung von wichtigen und unwichtigen Dingen“ auszeichnen,⁴⁸ während Lothar Heller, der Wirtschaftsbeauftragte der Volksdeutschen Mittelstelle, betonte, dass sie „eine wesentliche Unterstützung für die Sicherung des deutschen Einflusses und für die kriegswirtschaftliche Ausnutzung der Deutschen Volksgruppen in den Ländern im Südosten“ darstellen.⁴⁹ Die *VWN* dürften etliche Firmen dazu ermutigt haben, sich mit der Bitte an die SOEG zu wenden, bei der ‚Arisierung‘ von Unternehmen in Südosteuropa berücksichtigt zu werden.⁵⁰

Seit April 1940 hielt Ronneberger Vorlesungen im Auftrag der ‚Südost-Stiftung des Mitteleu-

ropäischen Wirtschaftstages Berlin zur Heranbildung junger Kaufleute für Südosteuropa an der Hochschule für Welthandel in Wien‘. Der MWT hatte sich in den Jahren 1931 bis 1938 unter Leitung des Krupp-Aufsichtsratsvorsitzenden Tilo Freiherr von Wilmowsky zum ‚Think-Tank‘ der deutschen Expansionspolitik gegenüber Südosteuropa entwickelt.⁵¹ Ziel der 1940 aufgenommenen Lehrveranstaltungen der Südost-Stiftung war es denn auch, die Teilnehmer zu befähigen,

*im Wirtschaftsleben Südosteuropas erfolgreich zu arbeiten und im Rahmen der kommenden europäischen Großraumwirtschaft zur Festigung und Ausweitung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen entscheidend mitzuwirken.*⁵²

Ronneberger vermittelte seinen Studenten ‚Einführung in die politischen und sozialen Probleme Südosteuropas‘, und Hermann Gross, seit dem 28. März 1939 Leiter der Wiener Zweigstelle der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farben, sprach über die ‚allgemeine Wirtschaftspolitik der Südoststaaten‘;⁵³ geleitet wurde die Südost-Stiftung von Kurt Knoll, dem Rektor der Hochschule für Welthandel (HfWh). Da auch ‚Presse, Zeitschriften, Propaganda des Südostens und ihre politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen‘ zentrale Themen der Ausbildung waren, bot Ronneberger ab dem Sommersemester 1941 Übungen zur ‚Presse Südosteuropas‘ an. Weitere thematische Schwerpunkte seiner Lehrtätigkeit waren ‚Männer und gestaltende Ideen Südosteuropas‘ oder die ‚englische Südostpolitik‘.⁵⁴

Am 28. September 1944 habilitierte sich Ronneberger an der HfWh mit seiner Arbeit ‚Wege

⁴⁵ vgl. *Vertrauliche Wirtschaftsnachrichten (VWN) der Südosteuropa-Gesellschaft e.V. (SOEG)*, Wochenbericht v. 6.6.1941, Folge W 104, S. 1f. In: RStH 04/5, Karton 58 (ÖStA/AdR).

⁴⁶ *VWN* der SOEG, Tagesbericht v. 12.6.1941, S. 5, ebda.

⁴⁷ vgl. August Heinrichsbauer (Hauptgeschäftsführer der SOEG) an Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda v. 10.2.1942, in: R 63, 11, Bl. 24 (BArch Berlin).

⁴⁸ Morgenstern an v. Verschuer, Reichswirtschaftskammer, v. 11.11.1941, in: R 63, 198, Bl. 53 (BArch Berlin). Dafür, dass die *VWN* von der Deutschen Bank als Informationsmedium geschätzt wurden, spricht auch, dass sie direkt an das Vorstandsmitglied Hermann Josef Abs weitergeleitet wurden; vgl. Morgenstern an Südosteuropa-Gesellschaft v. 8.5.1942, in: ebda., Bl. 35.

⁴⁹ Volksdeutsche Mittelstelle, Der Wirtschaftsbeauftragte (Heller) an Heinrichsbauer v. 19.3.1942 betr. Wirtschaftsnachrichten. In: R 63, 138, Bl. 222 (BArch Berlin)

⁵⁰ siehe in diesem Zusammenhang z.B. den Briefwechsel zwischen SOEG u. der Hanf-, Jute- u. Textilindustrie AG Wien betr. Berücksichtigung der Firma bei der Arisierung der Fa. Michael Kann, Preßburg. In: R 63, 196, Bl. 19f. (BArch Berlin).

⁵¹ vgl. Martin Seckendorf: *Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages*. In: 1999 – *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Jg. 8. (1993), H. 3, 10-33.

⁵² *Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Hochschule für Welthandel Wien (HfWh)*, Sommer-Trimester 1940, Wien 1940, 10; siehe in diesem Zusammenhang auch Siebert, Kulturpolitik, a.a.O., 258 ff.

⁵³ vgl. *Personal- und Vorlesungsverzeichnis der HfWh*, Sommer-Trimester 1940, a.a.O., 37.

⁵⁴ vgl. *Personal- und Vorlesungsverzeichnis der HfWh*, Sommersemester 1941, Wien 1941, 41 f.

staatswissenschaftlicher Forschung in Südosteuropa“; begutachtet wurde sie von Hellmut Georg Isele (Jura), Erich Preiser und Hermann Gross (Staats- und Wirtschaftswissenschaft).⁵⁵ Die Habilitationsschrift wurde aufgrund des Kriegsverlaufs nicht mehr veröffentlicht, aber es lässt sich erahnen, was Ronneberger hier niedergeschrieben hat. Bereits 1943 hatte er Südosteuropa in dem völkischen Verwaltungsorgan *Reich-Volksordnung-Lebensraum*⁵⁶ aus staatswissenschaftlicher Perspektive betrachtet.⁵⁷ Nachdem er bei dieser Gelegenheit einmal mehr klargestellt hatte, dass es sich bei der ‚Südostforschung‘ nicht um eine „objektive Wissenschaft“ handle, sondern um einen „ausgesprochen politischen Wissenschaftsbereich“, kam er unter Berufung auf die Großraum-Ideologen Friedrich Naumann, Hermann Gross, Karl C. v. Loesch, Hans Jürgen Seraphim und Giselher Wirsing zu folgenden Schlüssen:

Wir wollen Südosteuropa als einen Teil Mitteleuropas betrachten, auch wenn die Grenzen des politischen Südosteuropabegriffs teilweise über die Mitteleuropas hinausgehen. Einen Gegensatz zwischen Südosteuropa und Mitteleuropa zu schaffen, hieße einen lebendigen Zusammenhang zerstören und dem südosteuropäischen Raum ein Sonderschicksal zuweisen, das gerade heute angesichts des gemeinsamen politisch-militärischen Frontverlaufs der Wirklichkeit widerspräche. [...] So zwingend und vielfach die politischen Gemeinsamkeiten in Südosteuropa sind, so wenig darf übersehen werden, daß dennoch dieser Raum kein eigenes politisches Dasein führt, noch führen kann. Das wirtschaftliche Moment ist keineswegs das einzige, das die Ergänzung mit einem anderen Raum fordert. [...] Eine echte Befruchtung kann nur von einem Volk und aus einem Raume kommen, die mit Südosteuropa in einem engen lebensgesetzlichen Zusammenhang

stehen. Dies ist das Reich in seiner historischen und gegenwärtigen Gestalt.

Journalismus und Medienanalyse

In den Jahren 1941 bis 1943 verging kaum eine Woche, ohne dass ein Artikel Ronnebergers in der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* erschien; teilweise wurden seine Artikel auch in anderen Ausgaben des NSDAP-Zentralorgans abgedruckt. Allesamt dienten sie der propagandistischen Begleitung der imperialistischen deutschen Außenpolitik auf dem Balkan. Als Jugoslawien am 25. März 1941 dem zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossenen ‚Dreimächtepakt‘ beitrug, wurde dies von Ronneberger lebhaft begrüßt: Der Weg für den Angriff auf Griechenland, wo man den im Verlauf seiner Aggression in Bedrängnis geratenen italienischen Bündnisgenossen unterstützen wollte, war frei, und die ‚Südostflanke‘ konnte für den Angriff auf die Sowjetunion gesichert werden. Der mit Zustimmung großer Bevölkerungsteile durchgeführte Militärputsch gegen die amtierende deutschfreundliche jugoslawische Regierung am 27. März 1941 und der anschließende Abschluss eines Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion am 5. April 1941 machten die deutschen Pläne zunichte. Jetzt entdeckte Ronneberger die „Despotie des orientalisches-osmanisch beeinflussten und bestimmten“ Serbien und dessen „großserbischen Nationalismus“;⁵⁸ folgerichtig bejubelte er nach der Vernichtung Jugoslawiens die Gründung des kroatischen Satellitenstaates unter Führung von Ante Pavelic und seiner faschistischen Ustascha-Bewegung.⁵⁹

Mit der Zerschlagung Griechenlands, das, wie Ronneberger sich ausdrückte, seine „Rechnung mit Europa“ machen musste,⁶⁰ war die äußere

⁵⁵ vgl. Schreiben des Rektors der HfWh, Kurt Knoll, an den Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien v. 28.9.1944 in: Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen, Bestand Nr. 2203 (ÖStA/AdR).

⁵⁶ Herausgegeben wurde *Reich-Volksordnung-Lebensraum* unter anderem von Innenstaatssekretär Wilhelm Stuckart, dem Organisator des RSHA und Reichskommissar in Dänemark, Werner Best, und Himmlers Kronjuristen, SS-Brigadeführer Reinhard Höhn, der nach 1945 die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg leitete. In der BRD kam auch ein ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift wieder zu Ehren: Theodor Maunz, Begründer des ‚Rassegedankens‘ im Verwaltungsrecht, brachte es bis zum bayerischen Kultusminister (1952-64) und galt jahrzehntelang als führender Grundgesetzkommentator; als juristischer

Berater stand er auch dem Führer der neofaschistischen DVU, Gerhard Frey, zur Seite.

⁵⁷ siehe im Folgenden Franz Ronneberger: *Der politische Südosteuropabegriff*. In: *Reich-Volksordnung-Lebensraum*, Bd. 6. Darmstadt 1943, 53-107. Auf diesen Aufsatz verwies Ronneberger noch 1983; vgl. Rühl/Stuiber, *Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung*, a.a.O., 335.

⁵⁸ Franz Ronneberger: *Die Befreiung Kroatiens*. In: *Völkischer Beobachter -VB-* (Norddt. Ausg.) v. 13./14.4.1941, 54. Jg., Nr. 104, 1 f.

⁵⁹ vgl. Franz Ronneberger: *Pawelitschs Weg*. In: *VB* (Norddt. Ausg.) v. 26.4.1941, 54. Jg., Nr. 116, 1 f.

⁶⁰ Franz Ronneberger: *Kreta gegen Europa*. In: *VB* (Norddt. Ausg.) v. 25.5.1941, 54. Jg., Nr. 146, 8.

Neuordnung Südosteuropas vorerst abgeschlossen. Ronneberger konnte sich ab sofort mit der inneren Neuordnung befassen; am 15. Mai 1941 wandte er sich im *Völkischen Beobachter* der ‚Judenfrage in Südosteuropa‘ zu.⁶¹ Seiner Ausgangsthese nach hat das Judentum die „dünne bürgerliche Mittelschicht“ in den Gesellschaften der südosteuropäischen Staaten erobert, bildet einen „Keil zwischen Bauern und oberster Führung“ und verhindert damit „systematisch den normalen soziologischen Aufbau des Gastvolkes“. Eine „weitere jüdische Überfremdung“ sei „mit der Niederlassung des Emigranten-schwarmes aus Deutschland“ eingetreten; insgesamt schätze man die Zahl der „Rassejuden“ in Südosteuropa auf 2,5 Millionen. Im Folgenden untersucht Ronneberger die politischen und juristischen Maßnahmen einzelner südosteuropäischer Staaten zur Diskriminierung und Enteignung ihrer jüdischen Staatsbürger in Bezug darauf, ob sie geeignet sind, „die Ausmerzung des Judentums aus dem Volkskörper“ zu gewährleisten. Die beste Note erteilt Ronneberger dem slowakischen Satellitenstaat, dessen antisemitische Maßnahmen „bereits praktisch in den Bereich der Ausmerzung des rassistischen Judentums überhaupt“ fielen.

Am 29. April 1942 – die Deportation der slowakischen Juden in die Vernichtungslager im besetzten Polen war bereits in vollem Gange⁶² – kam Ronneberger auf die Vorbildfunktion der Slowakei zurück. Zwar sei auch hier die „Gesamtaussiedlung des Judentums“ von „sentimentalem Mitleid“ behindert worden, allerdings hätten sich die volksdeutsche und die nationale slowakische Presse „so hundertprozentig in den Dienst der Aufklärungsarbeit über die jüdische Frage gestellt, dass der Erfolg nicht ausbleiben konnte“. Besonders der *Grenzbote* habe „schonungslos die zahlreichen Schlupfwinkel“ der Juden aufgedeckt. Letztlich entscheidend für den Erfolg der Deportationen aber war laut Ronneberger die Zustimmung der katholischen Kirche: Damit war auch die letzte Unterschlupfmöglichkeit für das Judentum beseitigt, so dass nunmehr

die eingeleiteten Maßnahmen (Unterbringung in Konzentrations- und Arbeitslagern) und konsequente Aussiedlung störungslos fortgesetzt werden können.⁶³

Parallel zu seiner Mitarbeit beim *Völkischen Beobachter* schrieb Ronneberger immer wieder für die Presse der faschistischen Volksgruppenführungen. Hierzu zählten der bereits erwähnte *Grenzbote*, die Tageszeitung der Deutschen Partei in der Slowakei, und die von Franz Karmasin herausgegebenen *Deutschen Stimmen*, *Volk im Osten*, die Zeitschrift der rumänischen Volksgruppenführung unter Leitung von Andreas Schmidt und die von Franz Basch in Ungarn herausgegebene *Südostdeutsche Rundschau*. Weitere Printmedien, für die Ronneberger arbeitete, waren die *Donauzeitung*, das Organ der deutschen Besatzungsmacht in Serbien unter Leitung des SS-Journalisten Leonhard Oberascher, das antisemitisch-rassistische Wissenschaftsblatt *Volkstum im Südosten* von Felix Kraus, dem Ronneberger ab 1943 als Mitherausgeber zur Seite stand, *Berlin-Rom-Tokio*, das Monatsblatt des Auswärtigen Amtes, und die von Giselher Wirsing herausgegebene Zeitschrift *Das XX. Jahrhundert*.⁶⁴

Am 12. Dezember 1941 war im Wiener Palais Schönborn die Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ) gegründet worden. (Auf die UNJ geht Fritz Hausjell in seinem Beitrag dieses Heftes näher ein; Anm.) Ronneberger wurde Mitarbeiter des ‚Instituts zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens‘ (EFIP), das der UNJ angegliedert war. Im EFIP arbeiteten unter Leitung des Generalsekretärs der UNJ, Maximilian Freiherr du Prel, vier Hauptabteilungen (Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichten, Bild); Ronneberger oblag ganz allgemein die „Durchführung wissenschaftlicher Forschungsaufgaben“.⁶⁵ Das wichtigste Ergebnis seiner Tätigkeit dürfte die Analyse über den ‚Anteil der Presse an der Vorbereitung des Belgrader Putsches 1941‘ sein, die er am 24. Juni 1943 bei der 2. Internationalen Journalistentagung der UNJ in Wien den Anwesenden übergab.⁶⁶

⁶¹ siehe im Folgenden Franz Ronneberger: *Die Judenfrage in Südosteuropa*. In: *VB* (Wiener Ausg.) v. 15.5.1941, 54. Jg., Nr. 135, 1 f.

⁶² vgl. Ladislav Lipscher: *Die Juden im slowakischen Staat 1939-1945*. (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 35). München und Wien 1980, 99-110.

⁶³ Franz Ronneberger: *Die slowakische Judenaussiedlung*. In: *VB* (Wiener Ausg.) v. 29.4.1942, 55. Jg., Nr. 119, 1 f. Der

in Klammern gesetzte Text ist Teil des Zitats.

⁶⁴ vgl. Heinelt, *PR als Dienst an der „Volksgemeinschaft“*, a.a.O., 25.

⁶⁵ *Nachrichten- und Correspondenzblatt der UNJ*, Nr. 1, Januar 1943, 25.

⁶⁶ vgl. *Nachrichten- und Informationsblatt der UNJ (NIU)*, Nr. 3, Juli 1943, 16.

Ronneberger, der sich mit dem Problem konfrontiert sah, dass weite Kreise der jugoslawischen Bevölkerung den Staatsstreich vom 27. März 1941 und seine außenpolitische Motivation unterstützt hatten, stellte sich die Frage, „wie es möglich war, daß ein so großer Teil der Bevölkerung irreführt werden konnte“.⁶⁷ Die englische, französische, US-amerikanische und sowjetische Propaganda, so die Antwort, habe „Angst und Schrecken“ vor Deutschland verbreitet, was von der jugoslawischen Presse entweder übernommen oder mit Schweigen bedacht worden sei; „dieses Schweigen“ aber habe „die Thesen der Gegner unterstützt“. Mit dem Abschluss des jugoslawisch-sowjetischen Handelsabkommens im Mai 1940 habe gar ein regelrechter „Rußland- und Moskaurummel“ in der jugoslawischen Presse eingesetzt, was von der „linksorganisierten Lehrerschaft“, „linkseingestellten Universitätsprofessoren“, „jüdischen Buchhandlungen“ und der kommunistischen Partei gefördert worden sei. Die jugoslawische Regierung habe „diesem ganzen Treiben“ tatenlos zugehört, weshalb die jugoslawische Presse „die wahren Feinde des Landes“ nicht beim Namen genannt und „die Eingliederung Jugoslawiens in den Dreimächtepakt“ nicht vorbereitet habe. Im Endeffekt habe „die Öffentlichkeit im ehemaligen Jugoslawien“ im Frühjahr 1941 unter einem starken „psychologischen Zwang“ gestanden, der sie schließlich den Staatsstreich befürworten ließ. Dieses Ergebnis, so Ronneberger zum Abschluss seiner Untersuchung, liefere „den Beweis für die zerstörenden Möglichkeiten, die dem Presseinstrument innewohnen, wenn es von verantwortungslosen, unmoralischen, sensationslüsternen,

nur dem Geschäft verfallenen Menschen mißbraucht wird“.

„Akademische Legion“ der SS

Zu Kriegsbeginn war Ronneberger vom Vorbereitungsdienst für Justizreferendare freigestellt worden und fand zunächst Verwendung für die Dienststelle des Amtes Ausland/Abwehr beim Stellvertretenden Generalkommando des XVII. Armeekorps.⁶⁸ Die von ihm in dieser Funktion erstellten Berichte gingen auch an die Wiener Außenstelle der Volkswirtschaftlichen Abteilung des IG Farben-Konzerns; Hermann Gross lobte sie als „stets sehr objektiv“.⁶⁹ Im April 1942 erfolgte dann Ronnebergers Übernahme durch den SD-Leitabschnitt Wien, für den er zuvor bereits inoffiziell gearbeitet hatte; dem Leiter des

Am 15. Januar 1942 erhielt Ronneberger die Mitgliedsnummer 415905 und wurde zum Untersturmführer der SS ernannt.

Referats VI (Auslandsaufklärung) beim Wiener SD, SS-Hauptsturmführer Wilhelm Höttl, waren die „Pressemitteilungen“ seines „Mitarbeiters Dr.

Ronneberger“ spätestens seit dem Frühjahr 1940 geläufig.⁷⁰ Im Jahr zuvor hatte Ronneberger seine Aufnahme in die SS beantragt; er beantwortete einen Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuSHA) und schrieb an das Polizeipräsidium München, dass er ein polizeiliches Führungszeugnis benötige – „zwecks Aufnahme in die SS“.⁷¹ Am 15. Januar 1942 erhielt Ronneberger die Mitgliedsnummer 415905 und wurde zum Untersturmführer der SS ernannt.⁷²

⁶⁷ siehe im Folgenden: Franz Ronneberger: *Der Anteil der Presse an der Vorbereitung des Belgrader Putsches 1941*. (= NIU Sonderausgabe 1943).

⁶⁸ vgl. Fotokopien aus Ronnebergers Wehrpass. In: Z 42 VII/1455, Bl. 62 (BArch Koblenz). Das Stellvertretende Generalkommando des XVII. Armeekorps – vormals Wehrkreiskommando XVII – befand sich in Wien; vgl. Georg Tessin: *Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939-1945*. Bd. 16, Teil 3. Osnabrück 1996, 18. In den Personalnachrichten der Hochschule für Welthandel gab Ronneberger irrtümlich das Stellvertretende Generalkommando des XIII. Armeekorps als seinen Dienstherren an; vgl. Personalnachrichten v. 10.7.1944, a.a.O., Bl. 4612.

⁶⁹ vgl. Aussage Gross' vor der 5. Spruchkammer des Spruchgerichts Stade v. 8.9.1947. In: Z 42 VII/1455, Bl. 65

(BArch Koblenz).

⁷⁰ vgl. Vernehmungsniederschrift des RSHA, I D 2 (SS-Hauptsturmführer Stadler) v. 24.2.1942, 8. In: Akte Höttl, Wilhelm, 19.3.15, I u. II (BDC/BArch Berlin).

⁷¹ In Ronnebergers Spruchgerichtsakte findet sich die Abschrift seines Antrages auf Erteilung des polizeilichen Führungszeugnisses. Das Schreiben ist zwar nicht datiert, allerdings kann aus Ronnebergers Formulierungen und seiner Adressangabe geschlossen werden, dass er es 1939 aufgesetzt hat; vgl. Dr. Jur. Franz Ronneberger (Wien I, Minoritenplatz 5) an Polizeipräsidium München (undatierte Abschrift). In: Z 42 VII/1455, Bl. 96 (BArch Koblenz).

⁷² vgl. Auskunft der US-Militärregierung (OMGUS Documents Center) an den Öffentlichen Ankläger beim Spruchgericht Stade (eingegangen am 3.7.1947). In: Z 42 VII/1455, Bl. 130 (BArch Koblenz).

Aus Ronnebergers wissenschaftlicher Karriere ist die SS nicht wegzudenken. Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut in Berlin (DAWI), dem Ronneberger zuarbeitete,⁷³ kam auf Initiative des SD zustande; Präsident des DAWI wurde SS-Standartenführer Franz Alfred Six, seines Zeichens Leiter des Amtes VII (Weltanschauliche Forschung und Auswertung) im RSHA.⁷⁴ Am 1. Dezember 1944 war Ronneberger Gast einer Soziologentagung im ‚Gästehaus‘ am Großen Wannsee, in dem Anfang 1942 die Konferenz über die ‚Endlösung der Judenfrage‘ stattgefunden hatte. Die Einladung war vom Chef des Amtes III (Deutsche Lebensgebiete) im RSHA, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf, ausgesprochen worden, der als Führer der Einsatzgruppe D bereits tatkräftig an der ‚Endlösung‘ mitgewirkt hatte.⁷⁵ Bei der Südost-Stiftung des MWT hatte die SS eine Schlüsselstellung besetzt: Die Leitung der Lehrgänge lag in den Händen des Rektors der HfWh, Kurt Knoll, der zu den „besten Mitarbeitern des SD-Leitabschnitts Wien“ gezählt wurde und es bis zum SS-Standartenführer brachte.⁷⁶ Mit ihm war Ronneberger zudem über die Südosteuropa-Gesellschaft verbunden, deren Beirat Knoll angehörte. Wichtige Positionen innerhalb der SOEG waren 1942 von führenden Vertretern des SS/SD-Komplexes besetzt: Vizepräsident der SOEG war Heydrichs Staatssekretär im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘, SS-Gruppenführer Karl Hermann Frank; zum Präsidium gehörten auch der spätere Chef des RSHA, Ernst Kaltenbrunner, und SS-Obergruppenführer Werner Lorenz von der Volksdeutschen Mittelstelle.⁷⁷

Für den SD war Ronneberger nicht nur als Propagandist interessant,⁷⁸ sondern insbesondere weil

er über ein Netz von Verbindungs- und Vertrauensleuten in allen südosteuropäischen Staaten verfügte; um auch den direkten persönlichen Kontakt zu seinen Mitarbeitern nicht abreißen zu lassen, unternahm er zahlreiche Reisen in diese Länder.⁷⁹ Noch im Juli 1944 plante er gemeinsam mit Leonhard Oberascher, sämtliche „wissenschaftlichen Arbeiten, Institute und Bestrebungen im Südosten“ zu erfassen, „die in irgendeiner Kampfstellung gegenüber den deutschen politischen und wissenschaftlichen Intentionen stehen“.⁸⁰

Im Mai 1944 wurde Ronnebergers Pressedienststelle mit der Publikationsstelle Wien der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft vereinigt.⁸¹ Die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (SODFG)⁸² war eine von fünf bis 1934 unter Federführung des Auswärtigen Amtes gegründeten ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften‘ (Alpenländische, Westdeutsche, Nordostdeutsche und Überseedische Forschungsgemeinschaft). 1937 hatte die SODFG einen Übersetzungsdienst für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften aus Südosteuropa eingerichtet, der später in ‚Publikationsstelle‘ umbenannt wurde. Koordination, Vervielfältigung und Versand besorgte Wilfried Krallert, der seit 1936 als Geschäftsführer der SODFG fungierte. Beim Einmarsch nach Jugoslawien 1941 konnte die SODFG laut Krallert „wichtige Arbeitsbeihilfen“ liefern; entsprechend dem Bedarf der deutschen Okkupationsbehörden gab die Publikationsstelle Wien in der Folgezeit volkstumspolitische, bevölkerungsstatistische, landeskundliche und verwaltungsgeographische Ausarbeitungen in Karten- und Verzeichnisform heraus. Sie konnte dabei zum Teil auf Materialien zurückgreifen, die Kral-

⁷³ Ronneberger war Mitarbeiter der am DAWI erscheinenden *Zeitschrift für Politik*; seine Dissertation erschien 1941 unter dem Titel *Bismarck und Südosteuropa* in der Forschungsreihe des DAWI.

⁷⁴ zur Geschichte des DAWI vgl. Erich Siebert: *Entstehung und Struktur der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin (1940 bis 1945)*. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin* (Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe), Jg. 15 (1966), H. 1, 19-34.

⁷⁵ vgl. Gideon Botsch: *Der SD in Berlin-Wannsee 1937-1945. Wannsee-Institut, Institut für Staatsforschung und Gästehaus der Sicherheitspolizei und des SD*. In: Norbert Kampe (Hg.): *Villenkolonien in Wannsee 1870-1945. Großbürgerliche Lebenswelt und Ort der Wannsee-Konferenz*. (=Publikation der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz 8). Berlin 2000, 88 ff. sowie Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*, a.a.O.

⁷⁶ vgl. Der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien an RSHA I D 2 (Berlin) v. 17.8.1942, 13. In: Akte

Höttl, Wilhelm, 19.3.15, I u. II, Bl. 42 (BArch Berlin/BDC).

⁷⁷ Eine komplette Aufstellung der SOEG-Gremien findet sich in O 364 (BArch Berlin/BDC).

⁷⁸ vgl. Heinz Boberach (Hg.): *Meldungen aus dem Reich: Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*. Bd. 13. Herrsching 1984, 5033 f.

⁷⁹ Hierfür finden sich Belege in allen im Zusammenhang mit Ronneberger zitierten Akten.

⁸⁰ Aktenvermerk Oberaschers v. 14.7.1944. In: R 63, 64, Bl. 3 (BArch Berlin).

⁸¹ vgl. Mitteilung Krallerts an Publikationsstelle, Korrespondenzstelle Wien und Auswärtiges Amt v. 20.5.1944. In: R 58, 126, Bl. 171 (BArch Berlin).

⁸² zur SODFG vgl. im Folgenden Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?*, a.a.O., Kap. 2.6, 3.1, 3.5, 3.9 sowie die Darstellungen bei Willkomm, *Südosteuropahistoriographie*, a.a.O., 161-175 und Siebert, *Kulturpolitik*, a.a.O., 282.

lert selbst als Angehöriger des SS-Sonderkommandos Künsberg in Jugoslawien, der Ukraine und im Kaukasus geraubt hatte. Anfang November 1943 wurde die SODFG – wie auch Valjavec Südost-Institut – dem RSHA unterstellt, wo Krallert die Leitung der Gruppe VI G (wissenschaftlich-methodischer Forschungsdienst) im Amt VI (Auslandsnachrichtendienst) übernahm.

Die Gaustudentenführung bescheinigte Ronneberger am 25. Oktober 1944, zur ‚Akademischen Legion‘ beim Höheren SS- und Polizei-Führer Wien zu gehören;⁸³ der SD-Leitabschnitt Wien erklärte der für Ronneberger zuständigen Ortsgruppe des Volkssturmes am 4. Januar 1945, dass dieser „hauptamtlicher Angehöriger der hiesigen Dienststelle“ sei und daher „auf Grund der Verfügung des Reichsführers SS“ nicht erfasst werden könne;⁸⁴ das Befehlsblatt der Sicherheitspolizei und des SD gab am 20. Januar 1945 schließlich die Kommandierung Ronnebergers ins RSHA bekannt.⁸⁵ Die Publikationsstelle Wien war bereits Mitte 1944 aus Sicherheitsgründen ins steiermärkische St. Lambrecht verlegt worden.⁸⁶ Dort wurde Ronneberger am 30. Mai 1945 von Angehörigen der britischen Streitkräfte verhaftet und später in Sandbostel bei Bremervörde interniert.⁸⁷

Teil 2 – Der Politik- und Kommunikationswissenschaftler

1964 erreichte Ronnebergers akademische Nachkriegskarriere ihren Höhepunkt; als Gewährsmann des bayerischen Kultusministeriums sollte er an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg

„Platz für die Politikwissenschaft“ schaffen. Ronneberger übernahm die Leitung des 1948 wiederbegründeten und 1961 zum Ordinariat aufgewerteten Instituts für Publizistik (vormals Zeitungswissenschaft), das er in ‚Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft‘ umbenannte.⁸⁸ Wie seine berufliche Entwicklung bis hierhin verlief, soll im Folgenden ebenso dargestellt werden wie sein wissenschaftliches Werk und sein gesellschaftspolitisches Engagement.

Entnazifizierung und Neubeginn

Die Entnazifizierung Ronnebergers übertrug die britische Besatzungsmacht dem Spruchgericht Stade, wo der Öffentliche Ankläger ab Mai 1947 wegen ‚Zugehörigkeit zu einer für verbrecherisch erklärten Organisation‘ gegen ihn ermittelte.⁸⁹ Dass bei diesen Ermittlungen, die sich um Ronnebergers Mitgliedschaft in der SS und seine Arbeit für den Wiener SD drehten, nicht allzuviel herauskommen sollte, zeigte bereits die am 10. August 1947 erhobene Anklage: Sie stützte sich ausschließlich auf Ronnebergers eigene Aussagen und die der von ihm benannten Zeugen Wolf Steuer⁹⁰ und Hermann Gross.⁹¹ Seine schriftlichen Äußerungen aus der Zeit des ‚Dritten Reichs‘ standen nicht zur Diskussion – und das obwohl er selbst während des Prozesses auf einige seiner Publikationen verwies, freilich unter Auslassung seiner Artikel im *Völkischen Beobachter*.⁹² Ronneberger gelang es im Verlauf des Verfahrens, sich als unpolitischen, von einer ‚Arbeitspsychose‘ befallenen Wissenschaftler darzustellen, der lediglich unter dem Druck der Verhältnisse einige Kompromisse mit dem NS-Regime eingegangen war.⁹³ Obwohl er nach vorangegangenem Freispruch schließlich im Revisionsverfahren 1948 „wegen Zugehörigkeit

⁸³ Akademische Legion beim höheren SS und Polizei-Führer Wien, Ausweis Ronnebergers zur Vorlage bei der zuständigen Meldestelle für den deutschen Volkssturm v. 25.10.1944. In: GA 90457, Bl. 10 (ÖStA/AdR).

⁸⁴ Schreiben des SD-Leitabschnitts Wien an den Deutschen Volkssturm, Ortsgruppe ‚Strozzigrund‘ v. 4.1.1945, ebda., Bl. 11.

⁸⁵ vgl. Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (Ausg. A) v. 20.1.1945, 6. Jg, Nr. 3, S. 28. In: Befehlsblatt SIPO/SD, 1944-45 (BArch Berlin/BDC).

⁸⁶ vgl. Krallert an Reichsverkehrsministerium v. 1.6.1944 betr. Ausstellung von Dienstreisenausweisen der deutschen Reichsbahn für die Benutzung der Dienstreiseabteile für Angestellte der Publikationsstelle Wien. In: R 58, 126, Bl. 149 f. (BArch Berlin).

⁸⁷ vgl. H.Q. 30 Corps District, C.I. Questionnaire – Fragebogen. In: Z 42 VII/1455 (BArch Koblenz).

⁸⁸ vgl. Franz Ronneberger: *Was Kommunikationsforschung*

mit Politik zu tun hat. In: Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Zeitungswissenschaft (Hg.): *Publizistik/Zeitungswissenschaft. Dokumentation 1970*. Konstanz 1970, 61-67, Zitat ebda.

⁸⁹ Die im Folgenden zitierten Dokumente finden sich in Ronnebergers Spruchgerichtsakte im Bundesarchiv Koblenz (Z 42 VII/1455).

⁹⁰ Steuer, Jg. 1915, gab bei seiner Vernehmung an, Ronneberger 1936 an der Universität München kennen gelernt zu haben. Der Kontakt sei aufgrund „gemeinsamer Interessen“ und durch „gemeinsame ausländische Bekannte“ zustande gekommen; vgl. Aussage Steuers v. 19.6.1947, Bl. 24.

⁹¹ vgl. Anklageschrift v. 10.8.1947, a.a.O., Bl. 43.

⁹² vgl. Ronneberger, *Meine wissenschaftliche Entwicklung*, a.a.O., Bl. 49 f.

⁹³ vgl. Aussage Ronnebergers v. 10.8.1947, a.a.O., Bl. 38.

zur SS in Kenntnis von deren Verbrechen“ zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, galt er dem Gericht weiterhin als

*ein lediglich [in] seinen Forschungen und wissenschaftlichen Arbeiten lebender Mann, der zwar mit der Politik vom wissenschaftlichen Sektor her betrachtet nicht unerheblich in Berührung gekommen ist, der sich jedoch mit außerhalb seiner Forschungen liegenden Dingen nicht näher befaßt hat.*⁹⁴

Das Jahr 1948 markiert den Beginn von Ronnebergers Nachkriegskarriere. Über „einen früheren Mitarbeiter“ kam er in Kontakt mit Erich Brost, dem Herausgeber und Chefredakteur der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ)*, wo er in den folgenden zehn Jahren als Leiter des Ressorts Dokumentation, als Wissenschaftsredakteur, Kommentator und Ausbilder der Volontäre tätig sein sollte.⁹⁵ Ab 1952 lehrte Ronneberger, der nach wie vor „wissenschaftlich ambitioniert“ war, außerdem Staatsrecht und Soziologie an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk in Bochum. Bei dieser Gelegenheit entstand die Idee zu seinem Buch „Die Soziologie“, das er 1958 unter dem Pseudonym Stefan Lambrecht veröffentlichte und das bis 1963 drei Auflagen erlebte. In diesem populärwissenschaftlichen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Soziologie ist Ronnebergers von antimarxistischen und anti-liberalen Vorstellungen geprägtes politisches Denken skizziert; hier finden sich die verbindenden Elemente zwischen seinen im „Dritten Reich“ vertretenen Auffassungen und seiner in späteren Jahren entworfenen PR-Theorie.

In Anlehnung an Helmut Schelsky sieht er die Aufgabe des Soziologen darin, den Menschen Verhaltensweisen zu empfehlen, die die Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Ver-

hältnisse erleichtern.⁹⁶ Sozialkritik ist ihm ein Greuel; aus ihr erwachsen „Umsturz-Ideologien“, die in erster Linie für die „Leidenszeit der Menschheit“ verantwortlich seien:

*Die französische Revolution machte den Auftakt und die bolschewistische Revolution in Rußland war der bisherige Höhepunkt. Überall wo politische Utopien verwirklicht wurden, wo Staat und Gesellschaft auf einen vorgestellten idealen Endzustand hin umgebaut und geordnet werden sollten, mußten die Zeitgenossen unter Terror mit Blut und Tränen bezahlen.*⁹⁷

Den von liberaler Seite postulierten Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft erklärt Ronneberger in der „modernen Demokratie“ für obsolet, wofür das „Hineinwachsen der organisierten Arbeiterschaft in den Staat“ der Beleg sei.⁹⁸ Staat und Gesellschaft erscheinen bei ihm als korporativistischer Block, in dem „stabile Meinungskollektivs“ für „Überschaubarkeit und Kontinuität“ sorgen.⁹⁹ Vor diesem Hintergrund ist es für Ronneberger auch keineswegs „anstrebenswert, daß jeder möglichst seine eigene Meinung hervorbringe“.¹⁰⁰ Meinungsbildung ist seiner Ansicht nach Aufgabe der gesellschaftlichen Eliten, deren Existenz nicht etwa Ausdruck bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist, sondern Ergebnis eines Prozesses, bei dem „die einen tüchtiger als die anderen sind und ihre Chancen besser wahrnehmen“.¹⁰¹ Für die Eliten habe der Soziologe die Funktion eines Aufklärers und Beraters, denn nur „aufgrund einer möglichst umfassenden ... soziologischen und sozialpsychologischen Analyse lassen sich das Potential eines Landes und seine elementaren Interessen fixieren.“¹⁰²

1958 übernahm Ronneberger die Stelle des Referenten für Hochschulfragen und akademische Nachwuchsförderung beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Essen.¹⁰³ Der Stifterverband (SV) war 1949 in Fortführung der ‚Fördergemeinschaft der Deutschen Industrie‘ aus der

Das Jahr 1948 markiert den Beginn von Ronnebergers Nachkriegskarriere bei der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*.

⁹⁴ Urteil der 5. Spruchkammer des Spruchgerichts Stade v. 17.6.1948, a.a.O., Bl. 146.

⁹⁵ siehe im Folgenden Ronneberger, *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft*, a.a.O., 25 ff.

⁹⁶ vgl. Stefan Lambrecht (= Franz Ronneberger): *Die Soziologie. Aufstieg einer Wissenschaft. Ein Leitfadens für Praxis und Bildung*. Stuttgart 1958, 94 f., 108.

⁹⁷ w.o. 467.

⁹⁸ w.o. 132 f.

⁹⁹ w.o. 226.

¹⁰⁰ ebda.

¹⁰¹ w.o. 284.

¹⁰² w.o. 120.

¹⁰³ siehe im Folgenden Franz Ronneberger: *Zehn Jahre Stifterverband 1949-1959*. Essen 1960; Zitate ebda.

Zeit des „Dritten Reichs“ als gemeinnütziger eingetragener Verein gegründet worden und verstand sich als „Gemeinschaftsaktion der gewerblichen Wirtschaft zur Förderung von Forschung, Lehre und Bildung“. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) forderten ihre Mitgliedsunternehmen auf, den Stifterverband nach Kräften finanziell zu unterstützen, was sich bis 1960 in einem Spendenaufkommen von mehr als DM 100 Millionen niederschlug.

Neben der Förderung des akademischen Nachwuchses, die sich nicht an der sozialen Bedürftigkeit, sondern der „Höhe der Begabung“ potentieller Stipendiaten orientierte, war Ronneberger auch für die Öffentlichkeitsarbeit des Stifterverbandes mitverantwortlich. Deren Grundzüge beschrieb er 1960 in einer PR-Broschüre des Vereins wie folgt:

Die Öffentlichkeitsarbeit musste ... von Anfang an darauf ausgerichtet werden, Dasein und Ziele des SV im Einklang mit dem Volks- und Staatsganzen und der Bewahrung der Kultur, in der wir leben und von der wir alle abhängig sind, verständlich zu machen. Es musste der Öffentlichkeit nachgewiesen werden, daß, wenn die Wissenschaft oder auch nur einer ihrer Zweige in Gefahr, ebenso die Existenz jedes einzelnen bedroht ist, und zwar nicht nur im vordergründigen Sinne angewandter Naturwissenschaft in einer technisch gestützten Kultur, sondern in den Fundamenten. Darüber hinaus würde die Leistung der Volkswirtschaft rapid absinken und unser Land im mitleidlosen Daseinskampf der Nationen unterliegen.¹⁰⁴

¹⁰⁴ w.o. 50.

¹⁰⁵ w.o. 55.

¹⁰⁶ Anfang der fünfziger Jahre unterstützte der Stifterverband das Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG), bis heute eine Denkfabrik alter und neuer Nazis, mit DM 100.000. Hermann Reusch, Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte und stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Stifterverbandes, spendete weitere DM 5.000; vgl. Bernt Engelmann: *Das ‚Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes‘ – ‚Pflögstätte‘ der Aktion W‘. Fakten, Daten und ... Summen.* (= Schriftenreihe der Demokratischen Aktion 4). München o. J., 20.

¹⁰⁷ Hermann Reusch: *Warum ist der wissenschaftliche Nachwuchs für die Wirtschaft wichtig und was erwarten wir von ihm? Referat anlässlich des Gesprächs zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Anschluß an die Jahrestagung des*

Dank der „Mitwirkung der Presse“ sei es schließlich gelungen, so konnte Ronneberger „mit großer Freude und Genugtuung“ feststellen, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Wissenschaftsförderung nach Art des Stifterverbandes zu überzeugen.¹⁰⁵

Der von Stifterverband und BDI unter Vorsitz von Hermann Reusch¹⁰⁶ ins Leben gerufene ‚Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft‘ stand Pate, als Ronneberger 1961 der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) seine ‚Vorschläge zur Einordnung der Südosteuropa-Forschung in die Aufbaupläne der deutschen Hochschulen‘ unterbreitete. Da der „große Staatenblock des Ostens“, wie Reusch sich ausdrückte, „unentwegt“ der „vielseitigsten Aufmerksamkeit“ bedürfe,¹⁰⁷ forderte Ronneberger in seiner Funktion als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Gesellschaft die Errichtung von Lehrstühlen für Südosteuropaforschung an westdeutschen Universitäten.¹⁰⁸ Die SOG war 1952 – wie das Südost-Institut – von Fritz Valjavec in München wiederbegründet worden.¹⁰⁹ Trotz formaler Distanzierungen von „Kulturträgerei“ und „Ostlandreiterei“¹¹⁰ knüpfte man an die Tradition der deutschen ‚Südostforschung‘ und die ihr von Ronneberger attestierten „beachtenswerten Ergebnisse“ aus der Zeit des „Dritten Reichs“ an.¹¹¹ Dies geschah unter Rückgriff auf NS-Personal und in enger Verbindung mit dem Bund der Vertriebenen (BdV), Vertretern des Staatsapparats und den an Südosteuropa interessierten Kreisen des deutschen Kapitals: Wenzel Jaksch, Vizepräsident des BdV und ab 1964 dessen Präsident war gleichzeitig Vizepräsident der SOG; im Kuratorium der Gesellschaft saßen hochrangige Beamte des Bundesarbeitsministeriums, des Bundeswirtschaftsministeriums, des Auswärtigen Amtes und des bayerischen Kultusministeriums neben Ver-

Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Mai 1960 in Bremen. In: *Wirtschaft und wissenschaftliche Bildung* (= Schriftenreihe des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 6) 1960, 11; zit. n. Franz Ronneberger: *Vorschläge zur Einordnung der Südosteuropa-Forschung in die Aufbaupläne der deutschen Hochschulen.* (= Südosteuropa-Studien 1). München 1962, 14.

¹⁰⁸ vgl. Ronneberger, *Vorschläge zur Einordnung der Südosteuropa-Forschung*, a.a.O., 20 ff.

¹⁰⁹ vgl. auch Erich Siebert: *Die Südosteuropa-Gesellschaft e. V. München.* In: *DWI-Berichte*, Jg. 18, H. 6, 27 f.

¹¹⁰ siehe in diesem Zusammenhang z.B. den Artikel *Die SOG im Rundfunk.* In: *Mitteilungen der Südosteuropa-Gesellschaft*, Nr. 4, Okt.-Nov.-Dez. 1964, 20.

¹¹¹ Ronneberger, *Vorschläge zur Einordnung der Südosteuropa-Forschung*, a.a.O., 11.

tretern deutscher Großbanken und Konzerne – alle Nachfolgesellschaften der IG Farben waren hier repräsentiert; neben Valjavec und Ronneberger kam unter anderem auch Hermann Gross als Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der SOG wieder zu Ehren. Ronnebergers Vorschläge zur Etablierung der Südosteuropaforschung an bundesdeutschen Hochschulen und die damit verbundene Lobbyarbeit der SOG führten dazu, dass Gross 1962 den neu geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas an der Universität München erhielt.¹¹²

Zweite Habilitation

Um eine akademische Lehrbefugnis zu erhalten, musste sich Ronneberger 1960 erneut habilitieren, da die Republik Österreich ihm im Rahmen der Entnazifizierung seine an der Hochschule für Welthandel erworbene *Venia legendi* aberkannt hatte. Das Verfahren fand an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster statt, wo man seine beiden Publikationen „Verwaltung im Ruhrgebiet als Integrationsproblem“ und „Staatsverfassungstendenzen der Südoststaaten seit 1945“ als Habilitationsschrift akzeptierte.¹¹³ Die zuerst genannte Abhandlung weist denselben normativ-funktionalistischen Ansatz auf, der auch den Dreh- und Angelpunkt seiner PR-Theorie bildet; der zuletzt genannte Aufsatz zeigt einmal mehr Ronnebergers völlige Distanzlosigkeit gegenüber der Geschichte der Südosteuropaforschung im „Dritten Reich“, die zu einem Großteil seine eigene Geschichte ist.

Ronneberger sieht Verwaltung als „sozial gestaltende Tat“ und damit als „Integrationsvorgang“,¹¹⁴ wobei er „Integration“ als „Ordnung“ der „Teile“ auf das „Ganze“ hin versteht.¹¹⁵ Die Verwaltung wolle „die sozialen Beziehungen von Menschen in einem engeren Kreise, dafür aber in der großen Mannigfaltigkeit ihrer Bedürfnisse ordnen, ausrichten und gestalten“,¹¹⁶ was mit

Blick auf ein „wie auch immer definiertes Gemeinwohl“ hin zu geschehen habe.¹¹⁷ Als „überzeugendstes Beispiel einer integrierenden Verwaltung“ erscheint ihm die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*:

Die hohe Integrationsfunktion einer Tageszeitung innerhalb eines stabilen Verbreitungsgebietes steht außer Frage, doch dürfte es weniger die eigentliche innere Verwaltungstätigkeit der Zeitung oder die quasiinstitutionelle Befriedigung des Informationsbedürfnisses der Bevölkerung sein, die diese Wirkung erzielen, als vielmehr das Wechselspiel von Gesellschafts- und Zeitungsstil in ihrer geschmackprägenden und vor allem in ihrer vereinheitlichenden Tendenz.¹¹⁸

Der zweite Bestandteil seiner Habilitationsschrift, den Ronneberger als einen ‚Beitrag zur Sozial- und Verfassungsstruktur von Entwicklungsländern‘ verstanden wissen wollte, enthält Altbekanntes: Unter Rückgriff auf seinen in *Reich-Volksordnung-Lebensraum* entwickelten ‚politischen Südosteuropabegriff‘ und mit Hilfe seiner These vom Fehlen einer bürgerlichen Mittelschicht in den Ländern Südosteuropas erklärt er, dass sich die aus Westeuropa stammenden nationalen und liberalen Ideen vor 1945 in Südosteuropa nicht durchsetzen konnten. Stattdessen, so Ronneberger weiter, hätten „kleine pseudobürgerliche Cliques“ den jeweiligen Staatsapparat in Besitz genommen.¹¹⁹ Ersetzt man die ‚kleinen pseudobürgerlichen Cliques‘ durch das ‚Judentum‘, ist man wieder bei Ronnebergers Analysen zur Sozial- und Verfassungsstruktur der südosteuropäischen Staaten aus der Zeit des „Dritten Reichs“ angelangt.

Von 1960 bis 1964 wirkte Ronneberger als Privatdozent für Verfassungs- und Verwaltungslehre an der Universität Münster und bekleidete gleichzeitig den Posten eines ordentlichen Professors für Soziologie und Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Bielefeld. Seine erziehungswissenschaftlichen Äußerungen stellen – wie seine PR-Theorie – die Synthese dar zwischen

¹¹² vgl. *Mitteilungen der Südosteuropa-Gesellschaft*, Nr. 7, Nov. 1962, 6 f.

¹¹³ vgl. Ronneberger, *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft*, a.a.O., 26.

¹¹⁴ Franz Ronneberger: *Verwaltung im Ruhrgebiet als Integrationsproblem, Verwaltung und Wirtschaft* 17. Stuttgart u. Köln 1957, VI.

¹¹⁵ w.o. 13.

¹¹⁶ w.o. 19.

¹¹⁷ w.o. 17.

¹¹⁸ w.o. 138.

¹¹⁹ vgl. Franz Ronneberger: *Staatsverfassungstendenzen der Südoststaaten seit 1945. Ein Beitrag zur Sozial- und Verfassungsstruktur von Entwicklungsländern*. In: Rudolf Vogel (Hg.): *Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas. Gedenkschrift für Wilhelm Gülich*. (= Schriften der Südosteuropa-Gesellschaft 2). München 1961, 220 ff.

seinem im „Dritten Reich“ entwickelten antideokratischen und antiemanzipatorischen Politikverständnis und seinem normativ-funktionalistischen Forschungsansatz als Soziologe. Erziehung gilt Ronneberger wie auch Verwaltung als soziale Tat und bedeute „Erziehung des Kindes zur Einpassung“ in die gegebenen sozialen Verhältnisse, was notfalls mit entsprechender „Härte“ erzwungen werden müsse:¹²⁰

Man kann sich über die Prügelstrafe streiten. Ich weiß zwar nicht, wie Eltern mit einem willensstarken, robusten und vitalen Jungen fertig werden wollen, ohne ihn gelegentlich übers Knie zu legen. Aber ich wäre der letzte, der ihnen den Glückwunsch versagt, wenn sie es dennoch schaffen, ohne damit allerdings der Gesellschaft einen Raufbold, Einzelgänger und Asozialen zu schenken.¹²¹

Kommunikationspolitik

In Nürnberg entwickelte Ronneberger den Begriff der „Kommunikationspolitik“, die er in Anlehnung an Otto B. Roegele definiert als „all jene Handlungen, die zur Erhaltung der Funktionstüchtigkeit der von der Verfassung gewollten Kommunikationsordnung in einem Lande dienen“. Kommunikationspolitik sei sowohl in der „Staatssphäre“ als auch im „gesellschaftlichen Raum“ anzutreffen¹²² und werde außer von den „klassischen Staatsorganen“ von den „politischen Parteien“, den „großen Interessengruppen“, den „großen Unternehmen von öffentlicher Bedeutung“ und den „Massenkommunikationsmitteln“ betrieben – eine Feststellung, die Ronneberger einmal mehr als Beleg für seine These dient, dass „die gedanklich vereinfachte Konstruktion des liberalen Prinzips ... der Gegenüberstellung von ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘“ der „wechselseitigen Durchdringung der beiden Gebilde“ gewichen sei.¹²³

¹²⁰ Franz Ronneberger: *Erziehung am Wendepunkt*. (=Leben und Wahrheit 19). Bielefeld 1957, 21.

¹²¹ w.o. 25.

¹²² Franz Ronneberger: *Kommunikationspolitik I. Institutionen, Prozesse, Ziele*. (= Kommunikationswissenschaftliche Bibliothek 6). Mainz 1978, 77.

¹²³ Franz Ronneberger: *Ziele und Formen der Kommunikationspolitik*. In: *Publizistik*, Jg. 11 (1966), H. 3/4 (= Festschrift zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Fritz Eberhard), 400.

¹²⁴ Ronneberger, *Kommunikationspolitik I*, a.a.O., 1.

¹²⁵ Franz Ronneberger: *Die politischen Funktionen der Massenkommunikation*. In: Wolfgang R. Langenbacher (Hg.): *Zur Theorie der politischen Kommunikation*.

Ronneberger, der sich der „funktional-strukturellen Systemtheorie Niklas Luhmanns“ verpflichtet sieht,¹²⁴ weist den Massenmedien in diesem Zusammenhang vier „Funktionen“ zu, die diese für das „politische System“ resp. die „politische Ordnung der Parteien- und pluralistischen Verbandsdemokratie“ zu erbringen hätten:¹²⁵

- Die Massenmedien hätten eine „Funktion des Öffentlichmachens“ von Informationen zur „Anregung der Leitenden und Führenden in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“:¹²⁶

Indem Journalisten diese Informationen sammeln und vermitteln, informieren sie das politische System tatsächlich über Veränderungen in der Umwelt und nehmen somit eine Funktion wahr, die in dieser Weise von keinem anderen System geleistet werden kann. Weder Parteien und Interessenverbände noch Geheimdienste sind so umfassend auf die Weiterleitung von kontroversen Informationen programmiert.¹²⁷

- Die Massenmedien seien ein wichtiger „Integrationsfaktor“:

Indem sie [die Presse – P.H.] die Auffassung der politisch Führenden verbreitet und dazu Stellung nimmt, macht sie das gesellschaftliche oder nationale Gesamtinteresse über den Einzelinteressen immer wieder bewußt ... Es geht darum, die ... Bereitschaft der Identifizierung des Menschen mit primären sozialen Gruppen ... nun auf die größeren und komplexeren sogenannten sekundären Gebilde zu übertragen, also auf die Nation, auf die Gesamtheit, auf den Staat.¹²⁸

- Die Massenmedien hätten eine „Bildungs- und Erziehungsfunktion“:

Bildung wäre hier als die Fähigkeit zu definieren, Informationen aufzunehmen und zusammenhängend zu verstehen, wobei der herkömmliche

München 1974, 198. Der Originalbeitrag erschien bereits 1964 in *Publizistik*, Jg. 9, H. 3, 291-304 und ist in weiten Teilen identisch mit einem Vortrag, den Ronneberger Ende April 1965 vor dem Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger in Herrenalb gehalten hat; vgl. Franz Ronneberger: *Die politische Bedeutung der Tageszeitung heute und ihre Funktion in der Demokratie*. Herrenalb 1965.

¹²⁶ Ronneberger, *Die politischen Funktionen der Massenkommunikation*, a.a.O., 201.

¹²⁷ Ronneberger, *Kommunikationspolitik I*, a.a.O., 156.

¹²⁸ Ronneberger, *Die politische Bedeutung der Tageszeitung*, a.a.O., 15 ff.

*Anspruch, sich eine eigene Meinung zu bilden, nicht als Norm, sondern als Optimum des politischen Gebildet-Seins aufzufassen wäre. Vom politisch Gebildeten der modernen pluralistischen Systeme kann im Durchschnitt nicht mehr verlangt werden als die Zustimmung zu vorgeformten Meinungen.*¹²⁹

- Die Massenmedien hätten außerdem eine „Kontrollfunktion“, wobei der Begriff der Kontrolle eine Neudefinition erfährt:

*Die moderne Kontrolle beruht ... weniger auf einem Gegnerschaftsverhältnis, als auf dem Prinzip der Systemimmanenz; wir haben es mit einer Art Selbstkontrolle eines gesellschaftlich-staatlichen pluralistischen Gesamtsystems zu tun. Die Massenkommunikation ... leiht ihre Medien den Inter- und Intraorganisationskontrollbedürfnissen der am staatlichen und öffentlichen Prozeß Beteiligten.*¹³⁰

Werden den Massenmedien bestimmte Funktionen zugewiesen und damit gewisse „Leistungen“ abverlangt, muss auch die Möglichkeit der „Fehlleistung“ einkalkuliert werden.¹³¹ Lobte Ronneberger noch 1978 die „Disziplin, die die deutschen Journalisten ... anlässlich der Entführung von Hanns Martin Schleyer ... üben“,¹³² warnte er bei seiner Abschiedsvorlesung 1983 vor einem „defizienten Modus des kritischen Journalismus aus der Kampfzeit des Liberalismus“ und forderte den „verantwortlichen Journalisten (als) das Gebot der Stunde“: „Aufspüren und publizieren des jeweils Neuesten, gleichviel welche Folgen es haben wird ... führt zwangsläufig zur Verschärfung von Gegensätzen und zur Erschwerung, wenn nicht gar zur Unterbindung von diskreter Politik.“¹³³ Die Parallelen zu seiner Analyse der Rolle der jugoslawischen Presse während des ‚Belgrader Putsches‘ 1941 liegen auf der Hand; seinerzeit hatte er die Massenmedien als ein ‚Instrument‘ der politischen Eliten beschrieben, dem ‚zerstörende Möglichkeiten‘ innewohnten, wenn es von ‚verantwortungslosen, unmoralischen, sensationslüsternen, nur dem Geschäft verfallenen Menschen‘ missbraucht werde.

¹²⁹ Ronneberger, *Die politischen Funktionen der Massenkommunikation*, a.a.O., 204 f.

¹³⁰ w.o. 203.

¹³¹ vgl. in diesem Zusammenhang auch Franz Ronneberger: *Leistungen und Fehlleistungen der Massenkommunikation*. In: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): *Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung*. München 1979, 127-142.

¹³² Ronneberger, *Kommunikationspolitik I*, a.a.O., 128.

PR-Forschung

Ronnebergers erster Essay zum Thema Public Relations, der in der Fachwelt mit großem Interesse aufgenommen wurde und bereits alle wesentlichen Elemente seiner späteren PR-Theorie enthält, erschien 1977 und trägt den Titel *Legitimation durch Information*. Unter Berufung auf den US-amerikanischen PR-Pionier Edward L. Bernays, Carl Hundhausen und Albert Oeckl beschreibt Ronneberger PR als eine „Funktion des gesellschaftlichen Systems“, deren Legitimation darin bestehe, durch das Zur-Verfügung-Stellen von Informationen „Leistungen“ zu erbringen, „die für die Existenz einer Gesellschaft um so notwendiger und unerlässlicher sind, je mehr sie sich differenziert“. Damit leiste PR einen Beitrag zur „Integration in modernen Gesellschaften“ und verhindere deren „Auseinanderfallen“.¹³⁴ Der in diesen Gesellschaften vorherrschende Meinungs- und Interessenpluralismus müsse zwangsläufig „zum Chaos, zu beliebigen Machtrivalitäten, Siegen und Niederlagen ohne Beständigkeit und Kontinuität, zum ständigen Wechsel der Machtverhältnisse, zu allgemeiner Unsicherheit und Willkür führen, wenn nicht zweierlei gewährleistet wäre: daß sich die Auseinandersetzungen dank PR öffentlich vollziehen und daß die rivalisierenden Gruppen einander nicht vernichten, sondern miteinander leben wollen“, was gleichfalls durch PR verbürgt werde.¹³⁵

Angesichts der „zunehmenden Bedeutung der Interessenorganisationen“ fasziniert Ronneberger in diesem Zusammenhang „der Gedanke, der den Korporationstheorien zugrunde liegt, man könne auf den herkömmlichen Parteienparlamentarismus verzichten und ihn durch einen modernen Ständeparlamentarismus ersetzen“. Er verwirft ihn nur deshalb, weil „ohne die Integrationsleistung der Parteien ein breiter und vor allem dauerhafter Konsens nicht zu erreichen ist“.¹³⁶ Daran, „daß es in unserer Gesamtgesellschaft jeweils zu einem Minimalkonsens kommt“, wirke der „PR-Treibende“ maßgeblich mit, wenn er beispielsweise im Rahmen der „PR

¹³³ zit. n. H[ans] H[artl]: *Der Abschied des 70jährigen Franz Ronneberger. Seine Ehrungen durch die Universität Erlangen-Nürnberg*. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, Jg. 23 (1983), H. 2, 58 f.

¹³⁴ Franz Ronneberger: *Legitimation durch Information*. Düsseldorf/Wien 1977, 7.

¹³⁵ w.o. 21.

¹³⁶ w.o. 18.

von Unternehmen der Wirtschaft“ die „Verantwortung des Wirtschaftssystems insgesamt für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Gesellschaft“ betone.¹³⁷ PR wird bei Ronneberger zu einem „konstitutiven Faktor“ für „demokratisch verfaßte politische Systeme“¹³⁸ und absorbiert die ursprünglich den Massenmedien zugeschriebenen Funktionen, insbesondere die Informations- und die Integrationsfunktion. „In bezug auf die organisierten Interessen verhalten sich die Medien vorwiegend rezeptiv und im strengen Sinne vermittelnd“¹³⁹ postuliert Ronneberger und setzt sich damit dem Vorwurf aus, Journalisten kurzerhand zu ‚Erfüllungsgehilfen‘ der PR-Auftraggeber und -Macher zu degradieren.¹⁴⁰ PR, so Ronneberger in „Public Relations des politischen Systems“, diene aber nicht nur der Herstellung eines gesellschaftlichen Minimalkonsenses, sondern fungiere gleichzeitig als „Frühwarnsystem“, das „die politische Führung über Ereignisse und Tendenzen des öffentlichen Lebens sowie über den Wandel von Ansichten, Einstellungen und Erwartungen der Bürger informiert“ und sich darauf aufbauend „eines neuaukommenden Themas bemächtigt und der öffentlichen Meinung keine Zeit läßt, sich stereotyp zu verfestigen“.¹⁴¹

Das in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt die Möglichkeit bestehe, einen gesellschaftlichen Minimalkonsens zu erreichen, sei durch die korporativistische Verfasstheit oder die „Verbandsstruktur“ der Gesellschaft sichergestellt, weil diese den „Rückfall in die Klassengesellschaft“ und damit den Klassenkampf verhindere.¹⁴² Laut Ronneberger übernehmen Verbände und gesellschaftliche Organisationen eine „Diszi-

plinierungsfunktion“ gegenüber ihren Mitgliedern, indem sie diese auf die Idee des Interessenausgleichs verpflichten, was im Falle der Gewerkschaften mit dem Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gleichgesetzt werden kann.¹⁴³ Da Verbände und gesellschaftliche Organisationen außerdem „dem einzelnen Menschen einen bestimmten und möglichst festen Platz im Ganzen zuweisen, damit er weiß, wohin er gehört“,¹⁴⁴ könne man sie auch als quasi-staatliche „Ordnungsträger“ betrachten.¹⁴⁵ Das „soziale Vertrauen“ der Menschen, auf dessen Grundlage gesellschaftlicher Konsens überhaupt erst zustande kommen könne, sei jedoch permanent in Gefahr, durch „öffentliche Demokratiekritik“, „Wertekritik“ und „Tabuzertrümmerung“ zerstört zu werden,¹⁴⁶

PR wird bei Ronneberger zu einem „konstitutiven Faktor“ für „demokratisch verfaßte politische Systeme“.

weil „insbesondere Journalisten mit sozialrevolutionären Aktionen ... sympathisieren“.¹⁴⁷ Dieser Bedrohung gegenüber seien vor allem die „führenden Kräfte der Wirtschaft“ im Nachteil, da sie die „Katastrophe des Nationalsozialismus“ nachhaltig verunsichert habe und sie sich daher „ungern öffentlich zu ihrem Standort und Standpunkt bekennen“.¹⁴⁸ Auf PR komme in diesem Zusammenhang eine gewaltige Aufgabe zu: „Public Relations reichen ... weit über die Interessen einzelner Organisationen hinaus, sie werden zu einem eigenen Handlungssystem, das die Überlebensfähigkeit der Menschheit zum Ziel hat.“¹⁴⁹

Nach diesen in den siebziger und achtziger Jahren geleisteten Vorarbeiten legte Ronneberger 1992 schließlich die gemeinsam mit seinem Schüler Manfred Rühl verfasste „Theorie der Public Rela-

¹³⁷ w.o. 22.

¹³⁸ w.o. 19.

¹³⁹ w.o. 12.

¹⁴⁰ vgl. Michael Kunzlik: *Public Relations. Konzepte und Theorien*. 2. Auflage Köln u.a. 1994, 130.

¹⁴¹ Franz Ronneberger: *Erkenntnisse und Ergebnisse der Referate und Diskussionen*. In: ders. (Hg.): *Public Relations des politischen Systems. Staat, Kommunen und Verbände*. (= Nürnberg Forschungsbereiche 11). Nürnberg 1978, 114 f.

¹⁴² vgl. Franz Ronneberger: *Die politische Rolle der Verbände in der parlamentarischen Demokratie und pluralistischen Gesellschaft*. In: Manfred Rühl (Hg.): *Public Relations der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände. Theoretische Ansätze, Forschungsergebnisse und praktische Erfahrungen aus einem PR-Seminar*. (= Studien zu Theorie und Praxis der Public Relations 3). Düsseldorf 1981, 32 f.

¹⁴³ vgl. w.o. 34 ff.

¹⁴⁴ w.o. 37.

¹⁴⁵ vgl. w.o. 41.

¹⁴⁶ vgl. Franz Ronneberger: *Zusammenfassung der Tagungsergebnisse in Thesenform*. In: Heinz Flieger/Franz Ronneberger (Hg.): *Public Relations für die unternehmerische Wirtschaft. Ergebnisse eines Forschungsseminars gefördert von der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, veranstaltet von der Vereinigung zur Förderung der Public Relations-Forschung*. (= Studien zu Theorie und Praxis der Public Relations 11). Wiesbaden 1983, 136.

¹⁴⁷ Franz Ronneberger: *Public Relations zur Zukunftssicherung. Hinweise zur Überlebensstrategie der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation*. (= Studien zu Theorie und Praxis der Public Relations 10). Düsseldorf 1982, 17.

¹⁴⁸ Ronneberger, *Zusammenfassung der Tagungsergebnisse in Thesenform*, a.a.O., 137.

¹⁴⁹ Ronneberger, *Public Relations zur Zukunftssicherung*, a.a.O., 89.

tions“ vor, die als Quintessenz seiner systemtheoretischen Überlegungen zu PR gewertet werden kann: Im Verlauf der Industrialisierung, „die neue Organisationsformen (Fabrik- und Unternehmenssysteme) ausbildete sowie erhebliche soziale Auswirkungen („die soziale Frage“) nach sich zog“ und in Verbindung mit den damit einhergehenden „Prozessen der Demokratisierung“, habe sich PR als eigenständiges Kommunikationssystem entwickelt, wobei die genannten ‚Demokratisierungsprozesse‘ allerdings „in Deutschland sehr hindernisreich verliefen“. ¹⁵⁰ Die Autoren interessieren sich jedoch nicht für „das Wesen“ von Public Relations oder ‚Wesensähnlichkeiten‘ zu Werbung oder Propaganda“, sondern ausschließlich für die „spezifische (gesellschaftliche) Funktion, die Public Relations ... zugeordnet werden kann“. ¹⁵¹ Diese wird von ihnen folgendermaßen definiert:

Die besondere gesellschaftliche Wirkungsabsicht von Public Relations ist es, ... öffentliche Interessen (Gemeinwohl) und das soziale Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken – zumindest das Auseinanderdriften von Partikularinteressen zu steuern und das Entstehen von Mißtrauen zu verhindern. ¹⁵²

Gesellschaftspolitisches Engagement

In Verbindung mit der Südosteuropa-Gesellschaft beschäftigte sich Ronneberger, der „Politikwissenschaft als praktische Wissenschaft“ verstanden wissen wollte, ¹⁵³ auch mit tagespolitischen Fragen. So übernahm er die Leitung von Symposien zur Ausländerpolitik, die in den siebziger und achtziger Jahren von der SOG zusammen mit verschiedenen Bundesministerien und Landesregierungen veranstaltet wurden. Um nach „schweren Volkstumskämpfen“ dem „Schicksal eines Immigrationslandes“ zu entgehen, forderte er bei diesen Gelegenheiten eine „restriktive Behandlung des Nachzugs“ von Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer. ¹⁵⁴

Ronnebergers wissenschaftliche und politische Ambitionen schlugen sich in einer großen Zahl von Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Vereinigungen und gesellschaftlichen Gremien nieder, ¹⁵⁵ zu denen Einrichtungen der Osteuropafor- schung genauso zählten wie die Reformkommission des Deutschen Beamtenbundes. In der Hauptsache betätigte sich Ronneberger jedoch als ‚Kommunikationspolitiker‘. 1978 gehörte er unter anderem der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an, der er von 1966 bis 1969 vorgestanden hatte und in deren Auftrag er die Zeitschrift *Publizistik* herausgab; er war Mitglied der Deutschen Public Relations Gesellschaft (DPRG), der International Public Relations Association (IPRA), des Fernsehrats des ZDF, des Kuratoriums der Stiftervereinigung der Presse, der Jury des Gruner+Jahr-Preises für Mediaforschung und der Jury des von der Akademie für Publizistik in Hamburg verliehenen Akademie-Preises für Wirtschaftsjournalisten.

Zum letzten Mal meldete sich Ronneberger 1991 politisch zu Wort, als er seine Tagebuchaufzeichnungen über den Untergang der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten veröffentlichte. Ronneberger verleiht hier seiner tiefen „Genugtuung“ über die „Wiedervereinigung“ Ausdruck, da diese ihm „als historische Gerechtigkeit erscheint“ und seinem „elementaren Bedürfnis nach Heilung von Teilen oder Bruchstücken zu einem Ganzen entspricht“. ¹⁵⁶ Es sei jetzt „kein Unglück“, wenn die rechtsradikale Partei der ‚Republikaner‘ bei Wahlen die Fünf-Prozent-Hürde überspringe, ¹⁵⁷ vielmehr müsse alles getan werden, „um die führenden SED-Mitglieder in der Schule, in den Betrieben, im Stadtrat usw. zu eliminieren“. ¹⁵⁸ Außenpolitisch wendet Ronneberger seinen Blick einmal mehr gen Osten: Endlich könne jetzt das umgesetzt werden, „was wir im nationalen Interesse für nötig halten“, ¹⁵⁹ womit er in erster Linie die Revision der Oder-Neiße-Grenze meint. Dass deren Weiterbestehen Ende 1990 durch einen bilateralen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutsch-

¹⁵⁰ vgl. Franz Ronneberger/Manfred Rühl: *Theorie der Public Relations. Ein Entwurf*. Opladen 1992, 47.

¹⁵¹ w.o. 106.

¹⁵² w.o. 252.

¹⁵³ Ronneberger, *Kommunikationspolitik I*, a.a.O., 56.

¹⁵⁴ Ausführlich dargestellt bei Heinelt, *PR als Dienst an der „Volksgemeinschaft“*, a.a.O., 11 f.

¹⁵⁵ siehe hierzu Rühl/Walchshöfer, *Politik und Kommunikation*, a.a.O., XXII f; sowie Rühl, Franz

Ronneberger – Anmerkungen zum „unordentlichen“ Lebensweg eines interdisziplinär orientierten Sozialwissenschaftlers, a.a.O., 332.

¹⁵⁶ Franz Ronneberger: *Die Wiedervereinigung. Aufzeichnungen 1989/91*. (= Kommunikationswissenschaftliche Studien Sonderband). Nürnberg 1991, 163.

¹⁵⁷ w.o. 169.

¹⁵⁸ w.o. 71.

¹⁵⁹ w.o. 3.

land und Polen gesichert wurde, ist für Ronneberger Ergebnis einer „polnischen Erpressung“;¹⁶⁰ den Grenzvertrag selbst bezeichnet er als „Raubvertrag“.¹⁶¹

Fazit

Ronnebergers zentrale wissenschaftliche Kategorie ist die der ‚Integration‘. Meinte er damit in der Zeit des „Dritten Reichs“ die Einordnung der südosteuropäischen Staaten und ihrer Bevölkerung in den von Deutschland konstruierten politisch-ökonomischen ‚Großraum‘, so verstand er darunter nach 1945 die Einordnung des Menschen in die Gesellschaft der Bundesrepublik. Sein Erkenntnisinteresse bezog sich ausschließlich auf die Funktionalität politischer Maßnahmen für die Integration und war von dem Wunsch geprägt, gesellschaftliche Prozesse zu steuern und zu regeln. Dies ließ ihn zum Anhänger der Systemtheorie werden und korrespondiert mit seiner Konzeption einer kapitalistisch verfassten und korporativistisch formierten Gesellschaft, in der der Pluralismus als Bedrohung für die Existenz des Kapitalismus und die

Herrschaft der gesellschaftlichen Eliten erscheint. Als Kommunikationswissenschaftler befasste sich Ronneberger mit den Massenmedien als Mittel der Integration. Bereits im „Dritten Reich“ hatte er die Vorstellung entwickelt, dass die Massenmedien die Information und Beratung der gesellschaftlichen Eliten gewährleisten und diesen als Propagandainstrument dienen sollten. Dem entsprach auch seine eigene Praxis als Informant, Presseanalytiker und Propagandist des NS-Regimes. In der Bundesrepublik übernahm dann PR diese ursprünglich den Medien zugeordneten ‚Funktionen‘, da nur dem Meinungspluralismus und der Pressefreiheit verpflichtete Journalisten als potentielle Bedrohung für den Bestand der restaurierten Gesellschaftsordnung wahrgenommen wurden. Ronnebergers politisches Denken muss letztlich als autoritär, affirmativ, antiemanzipatorisch und antidemokratisch charakterisiert werden; es sah immer auch die Elimination derjenigen vor, die nicht integriert werden sollten (Juden) oder sich der Integration widersetzen (Kommunisten). Völkische Auffassungen traten bei Ronneberger nach 1945 zwar in den Hintergrund, waren jedoch stets virulent – Stichwort Ausländerpolitik.

Peer HEINELT (1966)

Diplom-Politologe; arbeitet derzeit an der Dissertation *Public Relations im Dritten Reich und in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland*. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹⁶⁰ vgl. w.o. 86 ff.

¹⁶¹ w.o. 202.

Wissenschaft und Forschung in der nationalsozialistischen Presse 1938–1945*

Christian Oggolder

1. Einleitung: Realitäten in Relation

„Der völkische Staat muß von der Voraussetzung ausgehen, dass ein zwar wissenschaftlich wenig gebildeter, aber körperlich gesunder Mensch mit gutem, festem Charakter, erfüllt von Entschlußfreudigkeit und Willenskraft, für die Volksgemeinschaft wertvoller ist, als ein geistreicher Schwächling.“ So urteilt der Führer in seinem Buche „Mein Kampf“ über die Bedeutung der Leibesübung und hat damit dem deutschen Sport seine Losung gegeben! ¹

Unter dem Gesichtspunkt unserer Fragestellung handelt es sich dabei nicht bloß um eine Äußerung zur „Bedeutung der Leibesübungen“, sondern ebenso um eine Stellungnahme zur Bedeutung von Geist und Intellekt in der Konzeption des „völkischen Staates“.

Am 21.7.1944 bringt das Blatt auf Seite zwei unter der Überschrift: *Scheel vor Professoren und Soldaten / Auch der Wissenschaftler an der Front* eine Rede des nunmehrigen Reichsdozentenführers:

[...fett hervorgehoben] Wir wollen es aussprechen: der Wissenschaftler und der Mann des akademischen Berufes, der sich in diesem für das deutsche Volk so wichtigen, ja entscheidenden Lebenssektor bewährt, verdient auch öffentliche Anerkennung. Die Bedeutung der akademischen Berufe, der Ärzte, Richter, Ingenieure und Erzieher für die Entwicklung und Zukunft des deutschen Volkes und den Kampf um den Sieg ist sehr groß. Wir wollen uns der Größe der Verpflichtung, die mit diesen Berufen verbunden ist, jederzeit würdig erweisen. [Ende Hervorhebung] In besonderem Maße gilt das für die Forschung. Forscher und Träger der Wissenschaft sein zu dürfen, bedeutet höchste Berufung. Wenn wir gerade im

Kriege darüber sprechen, dann möchten wir unsere Forscher als Generale des Geistes bezeichnen.[...] ²

Zwei völlig divergierende Äußerungen Geist und Intellekt betreffend, von unterschiedlichen Personen zu unterschiedlichen Zeiten geäußert, beide im *Völkischen Beobachter* veröffentlicht. Es stellt sich also die Frage: Hat sich die Position zu Wissenschaft und Forschung im Laufe der Jahre, unter dem Eindruck der Kriegsnotwendigkeit, in der NSDAP geändert? Oder ist dies Ausdruck unterschiedlicher Positionen zur Thematik?

Eine Analyse der Wissenschaftsberichterstattung im Nationalsozialismus kann derartige Fragen a priori nicht beantworten. Was sie beantworten kann, ist die Frage nach der Position der Zeitung zur Thematik, das heißt welches Ausmaß wurde insgesamt der Berichterstattung zu Wissenschaft und Forschung eingeräumt, gab es Schwerpunkte der Berichterstattung und schließlich – und das ist besonders zu betonen – gab es Divergenzen zwischen Berichterstattung über Wissenschaft und Forschung in der Presse und den wissenschaftspolitischen Bedingungen im NS-Staat?

Es handelt sich dabei um zwei Realitäten, in denen Wissenschaft und Forschung Thema sind. Eine Untersuchung von Medieninhalten ist somit eine Untersuchung der durch die Medien konstituierten Realitäten. Diese können nicht dafür herangezogen werden, um außermediale Realitäten zu rekonstruieren, vielmehr ermöglicht ihre Untersuchung eine klarere und umfassendere Bewertung historischer Phänomene.

2. Wissenschaft und Forschung im Nationalsozialismus

Im Sinne obiger Ausführungen ist die Medienrealität mit der politischen bzw. wissenschaftspo-

* Dieser Beitrag basiert auf einem unter der Leitung von Prof. Herbert Matis an der Kommission für historische Pressedokumentation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1997/98 durchgeführten Projekt. Dieses Projekt wurde vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank finanziert.

¹ *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe – in der Folge zitiert als VB), 27.3.1938, S. 18: Der Führer über den Sport.

² *Scheel vor Professoren und Soldaten / Auch der Wissenschaftler an der Front*. In: VB, 21.7.1944, 2.

litischen Realität im „Dritten Reich“ in Relation zu bringen, um letztlich den Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in der Berichterstattung des *Völkischen Beobachters* bewerten zu können. Nach einer Sichtung der wesentlichsten Literatur zur Thematik³ fällt auf, dass wohl Arbeiten vorliegen, die sich um die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit einzelner Disziplinen bemühen, Universitäten bzw. Institute während der NS-Zeit untersuchen oder Vertreibung und Emigration von Wissenschaftlern dokumentieren⁴, an einer umfassenden Darstellung der NS-Wissenschaftspolitik mangelt es weitgehend.⁵ Einen ersten Schritt in diese Richtung unternimmt Notker Hammerstein, der sich mit der Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik und des „Dritten Reichs“ im Rahmen seiner Untersuchung der Deutschen Forschungsgemeinschaft befasst.⁶ Desgleichen fehlt in den meisten Handbüchern und Überblicksdarstellungen zum Nationalsozialismus ein eigenes Kapitel zur Wissenschaft.⁷ Eine Ausnahme dieser Regel stellt die von Wolfgang Benz u.a. herausgegebene „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“ dar, worin sich Michael Grüttner in einem eigenen Kapitel mit der Thematik auseinandersetzt.⁸

Einen ebenfalls erwähnenswerten, wenngleich kurzen Überblick über die politischen Bedingungen des Wissenschaftsbetriebs im „Dritten Reich“ bietet Peter Lundgreen⁹. Sehr brauchbar im Hinblick auf die hochschulpolitischen Bedingungen in Österreich ist die Darstellung von Brigitte Lichtenberger-Fenz¹⁰.

Wirft man also einen Blick auf die Situation von Wissenschaft und Forschung im „Dritten Reich“, so wird die ambivalente Rolle, die dieser Themenkomplex in der nationalsozialistischen Politik und Gesellschaft spielte, deutlich. Auf der einen Seite hob man die „großen Errungenschaften deutschen Forschergeistes“ hervor, auf der anderen Seite wurden Wissenschaftler und Intellektuelle als verzichtbare, ja sogar zu vernichtende Subjekte bezeichnet. So zeigt eine Durchsicht des Registers der von Domarus herausgegebenen *Hitler-Reden*¹¹, dass unter dem Stichwort „Wissenschaft“ bzw. „Wissenschaftler“ kein Eintrag zu finden ist. Desgleichen wird man nicht fündig unter „Forschung“ bzw. „Forscher“. Hingegen ist ein Eintrag vorhanden unter „Experten“, allerdings mit dem Zusatz „habe keine“. Mehr Verweise finden wir unter der Bezeichnung „Intellektuelle“, wobei präzisierende Beifügungen wie

³ Die Auseinandersetzung über Wissenschaft im Nationalsozialismus anlässlich des Deutschen Historikertages 1998 in Frankfurt, insbesondere die heftigen Diskussionen, die Michael Fahlbuch ausgelöst hat, sind uns natürlich bekannt, werden aber hier nicht weiter berücksichtigt, da eine adäquate Behandlung derselben weit über den Rahmen dieses Beitrags hinausgehen würden. Vgl. dazu etwa <http://hszkult.geschichte.hu-berlin.de> unter Beiträge-Aufsätze/Essays.

⁴ so etwa die einzelnen Beiträge in Peter Lundgreen (Hg.): *Wissenschaft im Dritten Reich*. (= edition suhrkamp. 1306. NF. 306). Frankfurt a.M. 1985. und Gernot Heiß u.a. (Hg.): *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 bis 1945*. (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. 43). Wien 1989; Erich Cermak: *Beiträge zur Geschichte des Lehrkörpers der Philosophischen Fakultät der Universität Wien zwischen 1938 und 1945*. Phil. Diss. Wien 1980; Margarete Kowall: *Die 1938 von der Universität verwiesenen Mitglieder des akademischen Lehrkörpers der Philosophischen Fakultät Wien*. Diss. Wien 1983; Judith Merinsky: *Die Auswirkungen der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich auf die Medizinische Fakultät der Universität Wien im Jahr 1938. Biographien entlassener Professoren und Dozenten*. Diss. Wien 1980; Gerhard Oberkofler: *Bericht über die Opfer des Nationalsozialismus an der Innsbrucker Universität*. In: *Zeitgeschichte*, Jg. 8 (1981), 142 ff.; Friedrich Stadler (Hg.): *Kontinuität und Bruch 1938-1945-1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte*. Wien, München 1988; Hans-Joachim Dahms: *Vertreibung und Emigration des Wiener Kreises zwischen 1931 und 1940*. In: ders. (Hg.): *Philosophie, Wissenschaft, Aufklärung. Beiträge zur Geschichte und Wirkung des Wiener Kreises*. Berlin, New York 1985, 307-365.

⁵ Als eine Ausnahme dieser Behauptung kann zum Teil Grüttner angeführt werden, der einen großen Bereich

seiner Arbeit der „Hochschulpolitik des NS-Regimes, soweit sie sich auf die Studenten bezog“ widmet; vgl.

Michael Grüttner: *Studenten im Dritten Reich*.

(= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Paderborn u.a. 1995; zu erwähnen ist hier auch die schon ältere Darstellung der NS-Hochschulpolitik von Hans Maier: *Nationalsozialistische Hochschulpolitik*. In: *Die Deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München*. München 1966.

⁶ Notker Hammerstein: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich: Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945*. München 1999.

⁷ vgl. beispielsweise Ulrich von Hehl: *Nationalsozialistische Herrschaft*. (= Enzyklopädie deutscher Geschichte. 39). München 1996; Martin Broszat/Norbert Frei (Hg.): *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik – Ereignisse – Zusammenhänge*. (= Serie Piper. 1091). München, Zürich 1989; Wolfgang Benz: *Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte*. (= Fischer TB. 4435). Frankfurt a.M. 1990.

⁸ Michael Grüttner: *Wissenschaft*. In: Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß: *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*. München 1997, 135-153.

⁹ Peter Lundgreen: *Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich*. In: ders., *Wissenschaft im Dritten Reich*, 9-30.

¹⁰ Brigitte Lichtenberger-Fenz: *Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime*. In: Emmerich Talos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hg.): *NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945*. (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. 36). Wien 1988, 269-282.

¹¹ Max Domarus: *Hitler: Reden und Proklamationen 1932-1945*. 4 Bde. München o.J.

„ausrotten“ (drei Einträge) und „minderwertige Subjekte, Ausschlußware der Nation“ (fünf Einträge) besonderes aufschlussreich sind.¹² Unverständnis und Minderwertigkeitsgefühle wurden kompensiert durch Überheblichkeit und Gleichgültigkeit:

Ich habe keinen Gehirntrust zu meiner Unterstützung notwendig“, ist der Diktator von sich überzeugt. „Wenn also wirklich eine Veränderung irgendwo stattfinden soll, dann entsteht das zunächst in meinem Gehirn und nicht in Gehirnen anderer, auch nicht in denen von Experten.“¹³

Mag der „Führer“ im Versuch einer konsequenten Umsetzung seines Selbstverständnisses als eben dieser auf die Gehirne von Experten scheinbar verzichtet haben, so überließ er die Zuständigkeit für wissenschaftspolitische Fragen zu einem großen Teil anderen.

Die Sache setzt sich fort: Bernhard Rust, Reichserziehungsminister, wenigstens formal der Verantwortliche für Wissenschaft und Forschung, kümmerte sich nur wenig um Hochschul- und Forschungspolitik, besaß in der Partei ein nur äußerst geringes Renommee und galt als „schwache und labile Persönlichkeit, ohne die Fähigkeit, sich bei Konflikten durchzusetzen“¹⁴. Von seinem Ministerkollegen Goebbels als „nicht ganz zurechnungsfähig“ oder gar als „absoluter Hohlkopf“¹⁵ bezeichnet, war er in Kombination mit Hitlers Gleichgültigkeit in Wissenschaftsfragen die Voraussetzung für eine chaotische und unkoordinierte Wissenschaftspolitik.

Unabhängig davon war man sich allerorts darüber einig, dass dem Regime nicht genehme Wissenschaftler von ihren Funktionen enthoben werden mussten und dass die Wissenschaft einer nationalsozialistischen Fundierung bedurfte, was immer man darunter auch zu verstehen hatte. Wurde das erste Ziel dem destruktiven Talent der nationalsozialistischen Politik entsprechend ohne

größere Schwierigkeiten 1933 bzw. 1938 rasch verwirklicht¹⁶, so blieb es im zweiten Fall in Summe, abgesehen von diversen Broschüren und Spezialblättern¹⁷, die versuchten, „die weltanschauliche Schulung zu vertiefen und Maßstäbe zu setzen, welche Erzeugnisse des wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Schaffens als vorbildlich oder zumindest als unbedenklich anzusehen seien“¹⁸, bloß bei Forderungen und leerem Gerede. Wohl kam es zu diversen Institutsgründungen¹⁹, die in der Anfangsphase der NS-Herrschaft größtenteils ideologisch motiviert, im Verlauf des Krieges, insbesondere nach den ersten schweren Niederlagen, immer stärker von militärischen Gegebenheiten bestimmt waren. Bemühungen um einen „wissenschaftlichen Nationalsozialismus“ von Seiten mancher Universitätsprofessoren wurden hingegen oftmals

[...] mit großem Misstrauen beobachtet. An eigenständigen Denkern, die die NS-Ideologie unnötig komplizieren oder gar ihre privaten Theorien in die NS-Weltanschauung einschmuggeln wollten, war in der NSDAP niemand interessiert. [...] Diejenigen Wissenschaftler, die versuchten, sich als NS-Vordenker zu etablieren, wurden daher fast immer enttäuscht.²⁰

Hinzu kommt, dass diese gleichgültige bis negative Haltung gegenüber Wissenschaft und Forschung seitens der Partei auch in der Bevölkerung vorhanden gewesen sein dürfte. So zeigte sich das Reichserziehungsministerium in einem Runderlass von 1938 darüber besorgt, dass „Hochschule und Wissenschaft vielfach in der Öffentlichkeit [...] als Angelegenheiten betrachtet werden, die grundsätzlich und ausnahmslos bemängelt und herabgesetzt werden“²¹.

Neben der raschen und systematischen „Säuberung“ der Universitäten, sowohl hinsichtlich der Lehrenden als auch der Studierenden, erfolgte sehr bald die Entmachtung der bisherigen Ent-

¹² so hat auch Maier darauf hingewiesen, „[...] dass das Stichwort ‚Universität‘ und ‚Hochschule‘ in Hitlers Mein Kampf und Rosenbergs Mythus im Register ganz fehlt.“ Vgl. Maier, *Nationalsozialistische Hochschulpolitik*, 74.

¹³ Domarus, *Hitler: Reden und Proklamationen*, 1778. Dabei handelt es sich im Übrigen um die einzige Eintragung des Terminus „Experten“ im Register dieser Edition.

¹⁴ Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, 87.

¹⁵ zit.n. Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, 88.

¹⁶ vgl. z.B.: Kowall, *Die 1938 von der Universität verwiesenen Mitglieder des akademischen Lehrkörpers der Philosophischen Fakultät Wien*; Merinsky, *Auswirkungen der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich*; Oberkofler, *Bericht über die Opfer des Nationalsozialismus an der Innsbrucker Universität*; Stadler, *Kontinuität und Bruch 1938-1945-*

1955; Dahms, *Vertreibung und Emigration des Wiener Kreises zwischen 1931 und 1940*.

¹⁷ so z.B. der *Schriftumsanzeiger für Deutsche Volkskunde*, die Zeitschrift *Kunst und Volk*, der *Lektorenbrief* des Rosenbergschen „Amtes für Schriftenpflege“, die Zeitschrift *Der Weltkampf* des Frankfurter „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“ etc.; zit.n. Broszat/Frei, *Das Dritte Reich im Überblick*, 101.

¹⁸ ebda.

¹⁹ vgl. Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, 161-167; Edith Saurer: *Institutsneugründungen 1938-1945*. In: Heiß u.a., *Willfähige Wissenschaft*, 303-328.

²⁰ Grüttner, *Wissenschaft*, 143.

²¹ zit.n. Grüttner, *Wissenschaft*, 147.

scheidungs-gremien, an Stelle der akademischen Selbstverwaltung wurde das „Führerprinzip“ gesetzt.²² Dabei stoßen wir aufgrund des großen Einflusses sowohl des NS-Dozentenbundes als auch des NS-Studentenbundes in wissenschaftspolitischen Angelegenheiten auf die für die Struktur der NS-Verwaltung typische „Verwischung der Grenzen von Partei und Staat“²³. Gleichzeitig

erwies sich das Bild vom allmächtigen Führer-Rektor [...] schon bald als bloße Fiktion. An Stelle eindeutiger Führungs- und Abhängigkeitsverhältnisse finden sich im Hochschulbereich jene polykratischen Strukturen, welche die innere Dynamik des ‚Dritten Reichs‘ über weite Strecken so entscheidend geprägt haben.²⁴

Zusammenfassend können die Bedingungen von Wissenschaft und Forschung im Nationalsozialismus, wie sie in der bisherigen Forschung skizziert wurden, an drei Punkten festgemacht werden:²⁵

1. „[Z]wischen der Wissenschaft und dem NS-Regime [herrschte] eine deutlich erkennbare Distanz“²⁶. Als Gründe dafür werden zum einen die „vielfachen Eingriffe von Parteistellen in die Autonomie der wissenschaftlichen Institutionen“ genannt, zum andern dürfte auch „die demonstrative Geringschätzung der Intellektuellen durch zahlreiche Parteifunktionäre“²⁷ dafür verantwortlich zu machen sein. Nicht unwesentlich in diesem Zusammenhang ist Hitlers Position zur Wissenschaft im Allgemeinen und zu den Wissenschaftlern und Intellektuellen im Speziellen.
2. Im Verlauf des Krieges und mit Zunahme der militärischen Niederlagen werden die Versäumnisse und Fehler einer chaotischen Wissenschaftspolitik in Form eines deutlichen Forschungsrückstands im technologischen Bereich offenbar. Dieser Rückstand sollte möglichst rasch unter dem Druck der „Kriegsnotwendigkeit“ aufgeholt werden, wobei nun, so Lichtenberger-Fenz, andere Schwerpunkte

gesetzt wurden: „Allgemein lässt sich ein Wechsel von den Geistes- zu den Naturwissenschaften und eine Abkehr von den ideologischen Fächern [...] beobachten – ein für das gesamte Reichsgebiet typisches Phänomen.“²⁸

3. Grüttner stellt fest, dass die auch vor 1933 gemeinsame Überzeugung hinsichtlich einer strikten Trennung von Wissenschaft und Politik bei vielen Wissenschaftlern zu einer „Arbeitsteilung“ führte: „Während ihre wissenschaftlichen Publikationen politisch weitgehend farblos blieben, veröffentlichten dieselben Autoren parallel dazu politische Artikel in der Tagespresse oder in populären Zeitschriften.“²⁹ Ebenso ist festzustellen, dass „sich die Ordinarien meist an ihre alten, nicht primär ideologisch besetzten Fachgebiete [hielten] und [...] die ‚neue Wertordnung‘ den Privatdozenten [überließen], die solcherart Gelegenheit bekamen, sich zu profilieren.“³⁰

3. Forschungsdesign

Ausgehend von diesen in den vorliegenden Untersuchungen herausgearbeiteten, hier nur grob skizzierten wissenschaftspolitischen Bedingungen im „Dritten Reich“, können drei zusammenfassende Thesen formuliert werden, die einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse zugrunde gelegt werden:

1. Die Intellektuellenfeindlichkeit der Partei und das geringe Interesse an Wissenschaft und Forschung zeigen Auswirkungen: im *Völkischen Beobachter* wird verhältnismäßig wenig bzw. überwiegend negativ darüber berichtet.
2. Mit Zunahme der Kriegsniederlagen erfolgt eine Gegenbewegung: man ist bemüht, das negative Image der Wissenschaft und ihrer Exponenten zu verbessern. Gleichzeitig erfolgt eine Schwerpunktverlagerung zu den Naturwissenschaften.³¹

²² Grüttner, *Wissenschaft*, 139 und Lundgreen, *Wissenschaft im Dritten Reich*, 10.

²³ Lundgreen, *Wissenschaft im Dritten Reich*, 11.

²⁴ Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, 92.

²⁵ Nicht explizit hervorgehoben werden hier (hochschulpolitische) Maßnahmen wie „die Liquidierung demokratischer Strukturen, die Durchsetzung des Führerprinzips, die Vertreibung oppositioneller und jüdischer Studenten [und Professoren]“, da diese „durch die allgemeine Politik der NS-Diktatur gleichsam vorgegeben“ waren und keine originären Erscheinungen

im Bereich von Wissenschaft und Forschung darstellen; vgl. Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, 473 f.

²⁶ Grüttner, *Wissenschaft im Dritten Reich*, 147.

²⁷ ebda.; vgl. auch Lundgreen, *Wissenschaft im Dritten Reich*, 13.

²⁸ Lichtenberger-Fenz, *Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime*, 279.

²⁹ Grüttner, *Wissenschaft*.

³⁰ Lichtenberger-Fenz, *Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime*, 275 f.

³¹ vgl. w.o., 279.

3. Universitätslehrer in höheren Positionen sind verhältnismäßig geringer vertreten als junge Kollegen bzw. Privatdozenten, die eher bereit sind, der Karriere willen Zugeständnisse an das Regime zu machen.

Das für die quantifizierende Untersuchung zur Verfügung stehende Datenmaterial resultiert zum einen aus einer vollständigen Titelerfassung der gezeichneten Artikel der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* sowie einer Stichprobenerhebung von Wissenschaftsartikeln der Jahre 1939 und 1944.³²

1. Für den Zeitraum vom 16.3.1938 bis 7.4.1945 konnten insgesamt 36.187 Artikel erhoben werden. Leitartikel und Aufmacher wurden unabhängig von der Zeichnungsvorschrift regelmäßig erfasst. Ein Datensatz umfasst folgende Kategorien:

Tabelle A	
Aufmacher/Titel	
Umfang von	Angabe der Seite, wo der Artikel beginnt
Umfang bis	Angabe der Seite, wo der Artikel endet
Titel-Spalten	Anzahl der Spalten, über die sich der Titel des Artikels erstreckt (von 1 bis 6)
Verfasser	Name des Verfassers des jeweiligen Artikels entsprechend der Schreibung in der Zeitung
Verfasser 2	Name des Verfassers des jeweiligen Artikels in einer standardisierten Form
Funktion/Beruf	Beruf des Verfassers oder sonstige Angaben zu seiner Tätigkeit oder Funktion in Institutionen laut Zeitung
Rubrik	Zeitungsrubrik, in der der Artikel erschienen ist
Leitartikel	ja/nein
Serie	ja/nein
Rede	ja/nein
Illustration	ja/nein
Nummer des Jahrgangs	
Nummer der Ausgabe	
Datum der Ausgabe	

2. Um genauere Aussagen über die Wissenschaftsberichterstattung des *Völkischen Beobachters* machen zu können, wurden in einem zweiten Schritt mittels Stichprobenerhebung die Jahrgänge 1939 und 1944 erneut erhoben. Diese beiden Jahrgänge wurden deshalb gewählt, weil 1939 den ersten und 1944 den letzten vollständig erschienenen Jahrgang darstellt. Dabei wurde pro Monat jede vierte Ausgabe gesichtet³³, wodurch innerhalb eines Monats eine künstliche Woche entstand. Pro Ausgabe fanden grundsätzlich alle Artikel Berücksichtigung, ausgenommen Sport und Fortsetzungsroman. Insgesamt wurden für das Jahr 1939 277 und für 1944 259 Wissenschaftsartikel erhoben und gecodiert. Als Kriterien für die Identifikation als Wissenschaftsartikel, die an Überschrift und Lead beziehungsweise am ersten Absatz überprüft wurden, wurden definiert:

- Nennung eines wissenschaftlichen Akteurs als Person (Artikel über Wissenschaftler, Zitat eines Wissenschaftlers)
- Nennung eines wissenschaftlichen Akteurs als Institution (Universität, Forschungseinrichtung)
- Nennung einer wissenschaftlichen Tätigkeit bzw. Handlung (Erfindung, Erforschung, Entdeckung etc. aber auch die Präsentation der damit verbundenen Ergebnisse: Tagung, Vortrag, Studie, Publikation).

Schwierigkeiten bereitete die Abgrenzung zu populärwissenschaftlichen Beiträgen, vor allem im Bereich der vielen historischen Darstellungen, die nicht von Wissenschaftlern verfasst wurden, nicht explizit Forschungsergebnisse präsentieren und die Herkunft des Wissens nicht klar deklarieren. Solche Artikel wurden nicht berücksichtigt.

Das Kategoriensystem lehnt sich an jenes der Untersuchung Beuthes³⁴ an, die ihrerseits weitestgehend jenes von Geretschläger³⁵ bzw. Depenbrock³⁶ übernommen hatte. Ein Datensatz der Stichprobenerhebung umfasst folgende Kategorien:

Salzburger Nachrichten (1992). Univ.-Hausarbeit. München 1993.

³⁵ Erich Geretschläger: *Der Fall Schaden und die Publizistik*. Wien 1979.

³⁶ Gerd Depenbrock: *Journalismus, Wissenschaft und Hochschule. Eine aussagenanalytische Studie über die Berichterstattung in den Tageszeitungen*. (= Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 7). Bochum 1976.

³² Besonderer Dank, die mühevollen Arbeit der Datenerfassung betreffend, sei an dieser Stelle Simone Bräuer, Dr. Maria Diemling, Dr. Paulus Ebner und Martin Malina ausgesprochen.

³³ Beginnend mit dem 1. Jänner wurde jeder vierte Tag erfasst, wobei immer nur sieben pro Monat berücksichtigt wurden. Im Februar wurde mit dem 2. begonnen, im März mit dem 3., im Juli wieder mit dem 1. usw.

³⁴ Anja Beuthe: *Wissenschaft in der Tageszeitung. Eine Inhaltsanalyse der Wissenschaftsberichterstattung der*

Tabelle B

Verfasser	Name des Verfassers des jeweiligen Artikels in einer standardisierten Form
Hauptakteur Person	
Hauptakteur Institution	
Anlass	Ausstellung, Berufung, Entdeckung, Erfindung/Entwicklung, Erforschung, Gründung/Eröffnung, Jubiläum/Ehrung/Preisverleihung/Portrait, Nachruf, Publikation, Sonstiges, Studie, Tagung, Versuch/Experiment, Vortrag, wissenschaftliches Zitat
Disziplin	Agrar- und Forstwirtschaft, Bildungswissenschaften, Gesellschafts- Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Historische Wissenschaften, Hochschule, Medizin, Naturwissenschaften, nicht definiert, Philosophie, Rassenforschung, Religionswissenschaften, sonstige, Sprach- und Literaturwissenschaften, Technische Wissenschaften, Theater-, Kunst- und Musikwissenschaften
Bewertung positiv	Auswahlmöglichkeit für die Bewertung von Wissenschaft und Forschung im Artikel: „positiv allgemein“ oder „deutsche Forschung/Forschung für das Volk“
Bewertung negativ	Auswahlmöglichkeit für die Bewertung von Wissenschaft und Forschung im Artikel: „negativ allgemein“, „Wissenschaftskritik“ oder „antisemitische Bewertung“
Rubrik	Zeitungsrubrik, in der der Artikel erschienen ist
Illustration	Auswahlmöglichkeit: Foto oder Graphik
Illustrationsanteil	1 = kleiner als eine halbe Seite; 2 = größer als eine halbe Seite
Seite	Angabe der Seite, wo der Artikel beginnt
Platzierung	Anordnung des Artikels im oberen oder unteren Bereich der Seite
Titel-Spalten	Anzahl der Spalten, über die sich der Titel des Artikels erstreckt (von 1 bis 6)
Beitragslänge	angegeben in 1/x-Spalten pro Seite
Jahrgang	
Nummer der Ausgabe	
Datum der Ausgabe	

Quantitäten und Relationen

Anteil der Wissenschaftsberichterstattung an den gezeichneten Beiträgen

Aus dem Datenpool der erfassten gezeichneten Artikel wurden mittels Keywords³⁷, die in mehreren Probeläufen auf ihre Tauglichkeit hin getestet wurden, insgesamt 619 Titel als Wissenschaftsartikel – das sind 1,71 % aller gezeichneten Artikel – ermittelt. Von Wissenschaftlern verfasste Beiträge wurden dabei noch nicht berücksichtigt, da ein Wissenschaftler als solcher auch über nicht wissenschaftliche Themen schreiben kann. Auf Grund dieser Zahlen wäre man geneigt zu sagen, Wissenschaft und Forschung nehmen nur einen geringen Teil in der Berichterstattung des *Völkischen Beobachters* ein, was einen Teilaspekt unserer ersten These – im *Völkischen Beobachter* wird wenig über Wissenschaft und Forschung berichtet – bestätigte. Dabei gilt es zum einen zu berücksichtigen, dass Kurzmeldungen und nicht gezeichnete Artikel in dieser Auswertung noch nicht berücksichtigt wurden. Zum andern – und dieser Aspekt ist noch wesentlicher – kann die Frage nach dem Ausmaß, das die NSDAP als Herausgeberin der Zeitung für Wissenschaft und Forschung vorsah, letztlich nur befriedigend beantwortet werden, wenn Vergleiche mit anderen zeitgenössischen Zeitungen gemacht werden. Derartige Untersuchungen liegen allerdings bisher nicht vor.



Hingegen können Aussagen über die jährliche quantitative Verteilung der Wissenschaftsbeiträge gemacht werden (vgl. Abb. 1). An absoluten Zahlen liegt hier 1939 an erster Stelle, wirft man

³⁷ Die Abfrage berücksichtigt die Felder „Aufmacher“ und „Titel“. Das „Verfasser“-Feld wurde nicht miteinbezogen. Abfragekriterien: Wie „*Wissensch*“ Oder Wie *Universitä*“ Oder Wie „*Hochschul*“ Oder Wie „*Prof*“ Oder Wie „*Doz*“ Oder Wie „*Forsch*“ Oder

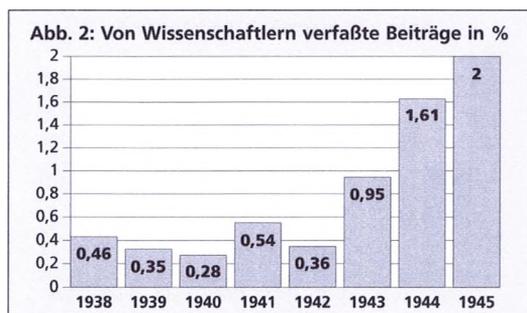
Wie „*Erfind*“ Oder Wie „*konstru*“ Oder Wie „*techni*“ Oder Wie „*Ingenieur*“ Oder Wie „*Versuchsanstalt*“ Oder Wie „*Entdeck*“ Oder Wie „*Entwickl*“ Oder Wie „*Akademie“ Oder Wie „*akademisch“ Oder Wie „*wissenschaft*“.

jedoch einen Blick auf die prozentuelle Verteilung gemessen an den jeweils pro Jahr erschienenen Artikeln, so ist zu erkennen, dass von 1,78 % im Jahre 1939 der Anteil von Wissenschaftsbeiträgen bis 1942 kontinuierlich auf 1,37 % sank, um 1943 2,08 % und schließlich 1944 den Höchststand von 2,38 % (das heißt deutlich über dem Durchschnitt) zu erreichen.

Hinsichtlich der These 2, wonach mit Zunahme der Kriegsniederlagen ein Bemühen um Verbesserung des Images von Wissenschaft und Forschung in der Öffentlichkeit einherging, kann aufgrund der Zunahme der Wissenschaftsberichterstattung ab 1943 zumindest gesagt werden, dass der *Völkische Beobachter* dieser Thematik wenigstens quantitativ mehr Bedeutung beimisst. Eine Schwerpunktverlagerung etwa zu den Naturwissenschaften oder Aussagen hinsichtlich einer positiveren Berichterstattung können daraus selbstverständlich nicht abgeleitet werden.

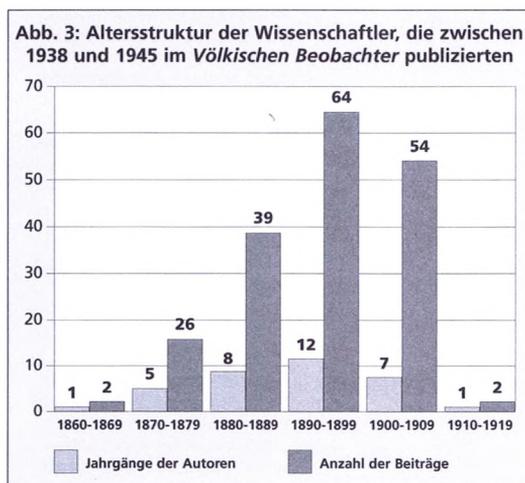
Publikationstätigkeit von Wissenschaftlern

Wirft man einen Blick auf das Ausmaß der von Wissenschaftlern³⁸ verfassten Beiträge im Wiener *Völkischen Beobachter*, so zeigt sich eine deutliche Zunahme ab dem Jahr 1943 (vgl. Abb. 2). Eine Begründung dafür lässt sich auf Basis unserer Daten nicht geben, jedoch könnte dieser Umstand mit den in These 2 formulierten Bemühungen um eine Imageverbesserung von Wissenschaft und Wissenschaftlern einhergehen.



Die Annahme, wonach akademische Führungspersönlichkeiten als Autoren im *Völkischen Beobachter* verhältnismäßig selten aufscheinen, kann insofern bestätigt werden, als eine Überprüfung aller Rektoren, Prorektoren, Dekane sowie Dozentenbundführer der wichtigsten Wiener

Universitäten und Hochschulen in den Jahren 1938 bis 1945 bezüglich ihrer Verfasserstätigkeit in der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* gezeigt hat, dass von der Universität Wien nur drei Personen³⁹ fünf Beiträge verfasst haben, vom entsprechenden Personenkreis der Technischen Hochschule⁴⁰ und der Hochschule für Welthandel⁴¹ je ein Beitrag und von der Hochschule für Bodenkultur und der Tierärztlichen Hochschule jeweils kein Beitrag im *Völkischen Beobachter* veröffentlicht wurde. Die führenden Persönlichkeiten der Wiener Hochschulen und Universitäten zeigten offenbar keine allzu großen Ambitionen, zumindest unter eigenem Namen, in der Parteizeitung der NSDAP zu publizieren.



Ein Blick auf die biographischen Daten jener Wissenschaftler, die im *Völkischen Beobachter* zwischen 1938 und 1945 publizierten, zeigt, dass die Mehrzahl dieser Autoren nach 1890 geboren wurden (vgl. Abb. 3)⁴² und zumeist die Position eines Universitätsprofessors inne hatten. Der Verdacht drängt sich auf, dass ihr Engagement als Autor in der Parteizeitung der NSDAP ihnen bei ihrer Karriere behilflich gewesen sein könnte.

Dagegen ist zum einen zu sagen, dass diese professorale Altersstruktur – wie beispielsweise Hubensdorf festgestellt hat – „mit dem generell jüngeren Alter bei Neubesetzungen“ zu tun hat sowie das „Produkt einer Verzögerung von Neubesetzungen im Strändestaat“ darstellt.⁴³ Zum andern lässt sich nachweisen, dass die Mehrzahl der Autoren schon vor 1938 ihre Professur erhalten hatte, ein Großteil davon im Deutschen

³⁸ Abfragekriterium in standardisiertem Namensfeld: Wie „*Univ.-Prof.“ Oder Wie „*Doz.“ Oder Wie „*Univ.-Ass.“ Oder Wie „*Dr. habil.“.

³⁹ Prorektor Richard Meister, Dekan der Medizinischen Fakultät; Rektor Eduard Pernkopf; Ernst Swoboda, Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät.

⁴⁰ Rektor Friedrich Haas.

⁴¹ Rektor Kurt Knoll.

⁴² Berücksichtigt wurden nur jene Wissenschaftler, die mindestens zwei Artikel während des gesamten Untersuchungszeitraums verfasst hatten. Es handelt sich dabei um 36 Personen, die insgesamt 211 Artikel lieferten.

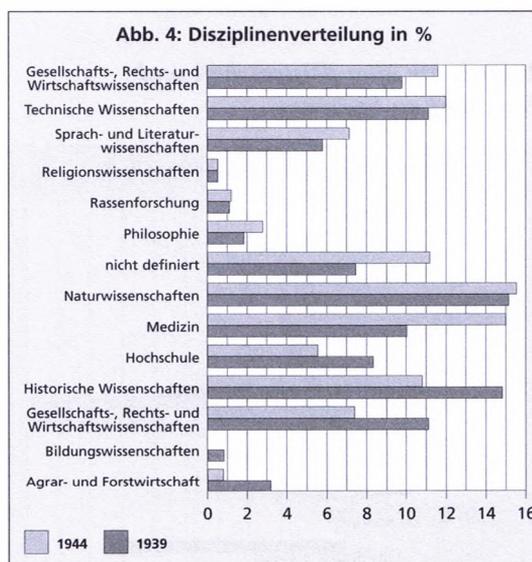
⁴³ Michael Hubensdorf: *Medizinische Fakultät 1938-1945*. In: Heiß u.a., *Willfähige Wissenschaft*, 233-282, hier 250.

Reich wie beispielsweise der gebürtige Wiener Theaterwissenschaftler Heinz Kindermann 1926 in Danzig. Anderen – wie dem Zeitungswissenschaftler Karl Kurth⁴⁴, der 1942 Vorstand des neu gegründeten zeitungswissenschaftlichen Instituts wurde – nützten persönliche Kontakte zu Entscheidungsträgern in der Partei – in diesem Fall zum Präsidenten des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes (DZV) Walther Heide. So veröffentlichte Kurth erst nachdem er Direktor des Wiener Instituts für Zeitungswissenschaft geworden war, zwei Artikel für die Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters*⁴⁵, wobei er sich im ersten mit den Aufgaben und Leistungen der Zeitungswissenschaft sowie der Notwendigkeit einer universitären Ausbildung des journalistischen Nachwuchses im Sinne der eingangs zitierten Positionierung der Forscher als „Generale des Geistes“ auseinandersetzt. Hingegen rücken im zweiten Beitrag zeitungswissenschaftliche Themen in den Hintergrund, während Kurth eine Studienfahrt ins besetzte Polen zum Anlass für einen antisemitischen Hetzartikel nimmt, in dem er die Ghettos als „Rattennester“ und ihre Bewohner als „Ungeziefer“ bezeichnet. Die Lösung „dieses Problems“ stellt für ihn eine „sozial-sanitäre Maßnahme“ dar. Dieses Beispiel macht die Notwendigkeit einer weiterführenden inhaltsanalytischen Untersuchung der wissenschaftlichen Beiträge und der Beiträge von Wissenschaftlern im Besonderen deutlich, um Fragen nach der Instrumentalisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichem Status im Sinne der NS-Propaganda nachgehen zu können.⁴⁶ Insgesamt kann der Schluss gezogen werden, dass die Veröffentlichung von Artikeln im *Völkischen Beobachter* zumindest nicht in direktem Zusammenhang mit einem positiven Karriereverlauf der jeweiligen Autoren zu sehen ist. Die Zeitung konnte anscheinend nicht für persönliche Profilierungsvorhaben verwendet werden, allerdings wäre vorstellbar, dass der eine oder andere Wissenschaftler gleichsam als Gegenleistung für die Unterstützung durch die Partei hinsichtlich sei-

nes Karriereverlaufs den einen oder anderen (wissenschaftlichen) Beitrag für ihr Organ lieferte. Wissenschaftler fungieren im *Völkischen Beobachter* nicht ausschließlich als Autoren, sondern auch als Hauptakteure in Artikeln. Insgesamt konnten etwa 200 Personen, die diesen Kriterien entsprechen, ermittelt werden, wobei die überwiegende Mehrzahl jeweils nur ein einziges Mal aufscheint. Spitzenreiter als Hauptakteur ist der Theaterwissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Heinz Kindermann mit fünf Nennungen, gefolgt vom Reichsminister und Präsidenten der Akademie für deutsches Recht, Dr. Hans Frank und dem Rektor der Technischen Hochschule Univ.-Prof. Dr. Heinrich Sequenz.

Verteilung der Disziplinen

Schon bei einer ersten unsystematischen Durchsicht der Parteizeitung der NSDAP fällt die Dominanz historischer Beiträge ins Auge. Geschichte fungiert hier klar als Legitimationswissenschaft und es wird keine Gelegenheit ausgelassen, Ereignisse, Handlungen oder Personen in einen historischen Zusammenhang zu stellen, oftmals freilich recht weit hergeholt.



frei! In: VB, 31.7.1942, 3.

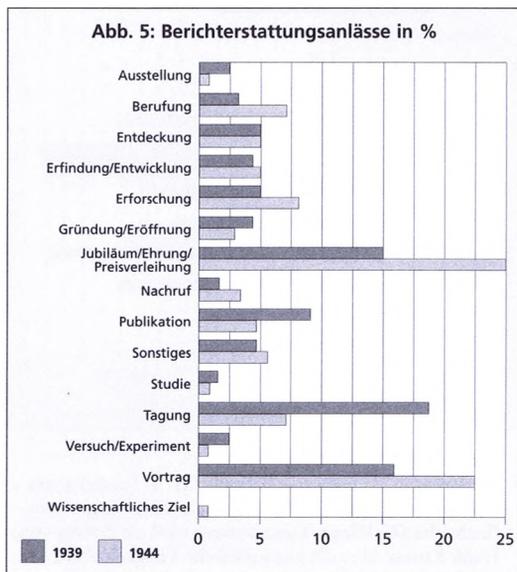
⁴⁶ Im derzeit in Vorbereitung befindlichen 4. Band der von Gabriele Melischek und Josef Seethaler herausgegebenen Buchreihe *Die Wiener Tageszeitungen* wird ein Beitrag von Frank Khauer über die journalistische Tätigkeit Franz Ronnebergers bei der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* erscheinen. Ronneberger gehört zu den (unter Namensnennung) meistpublizierenden Autoren des *Völkischen Beobachters*, wie die bereits erwähnte, vom Verfasser durchgeführte Erhebung sämtlicher gezeichneter Artikel der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* 1938-1945 zeigt. Sie wird ebenfalls in der genannten Publikation veröffentlicht werden.

⁴⁴ Zu Kurth vgl. u.a.: Wolfgang Duchkowitsch: *Zeitungswissenschaft „an der schönen heimatlichen Donaustadt“. Aufbau, Errichtung und Funktion des Wiener Instituts für Zeitungswissenschaft*. In: Heiß u.a., *Willfährige Wissenschaft*, 155-178; Wolfgang Monschein/Fritz Randl: *50 Jahre Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien (1942-1992). Teil 1: Ein Abriss der Institutsgeschichte*. In: *Medien & Zeit*, Jg. 11 (1996), H. 1, 4-21. (vgl. auch die darin zitierte Literatur) sowie Stefanie Averbeck: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft 1927-1934*. (= *Kommunikationsgeschichte*; 8). Münster 1999.

⁴⁵ *Die Wissenschaft von der Zeitung*. In: VB, 10.1.1942, 2 und *Auf Studienfahrt im Generalgouvernement. Ostluft macht*

Das empirische Material für 1939 bestätigt das hohe Ausmaß an historischen Beiträgen. Naturwissenschaftliche Artikel weisen einen nur unwesentlich höheren Anteil aus (vgl. Abb. 4). An letzter Stelle rangieren die Religionswissenschaften mit nur einem Artikel (0,7 %). Im Vergleichsjahr 1944 sind die naturwissenschaftlichen Beiträge (15,5 %) weiterhin die häufigsten, nunmehr aber gefolgt von der Medizin (15,1 %). Die quantitative Verteilung der Disziplinen blieb im Vergleich der beiden Untersuchungsjahre insgesamt relativ konstant, mit Ausnahme einer deutlichen Zunahme medizinischer Beiträge zu Ungunsten der historischen. Eine deutliche Zunahme von naturwissenschaftlichen Artikeln, wie in These 2 angenommen wurde, konnte nicht festgestellt werden. Ebenso ist nur eine geringe quantitative Steigerung techniewissenschaftlicher Beiträge nachweisbar, jedoch zeigte eine Datenbankabfrage, die nach dem Wortstamm „techn*“ in Aufmacher und Titel sämtlicher gezeichneter Artikel fragte, dass ab dem Jahr 1943 eine deutliche Zunahme von Artikeln, in deren Titeln Technik angesprochen wird, festzustellen ist.⁴⁷ Das heißt Technik wird im Verlauf des Krieges tatsächlich vermehrt thematisiert, allerdings nicht in Form wissenschaftlich aufbereiteter Darstellungen.

Anlässe, um über Wissenschaft und Forschung zu berichten



In der Hauptsache handelt es sich um drei quantitativ besonders herausragende Anlässe, zu denen im *Völkischen Beobachter* über Wissenschaft und Forschung berichtet wurde. Wie aus der Abbildung 5 ersichtlich ist, dominieren im Jahr 1939 die Kategorien Tagung, Vortrag, *Jubiläum/Ehrung/Preisverleihung*⁴⁸. Im Vergleichsjahr 1944 ist ein deutlicher Rückgang von Berichten zu Tagungen, hingegen ein enormer Zuwachs von Meldungen über Ehrungen festzustellen. Analog zur Annahme, dass mit Zunahme der militärischen Niederlagen vermehrt über technische Wissenschaften berichtet würde, läge die Vermutung nahe, dass 1944 Erfindungen und Entwicklungen als Anlässe, über Wissenschaft und Forschung zu berichten, häufiger zu verzeichnen wären. Dafür gibt es keinerlei Hinweise, da nur eine relativ geringe Zuwachsrates in dieser Kategorie festzustellen ist.

Positionierungen: Platzierung und Bewertung

Hinsichtlich der Platzierung der Wissenschaftsbeiträge innerhalb der Zeitung ergab die Untersuchung, dass sich sowohl 1939 als auch 1944 die meisten Wissenschaftsartikel etwa in der Mitte des Blattes finden, in der Lokalberichterstattung sowie in diversen Kulturrubriken. Wie zu erwarten war, waren Wissenschaftsartikel nicht an prominentester Stelle vertreten, gleichzeitig sind aber auch keine Veränderungen ihrer Platzierung im Blatt zwischen 1939 und 1944 festzustellen. Der Rückgang des Umfangs der entsprechenden Artikel 1944 ist selbstverständlich im Zusammenhang mit der enormen Reduktion des Gesamtblattes von über 30 Seiten 1939 auf acht Seiten 1944 zu sehen. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Umstand zu sehen, dass sich 1944 im Gegensatz zu 1939 die Mehrzahl der Artikel im unteren Bereich der Seite befindet⁴⁹ sowie der Anteil der Illustrationen von etwa 10 % 1939 auf 2,7 % im Jahre 1944 zurück ging, wobei die Kategorie Graphik in beiden Jahren keine Rolle spielte.⁵⁰

Im Hinblick auf die Frage nach der Bewertung von Wissenschaft und Forschung zeigt sich, dass sich knapp 50 % aller mittels Stichprobenerhe-

⁴⁷ Vom Tiefststand 1941 mit 0,25 % aller erfassten gezeichneten Artikel über 0,26 % 1942 auf 0,55 % 1943.

⁴⁸ Die Anlässe Jubiläum, Ehrung, Preisverleihung und Portrait wurden aus dem Grund zusammengefasst, weil in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Kategorien bestanden. So kam es oftmals aufgrund von Geburtstagen zu Ehrungen oder

Preisverleihungen oder die Zeitung brachte ein Portrait eines Wissenschaftlers anlässlich seines Geburts- oder Todestages.

⁴⁹ 1939: ca. 60 % der Beiträge im oberen Bereich der Seite, 1944 nur mehr etwa 40 %.

⁵⁰ In beiden Jahren war der Illustrationsanteil unter 50 % der gesamten Beitragsfläche.

bung erfassten Artikel des Jahres 1939 in irgendeiner Weise positiv zu diesem Thema äußern, wobei von diesen 47,7 % wiederum etwas mehr als die Hälfte die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung entweder als großartige Leistungen Deutschlands oder/und als wertvolle Errungenschaften für das deutsche Volk hervorheben. Die negativen Bewertungen hingegen spielen so gut wie keine Rolle. Ähnlich fallen die Ergebnisse für 1944 aus, wobei die positiven Bewertungen insgesamt zugenommen haben, der Anteil von positiven Äußerungen über deutsche Forschung ist hingegen geringer geworden. Die negativen Bewertungen bleiben weiterhin marginal. Die aufgrund der wissenschaftspolitischen Bedingungen vermutete überwiegend negative Berichterstattung konnte somit in der Medienrealität des *Völkischen Beobachters* nicht bestätigt werden.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich in den folgenden vier Punkten zusammenfassen:

- Das Ausmaß an Wissenschaftsbeiträgen ist im Vergleich zu den übrigen Beiträgen der Zeitung gering. Eine weitere Interpretation dieses Ergebnisses kann erst im Vergleich mit anderen Zeitungen des Untersuchungszeitraums vorgenommen werden.
- Es gibt deutlich zu erkennende quantitative Veränderungen zwischen 1938 und 1945. Hervorzuheben ist ein Absinken der Anteilswerte von 1939 bis 1942 und in der Folge eine deutliche Zunahme mit einem Höchststand 1944.
- Im Bereich der Disziplinen treten insbesondere die Naturwissenschaften und die historischen Wissenschaften sowie die Medizin unter quantitativen Gesichtspunkten hervor. In Bezug auf Personen und Institutionen konn-

ten Häufungen nur in einem geringen Ausmaß festgestellt werden.

- Zu einem großen Teil wird positiv über Wissenschaft und Forschung berichtet. Es dominieren die nicht gezeichneten Kurzbeiträge, platziert im mittleren Bereich der Zeitung, im Lokalteil (*Wiener Beobachter*) sowie in diversen Kulturrubriken. Im Bereich der Berichterstattungsanlässe überwiegen die Kategorien *Vortrag*, *Tagung* sowie *Jubiläum/Ehrung/Preisverleihung/Portrait*.

Hinsichtlich der eingangs formulierten Thesen lässt sich anhand des Datenmaterials sagen, dass erstens die Intellektuellenfeindlichkeit der Partei und das geringe Interesse an Wissenschaft und Forschung insofern keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Tenor der Berichterstattung des *Völkischen Beobachters* zeigten, als eindeutig die Dominanz einer nicht negativen Berichterstattung festgestellt werden konnte. Allerdings hat die Analyse der Artikelhäufigkeiten ergeben, dass Wissenschaft und Forschung insgesamt einen geringen Stellenwert einnehmen. Die Bewertung dieses Ergebnisses bedarf jedoch des Vergleichs mit anderen Zeitungen des Untersuchungszeitraums.

Dementsprechend bestand zweitens keine Notwendigkeit einer Imageverbesserung von Wissenschaft und Forschung. Eine Schwerpunktverlagerung zu den Natur- und technischen Wissenschaften konnte nur geringfügig festgestellt werden.

Schließlich ermöglichte die Auswertung der Daten vorerst keine Bestätigung der dritten These. Die Mehrzahl der als Wissenschaftler definierten Autoren waren Universitätsprofessoren. Rektoren und Dekane sowie Dozentenbündelführer der wichtigsten Wiener Hochschulen und Universitäten waren hingegen kaum bzw. gar nicht vertreten.

Dr. Christian OGGOLDER (1967)

Studium der Geschichte und Germanistik in Wien. Seit September 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Kommission für historische Pressedokumentation an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (bisherige Projekte: „Der Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in der NS-Pressen 1938–1945“ sowie „Netzwerke sozialer Beziehungen in der Wiener Zeitungsproduktion 1889–1945“). Letzte Veröffentlichung: Druck des Krieges. In: Andreas Weigl: *Wien im Dreißigjährigen Krieg. Bevölkerung – Gesellschaft – Kultur – Konfession*. (= Kulturstudien; 32). Wien 2001.

Zur Fachgeschichte der Publizistikwissenschaft

Heinz Pürer

Die wissenschaftliche Reflexion über gesellschaftliche Kommunikation beginnt nicht erst etwa mit der Begründung der Zeitungswissenschaft im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Vielmehr setzt die Beschäftigung mit publizistischer Kommunikation im europäischen Raum bereits mit der Entwicklung der Rhetorik in der Antike ein. Ein kräftiger Impuls ging des Weiteren von der Erfindung der Buchdruckerkunst sowie in deren Gefolge vom Aufkommen erster Zeitungen zu Beginn des 17. Jahrhunderts aus. Seither verdichtet sich das wissenschaftliche Interesse an den publizistischen Medien kontinuierlich. Mit der Begründung der universitären Zeitungswissenschaft im Jahre 1916 durch Karl Bücher war ein wichtiger Schritt zur Etablierung des Faches getan. Es entfaltete sich anfangs nur langsam und erlitt durch den Nationalsozialismus insofern eine Zäsur, als es politisch vereinnahmt wurde. Der Wiederaufbau nach 1945 ging ebenfalls nur eher zögernd voran. Erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts erhielt es durch die Errichtung neuer Institute, Studiengänge, Lehrstühle und Professuren wichtige Antriebsimpulse. Die Kommunikationswissenschaft ist heute – im Vergleich zu den Naturwissenschaften, den technischen Wissenschaften, der Medizin oder der Jurisprudenz – zwar immer noch ein relativ kleines Fach; sie ist aus dem Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie ästhetisch-künstlerischer Disziplinen jedoch nicht mehr wegzudenken.

1. Rhetorik der Antike

In der Rhetorik der Antike ist ein erster Versuch zu sehen, öffentliche Kommunikation systematisch zu durchdringen. Die Rhetorik war und ist ein „politisch und ethisch fundiertes Lehrsystem wirksamer öffentlicher Rede“¹. Zu ihren wohl größten Schöpfern gehörten der Grieche Aristoteles (4. Jh. vor Chr.) sowie die Römer Cicero und Quintilian (beide 1. Jh. nach Chr.). Sie

schufen „die wichtigsten Grundgesetze, Methoden und Techniken der öffentlichen Meinungsbildung und -führung durch das Urmedium aller Publizistik, die menschliche Stimme“². Die klassische Dreiteilung der Redegattungen in *Gerichtsrede* (Anklage, Verteidigung), *Ratsrede* (auf der Polis) sowie *Lob- und Tadelrede* (z.B. Festrede) geht auf Aristoteles zurück. Sie orientiert sich an den für die Antike relevanten Kommunikationssituationen Gericht, Volksversammlung und Fest. Das umfassende Lehrsystem der antiken Rhetorik bestand, stark verkürzt wiedergegeben, aus mindestens drei Bündeln wichtiger Anleitungen. Es enthielt:³

- a) wichtige *Elemente der Rede zur Schilderung von Geschehensabläufen* (wer, was, wo, wann, wie, warum);
- b) detaillierte *Schemata für die Arbeitsphasen des Redners* (Stoffsammlung, Gliederung, rednerischer Ausdruck, Einprägen der Rede, Verwirklichung durch Vortrag); sowie
- c) genaue *Hinweise auf mögliche Stilarten* (schlichter, mittlerer, erhabener Stil) und Stilqualitäten (Sprachrichtigkeit, Verständlichkeit, Angemessenheit, Schmuck).

Die Rhetorik wurde vom Altertum über das Mittelalter bis zur Aufklärung an Hochschulen und Akademien als eigenes Fach gelehrt. Das christliche Mittelalter eignete sich das rhetorische Wissen für Bibelauslegung und Predigtlehre an. Renaissance und Humanismus brachten der Rhetorik in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens neue Höhepunkte. Von besonderer politischer Bedeutung war die Rhetorik in der Französischen Revolution sowie im Zusammenhang mit der Entwicklung einer kritischen bürgerlichen Öffentlichkeit. Im 20. Jahrhundert wird sie als „New Rhetoric“ in den USA wieder entdeckt – als Rhetorik der Massenmedien, der politischen Kommunikation und der Werbung mit psychologischem Schwerpunkt. Von ihrer Gegenstandszuordnung als Materialobjekt der Kommunika-

¹ Hadumod Bussmann: *Lexikon der Sprachwissenschaft*. 2. Aufl. Stuttgart 1990, 486.

² Günter Kieslich: *Zum Selbstverständnis der Publizistik-*

wissenschaft. In: *Publizistik*, Jg. 17 (1972), 68-78, hier 68 f.

³ vgl. Bussmann, *Lexikon der Sprachwissenschaft*, a.a.O., 648.

tionswissenschaft gehört die öffentliche Rede in den Bereich der *originären Publizistik*. In ihren Regeln finden sich nicht nur Gebote für Art, Aufbau, Stil und Form der Rede, sondern auch für die Absicht, mit Hilfe von Argumentation und Schlussführung in der öffentlichen Rede ein Höchstmaß an (politischer) Überzeugung zu erreichen – also das, was wir heute „persuasive Kommunikation“ nennen.⁴

2. Dogmatiker und Aufklärer im 17. und 18. Jahrhundert

Mit der Erfindung des Buchdrucks durch Johann Gensfleisch zu Gutenberg etwa zur Mitte des 15. Jahrhunderts (konkret: 1445) verlagerte sich das akademische Interesse von der Rhetorik auf die gedruckte Publizistik. Es waren vornehmlich Pädagogen, (Moral-)Theologen und Politiker, die mehr oder weniger wissenschaftlich über die Zeitungen des 17. Jahrhunderts reflektierten. Groth bezeichnet sie pauschal als *Dogmatiker*, zumal sie alle „von bestimmten Dogmen ausgingen, sei es dem absolutistisch-religiösen, sei es dem rationalistischen“⁵. Zu erwähnen sind beispielsweise der Hofrat und Politiker Ahasver Fritsch sowie der Lutherische Geistliche und Superintendent Johann Ludwig Hartnack. Beide richteten sich gegen den Missbrauch der Presse und gegen die Zeitungen als Laster der Zeit.⁶ Diesen kulturpessimistischen Haltungen stehen jedoch auch andere Stimmen gegenüber wie jene Christian Weises oder Daniel Hartnacks. Der Philosoph und Pädagoge Weise, ein Vorreiter der Aufklärung, tritt für die Zeitung ein und will sie zur Ausbildung verwenden.⁷ Der Pädagoge und Pfarrer Hartnack hob u.a. den Nutzen der Zeitungslektüre hervor.⁸ Nicht zu übersehen ist der Literat, Sprachwissenschaftler und Lexikograph Kaspar von Stieler, der

für den Übergang von den Zeitungsdogmatikern zu den Aufklärern steht. Aus seiner 1695 verfassten Gelegenheitsschrift „Zeitungs Lust und Nutz“ geht, wie der Titel bereits sagt, eine positive Sichtweise des Mediums Zeitung hervor.⁹

Auf die moralisierenden Zeitungsdogmatiker des Barock „folgten die analysierenden *Zeitungstheoretiker der Aufklärung*“¹⁰. Die Staatskunde wendete sich als „Statistik“ dem Zeitungswesen zu; und auf vielen Ebenen der gehobenen Gesellschaft wurden sog. Zeitungskollegien eingerichtet.¹¹ Diese Kollegien sollten die Studierenden anleiten,

*die damaligen Zeitungen mit Gewinn zu lesen, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden und aus den mitgeteilten Informationen auf eventuell verschwiegene Hintergründe zu schließen*¹².

Es entstand eine Zeitungs- und Zeitschriftenkunde, zu deren prominentesten Lehrern Jacob Marperger, Christian Thomasius, Johann Georg Hamann, Johann Peter von Ludewig sowie der Begründer der modernen Staatswissenschaft, August Ludwig Schlözer, zählten. Zu den Aufklärern des ausgehenden 18. Jahrhunderts und gleichzeitig zu den ersten „Opinionisten“ gehörte auch der Diplomat Joachim von Schwarzkopf.¹³ Er versuchte, „die Entwicklungsbedingungen des Zeitungswesens historisch zu klären, die Zeitungen typologisch zu ordnen, Wirkungsmechanismen zu demonstrieren und Kriterien für eine vernünftige Zeitungs- und Journalismuspolitik zu entwickeln“.¹⁴ Schwarzkopf schuf laut Koszyk/Pruys „die Grundlage der Zeitungskunde, wie sie dann in Deutschland bis ins 20. Jahrhundert betrieben wurde“.¹⁵

Mit der Erfindung des Buchdrucks durch Gutenberg verlagerte sich das akademische Interesse von der Rhetorik auf die gedruckte Publizistik.

⁴ vgl. Carl Hovland et al.: *Communication and persuasion*. New Haven CT 1963; Karlfritz Koeppler: *Strategien erfolgreicher Kommunikation*. München, Wien 2000.

⁵ Otto Groth: *Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*. München 1948, 15.

⁶ w.o. 17.

⁷ ebda.

⁸ w.o. 18.

⁹ Kaspar von Stieler: *Zeitungs Lust und Nutz*. Hamburg 1695 (Neudruck: Bremen 1969).

¹⁰ Kieslich, *Zum Selbstverständnis der Publizistikwissenschaft*, a.a.O., 70.

¹¹ vgl. Groth, *Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*,

a.a.O., 33.

¹² Esther Koerber/Rolf Stöber: *Geschichte der öffentlichen Kommunikation*. In: Otfried Jarren (Hg.): *Medien und Journalismus 1. Eine Einführung*. Opladen 1994, 53-106, hier 95.

¹³ vgl. Joachim von Schwarzkopf: *Über Zeitungen. Ein Beytrag zur Staatswissenschaft*. Frankfurt a.M. 1795 (Neudruck: München 1993).

¹⁴ Hans Wagner: *Erfolgreich Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) studieren*. München 1997, 84.

¹⁵ Kurt Koszyk/Karl Hugo Pruys: *Einführung*. In: dies. (Hg.): *dtv-Wörterbuch zur Publizistik*. München 1976 (Erstauflage 1969), 7-18, hier 9.

3. Das 19. Jahrhundert: Opinionisten, Historiker, Ökonomen, Soziologen

Für das 19. Jahrhundert ist auf mehrere Entwicklungsstadien der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Presse zu verweisen: auf die Zeit des Vormärz und die in ihr wirkenden Opinionisten; auf den Historismus und die aus ihm hervorgegangenen Pressehistoriographen; sowie schließlich auf nationalökonomische und soziologische Betrachtungen des Pressewesens als Folge des Aufkommens der Massenpresse.

Mit der Wiedereinführung der 1806 aufgehobenen Zensur als Folge der Karlsbader Beschlüsse von 1819 geriet die Presse in der Zeit des Vormärz unter den Druck politischer Strömungen. Den liberalen und demokratisch gesinnten *Opinionisten*, die die Presse „als Organ und Spiegel der öffentlichen Meinung“ sahen, standen absolutistisch gesinnte Antipoden gegenüber; für sie war die Presse ein „Werk ‚subjektiver‘ und ‚individueller‘ Geister zur Lenkung oder gar Manipulation der öffentlichen Meinung“¹⁶. So forderte der liberale Staatsrechtslehrer und Politiker Carl Theodor Welcker 1830 in einer Petition an die Bundesversammlung die „vollkommene und ganze Preßfreiheit“¹⁷. Auf der anderen Seite stand, gleichsam als „Repräsentant des untergehenden Absolutismus“¹⁸, der protestantische Theologe Franz Adam Löffler. Er verfasste 1837 sein umfassendes Werk „Über die Gesetzgebung der Presse. Ein Versuch zur Lösung ihrer Aufgabe auf wissenschaftlichem Wege“¹⁹. Es ist dies ein weitangelegtes System der „Preßwissenschaft“, das u.a. die Wissenschaft des Pressebegriffs, eine Philosophie des Presserechts und eine Geschichte der Druckerpresse umfasste. Löffler befasste sich auch mit der Bedeutung der Presse für die Entstehung der öffentlichen Meinung, deren soziologische Funktion er erkannte und die durch ihn zum Gegenstand der pressewissenschaftlichen Theorie wurde. Damit war der „entscheidende Schritt vom Medium zu seiner Wirksamkeit in

der Gesellschaft getan“²⁰. Groth sieht in Löfflers Werk das bis dahin „umfangreichste, gründlichste und geschlossenste Werk der Publizistik“ und bezeichnet Löffler als den „Begründer“ bzw. „Bahnbrecher“ der Publizistikwissenschaft.²¹

Ein scharfer *Kritiker* der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkommenden Massenpresse ist schließlich in dem Historiker, Publizisten und Politiker Heinrich Wuttke zu sehen. Sein Werk „Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung“²² stellt eine „scharfe Absage an das Bismarcksche System der Korrumperung der Presse durch das Anzeigenwesen“ dar.²³

Eine wichtige Strömung ist des Weiteren in dem im 19. Jahrhundert aufkommenden *Historismus* zu sehen. Man versteht darunter die Betrachtung gesellschaftlicher Phänomene unter dem Aspekt ihrer historischen Genese. Zu den prominenten Pressehistoriographen gehören Robert E. Prutz und Ludwig Salomon. Prutz veröffentlichte 1845 die erste „Geschichte des deutschen Journalismus“, eine groß angelegte Gesamtgeschichte des deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenwesens bis in die Zeit des Vormärz.²⁴ Von Salomon stammt eine zwischen 1900 und 1906 in drei Bänden veröffentlichte „Geschichte des Deutschen Zeitungswesens“²⁵; sie galt für lange Zeit als Standardwerk, ist inzwischen aber längst überholt.

Die 1848 erfolgte Aufhebung der Zensur hatte eine rasche Ausdifferenzierung des Pressewesens sowie eine rapide Vermehrung des Anzeigenaufkommens (vor allem in der sog. Generalanzeiger-Presse) zur Folge. Die wirtschaftliche Bedeutung der Zeitungen wurde zunehmend evident. So verwundert es nicht, dass sich *Nationalökonom*en und frühe *Soziolog*en des Presse- und Nachrichtenwesens annehmen. Von Karl Knies, dem Begründer der modernen Nationalökonomie, stammt zweierlei: eine auf der Ausdifferenzierung des Nachrichtenwesens aufbauende Informationstheorie; sowie eine Theorie der Geschäftsan-

¹⁶ Wagner, *Erfolgreich Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) studieren*, a.a.O., 84.

¹⁷ Carl Theodor Welcker: *Die vollkommene und ganze Preßfreiheit*. Freiburg 1830.

¹⁸ Wagner, *Erfolgreich Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) studieren*, a.a.O., 84.

¹⁹ Franz Adam Löffler: *Über die Gesetzgebung der Presse. Erster Theil*. Leipzig 1837.

²⁰ Koszyk/Pruys, *Einführung*, a.a.O., 9.

²¹ Groth, *Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*, a.a.O., 125.

²² Johann Karl Heinrich W. Wuttke: *Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung*. Hamburg 1866 (2. Auflage Leipzig 1875).

²³ Koszyk/Pruys, *Einführung*, a.a.O., 10; vgl. auch Groth, *Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*, a.a.O., 209-244.

²⁴ Robert Prutz: *Geschichte des deutschen Journalismus*. Hannover 1845.

²⁵ Ludwig Salomon: *Geschichte des deutschen Zeitungswesens*. 3 Bde. Oldenburg, Leipzig 1906.

zeige in ihrer volkswirtschaftlichen Funktion, nämlich die Steuerung von Angebot und Nachfrage durch das Anzeigenwesen.²⁶ Der Soziologe Albert E. Schäffle verweist in seinem Hauptwerk „Bau und Leben des socialen Körpers“²⁷ auf die eminente Bedeutung der Pressefreiheit für das Funktionieren der Gesellschaft und sieht in der öffentlichen Meinung die „Reaktion des Publikums“, getragen von „Wertbestimmungen“. Gleichzeitig manifestiert sich für ihn in der Tagespresse ein „Erzeugnis der bürgerlichen, kapitalistischen Epoche“ und er verurteilt „Preß-korruption“ und „Preßmißbrauch“²⁸.

Der Nationalökonom und Begründer der Zeitungskunde, Karl Bücher, war sowohl Zeitungsstatistiker wie auch Zeitungshistoriker. Von ihm stammt eine Fülle zeitungskundlicher und zeitungswirtschaftlicher Veröffentlichungen.²⁹ Die Bedeutung der Zeitung sieht er in ihrer Leistung als Vermittler „zwischen dem Volk und seinen führenden Geistern“, als „Stützorgan der Volkswirtschaft“ sowie als „Organ der öffentlichen Meinung“. Der kulturelle Nutzen der Tagespresse ist für ihn unbestritten, ihren Schaden sieht er in ihrer Eigenschaft als „kapitalistische Unternehmung“. Insgesamt betrachtete Bücher die Geschichte des Zeitungswesens als einen Teil der Kulturgeschichte.³⁰ Zu den Soziologen, die sich der Presse widmeten, gehört auch Max Weber. Er selbst hat zwar kein Werk über die Presse geschrieben; von ihm stammt allerdings ein 1910 erarbeiteter Grundriss zu einer „Soziologie des Zeitungswesens“³¹ der nie realisiert wurde, sondern einem Professorenstreit zum Opfer fiel³².

Speziell dem Nachrichtenwesen widmete sich Wolfgang Riepl in seinem 1913 publizierten

Buch „Das Nachrichtenwesen des Altertums“³³. Riepl erarbeitete allgemeine Prinzipien und Gesetze des Nachrichtenverkehrs; von ihm stammt das Gesetz, wonach neu aufkommende Medien die alten nie gänzlich verdrängt, sondern diese gezwungen haben, „andere Aufgaben und Verwertungsgebiete aufzusuchen“³⁴. Riepl erkannte, wie wir heute sagen würden, den Zusammenhang von Kommunikation und gesellschaftlichem Wandel.³⁵

Als Zwischenfazit der Fachgeschichte lässt sich festhalten: Das Erkenntnisinteresse an publizistischen Phänomenen, vorwiegend an der Presse, ist bis zum 20. Jahrhundert „eng verbunden mit den kulturellen und politischen Energien der jeweiligen Zeiten“ und es „kumuliert in den Namen nicht weniger weltaufgeschlossener, universaler Gelehrter“; jedoch „führten diese [...] von einem persönlichen Engagement durchpulten Untersuchungen [...] nicht dazu, eine selbstständige Zeitungs- bzw. Publizistikwissenschaft an den deutschen Universitäten durchzusetzen“³⁶. Man muss aber einräumen, dass insbesondere in Löffler, Schäffle und Bücher Wegbereiter für die Etablierung der wissenschaftlichen Zeitungskunde zu sehen sind.

4. Wissenschaftliche Zeitungskunde – Zeitungswissenschaft

Lehraufträge und Seminare für Zeitungskunde gab es an Universitäten und Hochschulen des deutschen Sprachraumes bereits vor und um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Sie gingen im Wesentlichen auf persönliche Initiativen von Hochschullehrern verschiedener Fachgebiete

²⁶ vgl. Karl Knies: *Der Telegraph als Verkehrsmittel. Mit Erörterungen über den Nachrichtenverkehr überhaupt*. Tübingen 1857 (als Neudruck München 1996).

²⁷ Albert E. Fr. Schäffle: *Bau und Leben des socialen Körpers*. 4 Bde. Tübingen 1875.

²⁸ Groth, *Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*, a.a.O., 255-282.

²⁹ vgl. Karl Bücher: *Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde*. Tübingen 1926; Groth, *Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*, a.a.O., 354 f.

³⁰ vgl. Groth, *Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*, a.a.O., 282-296.

³¹ Max Weber: *Zu einer Soziologie des Zeitungswesens*. In: *Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. Serie I, Bd. 1. Tübingen 1911 (Neu abgedruckt in: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Textbuch zur Einführung in ihre Teildisziplinen*. Wien 1986, 18-24), 39-62; vgl. Arnulf Kutsch: *Max Webers Anregung zur empirischen Journalismusforschung. Die „Zeitungs-Enquete“ und eine*

Redakteursumfrage. In: *Publizistik*, Jg. 33 (1988), 5-31.

³² vgl. Bernhard Obst: *Das Ende der Presse-Enquete Max Webers. Der Heidelberger Professorenprozess von 1912 und seine Auswirkungen auf die deutsche Zeitungswissenschaft*. In: Rüdiger vom Bruch/Otto B. Roegge (Hg.): *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*. Frankfurt a.M. 1986, 45-62.

³³ Wolfgang Riepl: *Das Nachrichtenwesen des Altertums. Mit besonderer Rücksicht auf die Römer*. Leipzig, Berlin 1913.

³⁴ w.o. 5.

³⁵ vgl. Winfried B. Lerg: *Pressegeschichte oder Kommunikationsgeschichte*. In: *Presse und Geschichte. Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung*. München 1977, 9-24 (neu abgedruckt in: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Textbuch zur Einführung in ihre Teildisziplinen*. Wien 1986, 130-142, hier 134).

³⁶ Kieslich, *Zum Selbstverständnis der Publizistikwissenschaft*, a.a.O., 71 f.

zurück.³⁷ Auch sind bereits vor der Jahrhundertwende Promotionen über zeitungskundliche bzw. zeitungswissenschaftliche Themen aus verschiedenen Fachgebieten wie Jurisprudenz, Nationalökonomie, Geschichte usw. bekannt.³⁸ Der in Deutschland früheste Versuch, das Fach zu institutionalisieren, geht auf ein „Journalistisches Seminar“ an der Universität Heidelberg zurück. Es wurde 1897 von Adolf Koch eingerichtet und bestand bis 1912.³⁹

Die endgültige Etablierung der Zeitungskunde ist Karl Bücher zu verdanken. Er hielt bereits ab 1884 Vorlesungen über das Pressewesen, zunächst in Basel (Schweiz), ab 1892 in Leipzig. Weitere zeitungskundliche Kollegs, Vorlesungen und Seminare von Dozenten unterschiedlicher Herkunft folgten in Heidelberg, Greifswald, Danzig, Darmstadt, Berlin, Köln und München. Die wissenschaftliche Zeitungskunde begann allmählich Fuß zu fassen. Die Etablierung der Zeitungskunde erhielt des Weiteren wichtige Impulse

- a) durch den von Max Weber erarbeiteten und vom Deutschen Soziologentag verabschiedeten Plan „Zu einer Soziologie des Zeitungswesens“;
- b) durch eine Ausbildungsresolution des Reichsverbandes der Deutschen Presse, die vorsah, dass die *Vorbildung* von Journalisten durch die Zeitungskunde zu pflegen sei und dass bei der Errichtung von Lehrstühlen für Zeitungskunde Medienpraktiker berücksichtigt werden sollen;
- c) durch engagierte Verleger, die ebenfalls Interesse an einer praxisnahen, zeitungskundlichen *Vorbildung* für Journalisten hatten; nicht zuletzt aber
- d) auch durch den Ersten Weltkrieg mit seiner auf die Zeitungen durchschlagenden Propagandamaschinerie. Es wuchs die Erkenntnis, dass es an der Zeit war, sich der Zeitungen und des Journalismus konsequent anzunehmen

Karl Bücher gründete 1916 in Leipzig das Institut für Zeitungskunde – die erste Einrichtung dieser Art an einer deutschen Universität.

und für einen „systemreformierenden Journalismus“ zu sorgen.⁴⁰

Karl Bücher verfolgte genau dieses Ziel. Er verfügte aus seiner früheren Tätigkeit bei der *Frankfurter Zeitung* über Praxiserfahrung und nutzte als Wissenschaftler die Presse als Quelle für seine Forschungen. 1915 warf er der deutschen Presse vor, sie habe sich den Anforderungen des (Ersten Welt-)Krieges nicht gewachsen gezeigt und verfüge über ein beschämend geringes Bewusstsein von ihrer Pflicht zum Dienst an der Wahrheit. Bücher gründete 1916 in Leipzig unter Mitwirkung des Verlegers Edgar Herfurth (*Leipziger Neueste Nachrichten*) das Institut für Zeitungskunde – die erste Einrichtung dieser Art an einer deutschen Universität. Der Nationalökonom Bücher „trat von seiner Professur für Nationalökonomie zurück und widmete sich hinfort der Zeitungskunde“⁴¹. Nach der Leipziger Initiative kam es in relativ rascher Folge zu weiteren Institutsgründungen.

Bis 1935 entstanden zehn weitere Institute für Zeitungskunde, Zeitungswissenschaft, Zeitungsforschung (oder wie immer sie heißen haben) in Münster (1919), Köln (1920), Freiburg (1923), München (1924), Nürnberg (1924), Berlin (1925), Dortmund (1926), Halle (1926), Heidelberg (1927) sowie Königsberg (1935). Daneben gab es an weiteren deutschen Universitäten, Technischen Hochschulen und Handelshochschulen zeitungskundliche Lehrveranstaltungen in Form von Kursen, Seminaren und Vorlesungen.

Die wissenschaftliche Zeitungskunde, die Zeitungswissenschaft, hat sich im gesamten deutschen Sprachraum nicht gerade explosionsartig entwickelt: vielmehr ließ die Ausstattung der Institute mit Personal, Räumen und Sachmitteln zahlreiche Wünsche offen. Dennoch zeigen die Veröffentlichungen der Gründerväter, ihrer Schüler und Doktoranden, dass die „Presseforschung nicht nur Hilfswissenschaft war, sondern selbständiger Forschungsgegenstand“⁴². Die wissenschaftliche Zeitungskunde orientierte sich in

³⁷ vgl. Wagner, *Erfolgreich Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) studieren*, a.a.O., 133.

³⁸ vgl. Karl Jaeger: *Von der Zeitungskunde zur publizistischen Wissenschaft*. Jena 1926, 17 ff.

³⁹ vgl. w.o. 12; Obst, *Das Ende der Presse-Enquete Max Webers*, a.a.O., 45 ff.

⁴⁰ Arnulf Kutsch: *Das Fach in Leipzig – 1916 bis 1945*. In:

relation leipzig. news und infos aus dem Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig 1996, Nr. 5, 8-11, hier 8.

⁴¹ Jaeger, *Von der Zeitungskunde zur publizistischen Wissenschaft*, a.a.O., 14.

⁴² Kieslich, *Zum Selbstverständnis der Publizistikwissenschaft*, a.a.O., 72.

diesem frühen Stadium vornehmlich an juristischen, nationalökonomisch-statistischen und historischen Fragen. Im Jahr 1926 weist Karl Jaeger 221 Dissertationen nach, die zwischen 1885 und 1922 in Deutschland erarbeitet wurden und die das Zeitungswesen zum Gegenstand hatten. Davon entfielen 74 Arbeiten auf juristische Themen, 73 auf nationalökonomisch-statistische, 34 auf historische, 26 auf germanistische, sieben auf anglistische, sechs auf romanistische sowie eine auf ein philosophisches Thema. Edith S. Grün fand für den (früheren) Zeitraum von 1874 bis 1919 des Weiteren heraus, dass ein Großteil der von ihr bibliographisch ermittelten Pressedissertationen in Deutschland an philosophischen Fakultäten und in der Tradition des Historismus entstanden war. Es handelt sich dabei vorwiegend um biographische Arbeiten über Journalisten und Publizisten sowie um Monographien von Zeitungen und Zeitschriften. Daneben sind – im weitesten Sinne – soziologische Arbeiten zur öffentlichen Meinung, einige deskriptiv-statistische struktur- und inhaltsanalytische Studien sowie Arbeiten über strafrechtlich relevante Themen vorzufinden.⁴³

5. Publizistik(wissenschaft)

Knapp zehn Jahre nach der Begründung der Zeitungswissenschaft in Deutschland kam von Karl Jaeger, einem Mitarbeiter Karl Büchers, der Vorschlag, die wissenschaftliche Zeitungskunde von ihrem Fachgegenstand her auszuweiten und in Publizistik(wissenschaft) umzubenennen. Jaeger erkannte in Anlehnung an Walter Schöne (ebenfalls Leipzig), dass die öffentliche Meinung das Zentralproblem der Zeitungslehre darstellt. Die Urzelle der öffentlichen Meinung sah Jaeger jedoch in der *Mitteilung* – daher müsse jede Form der Mitteilung zum Gegenstand der Wissenschaft gemacht werden. „Das Erkenntnisziel rückt damit von der Zeitung als Ausdrucksmittel des gesellschaftlichen Bewußtseins zur *Mitteilung als Ausdrucksmittel des gesellschaftlichen Bewußtseins*“⁴⁴. Jaeger stellt folglich den Begriff Zeitungs-

wissenschaft in Frage, zumal er das Blickfeld „doch allzu positiv auf die Zeitung allein“ umgrenzt, „während all die anderen Mittel, die auf die öffentliche Meinung wirken können, unberücksichtigt bleiben“⁴⁵. Jaeger meinte also, dass neben Zeitung und Zeitschrift auch das Flugblatt, die Flugschrift, das Nachrichtenwesen, öffentliche Rede und Verkündigung sowie insbesondere auch die damals in der Anfangsphase steckenden ‚neuen Medien‘ Rundfunk (Hörfunk) und Tonfilm zum Untersuchungsgegenstand der Disziplin gehören. „Auf der Suche nach einem Begriffe“, so Jaeger, „der jegliche Möglichkeit der Mitteilung bzw. Meinungsbildung bzw. -beeinflussung in sich schließt, stößt man, als treffendsten, auf den Begriff *Publizistik*, der jegliche Art der Veröffentlichung, Verkündigung deckt. Für die Wissenschaft von den Formen, Trägern, dem Wesen und den Wirkungen der Mitteilungen sagt man also am besten hinfort: publizistische Wissenschaft“⁴⁶ bzw. kurz Publizistik. Die Ideen und das Werk Karl Jaegers haben jüngst Arnulf Kutsch und Stefanie Averbek ausführlich gewürdigt.⁴⁷

Mit diesem Vorstoß war die Ausweitung des Materialobjektes des Faches über die gedruckten Medien hinaus in die Wege geleitet. Nur ein Teil der Fachvertreter folgte jedoch dieser neuen Terminologie. Die Zeitungswissenschaftler Karl d’Ester (München) und Walther Heide (Berlin) sowie der Privatdozent Otto Groth (Frankfurt, später München) haben sich der Programmatik und Terminologie der Publizistikwissenschaft nicht angeschlossen. Für sie hatte der Begriff ‚Zeitung‘ nämlich eine andere Bedeutung: Er stand nicht (nur) für das materialisierte Objekt Tages- oder Wochenzeitung, sondern ‚Zeitung‘ wurde im Sinne der alten Bedeutung von ‚Nachricht‘ aufgefasst – eine Bedeutung, die der Begriff bis in die Zeit Schillers hatte.⁴⁸

Das aufstrebende Fach befasste sich mit Fragen der Terminologie und Systematik. Als Forum dazu diente die 1926 von Karl d’Ester (München) und Walther Heide (Berlin) gegründete

⁴³ vgl. Edith S. Grün: *Pressedissertationen in Deutschland 1874 – 1919. Zur Vorgeschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*. In: vom Bruch/Roegele, *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*, a.a.O., 31-44, hier 31-34.

⁴⁴ Jaeger, *Von der Zeitungskunde zur publizistischen Wissenschaft*, a.a.O., 67; vgl. auch Karl Jaeger: *Mitteilung statt Medium. Probleme, Methoden und Gegenstände der publizistischen Wissenschaft*. Hg. u. eingeleitet von Arnulf Kutsch und Stefanie Averbek. München 2000.

⁴⁵ Jaeger, *Von der Zeitungskunde zur publizistischen Wissenschaft*, a.a.O., 67.

⁴⁶ ebda.

⁴⁷ vgl. Jaeger, *Mitteilung statt Medium*, a.a.O.

⁴⁸ vgl. Koszyk/Pruys, *Einführung*, a.a.O., 12; Heinz Starkulla: *Publizistik und Kommunikation*. In: *Festschrift für Hanns Braun*. Bremen 1963, 562-571, hier 160; Wagner, *Erfolgreich Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) studieren*, a.a.O., 39.

Fachzeitschrift *Zeitungswissenschaft*. Auch entstanden zeitungskundliche Publikationen, die bis in die fünfziger und sechziger Jahre zu Standardwerken des Faches zählten und die heute mitunter noch als wertvolle Quellen zu verwenden sind. Zu erwähnen sind insbesondere: (1) Emil Dovifats 1931 erstmals erschienene „Zeitungswissenschaft“⁴⁹; deren erster Band stellte eine Allgemeine Zeitungslehre, der zweite Band eine Praktische Zeitungslehre dar. Die nachfolgenden Auflagen von 1937, 1955, 1962 sowie 1976 (letztenannte unter Bearbeitung von Jürgen Wilke) wurden daher richtigerweise als „Zeitungslehre“ publiziert. (2) Otto Groths vierbändige Enzyklopädie „Die Zeitung“⁵⁰; ihr Autor bezeichnet sie zwar als „System der Zeitungskunde (Journalistik)“, sie stellt aber eher eine Strukturbeschreibung denn einen systematischen Aufriss dar⁵¹. Groth, ein erfahrener Journalist und Gelehrter, hatte – von zahlreichen Lehraufträgen abgesehen – nie eine feste Stelle als Hochschullehrer inne. Von ihm stammt auch die dreißig Jahre später teils posthum veröffentlichte Periodik „Die unerkannte Kulturmacht“⁵². Dieses in sieben Bänden zwischen 1960 und 1972 herausgebrachte Mammut-Werk sollte, wie ihr Untertitel versprach, eine „Grundlegung der Zeitungswissenschaft“ (sic!) sein, war allerdings zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung wissenschaftsgeschichtlich über weite Strecken überholt⁵³.

Hinzuweisen ist auch darauf, dass die Zeitungswissenschaft eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung der Internationalen Presseausstellung ‚Pressa‘ 1928 in Köln einnahm. Mehrere zeitungswissenschaftliche Institute (wie Berlin, Freiburg, Halle, München, Münster) haben dabei mitgewirkt.⁵⁴ Wissenschaftsgeschichtlich ist schließlich zu vermerken, dass die Zeitungs- bzw. frühe Publizistikwissenschaft zur Soziologie sowohl Berührungspunkte suchte wie auch Vermeidungstendenzen erkennen ließ.⁵⁵ Auch das Verhältnis des Faches zur Praxis blieb ungeklärt. Die Folge war, dass – zur Unzufrie-

denheit beider Seiten, also der Wissenschaftler wie der Praktiker – „das Fach stets zwischen der jeweils geforderten Praxisbezogenheit einerseits und der eingemahnten Wissenschaftlichkeit andererseits lavierte“⁵⁶.

6. Das Fach im Nationalsozialismus

Von der Gleichschaltung des kulturellen Lebens durch den Nationalsozialismus blieb auch die Zeitungswissenschaft nicht verschont, die schrittweise in die Schulung des Pressenachwuchses einbezogen wurde. Dabei haben viele mitgemacht, viele andere sich aber auch verweigert. Von jenen Fachvertretern und Funktionären, die die Entwicklung des Faches in dieser Zeit wesentlich beeinflussten, seien vor allem drei Personen hervorgehoben: Walther Heide, Karl Oswin Kurth und Hans Amandus Münster.

Eine wichtige, in zahlreichen Details aber bis heute nicht vollständig geklärte Rolle als Verbindungsglied zwischen Zeitungswissenschaft und nationalsozialistischem Regime spielte Walther Heide. Er kam aus der Deutschen Volkspartei (DVP), war promovierter (Sozial-)Historiker und hatte vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten Aufgaben zunächst in der Presseabteilung der Reichsregierung im Auswärtigen Amt inne, später im innenpolitischen Referat der Reichspressestelle. Für kurze Zeit war er – bereits unter dem NS-Regime – stellvertretender Pressechef der Reichsregierung, wurde jedoch Mitte 1933 zur Disposition gestellt und übernahm Aufgaben auf dem Gebiet der Presse der Auslandsdeutschen und der offiziellen Pressekorrespondenzen. Im Frühjahr 1933 erhielt Heide eine Honorarprofessur für Zeitungswissenschaft an der Technischen Hochschule Berlin, im Sommer 1933 gründete er den „Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband“ (DZV). Es war dies ein privater Verein, der die lokalen zeitungswissen-

⁴⁹ Emil Dovifat: *Zeitungswissenschaft*. 2 Bde. Berlin, Leipzig 1931 (ab 2. Auflage geänderter Titel: *Zeitungslehre* 1937, 1955, 1962, 1976; bearb. von Jürgen Wilke).

⁵⁰ Otto Groth: *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik)*. 4 Bde. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928 ff.

⁵¹ vgl. Koszyk/Pruys, *Einführung*, a.a.O., 12.

⁵² Otto Groth: *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik)*. 7 Bde. Berlin 1960 ff.

⁵³ vgl. Lerg, *Pressegeschichte oder Kommunikationsgeschichte*, a.a.O., 10.

⁵⁴ vgl. Hans Georg Klose: *Presseausstellung und Zeitungswissenschaft. Die Kölner Pressa im Spannungsfeld*

von politischer Repräsentation und fachwissenschaftlicher Institutionalisierung. In: vom Bruch/Roegele, *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*, a.a.O., 197-234.

⁵⁵ vgl. Stefanie Averbeck: *Kommunikation als Prozess. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft 1927 - 1934*. Münster, Hamburg 1999.

⁵⁶ Koszyk/Pruys, *Einführung*, a.a.O., 12; vgl. Berthold Neff: *Aspekte zur öffentlichen Diskussion um die akademische Journalistenvorbildung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in Deutschland*. In: vom Bruch/Roegele, *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*, a.a.O., 63-74.

schaftlichen Vereinigungen auf Reichsebene zusammenführte und dessen Präsident Heide wurde.⁵⁷ Aufgrund Heides politischer Kontakte auf vielen Ebenen war es ihm möglich, die Entwicklung des Faches im „Dritten Reich“ stark zu beeinflussen. Straetz sieht in ihm jene Person, die die Zeitungswissenschaft „in den Dienst der nationalsozialistischen Sache“ stellte.⁵⁸ Mit Karl O. Kurth und anderen gehörte er auch zu jenen Repräsentanten, die das Fach auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Zeitung eingeschränkt wissen wollten.⁵⁹

Das NSDAP-Mitglied Karl O. Kurth absolvierte das Studium der Zeitungswissenschaft und entfaltete in der nationalsozialistischen Studentenschaft zahlreiche Aktivitäten. Er war u.a. Begründer der ersten „Zeitungswissenschaftlichen Fachschaft“ (Leipzig) im Deutschen Reich. Deren wesentliche Aufgaben sah er in der Festlegung des Gegenstandes der Zeitungswissenschaft auf die Presse, in der Ausbildung des journalistischen Nachwuchses sowie in der Ausrichtung der Disziplin nach den Wünschen und Forderungen der nationalsozialistischen Presseführung. 1935 ernannte ihn Heide zum Geschäftsführer des „Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes“ (DZV), im gleichen Jahr erhielt er von Heide die Stelle des Hauptschriftleiters des Fachorgans *Zeitungswissenschaft*. Den Höhepunkt seiner wissenschaftlichen Karriere erreichte er 1942, als ihm für seine loyalen wissenschaftspolitischen Dienste die Leitung des (1939 von Heide gegründeten) Wiener Instituts für Zeitungswissenschaft und die mit ihr verbundene Professorenstelle übertragen wurde.⁶⁰

Heide, der „Treuhand des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“⁶¹ an der Spitze des DZV, nutzte diesen Verband in zweifacher Hinsicht: Einerseits sah er in ihm eine Schaltstelle für den Ausbau des Faches; andererseits betrieb er gemeinsam mit Karl O. Kurth die

Einbindung der Zeitungswissenschaft in nationalsozialistische Zielsetzungen. Es gelang ihm „die Anrechnung eines sechssemestrigen Studiums der Zeitungswissenschaft auf das Pressevolontariat“⁶², und auch die einheitliche Umbenennung sämtlicher damals bestehender Institute in „Institut für Zeitungswissenschaft“ sowie die Einführung eines einheitlichen Lehrplanes ab dem Wintersemester 1935/36 geht schlussendlich auf Heide zurück.⁶³ Heide, ebenso wie Kurth ein vehementer Warner vor „einer Überfremdung der Disziplin durch Film und Rundfunk“⁶⁴, erreichte auch, dass alle ab Ende der zwanzigerer Jahre geschaffenen Rundfunk- und Filmabteilungen an den zeitungswissenschaftlichen Instituten abgebaut werden mussten; Ausnahmen bildeten lediglich Leipzig und Berlin. Die rundfunkwissenschaftliche Arbeit wurde in der Folge 1939 dem in Freiburg i. B. errichteten und 1940 offiziell eröffneten Institut für Rundfunkwissenschaft überantwortet.⁶⁵ Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, stand der Zeitungswissenschaft skeptisch gegenüber und war auch für eine Trennung zeitungswissenschaftlicher und rundfunkkundlicher Arbeit.⁶⁶

Zu den Protagonisten der Zeitungswissenschaft im „Dritten Reich“ gehörten primär und eher Fachvertreter der zweiten Generation, unter ihnen auch Hans Amandus Münster, zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter (und empirischer Kommunikationsforscher, wie wir heute sagen würden) bei Emil Dovifat am Deutschen Institut für Zeitungskunde (DIZ) in Berlin. Münster trat 1933 der NSDAP bei und wurde 1934 auf den Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft der Universität Leipzig berufen (er war dort nach Karl Bücher und Erich Everth also der dritte Lehrstuhlinhaber). Münster lieferte sich mit seinen fachlichen Widersachern Heide und Kurth über Jahre hinweg Positionskämpfe über den Gegenstand der Zeitungswissenschaft. Heide und Kurth waren energische Befürworter der

⁵⁷ vgl. Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: *Der Fall Walther Heide. Zur Vorgeschichte der Publizistikwissenschaft*. In: *Publizistik*, Jg. 20 (1975), 805-808, hier 806.

⁵⁸ Silvia Straetz: *Das Institut für Zeitungskunde in Leipzig bis 1945*. In: vom Bruch/Roegele, *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*, a.a.O., 75-104, hier 91.

⁵⁹ vgl. Klaus Ulrich Benedikt: *Das Berliner Institut für Zeitungskunde/Zeitungswissenschaft*. In: vom Bruch/Roegele, *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*, a.a.O., 105-142, hier 125-129.

⁶⁰ vgl. Arnulf Kutsch: *Karl Oswin Kurth (1910-1981). Ein biographischer Hinweis zur Geschichte der Zeitungswissenschaft*. In: *Publizistik*, Jg. 26 (1981), 397-

413, hier 407.

⁶¹ Benedikt, *Das Berliner Institut für Zeitungskunde/Zeitungswissenschaft*, a.a.O., 120 f.

⁶² Kurt Koszyk: *Zeitungskunde in der Weimarer Republik*. In: Hermann Fünfgeld/Claudia Mast (Hg.): *Massenkommunikation. Ergebnisse und Perspektiven*. Opladen 1997, 24-29.

⁶³ vgl. Straetz, *Das Institut für Zeitungskunde in Leipzig bis 1945*, a.a.O., 71.

⁶⁴ w.o. 91.

⁶⁵ vgl. Arnulf Kutsch: *Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich*. München 1985.

⁶⁶ vgl. Kieslich, *Zum Selbstverständnis der Publizistikwissenschaft*, a.a.O., 73.

Eingrenzung des Faches auf das Materialobjekt Zeitung. Münster hingegen wollte die Disziplin unbedingt auch auf die Medien Rundfunk und Film ausgeweitet wissen. Unter Publizistik verstand er jene Art der Verständigung, Beeinflussung, Aussprache und Mitteilung von Mensch zu Mensch, „die im Dienst eines politischen Beeinflussungswillens wirksam ist“⁶⁷. So ist in Münster der engagierteste Verfechter einer Wissenschaft von den politischen Führungsmitteln zu sehen – Publizistik als geistige Gestaltung von einem zentralen Willen her.⁶⁸ So wurde „die ‚Wissenschaft von der Publizistik‘ [...] zu einer ‚Wissenschaft von der politischen Publizistik‘, deren maßgeblicher Wegbereiter Münster war“⁶⁹. Trotz aller Unterschiede über die Fachbezeichnung (Zeitungs- oder Publizistikwissenschaft) stimmten Münster und Kurth aber darin überein, dass die Nachricht (Mitteilung) „vornehmlich aus der Perspektive der politischen Beeinflussung“⁷⁰ zu sehen ist und dass das Wirkungsziel der Nachricht die „Willensbildung und Willensbeeinflussung“, die „politische Beeinflussung“ ist.⁷¹ Nachrichtendarbietung im nationalsozialistischen Sinne hatte der politischen Führung zu dienen, dem Einsatz im geistigen Kampf der Nation. Diesem Ziel verschrieb sich die nationalsozialistische Zeitungs- und Publizistikwissenschaft.

Bei weitem nicht alle Zeitungs- bzw. Publizistikwissenschaftler schlossen sich dem Regime an. Es gab Fachvertreter, die nicht bereit waren, sich an die Lehrinhalte und die Methodologie einer nationalsozialistisch ausgerichteten Disziplin anzupassen. Sie wurden entweder zwangsbeurlaubt oder in den Ruhestand versetzt, entlassen oder wegen ihrer jüdischen Abstammung aus dem Fach entfernt. Mancher wählte den Weg in die Emigration. Einige Fachvertreter entzogen sich der nationalsozialistischen Verfolgung, indem sie sich auf Arbeitsgebiete – beispielsweise historische Themen – zurückzogen, die unverdächtig waren.⁷² Mit der Emigration deutscher Zeitungswissenschaftler nach 1933 war zugleich ein Verlust sozialwissenschaftlicher Perspektiven

verbunden, wie sie ansatzweise in Deutschland im Entstehen waren.⁷³

Man kann allerdings auch nicht übersehen, dass infolge von Kompetenzüberschneidungen verschiedener Ressorts und Einrichtungen (z.B. Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Deutscher Zeitungswissenschaftlicher Verband, Reichspresseamt, Reichsrundfunkkammer u.a.m.) und daraus resultierender Machtkämpfe die offizielle Linie der nationalsozialistischen (Medien-)Funktionäre gegenüber einer Zeitungswissenschaft bzw. einer Wissenschaft von den publizistischen Führungsmitteln wenig einhellig war.⁷⁴ Die Medienverantwortlichen des „Dritten Reiches“ hatten ein zumindest ambivalentes Verhältnis zur Zeitungswissenschaft. Sie wollten einerseits durchaus wissen, wie Propaganda und politische Publizistik auf das Publikum bzw. in die Öffentlichkeit hinein wirken. Zugleich hegten sie Befürchtungen, die durch die Zeitungs- (und Rundfunk-)Wissenschaft ermittelten Erkenntnisse über Technik, Funktion und Wirkung der Propaganda in öffentlicher Rede sowie mittels Presse, Rundfunk und Film könnten durchschaut und einer größeren Öffentlichkeit bekannt und transparent gemacht werden und sich in der Folge gegen den nationalsozialistischen Staat selbst richten.⁷⁵

7. Der Neubeginn nach 1945

Die Zeitungswissenschaft konnte und durfte nach dem Zweiten Weltkrieg verständlicher Weise nicht anschließen, wo sie 1945 aufgehört hatte. Deren Inhalte waren weitgehend nicht Wissenschaft, sondern verbrämte Ideologie. Ihre nationalsozialistischen Repräsentanten mussten abtreten. Mehrere Institute wurden mit Kriegsende geschlossen und von den Besatzungsmächten nicht wieder errichtet (wie z.B. Halle/Wittenberg, Freiburg, Köln, Hamburg u.a.m.).

⁶⁷ Kutsch, *Karl Oswin Kurth (1910-1981)*, a.a.O., 402.

⁶⁸ vgl. Hans Amandus Münster: *Die drei Aufgaben der Zeitungswissenschaft*. Leipzig (brosch.) 1934.

⁶⁹ w.o. 79.

⁷⁰ Kutsch, *Karl Oswin Kurth (1910-1981)*, a.a.O., 405.

⁷¹ ebda.

⁷² vgl. Arnulf Kutsch (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien*. Köln 1984; Arnulf Kutsch: *Die Emigration der deutschen Zeitungswissenschaft ab 1933. Anmerkungen zu einem*

vergessenen Thema. In: *Medien & Zeit*, Jg. 3 (1988), H. 1, 3-16.

⁷³ vgl. Stefanie Averbeck: *Die Emigration der Zeitungswissenschaft nach 1933 und der Verlust sozialwissenschaftlicher Perspektiven in Deutschland*. In: *Publizistik*, Jg. 46 (2001), 1-19.

⁷⁴ vgl. Silvia Straetz: *Hans A. Münster (1901-1963). Sein Beitrag zur Rezipientenforschung*. Frankfurt a.M. 1984, 71.

⁷⁵ vgl. Kieslich, *Zum Selbstverständnis der Publizistikwissenschaft*, a.a.O., 73.

Dennoch kam es zu Wiederbelebungen des Faches in München (1946), Münster (1946), Nürnberg (1946), Leipzig (1946) und Heidelberg (1948). An ihre Spitze kamen mit Karl d'Ester (München), Emil Dovifat (Berlin), Hans von Eckart (Heidelberg) und Ernst Meyer (Nürnberg) Personen, die sich nicht der Ideologie des Nationalsozialismus verschrieben hatten oder nur wenig belastet waren. Neu in Münster war Walter Hagemann. Für ihn war die Publizistikwissenschaft die „Lehre von der öffentlichen Aussage aktueller Bewußtseinsinhalte“⁷⁶, ihr Gegenstand folglich originäre sowie medienvermittelte Publizistik. Von ihm stammen auch eine kritische Darstellung der „Publizistik im Dritten Reich“⁷⁷ sowie – später – auch Medienlehren über Zeitung, Film und Rundfunk⁷⁸. In Westdeutschland wurden die wiedererrichteten Institute ab 1948 in „Institute für Publizistik“ umbenannt; lediglich München hielt – bis 1974 – an der Bezeichnung „Zeitungswissenschaft“ fest.⁷⁹ 1956 wurde das wissenschaftliche Fachorgan *Publizistik* gegründet. Sein Name sollte insofern Programm signalisieren, als bewusst nicht an die Tradition der 1944 eingestellten Fachzeitschrift *Zeitungswissenschaft* angeschlossen werden sollte. Wichtige Impulse für die Publizistikwissenschaft der sechziger Jahre kamen von Repräsentanten der US-amerikanischen Kommunikationsforschung. Diese wandte sich bereits seit Ende der zwanziger Jahre vornehmlich Fragen der Medienwirkung zu. Initialzündungen kamen einerseits aus der Medien- und Konsumindustrie, andererseits aus der Politik. Die kommerziellen Rundfunkanstalten sowie die Medienindustrie begannen sich zunehmend für die Strukturen ihres Publikums sowie für die Vorlieben und Gewohnheiten potentieller Käufergruppen zu interessieren, um diese Gruppen entsprechend bedienen und mit Produkten bewerben zu können. Die Politik wiederum hatte Interesse an Kenntnissen über die Wirkung politischer Kommunikation und Propaganda via Presse und

Rundfunk vor allem im Rahmen von Wahlkämpfen.⁸⁰ Auf vier Einflußströme der empirischen Kommunikationsforschung ist folglich zu verweisen, nämlich⁸¹:

- auf die *Umfrageforschung* („Sample Survey Approach“) mit Höreranalysen, Wahlkampfanalysen, Untersuchungen des Verhältnisses von personalem Einfluss und Massenmedien etc. – ihr Name ist mit Paul F. Lazarsfeld verbunden;
- auf die *Propaganda-Forschung* („Political Approach“) mit Untersuchungen zum Einfluss politischer Kommunikation – einer ihrer wichtigsten Protagonisten war Harald D. Lasswell;
- auf die *experimentalpsychologische* Forschung („Experimental Approach“) mit der Erforschung von Kommunikation und Gesinnungswandel und deren Bedeutung für die wissenschaftlich begründete Rhetorik – an ihrer Spitze stand Carl I. Hovland; sowie
- auf die *Kleingruppenforschung* („Small Group Approach“), die die Erforschung von Kommunikation in Gruppen zum Gegenstand hatte – Kurt Lewin war einer ihrer ersten Repräsentanten.

Die wichtigsten Methoden dieser Forschungsrichtungen waren die Befragung, das Experiment und die Inhaltsanalyse. Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Kontext, dass die empirische Kommunikationsforschung durchaus auch europäische Wurzeln hatte, die sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften, insbesondere der Soziologie, waren dies „die Statistik und frühe

Außer in München wurden in Westdeutschland die wiedererrichteten Institute ab 1948 in „Institute für Publizistik“ umbenannt.

⁷⁶ Walter Hagemann: *Grundzüge der Publizistik*. Münster 1947 (Neuaufgabe Münster 1966, hg. von Henk Prakke).

⁷⁷ Walter Hagemann: *Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung*. Hamburg 1948.

⁷⁸ Walter Hagemann: *Fernhören und Fernsehen. Eine Einführung in das Rundfunkwesen*. Heidelberg 1954.

⁷⁹ Das Leipziger Institut, das einzige in der Sowjetisch Besetzten Zone und späteren DDR, ging ab Mitte der fünfziger Jahre einen eigenen Weg: Es wurde, wie noch ausgeführt werden wird, erneut in den Dienst einer Ideo-

logie gestellt, und zwar der Journalistenausbildung im Sinne der herrschenden Lehre des Marxismus-Leninismus. vgl. Alphonse Silbermann/Udo Michael Krüger: *Soziologie der Massenkommunikation*. Stuttgart 1973, 38.

⁸¹ vgl. Wilbur Schramm: *Kommunikationsforschung in den Vereinigten Staaten*. In: Wilbur Schramm (Hg.): *Grundfragen der Kommunikationsforschung*. 2. Aufl. München 1969, 9-26 (Titel der Originalausgabe: *The Science of Human Communication*. New York 1963).

sozio- und ethnographische Versuche sowie sozialpolitische Enqueten⁸². Auch statistische und wirtschaftswissenschaftlich orientierte Untersuchungen des Pressewesens aus den Anfängen des Faches im deutschen Sprachraum weisen quantifizierende empirische Verfahren auf. Nicht zuletzt erscheint aber auch der Hinweis angebracht, dass zwei prominente Protagonisten der amerikanischen Kommunikationsforschung, nämlich Paul F. Lazarsfeld und Kurt Lewin, aus Europa stammten: Die beiden Österreicher entzogen sich wegen ihrer jüdischen Herkunft der Verfolgung durch den Nationalsozialismus, indem sie in die USA emigrierten. So ist es durchaus nicht illegitim festzuhalten, dass die empirische Kommunikationsforschung gleichsam über Umwege aus dem angloamerikanischen Raum in der deutschsprachigen Publizistikwissenschaft wieder Fuß fasste.⁸³

8. Von der Publizistik- zur Kommunikationswissenschaft

Die Implementierung der US-amerikanischen Kommunikationsforschung, ihrer Theorien und Methoden, in die deutschsprachige Publizistikwissenschaft geht vor allem auf vier Personen zurück: auf Gerhard Maletzke, Elisabeth Noelle-Neumann, Henk Prakke und Fritz Eberhard.

- Gerhard *Maletzke*, langjähriger Forscher am Hamburger Hans-Bredow-Institut für Rundfunkforschung, trug Anfang der sechziger Jahre wichtige Ergebnisse der nordamerikanischen Kommunikationsforschung zusammen und entwickelte auf ihrer Basis ein Prozessmodell der Massenkommunikation, deren Faktoren (Kommunikator, Aussage, Medium, Rezipient/Wirkung) er genau beschrieb. Seine

1963 erschienene „Psychologie der Massenkommunikation“ war zweifellos eine bedeutende fachliche Innovation⁸⁴. Maletzke hat wesentlich dazu beigetragen, „die deutschsprachige Publizistikwissenschaft von einer vorwiegend normativen zu einer auch empirisch arbeitenden Wissenschaft weiterzuentwickeln“⁸⁵. Seine Definition von Massenkommunikation⁸⁶ war für ihn nie Dogma, Schulbildungen in der Kommunikationswissenschaft steht er skeptisch gegenüber⁸⁷.

- Die absolvierte Zeitungswissenschaftlerin Elisabeth *Noelle-Neumann* hatte während eines Studienaufenthaltes in den USA insbesondere die Methoden der empirischen Sozialforschung kennen gelernt. Deren praktische Anwendung bewerkstelligte sie sowohl in der kommerziellen Umfrageforschung wie auch bei der Ergründung der öffentlichen Meinung zunächst am Institut für Demoskopie Allensbach sowie später – nach ihrer Berufung – auch am Institut für Publizistik der Universität Mainz.⁸⁸ Für die Publizistikwissenschaft der sechziger Jahre war ihr 1963 erschienenes Buch „Umfragen in der Massengesellschaft“ Anstoß und Anreiz, sich ebenfalls der empirischen Kommunikationsforschung zuzuwenden.⁸⁹
- Der aus Holland stammende Buchverleger und Münsteraner Kommunikationswissenschaftler Henk *Prakke* hatte sich Anfang der sechziger Jahre ebenfalls der amerikanischen Kommunikationsforschung zugewandt. Auch er entwickelte ein Prozessmodell, die sog. „funktionale Publizistik“⁹⁰. Von seinen Mitarbeitern Winfried B. Lerg und Franz Dröge stammen Arbeiten zur Erforschung von Stereotypen und ihrer Wirkung in der Gesellschaft.⁹¹

⁸² Horst Reimann: *Die Anfänge der Kommunikationsforschung. Entstehungsbedingungen und gemeinsame europäisch-amerikanische Entwicklungslinien im Spannungsfeld von Soziologie und Zeitungswissenschaft*. In: Max Kaase/Winfried Schulz (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen*. Sonderheft 30/1989 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 28-45, hier 30.

⁸³ vgl. Reimann, *Die Anfänge der Kommunikationsforschung*; Wagner, *Erfolgreich Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) studieren*, 109.

⁸⁴ Gerhard Maletzke: *Psychologie der Massenkommunikation*. Hamburg 1963.

⁸⁵ Günther Bentele/Klaus Beck: *Information – Kommunikation – Massenkommunikation*. In: Otfried Jarren (Hg.): *Medien und Journalismus 1. Eine Einführung*. Opladen 1994, 16-52, hier 38.

⁸⁶ vgl. Maletzke, *Psychologie der Massenkommunikation*, a.a.O.

⁸⁷ vgl. Gerhard Maletzke: *Erlebte Kommunikationswissenschaft im Rückblick*. In: Arnulf Kutsch/Horst Pöttker (Hg.): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*. Opladen 1997 (*Publizistik Sonderheft* 1/1997), 110-119, hier 114.

⁸⁸ vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: *Über den Fortschritt der Publizistikwissenschaft durch Anwendung empirischer Forschungsmethoden. Eine autobiographische Aufzeichnung*. In: Kutsch/Pöttker, *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*, a.a.O., 36-61.

⁸⁹ Elisabeth Noelle-Neumann: *Umfragen in der Massengesellschaft*. Reinbek bei Hamburg 1963.

⁹⁰ Henk Prakke: *Kommunikation der Gesellschaft. Einführung in die funktionale Publizistik*. Münster 1986.

⁹¹ vgl. Franz Dröge: *Publizistik und Vorurteil*. Münster 1967.

- Fritz Eberhard, langjähriger Intendant des Süddeutschen Rundfunks (SDR) und später Publizistik-Professor in Berlin, sah – ähnlich wie Maletzke – in der Wirkungsfrage das zentrale Problem der Publizistikwissenschaft. In seinen 1961 veröffentlichten „fünf Thesen zur Publizistikwissenschaft“ forderte er entschieden die Einbeziehung der empirischen Forschung über die Massenkommunikationsmittel und ihre Wirkung. Eberhard verwies u.a. auch auf die Wirkung von Gewaltdarstellungen, deren rein phänomenologische Klärung für ihn unbefriedigend war.⁹²

Impulse für eine Neuorientierung des Faches und für die methodische Öffnung in Richtung empirische Sozialforschung gingen also vom Generationenwechsel an der Spitze der damals bestehenden Institute aus. 1960 folgte in Münster auf Walter Hagemann der Soziologe Henk Prakke, auf Dovifat in Berlin Fritz Eberhard. Beide machten „soziologische Denk- und Arbeitsweisen für die Publizistik nutzbar“⁹³, im Mittelpunkt des Interesses stand der publizistische Prozess. Mit Otto B. Roegele wurde 1963 ein erfahrener Journalist und Quereinsteiger (Mediziner und Historiker) nach München berufen, der das Fach ebenfalls gegenüber benachbarten Disziplinen öffnete.⁹⁴ Auf ihn geht die Anregung zurück, das Fach in Kommunikationswissenschaft umzubenennen. 1964 erhielt Franz Ronneberger, ein Jurist und Soziologe mit journalistischen und politischen Erfahrungen, das neu geschaffene Ordinariat für Publizistik und politische Wissenschaft in Nürnberg. Ronneberger profilierte sich nicht nur im Bereich Kommunikationspolitik, sondern erschloss im Weiteren auch die Felder Sozialisation durch Massenkommunikation sowie Kommuni-

kation in Organisationen.⁹⁵ Schließlich wirkte ab 1965 Elisabeth Noelle-Neumann an dem neu geschaffenen Lehrstuhl für Publizistik der Universität Mainz. Ihr besonderes Interesse galt der Erforschung der öffentlichen Meinung, ein Spezialgebiet, auf dem sie Pionierarbeit leistete. Ihre in diesem Kontext erarbeitete Theorie der Schweigespirale⁹⁶ ist zwar nicht unumstritten⁹⁷, wurde aber auch außerhalb Europas, insbesondere in den USA, anerkennend rezipiert⁹⁸. Insgesamt führte der Neuansatz der Publizistikwissenschaft zu vielfältiger empirischer Forschung in den Bereichen Journalismusforschung, Medieninhaltsforschung, Medienstrukturforschung, Rezipientenforschung und Wirkungsforschung. Politologische, soziologische sowie sozialpsychologische Denkansätze wurden dabei berücksichtigt; die zunehmend (und heute vorwiegend) empirisch betriebene Publizistikwissenschaft mutierte allmählich zur Kommunikationswissenschaft⁹⁹. Dass sich daneben in der Folge der Studentenrevolte von 1968 („Enteignet Springer“) auch ideologiekritische Strömungen wie die Kritische Publizistik in der Tradition der Frankfurter Schule¹⁰⁰ sowie „Materialistische Massenkommunikationstheorien“¹⁰¹ entfalten, kann und darf hier nicht unerwähnt bleiben. Allerdings waren diese Denkansätze „in weiten Teilen eher kommunikationspolitische Programme als kommunikationstheoretische Modelle empirisch beobachtbarer Massenkommunikation“¹⁰².

9. Die Errichtung von Diplommstudiengängen für Journalistik

Ab Mitte der siebziger Jahre erfolgte an mehreren deutschen Universitäten die Errichtung von

⁹² vgl. Fritz Eberhard: *Thesen zur Publizistikwissenschaft*. In: *Publizistik*, Jg. 6 (1961), 259-266, hier 263.

⁹³ Hans Bohrmann: *Zur Geschichte des Faches Kommunikationswissenschaft seit 1945*. In: Hermann Fünfgeld/Claudia Mast (Hg.): *Massenkommunikation. Ergebnisse und Perspektiven*. Opladen 1997, 51-67, hier 58.

⁹⁴ vgl. Otto B. Roegele: *Ausbreitung, Lähmung, Konsolidierung – München 1963-1985*. In: Kutsch/Pöttker, *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*, a.a.O., 62-109.

⁹⁵ vgl. Franz Ronneberger: *Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft. Autobiographische Fragen von Manfred Rühl*. In: Kutsch/Pöttker, *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*, a.a.O., 21-35.

⁹⁶ Elisabeth Noelle-Neumann: *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München 1980 (1991 neu erschienen unter dem Titel: *Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale*. Frankfurt a.M.).

⁹⁷ vgl. Helmut Scherer: *Massenmedien, Meinungsklima und Einstellung. Eine Untersuchung zur Theorie der Schweige-*

spirale. Opladen 1990.

⁹⁸ vgl. Charles T. Salmon/Caroll J. Glynn: *Spiral of Silence: Communication and Public Opinion as Social Control*. In: Michael B. Salwen/Don W. Stacks (Ed.): *An Integrated Approach to Communication Theory and Research*. New York 1996, 165-180.

⁹⁹ vgl. Arnulf Kutsch/Horst Pöttker: *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Einleitung*. In: dies., *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*, a.a.O., 7-20.

¹⁰⁰ vgl. Hans Magnus Enzensberger: *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. In: Dieter Prokop (Hg.): *Massenkommunikationsforschung*. Bd. 2: Konsumption. Frankfurt 1973, 420-434.

¹⁰¹ Horst Holzer: *Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik*. München 1971; Franz Dröge: *Wissen ohne Bewußtsein. Materialien zur Medienanalyse in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt 1973.

¹⁰² Bentele/Beck, *Information – Kommunikation – Massenkommunikation*, a.a.O., 35.

Diplomstudiengängen für Journalistik. Ursache und Anlass der Gründungen war auch die von Teilen der Berufspraxis mitgetragene Erkenntnis, dass die traditionellen Wege der Ausbildung von Journalisten vorwiegend in Form eines zweijährigen Volontariats in Zeitungs-, Hörfunk- oder Fernsehredaktionen den gewachsenen Anforderungen an diesen verantwortungsvollen Beruf nicht mehr entsprachen (und übrigens weder davor noch danach jemals auch nur annähernd entsprochen haben bzw. hätten). Eine intensiv von allen Betroffenen – Journalisten, Verleger, Rundfunkanstalten, Berufsverbände, Publizistikwissenschaft – geführte Ausbildungsdebatte machte sich breit.¹⁰³ Den Anstoß zur Errichtung berufsbezogener Diplomstudiengänge gab schließlich u.a. auch das aus 1971 stammende Memorandum des Deutschen Presserates für einen Rahmenplan zur Journalistenausbildung, an dessen Erarbeitung auch Publizistikwissenschaftler mitwirkten. Darin waren mehrere Möglichkeiten und Wege der Ausbildung von Journalisten festgehalten, zumal der Beruf des Journalisten weiterhin ein prinzipiell frei zugänglicher Beruf bleiben sollte. Wenige Jahre später entstanden Grundstudiengänge für Diplom-Journalistik zunächst in Dortmund (1976) und München (1978), in Eichstätt (1983) und – nach der Wiedervereinigung – auch in Leipzig (1993). Sie bieten eine sowohl kommunikationstheoretische wie auch mehrmediale praktisch-handwerkliche Ausbildung und qualifizieren durch verpflichtend zu absolvierende Nebenfächer auch für eine Tätigkeit in einem Ressort. Ausbildungsziel ist eine berufsqualifizierende Ausbildung für den Journalismus in Zeitung, Zeitschrift, Radio und Fernsehen (sowie neuerdings auch für den Online-Journalismus). Aufbau- bzw. Nebenfachstudiengänge wurden errichtet in Stuttgart-Hohenheim (1974), Mainz (1978), Hamburg

**Die Publizistikwissenschaft
verzeichnete in Ostdeutschland
eine andere Entwicklung:
das Fach wurde erneut in den
Dienst einer Ideologie gestellt.**

(1982), Bamberg (1983) und Hannover (1985). Diese Studiengänge vermitteln in aller Regel eine kommunikationswissenschaftliche und praktisch-handwerkliche Ausbildung im Anschluss an ein bereits ganz oder teilweise abgeschlossenes Fachstudium.¹⁰⁴ Die Studiengänge erfahren regelmäßig inhaltliche Nachjustierungen und Reformen, zumal der Beruf des Journalisten angesichts des Wandels des Mediensystems mehr als je zuvor ständigen Veränderungen unterliegt.¹⁰⁵

10. Das Fach in Ostdeutschland

Wie bereits erwähnt, verzeichnete die Zeitungs- bzw. Publizistikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in Ostdeutschland eine andere Entwicklung: das Fach wurde erneut in den Dienst einer Ideologie gestellt. Es nahm dabei die Entwicklung von der Publizistikwissenschaft zur Journalistikwissenschaft.¹⁰⁶

Das 1916 durch Karl Bücher in Leipzig eingerichtete Institut für Zeitungskunde (später: Zeitungswissenschaft) bestand bis 1945. Es wurde 1946 von Gerhard Menz an der neu etablierten Sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät als Institut für Publizistik wiedererrichtet¹⁰⁷, fand jedoch nicht die Billigung der SED. So folgte 1948 die Gründung eines gleichnamigen Instituts an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät unter der Leitung von Hermann Budzislowski. Dieser bemühte sich gemeinsam mit einer Reihe namhafter „antifaschistischer Intellektueller“ um einen neuen „antifaschistisch-demokratischen Geist“ an der Universität.¹⁰⁸ Beide Institute gingen auf in einem 1951 etablierten „Institut für Publizistik- und Zeitungswissenschaft“, das nun – nach der 1950 erfolgten Auflösung der Gesellschaftswissenschaftlichen Institute – der Philosophischen Fakultät angehörte. Diese Gründung entsprach wieder einer ausdrücklichen Forderung der 1. Pressekonferenz des Parteivorstan-

¹⁰³ vgl. Jörg Aufermann/Ernst Elitz (Hg.): *Ausbildungswege zum Journalismus. Bestandsaufnahmen, Kritik und Alternativen der Journalistenausbildung*. Opladen 1975; *Publizistik*, Jg. 19 (1974), H. 3-4 und Jg. 20 (1975), H. 1-2. Themenheft „Journalismus als Beruf“. Konstanz.

¹⁰⁴ vgl. Walter Hömberg (Hg.): *Journalistenausbildung. Modelle, Erfahrungen, Analysen*. München 1978; Jürgen Wilke (Hg.): *Zwischenbilanz der Journalistenausbildung*. München 1987.

¹⁰⁵ vgl. Claudia Mast: *Journalisten auf der Datenausbahn. Qualifikationsprofile im Multimedia-Zeitalter*. Konstanz

1997; Christoph Neuberger/Jan Tonnemacher (Hg.): *Online – Zukunft der Zeitung?* Opladen 1998.

¹⁰⁶ vgl. Verena Blaum: *Journalistikwissenschaft in der DDR*. Erlangen 1979; Verena Blaum: *Marxismus-Leninismus, Massenkommunikation und Journalismus. Zum Gegenstand der Journalistikwissenschaft in der DDR*. München 1980; Verena Blaum: *Ideologie und Fachkompetenz. Das journalistische Berufsbild in der DDR*. Köln 1985.

¹⁰⁷ vgl. Münster 1956, 305-309.

¹⁰⁸ Jürgen Schlimper: *Wechselvolle Institutsgeschichte. Worüber man in Leipzig reden könnte*. In: *Aviso*, Nr. 16/1996, 5.

des der Sozialistischen Einheitspartei (SED) aus dem Jahr 1950, wonach das System Massenkommunikation in der damaligen SBZ stärker nach Parteiinteressen auszurichten war.¹⁰⁹ Das Institut ging 1954 in der nach sowjetischem Vorbild gegründeten „Fakultät für Journalistik“ auf. Deren Bemühung bestand darin, auf der Basis der Lehre des Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis die „Formung zuverlässiger Kader“ zu betreiben.¹¹⁰ Zudem wurde der Begriff „Journalistik“ dem der „Publizistik“ bzw. der „Zeitungswissenschaft“ vorgezogen, „weil er a) die aktive Einwirkung auf die gesellschaftliche Entwicklung hervorhebe, b) sich nicht nur auf die Zeitung, sondern auch auf andere Instrumente, z.B. den Rundfunk beziehe, c) in der Sowjetunion und anderen Ländern üblich sei und d) sich von der bürgerlichen Tradition abgrenze“¹¹¹. Die „Fakultät für Journalistik“ wurde 1969 erneut reorganisiert. Es entstand die „Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig“, nach wie vor die einzige Einrichtung dieser Art in der DDR, an der nun das Studium der Diplomjournalistik absolviert werden konnte.¹¹² Das Studium verzahnte theoretische Kenntnisse, insbesondere des Marxismus-Leninismus mit einer praktisch-handwerklichen Ausbildung auf Basis der leninistischen Pressetheorie.¹¹³ Auf ein zweisemestriges Grundstudium (Sozialistische Gesellschaftstheorie, wissenschaftliche Arbeitsmethoden, Grundkenntnisse des Journalismus) folgte ein viersemestriges Fachstudium (unmittelbare journalistische Ausbildung in Theorie und Praxis) sowie ein zweisemestriges, medienpezifisches und fachjournalistisches Spezialstudium. Das Studium wurde mit einer Diplomprüfung (wissenschaftliche und praktische Abschlussarbeit) abgeschlossen. Rund 800 Studierenden standen bis an die 80 Lehrende gegenüber.

In der DDR konnte in aller Regel nur journalistisch tätig sein, wer entweder das Journalistikstudium absolvierte oder sich an der Fachschule für Journalistik (ebenfalls Leipzig) eine entsprechende Ausbildung aneignete. Der Zugang zum Journalistikstudium war zudem an Voraussetzungen

gebunden. So musste jeder Interessent nicht nur das Abitur, sondern auch ein einjähriges Volontariat in einer Presse-, Hörfunk- oder Fernsehredaktion nachweisen. Geschätzt wurden des Weiteren Praxiserfahrungen in einem Produktionsbetrieb, günstigstenfalls ein Facharbeiterbrief. Von Vorteil für die Aufnahme in den Studiengang waren auch eine feste Parteibindung sowie ein Engagement im FDJ, dem Freien Deutschen Jugendverband, einer Vorfelddorganisation der SED.¹¹⁴

Die „Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig“ bestand bis 1990. Nach der Wende versuchte sie einen Neubeginn, der durch die im Dezember 1990 per Dekret verordnete Abwicklung jedoch im Ansatz unterbrochen wurde.¹¹⁵ Von dieser Abwicklung betroffen waren auch zahlreiche Wissenschaftler, die sich in der DDR in besonderer Weise der herrschenden Lehre des Marxismus-Leninismus verschrieben bzw. unterworfen hatten.

11. Neugründungen in den neuen Bundesländern

Zu einem Neubeginn kam es in Leipzig ab 1991/92. Dem vom sächsischen Kultusminister nach Leipzig geholten Gründungsdekan Karl Friedrich Reimers von der Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) München gelang es, einen Fachbereich Kommunikations- und Medienwissenschaft mit neun planmäßigen Professorenstellen aufzubauen (der gegenwärtig größte Fachbereich in Deutschland). Zentrales Anliegen von Reimers war es, das Fach aus seiner ideologischen Fixierung und politischen Instrumentalisierung herauszulösen und ganz neu für den schöpferischen Wissenschaftspluralismus zu öffnen.¹¹⁶

Neben Leipzig wurden in den neuen Bundesländern des Weiteren Professuren für Kommunikationswissenschaft, Medienwissenschaft, Journalistik u.ä. mit je unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten an der Technischen Universität

¹⁰⁹ vgl. Blaum, *Journalistikwissenschaft in der DDR*, a.a.O., 20 ff.

¹¹⁰ Schlimper, *Wechselvolle Institutsgeschichte*, a.a.O.

¹¹¹ Tobias Liebert: *Ein deutscher Ort. Über die Gründung der Leipziger Fakultät für Journalistik 1954*. In: *transparent. Mitteilungen aus dem Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig 1995*, Nr. 2, 7-8, hier 7.

¹¹² vgl. Blaum, *Journalistikwissenschaft in der DDR*, a.a.O.,

23 f.

¹¹³ vgl. Blaum, *Marxismus-Leninismus, Massenkommunikation und Journalismus*, a.a.O.

¹¹⁴ vgl. Blaum, *Ideologie und Fachkompetenz*, a.a.O., 87 ff.

¹¹⁵ vgl. Schlimper, *Wechselvolle Institutsgeschichte*, a.a.O.

¹¹⁶ vgl. Rüdiger Steinmetz: *Der Medienstandort Leipzig und die Universität. In: relation leipzig. news und infos aus dem Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig 1997*, Nr. 7, 8-11, hier 9.

Dresden, an den (teils neu errichteten) Universitäten Erfurt, Greifswald, Halle-Wittenberg, Ilmenau, Jena, Magdeburg und Weimar sowie an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg eingerichtet. Vor allem die Freistaaten Sachsen und Thüringen engagieren sich für die Kommunikations- und Medienwissenschaft überdurchschnittlich.¹¹⁷ Die inhaltliche Ausrichtung der neuen Professuren versucht, dem beobachtbaren Medienwandel gerecht zu werden.¹¹⁸ So ferne alle Auf- und Ausbaupläne tatsächlich realisiert werden, soll es allein in den neuen Bundesländern an die 30 Professuren für Kommunikationswissenschaft, Medienwissenschaft und Journalistik geben.¹¹⁹

12. Zur gegenwärtigen Lage des Faches

Die Kommunikationswissenschaft ist eine nach wie vor nicht gerade üppig ausgestattete Disziplin. Sie hat aber seit 1975 durch die Neu- oder – wie etwa in den neuen Bundesländern – Wiederbegründung von Instituten, Lehrstühlen, Professuren und Studiengängen einen durchaus beachtenswerten Aufschwung genommen.¹²⁰ Während in den siebziger Jahren kommunikationswissenschaftliche „Programme und Postulate“ (Stichwort: Professionalisierung der Journalistenausbildung) aufgestellt wurden, folgte in den achtziger Jahren eine Phase der Institutionalisierung und Etablierung, in den neunziger Jahren schließlich „Expansion und Differenzierung“¹²¹. Seinen Aufschwung stellt das Fach durch seine vielfältigen Forschungsaktivitäten sowie durch eine sich geradezu explosionsartig vermehrende Publikationstätigkeit eindrucksvoll unter Beweis. Allenfalls ist zu kritisieren, dass in der Fülle der unterschiedlichsten Publikationen ein Eklektizismus vorherrscht und Überblickswerke selbst über einzelne Lehr- und Forschungsfelder selten sind oder gänzlich fehlen.

Im Zentrum des Fachgegenstandes stehen dem Selbstverständnis der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) zufolge die indirekte, durch Massenmedien vermittelte, öffentliche Kommunikation und damit verbundene Produktions-, Verarbeitungs- und Rezeptionsprozesse; ebenso aber auch die Kommunikation in und durch Organisationen, die versuchen, in die Öffentlichkeit zu wirken.

Besondere Bedeutung haben dabei die klassischen Medien wie Zeitung, Hörfunk und Fernsehen. Andere Massenmedien wie Zeitschrift, Buch, Film, Tonträger, Telekommunikationsmedien wie das Telefon, und zunehmend verschiedene Formen computervermittelter Kommunikation (z.B. World Wide Web, Internet, Intranet) zählen ebenfalls zum Gegenstand des Faches. Hier zeigt sich die zunehmende Verschränkung privater und öffentlicher Kommunikationsprozesse.¹²²

Das Fach kann an zahlreichen deutschen Universitäten (sowie in Österreich und in der Schweiz) in recht unterschiedlicher Weise, unter unterschiedlichen Fachbezeichnungen (Publizistikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Journalistik, Medienwissenschaft etc.) sowie unter ebenso unterschiedlichen inhaltlichen Fachperspektiven an Universitäten, (künstlerischen) Hochschulen, Fachhochschulen sowie Akademien studiert werden. Es gibt geisteswissenschaftlich orientierte, sozialwissenschaftliche, journalistische bzw. journalistikwissenschaftliche sowie ästhetisch-produktiv-gestalterische Studiengänge.¹²³ Studienpläne, Studienordnungen und Lehrangebote erweisen sich „als außerordentlich heterogen mit einer häufig multiplen wissenschaftlichen Orientierung“¹²⁴. Wirth spricht – in einem eher weit gefassten Verständnis von Kommunikations- und Medienwissenschaft – von 131 Studien- bzw. Ausbildungsmöglichkeiten alleine in Deutschland.¹²⁵ Ihre konkreten Bezeichnungen, Studienziele, inhaltlichen

¹¹⁷ vgl. Georg Ruhrmann et al.: *Im Osten was Neues? Ein Beitrag zur Standortbestimmung der Kommunikations- und Medienwissenschaft*. In: *Publizistik*, Jg. 45 (2000), 283-309, hier 286 ff.

¹¹⁸ vgl. w.o. 292 f.

¹¹⁹ vgl. Ruhrmann, *Im Osten was Neues?* a.a.O.

¹²⁰ vgl. ebda.

¹²¹ Walter Hömberg: *Zur Einführung. Wegweiser in die Ausbildungslandschaft*. In: Walter Hömberg/Renate Hackel-de Latour (Hg.): *Journalismus, Medien, Kommunikation. Studienführer*. 2. Aufl. Konstanz 2000, 17-26, hier 21 f.

¹²² Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und

Kommunikationswissenschaft - DGPK (Hg.): *Die Mediengesellschaft und ihre Wissenschaft. Herausforderungen für die Kommunikations- und Medienwissenschaft als akademische Disziplin*. (=Selbstverständnispapier der DGPK 2000; siehe auch <http://www.dgpk.de> vom 30. Januar 2001).

¹²³ vgl. Werner Wirth: *Wachstum bei zunehmender Unübersichtlichkeit. Institutionelle Strukturen und Ausbildungssituation in der Kommunikations- und Medienwissenschaft in Deutschland*. In: *Medien Journal*, Jg. 24 (2000), H. 2, 36-46, hier 38 ff.

¹²⁴ w.o. 38.

¹²⁵ vgl. w.o. 38 f.

Schwerpunktsetzungen, Adressen und Ansprechpersonen sind dem Studienführer „Journalismus, Medien, Kommunikation“ zu entnehmen.¹²⁶ Die Herausgeber des Studienführers unterscheiden zwischen a) Haupt- und Nebenfachstudiengängen (Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Medienwissenschaft, Journalistik); b) Aufbau- und Zusatzstudiengängen (Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Medienwissenschaft, Journalistik); c) Nebenfach-, Ergänzungs- und Teilstudiengängen; d) Studiengängen zur Weiterbildung sowie e) Studiengänge für AV-Medienberufe.¹²⁷

In Österreich sind publizistik- bzw. kommunikations- und medienwissenschaftliche Studiengänge an den Universitäten Klagenfurt, Salzburg und Wien eingerichtet.¹²⁸ Daneben existieren mehrere andere hochschulgebundene Formen und Einrichtungen.¹²⁹ In der Schweiz ist das Fach in Basel, Bern, Fribourg, Lausanne, Lugano, St. Gallen und Zürich vertreten.¹³⁰

Die Kommunikationswissenschaft ist eine Disziplin, die sich – mehr denn je – durch einen Theorien- und Methodenpluralismus auszeichnet.¹³¹

Die meisten der im Fach verwendeten Theorien stellen Aussagen(systeme) über unterschiedliche Teilbereiche öffentlicher Kommunikationsprozesse dar. Sie beziehen sich auf (1) die Struktur und Organisation von Massenmedien, auf (2) die verschiedenen Typen von Kommunikatoren (zum Beispiel Journalistik, Public Relations, Werbung), auf (3) die Bedingungen der publizistischen Aussagengestaltung, auf (4) Nutzungs- und Rezeptionsmuster sowie auf (5) die Wirkungen der Medien. Allgemeine Theorien zum Prozess der öffentlichen Kommunikation (z.B. Öffentlichkeitstheorien) oder Theorien innerhalb der

o.g. Teilbereiche (z.B. ökonomische und psychologische Theorien) spielen ebenfalls eine wichtige Rolle.¹³²

Wie in anderen Fächern auch existiert keine alles dominierende Theorie. Auch bemüht sich das Fach um Trans- und Interdisziplinarität.¹³³ Das Fach integriert vornehmlich politik- und wirtschaftswissenschaftliche, soziologische und sozialpsychologische, pädagogische sowie kultur- und sprachwissenschaftliche Perspektiven.¹³⁴ Hinzu kommt eine vor allem hermeneutisch, ästhetisch und historisch orientierte medienwissenschaftliche Perspektive, die sich aus den Literaturwissenschaften und der Theaterwissenschaft herausgebildet hat. Angesichts von Multimedia und Online-Kommunikation kooperiert die Kommunikationswissenschaft zunehmend mit den Computerwissenschaften und der Informatik. Das Feld „neue Medien“ (Multimedia, Internet, WWW, Online-Kommunikation) wurde von der Kommunikationswissenschaft ab Mitte der neunziger Jahre inhaltlich rasch besetzt und ist Gegenstand intensiver kommunikationswissenschaftlicher Forschung und Veröffentlichungen.

Im Kern versteht sich die Kommunikationswissenschaft heute als eine „*theoretisch und empirisch arbeitende Sozialwissenschaft*“ (Hervorhebung im Original) mit interdisziplinären Bezügen.¹³⁵ Neben den quantitativen wie qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung (z.B. Interview, Inhaltsanalyse, Befragung, experimentelle Designs) werden aber auch andere methodische Zugänge gepflegt wie historische, hermeneutisch-interpretative und kulturwissenschaftlich orientierte.

Die wissenschaftliche Ausbildung zeichnet sich zunehmend durch eine starke Berufsfeldorientierung aus. Auf mindestens drei Praxisbezüge ist zu

¹²⁶ Hömberg/Hackel-de Latour, *Journalismus, Medien, Kommunikation: Studienführer*, a.a.O.

¹²⁷ vgl. w.o. 621 ff.

¹²⁸ vgl. Gabriele Siegert et al.: *Parallele Vielfalt. Institutionelle Strukturen und Ausbildungssituation der Kommunikations- und Medienwissenschaft Österreichs*. In: *Medien Journal*, Jg. 24 (2000), H. 2, 64-75.

¹²⁹ vgl. w.o. 74 f; Heinz Pürer (Hg.): *Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Mit einer Berufs- und Medienkunde für Journalisten in Österreich, Deutschland und der Schweiz*. 2., überarb. u. erw. Aufl. Konstanz 1996, 401-444, hier 411 ff.

¹³⁰ vgl. Daniel Süß: *Institutionelle Strukturen und Ausbildungssituationen. Kommunikations- und Medienwissenschaft in der Schweiz*. In: *Medien Journal*,

Jg. 24 (2000), H. 2, 19-27, hier 19 ff.

¹³¹ vgl. Roland Burkart/Walter Hömberg (Hg.):

Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. (= Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 8). Wien 1992; Günther Bentele/Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation. Problemfelder, Positionen, Perspektiven*. München 1993.

¹³² DGPuK, *Die Mediengesellschaft und ihre Wissenschaft*. (=Selbstverständnispapier), a.a.O.

¹³³ vgl. Hans-Bernd Brosius: *Zum Fachverständnis der Kommunikationswissenschaft in Deutschland*. In: *Medien Journal*, Jg. 24 (2000), H. 2, 8-9, hier 8 ff.

¹³⁴ vgl. Pürer, *Ausbildungserfordernisse und Ausbildungswege*, a.a.O.

¹³⁵ DGPuK, *Die Mediengesellschaft und ihre Wissenschaft*. (= Selbstverständnispapier), a.a.O.

verweisen: „einen *analytischen*, einen *pragmatischen* und einen *edukativen*. Der analytische Praxisbezug wird besonders in der universitären Forschung und Lehre vollzogen, der pragmatische innerhalb von Entwicklungs- und Beratungsprojekten und der edukative vor allem in der Ausbildung der Studierenden“¹³⁶ im Hinblick auf die breite Palette der Medien- und Kommunikationsberufe. Dabei wird Grundlagenwissen, Reflexionswissen, Planungswissen und Methodenwissen vermittelt¹³⁷ sowie in den genuin berufsorientierten Studiengängen (z.B. Diplom-Journalistik) konkret berufspraktisches und handwerkliches Wissen.

Dies alles darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Fach an der Mehrzahl der Universitäten personell, materiell und technisch nicht gerade üppig ausgestattet, die Prüfungslast infolge des hohen studentischen Zuspruchs enorm und dadurch das Forschungspotential des Faches beeinträchtigt ist. „Eine durchschnittliche kommunikationswissenschaftliche Einrichtung (Institut, Lehrstuhl) verfügt in Deutschland über 3,6 Professuren und 5,5 wissenschaftliche MitarbeiterInnen.“¹³⁸ Vollstudiengänge sind mit im Durchschnitt fünf Professoren und 7,3 Mitarbeitern besser ausgestattet als Teilstudiengänge mit im Schnitt 1,5 Professuren und 2,6 Mitarbeitern.¹³⁹ 269 Professoren und 390 wissenschaftliche Mitarbeiter stehen in der Summe rund 18.600 Studierenden in Haupt- und Nebenfach gegenüber, wobei es zulassungsbeschränkte und nicht-zulassungsbeschränkte Studiengänge gibt.¹⁴⁰ Dies ergibt vor allem in den kommunikations-, medien- und journalistikwissenschaftlichen Studiengängen erhebliche Überlasten:

Insgesamt entfallen in den Vollstudiengängen etwa 117 StudentInnen auf eine(n) Professor(in). Bei einer geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen

Ausrichtung lautet diese Quote 1:232 (Magister) bzw. 1:208 (Diplom). Bei den gestalterisch-produzierenden Einrichtungen kommen 45 StudentInnen auf ein(e) Professor(in). Das Bild gewinnt an Dramatik, berücksichtigt man zusätzlich, dass die Mehrheit der StudentInnen in einem Magisterstudiengang (rund 12.000) eingeschrieben ist und sich so mit den relativ gesehen schlechtesten Studienbedingungen zurechtfinden müssen.¹⁴¹

Die Ausstattung der einzelnen Institute, Lehrstühle, Abteilungen oder Professuren mit Bibliotheken, Zeitungs-, Hörfunk-, Fernseh- und Online-Redaktionen ist äußerst unterschiedlich – am ehesten sind Bibliotheken und Computerräume vorhanden.¹⁴² Und was die jährlich verfügbaren Budgets der Institute betrifft, so entfallen beispielsweise in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen pro Student bzw. Studentin 154 DM. „Dieser Wert liegt für Diplomstudiengänge deutlich höher (226 DM) als für Magisterstudiengänge (100 DM).“¹⁴³

Gleichwohl ist mit Genugtuung zu vermerken, dass die Absolventen der Publizistik-, Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie der Journalistik in aller Regel im weiten Feld der Medien- und Kommunikationsberufe rasch und gut unterkommen. Es sind dies insbesondere: der klassische Journalismus (in Print- wie Funkmedien), die Organisationskommunikation und Public Relations, Werbung und Mediaplanung, das Feld der Online-Medien, das Medienmanagement sowie die empirische Medien- und Marktforschung. Auch im künstlerisch-ästhetischen Bereich sind die Chancen auf einen raschen Berufseinstieg gut. Um die internationale Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse zu ermöglichen, werden an mehreren kommunikationswissenschaftlichen Instituten vorhandene Magister- bzw. Diplomstudiengänge in Bachelor- und Masterstudiengänge umgewandelt; zugleich wird die Ausbildung auch stärker als bisher an den Erfordernissen der Berufspraxis orientiert.

¹³⁶ ebda.

¹³⁷ vgl. Otfried Jarren (Hg.): *Medien und Journalismus*. 2 Bde. Opladen 1994.

¹³⁸ Wirth, *Wachstum bei zunehmender Unübersichtlichkeit*, a.a.O., 42.

¹³⁹ vgl. ebda.

¹⁴⁰ vgl. w.o. 41 f; Werner Wirth: *Interdisziplinär oder*

heterogen? Ausstattung und Struktur der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Einrichtungen. In: *Aviso*, Nr. 25/1999, 4-7, hier 6.

¹⁴¹ Wirth, *Wachstum bei zunehmender Unübersichtlichkeit*, a.a.O., 44.

¹⁴² vgl. Wirth, *Interdisziplinär oder heterogen?* a.a.O., 7.

¹⁴³ ebda.

Insgesamt stellt das Fach eine inzwischen selbstbewusste Disziplin dar. Seine Interessen werden von der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (mit ihren mehr als 600 Mitgliedern) nach außen vertreten. Wenn das Fach mit seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen in den Massenmedien weniger in Erscheinung tritt als andere Gesellschaftswissenschaften, so wohl nicht zuletzt deshalb, weil sich

die Kommunikationswissenschaft u.a. auch kritisch mit Journalismus und Massenmedien auseinandersetzt und auf Fehlleistungen und Fehlentwicklungen im Mediensystem aufmerksam macht.

Mit der Veröffentlichung solcher Kritik tun sich Journalismus und Massenmedien schwer – vor allem dann, wenn ein Medium unmittelbar selber betroffen ist.¹⁴⁴

Univ.-Prof. Dr. Heinz PÜRER (1947)

Seit 1986 Ordinarius für Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1979 bis 1986 Mitbegründer und erster Leiter des österreichischen Kuratoriums für Journalistenausbildung; daneben Lehrbeauftragter am Salzburger Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Habilitation 1984 in Salzburg. Zahlreiche Veröffentlichungen in einschlägigen Fachorganen und Sammelbänden zu den Fachgebieten Presse, Rundfunk, neue Medien, Journalismus, Ethik und Massenmedien sowie Publikumsforschung.

¹⁴⁴ vgl. Stephan Ruß-Mohl: *Medienjournalismus, Medien-PR und die Corporate Identity von Medienunternehmen*. In:

Wolfgang Duchkowitsch (Hg.): *Journalismus als Kultur. Analysen und Essays*. Opladen 1998, 173-187.

Von Karl Oswin Kurth zu Kurt Paupié

Eine Geschichte ideologischer Konformität?

Wolfgang Duchkowitsch

1. Vorspann

1.1

Kurth, geboren 1910 in der sächsischen Kleinstadt Döbeln, war zehn Jahre älter als der in Linz auf die Welt gekommene Paupié. 1968 kreuzten sich ihre Lebenswege. Beide bewarben sich um die – laut Dienstpostenplan der Universität Wien neu geschaffene – Lehrkanzel für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien. Die Berufungskommission reihte sie „primo et aequo loco“, Heinz Otto Sieburg „secundo loco“.¹ Der Mitbewerberin Marianne Lunzer-Lindhausen, seit 1943 Assistentin am Institut und kraft ihrer unbelasteten Vergangenheit nach dem Ende des „Dritten Reichs“ als Assistentin weiterhin aktiv, attestierte die Kommission, eine „ausgezeichnete Lehrkraft“ und „vorzügliche Mitarbeiterin“ zu sein. Für eine Reihung an vorderer Stelle komme sie aber nicht in Frage. Seit ihrer Habilitationsschrift² habe sie nämlich „kaum nennenswerte“ Publikationen hervorgebracht, woran „verschiedene familiäre Schicksalsschläge“ schuld seien.³

Nachdem die Berufungskommission beschlossen hatte, Lunzer⁴ diese Begründung in geeigneter Form zukommen zu lassen, entschloss sie sich im nächsten Verfahrensschritt, Paupié den Vorzug vor Kurth zu erteilen. Für ihn spreche insbesondere der Band 2 seines „Handbuchs der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959“.⁵ Der Band habe im In- und Ausland große Anerkennung gefunden, dokumentiert v.a. durch eine Rezension von Wilmont Haacke. Diese Beurtei-

lung ergänzte ein extra eingeholtes Gutachten, verfasst von René Marcic. Er war während des 2. Weltkriegs (mit einer kurzen Unterbrechung) von 1943 bis Mai 1945 Kultur- und Pressereferent beim kroatischen Generalkonsulat in Wien, er stand also im Dienste der faschistischen Ustascha-Regierung. Ab 1946 war er Gerichtssaalreporter bei den *Salzburger Nachrichten*, ab 1954 Chefredakteur-Stellvertreter und von 1959-1964 Chefredakteur. 1959 habilitierte er sich für Allgemeine Staatslehre. 1963 erhielt er eine Professur für Rechts- und Staatsphilosophie in Salzburg⁶ und war spiritus rector für die Gründung des dortigen Instituts für Zeitungswissenschaft.

Marcic beglaubigte Paupié, der im Wintersemester 1966/67 und im folgenden Semester eine Vorlesung zur „Geschichte der politischen Presse in Österreich“ am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität Salzburg abgehalten hatte, „als einziger in profunder Weise die wissenschaftliche Theorie des Fachs“ vertreten zu haben, „neben“ (!) Hans Wagner, damals Assistent am Institut für Zeitungswissenschaft in München. Paupié würde gerne in Salzburg gesehen werden. Eine Berufung an das Salzburger Institut würde das Wiener Institut jedoch als „unfreundlichen Akt“ betrachten.⁷ So hoch gewürdigt, konnte Paupié die Lehrkanzel besetzen.

1.2

Kurth war es damit nicht gelungen, an seine ehemalige Wirkungsstätte als a.o. Professor im „Dritten Reich“ zurückzukehren. Er hatte das 1938 gegründete, aber aus mehreren Umständen ohne

¹ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

² Marianne Lunzer-Lindhausen: *Die Umstellung in der österreichischen Pressepolitik – die Verdrängung der negativen Methoden durch positive*. Habil. Schrift. Wien 1953.

³ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

⁴ Lunzer-Lindhausen zeichnete ihre Veröffentlichungen und ihre Nennungen in den Vorlesungsbüchern der Universität Wien immer nur mit dem ersten Teil ihres Namens.

⁵ Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*. Bd 2. Wien, Stuttgart 1966.

⁶ Fritz Hausjell: *Österreichische Tageszeitungsjournalisten am*

Beginn der Zweiten Republik (1945-1947). Eine kollektivbiographische Analyse ihrer beruflichen und politischen Herkunft. Bd. 1-3. Phil. Diss. Salzburg 1985, 635.

⁷ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

⁸ Wolfgang Duchkowitsch: *Zeitungswissenschaft „an der schönen heimatlichen Donaustadt“. Aufbau, Errichtung und Funktion des Wiener Instituts für Zeitungswissenschaft*. Wien 1989. (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. 43), 155-178; hier 161 ff.

Vorstand versehen gewesene Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien ab Mai 1942 geleitet. Es war als geistiges Tor für den südosteuropäischen Raum konzipiert, materiell begleitet von der eigens dafür eingerichteten „Südosteuropa-Abteilung“ der Nationalbibliothek in Wien.⁸

Kurth hatte die Vorstandsfunktion bis zum Ende des „Dritten Reichs“ inne, obwohl er im Herbst 1943 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach der Grundausbildung war er in der „Großfunkstelle Wien für die Nachrichtenbearbeitung zuständig“.⁹ Dies erlaubte ihm, so gibt Arnulf Kutsch – sein erster Biograph – weiter an, „behelfsmäßig die Lehre in Wien aufrecht zu erhalten, bis er als Gefreiter und Oberfunke des 14. Armeekorps an die Südostfront abkommandiert [wurde].“¹⁰ Fakten, die nach einer Erklärung suchen, aber bislang noch keine gefunden haben.

Wurde Kurth zur Wehrmacht eingezogen, weil er nicht mehr so wichtig für das Fach war? Diese Denkvariante ist auszuschließen. Hatte er zu enge Kontakte zu MitarbeiterInnen des „Handbuchs der Zeitungswissenschaft“, die in Räumen des Instituts tätig waren und dieses Unternehmen laut Haacke, Assistent am Institut von 1939 bis 1942 und eifertiger Mitarbeiter für das in Lieferungen ausgegebene Werk,¹¹ wegen „Zensurschwierigkeiten“ 1942 abbrechen mussten?¹² Ein derartiges Motiv kommt gleichfalls nicht in Frage, zumal sich eine solche Spurensuche schnell als kalt erweist. Die MitarbeiterInnen des Handbuchs waren nämlich noch viele Monate nach 1942 rührig am Werk. Die letzte Lieferung erfolgte im Dezember 1944! Und daran wollte Haacke, der 1944 an der Universität in Freiburg im Breisgau tätig war, sich 1961 nicht mehr erinnern können, als er den

Abbruch des Handbuchs wegen „Zensurschwierigkeiten“ bezeugte? War er vielleicht einer Selbsttäuschung unterlegen oder stand ein Täuschungsmanöver dahinter? Denn wies er sich nicht selbst mit der Angabe, es sei das Handbuch wegen „Zensurschwierigkeiten“ still gelegt worden, Widerspenstigkeit, wenn nicht sogar Widerständigkeit zu? Baute er nicht eine Nebelwand auf, hinter der zu verbergen es sich lohnen sollte? Hat Winfried Scharf dies anlässlich des 90. Geburtstags von Haacke nicht perpetuiert, als er die fachpublizistischen Aktivitäten des Jubilars vor 1945 in der *Publizistik* verschwieg?¹³

1.3

Schweigen wollen ist nicht der Grund, weshalb die fachgeschichtliche Forschung bislang nur kommentierend auf die Einberufung von Kurth zur Wehrmacht einging.¹⁴ Sein „kriegsbedingtes Ausscheiden aus der Zeitungswissenschaft“ sei mit „durchaus ironischen Begleitumständen verbunden“ gewesen, formulierte Kutsch.¹⁵ Theodor Venus ging über diese Formulierung hinaus. Er glaubte die Tätigkeit von Kurth an der „Südostfront“ folgendermaßen ironisieren zu können: Damit erfüllte sich die dem Institut zugedachte Aufgabe, Tor zum Südosten zu sein, „für ihn auf eine sehr persönliche, wenngleich von ihm auch kaum erwartete oder gar gewünschte Art und Weise“.¹⁶

Diese Interpretationen beruhen auf zugänglich gewesenen Quellen. Die Realität ist eine andere. Sie war eben nicht mit durchaus ironischen Begleitumständen im oben wiedergegebenen Sinne verbunden. Kurth hat sich freiwillig zur Wehrmacht gemeldet! Dies bekundet ein Brief,

Schweigen wollen ist nicht der Grund, weshalb die Forschung bislang nur kommentierend auf die Einberufung von Kurth zur Wehrmacht einging.

glaubte die Tätigkeit von Kurth an der „Südostfront“ folgendermaßen ironisieren zu können: Damit erfüllte sich die dem Institut zugedachte Aufgabe,

⁹ Arnulf Kutsch: *Karl Oswin Kurth (1910 - 1981)*. In: *Publizistik*, Jg. 26 (1981), H. 3, 397-413; hier 407. Wieder abgedruckt in ders. (Hg.): *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien unter Mitarbeit von Frank Biermann und Ralf Herpolsheimer*. Köln 1984, 217-234; hier 229.

¹⁰ ebda.

¹¹ Wilmont Haacke: *Das jüdische Wiener Feuilleton*. In: *Handbuch der Zeitungswissenschaft*. (Hg. von Walther Heide). Bd 2. Leipzig 1940, Sp. 2051-2072.

¹² Wilmont Haacke: *Die Zeitschrift. Schrift der Zeit*. Essen 1961, 89.

¹³ Winfried Scharf: *Wilmont Haacke 90 Jahre*. In: *Publizistik*, Jg. 46 (2001), H. 1, 69-70.

¹⁴ Diese Frage vernachlässigt auch mein Beitrag: *Zeitungswissenschaft*, an der schönen heimatischen Donaustadt' (hier 166 f.). Der im Archiv der Universität Wien erhaltene Personalakt bezeugt nicht mehr als die Vorkehrungen für den Fall einer Einberufung Kurths zur Wehrmacht sowie die Bemühung des Dekans, für Kurth eine „unabkömmlich-Stellung“ zu erreichen, v.a. deshalb, weil das Wiener Institut „heute den Mittelpunkt für die Studierenden bildet und aus allen Teilen des Reichs der Zustrom wächst“.

¹⁵ Kutsch, *Karl Oswin Kurth*, a.a.O., 407; ders., *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, 229.

¹⁶ Theodor Venus: *Zur historischen Situation der österreichischen Zeitungswissenschaft*. In: *Jahrbuch der österreichischen Kommunikationswissenschaft*. 6 (1987), 123.

der mit vielen anderen Korrespondenzen und sonstigen Dokumenten aus der Vorstandszeit von Kurth am Institut für Zeitungswissenschaft in Wien verblieben ist und danach jahrzehntelang (ebenso wie alle anderen Unterlagen Kurths) geheim verwahrt wurde.¹⁷

„Heute ist nun für Sie der große Tag, der so entscheidend in Ihr Leben eingreift“, schrieb ihm Walther Heide, Präsident des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes (DZV), am Tag der Einberufung, am 4. Oktober 1943. Gleichzeitig trug er ihm seine Sorge um den Fortbestand des Instituts vor:

*Sie wissen, wie ich es auf der einen Seite begrüße, daß Sie aus den von Ihnen ja immer wieder betonten Gründen Soldat werden, wie ich aber auf der anderen Seite sowohl um Sie als auch um das Institut und die von Ihnen so erfolgreich in Wien begonnene Arbeit meine Sorgen nicht unterdrücken kann.*¹⁸

Ein Professor, der mit einer Arbeit über die „deutschen Feld- und Schützengrabenzeitungen des Weltkriegs“ seine Dissertation bestritten hat,¹⁹ war also ins Feld gezogen. Es war sein lang ersehnter, heißer Wunsch, Katheder- mit Fronterfahrung zu tauschen. Von da an war er nur mehr strammer Soldat. Unterzeichnet mit „Funker Kurth“, schrieb er für das *Wienerische Diarium*,²⁰ für das von ihm initiierte *Kameradschaftsblatt der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung*, erschienen von 1943 bis 1944, einen Beitrag zum Thema „Nachrichtentruppe und Zeitungswissenschaft“. Darin tat er u.a. kund: „Vor allen Dingen gilt [...] für die gesamte Tätigkeit der Nachrichtentruppe: Die Nachrichtenübermittlung ist niemals Selbstzweck – sie ist allein sinnvoll im Dienste der Führung.“²¹

Nach seiner „Rückkehr“ aus dem „Krieg“ im November 1945 und einem Kurzaufenthalt in

Wien, bei dem er seine Relegation von der Universität erfuhr, mit der Angabe trotzend, von den Briten eine Berufung nach Göttingen als Professor für Zeitungswissenschaft erhalten zu haben,²² landete er in deren „Gefangenschaft“. Nach der Flucht aus dieser „verschlug“ es ihn in die Nähe von Göttingen. Bald danach fand er Kontakt zu dem 1946 gegründeten „Göttinger Arbeitskreis“, der sich um die wissenschaftliche Bearbeitung von Fragen der ehemaligen deutschen Ostgebiete kümmerte. Als einer der ersten festen Mitarbeiter besorgte er mit „unbestreitbar großem Fleiß“ u.a. die für unser Fach „nützlichen Nachschlagewerke ‚Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen‘ und ‚Handbuch der deutschsprachigen Presse außerhalb Deutschlands‘ sowie die Mappe ‚Dokumente der Menschlichkeit‘, zu deren englischer Ausgabe Albert Schweitzer ein Vorwort beisteuert[e].“²³

1.4

Im Jahr der Bestellung von Paupié zum Ordinarius des Wiener Instituts wurde Kurth als Hilfsreferent des Lektorats „Auslandspresse“ im Presse- und Informationszentrum des Bundesministeriums für Verteidigung in der Bundesrepublik angestellt. In dieser Funktion erreichte er den Titel Regierungsdirektor. 1973 ging er in den vorzeitigen Ruhestand.²⁴

Acht Jahre danach starb er. Paupié verschied im selben Jahr. Im Nachruf auf ihn hob Maximilian Gottschlich in der *Publizistik* abschließend hervor:

*Mit Kurt Paupié hat das Fach keinen strahlenden und angestrahlten Lehrer verloren. Wohl aber einen Mann, der es jedem, wenn er es nur wollte, möglich machte dasjenige Wissen zu finden, mit dessen Hilfe er sich entscheiden konnte, welchen Platz er in der Gesellschaft einnehmen möchte.*²⁵

¹⁷ Erst nach der Übersiedlung des Instituts (schon seit längerem: für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft) vom Neuen Institutsgebäude (NIG) vor rund zehn Jahren in ein eigenes Haus tauchte dieses Archiv auf. Der Institutsvorstand Wolfgang R. Langenbacher überantwortete es einige Zeit später dem Assistenten Fritz Hausjell. Seiner freundlichen Empfehlung gemäß danke ich die Durchsicht dieses Archivs, das als Quelle einer Analyse der Zeitungswissenschaft im „Dritten Reich“ nach wie vor harret. Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, Archiv Kurth.

¹⁸ ebda.

¹⁹ Sie erschien 1937 im Verlag Noske, Leipzig, als Band 8 der

Schriftenreihe „Wesen und Wirkungen der Publizistik“.

²⁰ In Namensgleichheit mit dem 1703 gegründeten Blatt in Wien, das später den Titel *Wiener Zeitung* trug. Dass just jene Zeitung 1938 zugunsten des *Völkischen Beobachters*. Wiener Ausgabe eingestellt wurde, hinderte Kurth nicht, diesen Titel zu wählen.

²¹ *Wienerisches Diarium*, 1942, H. 2, 15-16; hier 16.

²² Archiv der Universität Wien, Akt Kurth.

²³ Kutsch, *Karl Oswin Kurth*, a.a.O.; ders., *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*.

²⁴ w.o.

²⁵ Maximilian Gottschlich: *Kurt Paupié †*. In: *Publizistik*, Jg. 37 (1982), H. 2, 179-180; hier 180.

2. Zur Karriere von Kurth vor seiner Professur in Wien

Laut Kutsch lassen sich folgende Eckdaten ausmachen: 1929 Eintritt in die SA und in die NSDAP, 1930 Abitur, danach Studium der Germanistik, Anglistik und Philosophie in Königsberg, der Zeitungswissenschaft, Germanistik und Anglistik in Leipzig sowie in Heidelberg und München, 1932 Rückkehr nach Leipzig; 1933 Leiter der neu gegründeten „Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung Leipzig“ und der „Zeitungswissenschaftlichen Fachschaft“; 1934 Pressewart des „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (NSDStB) im Kreis Mitteldeutschland und Assistent am Institut für Zeitungswissenschaft in Leipzig; 1935 Pressewart des NSDStB im Gau Sachsen, Geschäftsführer des „Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbands“ (DZV), stellvertretender Hauptschriftleiter des *Presse-Berichts*, einer Nachrichtenkorrespondenz für die deutschen Botschaften im Auslands-Pressen-Büro, einer halbamtlichen Dienststelle für Auslandspropaganda, die Walther Heide, Präsident des DZV leitet, sowie Schriftleiter im Fachorgan *Zeitungswissenschaft*, eine neu geschaffene Funktion, die ihm Heide zuschante; 1936 Promotion und Leiter der „Reichsfachabteilung Zeitungswissenschaft der Deutschen Studentenschaft“.²⁶

Spätestens ab 1936, befindet Kutsch, „muß er mit Walther Heide zu den einflußreichsten Figuren in der Wissenschaftspolitik der Disziplin gerechnet werden“. In der „eigenartigen Verbindung zwischen Heide und Kurth gilt der Präsident des DZV als fürsorglicher Schirmherr für Kurths weitere Karriere, während Kurth als dessen Protagonist für die Durchsetzung von Heides wissenschaftlichen Vorstellungen zunächst in der Studentenschaft und später in wenig niveauevollen, dafür aber um so stärker polemischen Publikationen sorgt.“²⁷

1938 verfasste Kurth gemeinsam mit Wolfgang Hollmann die Schrift „Durchbruch zur Zeitungswissenschaft“.²⁸ 1940 veröffentlichte er – wiederum gemeinsam mit Hollmann – eine Studie

über die „Wirkungsgesetze der Presse“.²⁹ Im selben Jahr habilitierte er sich an der Universität Königsberg mit der Arbeit „Taktik und Strategie der Nachrichtenpolitik“. 1941 wurde er mit der Leitung des dortigen Instituts für Zeitungswissenschaft betraut. Im selben Jahr publizierte er in geistiger Fortsetzung seiner Habilitationsschrift gemeinsam mit Hans Jessen eine Arbeit über die friderizianische Nachrichtenpolitik.³⁰ Bald danach war er in Wien, wo er im Wintersemester 1941/42 als Institutsvorstand in spe eine Vorlesung zur „Zeitungswissenschaft I“ und eine Übung zum Thema „Zur vergleichenden Interpretation friderizianischer und thesianischer Kriegsberichte“ abhielt.

3. „Vom Wesen und Wirken der Nachricht“

Unter diesem Titel legte Kurth am 7. Mai 1942, am Tag der offiziellen Eröffnung des Instituts für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien, eine rund dreißig Seiten lange Broschüre vor.³¹ Er kennzeichnete sie als „Versuch einer philosophischen Grundlage des Journalismus“,³² seiner wissenschaftlichen „Amtlichkeit“ seit 1936 gewiss. Diesen Versuch startete er gemäß der zugeordneten Bedeutung des Instituts mit einer pro domo sprechenden Anmerkung im Vorwort aus:

Die folgenden Gedankengänge wurden [...] zuerst vor Studierenden dieser Disziplin an der Universität Wien vorgetragen und sodann auf einem, im Zusammenwirken deutscher Reichsstellen mit der Kroatischen Regierung durchgeführten Kurs für Schriftleiter der kroatischen Presse in Agram wiederholt.

Was Kurth mit dem „Versuch einer philosophischen Grundlage des Journalismus“ zu beglaubigen oder zu definieren meinte, kann nicht Sache dieses Beitrags sein. Seine Thematik wäre schnell überfordert. Aus dem Blickfeld der fachgeschichtlichen Forschung gerät diese Broschüre deshalb aber nicht. Es ist zu erwarten, dass ihre Intentionen im Kontext all seiner programmatischen

und Nachrichtengestaltung. Berlin 1940. Zweite durchgesehene und erweiterte Auflage 1941.

²⁶ erschienen im Verlag Duncker & Humblot, Berlin.

²⁷ Karl Kurth: *Vom Wesen und Wirken der Nachricht.* (= Wiener wissenschaftliche Vorträge und Reden. Heft 3.) Wien, Leipzig 1942.

²⁸ w.o. 6.

²⁶ Kutsch, Karl Oswin Kurth, a.a.O., 407; ders., *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*, 229.

²⁷ ebda.

²⁸ erschienen im Verlag Röhrscheid, Bonn, als Band 4 der Reihe „Vorträge und Abhandlungen“ des Instituts für Zeitungswissenschaft an der Universität Köln.

²⁹ Karl Kurth/Wolfgang Hollmann: *Die Wirkungsgesetze der Presse. Gedanken über den Zusammenhang von Volkstum*

Schriften in einer am Wiener Institut angenommen und hoffentlich bald vorliegenden Dissertation analysiert werden. Daher seien hier nur zwei Kernaussagen angeführt, die exemplarisch einen Teil seines engen Gravitätsspektrums dokumentieren, die Beziehung von Führen und Auslösen von „Willensentschlüssen“:

*Was ist eigentlich Journalismus? Wovon kann er den Anspruch herleiten, Menschen täglich zu führen, daß sie selbst Willensentschlüsse fassen und nicht durch fremde Gewalt, Zwang oder Drohung veranlaßt werden, im bestimmten Sinne zu handeln und nicht anders?*³³

*Eine Nachricht wirkt [...] nicht nur meinungsbildend, sondern löst in dem Nachrichtempfänger eigene motorische Impulse aus. Ich wiederhole: eigene Willensentschlüsse. Deshalb ist die Nachricht und mit ihr die Presse ebenso mächtig und wirksam wie selbst die gesetzgebende und vollziehende Gewalt, denn ein Gesetz oder eine Anordnung oder ein Befehl stellen einen fremden Willen dar, der erst zum eigenen Willen werden muß, ehe er sich auf die Dauer als wirksam erweist. Wenn man dagegen jemanden nicht befehlen will oder kann, so wird man ihm Tatsachen vor Augen führen, die in ihm selbst Entschlüsse auslösen.*³⁴

An den beiden folgenden Tagen nach der Institutseröffnung fand in der Nationalbibliothek eine Dozententagung des DVZ statt. Dabei ging es um die Klärung des Forschungsgebietes der Zeitungswissenschaft, v.a. aber um die viel beschworene „Einheit der Disziplin“ in der Öffentlichkeit. Das Ergebnis dieser Tagung führte zu folgender Formel, mit der sich Kurth gegenüber Hans A. Münster durchsetzte: „Zeitungswissenschaft befasst sich in Forschung und Lehre mit der gesamten Presse sowie mit der Nachrichtenpublizistik, d.h. mit dem Einsatz der Nachrichten in allen ihren Darbietungsformen“.³⁵

4. Aktivitäten und Pläne von Kurth in Wien

Kurth bestritt bis zu seinem freiwilligen Eintritt in die Wehrmacht fast das gesamte Lehrangebot. Aber auch danach war er sehr präsent, dokumentiert zumindest das Vorlesungsverzeichnis. So hielt er z.B. im Sommersemester 1944 folgende Lehrveranstaltungen ab: „Die publizistischen Führungsmittel“ (Vorlesung), „Probleme des presse- und nachrichtenpolitischen Kampfes im 1. Weltkrieg“ (Hauptseminar) sowie „Große Journalisten der Vergangenheit“ (Proseminar). Marianne Pig (nach ihrer Heirat: Lunzer-Lindhausen) war mit einer Lehrveranstaltung vertreten: mit der Übung „Nachrichtenverwertung und Nachrichtengestaltung“. Kurth und Pig sahen sich damals rund 100 Studierenden gegenüber. Im Wintersemester 1942/43 waren es 162 (die größte Zahl an Studierenden), im Sommersemester 1945 war die Zahl auf 52 gesunken.³⁶

Kurth bestritt bis zu seinem freiwilligen Eintritt in die Wehrmacht fast das gesamte Lehrangebot.

Kurth entwickelte mit „unbestreitbar großem Fleiß“, ein Attest von Kutsch angesichts dessen Aktivitäten beim „Göttinger Arbeitskreis“ (s. oben), ein ‚stolz‘ erdachtes, seinen Vorstellungen vom Fach und den Aufgaben des Instituts entsprechendes Publikationsprogramm:

- Repetitorium der Zeitungswissenschaft (Der Lehrplan in sieben Teilen)
- Wiener Forschungen zur Geschichte der Presse- und Nachrichtenpolitik (Dissertationsreihe)
- Geschichte der Südostpresse (Reihe oder Handbuch)
- Sitzungsberichte der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung Wien im DZV (Jahrespublikation)
- Geschichte der geistigen Kriegsführung in vier Bänden (1. Antike, 2. Von Karl dem Großen bis 1806, 3. Von den Freiheitskriegen bis zur Gegenwart und 4. Taktik und Strategie der Nachrichtenpolitik)
- Schriftenreihe über das Generalgouvernement (Polen).³⁷

³³ w.o. 10.

³⁴ w.o. 13-14.

³⁵ Bilanz der deutschen zeitungswissenschaftlichen Arbeit. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 6, 284-309; hier

307.

³⁶ Duchkowitsch, *Zeitungswissenschaft „an der schönen heimatlichen Donaustadt“*, a.a.O., 165.

³⁷ w.o. 169.

Davon kamen aufgrund seines freiwilligen Eintritts in die Wehrmacht nur zwei Teile des „Repetitoriums der Zeitungswissenschaft“ zustande: das Heft I. „Die publizistischen Führungsmittel“ sowie das Heft VIa. „Zeitschriftenwesen“, beide Wien 1944. Abgesehen von der Herausgabe des *Wienerischen Diariums* über den Umweg der von ihm gegründeten „Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung Wien im DZV“ (s. oben) brachte Kurth im Rahmen der Reihe „Quellenhefte zur Zeitungswissenschaft“ die Publikation „Die ältesten Schriften für und wider die Zeitung“ heraus,³⁸ eine Zusammenstellung, die Beachtung verdient, ohne damit seine Funktion als „Scharfmacher“ des Fachs zudecken zu wollen.

5. Zum Werdegang von Kurt Paupié

5.1

Paupié war 19 Jahre alt, als der 2. Weltkrieg begann. Im Nachruf auf ihn schrieb Gottschlich: „Nach der Matura studierte er zunächst Medizin in Bonn, mußte dieses Studium jedoch bald durch seine Einberufung zur deutschen Wehrmacht aufgeben.“³⁹ Die Wirklichkeit ist eine andere. Nach Abschluss der Matura – einer Externistenmatura – am 25.9.1939 legte er an der Universität Graz das Vorphysikum ab, meldete sich danach aber sofort zur Wehrmacht. Seinen Angaben zufolge diente er als Sanitäter bei der Luftwaffe vom 10.10.1939 bis 13.7.1945 und nahm an den „Feldzügen“ [!] in Russland und im „Westen“ teil.⁴⁰ Im Curriculum vitae, verfasst am 19.10.1957, im Jahr nach Vorlage der Habilitationsschrift (s. dazu weiter unten), hielt er fest: Während des Wintersemesters 1943/44 und des Sommersemesters 1944 „wurde mir Gelegenheit gegeben, im Rahmen einer Studentenkompanie an der Universität Bonn Medizin zu inskribieren.“⁴¹ Der Hintergrund für das einjährige Medizinstudium: Er sollte als Sanitätsoffizier „Verwendung finden“.⁴² Aus zwei Semestern „Medizin“ wurde also eine salonfähige, „desinfizierte“ Geschichte, die sich quasi von selbst fortschrieb.

Allein für sich genommen, steht sie lediglich als Beleg für eine zurecht gezimmerte, sehr „saubere“ Vergangenheit im 2. Weltkrieg. „Ich war weder Angehöriger noch Anwärter der NSDAP“, bekundete Paupié im Bewerbungsschreiben um ein weiteres Fortkommen am Institut für Zeitungswissenschaft, nachdem er mit 1.10.1948 als wissenschaftliche Hilfskraft angestellt worden war. Das polizeiliche Führungszeugnis, ausgestellt am 20.12.1948, enthielt den Vermerk, dass über ihn nichts Nachteiliges vorgemerkt sei. Es war, wie in dieser Zeit üblich, mit dem Stempel versehen: „Das Führungszeugnis gibt keine Auskunft über die Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen.“ Als Paupié sich um eine Assistentenstelle am Institut bemühte, musste er eidesstattlich gleich allen anderen BewerberInnen um einen öffentlichen Dienstposten zwei damals unverzichtbare Fragen beantworten: Sind Sie minderbelastet im Sinne des VBG (des Verbotsgesetzes) § 47, sind Sie belastet? Auf beide antwortete er mit „nein“.

Damit entsprach er nicht der Wahrheit. Er war Mitglied der SA (SA-Standarte 12, Sturm 6) ab 1.1.1938, also kein „Märzveilchen“.⁴³ Davor war er schon bei der HJ. Zwei Jahre verbrachte er – von wann an, geht aus dem Gauakt nicht hervor – deshalb sogar in der „Korrekptionsanstalt Kaiser-ebersdorf“. Ein „Umstand“, der vorderhand den Abschluss seiner Externistenmatura im Alter von 19 Jahren erklärt, keine vier Wochen nach Beginn des 2. Weltkriegs. Später wurde er (vermutlich 1939) „aus der HJ als Mitglied in die NSDAP übernommen.“⁴⁴

5.2

Nach Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft war Paupié freier Mitarbeiter bei diversen österreichischen und deutschen Blättern. Vom 1.12.1945 bis 31.1.1947 arbeitete er als Werkstudent bei der RAVAG, Sender Wien, zunächst als Reporter für das „Echo des Tages“, danach in der wissenschaftlichen Abteilung. Das Studium der Zeitungswissenschaft (Nebenfach: Neuere österreichische Geschichte) schloss er

³⁸ Erschienen 1944 im Verlag Rohrer, Brünn, München, Wien.

³⁹ Gottschlich, *Kurt Paupié †*, a.a.O., 179.

⁴⁰ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

⁴¹ ebda.

⁴² Archiv der Republik Österreich, Gauakt Paupié.

⁴³ Als „Märzveilchen“ wurden alle jene bezeichnet, die nach dem „Anschluss“ Österreichs (März 1938) einer Organisation der neuen Machthaber beigetreten sind.

⁴⁴ Archiv der Republik Österreich, Gauakt Paupié. Dies stellte die Gauleitung Wien, Personalamt, Hauptstelle für politische Bildung fest.

1949 ab. Er dissertierte beim Honorarprofessor Eduard Ludwig, Nationalrat der ÖVP, a.o. Gesandter, bevollmächtigter Minister (vor 1938 hochrangiger Funktionär und ab 1936 im Rahmen der ständestaatlich organisierten Pressekommission für die Heranbildung von Journalisten zuständig, was ihm nach 1945 die kommissarische Leitung des Instituts eintrug) mit einer Arbeit über Moritz Szeps.⁴⁵

Im Herbst 1948 erhielt er eine Stelle als Privatassistent Ludwigs, nach seiner Promotion ab 1.1.1950 eine als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitungswissenschaft, das zu dieser Zeit rund 300 Hörer und Hörerinnen besuchten.⁴⁶ Von da an begann seine – nicht gerade als stürmisch zu bezeichnende – universitäre Karriere.

Am 1.12.1954 wurde er „nichtständiger“ Hochschulassistent. Zwei Jahre später reichte er die Habilitationsschrift ein, „seinem verehrten Lehrer, Excellenz Minister Eduard Ludwig,“ im Vorwort „dafür danken[d], dass er ihm bei der Durchführung [...] immer hinweisend und ratend zur Seite gestanden hat“. Sie trägt den Titel „Die Nachricht als Funktionsmittel menschlicher Kommunikation. Nachgewiesen an Hand der optischen Erscheinungsform der Zeitung“ und umfasst – zweizeilig geschrieben – 182 Seiten. 1957 stellte sie die Fakultät mit nur einer Gegenstimme zurück: Eine neuerliche Behandlung sei erst nach Vorlage weiterer gedruckter Arbeiten möglich.⁴⁷ Die Erfüllung dieser Bedingung dauerte bis 1961, auch wenn er zunächst unverzüglich reagierte.

5.3

Er veröffentlichte noch im selben Jahr eine 32 Textseiten umfassende Studie unter dem Titel „Öffentlichkeit, Meinungsbildung und Nachricht“; sie erschien im Verlag Braumüller, Wien. Reich erscheint auf den ersten Blick ihre acht (!) Seiten lange „Literatur und Quellenangabe“. In der Studie selbst bezog er sich allerdings nur auf einige wenige Schriften, die er in der „Literatur

und Quellenangabe“ angeführt hatte. Er legte somit kein Verzeichnis verwendeter Literatur vor, sondern betrieb eine Art Bibliographie. Darin führte er neun Autorinnen und Autoren an, die sich im „Dritten Reich“ hervorgetan hatten: Zweimal Heide, dreimal Kurth und dreimal Wilhelm Waldkirch, erbrachte insgesamt 16 bibliographische Eintragungen (vgl. Anhang).

Griff Paupié deshalb auf Publikationen von Heide, Kurth und anderen zu, weil sie in der Institutsbibliothek vorhanden waren, weil er sie zu Hause hatte, weil sie ihm Ludwig, sein verehrter Lehrer, empfohlen hatte, weil er ihre Absichten nicht ganz durchblickte oder weil er sie durchschaute, ihnen vertraute und zu ihrer Rezeptionsrestauration verhelfen wollte?

Die Suche nach einer Beantwortung dieses Fragenkomplexes führt zu seiner Habilitationsschrift zurück. Eine hinlänglich argumentierbare Antwort liefert das fünfte Kapitel: „Die Abhängigkeit der Gesellschaft vom Kommunikationsmittel Zeitung.“ Primär ging es ihm dort darum, „einer sozialpsychologischen Betrachtung der Nachrichtenwirkung gerecht zu werden“.⁴⁸ Nach einem kurzen Ausflug in die Individualpsychologie betonte er:

Halten wir zunächst fest: die Nachricht wird mit der Absicht abgegeben, den anderen zu einer Handlung zu veranlassen, sie rechnet auf Reaktion. Es ist nun festzuhalten, an welchem Punkte des Komplexes, den die Persönlichkeit des Nachrichtenempfängers darstellt, die Nachricht einzudringen vermag.⁴⁹

Die Rückversicherung dafür fand Paupié in folgender Aussage Kurths, entnommen aus der 1942 erschienenen Broschüre „Vom Wesen und Wirken der Nachricht“:

Wenn nun eine Tatsache mitgeteilt wird, so scheidet der Empfänger dieser Nachricht immer sofort, wie weit ihn der Tatbestand angeht. Das Interesse des Zeitungslersers [„am Weltgeschehen“ unterschlug Paupié, ohne dies wider wissenschaftlicher Norm kenntlich zu machen] ist zu

⁴⁵ Kurt Paupié: *Moritz Szeps. Persönlichkeit, Werk und Beziehungen zum Kaiserhaus*. Phil. Diss. Wien 1949.

⁴⁶ Archiv der Republik Österreich, Personalakt Paupié.

⁴⁷ ebda.

⁴⁸ Kurt Paupié: *Die Nachricht als Funktionsmittel*

menschlicher Kommunikation. Nachgewiesen an Hand der optischen Erscheinungsform der Zeitung. Habil. Schrift Wien 1956, 103.

⁴⁹ ebda.

⁵⁰ Kurth, *Vom Wesen und Wirken der Nachricht*, a.a.O., 12.

verstehen als das Bedürfnis, sich zu den Tatsachen irgendwie einstellen zu wollen. Der Leser von Nachrichten prüft also mehr oder weniger bewußt die Tatsachen daraufhin, inwieweit und wie stark sie auf sein persönliches Leben und das seiner Gemeinschaft: Familie, Bekanntschaft oder Volk einwirken können.⁵⁰

Am 27.1.1961 erhielt er die *venia legendi*. Die Fakultät konzidierte ihm „zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften“. Insbesondere hob sie sein „Handbuch der österreichischen Pressegeschichte“ hervor,⁵¹ das damals nur als Band 1 vorlag.⁵² Der Orientalist Herbert Wilhelm Duda, oftmaliger Begutachter zeitungswissenschaftlicher Dissertationen des Instituts, beurteilte es folgendermaßen: „In diesem Werk zeigt sich die Bedeutung der Zeitungswissenschaft als historische Hilfswissenschaft.“⁵³

5.4

Paupié trat mit 7.12.1962 in ein dauerndes Dienstverhältnis über. Den Titel Oberassistent (a. Prof.) erhielt er am 20.4.1967. Zum Ordentlichen Professor und Institutsvorstand wurde er am 19.2.1969 berufen. Schon „in den frühen sechziger Jahren erkannte er“, so Gottschlich im Nachruf auf ihn, „die Notwendigkeit der Integration von Theorie und Praxis im Kommunikationsbereich und verpflichtete namhafte österreichische Journalisten an das Institut.“⁵⁴ Er baute „kontinuierlich das Lehr- und Forschungsangebot aus“ und förderte die „Vielfalt wissenschaftlicher Betätigung und Auseinandersetzung sowohl bei den Studenten als auch bei seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern“, dies auf „der Basis seiner überzeugenden liberalen Grundhaltung“.⁵⁵

6. Paupié, ein „Professor Seltsam“?

Paupié war Mitglied der NSDAP wie rund 600.000 andere Österreicher und Österreicherinnen auch. Den Beitritt zur SA, als der „Umbruch“ in der Luft hing, teilt er mit vielen

knapp 18-jährigen, die Einweisung in die „Korrekptionsanstalt Kaiserebersdorf“ wegen seiner Tätigkeit bei der illegalen HJ mit etlichen. Die eidesstattliche Verleugnung, bei der SA und NSDAP gewesen zu sein, teilt er mit vielen, die sich in der Nachkriegszeit um eine Stelle im öffentlichen Dienst beworben haben. Die „Lebenslüge“, ein Studium vor der Einberufung zur Wehrmacht begonnen zu haben, ist nicht weit entfernt von Vertuschungen ähnlicher oder anderer Art. Abgesehen von jenen Wissenschaftlern, die nach ihrer 1945 erfolgten Relegation ihre universitäre Karriere doch fortsetzen konnten, teilt er als ehemaliges Mitglied der SA und NSDAP seine Berufung zu einem Institutsvorstand auf einer österreichischen Universität höchstwahrscheinlich nur mit ganz wenigen Professoren.

Doch selbst dies stellt bloß einen biographischen Hintergrund für manche seiner Aktivitäten vor und nach seiner Berufung zum Institutsvorstand dar. Am 24.2.1964 wurde dem Institut seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung der Auftrag erteilt, „eine Analyse der Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationsdienstes im Büro des Bundesministers für Landesverteidigung zu machen.“⁵⁶ Die Analyse, durchgeführt von einem Arbeitsteam des Instituts, erstreckte sich vom 11.4.1961 bis zum 11.4.1964. Dazu gehörte eine Auswertung der Haltung aller österreichischen Tageszeitungen zu Problemen der Landesverteidigung im Allgemeinen und des Bundesheeres im Besonderen. Die Einschätzung der Haltung erfolgte nach keinem gängigen Skalierungsverfahren, sondern nach folgenden Wertungen: „sehr positiv“, „positiv“, „leicht positiv“, „zurückhaltend“, „nicht profiliert“, „kritisch, aber wohlwollend“, „nicht negativ“, „leicht negativ“ und „negativ“. Als „positiv“ bewertete die Studie z.B. einen Bericht der Zeitung *Express*, „in dem das Bundesheer als hart und nicht immer angenehm und frei von Schikanen geschildert wird“. Als „negativ“ wurde das *Neue Österreich* bewertet, weil es „sehr empfindlich“ sei bei „Schikanen und bei NS-Vergangenheit von Offizieren“.

⁵¹ Archiv der Republik, Personalakt Paupié.

⁵² Der zweite Band erschien erst 1966, ebenfalls im Verlag Braumüller, Wien.

⁵³ Archiv der Republik, Personalakt Paupié.

⁵⁴ Gottschlich, *Kurt Paupié †*, a.a.O., 179.

⁵⁵ ebda.

⁵⁶ *Analyse der Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationsdienstes im Bundesministerium für Landesverteidigung*, Wien 1964.

1970 unterstützte das Bundesministerium für Landesverteidigung sowie jenes für Unterricht eine bei Paupié eingereichte Dissertation über die „Frontzeitungen des deutschen Heeres 1939-45“. Heinz-Werner Eckhardt, der im Oktober 1966 zum Leutnant der Reserve befördert worden ist, hielt im Vorwort zunächst fest, dass die Frontzeitungen „unter bestimmten Voraussetzungen [welchen bloß?] zur Verfeinerung [!] der Geschichtsschreibung beitragen könnten“.⁵⁷ Sodann hob er hervor:

Für die Einsatzgeschichte der Propagandatruppen war ich in der glücklichen Lage, auf eine Zeitschrift zurückgreifen zu können, die sich schon bald nach Kriegsende, wenn zunächst mit anderer Blickrichtung [?], mit diesem Problemkreis in unzähligen Details beschäftigt. Es ist dies die ‚Wildente‘, die in erster Linie den Zusammenhalt der Angehörigen der ehemaligen Propagandatruppen pflegen sollte und deren Herausgeber Günther Heysing sich daneben immer mehr einer Dokumentation aller Teilgebiete der Propagandatruppen widmet.

Kann man in diesem Zusammenhang davon ausgehen, dass Paupié – immerhin hatte er Neuere österreichische Geschichte im Nebenfach studiert – nichts von Quellenkritik hielt? Wusste er nicht, welche Intentionen die *Wildente* verfolgt? Wusste er nicht, dass Herr Heysing, dem Eckhardt „großen Dank für prinzipielle [!] Aufklärungen und für die Beantwortung zahlreicher Detailfragen“⁵⁸ aussprach, Autor von Büchern war, wie „Unteroffizier Emsig. Ein Reservist erzählt“, Potsdam 1937, „Junge Soldaten. Erlebnisbericht eines Rekruten“, Potsdam 1939, „Er ging an meiner Seite“, 1940 oder „Adler gegen Falken. Sonderdienste der deutschen Luftwaffe im Kampf gegen die SU“, Hamburg 1967, erschienen im Verlag „Wildente“? Wusste er nicht, dass Heysing Kriegsberichterstatter war? Waren ihm die beiden folgenden Sätze aus dem Vorwort nicht höchst bedenklich, der erste „dunkel“ gehalten, der zweite umso heller?

Beim Versuch, Aussagen zur Problematik des Frontzeitungswesens oder der Wehrmachtspropa-

ganda zu erhalten, war in einzelnen Fällen eine Animosität feststellbar, die heute nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Die Mehrzahl der Herren aber, die ich ausfindig machen konnte, waren gerne bereit, aus bester Erinnerung mir bei der Klärung einer Unzahl von Details zu helfen.⁵⁹

„Polenfeldzug“, „Rußlandfeldzug“, „Westfeldzug“ und „Balkanfeldzug“ – ein Vokabular, in dem Eckhardt und sein „Dissertationsvater“ einander wie ein Ei dem anderen glichen, ein Vokabular der „Landser-Hefte“, setzte sich vom Inhaltsverzeichnis ausgehend im Text fort, wie z.B.: „180 000 Mann blieben im Kurlandkessel zurück“⁶⁰ oder „Ende August 1942 wurde die 11. Armee [...] an die Leningrad-Front geworfen“. Offensichtlich hatte Paupié auch an folgenden Schilderungen seinen Gefallen gefunden:⁶¹

Erst sollte der Kurland-Kämpfer in Danzig erscheinen, dann in Stettin, doch der Feind war immer rascher zur Stelle.⁶²

Je weiter man nach Osten kam, desto unmöglicher [sic!] wurde ihre Beschaffung [die Beschaffung funktionsfähiger Druckereien. Erg.]. Meist war vor Herannahen der deutschen Wehrmacht genug Zeit geblieben, um ‚verbrannte Erde‘ auch in den Druckereien zu hinterlassen. Die Maschinen waren unbrauchbar gemacht, die Setzkästen ausgeschüttet und verstreut und die Räumlichkeiten verwüstet.⁶³

Denn mit der Drucklegung dieser Dissertation im Jahr 1975 eröffnete Paupié die „Schriftenreihe des Instituts für Publizistik der Universität Wien“ im Verlag Braumüller.

Ein Jahr davor approbierte er die Dissertation „Der berufsständische Aufbau der Presse im Deutschen Reich (1933-45) und in Österreich (1936-45)“ von Helmut Golowitsch, einem Teilnehmer als „Waffenstudent“ am „Südtiroler Freiheitskampf“.⁶⁴ Wegen „politischer Verschwörung“, Besitzes von Sprengmitteln und versuchter Sachbeschädigung wurde Golowitsch 1962 zu vier Jahren, einem Monat und zehn Tagen Gefängnis verurteilt.⁶⁵ Er rief gemeinsam mit

⁵⁷ Heinz-Werner Eckhardt: *Die Frontzeitungen des deutschen Heeres 1939-45. Ihre Stellung innerhalb der deutschen Presse und ihre Organisation im Felde*. Phil. Diss. Wien 1970. Vorwort, Bl. 3.

⁵⁸ w.o. Bl. 4.

⁵⁹ ebda.

⁶⁰ w.o. S. 95.

⁶¹ w.o. 122.

⁶² w.o. 96.

⁶³ w.o. 156.

⁶⁴ *Handbuch des Rechtsextremismus*. Hg.: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1993, 298.

⁶⁵ Erhard Hartung/Peter Kienesberger: *Chronik 1959-1969*. In: Otto Scrinici (Hg.): *Chronik Südtirol 1959-1969*. Graz, Stuttgart 1996, 280.

Dr. Norbert Burger und zwei anderen 1966/67 die Nationaldemokratische Partei (NDP) ins Leben.⁶⁶ 1970 zwangen ihn familiäre Gründe zur Unterbrechung des Studiums und zur Übernahme der väterlichen Firma, im Wintersemester 1974/75 nahm er sein Studium wieder auf und reichte seine Dissertation ein. Das Vorwort beginnt mit folgendem Satz: „Die vorliegende Arbeit könnte eine brauchbare Anleitung dafür sein, wie man die Presse zentral steuern kann.“ Wem das noch nicht genug ist, schlägt die Seite 2 des Vorworts auf:⁶⁷

Das Dritte Reich hingegen [gemeint ist gegenüber Mussolini, Erg.] tat einen tiefen Eingriff in die Struktur der Presse und sicherte sich auch die geistige Ausrichtung. Zwei miteinander rivalisierende Männer und Konzepte standen hier anfangs einander gegenüber. Später, so werden wir sehen, ergänzten ihre Maßnahmen einander gegenseitig (!) und führten gemeinsam zum gewünschten Ziel.⁶⁸

Golowitsch versah die bibliographischen Eintragungen im Quellen- und Literaturverzeichnis mit der jeweiligen Signatur des Standortes. Ein Service besonderer Art, wäre da nicht ein klitzekleiner Hinweis angebracht. Bei einigen Druckschriften führte er „Eigenbesitz“ an, so z.B. Hitlers „Mein Kampf“, 307.-311. Auflage, München 1938 und Heides Anleitung „Wie studiere ich Zeitungswissenschaft?“, Essen 1943, Feldpostausgabe.

7. Vorläufiges Resümee

Wie bereits bei der Tagung in Dortmund *expressis verbis* betont, hier in schriftlicher Form wiederholt, geht es nicht darum, Paupié wegen seiner Mitgliedschaft bei der HJ, der SA und der NDSAP oder seines freiwilligen Eintritts in die Wehrmacht nachträglich einen Schuldstrick umzuhängen. Andererseits kann nicht sorglos übergangen werden, dass er es verstanden hat, seine Vita im „Dritten Reich“ jahrzehntelang zu verschleiern, „schön“ zu definieren und sich vor irgendwelchen „peinlichen“ Nachfragen zu schüt-

zen. Dass er eidesstattlich die Fragen nach einer Belastung im Sinne des VBG 1947 wider der Wahrheit mit „nein“ beantwortet hat, ist zwar ein Faktum, steht aber nicht im Zusammenhang mit der Frage nach Kontinuitäten von der Zeitungszur Publizistikwissenschaft.

Dass er in der 1957 erschienenen Studie „Öffentlichkeit, Meinungsbildung und Nachricht“, einer seiner wenigen gedruckten Arbeiten überhaupt, mehrere Autorinnen und Autoren des „Dritten Reichs“ angeführt hat, darunter Schriften von Heide und Kurth, wiegt hingegen anders. Dies betrifft ebenso seine Bezugnahme auf Kurth in der Habilitationsschrift, als es ihm darum gegangen war, einer sozialpsychologischen Betrachtung der Nachrichtenwirkung gerecht zu werden.

Allein an der Studie für das österreichische Bundesheer sowie an den beiden genannten Dissertationen, denen er zur Seite gestanden ist, soll Paupié noch nicht gemessen werden. Schon gar nicht

Paupié hat es verstanden, seine Vita im „Dritten Reich“ zu verschleiern und sich vor irgendwelchen „peinlichen“ Nachfragen zu schützen.

an dem Gerücht, er habe noch (?) in den 60er Jahren „braune Zellen“ unter der Studentenschaft geduldet oder sogar gefördert. An seiner Geschichte, an seinem

Wirken als Institutsvorstand wie auch während der Zeit davor wird ebenso noch zu arbeiten sein wie an seiner Bedeutung für das Image des Instituts selbst. Gespräche mit Zeitzeugen lassen erkennen, dass er für manche Studenten durchaus ein angestrahelter Lehrer war.

Anhang

Liste der in Paupié's Studie „Öffentlichkeit, Meinungsbildung und Nachricht“ angegebenen Bücher aus der NS-Zeit, vorgelegt ein Jahr nach Abgabe seiner Habilitationsschrift:

Ilse Böttcher: *Film und Tageszeitung. Vergleich ihrer Struktur und Wirkungsmöglichkeit.* (= Schriftenreihe: Wesen und Wirken der Publizistik. 9). Leipzig 1937.

⁶⁶ *Handbuch des Rechtsextremismus*, a.a.O., 330.

⁶⁷ Helmut Golowitsch: *Der berufsständische Aufbau der*

Presse im Deutschen Reich (1933-45) und in Österreich (1936-45). Phil. Diss. Wien 1974, 1.

⁶⁸ w.o. 2.

Karl d'Ester: *Die Presse und ihre Leute im Spiegel der Dichtung. Eine Ernte aus drei Jahrhunderten.* Würzburg 1941.

Walther Heide (Hg.): *Handbuch der Zeitungswissenschaft.* Leipzig 1940-1942.

Willy Klutentreter: *Presse und Volksgemeinschaft. Eine soziologisch-zeitungswissenschaftliche Studie über das Verhältnis von Presse, Volk und Staat in Deutschland.* 1937.

Karl Kurth: *Repetitorium der Zeitungswissenschaft. Der Lehrplan in sieben Teilen: 1. Die publizistischen Führungsmittel.* Wien 1944.

ders.: *Die ältesten Schriften für und wider die Zeitung.* Berlin 1944.

ders.: *Vom Wesen und Wirken der Nachricht.* (= Wiener wissenschaftliche Vorträge und Reden. Heft 3.). Wien 1942.

ders.: *Die Wirkungsgesetze der Presse. Gedanken*

über den Zusammenhang von Volkstum und Nachrichtengestaltung. Berlin 1941.

Hans A. Münster: *Geschichte der deutschen Presse.* Leipzig 1941.

ders.: *Die moderne Presse. Das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen im In- und Ausland in zwei Bänden.* Bad-Kreuznach 1935/36.

Willy Stiewe: *Das Bild als Nachricht. Nachrichtenwert und Technik des Bildes.* Berlin 1933.

Alfred Sturminger: *Politische Propaganda in der Weltgeschichte.* Salzburg 1938.

Wilhelm Waldkirch: *Die zeitungspolitische Aufgabe.* 2 Bände. Ludwigshafen 1934/35.

ders.: *Publizistik. Menschen – Methoden – Mittel.* Leipzig 1939.

ders.: *Zeitung und Politik. Eine Einführung in die Zeitungswissenschaft.* Leipzig 1935.

Univ.-Doz. Dr. Wolfgang DUCHKOWITSCH (1942)

Doz. am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; Herausgeber mehrerer kommunikationshistorischer Bücher, zuletzt: *Die österreichische NS-Presse 1918-1933* (2001). Verfasser zahlreicher Aufsätze und Bücherbeiträge sowie Leiter mehrerer kommunikationswissenschaftlicher Forschungsprojekte.

Franz Ronnebergers Wiener Jahre

Seine journalistische Tätigkeit und seine Mitarbeit am „Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens der Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ)“ in Wien 1941-45

Fritz Hausjell

Am 11. Dezember 1941 wurde in Wien die Union Nationaler Journalistenverbände gegründet und tags darauf feierlich verkündet.¹ Gründungsmitglieder waren Delegationen des Reichsverbandes der Deutschen Presse (RDP), des italienischen Journalistensyndikates sowie der bulgarischen, kroatischen, rumänischen, slowakischen und ungarischen nationalen Journalistenverbände.²

Dieser Gründung waren andere Zusammenschlüsse vorangegangen: Im Sommer 1939 war ein Internationaler Presseverband gegründet worden, getragen vom Reichsverband der Deutschen Presse (RDP) und dem Sindacato Nazionale dei Giornalisti, dessen Aufgabe vor allem „in der Bekämpfung der internationalen Presselüge“ gesehen wurde. Dazu das RDP-Verbandsorgan *Deutsche Presse*.

Der Internationale Presseverband, der allen ehrlichen und anständigen Journalisten der Welt offenstehen wird, wird seine vornehmste Aufgabe darin zu erblicken haben, dem völkerverhetzenden Treiben einer gemeingefährlichen Weltpresse Einhalt zu gebieten und den internationalen Friedensstörern auf dem Gebiete der Presse das Handwerk zu legen, damit diese Methoden einer gewissen Weltpresse nicht zu einer Weltgefahr werden, die Europa in eine neue Katastrophe hineintreiben könnte.³

Am 24. Juli 1940 wurde in Berlin die erste Veranstaltung des Deutsch-italienischen Presseverbandes abgehalten. Dieser Verband diente „dem

geistigen Kontakt zwischen dem nationalsozialistischen und faschistischen Journalismus“ und widmete sich auch „praktischen Aufgaben“: Die beiden Verbände vergaben jährlich je vier Austausch-Stipendien für „Jungschriftleiter“. Das Präsidium bildeten Reichspressechef Otto Dietrich und der italienische Volkskulturminister Luca Pavolini.⁴

Am 11. und 12. Oktober 1940 fanden in München Besprechungen zwischen dem RDP und dem Faschistischen Nationalsyndikat der Journalisten (Sindacato Nazionale Fascista dei Giornalisti) statt. Reichspressechef Dietrich referierte dabei über die pressepolitische Neuordnung Europas nach dem Krieg und verlangte die Erziehung der Journalisten „durch ein neues Berufsethos von innen heraus“, wie das *Neue Wiener Tagblatt* berichtete:

Träger dieser Erziehungsarbeiten werden die nationalen Berufsverbände der Journalisten in den einzelnen Ländern sein. Darüber hinaus gibt es einige wenige Grundsätze, die alle Völker gemeinsam interessieren, weil sie Allgemeingut aller anständigen Menschen sind. Zu ihnen gehören:

- *Die Sauberkeit des Journalistenberufsstandes, die jede Art von Bestechlichkeit ausschließt,*
 - *das Prinzip der persönlichen Verantwortung des einzelnen Journalisten,*
 - *die Bekämpfung der Presselüge und*
 - *der Ausschluß des Judentums aus der Presse.*
- Diese Grundsätze des allgemein anerkannten*

¹ N.N.: *Die Eröffnungsfeier im Schönborn-Palais zu Wien. Der Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse und Präsident der Journalisten-Union, SA.-Obergruppenführer Weiß, sprach über die Ziele dieser neuen Vereinigung.* In: *Deutsche Presse*, 26/1941, 242-244, hier 242; oder: Maximilian du Prel: *Die Union nationaler Journalistenverbände.* In: *Auslandspressediens*, April 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

² N.N.: *Weltkampf gegen die Lüge. Reichspressechef Dr. Dietrich sprach in Wien - Union nationaler*

Journalistenverbände gegründet. In: *Deutsche Presse*, 26/1941, 241; vgl auch: N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände.* In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 2, 96-98.

³ Dr. H.: *Das Abkommen von Venedig. Gründung eines Internationalen Presseverbandes.* In: *Deutsche Presse*, 17/1939, 313 f.

⁴ [DNB]: *Deutsch-italienischer Presseverband.* In: *Frankfurter Zeitung*, 25. Juli 1940 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

Ehrenkodex der Journalisten zu internationaler Geltung zu bringen [...] wird Aufgabe eines neuen internationalen Berufsverbandes sein.⁵

Mit der Gründung der UNJ im Dezember 1941 wurde der schon davor begonnenen Zusammenarbeit der nationalen Journalistenverbände schließlich eine feste Organisationsform gegeben.⁶

Motive und Ziele der UNJ

Anlässlich der Gründung der UNJ hielt Reichspressechef Dietrich eine Rede, in der er die „Kriegsschuld“ der englischen, französischen und amerikanischen Presse betonte:

Hinter der Wand einer sogenannten „Pressefreiheit“ spielte sich ein Satyrspiel schamloser Beeinflussung, Bestechung und Korruption ab, das sich schließlich überhaupt jeder Kontrolle entzog und in dem Journalisten und Politiker im Grunde nichts anderes waren als von anonymen Mächten gelenkte und bezahlte Marionetten. Die Völker aber sind das Opfer.⁷

Die UNJ erklärt sich in ihren Satzungen als eine Vereinigung von nationalen journalistischen Berufsverbänden, „die Willens sind, den Grundsatz der Verantwortlichkeit im Journalismus international zur Geltung zu bringen“ und außerdem durch praktische Zusammenarbeit die Berufstätigkeit der Journalisten zu fördern. Insbesondere verpflichtete die Union ihre mittelbaren und unmittelbaren Mitglieder „zu nationaler, wahrheitsgetreuer und von materiellen Interessen unbeeinflusster publizistischer Arbeit.“⁸

In diesen Jahren wurde die Funktion des Zusammenschlusses der journalistischen Berufsverbände

des nationalsozialistischen Deutschland mit jenen besetzter oder im Krieg verbündeter Staaten noch eher verklausuliert formuliert. Später, kurz vor Ende des NS-Regimes, wurde die UNJ als das deklariert, was sie wohl in erster Linie sein sollte und war: ein wichtiges „Instrument und Organ der geistigen Kriegsführung“, wie es UNJ-Präsident Wilhelm Weiß im Dezember 1944 formuliert hat.⁹

Warum Wien Sitz der UNJ wurde

Einen Anhaltspunkt, warum dann 1941 gerade Wien – abgesehen von seiner zentralen geographischen Lage im Reich – als Sitz für die Union ausgewählt worden war, gibt die Rede von Geheimrat Prof. Dr. Walther Heide, dem Präsidenten des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes, anlässlich der Eröffnung des Zeitungswissenschaftlichen Instituts der Universität Wien im Mai 1942. Darin führte er aus:

Wer kürzlich den ersten Kongress der Union in Venedig miterleben durfte oder dessen Presseecho verfolgt hat, hat feststellen können, daß das Interesse für die Neuordnung der Presse und ihre wissenschaftliche Unterbauung am stärksten in den Staaten des europäischen Südostens hervortritt. Ich zweifle nicht daran, daß auch Wien wie durch die Union für Journalisten, so durch unser Institut für die Zeitungswissenschaft des Südostens zum Anziehungspunkt werden wird.¹⁰

In der Broschüre zum Palais Schönborn, das der UNJ vom Wiener Reichsstatthalter Baldur von Schirach zur Verfügung gestellt worden war, findet sich eine ähnliche Erklärung für die Wahl des Standortes:

Die Wahl des Ortes Wien war zweifellos eine besonders glückliche in Anbetracht des Umstan-

⁵ N.N.: *Dietrich über den Ausbau einer neuen Pressemoral. Rede des Reichspressechefs vor deutschen und italienischen Journalisten.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. Oktober 1940 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 07, Presse: Diverses (1938-45)].

⁶ Aussagen von hohen UNJ-Funktionären zur Gründung finden sich u.a. bei N.N.: *Über der Freiheit steht die Verantwortung. Reichspressechef Dr. Dietrich über die internationale Aufgabe der nationalen Presse.* In: *Zeitungs-Verlag*, 5/1/1941, 450; Helmut Sündermann: *Die Journalistenunion.* In: *Die innere Front*, 14. Dezember 1941, Bl. 1-2; ders.: *Die Journalistenunion.* In: *NS-Pressbrief*, 12/1941, 1.

⁷ J.: *Die Presse im neuen Europa. Programmatische Rede des Reichspressechefs Dr. Dietrich bei der Gründung der „Union nationaler Journalistenverbände“ in Wien.* In: *Neues Wiener*

Tagblatt, 13. Dezember 1941; vgl dazu auch: N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände. Heute in Wien gegründet.* In: *Der Neue Tag*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

⁸ N.N.: *„Union nationaler Journalistenverbände“ gegründet.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

⁹ N.N.: *Kämpferischer Journalismus. Die Arbeitstagung der Union Nationaler Journalistenverbände.* In: *Völkischer Beobachter*, 13. Dezember 1944 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

¹⁰ N.N.: *Zeitungswissenschaftliches Institut in Wien. Tagung der Zeitungswissenschaftler.* In: *Deutsche Presse*, 11/1942, 111-114, hier 112.

des, daß Wien sowohl von den Großstädten des Reiches wie denen Italiens und den Hauptstädten des Südostens zu erreichen ist, und daß es außerdem als Weltstadt von Ruf auf eine historisch bedeutsame Vergangenheit zurückblickt. Auch in der großzügigen Anlage seiner Bauten ist Wien einzigartig. Daß eines der erlesensten Palais der UNJ zur Verfügung gestellt wurde, beweist einerseits die Erkenntnis der großen Bedeutung, die Wien dem Journalismus zumißt, andererseits erleichtert diese großzügige Stiftung der UNJ die Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben in besonderem Maße.¹¹

SA-Obergruppenführer Wilhelm Weiß, Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters*, wurde zum ersten Präsidenten der UNJ gewählt.

gewählt.¹⁵ Zum Generalsekretär der Union wurde Maximilian Freiherr du Prel berufen, der zuvor Leiter des Amtes Parteipresse in der Reichspressestelle der NSDAP war.¹⁶

Die organisatorische Arbeit der UNJ wurde im Jänner 1942 aufgenommen. Am 1. Mai 1942

wurde der Presseklub der UNJ eröffnet. Als Präsident des Presseklubs fungierte ebenfalls Freiherr du Prel.¹⁷ Dem Vorstand gehörten außerdem die Wie-

ner Verbindungsmänner der nationalen Journalistenverbände an.¹⁸

Personal und Struktur der UNJ

Gründungsmitglieder der UNJ waren 1941 zunächst die journalistischen Berufsverbände von Deutschland, Italien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Ungarn und der Slowakei. Auf dem ersten Kongress der Union traten Spanien und Norwegen, letzteres in einer eigens anberaumten Präsidiumssitzung¹², bei. Japan galt als „nicht eingeschriebenes Mitglied der Front der neuen Presse“.¹³ Am 24. Juni 1943 trat Albanien auf der II. Internationalen Tagung in Wien der UNJ bei.¹⁴

SA-Obergruppenführer Wilhelm Weiß, Leiter des RDP und Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters*, wurde zum ersten Präsidenten

Zweck des Presseklubs sollte es sein,

*den zentralen Treffpunkt der in Wien ansässigen oder sich zeitweilig dort aufhaltenden Journalisten der Union zu bilden und den gesellschaftlichen Verkehr der Journalisten zu fördern, zugleich aber einen Klubring ins Leben zu rufen, dem die in den Verbandsstaaten der Union bestehenden Auslandspresseklubs und Auslandskorrespondentenvereinigungen angehören werden.*¹⁹

Auf der Präsidiumssitzung vom 13. April 1942 wurde dann die Errichtung von Außenstellen „bei den nationalen Journalistenverbänden“ beschlossen.²⁰ Außenstellen gab es damals bereits in Berlin, Rom, Budapest und Pressburg, in Planung

¹¹ [Erna von Wikullil-Freyler]: *Das Palais Schönborn in Wien. Als Heimstätte des Journalismus der neuen Ära*. In: Generalsekretariat der Union Nationaler Journalistenverbände / Segretariato Generale dell'Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti (Hg.): *Palais Schönborn in Wien / Il Palazzo Schönborn a Vienna. Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände / Sede della Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti*. Wien [o.J.], 35-38, hier 35.

¹² N.N.: *Der Gründungsakt*. In: Generalsekretariat der Union Nationaler Journalistenverbände / Segretariato Generale dell'Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti (Hg.): *Palais Schönborn in Wien / Il Palazzo Schönborn a Vienna. Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände / Sede della Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti*. Wien [o.J.], 18-22, hier 22.

¹³ Norbert Mayer: *Der Kongress von Venedig (Sonderbericht für die „Zeitungswissenschaft“)*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 3-4, 127-135, hier 127.

¹⁴ N.N.: *Anklagen vor dem Forum Europas. Albanien tritt der Union bei*. In: *Völkischer Beobachter*, 24. Juni 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

¹⁵ N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände gegründet*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; vgl. dazu auch: N.N.: *Union nationaler Journalisten-*

verbände. Heute in Wien gegründet. In: *Der Neue Tag*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; vgl. auch N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 2, 96-98.

¹⁶ N.N.: *Generalsekretär der Union ernannt*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 14. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv, 070.4, Journalisten (bis '45)].

¹⁷ erwähnt in: N.N.: *Die Presse im neuen Ungarn*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 19. November 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv, 070.4, Journalisten (bis '45), Nachtrag 1942]; vgl. auch N.N.: *Presseklub der Union*. In: *Deutsche Presse*, 16/1942, 164.

¹⁸ N.N.: *Der Presseklub der Union Nationaler Journalistenverbände*. In: Generalsekretariat der Union Nationaler Journalistenverbände / Segretariato Generale dell'Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti (Hg.): *Palais Schönborn in Wien / Il Palazzo Schönborn a Vienna. Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände / Sede della Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti*. Wien [o.J.], 45-48, hier 45.

¹⁹ (NCU): *Der Presseklub der Union*. In: *Deutsche Presse*, 2/1943, 16; vgl. dazu auch N.N.: *Der Geschäftsbericht der Union*. In: *Deutsche Presse*, 14/1943, 154-155, hier 155.

²⁰ (NCU): *Die Außenstellen der Union*. In: *Deutsche Presse*, 2/1943, 14.

waren Niederlassungen in Bukarest, Agram und Sofia.²¹

Weitere Einrichtungen der Union Nationaler Journalistenverbände waren die Vereinigung der Auslandsjournalisten (ab Jänner/Februar 1942), eine Reiseabteilung, das Archiv, die Bibliothek, die Pressestelle und das Rechtsbüro des Generalsekretariats.

Der I. UNJ- Kongress in Venedig (10. bis 12. April 1942)

Der erste große Kongress der UNJ wurde in Venedig in großem Rahmen abgehalten.²² Etwa 300 Pressevertreter „der jungen aufsteigenden Völker“ aus 15 Nationen wurden erwartet.²³ Präsident Wilhelm Weiß eröffnete die Tagung. Die Gründe für die Einberufung der Tagung seien nach Weiß, wiedergegeben in einem Bericht des *Neuen Wiener Tagblatts*:

der Protest gegen die Demoralisierung der Völker durch einen verantwortungslosen Journalismus, der Protest gegen die Versklavung der Presse im Dienste internationaler Kapitalmächte, der Protest gegen den Mißbrauch der Presse zum Zwecke der skrupellosen Verhetzung der Völker, der Protest gegen die Presselüge und gegen die Verfälschung der Wahrheit, der Protest gegen die Abhängigkeit der journalistischen Arbeit von unverantwortlichen Aktionären und Kriegsverdienern und endlich der Protest gegen die Verjudung der Presse [...] als das Grundübel und den Krebschaden der internationalen Pressearbeit [...].²⁴

Den zahlreichen Referaten über die Schuld der internationalen Presse folgte eine EntschlieÙung, die, gemäß *Wiener Kronen Zeitung*, als „Kampfansage an die verbrecherische und entartete

Publizistik“ verstanden und einstimmig angenommen wurde:

Durch zahlreiche Dokumente ist unwiderleglich bewiesen, daß die von internationalen kapitalistischen Einflüssen abhängige Presse mitschuldig ist am Ausbruch und an der Ausweitung des gegenwärtigen Krieges. Als Werkzeug verbrecherischer Kriegstreiber hat eine verantwortungslose Presse zahlreiche Völker getäuscht und die öffentliche Meinung in diesen Ländern irreg[e]führt. Wir rufen die Journalisten aller Länder auf, diesen verbrecherischen Methoden einer entarteten internationalen Publizistik den Kampf anzusagen. Wir erklären, daß es die ernste Pflicht aller anständigen, ehrlichen und ihrer Verantwortung bewußten Journalisten ist, auf die furchtbaren Gefahren hinzuweisen, die den Völkern aus dem Wirken einer verantwortungslosen Presse erwachsen.

Für jedes Volk, dem seine nationale Existenz am Herzen liegt, ist es ein Akt geistiger Selbstverteidigung, dieser Art von Journalismus sofort und für alle Zeiten jedwedes Vertrauen zu entziehen. Der Journalismus ist kein Geschäft, sondern eine Mission, zu der nur diejenigen Journalisten berufen sind, die frei von allen anonymen Bindungen, sich ausschließlich zur Verantwortung gegenüber dem nationalen Gewissen und dem Urteil der Geschichte bekennen.²⁵

Als Abschluss der Eröffnung des ersten UNJ-Kongresses in Venedig wurde unter anderen eine Botschaft von Reichsaußenminister Ribbentrop verlesen. Dieser drückte in dem Telegramm den Wunsch – wie zum Beispiel das *Neue Wiener Tagblatt* berichtete – aus,

daß diese Tagung ein weiterer Beitrag sein möge auf dem Wege der Befreiung der Völker von Kräften in der Presse, hinter denen Juden, Bolsche-

²¹ N.N.: *Das Präsidium der Union in Wien. Eindrucksvolle und erfolgreiche Sitzung im Palais Schönborn*. In: *Deutsche Presse*, 21/1942, 205-208, hier 207.

²² N.N.: *Journalistenkongress in Venedig*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 1. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; cl: *Pressetagung in Venedig*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 9. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

²³ N.N.: *Der Journalistenkongress in Venedig*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 10. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

²⁴ cl: *Der Journalistenkongress in Venedig. Von unserm römischen Korrespondenten*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 11. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv

070.4, Journalisten (bis '45)]; ein ausführlicherer Abdruck dieser Rede: N.N.: *Revolutionärer Journalismus und totale Kriegsführung. Der erste Kongress in Venedig. Die politische Mission der Presse*. In: *Völkischer Beobachter* (Berlin), 11. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalismus (bis '45)].

²⁵ N.N.: *Die Anklage Europas gegen die internationale Lügenpresse. Minister sprechen in Venedig beim Kongress der Journalisten*. In: *Wiener Kronen Zeitung*, 12. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; den Wortlaut der EntschlieÙung findet man auch bei N.N.: *Die EntschlieÙung des Kongresses*. In: *Deutsche Presse*, 9/1942, 87 oder bei N.N.: *Europas Journalisten tagten*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 3-4, 125-127, hier 125.

wisten und Plutokraten mit dem Ziel der Erhaltung einer internationalen Anarchie stehen. „Getragen von einem neuen Berufsethos [...] und im Dienst des Kampfes der jungen Völker, die diesen Krieg mit fanatischem Glauben und Siegeswillen bis zur endgültigen Niederringung ihrer Gegner führen werden, wird die Presse der im Dreimächtepakt verbündeten Staaten und ihrer Freunde ihren Beitrag zur Neuordnung des geistigen und politischen Lebens leisten“.²⁶

Reichsminister Goebbels sandte anlässlich der Beendigung des Kongresses in Venedig folgendes Telegramm an die Delegierten:

Während heute die mit dem Odium der Mitschuld am Krieg belastete plutokratisch-bolschewistische Presse den unaufhaltsamen Zusammenbruch ihrer Länder und Systeme durch wahrheitswidrige Darstellungen zu verschleiern sucht, hilft die verantwortungsbewusste Presse der Staaten der Neuordnung die Voraussetzungen schaffen für eine großzügige Zusammenarbeit im Geiste der in ihren Ländern entwickelten hohen Presseethik.²⁷

Ein Rückblick auf den Kongress von Venedig findet sich im *Neuen Wiener Tagblatt*. Dort versucht Georg Dertinger den Bogen von Ende des „abendländischen Universalismus“ hin zur Konstruktion einer neuen Welt zu spannen. Alle übernationalen oder internationalen Einigungsversuche seien gescheitert, weil sie bloß auf eine „partielle Machtzusammenballung“, nicht aber auf „totale Einheit“ gegründet gewesen seien. Das Grauen des Ersten Weltkrieges hätte zwar ein Umdenken bewirkt, welches aber machtpolitisch nicht gestützt gewesen sei. Erst vor diesem Hintergrund könne man die Bedeutung richtig bewerten:

Nicht ohne Absicht hat man, als im vorigen Jahre in Wien auf Initiative des Reichspressechefs Dr. Dietrich diese zwischenstaatliche journalistische Gemeinschaft ins Leben gerufen wurde, darauf

verzichtet, die neue Gemeinschaft mit dem Begriff des Internationalismus in Verbindung zu bringen. Hier handelt es sich nicht um eine neue berufsständische Internationale nach früheren Vorbildern, hier handelt es sich um eine „Union nationaler Journalistenverbände“. Schon diese Terminologie zeigt den Unterschied. Hier werden nicht nationale Gegebenheiten verwischt. Im Gegenteil wird hier von diesen Gegebenheiten ausgegangen, um auf einer nicht willkürlichen, ertüftelten, sondern auf einer organischen Grundlage zur Gemeinsamkeit zu kommen. [...] So unbrauchbar ein mechanischer Internationalismus ist, so lebenskräftig ist ein organisch erwachsener Uebernationalismus.“²⁸

Erst 1943 erschien der Kongressbericht in Buchform, herausgegeben von Maximilian du Prel über das Terramare-Institut.²⁹ Er enthält Auszüge aus den auf der Tagung gehaltenen Reden.³⁰

Der II. UNJ-Kongress in Wien (22. bis 25. Juni 1943)

Aus Innensicht wohl ein Höhepunkt des Zweiten Internationalen Kongresses war die Rede des Reichsministers Alfred Rosenberg zum Thema „Der Weltkampf und die Weltrevolution unserer Zeit“, in der es vor allem einmal mehr um den „Verfall des Menschentums im Sowjetstaat“ und die Notwendigkeit einer „großeuropäischen Wiedergeburt“ ging.³¹

Einen Eindruck vom Inhalt der Sitzungen dieses Kongresses gibt auch die umfangreiche Rede von Reichspressechef Dietrich, in der er die „Sendung der europäischen Presse“ beschwor. Er gab hinlänglich Bekanntes, aber eben Falsches von sich, wie etwa: Der Weltkrieg sei „der Krieg der Juden“, „der von Natur aus unschöpferische Jude“ hätte

die Barbarenhorden aus dem Osten, ein kulturloses Untermenschentum aus dem Westen und die Rotte der Verblendeten aufgeboden, um das Kul-

²⁶ cl: *Der Journalistenkongress in Venedig. Von unserm römischen Korrespondenten*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 11. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

²⁷ [DNB]: *Reichspressechef zieht Fazit der Venediger Tagung*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 13. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '42)].

²⁸ Georg Dertinger: *Die Venediger Tagung*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 14. April 1942 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

²⁹ *Journalismus ist eine Mission. Bericht vom 1. Kongress der*

Union nationaler Journalistenverbände, Venedig 1942. Herausgegeben vom Generalsekretariat der „Union Nationaler Journalistenverbände“, Wien, durch das Terramare-Institut. Leipzig 1943.

³⁰ h.: *Die Magna Charta des Journalismus*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 15. Mai 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45), Nachtrag 1943].

³¹ Inhaltlich nachvollziehbar etwa bei: N.N.: *Rosenberg sprach auf dem Journalistenkongress in Wien*. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 23. Juni 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

*turleben Europas mit Mord und Brand zu überziehen und den Geist niederzuknüppeln, der die Welt seit Jahrtausenden erleuchtet hat.*³²

Die Journalisten seien verpflichtet, „diesen Kampf aufzunehmen und das Erbe der Jahrhunderte auf dem geistigen Kampfplatz der menschlichen und moralischen Werte [...] zu verteidigen“.

Dietrich schloss den Bogen mit der Beschwörung der „großen Mission“:

*Wenn wir die Kraft finden, die Herzen der europäischen Menschen mit dem Feuer der Leidenschaft für dieses erhabene Ziel zu entflammen, dann werden wir unsere große Mission erfüllen. Dann wird die künftige Geschichtsschreibung nicht nur die großen Staatsmänner und Feldherren, sondern auch die großen Publizisten verzeichnen, die in der Schicksalsstunde der Menschheit Fackelträger der Wahrheit, des Rechtes und der Freiheit waren.*³³

Noch vor dem Zeitungswissenschaftlichen Institut wurde das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens eröffnet.

UNJ wiederum in Wien statt. Präsident Wilhelm Weiß eröffnete diese 3. Arbeitstagung am 12. Dezember 1944. Jetzt, so Weiß, wo der „Bolschewismus seine Maske abgeworfen habe“, führte er in der Präsidiumssitzung erhellend zum Selbstverständnis der UNJ aus (indem ihm wohl die eigene Maske zumindest ein Stück verrutscht war),

*zeige es sich, wie richtig es gewesen sei, die Union von Anfang an unter politische Vorzeichen zu stellen. Durch ihre klare politische Stellungnahme sei die Union zu einem wichtigen Instrument und Organ der geistigen Kriegsführung geworden. Angesichts der Sprachenverwirrung und Richtungslosigkeit der sogenannten Weltpresse sei es die Aufgabe der Union Nationaler Journalistenverbände, Ordnung und Klarheit in den Kampf der Geister zu bringen. Angesichts der Invasion europafindlicher Mächte erhebe die Union erneut ihre Stimme, und sie erblicke ihre Aufgabe darin, mit aller politischen Entschlossenheit den unserem Erdteil feindlichen Geist der gegnerischen Presse zu entlarven und dagegen Stellung zu nehmen.*³⁴

Der UNJ-Generalsekretär du Prel legte bei dieser Tagung einen Arbeitsbericht vor, in dem er die bisherige Tätigkeit der UNJ zusammenfasste:³⁵

- Seit der Gründung der UNJ hatten zwei internationale Kongresse, sieben Präsidiumssitzungen, 21 Vortragsabende und 51 „gesellschaftliche Veranstaltungen“ im Palais Schönborn stattgefunden.
- Acht UNJ-Außenstellen – in Agram, Berlin, Budapest, Bukarest, Oslo, Pressburg, Rom (später Venedig), Sofia – waren eingerichtet worden.
- Der Personalstand des Generalsekretariates umfasste in sieben Abteilungen 44 Personen.
- Der Briefverkehr belief sich allein seit 1. Jänner 1944 auf 4.000 Ein- und Ausgänge.
- Die UNJ-Reiseabteilung stellte bis dahin 513

Ein damals in Wien tätiger Journalist hatte diese große Mission zweifellos erfüllt. Er wäre von der NS-Geschichtsschreibung als großer NS-Publizist verzeichnet worden, hätte das NS-Regime nicht schon 1945 den Krieg verloren. Er trat auf diesem Kongress 1943 nicht als regelmäßiger Leitartikler der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* in Erscheinung. Er trat vielmehr als Forscher auf – doch dazu erst etwas später.

III. UNJ-Arbeitstagung in Wien (12. bis 14. Dezember 1944)

Einhalb Jahre später fand die nächste und zugleich letzte Internationale Arbeitstagung der

³² N.N.: *Die Sendung der europäischen Presse. Reichspressechef Dietrich vor den internationalen Journalisten.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 25. Juni 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; die Rede findet sich auch bei N.N.: *Fackelträger der Wahrheit, des Rechts, der Freiheit. Die Ansprache des Reichspressechefs Dr. Dietrich.* In: *Deutsche Presse*, 14/1943, 151-153.

³³ N.N.: *Die Sendung der europäischen Presse. Reichspressechef Dietrich vor den internationalen Journalisten.* In: *Neues Wiener Tagblatt*, 25. Juni 1943 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)]; die Rede ist auch nachzulesen bei N.N.: *Der Schicksalskampf Europas.*

Rede des Reichspressechefs auf der Internationalen Journalistentagung in Wien vom 24. Juni 1943. In: *Auswärtige Politik*, 8/1943, 530-534.

³⁴ N.N.: *Kämpferischer Journalismus. Die Arbeitstagung der Union Nationaler Journalistenverbände.* In: *Völkischer Beobachter*, 13. Dezember 1944 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

³⁵ N.N.: *Vor neuen Aufgaben. Rückblick auf geleistete Arbeit. Die achte Sitzung des Präsidiums der UNION. Am 12. und 13. Mai 1944 in Wien.* In: *NIU*, Ausgabe 7, Mai/Juni 1944, 1-7.

Fahrkarten aus, davon 274 Freifahrten. 508 Hotelzimmerreservierungen waren durchgeführt worden.

- Der Bibliothek des Generalsekretariates seien 157 Werke von Rumänien, 83 von Norwegen, 74 von Ungarn und 62 von Italien geschenkt worden.
- Die Auflage des *Nachrichten- und Informationsblattes der Union Nationaler Journalistenverbände (NIU)* habe 3.500 Exemplare in deutscher und 1.000 in italienischer Sprache betragen. Das NIU sei an 1.900 Journalisten verschickt, der Rest in den Außenstellen verteilt worden.

Das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens

Noch bevor 1942 in Wien das universitäre Zeitungswissenschaftliche Institut eröffnet wurde, begann ein anderes, ein außeruniversitäres seine Tätigkeit: das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens. Es wurde am Freitag, 12. Dezember 1941, feierlich durch den Leiter des RDP, Wilhelm Weiß, und Reichspressechef Otto Dietrich eröffnet.³⁶ Am Ende seiner Rede an die Delegierten nannte Weiß die Gründe für die Schaffung dieser Forschungsstätte:

Der Reichsverband der deutschen Presse hat sich entschlossen, im Dienste unserer gemeinsamen Sache und im Dienste der Journalistenunion einen ersten Beitrag zu leisten. Dieser Beitrag besteht in der Gründung eines Institutes, dem das Studium der brennend und reif gewordenen Probleme der internationalen Pressepolitik zur besonderen Aufgabe gestellt werden soll. Wir gehen dabei von der Auffassung aus, daß die gründliche Kenntnis der Lage, in der sich das Pressewesen bei uns und bei den anderen befindet, sowie die eingehende Kenntnis der Arbeitsbedingungen, unter denen die Journalisten aller Länder heute arbeiten, die erste Voraussetzung

*für die Erneuerung der öffentlichen Publizistik darstellt.*³⁷

Reichspressechef Dietrich betonte die Wichtigkeit der Arbeit des Institutes folgendermaßen:

*Erstens, weil ich der Arbeit der Presse bekanntlich eine außerordentliche, ja entscheidende Bedeutung für die Beziehungen der Länder untereinander beimesse. Und zweitens: weil ich überzeugt bin, daß die Erforschung vieler, bisher unbekannter Tatsachen aus der internationalen Presse, wenn sie der Weltöffentlichkeit, insbesondere in den sogenannten demokratischen Völkern, zugänglich gemacht werden können, zu einem Erwachen der „öffentlichen Meinung“ und zu einer gesunden Entwicklung in der Presse führen werden, wie sie in zahlreichen Ländern Europas bereits begonnen hat, und wie sie durch die soeben hier in Wien erfolgte Gründung der „Union nationaler Journalistenverbände“ vor aller Welt ihren Ausdruck gefunden hat.*³⁸

Richtlinie des Instituts sei laut Reichspressechef Dietrich nicht nur das Anlegen von Archiven und Querschnitten, sondern „der Weltkampf gegen die internationale Presselüge“.³⁹

Einige Monate später, im Mai 1942, fand anlässlich der Gründung des Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität Wien eine Dozententagung statt (7. bis 9. Mai 1942). Im Rahmen dieser Tagung in Wien lud der Leiter des Instituts zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens, Maximilian Freiherr du Prel, am 8. Mai zu einem Empfang in das Palais der UNJ. In seiner Begrüßungsrede positionierte er die Aufgaben des Instituts gegenüber der universitären Zeitungswissenschaft und stellte klar:

Ich möchte hier feststellen, daß das Institut eine politische Einrichtung des Reiches, ein Instrument der Achse zur Herausbringung besonderer, aktueller, pressepolitischer Gesichtspunkte ist an Hand des Materials, das dem Institut in allen Archiven des Reiches zu Verfügung steht. Somit

³⁶ N.N.: *Union nationaler Journalistenverbände. Heute in Wien gegründet.* In: *Der neue Tag*, 13. Dezember 1941 [Arbeiterkammer Wien, Tagblatt-Archiv 070.4, Journalisten (bis '45)].

³⁷ N.N.: *Die Eröffnungsfeier im Schönborn-Palais zu Wien. Der Leiter des Reichsverbandes der deutsche Presse und Präsident der Journalisten-Union, SA.-Obergruppenführer Weiß, sprach über die Ziele dieser neuen Vereinigung.* In: *Deutsche Presse*, 26/1941, 242-244, hier 244.

³⁸ N.N.: *Die Rede des Reichspressechefs. Ein mitreisender*

Appell an die Wahrheitspflicht im Journalismus. In: *Deutsche Presse*, 26/1941, 245-250, hier 245; vgl dazu auch N.N.: *Die Presse im neuen Europa. Reichspressechef Dr. Dietrich eröffnete in Wien das Institut zur Erforschung des internationalen Pressewesens.* In: *Der Zeitschriften-Verleger*, 51/1941, 399 f.

³⁹ N.N.: *Journalistische Forschungsarbeit. Errichtung des wissenschaftlichen Instituts der UNJ.* In: *Nachrichten- und Correspondenzblatt der Union Nationaler Journalistenverbände*, Jänner 1943, o.S.

ist das Institut keine Sammelstätte und hat auch nicht den Ehrgeiz, große, umfassende Archive anzulegen oder für die Ergründung historischer Aufgaben tätig zu sein. Das Institut ist gegründet worden unter der Voraussetzung, daß es die Auswertungsstätte aller Archive, die es im Reich gibt, sein soll [...]. Das Institut steht also in unmittelbarem Dienst der Politik, aber es baut auf allen verfügbaren Erkenntnissen auf.⁴⁰

Das „erste Ziel“ der Zeitungswissenschaft sei es, „die feindlichen Pressesysteme zu zerschlagen“ und „das Vergangene für die Zukunft nutzbar zu machen“. Das sei vor allem durch Erfassen der Archiv-Bestände, „eine Art wissenschaftliches Clearing“, zu erreichen; dazu du Prel im Detail:

Das Institut [zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens, Anm.] zerfällt in zwei Abteilungen, eine registrierende und eine forschende. Die registrierende Abteilung beschäftigt sich mit der Anlage einer großen Journalistenkartei, die nicht nur die Journalisten des Reiches, sondern auch die Journalisten Europas umfassen soll. Diese Kartei wird naturgemäß nie abgeschlossen werden, sondern immer in Fluß bleiben. Weiter beschäftigt sich die registrierende Abteilung mit der Anlage einer Zeitungskartei, um die wichtigsten Presseorgane feststellen zu können. Die Zeitungskartei befaßt sich, dem Kriege entsprechend, im Augenblick zumeist mit der feindlichen Presse. Die forschende Abteilung ist eingeteilt in drei Sektoren, den Südost-Sektor, den West-Sektor und den Anglo-USA-Sektor. Das Hauptgewicht ist jetzt auf den Südost-Sektor gelegt worden, denn es ist im Augenblick wichtig, die Einflüsse der USA, Englands und früher auch Frankreichs auf bestimmte Zentren des Südostens festzustellen.⁴¹

Ende 1942 erfuhr das Institut einen bedeutenden Ausbau. Es wurden vier große Hauptabteilungen

geschaffen, „deren Leitung maßgebenden Persönlichkeiten der Journalistik“ übertragen wurde:

„Hauptabteilung I: zur Erforschung und Förderung des internationalen Zeitungswesens“ leitete Dr. Karl Neuscheler, Wien (SA-Brigadeführer, stellvertretender Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters* Wiener Ausgabe, davor von 1933 bis 1940 Hauptschriftleiter des badischen NS-Gauorgans *Der Führer*);

„Hauptabteilung II: zur Erforschung und Förderung des internationalen Zeitschriftenwesens“ stand unter der Leitung von Hauptschriftleiter Dr. Moras, Wien-Berlin;

„Hauptabteilung III: zur Erforschung und Förderung des internationalen Nachrichtenwesens“ führte Hauptschriftleiter Dr. Hermann Rau, Berlin (er war damals Hauptschriftleiter der Auslandsdienste des Deutschen Nachrichtenbüros DNB);

„Hauptabteilung IV: Zur Erforschung und Förderung des internationalen Bildwesens“ wurde von Heinrich Hoffmann jun. geleitet (er war in Wien Hauptschriftleiter der Zeitschrift *Kunst dem Volk*);

daneben fungierte Referent Hans Keeding als Leiter der Wissenschaftlichen Zentralabteilung und

Dr. Franz Ronneberger wurde mit der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsaufgaben betraut.⁴²

Die Zusammenarbeit bzw. Konkurrenz zwischen dem UNJ-Forschungsinstitut und dem Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien kann im Folgenden zwar nicht erschöpfend abgehandelt, soll aber dennoch thematisiert werden. In seiner Rede zur Eröffnung des Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität Wien am 7. Mai 1942 stellte Geheimrat Dr. Heide einen Zusammenhang zwischen UNJ bzw. dem Institut zur Erforschung und För-

⁴⁰ N.N.: *Presse-Union und Zeitungswissenschaft. Empfang im Schönborn-Palais*. In: *Deutsche Presse*, 11/1942, 114 f., hier 114.

⁴¹ ebda.; vgl dazu auch N.N.: *Bilanz der deutschen zeitungswissenschaftlichen Arbeit. Bericht über die Wiener Dozententagung des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes vom 7. bis 9. Mai 1942*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 6, 284-309, hier 303-305.

⁴² (NCU): *Ausbau des Instituts der Union*. In: *Deutsche Presse*, 2/1943, 15; vgl auch N.N.: *NCU-Nachrichten- und Korrespondenzblatt der Union Nationaler Journalistenverbände*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 18 (1943), H. 1, 41-42; vgl dazu auch N.N.: *Das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens*. In: General-

sekretariat der Union Nationaler Journalistenverbände / Segretariato Generale dell'Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti (Hg.): *Palais Schönborn in Wien / Il Palazzo Schönborn a Vienna. Sitz der Union Nationaler Journalistenverbände / Sede della Unione tra le Associazioni nazionali dei giornalisti*. Wien [o.J.], 31-32; die biographischen Notizen sind entnommen: *II. Internationale Journalistentagung der Union Nationaler Journalistenverbände, Wien, Juni 1943. Verzeichnis der voraussichtlich zu erwartenden Teilnehmer*. Zusammengestellt vom Pressereferat des Generalsekretariats der Union Nationaler Journalistenverbände (E. M. v. Wikullil-Freyler). Wien [o.J.].

derung des internationalen Pressewesens und dem neu gegründeten Universitätsinstitut her:

Mit der Union nationaler Journalistenverbände und ihrem Institut [zur Erforschung des internationalen Pressewesens; Anm.] wird in Zukunft nicht nur das Wiener Institut, sondern darüber hinaus die gesamte deutsche Zeitungswissenschaft manche gemeinsamen Interessen haben, nicht zuletzt deshalb, weil die politische Entwicklung in Europa, die den Boden für diesen großen Zusammenschluß der Journalisten bereitete, schon seit geraumer Zeit in dem Bestreben der zeitungswissenschaftlichen Einrichtungen verschiedener europäischer Staaten nach einem Erfahrungsaustausch ein Gegenstück im Bereich der Wissenschaft zu finden beginnt.⁴³

Heide wies damit dem UNJ-Institut eigentlich auch die Funktion zu, die gemeinsamen Interessen der (universitären) zeitungswissenschaftlichen Institute zu koordinieren bzw. weiter zu entwickeln, zumindest aber deren Erfahrungsaustausch zu beleben. Anlässlich ebendieser Eröffnung verglich Generalsekretär du Prel die Beziehung des Institutes der UNJ zur Zeitungswissenschaft mit der „Do ut des“-Politik:

Wenn die Zeitungswissenschaft einmal besondere Arbeiten plant, so kann das Institut auf Grund seiner Bestandsaufnahmen wertvolle Hinweise geben, daß in dieser oder jener Stadt, in diesem oder jenem Archiv noch zusätzliches Material vorhanden ist, das die Auswertung vervollständigen und wirkungsvoller machen kann.⁴⁴

In seiner Dankesrede betonte Geheimrat Heide, „daß auf eine wesentliche Entwicklung der Beziehungen zwischen der Zeitungswissenschaft und dem Institut der Union der größte Wert gelegt wird.“⁴⁵

In einem Brief an Wilhelm Weiß betonte Heide abermals, dass auf Wunsch des Reichspressechefs eng mit dem Institut zur Erforschung und Förde-

rung des internationalen Pressewesens zusammengearbeitet werden soll:

Die beiden Institute können sich ja umso besser ergänzen, als die Aufgaben eines zeitungswissenschaftlichen Institutes wesentlich andere sind, als die des Institutes für internationale Presseforschung, liegt ja z.B. die Hauptbedeutung der zeitungswissenschaftlichen Institute darin, daß sie bemüht sind, durch ihre Tätigkeit für die Presseberufe unter den jungen studierenden Akademikern zu werben und insbesondere den Schriftleitungen zur Ausbildung einen bereits vorgebildeten Nachwuchs zuzuführen.⁴⁶

Außerdem ersuchte Heide um Mittel für ein Zeitschriftenarchiv, da das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien (nach der Eröffnung) plante, ein „Handbuch der Südost-Presse“ herauszugeben. Das Institut habe die „besondere Aufgabe, die Südostpresse in seinen Forschungsbereich einzubeziehen, zum anderen aber auch im Sinne der Deutschen Pressearbeit sich nach dem Südosten hin zu betätigen.“⁴⁷ Und hier sei auch der wesentliche Anknüpfungspunkt zum Forschungsinstitut der UNJ zu finden, die der Zeitungswissenschaft jegliches (Archiv-) Material über die Südostpresse zur Verfügung stellen sollte.

Franz Ronnebergers Arbeit für das Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens

Das wichtigste Ergebnis von Ronnebergers Tätigkeit für dieses UNJ-Institut dürfte die Analyse über den „Anteil der Presse an der Vorbereitung des Belgrader Putsches 1941“ sein, die er am 24. Juni 1943 bei der 2. Internationalen Journalistentagung der UNJ in Wien übergab.⁴⁸ Ronneberger beschäftigte sich hierin mit dem Problem, dass weite Kreise der jugoslawischen

⁴³ N.N.: *Zeitungswissenschaftliches Institut in Wien. Tagung der Zeitungswissenschaftler*. In: *Deutsche Presse*, 11/1942, 111-114, hier 112; vgl. dazu auch N.N.: *Wien erhielt das 11. Hochschulinstitut für Zeitungswissenschaft. Bericht über die feierliche Eröffnung am 7. Mai 1942*. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 6, 265-277.

⁴⁴ N.N.: *Presse-Union und Zeitungswissenschaft. Empfang im Schönborn-Palais*. In: *Deutsche Presse*, 11/1942, 114-115, hier 115.

⁴⁵ ebda.; der Empfang wird auch geschildert bei N.N.: *Bilanz der deutschen zeitungswissenschaftlichen Arbeit. Bericht über die Wiener Dozententagung des Deutschen*

Zeitungswissenschaftlichen Verbandes vom 7. bis 9. Mai 1942. In: *Zeitungswissenschaft*, Jg. 17 (1942), H. 6, 284-309, hier 303-305.

⁴⁶ Brief Dr. Walther Heide an SA-Obergruppenführer Weiß v. 27.1.1942 (Archiv des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien).

⁴⁷ Brief Heide an Bischoff (Reichsverband der deutschen Zeitschriftenverleger) v. 27.1.1942 (Archiv des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien).

⁴⁸ vgl. *Nachrichten- und Informationsblatt der UNJ* (künftig: *NIU*), Nr. 3, Juli 1943, 16.

Bevölkerung den Staatsstreich vom 27. März 1941 und seine außenpolitische Motivation unterstützt hatten, um sich dann die Frage zu stellen, „wie es möglich war, daß ein so großer Teil der Bevölkerung irreführt werden konnte“.⁴⁹

Die englische, französische, US-amerikanische und sowjetische Propaganda, so Ronnebergers Antwort, habe „Angst und Schrecken“ vor Deutschland verbreitet, was von der jugoslawischen Presse entweder übernommen oder mit Schweigen bedacht worden sei; „dieses Schweigen“ aber habe „die Thesen der Gegner unterstützt“. Mit dem Abschluss des jugoslawisch-sowjetischen Handelsabkommens im Mai 1940 habe gar ein regelrechter „Rußland- und Moskaurummel“ in der jugoslawischen Presse eingesetzt, was von der „linksorganisierten Lehrerschaft“, „linkseingestellten Universitätsprofessoren“, „jüdischen Buchhandlungen“ und der kommunistischen Partei gefördert worden sei. Die jugoslawische Regierung habe, so führte Ronneberger weiter aus, „diesem ganzen Treiben“ tatenlos zugesehen, weshalb die jugoslawische Presse „die wahren Feinde des Landes“ nicht beim Namen genannt und „die Eingliederung Jugoslawiens in den Dreimächtepakt“ nicht vorbereitet habe. Im Endeffekt habe „die Öffentlichkeit im ehemaligen Jugoslawien“ im Frühjahr 1941 unter einem starken „psychologischen Zwang“ gestanden, der sie schließlich den Staatsstreich befürworten ließ. Dieses Ergebnis, so Ronneberger zum Abschluss seiner Untersuchung, liefere „den Beweis für die zerstörenden Möglichkeiten, die dem Presseinstrument innewohnen, wenn es von verantwortungslosen, unmoralischen, sensationslüsternen, nur dem Geschäft verfallenen Menschen mißbraucht wird“.⁵⁰

Der lediglich der nationalsozialistischen Politik „verfallene“ Franz Ronneberger wurde 1943 für diese Studie vom Präsidium der UNJ besonders gelobt:

Die Verantwortungslosigkeit der einerseits pluto-kratisch und andererseits kommunistisch beeinflussten Presse gegenüber dem eigenen Volke und damit gegenüber Europa, eine Verantwortungs-

losigkeit, die gemeinhin von ihr selbst als „Pressefreiheit“ bezeichnet wird, ist in der Ausarbeitung Dr. Ronnebergers [...] in tief beeindruckender Weise nachgewiesen worden.“⁵¹

Auf den Staatsstreich reagierte NS-Deutschland bekanntlich mit einem Bombardement der Hauptstadt Belgrad mit Tausenden Toten. Das Land wurde besetzt, ab Juli 1941 erschien dort dann das deutsche Besatzerblatt *Donauzeitung*, eine nationalsozialistische Tageszeitung, für die Ronneberger bald, ab Oktober 1941 (bis Jänner 1944) Leitartikel verfasst hat.

Franz Ronnebergers journalistisches Schaffen in den Wiener Jahren

Bis 1944 hatte der dann 31-jährige Ronneberger Schritt für Schritt seine primär publizistische, aber auch seine wissenschaftliche und politische Karriere im „Dritten Reich“ entwickelt. Die Liste der Funktionen, Positionen und Tätigkeiten kurz vor der Niederrichtung des NS-Regimes war beachtlich: Er war SS-Untersturmführer und hauptamtlicher Mitarbeiter des Wiener Sicherheitsdienstes (SD), er war Gauhauptstellenleiter im Grenzlandamt der NSDAP-Gauleitung Niederdonau und Leiter der Außenstelle Südost der Reichsstudentenführung. Er leitete weiters die Korrespondenzstelle Wien des Auswärtigen Amtes (Dienststelle Dr. Ronneberger) und den Nachrichtendienst der Südosteuropa-Gesellschaft (SOEG). Er war Dozent der Südost-Stiftung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages an der Hochschule für Welthandel in Wien, wissenschaftlicher Mitarbeiter des der Politik verpflichteten Instituts zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens der Union nationaler Journalistenverbände (UNJ), Leitartikler des *Völkischen Beobachters* und anderer NS-Medien (wie etwa der *Donauzeitung* und der *Neuen Ordnung*). Stellvertretend leitete er die Publikationsstelle Wien der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft (SODFG), die dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstellt war. Details dieses Aufstieges von Franz Ronne-

⁴⁹ Franz Ronneberger: *Der Anteil der Presse an der Vorbereitung des Belgrader Putsches 1941*. NIU, Sonderausgabe 1943.

⁵⁰ ebda.

⁵¹ NIU, Nr. 7 v. Mai/Juni 1944, 4 f.

berger im NS-Staat sind Peer Heinelts Beitrag in dieser Ausgabe von *Medien & Zeit* zu entnehmen.⁵²

Ronneberger war in den frühen vierziger Jahren auch ein reger Journalist, was bisher doch wenig beachtet wurde, weshalb wir hierauf näher blicken: In den Jahren 1941 bis 1943 sei kaum eine Woche vergangen, ohne dass ein Artikel Ronnebergers in der Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* bzw. auch in anderen Ausgaben des NSDAP-Zentralorgans erschienen war, stellt Peer Heinelt fest.⁵³ In Kürze wird zudem eine umfangreiche Analyse des journalistischen Werks von Franz Ronneberger vorliegen, welche Frank Khauer verfasst hat.⁵⁴ Da ich im Zuge meiner Dissertation, vor rund 18 Jahren, auch systematisch Teile des *Völkischen Beobachters* sowie eine Reihe nationalsozialistischer Zeitungen und Zeitschriften des südosteuropäischen Raumes durchgearbeitet habe, kann hier zunächst ein kleiner Ausschnitt der journalistischen Arbeiten Ronnebergers thematisiert werden: Im *Völkischen Beobachter* sind etwa im Zeitraum von Juli bis Dezember 1943 elf Artikel Ronnebergers erschienen, fast durchwegs Leitartikel zumeist zu politischen Vorgängen im südosteuropäischen Raum mit teilweise antisemitischen Facetten.⁵⁵

Unter dem Titel „Dienst am deutschen Weltbild“ formulierte Ronneberger etwa:

Man werfe einmal einen Blick auf die jüdische Literatur, die heute in gewissen neutralen europäischen Staaten, vor allem aber in den USA

*als das Charakterbild des deutschen und europäischen Menschen angepriesen wird. Wenn die andere Welt ob dieser lebensmüden Untermenschenatmosphäre auf den alsbaldigen Abtritt Europas von der Weltgeschichte überhaupt schließt, dann wird sich das Versäumnis, nicht rechtzeitig gegen diese Entwicklung Front gemacht zu haben, eines Tages bitter rächen.*⁵⁶

Kurz davor, im Oktober 1943, schrieb Ronneberger zur Presse des kriegsgegnerischen Auslandes, dass sich der Leser

voller Abscheu von jener Presse abwenden würde, die er ja eigentlich noch aus einer früheren Zeit, als auch in Deutschland das Judentum im Journalismus regierte,

kennen sollte. Von einem zum anderen Tage jagt diese gewisse Presse den Leser in die tollsten Gerüchte und Sensationen, berichtet

Im *Völkischen Beobachter* sind Artikel Ronnebergers zu politischen Vorgängen in Südosteuropa mit teilweise antisemitischen Facetten erschienen.

*von gewaltigen Ereignissen, gewinnt und verliert Schlachten, kennt sich in den intimsten Vorgängen der Außenministerien anderer Länder aus – und weiß 24 Stunden später von alledem nichts mehr, sondern behauptet unverföhren genau das Gegenteil.*⁵⁷

Vom 4. Oktober 1941 bis zum 8. Jänner 1944 erschienen zehn Artikel Ronnebergers in der schon erwähnten *Donauzeitung*, nicht immer, aber oft Leitartikel. Sie geben uns eine weitere

⁵² Franz Ronneberger, Lebenslauf v. 3.7.1944 in: BDC/REM, Bl.- 4615 f. (BArch Berlin), Personalnachrichten, Hochschule für Welthandel Wien v. 10.7.1944, ebda., Bl. 4610 ff., den von ihm ausgefüllten Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuSHA) v. 26.10.1939 in: BDC/RS (BArch Berlin) und seine Aussage v. 10.8.1947 vor dem Öffentlichen Ankläger (Staatsanwalt Wegener) am Spruchgericht Stade in: Z 42 VII/1455, Bl. 35 ff. (BArch Koblenz). Zit.n. Peer Heinelts Beitrag in der vorliegenden Ausgabe von *Medien & Zeit*.

⁵³ siehe Peer Heinelts Beitrag in der vorliegenden Ausgabe von *Medien & Zeit*.

⁵⁴ Sie erscheint voraussichtlich in der Zeitschrift *Relation* der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Inhalt dieser Analyse war mir bisher allerdings nicht zugänglich.

⁵⁵ Neben den nachfolgend im Text konkret genannten Artikeln sind dies: *Schicksalsgemeinschaft*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 21. August 1943, 1; *Der*

Auftrag Kroatiens. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 13. September 1943, 1; *Eine verlorene Schlacht*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 22. September 1943, 1 f.; *Der Weg Serbiens*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 28. September 1943, 1 f.; *Moskau greift nach Südosteuropa*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 24. Oktober 1943, 1 f.; „*Zitadelle der Annäherung*“. *Das Deutsche Wissenschaftliche Institut in Prefsburg*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 21. November 1943, 3; *Der serbische Beobachter*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 22. Dezember 1943, 1 f.; *Sofioter Leben*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 23. Dezember 1943, 3.

⁵⁶ Franz Ronneberger: *Dienst am deutschen Weltbild*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 11. November 1943, 3.

⁵⁷ Franz Ronneberger: *Moskau verdrängt England*. In: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 7. Oktober 1943, 1 f.

Möglichkeit, das von Franz Ronneberger damals vertretene Weltbild zu erfassen.⁵⁸

Beispiel 1 erschien in der Silvesterausgabe 1941/42 :

Nicht der Staat ist ja der Träger der Souveränität, sondern das Volk. Die Bedürfnisse des Volkes aber sind ewig die gleichen. Sie werden bestimmt durch die Elemente seiner Wesenheit, durch Rasse, Boden, Geschichte, Schicksal und Kultur. Die Äusserungen dieser Souveränität sind daher in erster Linie nach innen gerichtet, nach aussen nur insoweit als die natürliche Entwicklung dieser Werte bedroht erscheint. Der gemeinsame Kampf gegen den Bolschewismus als der sinnfälligsten und akutesten Bedrohung aller völkischen Werte zeigt, dass auch die äussere Wirkung der Souveränität den natürlichen Beschränkungen der Raumlage unterliegt. Führen kann immer nur Einer.⁵⁹

Beispiel 2 stammt aus dem Februar 1942:

Im Leitartikel „Staats- und Volksgrenzen“ erkannte Ronneberger im südosteuropäischen Raum vier Gruppen von Entwicklungen, die sich in Ausgangspunkt, Zielsetzung und Durchführung unterscheiden würden:

1. *Konzentration des Volkstums durch Zurückführung verstreuter Volkssplitter. [...]*
2. *Reinigung des Volkskörpers von volksfremden Elementen durch Aussiedlung. [...]*
3. *Die Binnensiedlung, das heisst völkische Durchdringung der neu erworbenen oder wieder zurückgewonnenen Gebiete ohne Zuhilfe von Auslandsvolkstum. [...]*
4. *Die Umvolkung, die bisher gebräuchlichste Form der Stärkung des Volkstums durch Assimilation von Fremdvolkstum. [...]*⁶⁰

⁵⁸ Neben den nachfolgend im Text konkret genannten Artikeln sind dies: *Grossbulgariens innere Einheit. Die völkischen Kräfte im neuen Lebensraum.* In: *Donauzeitung*, 4. Oktober 1941, 1 f.; *Szechenyi im Spiegel der Gegenwart. Nachlese zu den Jubiläumsfeiern in Ungarn.* In: *Donauzeitung*, 21. Oktober 1941, 1 f.; *Rumäniens Zukunft. Keine einseitige Wirtschaftsgliederung.* In: *Donauzeitung*, 28. Oktober 1941, 1 f.; *Slowakischer Nationalismus. Politische Volkwerdung im neuen Denken.* In: *Donauzeitung*, 7. November 1941, 1 f.; *Slowaken und Slowjaken. Um die Einheit der Volksgruppe in Ungarn.* In: *Donauzeitung*, 11. Dezember 1941, 1 f.; *Staats- und Volksgrenzen Wandlungen im Bevölkerungsbild Südosteuropas.* In: *Donauzeitung*, 25. Februar 1942, 1 f.;

Während Ronneberger für drei dieser Gruppen Beispiele aus Südosteuropa anführte, bezog er sich betreffend der „Reinigung des Volkskörpers“ auf die „Judenfrage“ und führte hierzu aus:

Im weiteren gehören hierhin auch die Versuche, das für Südosteuropa so besonders drängende Judenproblem durch umfassende Aussiedlung zu lösen. Da jedoch die Judenfrage einen ganz besonderen Charakter trägt, soll sie in diesem Zusammenhang nicht mit behandelt werden.⁶¹

Natürlich stellt sich hier die Frage, wie viel Franz Ronneberger als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes darüber wusste, in welcher Weise das NS-Regime den „ganz besonderen Charakter“ der „Judenfrage“ im Begriff war zu „lösen“. Die dafür funktionale publizistische Begleitung leistete er jedenfalls. Sein damaliges Wissen über den Holocaust indes steht noch zur Debatte.

Das dritte Beispiel ist der *Donauzeitung* vom 8. Jänner 1944 entnommen worden:

Der Kontinent kann diese Aufgabe [die Verteidigung gegen die „Fluten aus Innerasien“ und den Neuaufbau Europas, Anm.] nur meistern, wenn er einen festen Kern besitzt, von dem aus die großen Leitlinien der Entwicklung ausgehen. Erst in einem um eine starke, kraftspendende, ausgleichende und befruchtende Mitte festgefügtten Europa wird die durch Rasse, Sprache und Geschichte bedingte Vielfalt seiner Völker, die schon so viel Unheil stiftete, endlich einmal Früchte tragen und die Kraft und Sendung unseres Kontinents neu auf dieser Erde bestätigen.⁶²

Und in einer Sonderausgabe zu Bulgarien in der Zeitschrift *Neue Ordnung* erschien ebenfalls ein Artikel Ronnebergers: Über die Rolle Bulgariens

Die Erben von Byzanz. Südosteuropas Werden auf oströmischem Boden. In: *Donauzeitung*, 5. September 1942, 1; *Bekanntnis zu Byzanz. Die Gründe der europäischen Gestaltung des Südostens.* In: *Donauzeitung*, 6. September 1942, 1 f.

⁵⁹ Franz Ronneberger: *Neue Inhalte sprengen alte Begriffe.* In: *Donauzeitung*, 31. Dezember 1941 / 1. Jänner 1942, 12.

⁶⁰ Franz Ronneberger: *Staats- und Volksgrenzen. Wandlungen im Bevölkerungsbild Südosteuropas.* In: *Donauzeitung*, 25. Februar 1942, 1 f., hier 2.

⁶¹ ebda.

⁶² Franz Ronneberger: *Die größte Täuschung. Slawischer Nationalismus und bolschewistische Doktrin.* In: *Donauzeitung*, 8. Jänner 1944, 1 f., hier 2.

im Kampf gegen den Bolschewismus schrieb Ronneberger dort u.a.:

Wie der Wolf im Schafspelz, so erschienen die bolschewistischen Mordbrenner und Hetzer im Gewande des panslawistischen Apostels, der die nationalen slawischen Ziele des Bulgarentums vertritt. [...] Die wahre Einstellung der Bevölkerung dem Kommunismus gegenüber beweist die Geistesgegenwart und Entschlossenheit der bulgarischen Bauern, die sich im Vorjahre um die Stellung und Unschädlichmachung der abgesprungenen Sowjetagenten verdient gemacht haben.⁶³

Offene Fragen

Natürlich ist es nicht besonders attraktiv, einen Beitrag zur Klärung der Fachgeschichte mit dem Verweis vorerst zu schließen, dass viele Fragen noch offen bleiben. Das UNJ-Forschungsinstitut – wenn es denn diesen Namen überhaupt verdient – und die Tätigkeit Franz Ronnebergers für diese politische Einrichtung verstehen sich lediglich als kleiner Baustein zur viel zu lange nicht geschriebenen Biographie dieses ehemals führenden Fachvertreters. Analysieren wir die Fachgeschichte besonders in Zeitabschnitten mit starken Systembrüchen und den dabei oft zu beobachtenden erstaunlichen personellen Kontinuitäten, so sind diese freilich nicht immer gleichzusetzen mit inhaltlichen Fortsetzungen. Wer nun Franz Ronneberger in diesem Sinne abhakt und meint, nach 1945 war er demokratisch gesinnt, macht es sich meines

Erachtens zu leicht (abgesehen davon, dass Peer Heinelt vor kurzem inhaltliche Kontinuitäten herausgearbeitet hat,⁶⁴ denen bisher von fachlicher Seite nicht widersprochen wurde). Denn die Folgen von (nicht oder wenig diskutierten) personellen Kontinuitäten sind in einem Berufsfeld erheblich vielfältiger als lediglich das mögliche Problem des Fortwirkens einer Person im alten (in dem Fall unseligen) Geist.

Wir haben uns etliche Fragen noch nicht gestellt bzw. darauf keine Antworten bekommen:

Hat der Umstand, dass Ronneberger nach 1945 bald in führenden Positionen im Fach verankert war, das gewichtige Publikationsorgan *Publizistik* mitherausgegeben hatte und in der Fachgesellschaft DGPK bedeutsam war, jemand in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren davon abgehalten, sich mit der Fachgeschichte im „Dritten Reich“ oder gar explizit seiner NS-Karriere zu beschäftigen?

Was hat Ronneberger selbst daran gehindert, am Ende seiner Karriere offen seine Erfahrungen und Handlungen vor 1945 zu thematisieren und so als erfahrener Publizist vielleicht zu einer frühzeitigen Beschäftigung mit dem offensichtlich schwierigen Thema beizutragen?

Warum kommt die ganze Antwort auf die Frage, was und wer Ronneberger vor 1945 war, erst und immer noch zögerlich nach seinem Tod – abgesehen vom berechtigten Einwand, dass davor viele Aktenstücke unzugänglich waren (doch hätten wir Ronneberger um Zustimmung zur Einsichtnahme in diesen Akten ersuchen können)?

Waren oder sind wir – berechtigterweise: wegen befürchteter Einbußen bei akademischen Karriere-möglichkeiten – doch feige?

Ass. Prof. Dr. Fritz HAUSJELL (1959)

Assistenzprofessor am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte und Veröffentlichungen zu Nationalsozialismus und Medien, Exiljournalismus, Migration, Rassismus, Neonazismus, Rechtsextremismus und Journalismus, aktuelle Medienpolitik sowie Behinderung und Medien.

⁶³ Franz Ronneberger: *Bulgarien in der europäischen Front*. In: *Neue Ordnung*, 8. Juli 1942, 2.

⁶⁴ Peer Heinelt: *PR als Dienst an der „Volksgemeinschaft“*.

Biographische Untersuchungen zur Geschichte einer Kommunikationsdisziplin. In: *Medien & Zeit*, Jg. 14 (1999), H. 1.

Rezensionen

NORBERT FREI (IN ZUSAMMENARBEIT MIT TOBIAS FREIMÜLLER, MARC VON MIQUEL, TIM SCHANETZKY, JENS SCHOLTEN, MATTHIAS WEISS): *Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945*. Frankfurt/New York: Campus Verlag 2001, 364 Seiten.

Unternehmer und Offiziere, Juristen, Journalisten und Mediziner, die schon dem NS-Regime gedient hatten, konnten ihre Karrieren nach 1945 beinahe ungehindert fortsetzen. Von dieser These ausgehend, zeichnen die Autoren von „Karrieren im Zwielficht“ die Geschichte von Männern wie Hermann Josef Abs, Hans Filbinger, Reinhard Gehlen, Hans Globke, Werner Höfer, Erich Manstein und Josef Neckermann nach und verdeutlichen, in welchem Ausmaß Hitlers Eliten auch die entstehende Demokratie geprägt haben.

Als Begleitband zu der gleichnamigen Dokumentarserie in der ARD (die Ausstrahlung ist für 2002 geplant; *Anm.*) legt Norbert Frei, der wissenschaftliche Berater dieser sechsteiligen Sendereihe und Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, gemeinsam mit fünf jungen Historikern eine Stoffsammlung vor, die zeigen soll, welche Folgen die Wiederverwendung von „Hitlers Karrieristen“ hatte. Diesen Fragen im Spannungsfeld von Bestrafung und Amnestie, Kontrolle und Unterwanderung, Reform und Restauration spüren die Autoren nach und illustrieren, dass 1945 in personeller Hinsicht von einer „Stunde Null“ nicht die Rede sein konnte.

Neben der politischen Führungsschicht, für die es nach Kriegsende keine Zukunft gab, waren es eben diese Gruppen, die die tragenden Säulen des NS-Regimes waren und auch in der jungen Bundesrepublik Karriere machen konnten. Schon bald nach der politischen Säuberung erlangten sie einflussreiche Positionen. Die erste Karriere war nicht gegen Hitler und die NSDAP zu machen. Die zweite Karriere gründete auf der Überzeugung, benötigt zu werden. (vgl. S. 305) Mitwisser und Mittäter fanden sich in allen für das Regime relevanten Berufsgruppen. Im vorliegenden Buch werden fünf Gruppen näher beleuchtet: Auf jeweils rund 50 bis 60 Seiten, restümiert von einem Schlusswort des Herausge-

bers und angereichert mit fünf Exkursen zu Phänomenen wie „Entnazifizierung“, „Amnestie“ oder „unbewältigte Vergangenheit“, arbeiten die Autoren die Kontinuitäten in den (west)deutschen Eliten heraus.

„Operation Volkskörper“ (Tobias Freimüller) arbeitet die Verstrickungen und Verirrungen der Mediziner im NS-Staat auf. „Profiteure des Unrechts“ (Tim Schanetzky) zeichnet die Wege der Unternehmer im nationalsozialistischen Staat und in der Bundesrepublik nach. „Im Geiste unbesiegt“ (Jens Scholten) waren die Offiziere, die nach einigen Jahren Ruhestellung wieder in die Bundeswehr zurückkehrten oder in diversen Beraterfunktionen tätig waren. Als „Richter in eigener Sache“ (Marc von Miquel) fungierten Juristen in ihren kontinuierlichen Funktionen in Nationalsozialismus und Demokratie.

„Worte als Taten“ (Matthias Weiß) setzten viele Journalisten ein: Dabei standen in der Nachkriegsgeschichte oft jene im Rampenlicht, die ihr Handwerk bereits unter Goebbels gelernt hatten. Wie auch in anderen porträtierten Berufsfeldern konnten auch hier durch das de facto-Berufsverbot zumindest die Chefetagen der neuen deutschen Presse für einige Jahre von ehemaligen Parteigenossen freigehalten werden. Anders hingegen in den „tieferen Stockwerken“ (S. 249): „Der ganz überwiegende Teil der Journalisten konnte folglich nach überstandener Entnazifizierung ab 1946/47 wieder in den Beruf zurückkehren.“ (ebda.) Hans Fritzsche, Wilhelm Weiß, Max Amann, Otto Dietrich: Für diese Größen der Goebbels-Propaganda führte kein Weg zurück in die Publizistik. Doch die Adenauer-Administration griff auch auf „Ehemalige“ zurück: Etwa gehörte Erich Peter Neumann zu den PR-Fachleuten Adenauers. (S. 257) Auch Giselher Wirsing half die Selbsteinschätzung, ein nationaler Konservativer, kein „Nazi“ gewesen zu sein. „Schon 1948 war Wirsing wieder voll im Geschäft.“ (S. 265) Selbstbekenntnisse, wie jene von Carola Stern (S. 278) und Henri Nannen (S. 284 ff.) waren Ausnahme, nicht Regel: „Die Journalisten nahmen ihre neue Rolle an, legten jedoch kaum offene Bekenntnisse zu ihrer eigenen Vergangenheit ab.“ (S. 279) Sie taten das was sie immer taten – schreiben. Nunmehr eben „kritisch“. Fälle wie jener von Elisabeth Noelle-Neu-

mann werden jedoch nur am Rande erwähnt (S. 281), obwohl die Veröffentlichungen des 13-seitigen Beitrags über *Das Reich* im *Spiegel* 1964 auch Gegenstand des Beitrags in „Karrieren im Zwielficht“ war.

Die Berufsgruppen hatten alle ihre ganz eigenen Wege der „Vergangenheitsbewältigung“, selbstkritische Auseinandersetzung blieb dabei die Ausnahme. Die Regel war ein Geflecht aus Vertuschen, Totschweigen, Schönreden und angeblichem Befehlsnotstand. Die platte und zählebigke Lüge der „Stunde Null“ und damit zusammenhängend der Mythos der „kleinen skrupellosen Clique von fanatischen Parteiführern“, durch deren Beseitigung jegliche nationalsozialistische Regung ebenfalls ausgelöscht wäre, bestimmten die Geschichte der jungen Bundesrepublik. Erst gesellschaftlich-politische Umbrüche in den sechziger Jahren erhöhten die Sensibilität gegenüber den Verstrickungen von Personen und Personengruppen in den Nationalsozialismus und regten erste Aufarbeitungen an. Und trotzdem wirkt der „braune Schatten der Vergangenheit“ fort und fordert auch noch mehr als fünf Jahrzehnte danach die Forschung heraus. Diese und ähnliche Aspekte beleuchtet der resümierende Aufsatz von Norbert Frei.

Nach der „politisch und moralisch beispiellosen Abrechnung mit ausgewählten Vertretern jener Eliten, die zum Funktionieren des NS-Systems entscheidend beigetragen haben“ (S. 307), griff nach und nach die Amnestie um sich. Das „Recht auf politischen Irrtum“ (S. 311) wurde jenen eingeräumt, die in der 2. und 3. Reihe dem Regime gedient haben: Sie bekamen eine „zweite Chance“. Die Zeichen standen auf Reintegration, viele sprachen von Restauration. (S. 310)

Für den Bereich des Journalismus zeigt sich diese Camouflage in besonders deutlicher Weise: Die letzten Chancen, dass die Rolle des Aufklärers in eigener Sache eingenommen worden wären und der Journalismus sich selbstkritisch seiner Vergangenheit stellt, schwanden im gesellschaftspolitischen Aufbruch der sechziger Jahre. (S. 329) Die Hefe für den Gärungsprozess „unbewältigte Vergangenheit“ wurde zunehmend aus der DDR geliefert: In Form der SED-Kampagnen gegen westdeutsche Führungseliten. Überlagert durch die ideologischen Gräben, wurden die NS-Skandale jedoch häufig zugedeckt. Erst mit der skeptischen Grundhaltung folgender Generationen wurden die braunen Flecken auf der Weste vieler Angehöriger der Nachkriegseliten erhellt.

Wenngleich mit dem analytischen Zugang von „Karrieren im Zwielficht“ die frappanten Fehler ähnlicher Werke, namentlich die Fokussierung auf ein paar hochrangige Helfer Hitlers als Ursache und treibende Kräfte in der nationalsozialistischen Diktatur, nicht begangen werden, so muss dem von Frei herausgegebenen Band trotzdem populärwissenschaftlicher Charakter attestiert werden. Der Blick wird zwar auf jene Führungseliten gerichtet, ohne deren Expertenschaft, Talent und Einsatzfreude das Regime nicht hätte funktionieren können – und auf die die junge Bundesrepublik auch nicht verzichten konnte. Aber auch dieses Werk entgeht nicht ganz dem Zwang des Visualisier- und Personalisierbaren. Herausgegeben ist eine Stoffsammlung, deren analytisches und kritisches Potenzial streckenweise nicht ausgeschöpft wird und einige Fragen unbeantwortet lässt. Die Darstellung gerät bruchstückhaft, dazu tragen auch die vielen kleinteiligen Exkurse und anekdotischen Einschübe bei, die sich aneinander reihen wie die gediegenen aber weitgehend als Zusammenfassung und populäre Aufarbeitung zu verstehenden Beiträge. Illustrationen und Bebilderungen erhöhen zwar die Lesbarkeit und nähern das Werk der zugrunde liegenden Aufgabenstellung der filmischen Darstellung an, teilweise wünscht man sich jedoch mehr Präzision und Quellentransparenz.

Der Bonuspunkt dieser Charakteristik ist die Aufarbeitung eines zwar bekannten aber lange vernachlässigten Themas für eine breitere Öffentlichkeit und somit die Entkräftung des Mythos vom reinen Führerstaat und der Lebenslüge der „Stunde Null“. Das Buch ist als Begleitband zur Fernsehreihe konzipiert und auch in seiner Übersichtlichkeit ans Fernsehpublikum gerichtet. So hätte etwa der in der Bundesrepublik präsente Antikommunismus noch besser herausgearbeitet werden können, schließlich gründete auch auf dieser Haltung der versöhnlich-verdrängende Umgang mit der NS-Zeit. Auch wurde die NS-Vergangenheit der DDR weitgehend vernachlässigt, ein Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland wäre spannend gewesen. Dadurch könnten Differenzen und Kongruenzen in den antifaschistischen bzw. antikommunistischen Grundhaltungen der Gesellschaften und deren Auswirkungen auf „Vergangenheitsbewältigung“ herausgearbeitet werden.

Fazit: Der Band ist ein brauchbarer Überblick, der nicht nur auf einige wenige Personen, sondern auf gesellschaftlich relevante Gruppen

fokussiert. Der größte Verdienst von „Karrieren im Zwielficht“ ist klarzumachen, dass „nicht nur einige hundert, sondern einige hunderttausend für Unrecht und Unmenschlichkeit mitverantwortliche Angehörige der Funktionseliten“ (Thomas Fischer, SWR-Sendungsverantwortlicher für „Karrieren im Zwielficht“, im Vorwort, S. 10) nach 1945 ihre „zweite Chance“ (ebda.) erhielten und sowohl für das Funktionieren des Regimes ihren Beitrag leisteten – als auch nach 1945 nur partiell und temporär „entfernt“ wurden und somit ihre Karrieren fortsetzten.

Bernd Semrad

ULRICH VON HEHL: *Nationalsozialistische Herrschaft*. 2. Auflage (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 39). München: Oldenbourg Verlag, 2001, IX/ 166 Seiten.

Die Herausgeber präsentieren die „Enzyklopädie Deutscher Geschichte“ als Arbeitsinstrument, mit dessen Hilfe sich „Fachhistoriker, Studenten, Lehrer, Vertreter benachbarter Disziplinen und interessierte Laien [...] rasch und zuverlässig“ über den Kenntnis- und Forschungsstand in den verschiedenen Bereichen der deutschen Geschichte informieren können (S. V).

Im vorliegenden Band 39 *Nationalsozialistische Herrschaft* wird aus unterschiedlichen Perspektiven und mit einem breiten methodischen Zugang die „nationalsozialistische Herrschaftstechnik“ analysiert.

Die Darstellung ist in drei Hauptteile gegliedert: „Enzyklopädischer Überblick“, „Grundprobleme und Tendenzen der Forschung“ und „Quellen und Literatur“.

Im „Enzyklopädischen Überblick“ behandelt Ulrich von Hehl, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Leipzig, die Schwerpunkte „Machtübertragung und Machtsicherung“, „Regierung, Verfassung, Verwaltung“, „Terror und Verfolgung“, „Mobilisierung der Gesellschaft“, „Kirchenkampf, Selbstbehauptung und Widerstand“ und „Hitlers ‚Führerstaat‘ – Weltanschauliche Utopie und historische Realität: Eine Bilanz“. In knappen Abschnitten mit Randtexten werden die Parteigeschichte der (deutschen) NSDAP, die Schritte der Machtergreifung und Machterhaltung, grundlegende Mechanismen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, politisch-ideologische und rassistische

Verfolgung sowie Formen des Widerstands umrissen.

Der zweite Abschnitt präsentiert „Grundprobleme und Tendenzen der Forschung“ von der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, in denen die deutschen Historiker noch nicht auf NS-Primärquellen zurückgreifen konnten, über die 1950er, in denen sich gerade auf Grund der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus die junge Disziplin Zeitgeschichte an den Universitäten etablieren konnte, bis zum „Historikerstreit“ in der zweiten Hälfte der 1980er und jüngeren Versuchen der „Historisierung“ des Nationalsozialismus. In Unterkapiteln werden spezielle Fragestellungen thematisiert: „Hitlers Stellung im NS-Regime: Der Streit um Monokratie oder Polykratie“, „Forschungskontroversen zur nationalsozialistischen Judenvernichtung und Rassenpolitik“, „Herrschaft. Alltag. Widerstand. Kirchenkampf“, „Totalitäre Seite‘ oder ‚pathologische Entwicklungsform‘ der Moderne?“ und „Historisierung des Nationalsozialismus“ und „Historikerstreit“. Die extreme Dichte des Materials schließt ein genaueres Eingehen auf die Inhalte an dieser Stelle aus.

Ein Verzeichnis gedruckter Quellen und Literatur bildet den letzten Abschnitt.

Der Band 39 der Enzyklopädie Deutscher Geschichte bietet zweifellos einen konzisen gerafften Überblick über das NS-Herrschaftssystem und seine bisweilen ambivalenten Ausprägungen, über die verschiedenen – durchaus kontroversen – Zugangsweisen zum Forschungsgebiet Nationalsozialismus und die zentrale (größtenteils deutsche) Literatur, vor allem für das studentische bzw. akademische Fachpublikum. Der „interessierte Laie“ wird mit dieser Essenz wenig anzufangen wissen. So meint auch der Autor im Vorwort in leichter Resignation: „[Es] blieb ein Missverhältnis zwischen der Breite des Themas und dem vorgegebenen, gnadenlos knappen Umfang. Das zwang zur Konzentration auf zentrale Felder der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik, erforderte aber auch Kürzungen, die lediglich mit philosophischem Gleichmut zu ertragen waren, ‚since brevity is the soul of wit‘.“ (S. XI)

Ein Umstand verwundert allerdings und schränkt leider auch die Brauchbarkeit für den Leser ein: Die 2. Auflage ist ein unveränderter Fortdruck der Ausgabe von 1996, wodurch Quellen- und Literaturverzeichnis dem Stand Ende November 1995 entsprechen. Gerade dieser – für alle an Vertiefung interessierten Benutzer – zentrale Teil hätte mit vergleichsweise geringem Aufwand auf

den aktuellen Stand gebracht werden können. Für eine allenfalls geplante dritte Auflage sei diese Aktualisierung jedenfalls dringend angeraten.

Fritz Randl

DIETER STIEFEL (HG.): *Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“*. (Querschnitte Bd. 7) Wien: Verlag für Geschichte und Politik; München: Oldenbourg Verlag 2001, 335 Seiten.

Dass Geschichte, als Konstruktionsprozess, stets umgeschrieben werden muss, entsprechend den soziokulturellen Bedingungen und Entwicklungen, beweist dieses umfangreiche Sammelwerk. Die bisher selten beachteten wirtschaftlichen Dimensionen des „Dritten Reichs“ werden hier untersucht, wobei Österreich, dessen NS-Vergangenheit nicht von der Geschichte des „Dritten Reichs“ in Deutschland zu trennen ist, den Mittelpunkt bildet. Zentrales Thema ist die historische Kontinuität von „Arisierung“ und „Wiedergutmachung“ nach 1945, die hier, vom strukturhistorischen Ansatz aus betrachtet, eine besonders facettenreiche Darstellung genießt. Insgesamt zwölf AutorInnen analysieren von unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätzen ausgehend den Prozess der Enteignung wie auch die Problematik der Rückzahlung. Schließlich ist dieses Buch im Kontext der internationalen Diskussionen um Entschädigungszahlungen an NS-Opfer entstanden. Die tradierte „Opfertheorie“ Österreichs wird ebenfalls unter anderem aus der staats- und völkerrechtlichen Perspektive hinterfragt und mit den Rückzahlungen in Zusammenhang gestellt.

Hervorgegangen ist dieses Werk, so der Herausgeber Dieter Stiefel, aus einer Vortragsreihe des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien. Ausschlaggebende Intention für diese Reihe war, dem Vorwurf, die Zeitgeschichte hätte sich der Aufarbeitung des Nationalsozialismus nicht ausreichend gewidmet, entgegen zu wirken. (S. 8) Warum ein derart notwendiges Werk nicht früher erschienen ist, beantworten die AutorInnen bereits selbst: Verdrängen, Verschweigen, Verstecken.

So war nach 1945, wie Dieter Stiefel in seinem einleitenden Aufsatz „The Economics of Discrimination“ verweist, „Wiedergutmachung“ in Österreich, offiziell als das „erste Opfer“ des Nationalsozialismus tituliert, weder politisch noch wirtschaftlich ein Thema. Stattdessen entkamen politisch belastete Personen der Entnazifizierung, wobei sie in den Wiederaufbau, in das primäre Ziel der Nachkriegszeit, eingegliedert wurden. (S. 24 ff.) Stiefel geht jenen bereits bestehenden Strukturen und Rechtsinstitutionen nach, auf denen die wirtschaftliche Verfolgung im „Dritten Reich“ basierte. Finanzämter sowie Steuern, die in Österreich Anfang der dreißiger Jahre erlassen worden waren und in ihrem Ursprung nicht antisemitisch waren, spielten im Rahmen der Enteignung eine Schlüsselrolle. „Arisierung“ und Schließung der jüdischen Betriebe erinnern an schon lang praktizierte Konkurs- und Insolvenzverfahren (S. 11).

Gerhard Botz konkretisiert in seinem Artikel „Arisierungen in Österreich (1938-1940)“ die unterschiedlichen Enteignungsformen sowie deren zeitliche Abfolge. Dass „die antijüdische Politik des Nationalsozialismus“ größtenteils einem „vorgedachten“ und weiters „einem sich selbst verstärkenden Trend“ (S. 31) in Österreich und Deutschland folgte, ist Ausgangslage seiner höchst aufschlussreichen Ausführungen.

Die Rückstellungen erfolgten nach 1945, wie Brigitte Bailer-Galanda betont, insbesondere aufgrund der „außenpolitischen Notwendigkeit“ (S. 61). In ihrem Beitrag macht sie außerdem auf die Schwierigkeit aufmerksam, beim derzeitigen Forschungsstand die Gesamtsummen über das rückgestellte Vermögen anzugeben. Schließlich ist „Wiedergutmachung“ in Österreich weiterhin kaum beachtet geblieben. Als Folgeerscheinung kann bis heute zu Rückstellungen kaum wissenschaftliche Literatur gefunden werden. (S. 73 f.) Forschungsarbeiten zu Entnazifizierungen und Elitenkontinuitäten begannen erst Anfang der achtziger Jahre. Bis dahin wurde, vor allem auf Regierungsebene, die „Opfertheorie“ forciert, um die Verantwortung für NS-Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung auf „reichsdeutsche Geschäftsleute“ (S. 59) zu lenken. Tatsache ist laut der Autorin jedoch, dass ein beachtlicher Teil der österreichischen Bevölkerung von „Arisierungen“ profitiert hat (S. 59 f.).

Aus der Logik der *NS-Opferrolle*, die Annexion Österreichs ist schließlich im Staatsvertrag verankert und folglich eine staatsrechtliche Grundlage, fällt die Wiedergutmachung, so Stiefel weiter, heraus (S. 83).

Die Definition von „politischer Ökonomie“ und „wirtschaftlicher Logik“ (S. 95) des Holocaust problematisiert Gerald D. Feldman anhand der deutschen Versicherungswirtschaft. Feldman zeichnet mit Hilfe des Beispiels Allianz Versicherung den Prozess nach, in dem das NS-Regime die ökonomische Logik der Enteignung schuf und auf wirtschaftliche Einrichtungen übertrug. Welche Position vor einigen Jahren die Allianz Versicherung in den internationalen Verhandlungen um die „Wiedergutmachung“ eingenommen hat, arbeitet der Autor in diesem Zusammenhang heraus.

Inwieweit befolgten deutsche Großbanken bei der wirtschaftlichen Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Deutschlands ein „betrieblich rationales Kalkül“ (S. 119)? Dieser Frage geht Dieter Ziegler nach, während Oliver Rathkolb auf die 1995/96 ausgebrochenen rechtlich-politischen Diskussionen rund um die „schlafenden Konten“ in der Schweiz reagiert (S. 149). Genau genommen präsentiert der Zeithistoriker bisherige Erkenntnisse, die er in seinem seit 1998 laufenden Forschungsprojekt gewonnen hat. Ziel dieses Projekts ist, die Ausplünderung jüdischer KundInnen im „Postsparkassenamt“ detailliert zu dokumentieren und analysieren. Auftraggeber ist der P.S.K.-Vorstand, der auf Grundlage dieser Arbeit noch bestehende Forderungen freiwillig kompensieren wird.

Florian Freund und Bertrand Perz beleuchten die „Zwangsarbeit in Österreich unter der NS-Herrschaft“ (S. 181) mit dem Hinweis, dass sogar 55 Jahre nach Kriegsende in wissenschaftlichen Fachkreisen große Wissenslücken über das NS-Zwangsarbeitssystem bestehen. Sie selbst bereichern die Diskussion um Entschädigung und Rückstellung, indem sie das Phänomen Zwangsarbeit begrifflich erfassen und die unterschiedlichen Ausprägungen unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zusammenstellen.

Ulrich Herbert unterscheidet zwischen vier Großgruppen von „Zwangsarbeitern“, um dann einen prägnanten Überblick zur wirtschaftlichen Entwicklung der NS-Herrschaft in Deutschland zu bieten (S. 203). Kriegsverlauf und Arbeitskräftemangel stellt der Autor einander direkt gegenüber, sodass er zu dem Schluss gelangt: Die deutsche Wirtschaft war spätestens seit dem Winter 1941/42 von ausländischen ZwangsarbeiterInnen abhängig. Die Problematik der Entschädigungszahlungen diskutiert Herbert auf der Grundlage

der deutschen Rechtssprechung und der internationalen Beziehungen in ihrem historischen Kontext.

Den „Kunstraub“ im „Dritten Reich“ analysiert Jonathan Petropoulos anhand der biographischen Erforschung von Kunstsachverständigen. Ohne diese Männer hätten laut Petropoulos „die Naziführer ihre Sammlungen“ (S. 242) nicht in dieser Form realisieren können.

Hans Winkler fokussiert die völkerrechtliche Stellung Österreichs von 1938 bis 1945 sowie dessen neue Unabhängigkeit nach 1945. Winkler interessiert insbesondere die Konsequenzen für die in dieser Position bestehende Wiedergutmachung. Mit seiner Analyse der „Sammelklagen“ schließt er an die seit 1996 international thematisierten „vermögensrechtlichen Aspekte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ an (S. 260). Besonders spannend ist auch Günter Bischofs diskursanalytische Untersuchung der Unabhängigkeitserklärung von Karl Renner am 27. April 1945. Denn mit dem vergegenwärtigten Wissen um die politischen Umwälzungen seit Ende der achtziger Jahre versucht der Historiker, die Ereignisse rund um 1945 in Österreich neu zu interpretieren (S. 305 ff.)

Insgesamt kann dieser Sammelband als Basis für zukünftige transdisziplinäre Forschungsprojekte zur politischen Ökonomie des Holocaust herangezogen werden. Die Stärke dieses Buches liegt vor allem im Zusammenfassen unterschiedlicher Zugangsweisen, sodass es Impulse für neue Ideen bietet.

Einzig der PR-Text von US-Botschafter James D. Bindenagel fällt aus diesem Rahmen. Dem österreichischen Versöhnungsfond und der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ nähert sich Bindenagel lediglich vom US-außenpolitischen Standpunkt aus, was einen reflektierten Zugang zu vernebeln scheint. Als Sprachrohr der ehemaligen Außenministerin Madeleine Albright postuliert er, Menschenrechtsverletzungen der jüngeren Geschichte und „ethnische Säuberungsmaßnahmen“ würden „das Eingreifen der Vereinigten Staaten erfordern“. Im Nebensatz bemüht er den hier zwar indirekten, dennoch unpassenden und mittlerweile abgegriffenen Vergleich zwischen „Nazizeit“ und dem „Beispiel in Bosnien und im Kosovo“ (S. 290 f.).

Silvia Nadjivan

Facultas und Kolisch im NIG

Fachbuchhandlung für Human-, Sozialwissenschaften

- alle Bücher
- alle Skripten
- Facultas Copycards
- Bürobedarf

Facultas und Kolisch im NIG

Neues Institutsgebäude der Universität Wien

Universitätsstraße 7, 1010 Wien, Tel. 406 32 21, www.facultas.at

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 9–18 Uhr, Sa 9–12.30 Uhr

facultas. gut zu Wissen



NEUERSCHEINUNG



Wolfgang Duchkowitsch (Hrsg.)

Die österreichische NS-Press 1918–1933

Bestandsaufnahme und Dokumentation

Bis zuletzt konzentrierte sich die kommunikationshistorische Forschung bei der Betrachtung der österreichischen NS-Press weitgehend auf die Jahre 1933 bis 1945.

Dabei existierte schon lange vor dem Verbot der NSDAP in Österreich im Juni 1933 bzw. vor dem „Anschluß“ im März 1938 eine Vielzahl von nationalsozialistischen Zeitungen und Zeitschriften in Österreich, reichen doch die Wurzeln des Nationalsozialismus bis in die österreichisch-ungarische Monarchie zurück.

Das vorliegende Buch ist die erste systematische Bestandsaufnahme der NS-Zeitungen und -Zeitschriften in Österreich von 1918 bis 1933 vor dem Hintergrund der österreichischen NS-Parteigeschichte und -Presspolitik. Damit stellt es eine unverzichtbare Quellensammlung für künftige Forschungen auf diesem Gebiet dar.

Schriften des Ludwig Boltzmann Instituts für neuere österreichische Kommunikationsgeschichte, Band 2

316 Seiten, brosch., illustr., Euro 17,44 (ATS 240,-)
Wien: Literas Universitätsverlag, 2001
ISBN 3-85249-172-8

Bei Unzustellbarkeit
bitte zurück an:

ZN: 02Z033628 M

medien & zeit

A-1180 Wien, Postfach 442

P.b.b.,
Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1090 Wien,
2. Aufgabepostamt 1010 Wien